

**DR. PETER ALDAG**

# Jüden

**beherrschen**

**ENGLAND**

## Bücher zur Judenfrage

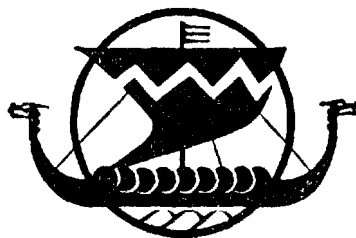


# Juden beherrschen England

von

DR. PETER ALDAG

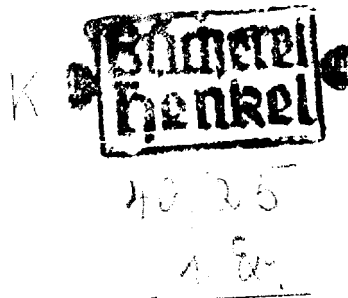
1 9 3 9



---

Nordland Verlag · Berlin

Umschlagzeichnung: H. M. Th. Dannenberg, Berlin-Charlottenburg



V. E. H. 30  
1. Aufl.

1. bis 5. Tausend

Alle Rechte, besonders die des Nachdruckes, der Übersetzung, Dramatisierung  
und Radioverbreitung vorbehalten.

Copyright 1939 by Nordland Verlag · Berlin

Printed in Germany

Druck: Wilhelm Limpert, Druck- und Verlagsbau, Berlin SW 68

Meiner Frau  
in tiefer Dankbarkeit  
für ihre Mitarbeit



# Inhaltsverzeichnis

## I. Teil: Die Emanzipation

	Seite
Einleitung .....	9
Methode der Juden .....	13
Die Zahl der Juden im Jahre 1830 .....	17
Jüdische Vorbereitungen und erste Niederlagen .....	18
Der Entscheidungskampf entbrennt .....	21
Die Jahre 1833 bis 1834 .....	27
Ein jüdisches Zwischenspiel: David Salomons .....	30
Der Kampf geht weiter .....	33
Disraeli über die jüdische Rasse .....	34
Ritualmorde im Orient .....	38
Neue Niederlagen .....	42
Salomons wird Ratsherr der City .....	43
Salomons fällt durch — Rothschild siegt .....	46
Neue Propagandawelle .....	50
Die Komödie Rothschild wiederholt sich .....	57
Rothschilds Austreibung .....	63
Zum zweiten Male: David Salomons .....	69
Neuer Kampf im Parlament .....	80
Vorstoß und Widerstand .....	88
Juden und Lords .....	94
Juda hat gesiegt .....	106
Überblick .....	116

## II. Teil: Die Herrschaft der Juden

Ministerpräsident Disraeli oder Politik und Charakter .....	117
Disraelis Außenpolitik .....	126
Rückblick: Wirken und Wirkung Disraelis .....	130
Führende Juden als Gestalter englischen Lebens .....	133
Die Juden im Skandal: Anleihen von Honduras .....	135
Antijüdische Kräfte .....	142
England und das Weltjudentum .....	145
Burenkrieg — Judenkrieg .....	150
König Eduard — Einkreiser und Judenfreund .....	153
Juden überschwemmen England .....	155
Juda im Kreuzfeuer .....	165
Bevölkerungsstand der Juden bis 1914 .....	172
Der Marconi-Skandal .....	181
Der Sir-Stuart-Samuel-Skandal .....	193
Die Juden im Weltkrieg .....	197
Die Balfour-Deklaration .....	200



	Seite
Juden in Versailles .....	209
Englands Palästina-Politik .....	211
Die Schwäche Englands .....	214
Wieviel Juden leben im Empire? .....	220
England unter jüdischer Führung .....	230
Juden und Lords .....	235
Juden im Kabinett .....	237
Außenpolitisches Zwischenpiel .....	239
Juden in Partei und Parlament .....	241
Juden in Verwaltung und Recht .....	247
Jüdische Familien .....	251
Verjudung der Industrie .....	258
Verjudung der Versicherungen .....	260
Verjudung der Nahrungsmittelindustrie .....	263
Juden überall .....	264
Verjudetes Finanzwesen .....	269
Gold und Diamanten .....	273
Filmjuden .....	285
Wissenschaft und Erziehung in jüdischer Hand .....	291
Der Jude in Kunst und Literatur .....	300
Der Rundfunk .....	306
Pressejuden .....	308
Zusammenfassung und Rückblick .....	316
Schrifttum .....	318

# Einleitung

## Juden beherrschen England

Es ist fast schon ein Kennzeichen der jüdischen Rasse, daß sie den Keim des Antisemitismus stets mit sich herumträgt und daß dort, wo das jüdische Element sich in stärkerem Maße durchsetzt, auch der Antisemitismus wie von selbst erwächst und wirksam wird. Es wäre eine historische Erscheinung ohne Gleichen, wenn es in England anders bestellt wäre. Schon in der frühen englischen Geschichte läßt sich immer wieder die antijüdische Haltung als fast selbstverständliche Grundlage der Gesinnung feststellen, und oft genug manifestieren sich antisemitische Strömungen in pogromartigen Ausschreitungen und stärksten staatlichen und völkischen Maßnahmen. Denken wir nur an die für England so schicksalhafte Austreibung fast aller Juden durch Edward I. um 1290. War es bis dahin üblich gewesen, wie es auch später wieder allgemein üblich wurde, daß die Fürsten und Könige mit jüdischen Beratern umgeben und vor allen Dingen von einem jüdischen Finanzmann begleitet waren, so ist Edward einer der wenigen Adligen, der das völkische Interesse über alles und auch über sein finanzielles Wohl heraushebt, der allgemeinen Stimmung des Volkes Rechnung trägt und die Juden des Landes verweist. Das Volk mußte zu allen Zeiten nur zu gut, was es vom Judentum zu halten hat. Damals waren einige Fälle von Ritualmorden wahrscheinlich geworden, die Münzverschlechterung, Geld- und Landwucher wurden nicht zu Unrecht auf jüdische Machenschaften zurückgeführt, kurz, der königliche Akt war nur die klare Folgerung aus einer nicht immer nur latenten antisemitischen Grundhaltung des Volkes.

Aber über einen episodischen Charakter ist auch dieses große und an sich fruchtbare Ereignis nicht hinausgekommen. Vor allen Dingen Cromwell hat in stärkstem Maße nicht nur die enge Verbindung des jüdischen Elementes mit dem englischen Volksleben, sondern sogar fast die Identifizierung von englischer und jüdischer Politik eingeleitet und begründet. Nicht daß es möglich wäre,

Cromwell als Philosemiten zu bezeichnen oder ihm projüdische Bestrebungen unterzuschreiben — Cromwell war Engländer und nur Engländer. Aber mehrere Faktoren mußten ihm die Zurückrufung und Förderung des Judentums zweckdienlich erscheinen lassen.

Gehen wir gleich aus von dem echten puritanischen Grundgefühl der Auserwähltheit und göttlichen Begnadung. Wer wollte hier eine weitgehende Ähnlichkeit zwischen der Einschätzung des äußerlichen Aufschwungs, des geldmäßigen Erfolges und des sozialen Aufstiegs mit der jüdischen alttestamentarischen Grundhaltung verkennen? Und mußte nicht für den Puritaner in seiner nüchternen, klaren und religiös auch äußerlich eingestellten Grundhaltung bei einem Vergleich zwischen dem Alten mit dem Neuen Testament das erstere siegen? Mußte nicht die Geschichte des religiös und damit politisch auserwählten und zur Herrschaft berufenen Volkes dem puritanischen, auf Weltherrschaft bedachten Engländer mehr zusagen, als die neutestamentarische Lehre von Liebe, Mitleid und Verzicht?

Aber abgesehen von dieser geistigen Einstellung lag es Cromwell am Herzen, dem englischen Weltherrschaftsanspruch nicht nur den religiösen Auftrag und die göttliche Weihe zu geben, sondern darüber hinaus das englische Volk direkt als Fortsetzer des alttestamentarisch-göttlichen Herrschaftsauftrages darzustellen und zu kennzeichnen. Nicht zufällig leitet heute noch das englische Königshaus seinen Ursprung vom Geschlechte Davids ab.

Cromwell wäre aber zu wenig Puritaner gewesen, wenn er neben der Rechtfertigung durch die Tradition nicht auch die sehr konkreten und materiell erfolgreichen Folgerungen gezogen hätte. Mit der neuen Einwanderungswelle des vom Puritanismus begrüßten Judentums kam noch ein gut Teil der bereits in jüdischen Händen befindlichen Welthandelsbeziehungen nach England und wurde so zum vielleicht besten Bundesgenossen im Kampf gegen Holland und Spanien.

Dies alles kann hier nur sehr zufällig und an kleinen Einzelercheinungen beobachtet und dargestellt werden und ist für das Verständnis des Folgenden nur insoweit direkt wichtig und bedeutungsvoll, als es die innere und geistige Verwandtschaft des puritanischen Engländers und des alttestamentarischen Judentums verständlich macht, wobei das Alte Testament die Rolle gleichsam eines

„nationalpolitischen Gleichnisses“ zu spielen hat. Auch Cromwells Tod, der das Judentum zweifellos in einer nicht sehr günstigen und erfreulichen Situation zurückließ, konnte grundsätzlich nur noch wenig ändern. Der jüdische Geist der Auserwähltheit und göttlichen Gnade lebte in unzähligen Sekten und Vereinigungen fort und findet heute noch seine stärkste Übersteigerung in den extremen Bestrebungen, das englische Volk zu einem der zehn verlorenen Stämme Israels zu prägen. Auf dieser inneren Bereitschaft konnte die Emanzipationsbewegung des 19. Jahrhunderts so verhängnisvolle Ausmaße annehmen und dem Judentum sehr wesentliche Positionen und Schlüsselstellungen in die Hände spielen. Schon nach Cromwell hatte jeder englische König wieder in seiner Umgebung führende Juden, zu den wesentlichsten Hof- und Vertrauensämtern herangezogen oder war zumindest von einem jüdischen Bankier beraten. Zwar war der Antisemitismus noch nicht tot. Das letzte Bollwerk gegen die jüdische Emanzipation stellte das Oberhaus dar, bis auch diese Stellung gestürmt und zerstört wurde. Aber nur ganz selten noch wurden echte rassische Instinkte und rassisches Wissen sichtbar und deutlich, und nur noch die religiöse Verschiedenheit wurde erkannt und betont.

Die folgenden Seiten mögen nun von der Emanzipation berichten und dartun, wie über ihre Ergebnisse das Judentum nicht nur Englands völkisches und staatliches Leben beherrschte, sondern die Weltherrschaft zu erstreben und zu gewinnen für möglich hält.



# I. Teil: Die Emanzipation

## Methode der Juden

Die Zeit von 1830 bis 1866

Das Jahr 1830 war ins Land gezogen. Die Juden und ihre Freunde hatten alle ihnen für den Generalangriff notwendig erscheinenden Stellungen bezogen. Mit Ruhe und Gelassenheit ging man daran, die letzten noch bestehenden Beschränkungen der Juden niederzubrechen. Worin bestanden diese?

Die Frage ist recht schwierig zu beantworten, denn rein theoretisch war den Juden noch manches verschlossen, praktisch dagegen waren es nur recht wenige Dinge, die den Juden verwehrt waren.

Zu der ersteren Gruppe gehörte die Frage des Eigentums. Vielleicht kennt der Leser die beiden Gesetze aus dem 13. Jahrhundert, wonach den Juden der Besitz des freien Grundeigentums verboten war. Diese Vorschriften waren im Jahre 1738 wieder aufgefunden worden. Da sie nicht ausdrücklich außer Kraft gesetzt waren, bestanden sie noch. Allmählich kümmerte man sich aber nur wenig um sie, und es war in den letzten Jahrzehnten nicht selten gewesen, daß Juden Grundeigentum erworben hatten<sup>1)</sup>. Nichtsdestoweniger tobte unter den Juristen seit längerer Zeit der Kampf über die Gültigkeit oder Ungültigkeit einer solchen Maßnahme. Das letzte Wort war aber bislang keineswegs gesprochen.

Auch die Ausübung des Wahlrechts war den Juden theoretisch kaum möglich. Zwar war nach Erlangung der britischen Staatsangehörigkeit die erste Voraussetzung hierfür geschaffen. Es war unter anderem aber weiterhin erforderlich, daß der Wahlberechtigte ein freier Grundeigentümer in einer Grafschaft oder vollberechtigter Bürger in einer Stadtgemeinde war. Ersteres war für die Juden zumindest mit Rücksicht auf die Ungeklärtheit des Eigentumsproblems unsicher — die letztere Eigenschaft war den Juden von Stadtgemeinden, wie z. B. von der City von London, erst in letzter Zeit zugestanden worden. Außerdem konnte der Wahlleiter auf Ersuchen eines der Kandidaten des Wahlbezirks von einem bestimmten Wähler die Ablegung des Eides of Abjuration verlangen, der den Juden aus religiösen Gründen unmöglich war. Trotz dieser theoretischen Schwierigkeiten beteiligten sich die Juden an den Wahlen. Dieser Zustand herrschte im übrigen bis zur endgültigen Klärung der Frage im Jahre 1867, in dem den Juden völlige Wahlfreiheit geschenkt wurde<sup>2)</sup>.

<sup>1)</sup> Henriques: Jews, S. 191—194.

<sup>2)</sup> Henriques: Jews, S. 246—247. Symson: History, S. 261.

Diese beiden Fragen dürften die wichtigsten sein, die eigentlich nur noch theoretisch — nicht praktisch — den Juden Schwierigkeiten in ihrem Machtstreben verursachten.

Dagegen ist die Anzahl der wichtigen Gebiete, die ihnen noch völlig verschlossen waren, größer. So war es ihnen nicht erlaubt, den Beruf des Barrister zu ergreifen. Auch konnten sie nicht städtische oder staatliche Posten einnehmen. Außerdem war ihnen die Immatrikulation auf den Hochschulen versagt. Endlich konnten sie nicht als Mitglied des Parlaments gewählt werden<sup>3)</sup>.

Das bisher unüberwindliche Hindernis bot hauptsächlich der Eid of Abjuration, der meistens vor Einräumung der diesbezüglichen Rechte verlangt wurde. Es waren die Schlußworte des Eides: „Bei dem treuen Glauben eines Christen“, die es den Juden unmöglich machten, den Eid abzulegen. Diese Worte waren fast ausschließlich der Grund dafür, daß beinahe 30 Jahre lang die heftigsten Kämpfe die englische Öffentlichkeit nicht zur Ruhe kommen ließen. Die Anträge im Parlament auf Aufhebung zur dortigen Zulassung, ihre gewöhnliche Annahme im Parlament und ihre Zurückweisung im House of Lords sind kaum zu zählen. Manchmal finden wir mehrere Jahre hintereinander das Parlament mit dieser Frage beschäftigt, und ein anderes Mal sehen wir sogar verschiedene ähnliche Anträge in einem Jahr sich ablösen. Es gibt kaum einen gleichartigen Vorfall in der englischen Geschichte, der die Gemüter so sehr bewegt und so lange über ein innerpolitisches Ereignis fortlaufend in Atem gehalten hat. Die katholische Frage war ebenfalls lange Gegenstand von Erörterungen gewesen. Aber als man die endgültige Vereinigung im Jahre 1829 in den gesetzgebenden Körperschaften unternahm, gelang sie auch völlig zufriedenstellend für die daran Interessierten. Welches größere Ausmaß an Energie, Geld und Mühe jeder Art ist dabei aufgewandt worden, um die jüdische Frage zugunsten der Juden zu erledigen. Tage-, ja nächtelang fanden Debatten im Parlament statt, und 28 Jahre lang war das House of Lords das Bollwerk gegen den jüdischen Ansturm. Nach der damaligen britischen Verfassung bedurfte es zur Rechtsgültigkeit eines Gesetzes der Zustimmung beider Häuser. Am Anfang des Jahres 1858 war der Widerstand der Lords ungebrochen. Was man heute in fast allen Kreisen Englands kaum noch wahrhaben will, drohte einzutreten, nämlich eine kaum vorher in England dagewesene Verfassungskrise. Die Juden und ihre Freunde hezten in ihren Zeitungen in unverantwortlicher Weise gegen das Oberhaus und forderten mehr oder weniger offen zum gewaltsamen Eingriff in die Rechte der Lords auf. Und so wird sich nachher zum Teil das unrühmliche Ende der letzteren erklären.

Es ist geradezu erstaunlich — aber auch wieder für Kenner jüdischer Methoden nicht überraschend —, daß die allgemeinen Geschichtswerke Englands kaum diese Kämpfe und Krisen

<sup>3)</sup> Hyamson: History, S. 261—262. Picciotto, S. 386.

erwähnen. Man findet bedeutende Geschichtsforscher, die mit zwei bis drei Sätzen über solche Ereignisse hinweggehen und sich anschließend ausführlich darüber verbreiten, daß man lange darüber verhandelt habe, ob nun die Heirat der Schwester der verstorbenen Frau für den Witwer erlaubt sei oder nicht. Natürlich Dinge, die für den heutigen Durchschnittsengländer viel wichtiger sind als die ihm aus Lebensmark gehende jüdische Frage. Für ihn ist die letztere vollkommen nebensächlich und daher nicht der Erwähnung wert gewesen. Wir wollen uns hier mit einer derartigen Haltung nicht auseinandersetzen, sondern nur einmal fragen, warum denn die Juden und ihre Freunde fast dreißig Jahre lang mit jedem erdenklichen Aufwand dafür gekämpft haben, wenn es so unbeachtlich gewesen ist.

Es ist hauptsächlich diese Unwissenheit der Briten, die uns veranlaßt hat, im folgenden eingehend wichtige Reden der damaligen Abgeordneten des Parlaments wiederzugeben. Sie finden sich sämtlich in der amtlichen Sammlung von Hansard und sind damit bezüglich ihrer Verbürgtheit über jeden Zweifel erhaben. Ferner haben wir uns dabei von dem Gedanken leiten lassen, daß Inhalt und Form durchaus modernen anti-jüdischen Ausführungen entsprechen und dadurch ebenfalls die von den Juden in England verbreitete Theorie einwandfrei widerlegt, daß in Großbritannien niemals starke judenfeindliche Kreise vorhanden gewesen seien. Wenn auch ihr Standpunkt mit Religionsgründen vermischt ist und unser Rassestandpunkt nicht klar zum Ausdruck kommt, so läßt der Inhalt der Reden aber keinen Zweifel darüber zu, daß sie den Juden als etwas Unmoralisches und Schädliches für das Volk ansehen.

In steigendem Maße werden wir uns auch mit der Stellungnahme der Presse zu beschäftigen haben. Lord Thomas Babington Macaulay, der in der Zeit von 1800 bis 1859 lebte und hauptsächlich durch seine geschichtlichen Werke bekannt geworden ist, hat folgenden Satz geprägt: „Die einzige wirkliche Geschichte eines Landes kann man nur in ihren Zeitungen finden.“ Hierin liegt ein gut Teil Wahrheit, nur soll man sich hüten, ihr zuviel Bedeutung beizumessen. Es wird interessant sein, festzustellen, daß sich die Presse mehr und mehr mit der Judenfrage beschäftigte und sich allmählich ganz zu den Juden und ihren Freunden hinüberwandte.

Wir haben bereits oben ausführlich auseinandergesetzt, wie die Juden in den Jahren vor 1830 den Boden allmählich für ihre Zwecke vorbereiteten.

Die Juden verdanken ihren Sieg u. a. der ihnen zum Teil freundlich gesinnten Presse. Ferner waren es die liberalen Kreise, die unter dem Schlagwort der allgemeinen Freiheit die Emanzipation der Juden auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Vor allem war es aber die organisierte Judengemeinde in London, die für Geld und Verbindung zu den leitenden Staatsmännern sorgte, damit die Angelegenheit nicht zum Ruhen kam.



Hinter diesen Vereinigungen standen aber Männer, die mit Energie und unerschöpflichen Geldmitteln ausgestattet waren. Es handelt sich hierbei um den schon erwähnten Lord John Russell und um das Haus Rothschild. Letzteres wurde bis zum Jahre 1836 von Nathan Mayer Rothschild und später hauptsächlich von seinem Sohne Lionel geleitet. Lord John Russell hatte für Jahrzehnte erheblichen Anteil an der englischen Politik, während Rothschild über das notwendige Geld verfügte. Neben diesen beiden ist auch noch Isaac Lyon Goldsmid zu nennen. Auch dieser besaß einen ungeheuren Reichtum und hatte sich Freunde beim Adel und sonstigen führenden Kreisen verschafft. Als die Bemühungen der Juden in den ersten Jahren ihres Kampfes gar keinen Erfolg zeigten, widmete er sich fast ausschließlich der Emanzipationsbewegung. Er sollte noch gerade den Endsieg seiner Klassengenossen miterleben, nachdem er vorher in den Adelsstand erhoben war. Der letzte und sicher nicht der Unbedeutendste in diesem Bunde war dann noch Benjamin Disraeli, der eigentlich erst vom Jahre 1837, seinem Eintritt ins Parlament, zugunsten der Juden eingegriffen haben dürfte. Wir werden noch näher auf ihn einzugehen haben.

Die Taktik der Juden bedarf auch eines kurzen Hinweises. Nachdem man die Teilerfolge in der City errungen hatte, versuchte man durch den Antrag auf gesetzliche Aufhebung der Beschränkungen die jüdische Emanzipation mit einem Schlage zu gewinnen. Als dieser Versuch gescheitert war, ging man zu den alten Methoden zurück. Man löste die Gesamtbestrebungen in Einzelaktionen auf, indem man eine Beschränkung der Juden nach der andern aufheben ließ. Dadurch wurde das allgemeine Prinzip der Gegner durchbrochen und endgültig zu Fall gebracht. Man erreichte ferner zunächst dadurch, daß Juden allmählich in Ämter hineinkamen, in denen sie mit aller damit verbundenen Machtbefugnis die jüdische Sache unterstützten. Die rücksichtsloseste und für englische Verhältnisse fast einzig dastehende Methode bestand darin, daß sich Juden zu irgendwelchen öffentlichen Posten wählen ließen, ohne sie gesetzlich ausfüllen zu können. Man arbeitete dann mit dem durch die Wahl zum Ausdruck gebrachten Volkswillen und der bei einer evtl. Ausschließung vorhandene Ungerechtigkeit für Wähler und Gewählten. Wie weit tatsächlich durch solche Wahlen der richtige Volkswille zum Durchbruch kommen konnte, werden wir noch unten erfahren.

Hier wollen wir noch kurz auf die Anzahl der Juden in England und ihre hauptsächlichlichen Siedlungsplätze eingehen. Dies scheint deshalb notwendig zu sein, um nochmals eindringlich unter Beweis zu stellen, daß es bei allen größeren Umwälzungen innerhalb einer Gemeinschaft in der Judenfrage niemals auf die rein zahlenmäßige Stärke der Kinder Israels ankommt, sondern lediglich auf einzelne reiche jüdische Cliquen.

## Die Zahl der Juden im Jahre 1830

Die Schätzungen der einzelnen Forscher im Jahre 1830 über die Zahl der Juden gehen auseinander, jedoch sind die Abweichungen nur unbedeutend. Man kann wohl als ziemlich sicher annehmen, daß zu dieser Zeit ca. 20 000 Juden in London und weitere ca. 10 000 in den übrigen Teilen Englands lebten<sup>1)</sup>. Im Jahre 1848 wurden die Juden bereits mit 40 000 Seelen angegeben<sup>2)</sup>, was allerdings im Widerspruch zu einer Schätzung aus dem Jahre 1853 steht. Diese bezifferte die Juden erst auf 25 000<sup>3)</sup>, was mit Rücksicht auf die Schätzungen aus dem Jahre 1830 nicht ganz bedenkenfrei erscheint. Diese letzteren Angaben stammen von einem Geistlichen Mills, der infolge seines zahlreichen Verkehrs mit Juden eine genaue Kenntnis ihres Lebens für sich in Anspruch nimmt. So teilt er uns u. a. mit, daß der größte Teil der Juden als arm zu gelten habe. Dieser setze sich meistens aus Leuten zusammen, die erst vor kurzem aus anderen Ländern Europas eingewandert seien. Man fände sie hauptsächlich in London. Unter Zugrundelegung seiner Gesamtschätzung von 25 000 gibt er die Anzahl von letzteren mit 12 000 — also fast die Hälfte — an. Weitere 8000 gehörten der sogenannten Mittelklasse an, während der Rest von 5000 den reichen Kreisen zugeteilt werden müßte. Diese letzteren dürften für eine Führung und Beeinflussung der leitenden Männer Englands nur in Frage gekommen sein. Von diesen 5000 sind es wahrscheinlich wiederum auch nur einige Leute wie Rothschild und Goldsmid gewesen, die auf Grund ihres Reichtums und ihrer Verbindungen die englische Regierung hörig gemacht haben.

Endlich erfahren wir von Mills noch weiter, daß auch schon damals neben London die Industriestätte Birmingham, Liverpool und Manchester die Hauptzentren der jüdischen Siedlungen waren.

---

<sup>1)</sup> Hyamson: History, S. 260. B. Montagu: S. 21. Goldsmid: Remarks: S. 26, 69, 70. Salomons: Short Statement: S. 21.

<sup>2)</sup> Egan: S. 36.

<sup>3)</sup> Mills: S. 256.

## Jüdische Vorbereitungen und erste Niederlagen

Bei den Vorbereitungen zum ersten Emanzipationsversuch der Juden ist uns durch von Juden veröffentlichte Dokumente die seltene Möglichkeit geboten, von Grund auf in Zielsetzung und Methode des jüdischen Vorgehens Einblick zu gewinnen. Sie bestehen in Briefen aus dem Nachlaß J. L. Goldsmids, der eine führende Rolle unter den Juden spielte. Leider ist nur eine Auswahl veröffentlicht worden, während sich der Hauptteil nach wie vor in jüdischem Privatbesitz befindet. Aber auch dieser kleine Teil gibt uns bereits einen guten Einblick in die heimlichen Verhandlungen der Juden mit einflussreichen Männern des damaligen Englands.

Schon im Mai 1828 ersehen wir aus einem Brief von Lord Holland an J. L. Goldsmid, daß er empfiehlt, die fatalen Worte Abjurationseid durch Gesetz für Juden in Fortfall bringen zu lassen. Er versichert ihm, daß er mit allem seinem Einfluß für diesen Antrag im House of Lords eintreten würde.

Weitere Korrespondenz zwischen den beiden vom Februar 1829 zeigt die Tätigkeit von Rothschild im richtigen Licht. Er, so empfiehlt Lord Holland, soll dem Herzog von Wellington auseinandersetzen, wie wertvoll die Gunst des Weltjudentums sei. Bei dem wachsenden Einfluß von Rußland in Vorderasien sei es für England unbedingt notwendig, die heimliche Hilfe der dort wohnenden Juden hiergegen zu haben.

Die Juden in der ganzen Welt machten aber ihre Haltung gegenüber den verschiedenen Regierungen von deren Behandlung ihrer Rassegenossen abhängig. „Wenn also die Juden Englands die gleichen Rechte wie die andern Untertanen genießen, würden dann nicht ihre Brüder in Konstantinopel, der Türkei und Levante das Gefühl haben, durch Förderung der politischen Ziele Großbritanniens die Belange einer freundlichen Macht zu unterstützen . . . ?“ Wenn sich England daher großzügig gegenüber den Juden zeigen würde, würde nach seiner Ansicht jeder jüdische Bankier, jeder jüdische Arzt, jeder jüdische Kaufmann in der ganzen Türkei ein aktiver und nützlicher Anhänger des Systems der englischen Politik in der Levante sein . . .<sup>1)</sup>

Aus anderen Briefen ergibt sich, daß man mit besonderer Aufmerksamkeit die Fortschritte des Katholikengesetzes verfolgte. In dem Protokoll der Sitzung der „Deputiertenkammer für die Angelegenheiten britischer Juden“ vom März 1829 ist niedergelegt, daß J. L. Goldsmid mit zahlreichen Mitgliedern beider gesetzgebender Häuser Rücksprachen über die jüdische Frage gehabt hätte. Er habe u. a. mit Lord Holland und Lord Lansdowne sowie andern führenden Männern verhandelt. Man hoffte auch, weiteren machtvollen Einfluß durch Mr. M. Montefiore in dieser Richtung ausüben zu können.

<sup>1)</sup> L. Abrahams: S. 135—137ff.

Der Monat April 1829 sah anscheinend neue Schritte der Juden.

Wir finden Briefe von Lord Holland vom 11. und 12. April an J. L. Goldsmid, welche die allgemeine rege Tätigkeit zeigen. Daneben ist es interessant zu erfahren, daß Mr. R. — — unzweifelhaft Rothschild —, mit einflußreichen Personen, die ihren Plänen freundlich gegenüberständen, gesprochen hätte. Gleichfalls hatte man anscheinend festgestellt, daß die Presse und die Öffentlichkeit nur zu geneigt war, die Sache der Juden zu unterstützen.

Auch das Protokoll der Sitzung der organisierten Judenthätigkeit vom 16. April 1829 ist veröffentlicht worden. Danach hat Rothschild mit dem Herzog von Wellington, dem Lordkanzler und andern einflußreichen Regierungsvertretern gesprochen, die alle ihre Hilfe zugesagt hätten. Es wird aber Wert darauf gelegt, daß „in den Tageszeitungen nicht ein einziger Hinweis auf diese Angelegenheit gemacht werden sollte, da man überzeugt war, daß jede Auseinandersetzung sich für das angestrebte Ziel als nachteilig erweisen würde.

Der Antrag auf Aufhebung der jüdischen Beschränkungen wurde unverzüglich entworfen und war Anfang Mai desselben Jahres fertiggestellt. Man verlangte darin hauptsächlich Gleichstellung mit den Engländern, weil bereits den Katholiken dieselben Rechte eingeräumt seien. Bevor man jedoch die letzten formellen Schritte zur Einreichung tat, fragte man nochmals beim Herzog von Wellington an, ob er weiterhin zur Unterstützung bereit sei. Es war sicher eine peinliche Überraschung für die Juden, als er dies jetzt mit der Begründung verneinte, daß mit Rücksicht auf das Katholikengesetz eine ähnliche Maßnahme für eine weitere Volksgruppe unangebracht sei. Man werde augenblicklich mit heftigen Angriffen der Öffentlichkeit zu rechnen haben. Sogar Lord Holland trat der Ansicht des Herzogs von Wellington bei, und so wurde von dem beabsichtigten Schritt Abstand genommen.

Man war aber nicht geneigt, die Angelegenheit länger als einige Monate aufzuschieben. Bereits Ende Juni finden wir einen Brief von Lord Holland an J. L. Goldsmid mit dem Hinweis auf notwendige zukünftige Maßnahmen. Er vertritt die Meinung, daß man einen hohen Würdenträger der Kirche im House of Lords auf seine Seite ziehen müßte, um Anhänger dieser der Judenemanzipation nicht sehr geneigten Richtung zu gewinnen. Er hält den Bischof von London hierfür geeignet und empfiehlt, ihn durch Lord Bexley in dieser Richtung bearbeiten zu lassen.

Auch Lord Glengall gehörte anscheinend zu den Judenfreunden, die erheblich Propaganda für das beabsichtigte Gesetz machten. So berichtet er in einem Brief an J. L. Goldsmid, daß seine diesbezüglichen Bemühungen wohl bei Lord Hertford zum Erfolg geführt hätten.

Mitte September 1829 war auch die Hilfe des Führers der katholischen Partei, Daniel O'Connell gesichert. Dieser hatte mit großer Energie die katholische Sache zum Siege geführt, und war nur zu geneigt, den Juden zu helfen, da er in ihnen die Unterdrückten sah, wie in seinem Briefe vom 11. September 1829 an J. R. Goldsmid zum Ausdruck kommt. Besonderen Nachdruck legte er darauf, daß die Juden durch ein fait accompli das Parlament zur Stellungnahme zwingen sollten.

„Sie sollten“, so setzt er Goldsmid auseinander, „sich nicht auf englische Großzügigkeit verlassen. Das ist eine Pflanze, die der britischen Erde nicht zusagt. Sie muß erzwungen werden und verlangt ein Treibhaus. Die Engländer waren stets Verfolger. Vor der sogenannten Reformation folterten die Engländer die Juden und knüpften die Tollarden haufenweise auf. Nach dieser Reformation haben sie immer noch die Juden verbrannt und die Papisten gehängt.“

Unmittelbar vor dem Antrag im Parlament im Jahre 1830 schreibt der Abgeordnete Robert Grant, der zur Einbringung des Gesetzes auserkoren war, daß bei gewissen Mitgliedern des Parlaments Zweifel vorhanden seien, wie sie sich endgültig zu der Judenfrage stellen würden.

Aus alledem kann man ersehen, welche jahrelange Mühe und Arbeit aufgewandt worden ist, um hinter den Kulissen die letzten Vorbereitungen zu treffen. Auch hier das oft vermutete und so selten von Juden zugegebene Spiel eines oder mehrerer ihrer Rassegenossen, die sich der höchsten Würdenträger eines Gastlandes bedienen, um ihre Ziele durchzusetzen. Es dürfte wohl kaum den verschiedenen Mitgliedern der gesetzgebenden Häuser, geschweige denn der Öffentlichkeit bekannt gewesen sein, in welcher näher Verbindung ihre führenden Männer mit den Juden standen, ja, daß sie nur nach deren Zustimmung bestimmte Schritte unternahmen. Leider ist in keinem der vielen andern erfolglosen Emanzipationsversuche der folgenden Jahre das Intrigenspiel bekanntgeworden.

Man hielt jetzt die Zeit für die allgemeine Offensive für gekommen. Seit Jahren hatte man die Stellung der Gegner unterminiert. Die City, das früher stärkste Bollwerk der Judengegner, war nicht nur gefallen, sondern jetzt das Zentrum der Judenfreunde geworden. Die Zahl derjenigen, die in den höchsten Kreisen zu der Judensache standen, war Legion. Wenn überhaupt jemals, dann war jetzt der Moment für eine erfolgreiche Aktion gegeben.

## Der Entscheidungskampf entbrennt

Am 5. April 1830 stellte Robert Grant den Antrag, „die bürgerlichen Beschränkungen, die für britisch geborene Anhänger des jüdischen Glaubens bestanden, aufzuheben“<sup>1)</sup>.

In seiner für die jüdische Geschichte von England interessanten Rede brachte Grant sämtliche Umstände vor, die für eine Annahme seiner Gesetzesvorlage sprächen. Zur Begründung machte er u. a. geltend, daß jetzt die Zeit modern genug sei, die Ungerechtigkeit, die gegenüber den Juden seit Jahrhunderten bestände, aufzuheben. Die Beschränkungen seien durch nichts gerechtfertigt. Die Juden hätten sich allezeit den Interessen des Landes untergeordnet, und was den Katholiken billig gewesen sei, müsse auch für die 30 000 bis 40 000 Juden in England rechtens sein. In seinen sehr langen Ausführungen ging er auch auf die zu erwartenden Argumente der Opposition ein. Ein besonders starker Grund würde von der Opposition darin erblickt, „daß die Juden einen demoralisierenden Einfluß auf andere hätten und daher noch nicht für die Verleihung der Rechte reif wären. Jene Anklage sei wahr in bezug auf einige von ihnen, jedoch falsch in bezug auf den größeren Teil. Es gäbe keine Bürger im Lande, die bemerkenswerter für ihre Rechtschaffenheit, Unantastbarkeit und hohe Gesinnung seien als die höheren Klassen der Juden. Er müßte auch zugeben, daß die Anklage der Opposition hinsichtlich der niederen Klassen nicht der Grundlage entbehre. Aber man müsse in Betracht ziehen, daß im Augenblick der Aufhebung der Beschränkungen durch sein beantragtes Gesetz der triumphierendste Kurs eingeschlagen würde, der jede Beschuldigung für immer zu einem Ende brächte“<sup>2)</sup>.

Nach ihm sprach der zu dieser Zeit führende Oppositionsredner Sir Robert Inglis. Mit beredten und bitteren Worten griff er die Gesetzesvorlage an.

„Nach meiner Auffassung“, so setzte er auseinander, „rechtfertige weder der Charakter der Juden noch ihr allgemeines Verhalten noch ihre Geschichte, noch ihre gegenwärtige Gesamtverfassung auch nur im geringsten die für sie ins Auge gefaßten Maßnahmen.“ Er behauptete mit allem Nachdruck, daß die Juden Fremde seien, nicht in der technisch gesetzlichen, aber in der allgemeinen, populären Bedeutung gesprochen. Ihr Land und ihre Interessen seien nämlich nicht nur verschieden von den englischen, sondern feindlich ihnen gegenüber. Die Juden von London hätten mehr Sympathie mit den Juden in Berlin oder Wien als mit den Christen, mit denen sie zusammen in einem Lande leben. Ein kurzer Hinweis auf einige von ihnen würde zeigen, daß ihre

<sup>1)</sup> Henriques: Jews, S. 265.

<sup>2)</sup> Hansard: Bd. 23, S. 1293. Hansard wurde als maßgebliches Quellenwerk weitgehend benutzt und wird daher im folgenden nur noch ausnahmsweise ausdrücklich zitiert.

Interessen verschieden und sogar feindlich seien. In einem der letzten Jahrhunderte waren die Juden aus Böhmen vertrieben worden. Der Grund hierfür sei gewesen, daß sie dem eindringenden Feind hätten Hilfe angedeihen lassen. Außerdem sei es allgemein bekannt, daß sie in großem Maße den Rückzug von Napoleon aus Rußland erleichtert hätten, indem sie den glücklich Entkommenen die weiteren Mittel zur Verfügung gestellt hätten. Es sei außerdem eine unbestrittene Tatsache, daß die Londoner Juden während des Krieges zwischen England und Frankreich Napoleon durch eine Anleihe unterstützt und ihn so in den Stand gesetzt hätten, die hartnäckigsten Feindseligkeiten ins Werk zu setzen.

Nach einigen weiteren ähnlichen Hinweisen fährt Sir Robert Inglis fort, daß, „wenn die Juden ins Parlament kommen würden, sie ihre Macht noch mehr für ihre eigenen selbstsüchtigen und un-nationalen Zwecke gebrauchen würden. Sie seien durchaus nicht nur eine Sekte, nein, sie hätten sich selbst bis zum heutigen Tag ein Volk genannt. Sie würden sich ihren politischen Einfluß für Zwecke zunutze machen, die mit ihrer eigenen Erhöhung verbunden seien. Wenn sein Vorgesetzter ausgeführt habe, daß er viele Juden kenne, die bereit seien, ins Parlament zu kommen, so müsse einmal folgendes berücksichtigt werden: Im gesamten britischen Königreich gäbe es höchstens 40 000 Juden. Ferner sei bekannt, daß auf 40 000 Christen nur ein Abgeordneter ins Parlament käme. Infolgedessen liege die Anzahl von vier Abgeordneten beträchtlich über einer angemessenen Proportion. Aber der Besitz von Kapital würde die Juden befähigen, Sitze im Parlament zu erringen. Die Einführung eines Juden müsse als direkter Beweis von strafbarer Wahlbeeinflussung angesehen werden. Es stände außer Frage, daß nur gekaufte Wahlstimmen des Volkes hätten für sie gewonnen werden können. Ein jüdisches Mitglied des Parlaments würde die Art und Weise, mit der es die Zulassung erreicht hätte, an seiner Stirn tragen.“

Im Endergebnis kommt Sir Robert dann zu dem Schluß, daß den Juden auf keinen Fall der Zutritt zum Parlament erlaubt werden dürfe.

Ein anderer Abgeordneter namens Macaulay befürwortete die Gesetzesvorlage aus „moralischen Gründen“. Mr. Harrison Watley warnte das Parlament, daß, „wenn die Juden zum Parlament zugelassen würden, 25 von ihnen Sitze im Parlament erhalten und einige von ihren führenden Männern dann ebensoviel Einfluß dort erwerben würden, wie sie es bereits über die dreiprozentigen Consols hätten.“ Ein anderer Abgeordneter spricht sich dann wieder für das Gesetz aus. „Er gäbe zwar zu, daß die Juden unterwürfig seien. Dies käme aber nur davon, weil man sie offen verachte. Die moralischen Minderwertigkeiten ihres Charakters seien lediglich aus der ihnen zugefügten Unterdrückung entstanden. Man solle ihnen Rechte geben und ihre Kinder richtig erziehen lassen. Dann würden die Juden zweifellos zu besseren

Menschen gemacht werden können.“ Auch der damalige Finanzminister griff mit einer langen Rede in die Debatte ein, und zwar zugunsten der Jüdengegner. Er beschäftigte sich u. a. mit dem Argument der Befürworter der Gesetzesvorlage, es sei unbillig, den Jüden nicht dieselben Rechte zu gewähren wie den Katholiken. „ . . . Er erlaube sich, darauf hinzuweisen“, so führt er aus, „daß zwischen den Katholiken und Jüden ein Unterschied bestände. Die Katholiken hätten ihr Blut für sie vergossen. Sie hätten ihre Schlachten zu Lande und zur See geschlagen. Sie hätten zur Macht ihrer Flotte und ihrer Armeen beigetragen. Infolgedessen sei ein vernünftiger Grund vorhanden gewesen, weshalb man diejenigen nicht zu Feinden machte, die für sie im Krieg gefochten hätten. Endlich käme hinzu, daß es sich bei den Katholiken um sieben Millionen Menschen handelte — die Jüden dagegen hätten nicht ihre Schlachten geschlagen, sie hätten auch nicht in ihren Armeen und in ihrer Flotte gedient, und endlich beliese sich ihre Anzahl nach den Angaben eines Schriftstellers aus ihren eigenen Reihen auf nicht mehr als 27 000 Menschen. Infolgedessen könne man die Argumente, die man zugunsten der Emanzipation der Katholiken angeführt hätte, nicht gleichfalls für die Jüden anführen.“

Die Abstimmung ergab bei der ersten Lesung eine knappe Mehrheit von 18 Stimmen zugunsten der Gesetzesvorlage.

Durch die Aussprache im Parlament war der schon lange schwelende Brand zum Ausbruch gekommen und wurde natürlich mit allen Mitteln von den Gegnern der Jüden bekämpft. Auch die Presse griff in die Auseinandersetzungen ein. Zunächst war sie jedoch noch ziemlich gemäßigt, und erst die Großkämpfe vom Jahre 1847 ab zeigen immer mehr und mehr die krassen Unterschiede zwischen den beiden Anschauungen in der Jüdenfrage.

Der „Public Ledger“ vom 6. April 1830 und der „Spectator“ vom 10. April 1830 erwähnen das Gesetz von Grant. Sie bringen zum Ausdruck, daß die Frage der Emanzipation so schnell wie möglich erledigt werden sollte. Auch die Haltung des „Standard“ vom 6. April ist ziemlich unbestimmt. Nur die „Times“ in einem Artikel vom 3. Mai nahm sehr scharf gegen die Jüden Stellung. Sie schreibt u. a. wie folgt:

„Die Jüden sind weder ein Bestandteil einer Nation noch können sie das je werden, denn ihre bürgerlichen und religiösen Institutionen verbieten derartige Vermischung . . . Es können ihnen keine Rechte zugestanden werden, weil ein Jude niemals ein patriotischer Franzose, Deutscher oder Engländer sein kann, ehe er seinen jüdischen Charakter abgelegt hat . . . Mehr als ein Drittel der Sitze im Parlament sind — wie allgemein bekannt — käuflich, und einige Jahre würden daher vielleicht ein britisches Unterhaus in ein jüdisches Sanhedrin verwandeln . . .“

Dies waren harte Worte für die Jüden und ihre Freunde, und man sah der zweiten Lesung mit gemischten Gefühlen entgegen, zumal die Mehrheit bei der ersten Lesung nur sehr knapp gewesen war.



Man war aber nicht untätig, sondern nutzte jetzt auch in der Öffentlichkeit seinen Einfluß aus. Schon bei dem Antrag des Gesetzes hatte man ein Bittgesuch eines Teils der Wähler von Liverpool zugunsten der Juden beigebracht. Es ist nicht ganz unwichtig, festzustellen, daß die zweitausend Unterschriften hauptsächlich von Bankiers und Kaufleuten stammten<sup>3)</sup>. Bekanntlich war Liverpool eines der Zentren des Judentums in der Provinz, und so können wir wohl annehmen, daß unter solchen Verhältnissen nicht wenige der Bittsteller aus getauften und ungetauften Juden, Judenmischlingen, Freunden und von den Juden Abhängigen bestanden haben.

Für die zweite Lesung wollte man aber noch mehr die Volksmeinung dem Parlament offenbaren. Infolgedessen brachte man in der Hochburg des Judentums, der City, ein weiteres Bittgesuch mit etwa 14 000 Unterschriften zustande. Diese bestanden fast ebenfalls ausschließlich aus Bankiers, Kaufleuten und Akademikern. Hierunter befanden sich u. a. elf Direktoren der Bank von England, 1100 Ärzte und Tausende von führenden Männern.

Unter größter Anteilnahme aller beteiligten Kreise kam es zur zweiten Lesung. Lord Belgrave glaubte, den Juden die Gleichberechtigung versagen zu müssen, weil sie international seien und infolgedessen kein patriotisches Gefühl aufzubringen vermöchten. Sir E. Deering wollte ihnen nicht die städtischen Ämter versagen, aber auf jeden Fall einen Sitz im Parlament. Auch Sir Robert Peel war gegen das beantragte Gesetz, weil es nicht die Sekten der Quäker und Separatisten berücksichtigte. All die Redekunst von Lord John Russell vermochte nicht, die Gegner der Juden zu überzeugen, und die Gesetzesvorlage wurde mit einer Mehrheit von 228 zu 165 Stimmen verworfen.

Die Niedergeschlagenheit im Lager der Juden war groß. Aber daß mit der ihnen angeborenen Fähigkeit weiter um die Emanzipation gerungen werden sollte, sehen wir aus einem kurz danach sich abspielenden Vorfall im Parlament.

Ein Jude namens Levi hatte zwischen der ersten und zweiten Lesung des obengenannten Gesetzes den Antrag auf Klärung der Frage gestellt, ob es Juden rechtlich erlaubt sei, Grundeigentum zu erwerben. Sein Begehren wurde sogar vom Kronanwalt unterstützt. Als man jedoch später endgültig dazu Stellung nehmen wollte, sprach sich der Abgeordnete Robert Grant mit der Begründung dagegen aus, daß „man den Juden entweder alle oder gar keine Ansprüche erfüllen sollte; er würde keiner Teillösung zustimmen“.

Hier mußte also Wandel geschaffen werden, was am besten durch „Aufklärung der unwissenden Massen“ geschehen konnte. So wurde zu jedem nur möglichen Mittel der Propaganda gegriffen<sup>4)</sup>, der

<sup>3)</sup> Gran: S. 37.

<sup>4)</sup> Shapira: S. 59ff. Marks: S. 34ff.

ja die Juden nicht zuletzt ihre Erfolge im 19. Jahrhundert zu verdanken haben.

Man ließ zunächst einmal die im Parlament zugunsten der Judenemanzipation gehaltenen Reden drucken und in großer Anzahl verteilen. An verschiedene Autoren von Ruf wurde mit der Bitte herangetreten, Broschüren oder Flugchriften zugunsten der Juden zu veröffentlichen. Meistens hatten sie die richtigen Personen vorher gut ausgewählt, und so hatten sie auch mit ihren Bemühungen Erfolg. Als erster von ihnen veröffentlichte der bereits genannte und damals sehr bekannte Macaulay einen diesbezüglichen Aufsatz in der „Edinburgh Review“ von 1831. Er setzte hierin auseinander, daß man nach philosophischen Grundsätzen den Juden Zutritt zum Parlament gewähren müsse. Sie hätten schon so viel Macht im Lande, daß sie gar nicht mehr bekommen könnten. Man könne die Juden nicht dafür verantwortlich machen, daß sie vielleicht nicht patriotisch seien, denn dies läge nur daran, daß man sie bisher schlecht behandelt hätte. Aber auch in der Öffentlichkeit bekannte Juden griffen zur Feder, und unter ihnen sollen nur die zwei bedeutendsten, Barnard van Oven und J. S. Goldsmid, der Sohn von J. P. Goldsmid, genannt werden. Gerade letzterer ist mit seinen Schriften hervorgetreten. Er setzte sich eingehend mit den von den Gegnern im Parlament vorgebrachten Gründen auseinander und suchte sie zu widerlegen. So seien die fatalen Schlußworte des Abjurationeides überhaupt nicht gegen die Juden gerichtet gewesen und daher nicht auf sie anwendbar<sup>5)</sup>. Es sei auch nicht rechtens, daß man den Katholiken Gleichstellung gewährt habe, dagegen nicht den Juden. Die Engländer seien ganz allein an dem teilweise abzulehnenden Verhalten der Juden schuld, da sie sie immer schlecht behandelt hätten. Es sei doch lächerlich, von einer Judengefahr zu sprechen, wenn nur etwa 30 000 Juden im Lande seien und vielleicht drei oder vier Juden als Abgeordnete ins Parlament einziehen würden. An einer anderen Schrift weist er darauf hin, daß die zwölf Abgeordneten der City und der anderen Stadtteile Londons sich im Parlament einmütig für das Judengesetz ausgesprochen hätten. Es sei falsch, daß die Juden aus England jemals nach Palästina zurückkehren wollten. Nur lehnten sie es ab, als Sklaven unter den Engländern zu leben. Auch er ist sich anscheinend des baldigen Sieges gewiß, wenn er am Schluß seiner Ausführungen jedes Kompromiß ablehnt und volle Gleichstellung mit den Engländern verlangt.

Es wird berichtet, daß diese Propaganda den damit beabsichtigten Erfolg zeitigte. Dies dürfte zum Teil richtig sein, zumal von der Gegenseite kaum irgendwelche nennenswerten ähnlichen Maßnahmen unternommen wurden.

Die englische politische Öffentlichkeit war aber in den nächsten Jahren sehr mit Reformen des Parlaments beschäftigt, und so

<sup>5)</sup> J. S. Goldsmid: Remarks, S. 9ff.

mag es schon richtig sein, daß das Judenproblem hinter diesen zunächst zurückbleiben mußte. Die Zeitspanne dürfte aber den Juden gar nicht so unlieb gewesen sein, da sie sie zur weiteren eingehenden Vorbereitung einer neuen Gesetzesvorlage benutzt haben.

Anfang des Jahres 1832 wurde den Juden in Kanada durch Gesetz völlige Emanzipation gewährt. Die Juden versäumten nicht, unter Hinweis hierauf das gleiche Recht im Mutterland für sich zu verlangen. Vielleicht half ihnen diese Tatsache auch im Januar des nächsten Jahres einen nicht unwichtigen Erfolg zu erringen.

Die vier Vereinigungen der Barrister — genannt Inns of Court — hatten sich bislang gegenüber den Juden abgeschlossen und verlangten auch um das Jahr 1830 noch den vollen Eid of Abjuration. Im Jahre 1833 stellte der erste Jude, der bereits genannte F. S. Goldsmid, den Antrag auf Aufnahme in Lincolns Inn und Zulassung zum Gericht mit der Erlaubnis, die letzten Worte des Eides auslassen zu können. Einige Mitglieder setzten sich dem Antrag entgegen. Als man ihren Ausführungen entgegenhielt, es sei eine Härte für den jungen Juden, ihm erst stillschweigend eine Ausbildung innerhalb des Inn zu gewähren und dann die Zulassung zu versagen, erklärte Lord Campbell, zugleich Mitglied des Parlaments: „Was heißt Härte? Keineswegs! Laßt ihn Christ werden . . .“<sup>6)</sup>. Die Mehrheit gab jedoch dem Antrag statt, und am 30. Januar 1833 wurde der erste Jude als Barrister zugelassen<sup>7)</sup>.

Den Eid leistete F. S. Goldsmid darauf in einer für ihn als Juden möglichen Form. Es dauerte dann nicht mehr lange, daß auch die drei andern Inns folgten und Juden aufnahmen.

Man unterschätze diesen Erfolg nicht, denn der Beruf des Barrister ist in England außerordentlich angesehen, da Richter und andere Staatsstellungen die Ausbildung als Barrister voraussetzen. Mit andern Worten, die Juden hatten wieder eine neue Machtstellung gewonnen, innerhalb deren und von der aus sie neue Stützpunkte für ihren allgemeinen Angriff gewonnen hatten.

Im Januar 1833 hatte sich das neugestaltete Parlament zum erstenmal versammelt. Die Liberalen, mit deren Hilfe die Juden nach wie vor rechneten, hatten nicht weniger als 511 Abgeordnete im Unterhaus, die Konservativen dagegen nicht einmal 150. F. S. Goldsmid wandte sich mit einer öffentlichen Schrift an das neue Unterhaus, in der er der Hoffnung Ausdruck gab, daß das Parlament seine Tätigkeit „mit einem Akt der Gerechtigkeit“ beginnen würde.

<sup>6)</sup> Lives of the Chancellors: Bd. V, S. 544.

<sup>7)</sup> Admission Register no. 19, fo. 65, Records of Lincolns Inn: Bd. II, S. 127. Symson: History, S. 262. Piciotto: S. 396.

## Die Jahre 1833—1834

Am 17. April 1833 stellte Mr. Robert Grant im Parlament den Antrag, daß ein Komitee zur Erforschung der jüdischen Beschränkungen gebildet werden sollte. Grant war diesmal besonders zum Antragsteller geeignet, da er inzwischen einen höheren Posten in der von Lord Gren gebildeten Regierung bekleidete. Der Antrag wurde trotz des Protestes von Sir Robert Inglis ohne weitere Abstimmung angenommen.

Der Name dieses Abgeordneten begegnet uns hier schon zum zweiten Male. Im Verlauf der weiteren Kämpfe wird dies noch öfter der Fall sein. Es dürfte sich daher lohnen, ganz kurz etwas über sein Leben mitzuteilen.

Sir Robert war im Jahre 1786 in London geboren. Nach einer ausgezeichneten Erziehung wandte er sich fast ausschließlich der Politik zu und trat immer wieder im Parlament als Vertreter des konservativen englischen Standpunktes hervor. Man bezeichnete ihn als Repräsentanten der auf dem Lande vertretenen Meinungen und — vielleicht nur deshalb — als nicht von besonders großen Fähigkeiten. Eine sorgfältige Durchsicht seiner Reden im Parlament zu der Judenfrage gibt keinerlei Anhaltspunkte dafür. Im Gegenteil, gerade seine Reden zeugen immer wieder von einer guten Kenntnis der Judengeschichte. Vielleicht war es auch seine diesbezügliche Haltung, die ihn der liberalen Mehrheit von England als rückständig und nicht besonders befähigt erscheinen ließ.

Ohne jede Schwierigkeit brachte nun Grant das Gesetz, das Komitee betreffend, ins Parlament zurück und erhielt ohne weiteres eine Mehrheit für die erste Lesung.

Am 22. Mai kam es zur zweiten Lesung. Wieder war es Sir Robert Inglis, der vor den in jeder Hinsicht schlechten Konsequenzen, die sich aus der Verabschiedung des Gesetzes ergeben mußten, warnte. Er wurde aufs wärmste von Sir Oswald Mosley, wahrscheinlich einem Ahnen des jetzigen Faschistenführers gleichen Namens, unterstützt. Die Freunde der Juden hielten dagegen eine Ablehnung für unvereinbar mit den liberalen Prinzipien von England und den glänzenden Fähigkeiten der Juden. Was man bei der Zusammensetzung des Parlaments erwartet hatte, trat ein, nämlich die zweite Lesung wurde mit einer Mehrheit von 107 Stimmen verabschiedet. Daß auch die im allgemeinen unwichtige dritte Lesung die nötige Mehrheit fand, braucht kaum noch erwähnt zu werden. Dieser Erfolg dürfte nicht zum geringen Teile Vater und Sohn Goldsmid zu verdanken sein. Letzterer hatte unermüdlich für die Judensache durch öffentliche Schriften geworben, während der erstere unaufhörlich Verhandlungen mit einflußreichen Personen gepflogen hatte. Man berichtet, daß er sich jede Nacht in den Wandelgängen des Parlaments aufgehalten habe, um ein- und ausgehende Abgeordnete

anzuhalten und ihnen die Gründe für eine Verabschiedung des Jüdingesezes darzulegen. Folgende kleine Anekdote dürfte am besten seinen jüdischen Eifer zeigen:

Als es eines Tages ungewiß war, ob die Gesezesvorlage wegen des Eintritts der Nacht noch behandelt werden sollte, hörte man zwei Abgeordnete, die ihre Hilfe den Juden bei der Abstimmung versprochen hatten, sich unterhalten. „Es besteht kaum noch eine Aussicht“, meinte der eine, „daß das Jüdingesez noch zu dieser späten Stunde verhandelt wird; ich werde nach Hause gehen.“ Der andere antwortete darauf: „Ich würde gern dasselbe tun, aber es ist völlig nutzlos, es zu versuchen. Goldsmid paßt in der Wandelhalle auf und wird mich sicher zwingen, zu warten.“

Man ruhte aber nicht bei dem gerade gewonnenen Erfolg, denn zur Rechtsgültigkeit war ja noch die Zustimmung des Oberhauses notwendig. Die Führer der Juden und ihre treuen Freunde, wie z. B. Lord Holland, suchten die verschiedenen Peers auf und überredeten sie mit mehr oder weniger großem Erfolg, sie zu unterstützen. Lord Holland gelang es sogar, einige Mitglieder des königlichen Hauses auf seine Seite zu bekommen und ihre Unterstützung bei der Abstimmung im House of Lords zu sichern. Man machte auch alle möglichen Anstrengungen, Mitglieder der hohen Geistlichkeit im Oberhaus zu gewinnen. Tatsächlich hatten sie beim Bischof von Dublin Erfolg.

Am 1. August 1833 kam es zur entscheidenden letzten Sitzung im House of Lords.

Als machtvollen Beweis der Stärke ließ man zunächst den Herzog von Suffex auftreten und verkünden, daß er 7000 Unterschriften von Westminster für die Verabschiedung des Gesezes in Händen halte. Anschließend stellte Lord Berlen, der enge Mitarbeiter von J. L. Goldsmid, den formellen Antrag auf zweite Lesung. Der Erzbischof von Canterbury sprach als erster dagegen. Er habe zwar Achtung vor der Moral und der Religion der Juden. Das Parlament sei aber eine christliche Einrichtung, in der Juden nichts zu suchen hätten. Der Bischof von Chichester unterstützte dagegen den Antrag, weil die Juden doch nur ältere Brüder der Christen seien. Als sich aber der Herzog von Wellington gegen die Gesezesvorlage aussprach, weil sie gegen den christlichen Charakter des Landes verstieße, war kein Zweifel mehr, daß die Mehrheit der Lords die Verabschiedung verweigern würde. Dies trat dann auch ein, und der Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Groß war die Trauer im Lager Israels, die sich auch nicht durch einen Artikel der „Times“ vom 2. August, die inzwischen zu den Juden und ihren Freunden hinübergewechselt war, verbergen ließ. Das Gesez sei zwar gestern abgelehnt worden, aber in der nächsten Sitzungsperiode würde man eben ein neues einbringen, und dann würde es schon klappen. Die „Morning Post“ vom gleichen

Tage begrüßt dagegen die Ereignisse des Vorabends im House of Lords und fährt fort:

„ . . Ein Jude, wenn er konsequent und gewissenhaft ist, muß sich hier stets als Fremder betrachten und das Angebot ablehnen, aktiv zu unseren nationalen Institutionen zugelassen zu werden, wann immer ihm solches Anerbieten gemacht wird . . .“

Bei der schon früher gezeigten Unbekümmertheit der Juden bei Mißerfolgen überrascht es uns aber nicht, daß bereits am 18. November 1833 die Juden unter dem Vorsitz von J. L. Goldsmid neue formelle Schritte beim Parlament beschließen.

Es sollte aber doch noch erst Frühling werden, bis am 24. April 1834 Grant einen erneuten Antrag stellt. Wieder gab es die üblichen Reden für und gegen die Gesetzesvorlage. Ohne Schwierigkeiten passierte aber die Gesetzesvorlage das Unterhaus und fand ihren Weg ins Oberhaus.

Hier sollte den Juden aber wiederum der Erfolg versagt bleiben. Bei den Debatten wies der Graf von Malmesbury darauf hin, daß man im Falle der Verabschiedung des Gesetzes nicht nur Juden, sondern auch Mohammedaner zulassen sollte, und der Erzbischof von Canterbury war sehr darüber entrüstet, daß man sich schon wieder mit einem Judengesetz abgeben müsse.

Die Ereignisse hatten die Juden und ihre Freunde belehrt, daß die Opposition trotz der vielen Vorbereitungen noch zu stark war, um die Judenfrage mit einem Schlag zu lösen. Wir werden daher sehen, daß sie in den nächsten zehn Jahren zu ihrer ursprünglichen Methode zurückkehren und die Emanzipation in Etappen -- oder, wie wir es nennen, mit Hilfe von Zermürbungsgesetzen -- zu erreichen trachten.

## Ein jüdisches Zwischenspiel: David Salomons

Schon im nächsten Jahre sollte man mit dieser Taktik Erfolg haben.

Der Jude David Salomons, der uns immer wieder entgegen-treten wird, wurde zum Sheriff von London gewählt. London hat nicht nur den Charakter einer Stadtgemeinde, sondern auch den einer Grafschaft. Nun bestand bekanntlich seit dem Jahre 1829 ein Gesetz, wonach jeder, der zu einem solchen Amt gewählt war, vor Amtsantritt eine feierliche Erklärung abgeben mußte. Dieser Voraussetzung konnten aber die Juden wegen der fatalen Schlußworte nicht genügen.

Man übersehe bei dieser Wahl von Salomons nicht die Gesamt-lage: Wähler und Gewählter wußten genau, daß der Jude rechtlich nicht imstande war, das Amt einzunehmen. Nichtsdestoweniger — oder vielleicht gerade deshalb — gab man seine Stimme für ihn ab, um unter Herausforderung des Gesetzes eine Entscheidung des Parlaments bzw. des House of Lords herbeizuführen.

David Salomons verweigerte erwartungsgemäß die von ihm verlangte Erklärung. Die Folge davon war, daß man ihm die Ausübung seines Amtes nicht gestattete.

Anscheinend war alles im voraus sorgfältig vorbereitet; die Regierung nahm sich sofort der Sache an und brachte unter der Initiative von Lord John Russell und dem damaligen Kronanwalt Lord John Campbell ein besonderes Gesetz ein, um David Salomons die Übernahme des Amtes zu ermöglichen.

Man denke nun ja nicht daran, daß der Gesetzesentwurf von dem vorliegenden Fall oder allgemein von dem Unvermögen der Juden betr. Abgabe der Erklärung gesprochen hätte. Nicht einmal das Wort Jude kam darin vor. Auch der Name London war nicht erwähnt worden. Der Titel war ebenfalls völlig nichts sagend. Er lautete:

„Gesetz zur Behebung von Zweifeln bezüglich der Erklärung und Eide, die von Personen geleistet werden müssen, die zu dem Amt eines Sheriffs einer Stadt gewählt sind, die gleichzeitig eine Grafschaft ist<sup>1)</sup>).

Unter vielen Verkläuterungen, die ein Laie kaum zu verstehen vermag, beabsichtigte das Gesetz, den Juden zu gestatten, bei Übernahme von städtischen Ämtern die Erklärung fortzulassen. Es mußte eigentlich jedem aufmerksamen Leser erkennbar sein, daß das Gesetz im Falle der Verabschiedung den Juden zwar nicht volle Emanzipation gewährte, aber sie doch einen großen Schritt näher dahin bringen würde. Das Wichtigste dabei war vor allem, man verließ im Falle der Annahme des Gesetzes das allgemeine Prinzip und gestand daher den Judenfreunden die Berufung auf diese Ausnahme zu mit dem Verlangen auf Bewilligung weiterer Zu-

<sup>1)</sup> Statutes of the United Kingdom, Bd. 75, S. 127—128.

geständnisse. Mit andern Worten, ein Prinzip von solcher Tragweite duldet keine Ausnahme, da es sonst kein Ende mit Ausnahmen gibt und es am Schluß völlig ausgehöhlt zusammenbrechen muß.

Es ist daher nicht verständlich und wohl kaum noch aufzuklären, warum die Opposition nicht mit aller Macht dagegen gekämpft hat. Wurde sie durch die Fassung des Gesetzes getäuscht? Glaubte man, diese Ausnahme großzügig gewähren zu können, weil man sich stark genug fühlte, die allgemeine Emanzipation abzuschlagen? Oder hielt man den Gesetzesentwurf für zu unbedeutend, um dem allgemeinen Prinzip gefährlich zu werden? Wahrscheinlich waren es beide Gründe. Wir, die wir heute rückblickend die Ereignisse mit ihren Resultaten beurteilen können, wissen, daß es der größte und nicht mehr gutzumachende Fehler im Kampf gegen die Juden war. Bei der Auseinandersetzung mit ihnen gibt es nur die Lösung: „Alles oder nichts!“ Denn schon das „Etwas“ führt zum „Alles“ und ist der Anfang vom Ende. Im folgenden beachte man die Daten, um die ungeheure Schnelligkeit, mit der das Gesetz durch die zur Rechtsgültigkeit notwendigen Instanzen gejagt wurde, zu erkennen.

Am 23. Juli 1835 wurde die Gesetzesvorlage eingebracht und bereits am nächsten Tag zum erstenmal gelesen. Der 29. Juli sah schon die zweite Lesung, nachdem der Antrag vorher noch im Komitee behandelt worden war. Schon am 3. August wurde er endgültig im Unterhaus verabschiedet. Mit der kaum glaublichen Schnelligkeit von zehn Tagen durchlief er das sonst so feindlich gesinnte Oberhaus, und am 21. August gab bereits der König seine formell notwendige Zustimmung.

Doch die Schnelligkeit ist nicht das einzige, was überrascht.

Die Presse nimmt fast keine Notiz davon, und trotz sorgfältiger Suche gibt die sonst zuverlässige amtliche Sammlung von Hansard nicht das Geringste über eine Debatte oder gar Abstimmung wieder. Danach müssen die Jüdengegner aus irgendwelchen unbekanntem Gründen nichts gegen das Gesetz unternommen haben.

Unmittelbar nach Eintritt der Rechtsgültigkeit des Gesetzes übernahm Salomons sein Amt. Zwei Jahre später war sein Nachfolger sein Rassegenosse Moses Montefiore.

Die Taktik, den Kampf vom allgemeinen Prinzip abzulenken und auf Teilgebiete und Personen zu beschränken, war erfolgreich gewesen. Man hoffte daher, weitere Erfolge auf diese Weise zu erringen und ließ denselben David Salomons am 18. November 1835 zum Rats Herrn der City wählen.

Auch in diesem Falle war Salomons nicht imstande, sein Amt anzutreten, denn hierfür bestand nach wie vor die Vorschrift des Gesetzes aus dem Jahre 1829, da das obengenannte Gesetz lediglich eine Abänderung für den Posten eines Sheriffs getroffen hatte.

Am 3. Dezember 1835 kam er in Begleitung einer zahlreichen Menge seiner Wähler zum Court of Aldermen, um offiziell in



sein Amt eingeführt zu werden. Hier wurde ihm eröffnet, daß er zunächst die nach dem Gesetz des Jahres 1829 verlangte Erklärung abzugeben hätte. Dies lehnte er genau so ab wie früher bei seiner Einsetzung als Sheriff. Der Court of Aldermen ließ sich aber auf keinerlei Verhandlungen ein und erklärte seine Wahl für nichtig. Eine neue Wahl wurde ausgeschrieben und ein anderer Kandidat erkoren. Salomons erhob nun gegen diesen neuen Ratsherrn Klage mit dem Ziel, festzustellen, daß dessen Wahl ungültig sei. Das rechtskräftige Urteil erkannte jedoch, daß die Ansicht des Court of Aldermen dem Gesetz entsprochen habe und die zweite Wahl rechtsgültig sei<sup>2)</sup>.

Es überrascht hierbei nicht die Haltung des Gerichts, da es offensichtlich nur den Gesetzen gemäß Recht gesprochen hatte. Vielmehr ruft es einigermaßen Erstaunen hervor, daß das Organ der City, der Court of Aldermen, nach wie vor objektiv der Sach- und Rechtslage gerecht wurde.

Salomons aber wies kurz nach seiner Niederlage in einer Schrift darauf hin, daß es für die Juden wichtiger sei, zu wissen, daß das Volk sie wähle, als daß der Court of Aldermen sie ablehne. Im übrigen würde der Kampf weitergehen<sup>3)</sup>.

---

<sup>2)</sup> Henriques: Jews, S. 254—255. Hyamson: History, S. 263.

<sup>3)</sup> Salomons: Observations, S. 4.

## Der Kampf geht weiter

Im Juli 1836 reichte der Finanzminister ein neues Gesetz auf allgemeine Aufhebung der jüdischen Beschränkungen ein. Diesmal hatte man geschickterweise die letzten Tage einer Sitzungsperiode des Parlaments gewählt. Geschickt insofern, als bekanntlich in den letzten Tagen einer Sitzungsperiode die Mitglieder des Parlaments mehr oder weniger müde sind. Hier kam noch hinzu, daß man sich im Hochsommer befand und die meisten Abgeordneten wohl bereits ihren Aufenthalt im Parlament zugunsten eines solchen in einem Badeort aufgegeben hatten. Anders ist es nämlich nicht zu erklären, daß die Debatte über das Gesetz vor einem wenig interessierten, fast leeren Hause vor sich ging und mit nur 39 zu 17 Stimmen die Zustimmung des Parlaments fand. Diese ganze Aktion verlief jedoch insofern völlig ergebnislos, als es infolge der ablehnenden Haltung der Regierung nicht einmal mehr zu einer zweiten Lesung im House of Lords kam. Somit war das Gesetz wiederum nicht rechtsgültig geworden.

Die Art und Weise von Nichtbeachtung, die der letzte Versuch der Juden fand, muß ihnen ein härterer Schlag gewesen sein, als wenn sie erst nach heftigster Opposition unterlegen wären. So hören wir denn auch, daß das Mißlingen „ein niederschmetternder Schlag für die Juden“ gewesen sei<sup>1)</sup>. Aber schon im nächsten Jahr stellt sich David Salomons in Shoreham erneut zur Wahl. Diesmal lehnt die Mehrheit der dortigen Wählerschaft seine Wahl jedoch eindeutig ab.

In diesem Jahre wurden die Juden andererseits mit neuem Mut durch die bereits erwähnte Wahl von Moses Montefiore zum Sheriff von London erfüllt. Bei dem feierlichen Bankett, welches anlässlich seiner Einführung in das Amt gegeben wurde, war auch Lord Campbell zugegen. In einer Rede drückte er seine Freude über die Wahl aus unter der gleichzeitigen Versicherung, daß die gegenwärtige Regierung alles, was in ihrer Macht stände, tun würde, um den Juden völlige Gleichberechtigung zu gewähren.

Neben der Regierung konnte man aber im Gegensatz zu König Wilhelm IV. jetzt auf die Gunst der jungen Königin Victoria rechnen, die in diesem Jahre den Thron bestiegen hatte. Sie zeichnete Montefiore wiederholt aus. Am meisten zeigte sich dies, als sie ihn im selben Jahre in den Ritterstand erhob. Neben der Königin konnten die Juden auch, wie schon früher, auf die tatkräftige Hilfe der Mutter der Königin, der Herzogin von Kent, und des Herzogs von Suffex rechnen.

---

<sup>1)</sup> Shapira: S. 92.

## Disraeli über die jüdische Rasse

In diesem Jahre starben Lord Holland und der inzwischen zum Ritter geschlagene Sir Robert Grant. An ihre Stelle sollten aber zwei Personen treten, die mit demselben Eifer, aber wohl mit größeren Fähigkeiten die Judenfrage neben Lord John Russell und Rothschild vertraten. Es handelt sich um Lord Lyndhurst und den getauften Juden Benjamin Disraeli, — späteren Lord Beaconsfield. Beide spielten noch nicht unmittelbar nach dem Jahre 1837 die führende Rolle in der Juden-Emanzipation, von Jahr zu Jahr traten sie jedoch immer stärker mit ihren Bestrebungen hervor. Von dem ersteren sagt man sogar, er habe danach gestrebt, den Beinamen „Befreier der Juden“ zu erhalten, der ihm eigentlich, wie wir noch sehen werden, gebühren dürfte.

Wir wollen davon absehen, nähere Einzelheiten über das Leben von Lord Lyndhurst zu geben. Es mag genügen, zu erwähnen, daß er im Jahre 1772 in Boston (Amerika) geboren wurde und beinahe 92 Jahre alt geworden ist. Er war Jurist und bekleidete als solcher hohe und höchste Ämter. Mit seinen politischen Prinzipien nahm er es nicht so genau und wechselte daher öfter die Fronten.

Disraeli war im Jahre 1804 als Sohn jüdischer Eltern geboren. Am 31. Juli 1817 trat er zum Christentum über und hatte daher keinerlei Schwierigkeiten, an dem öffentlichen Leben Englands teilzunehmen. Er betätigte sich schon früh als Schriftsteller. Als solcher pries er hauptsächlich die jüdische Rasse. Im Jahre 1837 kam er zum erstenmal als Abgeordneter ins Parlament, um dann zu den höchsten Ehren Englands zu gelangen. Einer seiner größten Freunde war Lord Lyndhurst, der wiederum sehr eng mit Rothschild befreundet war. Hören wir doch sogar von großen Gala-festen, die von Rothschild ihm zu Ehren gegeben wurden. Wir sehen ein Triumvirat, das schon geeignet war, die Judenfrage rücksichtslos durchzusetzen.

Bevor wir jedoch zu der allgemeinen Judengeschichte zurückkehren, dürfte es notwendig sein, den Leser mit der geradezu überraschenden Ansicht von Disraeli über die Rasse und seine allgemeine Einstellung zu den Juden bekannt zu machen.

Diese ergeben sich aus seinen öffentlichen Reden<sup>1)</sup>, jedoch noch mehr aus seinen vielfach in Vergessenheit geratenen Werken<sup>2)</sup>. Ganz besonders zeigt sich seine Haltung in „Conningsby“ oder „Die neue Generation“ (1844), sowie in seiner politischen Biographie „Lord George Bentinck“ (1852). Die in dem ersteren Werk vorkommenden Personen waren dem öffentlichen Leben entnommen und lediglich ihre Namen verändert. Hauptpersonen sind

<sup>1)</sup> Vgl. u. a. Hansard: Bd. 95, S. 1321ff., Bd. 133, S. 872ff., Bd. 149, S. 752ff. L. E. Rebbel 1882, 2 Bände, „Selected Speeches of the late Rt. Hon. The Earl of Beaconsfield“.

<sup>2)</sup> Vgl. u. a. Vivian Grey (1826), Tancred (1847).

ein junger Engländer, Conningsby, und sein Freund und Lehrmeister Sidonia, ein Jude. Das Vorbild Sidonias ist Rothschild.

Das Buch „Lord George Bentinck“ war seinem Freund, dem bekannten Politiker, gewidmet. In Kapitel 24 dieses Buches hat Disraeli sich ausschließlich mit den Juden- und Rassefragen beschäftigt.

In „Conningsby“ führt er aus<sup>3)</sup>, daß Sidonia die in der Welt verstreuten jüdischen Gemeinden besucht und dabei gefunden hätte, daß die Juden der niedrigsten Klassen im allgemeinen heruntergekommen wären, während die oberen Klassen sich schmutzigen Geschäften widmeten. Er hat darauf festgestellt, daß ihre intellektuelle Entwicklung ungeschwächt war, und das gab ihm Hoffnung. Die einzige menschliche Qualität, die Sidonia interessierte, war der Intellekt. Er kümmerte sich nicht darum, woher er kam, wo er ihn fand. Glaube, Vaterland, Klasse, Charakter, — in dieser Hinsicht war ihm alles gleich.

In „Lord George Bentinck“ gibt er zu<sup>4)</sup>, daß die Juden voller Haß der Menschheit feindlich gegenüberständen. Das mangelnde Verständnis für die Juden habe ferner dahin geführt, „daß die geschicktesten Ansammler von Vermögen sich mit den Kommunisten verbündeten; diese besondere Klasse gehe jetzt Hand in Hand mit dem Abscham und den Verworfenen Europas“.

An der gleichen Stelle führt er weiter aus, daß bei den Revolutionen um das Jahr 1848 überall Juden beteiligt waren. Die Revolutionen in Deutschland, Italien und sogar in Frankreich seien von geheimen Organisationen vorbereitet worden, die bei deren Ausbruch ebenfalls die provisorische Regierung gebildet hätten, — und überall hätten an der Spitze einer solchen Juden gestanden.

Ziel dieser Revolutionen sei gewesen, sich gegen Religion und Eigentum zu wenden. So wäre es also dahin gekommen, daß die Kinder Gottes mit den Atheisten Hand in Hand gegangen seien. Diese unheilvolle Richtung der jüdischen Bewegung ist nach Ansicht von Disraeli nicht in der jüdischen Natur begründet, sondern ausschließlich eine Folge der schlechten Behandlung der Juden durch die Christen.

Trotz aller schlechten Taten habe die Menschheit den Juden außerordentlich viel zu danken. In der Kunst hätten sie mehr geleistet als die Athener. Ihr schöpferischer Genius habe niemals so glänzend geschienen wie augenblicklich. Und wenn „die Russen, Franzosen und Angelsachsen, — ganz hingegeben dem Zauber eines Mozart (!?) oder Mendelssohn, im Theater applaudierten, so huldigten sie der jüdischen Kunst“.

Neben der Musik seien die Juden auch führend in der Wissenschaft.

<sup>3)</sup> Disraeli: Conningsby, S. 91.

<sup>4)</sup> Disraeli: Lord George Bentinck, S. 489—490.

In „Conningsby“ glaubt Disraeli feststellen zu können, daß keine große intellektuelle Bewegung in Europa stattfindet, woran nicht die Juden beteiligt sind. Die ersten Jesuiten seien Juden gewesen. Die russische Diplomatie, welche Westeuropa so sehr alarmierte, sei hauptsächlich von Juden organisiert und ins Leben gerufen worden.

Mit Stolz läßt er dann Sidonia bekennen, daß er im Begriff stehe, große internationale Finanztransaktionen vorzunehmen. Voller Sarkasmus wird geschildert, wie Sidonia von einem Landaufenthalt nach London zurückgerufen wird, weil die Minister des englischen Empires nicht die Zinsen für eine Anleihe aufbringen können. Jetzt solle er, der allgewaltige, internationale Bankier, die Zinsen stunden. Mit Spott bemerkt er gegenüber Conningsby: „Kann irgend etwas absurder sein, als daß sich eine Nation zur Aufrechterhaltung ihres Kredits und durch diesen Kredit zur Aufrechterhaltung ihrer Existenz als Imperium an ein Individuum wendet, dem das Gesetz die stolzesten Bürgerrechte verwehrt, nämlich das Privileg, in seinem Senat zu sitzen und Landeigentümer zu sein?!“

Auch der Umstand, daß die Juden ihren Einfluß auf jedes Land der Welt zu erstrecken versuchen, wird von Disraeli als besondere Qualität des jüdischen Charakters und jüdischer Fähigkeiten hingestellt. „Sidonia“, so schreibt er, „ist mit jedem Minister der verschiedenen Staaten bekannt. Er unterhält geheime Agenten und politische Spione, um jede Information zu erlangen. Er unterhält sogar Verbindungen mit all den klugen Ausgestoßenen der Welt. Seine Organisation ist so umfangreich und doch so geheim, daß die Welt im allgemeinen von seinem Einfluß in dieser Hinsicht nichts erfährt. Sein gewaltiger Reichtum hat ihm alle Türen geöffnet, und es gibt für ihn nichts, was er nicht erfahren würde.“ Disraeli läßt dann Sidonia in den Ruf ausbrechen: „Die jüdische Meinung hat einen ungeheuren Einfluß auf alle Geschehnisse in Europa und wird von Generation zu Generation der menschlichen Gesellschaft gegenüber mächtiger und gefährlicher in ihrer Feindschaft werden.“ Es gibt insolgedessen auch keine durch Ländergrenzen beschränkten Interessen Sidonias.

Sehr interessant sind nun seine Gründe, warum die Juden trotz aller Verfolgungen seit Jahrtausenden imstande sind, diesen ungeheuren Einfluß in der Welt auszuüben. Seiner Meinung nach kommt hierfür einzig und allein die unvermischte Klasse der Juden in Betracht. Eine unvermischte Klasse sei aber die Aristokratie der Natur. Solche Erhabenheit sei eine positive Tatsache und nicht etwa Einbildung.“ „Nur dieser Umstand der Reinheit der Klasse habe die Juden überhaupt befähigt“, so bringt er weiter zum Ausdruck, „all die Verfolgungen durch die Ägypter, Assyrer, Römer usw. zu überstehen. Kein Strafgesetz, keine körperlichen Qualen könnten bewirken, daß eine überlegene Klasse von einer niedrigeren absorbiert oder gar vernichtet würde. Die vermischten

Rassen, so habe die Geschichte gelehrt, seien verschwunden. Aber die reine Rasse der verfolgten Juden sei bis zum heutigen Tage erhalten geblieben.“ Die gleichen Ausführungen finden wir auch noch an anderer Stelle. Er fügt aber noch hinzu, daß es Unsinn sei — wie es jetzt so beliebt wäre —, von einer natürlichen Gleichheit aller Menschen zu sprechen und dieses dann in eine Form von Weltverbrüderung zu kleiden. Würde letztere in die Tat umgesetzt, so würde es bedeuten, daß die großen Rassen untergehen und aller Genius der Welt zerstört würde. „Welche Folgen würde es für die große angelsächsische Republik haben, wenn z. B. ihre Bürger sich von dem gesunden Prinzip der Reserviertheit trennen und sich mit Negern und andern farbigen Völkern mischen würden! Im Laufe der Zeit wären sie entartet und ihre Staaten würden wahrscheinlich von den Eingeborenen zurückerobert.“ Dies ist der Standpunkt eines führenden Juden zur Juden- und Rassenfrage. Disraeli hat also in seinen Betrachtungen keinen Unterschied zwischen getauften und ungetauften Juden gemacht, sondern für ihn gab, ebenso wie für uns, nur die Rasse den Ausschlag. Dieser Standpunkt wird auch heute noch von der überwiegenden Mehrheit der Welt und besonders von England als falsch bekämpft. Es verwundert daher auch nicht, daß ein Zeitgenosse Disraelis<sup>5)</sup> ihn wegen dieser Stellungnahme am meisten angegriffen hat.

Dies mag zunächst genügen, um die Einstellung dieses „großen Engländers“, wie man ihn in Großbritannien nicht selten zu bezeichnen pflegt, über die Judenfrage darzustellen. Daß er alles getan hat, um seiner „überragenden Rasse“ den ihr nach seiner Ansicht gebührenden Platz an der Sonne zu verschaffen, werden wir unten noch sehen.

---

<sup>5)</sup> Padley: An answer.

## Ritualmorde im Orient

Das Jahr 1840 sollte in mancherlei Beziehung von Bedeutung sein.

Unmittelbar vor dem jüdischen OSTERFEST war in DAMASKUS ein Kapuzinermönch verschwunden. Die Bevölkerung richtete sofort ihren Verdacht gegen die JUDENGEMEINDE, da sie annahm, daß die Juden das menschliche Blut zur Anfertigung ihrer Kuchen gebraucht hätten. Man verhaftete einen jüdischen Barbier, der angeblich nach starker körperlicher Züchtigung den Verdacht bestätigte, um sich vor weiteren Mißhandlungen zu retten. Er bezeichnete eine Anzahl von Juden als Täter. Ein Teil war bereits geflohen, aber sechs der von dem Barbier bezeichneten Juden konnten noch verhaftet werden. Diese leugneten ihre Schuld, und auch türkische Foltermethoden konnten sie zu keinem Schuldbekennnis veranlassen. Inzwischen stürmte die aufgeregte Menge einige Häuser der Juden und zerstörte sie.

Der französische Konsul in Damaskus vertrat schon seit langer Zeit die Interessen aller Katholiken in Vorderasien, und unter seinem Vorsitz fand die Verhandlung gegen die angeklagten Juden statt. Sie endete mit ihrer Verurteilung zum Tode, da die Schuld einwandfrei nachgewiesen sei. Der Konsul hatte zur Vollstreckung des Urteils die Erlaubnis des für Damaskus zuständigen Vizekönigs von Ägypten, Mehemet Ali, einzuholen.

Fast zu der gleichen Zeit war in Rhodos ein Knabe von zehn Jahren gestorben. Der Verdacht lenkte sich auch hier sofort gegen die Juden. Die Gesamtheit der dort beglaubigten Konsuln der europäischen Staaten, mit Ausnahme des Vertreters von Osterreich, wandte sich an den zuständigen Pascha mit dem Ersuchen um Bestrafung der von zwei Griechen angezeigten Juden. Die Juden wurden verhaftet, und auch hier soll ihnen hart zugesetzt sein, um ein Geständnis von ihnen zu erhalten.

Anfang April 1840 traf die Mitteilung über diese Vorfälle in London ein. Ohne jede Verzögerung berief der Jude Sir Moses Montefiore eine Versammlung der führenden Juden. Ihm dürfte sofort klar geworden sein, daß er nicht nur im Interesse seiner betroffenen Kassengenossen, sondern für die Zukunft der jüdischen Emanzipation sofort zu handeln habe. Sollten die Juden hingerichtet und so die Anklage gegen sie bestätigt werden, war der Kampf der Juden um die Gleichberechtigung in der ganzen Welt, aber vor allem in England, zum Scheitern verurteilt. Denn die Vorgänge in Kleinasien gaben den Jüdengegnern gute Trümpfe in die Hand.

So fanden sich denn im Hause von Sir Moses Montefiore Rothschild, J. L. Goldsmid, David Salomons und andere ein, um die notwendigen Maßnahmen zu besprechen. Von Paris hatte man den in Frankreich führenden Juden Crémieux herbeigerufen, um

die internationale Zusammenarbeit der Juden sicherzustellen. Man verfaßte zunächst ein Memorandum, in dem man die ganzen Vorgänge für eine Schande der Zivilisation und irgendeine Schuld der beteiligten Juden für unmöglich erklärte.

Nur, wer die Methoden der Juden bei solchen Gelegenheiten eifrig studiert und erkannt hat, wird ahnen können, welche Mittel nun zur Widerlegung der Vorgänge in Kleinasien und zur Rettung der verurteilten Juden angewandt worden sind. Die meisten Schritte werden ja — wie immer — nicht der Öffentlichkeit bekanntgeworden sein. Aber die von den Juden selbst genannten dürften ausreichend sein, um ihre fieberhafte Tätigkeit erkennen zu lassen.

Zunächst galt es, die Öffentlichkeit zu gewinnen. Der von den Juden verfaßte Bericht über die Vorgänge wurde zunächst an dreißig Zeitungen gesandt, die ihn auch sofort veröffentlichten. Mit wenigen Ausnahmen finden wir hier die englische Presse auf Seiten der Juden. Sie konnte sich nicht genug tun, die Unschuld der Juden zu betonen und die Grausamkeit der damit befaßten Behörden und der Christen in Kleinasien zu geißeln. Ein fast pausenloses Trommelfeuer wurde auf die Bevölkerung losgelassen. Wenn man sich einmal der Mühe unterzieht, die auch schon damals führende Zeitung, die Times, zu untersuchen, so wird man über die Häufigkeit des dort behandelten diesbezüglichen Themas, das doch bei den Weltinteressen Englands von ganz untergeordneter Bedeutung war, mehr als erstaunt sein<sup>1)</sup>.

Bei dieser Propaganda dürfte es auch nicht überraschen, daß die City eine feierliche Protestversammlung einberief und ihre volle Sympathie mit den Juden erklärte.

Eine Abordnung der Juden begab sich in das Auswärtige Amt und bat den damaligen Minister, Lord Palmerston, um sofortiges Eingreifen der britischen Regierung zugunsten der Juden. Dieser erklärte sich mit dem größten Vergnügen bereit, den Wünschen nachzukommen. „Er würde sofort“, so lautet das veröffentlichte Communiqué, „Lord Ponsonby, dem englischen Botschafter in Konstantinopel, und Oberst Hedges, dem englischen Vertreter in Alexandrien, Instruktionen erteilen und sie anweisen, jede in ihrer Macht liegenden Vorstellungen zu erheben, um die Fortsetzung dieser in jehiger Zeit so schimpflosen Grausamkeiten zu verhindern...“<sup>2)</sup>

Einige Zeit später begab sich eine Abordnung der London Society for Promoting Christianity among the Jews zu Lord Palmerston. Sie bestand aus dem Bischof von Ripon, Lord Ashley, Sir George, H. Rose, Parlamentsmitglied, und Sir Thomas Baring. Man sprach seine tiefe Sympathie für die Juden aus und erbat ebenfalls dringend den Schutz der britischen Regierung für die Juden.

<sup>1)</sup> So z. B. Times vom 2., 14., 18., 28. Mai, 2. 25., 29. Juni, 2., 5., 6., 7., 15. Juli, 6., 10. Oktober, 3., 7. Dezember 1840.

<sup>2)</sup> Times vom 2. Mai 1840.



Lord Palmerston antwortete in einem öffentlichen Brief, daß er der Angelegenheit seine ernste Aufmerksamkeit schenken werde und man versichert sein könnte, daß der Einfluß der britischen Regierung ausgeübt werden solle, um die Regierung in Konstantinopel und den Pascha von Ägypten zu überreden, jede Art von Vorseorge dafür zu treffen, daß Gerechtigkeit gesichert und eine Wiederholung derartiger Vorgänge vermieden würde<sup>3)</sup>.

Am Ende des Jahres wandte sich eine Abordnung der „General Assembly of the Church of Scotland for Promoting Christianity amongst the Jews“, die also auch das Christentum unter den Juden fördern wollte, mit derselben Bitte an Lord Palmerston und verlangte darüber hinaus, daß die britische Regierung von nun an allgemein die Juden in Kleinasien unter ihren Schutz stellte<sup>4)</sup>.

Man fragt sich verwundert, aus welchen Gründen diese Gesellschaft bei dieser Gelegenheit für die Juden eintrat, da sie doch angeblich nur die Juden zum Christentum bekehren wollte. Anscheinend fühlte man sich bei dem öffentlichen Eintreten für die Belange der ungetauften Juden auch nicht ganz wohl, da man den Schritt ausdrücklich damit begründete, daß man auch „tieftes Interesse für die irdische Glückseligkeit der Juden“ hätte.

Anscheinend hatte auch die letzte Deputation mit ihrem besonderen Wunsch Erfolg gehabt, denn von nun an erklärte England der türkischen Regierung ganz offiziell, daß England — wie Frankreich die Katholiken — in Zukunft die Juden in Kleinasien vertreten und beschützen würde. Lord Palmerston gab an den im Jahre 1839 eingesetzten Konsul in Jerusalem die Anweisung, „den Juden im allgemeinen jeden Schutz angedeihen zu lassen“. Dies Verlangen wurde von der Pforte ausdrücklich anerkannt und die andern britischen Konsuln in der Türkei entsprechend instruiert.

Der Vorfall hat aber noch eine andere wichtige Bedeutung. Seit dieser Zeit kann man nämlich offen die internationale Zusammenarbeit des Judentums feststellen. So sehen wir, wie aus fast allen Teilen der Welt, wie z. B. aus Hamburg, Altona, Amsterdam, Barbados, Jamaica, Gibraltar, Philadelphia u. a. nicht unbedeutende Beträge zur Durchführung der Judenaktion nach London gesandt wurden.

Die Juden schlossen sich dann auch zu einer Gesellschaft unter dem Namen Alliance Israélite Universelle zusammen, die ihren Sitz in Paris hatte. „Die englischen Juden“, so betont Wolf, „haben niemals aufgehört, den ersten Platz in der Judenthätigkeit innezuhaben, dank ihrer freiheitliebenden englischen Instinkte und der Unterstützung, die ihre Arbeit stets von ihrer Regierung und von ihren christlichen Volksgenossen erfahren hat . . .“

Es ist eigentlich überflüssig zu erwähnen, daß das Weltjudentum mit Hilfe der mächtigen britischen Regierung den von ihm erwünschten Erfolg erreichte. Sir Moses Montefiore, der die Ver-

<sup>3)</sup> Times vom 2. Juni 1840.

<sup>4)</sup> Times vom 3. Dezember 1840.

handlungen in Alexandrien und Konstantinopel geführt hat, erhielt in beiden Fällen die amtliche Versicherung, daß die Unschuld der Juden erwiesen sei. Die angeklagten und verhafteten Juden wurden danach freigelassen. Für seine Verdienste um die Sache wurde er von der Königin Victoria ausgezeichnet und auch sonst von Mitgliedern der königlichen Familie gelobt.

## Neue Niederlagen

Auf der so geschürten Mitleidswelle hofften die Juden erneut mit ihren Ansprüchen nach oben treiben zu können. So verwundert es nicht, daß bereits am 9. Februar des folgenden Jahres ein Gesetzentwurf eingebracht wurde mit dem Ziel, den Juden endlich die Möglichkeit der Übernahme des Amtes als Ratsherren zu ermöglichen.

Zur allgemeinen Überraschung konnte das Gesetz sogar im House of Lords eine Mehrheit bei der ersten und zweiten Lesung finden. Bei der dritten und sonst meist nicht mehr entscheidenden Lesung wurde es jedoch erneut von den Lords abgelehnt.

Wieder war ein jüdischer Teilangriff abgewiesen, und es war ein weiterer Rückschlag, als Salomons sich wiederum vergebens als Kandidat bei einer Wahl zum Parlament in Maidstone hatte aufstellen lassen.

Die erneute Niederlage der Juden hatte sicherlich dazu beigetragen, daß sie von diesem Jahre an mit aller Energie daran gingen, eine eigene Presse aufzubauen. So können wir beobachten, daß von nun an eine organisierte Presse von ihnen ins Leben gerufen wurde.

Als dann im Jahre 1843 die Juden von Tetuan und Tunis angeblich schlecht behandelt wurden, wurde ebenfalls der dortige britische Konsul auf Veranlassung seiner Regierung bei dem dort amtierenden Bey vorstellig, der daraufhin Abhilfe versprach.

In England selbst sahen die zweite Hälfte des Jahres 1841 und die beiden nachfolgenden Jahre keine besonders zutage tretenden Aktionen der Juden bezüglich Erreichung ihrer Ziele. Dies mag einerseits auf eine gewisse Ermüdung, jedoch wohl hauptsächlich auf die innere Uneinigkeit zurückzuführen sein. Innerhalb der Judengemeinde war nämlich eine mächtige Reformbewegung auf religiösem Gebiet entstanden, die hauptsächlich die Kräfte der Juden in Anspruch nahm, da sich zwei sich bekämpfende Lager gebildet hatten.

## Salomons wird Ratsherr der City

David Salomons wurde im Jahre 1844 erneut zum Ratsherrn der City gewählt. Er hoffte diesmal, den Court of Aldermen zu überzeugen, daß er ohne die ihm unmögliche Erklärung sein Amt antreten könnte, da die betr. Behörden anderer Städte bereits davon Abstand genommen hätten. Er erhielt aber wieder, wie auch die Male vorher, eine Abfuhr und empfing damit die wahre Gerechtigkeit, von der er allerdings mit der Arroganz seiner Rasse nichts wissen wollte<sup>1)</sup>.

Diesmal ließ Salomons es bei der Entscheidung des Court of Aldermen bewenden, ohne ein gerichtliches Urteil herbeizuführen. Anscheinend wollte man nicht noch einmal den zurückweisenden Spruch eines Gerichts erhalten, zumal man sofort Verhandlungen aufgenommen haben dürfte, um das Gesetz von 1829 auch für die Juden abzuändern.

Am 10. März des nächsten Jahres brachte Lord Lyndhurst als Lordkanzler persönlich einen Gesetzentwurf ein, wonach den Juden die ursprüngliche Erklärung erlassen werden sollte. An ihre Stelle sollte eine für die Juden mögliche Fassung treten.

Lord Lyndhurst berief sich zur Begründung seines Antrages darauf, daß viele Juden bereits hohe Posten zufriedenstellend ausgefüllt und sogar einige Städte, wie Portsmouth, Southampton und Birmingham, Juden ohne die Abgabe der Erklärung zu den Posten als Ratsherren zugelassen hätten. Auch der Bischof von London gab zu erkennen, daß er dem Antrag zustimmen würde, um nicht „ärgerliche Gefühle zu erregen und die Gnade der Wohltat zu verringern, die man im Begriffe stände, dieser sehr respektablen Gemeinschaft zu erteilen“. Allerdings wäre er nach wie vor gegen jedes Gesetz zugunsten einer Zulassung der Juden zum Parlament. Nicht ein einziger Redner sprach, soweit festgestellt werden konnte, gegen die Gesetzesvorlage, und es fand auch keine namentliche Abstimmung mehr statt.

Kein Zweifel war daher vorhanden, daß es ohne jede Schwierigkeiten im Parlament — das derartigen Gesetzesentwürfen schon immer freundlich gegenüber gestanden hatte — angenommen werden würde. Dort wurde es von Sir Robert Peel persönlich eingebracht und eingehend begründet. Ungebeugt faßte Sir Robert Inglis noch einmal seine Argumente für eine Ablehnung zusammen und beklagte sich bitter darüber, daß die jüdischen Ratsherren in Birmingham das Gesetz hätten verletzen können, ohne bestraft zu werden, und nun sollte darüber hinaus die jüdische Nation noch mit einem für sie so günstigen Gesetz belohnt werden. Mit einer erdrückenden Mehrheit von 91 zu 10 Stimmen wurde

<sup>1)</sup> Salomons: Case, S. 3—4. Henriques: Jews, S. 255.

das Gesetz im Parlament verabschiedet und erhielt am 31. Juli 1845 die Zustimmung der Königin.

Die Juden konnten mit diesem Erfolg zufrieden sein. Die Taktik der Bermüdnungsgesetze hatte zum Erfolg geführt, denn nun standen ihnen alle Ämter der Gemeinden, einschließlich des Postens des Bürgermeisters, offen<sup>2)</sup>. Die Gefahr, die durch die Verabschiedung dieses Gesetzes für die Jüdengegner heraufbeschworen war, wurde zum Teil erkannt. Mit bitteren Worten beklagte sich die „Morning Post“ über die Annahme des Gesetzes im House of Lords. In ihrem Leitartikel vom 19. Juli 1845 bezeichnet sie diese Vorgänge als einen „Schlag gegenüber der alten britischen Verfassung“. Sie kann es nicht fassen, daß man dieses auch noch von einer konservativen Regierung entgegennehmen mußte. Es sei doch eigentlich zum verzweifeln, daß für eine Handvoll Juden die britische Verfassung aufs Spiel gesetzt würde.

Aber dies sollte nicht der einzige Erfolg der Juden bleiben. Sie sollten weiter siegen und das Gelände freimachen für den letzten Angriff, nämlich die Zulassung zum Parlament.

Bereits im nächsten Jahre wollte man die letzten Zweifel über die noch immer nicht völlig geklärte Eigentumsfrage beseitigen. Gleichfalls wünschte man, daß auch die Gesetze aufgehoben würden, wonach u. a. Juden zu ihrer Kennzeichnung besondere Abzeichen zu tragen hatten. Endlich wollte man auch das sogenannte Statutum de Judaismo formell zur Aufhebung bringen. Wie immer, tat sich Lord John Russell bei solchen Gelegenheiten hervor, und fast ohne Schwierigkeiten durchlief der betr. Gesetzesentwurf die verschiedenen Stadien des Oberhauses, bei dem er wieder zuerst eingebracht worden war. Auch das Parlament verabschiedete diesen Antrag mit der größtmöglichen Schnelligkeit. Mit dem offiziellen Titel „Ein Gesetz zur Befreiung von gewissen Strafen und Beschränkungen hinsichtlich religiöser Meinungen der Untertanen Ihrer Majestät“ ging es in die amtliche Gesetzesammlung ein<sup>3)</sup>.

Damit waren praktisch alle größeren Beschränkungen der Juden gefallen. Nur der Zutritt zum Parlament und zum House of Lords war nach wie vor unmöglich.

Die Juden und ihre Freunde gingen nun daran, das eroberte Vorland gründlich zu säubern und zu durchsetzen. So finden wir in immer größerer Zahl Juden in Gemeindestellungen. David Salomons wurde bereits kurz danach erneut zum Ratsherrn der City gewählt und konnte jetzt endlich seinen Posten antreten.

Auch sonst konnte man deutlich die Fortschritte der Juden feststellen. Anthony de Rothschild, einer der Brüder aus dem Hause von Rothschild, und Isaac Lyon Goldsmid wurden zum Sir gemacht. Am deutlichsten wurde die mächtige Stellung der Juden aber durch die Ereignisse des Jahres 1847 gekennzeichnet.

<sup>2)</sup> Statutes of the United Kingdom, Bd. 85, S. 480—481.

<sup>3)</sup> Statutes of the United Kingdom, Bd. 86, S. 413.

Zu dieser Zeit waren die allgemeinen Wahlen zum Parlament ausgeschrieben. Zur Überraschung der meisten kandidierten David Salomons in Greenwich, einem Stadtteil von London, und Lionel Rothschild, das Haupt des Bankhauses, in der City. Der erstere hatte seine diesbezügliche Absicht erst am Tage vor der Wahl bekanntgemacht<sup>4)</sup>.

---

<sup>4)</sup> Daily News vom 30. Juli 1847.

## Salomons fällt durch — Rothschild siegt

Die Taktik der Juden und ihrer Freunde war ganz offensichtlich. Man wollte auch hier das Parlament, wie bei den Gemeindevahlen, vor vollendete Tatsachen stellen, indem man einige der einflußreichen Juden wählen ließ. Man konnte sich dann auf den angeblichen Volkswillen berufen und wiederum den Kampf vom Prinzipiellen ins Persönliche überführen.

Am 29. Juli war der sogenannte Nomination Day der Kandidaten. Dies bedeutete und bedeutet in England, daß an diesem Tage in feierlicher Form die betreffenden Kandidaten eines Wahlbezirks benannt werden. Darüber hinaus kann, wenn kein ausdrücklicher Widerspruch erfolgt, der Kandidat bereits durch Zuruf gewählt werden. Letzere Wahl findet aber mehr oder weniger zur Probe immer statt, und so kann man an diesem Tage von einer vorläufigen Wahl sprechen.

In Greenwich war nun Salomons keinesfalls allein als Kandidat aufgetreten. Vielmehr versuchten Admiral Dundas, Barnard und Kidd sich ebenfalls ins Parlament wählen zu lassen. Am Nomination Day hatte sich nun wie üblich bei solchen Gelegenheiten eine Menge von etwa 5000 bis 6000 Personen eingefunden, um die Stellungnahme der verschiedenen Kandidaten zu ihrem Programm zu hören.

Die vorläufige Wahl ergab eine Mehrheit für Salomons. Dundas und Barnard beantragten darauf für den folgenden Tag eine formelle Wahl. Diese brachte ihnen einen vollen Sieg, und wieder einmal war Salomons im Kampf um einen Parlamentsitz geschlagen worden.

Lionel Rothschild aber sollte in dem wichtigen Wahlbezirk Englands einen durchschlagenden Erfolg haben, obwohl die Konservativen Gegenversammlungen abhielten und versuchten, den Wählern klarzumachen, daß Rothschild nicht gewählt werden dürfe<sup>1)</sup>. Ihre Presse setzte sich dafür ein und bezeichnete es als eine Schande, daß ein Jude dazu ausersehen sei, gerade die City zu vertreten<sup>2)</sup>.

Die judenfreundliche Presse dagegen war nicht nur zuversichtlich bezüglich der Wahl gewesen, sondern hielt den bisherigen Standpunkt für völlig ungerechtfertigt. Denn bei der Verfassung von England könne man nicht verhindern, daß sie schon jetzt mittelbar ihren Einfluß auf die Legislative ausübten. „Durch ihren Eintritt ins Parlament“, so stellen sie fest, „gewinnen sie nicht neuen Einfluß, sondern lediglich eine gerechte und weise Bestätigung dessen, was sie bereits besitzen.“<sup>3)</sup>

Sicherlich haben verschiedene Umstände dazu beigetragen, die Wahl von Rothschild sicherzustellen. Die Hauptursache dürfte aber

<sup>1)</sup> Morning Herald vom 27. Juli 1847.

<sup>2)</sup> Standard vom 26. Juli, Morning Post vom 27. Juli 1847.

<sup>3)</sup> Morning Chronicle vom 27. Juli 1847.

in einer organisierten Bestechung der Wähler zu suchen sein. Schon oft haben wir betont, daß diese Art von Verbrechen mit am schwersten nachzuweisen ist, da fast immer sämtliche Beteiligten zum Schweigen verurteilt sind. Aber in diesem Fall glauben wir, unter Zugrundelegung völlig objektiver Geschichtsforschung die getroffene Feststellung verantworten zu können.

Bereits am 19. Juli verließ ein allgemein für solche Verbrechen berüchtigter Agent mit seinen beiden Gehilfen die Stadt Norwich. Ihr Reiseziel war London, und ehrenhafte Bürger von Norwich beschloßen, ihre Freunde in London zu warnen. Sie setzten sich mit bestimmten Personen in Verbindung und erfuhren, daß der betr. Agent bereits vor einigen Jahren für einen liberalen Abgeordneten £ 20,000,— für Bestechungen anläßlich einer Wahl aufgewandt habe. Es war ein offenes Geheimnis, daß er nun nach London gegangen sei, um auch dort die Wahlen auf seine Art zu beeinflussen.

Diese Tatsachen wurden in einem öffentlichen Brief von einem führenden Konservativen im „Morning Herald“ vom 31. Juli 1847 zur Kenntnis der Allgemeinheit gebracht. Wir werden weiter unten sehen, ob irgendwelche Anzeichen während des Wahltages davon gesprochen haben, daß der Agent mit seinen Komplizen am Werk gewesen ist.

Unter großer Anteilnahme fand der Nomination Day statt. Auch hier sprachen die verschiedenen Abgeordneten der Konservativen und Liberalen und setzten ihre politischen Ansichten auseinander. Uns interessieren im Augenblick mehr die Begleitumstände dieser Veranstaltung und insbesondere die anwesenden Wähler.

Aus dem düstersten Osten der Stadt waren die meisten Wähler herbeigeeilt. Sie hatten sich in dem so beschränkten Raum rechtzeitig eingefunden und machten daher den größten Teil der anwesenden Wähler aus. Sie bestanden mindestens zu drei Vierteln aus Juden des allerschlechtesten Typs und abstoßendsten Äußeren. Fast unaufhörlich erfüllten sie mit ihrem Gebrüll die Luft und konnten sich nicht genug tun, die ihnen nicht genehmen Redner nicht zu Wort kommen zu lassen. Nur bei Rothschild bewahrten sie Ruhe und unterbrachen seine Reden nur manchmal mit Beifallsgeschrei. Sie waren dermaßen zügellos, daß sie auch die mit Rothschild verbündeten liberalen Abgeordneten zeitweise nicht durchdringen ließen. Alles in allem handelte es sich hierbei, wie uns mitgeteilt wird, um eine „ungewaschene gedungene Masse von Beifallsklatschern, die hauptsächlich aus Kohlentragern und Verkäufern von alten Kleidern bestand“.

Bei der vorläufigen Wahl erhielten die Liberalen, also auch Rothschild, zumindestens neun Zehntel der anwesenden Stimmen, was bei der Zusammensetzung der anwesenden Wähler natürlich nicht überrascht. Die Konservativen beantragten daher eine formelle Wahl.



Der Wahltag kam heran, und er muß wirklich die tollsten Szenen gebracht haben. Die sogenannten long-shore men, d. h. diejenigen Individuen, die auftragsgemäß zu bestechen hatten, waren den ganzen Tag am Werk. Man konnte sie insbesondere in den ärmsten Vierteln der Stadt sehen, wie z. B. in Cripplegate, Bishopsgate, Smithfield usw. Bei dem Wahllokal standen diese den Bürgern völlig fremden Personen und versperren fast ganz den Eingang. Wähler, die im Begriffe standen, ihr Wahlrecht auszuüben, wurden meistens zunächst einmal beiseite gezogen. Man sah die fremden Personen dann auf sie einreden. In den meisten Fällen händigten sie den betr. Wählern nach längerem Feilschen £ 3,— bis 5,— aus, während sie dafür die Versicherung erhielten, daß der Betreffende liberal, d. h. Rothschild wählen würde. Manche der Wähler machten aus diesem Handel gar kein Hehl. Viele kamen an die in der Nähe stehenden Mitglieder der Konservativen Partei heran und erzählten, wieviel man ihnen geboten hätte. Wenn man ihnen dasselbe oder vielleicht noch mehr bezahlte, würde man nicht abgeneigt sein, auch für die Konservativen zu wählen. Diese lehnten entrüstet ab und konnten kurz danach feststellen, daß der Betreffende für die Liberalen gestimmt hätte.

Allgemein konnten diese Vorgänge immer und immer wieder festgestellt werden. In jedem Wahlbezirk dasselbe Bild. Ganz schlimm muß es in der letzten Stunde des Wahlaktes gewesen sein. Nicht nur, daß noch offener als zu Beginn bestochen wurde, waren die Preise für die Stimme erheblich nach oben geschneilt. Man zahlte nicht weniger als £ 63,— dafür. Fürwahr, die späten Wähler sind noch reichlich belohnt worden!!

Das Ergebnis der Wahlen dürfte bei derartigen Methoden von vornherein festgestanden haben. Lord John Russell hatte die meisten Stimmen mit 7137 auf sich vereinigt; dann folgten als nächste zwei weitere liberale Abgeordnete, darunter Rothschild, und nur ein einziger Konservativer hatte sich durchzusetzen vermocht.

In den überschwenglichsten Tönen feierte die judenfreundliche Presse den Sieg Rothschilds. Man vertrat die Ansicht, daß sich die City durch die Wahl unsterblichen Ruhm erworben habe und die Judenfrage praktisch erledigt sei<sup>4)</sup>. „Wir haben gesehen“, so schreibt die „Morning Chronicle“, „daß ein Ministerpräsident des Britischen Imperiums (Lord John Russell) einen Juden bei der Hand nahm und mit ihm vor den ersten der britischen Wahlbezirke ging und sagte: ‚Helft mir, diesen Mann (Rothschild) zu emanzipieren von den letzten unheilvollen Resten dummer und beleidigender Tyrannei und ihn zu einem der unseren zu machen‘“<sup>5)</sup>.

Die Presse der Judengegner ist entsetzt über den Ausgang der Wahlen. Es sei doch eine Schande, daß ein Jude dazu ausersehen sei, die City zu vertreten. Der Ausgang der Wahlen sei der

<sup>4)</sup> Sunday Times vom 1. August 1847.

<sup>5)</sup> Morning Chronicle vom 30. Juli 1847.

Triumph des Geldes. In ungeahnten Mengen sei das Geld — man spräche von £ 25,000,—,— —, für Bestechungen verwandt worden. Man macht sich auch schwere Gedanken über die Zukunft. Was könne man Gutes erwarten, wenn Religion und Prinzipien aufgegeben und nur noch das Geld angebetet werden würde. Denn „es sei sonnenklar, daß Rothschild seine Wahl dem Geld, Geld und nochmals Geld verdanke“).

Rothschild selbst hat später durch seine eigenen Aussagen den Verdacht der Bestechung gefestigt und gegenüber Personen verlauten lassen, daß ihn die Wahl in der City £ 20,000,— bis 25,000,— kosten würde. Tatsächlich betrug aber die Ausgaben für eine solche Wahl damals normalerweise £ 800.— bis 1,000,—, in der City vielleicht aber allerhöchstens bis zu £ 5,000,—.

Nach wie vor bestand aber nun für Rothschild keinerlei Möglichkeit, seinen Sitz im Unterhaus einzunehmen, da er den hierzu notwendigen Eid of Abjuration nicht leisten konnte. Die Juden und ihre Freunde bereiteten alles vor, um nun endlich dies letzte Hindernis aus dem Weg zu räumen. Man sollte daher bald neue, heiße Kämpfe hierüber im Parlament entbrennen sehen.

---

<sup>9)</sup> Morning Post v. 30. u. 31. Juli 1847. Morning Herald v. 30. u. 31. Juli 1847.

## Neue Propagandawelle

Vor und während derselben wurde das Land mit einer neuen Propagandawelle überflutet. Es ist unmöglich, alle Schriften zu nennen. Nur die wichtigsten wollen wir kurz mit ihrem Inhalt anführen.

F. S. Goldsmid veröffentlichte eine neue Flugschrift, in der er es für ungerechtfertigt hielt, daß die Juden Verwaltungsbeamte an höchsten Stellen sein könnten, nicht aber ins Parlament gewählt werden könnten. Nur die bedauernswerten Juden werden in England noch von diesem Recht ausgeschlossen<sup>1)</sup>. Die Haltung der Gegner wäre unvereinbar mit der christlichen Religion, da man danach doch seinen Nächsten lieben sollte wie sich selbst.

Ein anderer Schriftsteller verlangt Wiedergutmachung des den Juden durch die Vorfahren der Engländer angetanen Unrechts<sup>2)</sup>. Hoffentlich würde die britische Nation bald als eine jüngere und liebevolle Schwester zur Glückseligkeit und Auferstehung von Israel beitragen.

Der schon früher in ähnlichem Sinne hervorgetretene van Oyen konnte natürlich auch diesmal nicht fehlen. Er setzte sich insbesondere mit den religiösen Gründen der Gegner auseinander und hielt sie für völlig verfehlt, da doch England „nicht ein christliches Land“ sei<sup>3)</sup>.

Endlich wollen wir nicht versäumen, auf eine damals erschienene „Geschichte der Juden“ hinzuweisen. Sie war nicht in einem einzelnen Band erschienen, sondern in einem Sammelwerk mit allgemeinen, die Öffentlichkeit interessierenden Unterhaltungsgeschichten. Ihr war auf diese Weise von vornherein eine viel größere Leserschaft gesichert. Außerdem ist es interessant, daß sie anonym erschienen war und daher so leicht keiner auf dem Gedanken kam, daß die Verfasserin eine Jüdin war, nämlich Grace Aguilar<sup>4)</sup>. Hätte man dies gewußt, so hätte sicherlich nicht ein geringer Teil der Engländer die Ausführungen als erheblich anmaßend empfunden und sie infolgedessen abgelehnt.

In dem ersten Teil des Buches kann sich die Jüdin nicht genug tun, die angeblichen früheren Grausamkeiten der alten Briten aufzuzählen<sup>5)</sup>. Anschließend folgt dann gleich eine Lobpreisung der Gelehrsamkeit von Menasseh Ben Israel.

Es sei zu bedauern, daß man teilweise immer noch auf die Juden herabschaue. „Denn sie sind“, so fährt sie fort, „tatsächlich Juden nur bezüglich ihrer Religion, dagegen Engländer in jeder andern Hinsicht . . .“ Ist es nicht unvereinbar mit der Auffassung unseres Zeitalters, daß noch solche Härten in bezug auf diesen

1) Goldsmid: Reply, S. 5—7 ff.

2) Birks: S. 7—8 ff.

3) van Oyen: Baron de Rothschild, S. 20—25.

4) Levy: S. 11—12.

5) Aguilar: S. 1—11 ff.

Teil der Gemeinschaft, der schon ganz in uns aufgegangen ist, bestehen sollten.

Der aus Spanien eingewanderte Teil der Juden gleiche Prinzen, während allerdings der aus Deutschland stammende Teil noch zu wünschen übrig ließe. Aber hieran seien nicht die Juden, — sondern die Unterdrückungen in dem genannten Lande schuld.

Im übrigen könne man vergeblich nach jüdischen Verbrechern und Bettlern suchen.

Dann folgen die Schilderungen der sogenannten Verfolgungen auf dem Kontinent, die auch schon damals wie heute das Mitgefühl der Engländer erregen sollten.

Am Schluß folgt dann noch ein ernster Aufruf, mit den Juden Frieden zu machen und ihnen alles zu geben, was sie wollten und was ihnen zukäme.

Neben diesen Veröffentlichungen war auch die judenfreundliche Presse äußerst rege. Auch hinter den Kulissen wurde wahrscheinlich, wie immer, mit größter Energie gearbeitet. Man wandte sich an die verschiedenen im Ober- und Unterhaus führenden Mitglieder, um im voraus ihre Haltung gegenüber der Judenfrage zu klären<sup>6)</sup>.

Der uns übermittelte diesbezügliche Briefwechsel dürfte sicherlich auch nur einen Bruchteil der damaligen Verhandlungen darstellen.

Anfang Dezember 1847 glaubte man in jeder Hinsicht genügend vorbereitet zu sein, um die Judenfrage im Parlament durchsetzen zu können. Diesmal hatte man volle Unterstützung der liberalen Regierung. Wie immer bei solchen Gelegenheiten sollte sich Lord John Russell, Ministerpräsident von England, dabei auszeichnen.

Am 16. Dezember 1847 stellte er höchst persönlich den Antrag, „daß das Haus ein Komitee bilden sollte zur Aufhebung der religiösen Beschränkungen der jüdischen Untertanen Ihrer Majestät“. Hierdurch wurde erstrebt, den Juden auf einmal völlige Gleichberechtigung mit den Briten zu verschaffen.

Lord John Russell ergriff in dialektisch ausgezeichnete Weise das Wort zu seinem Gesetzesentwurf. Die Rede muß nach dem mitgeteilten Text Stunden gedauert haben. Anscheinend hatte er sich eingehend mit der Geschichte der Juden beschäftigt. Er glaubte insbesondere die Opposition darauf hinweisen zu müssen, daß es sich bei den Juden um „Menschen von höchster Moral“ handelte. Sie wären unübertroffen in Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber dem Staat und ihrer Loyalität zur Krone. Die Juden, in England geboren, seien Engländer und nichts anderes.

Nach ihm folgte der Führer der Judengegner, Sir Robert Inglis. Auch er sprach lange und ausführlich. Am meisten wunderte er sich darüber, daß der Ministerpräsident persönlich den Gesetzesantrag so weitgehend unterstütze. Er sei aber auch im allgemeinen völlig anderer Ansicht als dieser. Schon jetzt brüsteten

<sup>6)</sup> Myers: S. 240—246.

sich die Juden mit der Unterstützung des Ministerpräsidenten und verkündeten öffentlich, daß ihr endgültiger Triumph nicht mehr fern sei.

Auch Benjamin Disraeli griff in die Debatte ein. Die Annahme, das Judentum könne den christlichen Charakter eines Landes verändern, sei geradezu lächerlich. Im übrigen könne er nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß die Juden allen andern Rassen der Welt überlegen seien. Überall sei ihr überragender Einfluß zu spüren. Nicht einmal die christliche Lehre sei davon verschont geblieben, denn die Juden seien doch die eigentlichen Urheber der christlichen Religion. Bei dieser Sachlage der Emanzipation der Juden aus religiösen Gründen zu widersprechen, sei doch mehr als widersinnig. An jedem heiligen Tage würde die Lehre von jüdischen Helden und Dichtern im Volke vorgelesen. Dies könne aber doch nur zur Voraussetzung haben, daß sie auch als moralisch hochstehend angesehen würden. Außerdem „jeder Gentleman hier im Hause bekennt sich zur jüdischen Religion und glaubt an Moses und die Propheten. (Zwischenruf: O!) Wo ist denn Euer Christentum, wenn Ihr nicht an das Judentum glaubt?“ Tatsächlich sei doch ein Jude nur ein unentwickelter Christ und ein Christ nur ein unentwickelter Jude. Er frage seine Zuhörer, ob einer von ihnen leugnen könne, daß „Jesus von Nazareth, der zum Menschen gewordene Sohn Gottes, der ewige Ruhm der jüdischen Rasse war“. Seine Rede klang dann in der Forderung aus, den Juden ewig für ihre Werke dankbar zu sein. Nur aus diesem Gefühl heraus, nicht etwa aus der Erwägung, die Juden hätten als Bürger und Steuerzahler ein Recht auf einen Sitz im Parlament, — sollte und hätte man den Antrag von Lord John Russell zu verabschieden.

Der Abgeordnete Wood ist der Ansicht, es sei eine Ungerechtigkeit, den großen Einfluß und Reichtum der Juden zu benutzen, ohne ihnen Rechte zu gewähren, während im weiteren Verlauf der Debatte der Abgeordnete Seymer davor warnte, „auch nur einem Juden Zutritt zum Parlament zu gewähren. Hätten sie erst einen Sitz, so würden sie eine Anzahl weiterer Sitze im Parlament mit Hilfe ihres Geldes erwerben.

Das Gesetz wurde nach einer langen Aussprache vom Parlament angenommen.

Danach hatte, wie auch schon bei früheren Gelegenheiten, das Unterhaus den jüdischen Wünschen Rechnung getragen. Dennoch war trotz jeder Art von Propaganda und Unterstützung in den höchsten Kreisen die Opposition noch keineswegs zum Schweigen gebracht. Dies zeigen ohne weiteres die Reden im Parlament und auch die sich nun wehrende Presse der Jüdengegner.

Die „Morning Post“<sup>7)</sup> versucht, ihren Lesern klar zu machen, daß es keinesfalls eine Ungerechtigkeit sei, den Juden ein für allemal das Recht, im Parlament zu sitzen, zu verweigern. Denn die Begründung, die Juden seien Engländer und hätten daher ein

<sup>7)</sup> Morning Post vom 15. u. 18. Dezember 1847.

Recht darauf, sei falsch. Die Juden könnten niemals Engländer werden. Vielmehr seien sie nur „natürliche und unzweifelhaft Feinde des Staates“.

Der „Standard“<sup>8)</sup> schloß sich in zahlreichen Artikeln diesen Ausführungen an und fügte hinzu, daß „niemals die Raste der Wucherer dem Land verhaßter gewesen sei, als augenblicklich“. Das Blatt wandte sich auch mit allem Nachdruck gegen das Märchen von der „Unduldsamkeit gegen die Juden“. Es wäre wirklich schon genug, daß man selbst die Gegenwart der Juden zu erdulden hätte. Man erlaubte ihnen überdies noch, ihre Religion frei auszuüben und Reichthümer anzuhäufen.

Der Leitartikel des „Standard“ vom 18. Dezember 1847 enthält besonders scharfe Angriffe gegen die Juden und lautet u. a. wie folgt:

„Nichts ist geschehen, den Charakter der Juden oder ihre Beziehungen zu uns in dieser langen Periode zu ändern. Wenn wir daher Narren und Unterdrücker sind, weil wir die Juden von der Regierung unseres Landes ausschließen, so sind unsere Vorfahren mehr als zehn Jahrhunderte Narren und Unterdrücker gewesen . . . .“

Nun sind Juden keine Engländer, obgleich sie hier geboren sind. Sie sind eine sich absondernde Nation und erheben auch Anspruch darauf, es zu sein. Aber, entgegen der Wahrheit, — unterstellt, daß die hier geborenen Juden Engländer wären, würde der Vorschlag von Lord John Russell dennoch keine Anwendung finden, denn es gibt Millionen hierzulande geborener Engländer, die von einem Sitz im Parlament ausgeschlossen sind, weil sie nicht die Qualifikation des Grundeigentümers oder nicht die Mittel besitzen, die Kosten einer Parlamentswahl aufzubringen. Wir könnten hinzufügen: „die Millionen der hier Geborenen, die nicht einmal das Wahlrecht haben, weil sie nicht ein Grundeigentum zu 40 Shillings oder ein Haus im Werte von £ 10,— besitzen.“

Wir möchten einmal eine statistische Gliederung unserer 25 000 oder 40 000 Juden sehen. Wie viele von ihnen sind Wucherer? . . . Wie viele von ihnen sind Inhaber von Gauner- und Fehler-Spelunken, oder in noch widerlicheren Berufen beschäftigt? Wie viele, — wenn überhaupt, gehen einer nützlichen Beschäftigung nach? Wie viele haben je einen Pflug geführt oder sind mit dem Boden des Landes verbunden? . . .“

In ihrem Artikel vom 14. Februar 1848 beschäftigte sich die „Morning Post“ folgendermaßen mit dem allgemeinen Charakter der Juden:

„Der wahre Eindruck des Volkes hierzulande ist, daß die Juden entehrendere Mitglieder der Gesellschaft sind, als irgendeine andere Sekte oder Klasse von gleicher Anzahl. Was immer das Gemeinste und Widerwärtigste in den Unsittlichkeiten und geheimen Greueln großer Volksmassen —, was immer die grausame Stadt an Lastern

<sup>8)</sup> Standard vom 26. u. 29. November, 18., 20., 21. u. 24. Dezember 1847.

erzeugt' —, es ist meistens unter Leitung von Angehörigen der jüdischen Rasse. Wir klagen nicht ihre Religion an, — denn wir glauben, daß diese Menschen gar keine Religion besitzen. ‚Die Juden der unteren Klassen‘, sagt Mr. Coleridge in seinem Blatt ‚Table Talk‘, — ‚sind die gemeinsten der Menschheit. Sie besitzen kein Prinzip der Anständigkeit. Geld zu erraffen und zu erlangen ist stets ihre einzige und ausschließliche Beschäftigung . . .“

„Da die Lasterhaftigkeit dieser Menschen in unseren großen Städten offenkundig ist, sollte man annehmen, daß die besten Vorbereitungen, die ihre führenden Männer treffen könnten, um das britische Volk davon zu überzeugen, daß sie würdig sind, sich an das Parlament zu wenden, dahin gehen sollten, sich eifrig zu bemühen, den Charakter und das Betragen dieser Verruchten zu bessern, die nicht nur eine Schande für die hebräische Rasse, sondern sogar für die menschliche Natur sind . . .“

Man sieht aus dem Ton der Presse, daß sich die Meinungen viel schroffer gegenüberstehen als früher. Es bricht sich auch immer mehr die Erkenntnis Bahn, daß die Kämpfe nicht etwa nur das religiöse Gebiet betreffen. Die bange Frage der Jüdengegner war: Was wird diesmal das Oberhaus tun? Wird es noch einmal den Mut haben, all dem Druck zu widerstehen?

Am 25. Mai 1848 kam das Gesetz vor dem House of Lords zur Sprache.

Die stürmische Debatte endete mit einer Abstimmung zugunsten der Jüdengegner. Ein weiterer Angriff der Juden war erneut abgeschlagen.

Die breite Masse war nach wie vor nicht geneigt, die Wünsche der Juden in irgendeiner Weise zu unterstützen. Dies zeigt sich u. a. auch aus den an das Parlament gerichteten Bittgesuchen, die jeweils von Wählern für oder gegen eine Gesetzesvorlage eingereicht wurden. Ein kurzer Überblick über die betreffenden Gesuche zu den Jüdenengesetzesvorlagen ergibt deutlich eine überwiegende Mehrheit gegen die betreffenden Gesetze<sup>9)</sup>. Auch sonst sprechen alle Umstände im öffentlichen Leben für eine judenfeindliche Haltung des Volkes. Zwar hören wir gelegentlich von zwei Versammlungen in Edinburgh und Cambridge zugunsten der Juden. Ihnen stehen aber judenfeindliche Schritte der anderen Seite in reicher Überzahl gegenüber<sup>10)</sup>.

Für die allzu siegesfähigen Juden müssen die Ereignisse des Jahres 1848 eine bittere Enttäuschung gewesen sein. Aus der unmittelbar einsetzenden Propagandawelle der Juden konnte man aber schließen, daß sie den Kampf weiter fortführen wollten. Ein ausführliches Werk, wahrscheinlich von ihnen herausgegeben, brachte die hauptsächlichsten Reden, die in Verbindung mit dem letzten Jüdengesetz gehalten waren. Der Verfasser Egan war ein

<sup>9)</sup> Morning Post vom 17. Dezember 1847. Standard u. Times vom 17. Dezember 1847. Standard vom 22. Dezember 1847.

<sup>10)</sup> Standard vom 30. Dezember 1847. Times vom 13. Januar, 2. Februar 1848.

Barrister. Er faßte in der Form eines juristischen Gutachtens die einzelnen Gegengründe der Opposition zusammen und versuchte sie zu widerlegen<sup>11)</sup>).

Bereits im nächsten Jahre kam es zu einem erneuten Vorstoß der Juden im Parlament unter der Führung von Lord John Russell. Diesmal nannte er den Gesetzesentwurf „Gesetz betr. parlamentarischen Eid“, um schon von vornherein den Eindruck zu vermeiden, daß tatsächlich nur den Juden damit geholfen werden sollte. Grundsätzlich verlangte er nämlich allgemein eine Reform der Eide für die Mitglieder des Parlaments. Die für alle Mitglieder vorgeschlagene neue Form des Eides war so gehalten, daß sie auch ohne weiteres den Juden genehm war. Die Jüdengegner erkannten aber nur zu schnell die geheime Absicht von Lord John.

Bei den Verhandlungen im Parlament ergriff der Führer der Jüdengegner, Sir Robert Inglis, nach einer geschickten Rede des Ministerpräsidenten das Wort. Er machte dem letzteren den Vorwurf, daß das ganze Gesetz nur dazu dienen solle, den Juden Zutritt zum Parlament zu verschaffen. „Wenn einmal den Juden die Zulassung zum Parlament gewährt ist, werden sie dort einen Kern für ihre eigene Meinung bilden . . . und großen Einfluß auf öffentliche Entschlüsse haben.“

Er wurde unterstützt von dem Abgeordneten Major Beresford. Seiner Ansicht nach war der Hauptgrund für die beantragte Änderung des Eides, daß ein Jude von der City gewählt sei.

Beide wurden unterstützt von dem jetzt noch des öfteren hervortretenden Jüdengegner Newdegate.

„Er fürchte“, so hören wir, „daß sein Vorredner, der sich für die Annahme des Gesetzes ausgesprochen hätte, mit Voltaire übereinstimmte. Dieser habe die Behauptung aufgestellt, daß mit Rücksicht darauf, daß Juden und Christen zusammen an der Börse ihr Geld verdienen — auch kein Unterschied zwischen dem Parlament und der Börse sein müsse. Wenn diese beiden Institutionen tatsächlich dasselbe wären, wäre natürlich kein Recht für die Ausschließung der Juden aus dem Unterhaus vorhanden. Aber er sei in einer anderen Meinung über diese Frage aufgewachsen. Das Parlament wäre für ihn das höchste und ehrenvollste und ein Platz darin wäre mehr als ein Privileg. Den Juden könnte aber ein Sitz im Parlament nicht zugebilligt werden. Sie wären nach Rasse und Religion ein abgesondertes Volk.“

Nach weiteren Diskussionen schritt man zur Abstimmung, die eine Mehrheit von 93 Stimmen für die Annahme ergab.

Wider Erwarten kam es bei der dritten Lesung noch zu weiteren interessanten Auseinandersetzungen, wobei der Abgeordnete Newdegate noch einmal in die Debatte eingreift. Seine Reden sind meistens von ganz besonderem Wert und von besonderem Interesse, zumal er sich anscheinend durch ein eingehendes Studium

<sup>11)</sup> Egan: S. 150 ff.



mit der jüdischen Geschichte vertraut gemacht hatte. Vor allen Dingen weist Newdegate darauf hin, daß der Jude infolge seiner Religionsprinzipien von minderwertigem Charakter sei. Im übrigen wundere er sich nicht, daß die Juden so allgemeine Unterstützung im Parlament hätten. Denn sie wären an der Börse vorherrschend und die dort vorhandenen Prinzipien seien bereits voll und ganz in das Parlament eingeführt worden.

Die Opposition hatte mit ihren Anstrengungen, das Gesetz zu vereiteln, keinerlei Erfolg. Die Abstimmung fiel mit 272 zu 206 zugunsten der Regierung aus.

Wiederum wurde aber der Angriff der Judenfreunde im House of Lords abgeschlagen. Auch hier fanden erbitterte Debatten über das Für und Wider statt. Der Bischof von Oxford nahm leidenschaftlich gegen die Annahme Stellung.

„Zuerst“, so machte er u. a. geltend, „sei die Zulassung gefährlich, weil es unmöglich sei, die Wahlbezirke zu zählen, in denen die Macht des Geldes gebraucht werden würde, um eine für die Juden wichtige Angelegenheit sicherzustellen. . . . Gerade in den letzten Jahren hätte man das große Anwachsen der Geldmacht in den gesetzgebenden Körperschaften gesehen. . . . Infolgedessen sei er der Meinung, daß die Annahme dieses Gesetzes, welches die direkte Repräsentation der unmittelbaren Geldmacht im Lande darstelle, ein wirklich großes Übel sei. . . .“

Das House of Lords sprach sich dann in der Abstimmung mit 95 zu 70 Stimmen gegen Annahme des Gesetzes aus.

## Die Komödie Rothschild wiederholt sich

Die nächsten acht Tage nach dieser Niederlage der Juden im House of Lords sind vielleicht die aufschlußreichsten für die 28jährigen Kämpfe.

Die Sitzung der Lords, in der der Gesetzesentwurf zu Fall gebracht worden war, begann spät abends am Dienstag, 26. Juni 1849. Um 1/21 Uhr nachts, also eigentlich bereits am nächsten Tag, fanden die Debatten mit der Abstimmung ein Ende. Mit Rücksicht auf die späte Stunde vertagte sich das Oberhaus. In aller Frühe am nächsten Morgen verzichtete Rothschild auf seinen Sitz im Parlament, so daß eine Neuwahl notwendig wurde.

Unmittelbar danach wurde von der zuständigen amtlichen Stelle die Urkunde für die Neuwahl in der City ausgefertigt. Unverzüglich wurde sie an die Sheriffs der City gesandt, bei denen sie kurz vor 14 Uhr eintraf. Bereits einige Stunden später wurde öffentlich bekanntgemacht, daß der Nomination Day am Montag, 2. Juli, und die Wahl am Dienstag, 3. Juli, stattfinden würde<sup>1)</sup>.

Die Schnelligkeit der Erledigung dieser formellen Angelegenheit ist geradezu unübertroffen. Wir können uns kaum denken, daß es einen ähnlichen Fall in der englischen Geschichte gibt. Gewöhnlich braucht man hierzu Wochen. Der „Standard“ vom 2. Juli läßt es daher auch nicht an dem nötigen Hinweis fehlen. Der „Morning Herald“ vom gleichen Datum meint, daß „jeder Dummkopf überzeugt sein müsse, daß alles vorher rechtzeitig vorbereitet gewesen wäre, um die Wählerschaft der City zu überraschen“.

Am Donnerstag erschien bereits der Wahlauf Ruf von Rothschild, daß „der Form Gerechtigkeit geschehen soll und ebenfalls dem wahren Geist der britischen Verfassung . . . “<sup>2)</sup>. Der „Morning Herald“ vom 29. Juni ist besonders über diese Redewendung erzürnt, weil nach seiner Auffassung das gesamte Tun von Rothschild der Verfassung und den Gesetzen von Groß-Britannien widerspreche, da er keinesfalls berechtigt sei, einen Sitz im Parlament einzunehmen.

Gleichzeitig mit dem Wahlauf Ruf wurden an allen Ecken und Enden der City Plakate zugunsten von Rothschild angebracht<sup>3)</sup>. Dagegen sah man nichts dergleichen von den unvorbereiteten Jüdengegnern, geschweige denn teilten diese der Öffentlichkeit mit, ob überhaupt ein Gegenkandidat aufgestellt werden würde. Wie sehr man durch das ganze Manöver überrascht wurde, ersieht man am besten daraus, daß man zunächst eine Aufstellung eines Kandidaten für völlig wertlos hielt. Erst nach längeren Debatten in der diesbezüglichen Versammlung entschloß man sich, Lord John Manners aufzustellen. Dieser Entschluß wurde erst in den späten Nachmittagsstunden des Sonnabends, 30. Juni, den Wählern mit-

<sup>1)</sup> Standard vom 28., 30. Juni, 2. Juli 1849. Morning Herald vom 2. Juli 1849.

<sup>2)</sup> Times vom 28. Juni 1849.

<sup>3)</sup> Standard vom 29. Juni 1849.

geteilt. Ob Lord Manners überhaupt noch imstande war, an diesem Tage einen Wahlaufruf zu erlassen, erscheint mehr als zweifelhaft. Auf jeden Fall finden wir ihn erst am Montag, dem Nomination Day, in den Zeitungen veröffentlicht. Hierin wird darauf hingewiesen, daß die Wahl nur inszeniert worden sei, um das House of Lords einzuschüchtern. Lord Manners würde sich schühend vor die Lords stellen und versuchen, jedes gegen sie gerichtete Vorhaben zu vereiteln<sup>4)</sup>.

Die Stellung des Gegenkandidaten von Rothschild war natürlich alles andere als erfreulich. Rothschild hatte vom ersten Tage an mit seiner von langer Hand geplanten Wahlpropaganda gearbeitet. Da am Sonntag in England kaum nennenswerte Wahlagitationen stattfinden, hatte Lord Manners also nicht einen einzigen Tag für sich zur Verfügung. Dies gab Rothschild — abgesehen von allem andern — eine viel günstigere Position. Aber selbst am Sonntag waren die Juden der City zugunsten ihres Kassegenossen tätig. Sogar während der Kirchzeit überschwemmten sie die City mit Wahlplakaten, die wohl noch in der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag hergestellt sein mußten. Denn der Inhalt derselben griff bereits Lord Manners in unerhörter Weise an. Daneben klebten sie Flugschriften an alle nur dafür geeigneten Mauern und Türen. Der „Standard“<sup>5)</sup> weist auf das Geschrei hin, das sich erhoben hätte, wenn etwa seitens der Judengegner ein Aufruf wie „Judas und Gerechtigkeit für die Juden“ oder „Barrabas, die Wahl der Briten“, veröffentlicht worden wäre.

Der Morgen des Nomination Day sah große Menschenmengen auf den Straßen. Bei genauerem Zusehen stellte man fest, daß es sich hauptsächlich um Juden aus dem düstersten Osten Londons handelte. Es schien fast, als ob nicht ein einziger Jude seinem Handel an diesem Tage nachging. Denn der sonst in den Straßen der City zu hörende Ruf der jüdischen Lumpensammler „Glo, Glo“ (Abkürzung von Cloths = Kleider) war den ganzen Tag über nicht zu vernehmen. Soweit es überhaupt noch möglich war, wurden noch mehr Wahlaufrufe zugunsten von Rothschild angeklebt. Flaggen mit der Inschrift „Bürgerliche und religiöse Freiheit“ oder „Rothschild“ wurden an allen nur möglichen Plätzen entfaltet. Als Rothschild durch einen Freund der Menge vorgestellt wurde, raste sie vor Begeisterung. Als dagegen Lord John Manners eingeführt wurde, gingen die Begrüßungsworte eines Freundes von ihm in dem Toben der Masse unter.

Die Rede von Rothschild bezog sich hauptsächlich auf die Notwendigkeit der Freiheit und Gleichheit aller Rechte für jedermann. Als er endete, kannte der Beifall keine Grenzen.

Vergebens versuchte Lord John Manners der Menge seine Wahlprinzipien auseinanderzusetzen. Nicht einmal die ihm am

<sup>4)</sup> Standard vom 2. Juli 1849. Morning Post vom 2. Juli. Morning Herald vom 2. Juli 1849.

<sup>5)</sup> Standard vom 2. Juli 1849.

nächsten Sitzenden konnten ihn verstehen. Als der Lärm zuletzt selbst für die Freunde Rothschilds zuviel wurde, versuchte der offizielle Versammlungsleiter Ruhe zu schaffen. Er appellierte an den Geist der Anwesenden, indem er es als unenglisch bezeichnete, wenn man nicht auch seinen Gegner zu Wort kommen ließ. Unscheinend machte dieser Hinweis jedoch nicht den geringsten Eindruck, denn unmittelbar nach Beginn der weiteren Rede von Lord John setzte dasselbe Gebrüll wieder ein. Mit einem letzten Aufwand an Kraft schleuderte er, wenigstens für die ihm nahe Sitzenden verständlich, die Worte in die Versammlung: „Es erscheint, meine Herren, als ob Sie nicht die Redefreiheit in die Gewissensfreiheit einsetzen.“ Unscheinend empfand Rothschild das Unangenehme der Lage und bat selbst die Menge, ruhig zu sein. Auch er hatte nur teilweise Erfolg. Immerhin konnte man jetzt brockenweise etwas von Lord John Manners Rede verstehen. Dieser griff Rothschild hauptsächlich wegen seiner internationalen Beziehungen an, die zweifellos gegen die nationalen Belange Englands verstoßen müßten.

Die vorläufige Wahl ergab eine erdrückende Mehrheit für Rothschild. Anschließend beantragte man für den nächsten Tag die endgültige Wahl.

Im Gegensatz zur ersten Wahl von Rothschild wollte man anscheinend diesmal ganz sichergehen und hatte daher bereits am Nominations Day begonnen, die Massen unerlaubterweise zugunsten von Rothschild zu beeinflussen. Denn bereits an diesem Tage wurden in verschiedenen, dem Versammlungsort naheliegenden Gaststätten Anhänger von Rothschild mit einem Frühstück bewirtet<sup>6)</sup>.

Der Wahltag selbst sollte noch in ganz anderem Maße derartige Ausschreitungen zeigen. Wie auch schon bei den Wahlen von 1847 beherrschten seine Agenten, die sogenannten long-shore men, das Feld. Dieselben Szenen ereigneten sich wie damals, und die Verstechungen waren zumindest nicht geringer als beim erstenmal.

Daneben arbeitete Rothschild auch noch mit unrichtigen, aber natürlich zu seinen Gunsten ausgefertigten Wahllisten. So hatte die Conservative Association schon längere Zeit vor den Wahlen festgestellt, daß etwa 1400 Personen — ein großer Prozentsatz der damals wahlberechtigten Bürger der City — zu Unrecht in der Wahlliste aufgeführt waren. Es handelte sich hierbei um bereits Verstorbene oder nicht Wahlberechtigte. Die Conservative Association erhob ordnungsmäßig Einspruch bei dem zuständigen Registration Court der City und beantragte Streichung dieser Namen. Der Vorsitzende des Gerichts lehnte dies jedoch ab. Dies verwundert nicht, wenn man weiß, daß schon seit Jahren über die Parteilichkeit dieser amtlichen Stelle öffentlich Klagen geführt wurden. Hinzu kam, daß das ausschlaggebende Mitglied dieses

<sup>6)</sup> Times vom 3. Juli. Standard vom 3. Juli. Morning Post vom 3. Juli. Morning Herald vom 3. Juli 1849.

Amtes ein Barrister war, der ausschließlich im Dienste einer Morgenzeitung stand. Der Direktor dieser Zeitung war aber wiederum in finanzieller Hinsicht völlig von Rothschild abhängig. So blieb es bei dem ungesetzlichen Zustand, und die zu Unrecht Aufgeführten wurden fast ausnahmslos von Rothschild gekauft und stimmten für ihn. Die bereits Verstorbenen wurden durch Lebende ersetzt.

Die Gegner von Rothschild waren aber auch nicht ganz müßig geblieben. Schon in den ersten Wahlstunden verteilten sie ein Flugblatt gegen Rothschild.

In diesem wiesen sie darauf hin, daß die für Rothschild abgegebenen Stimmen verloren sein würden, da der Jude nach wie vor mit Rücksicht auf die fatalen Schlußworte des Eides nicht seinen Sitz im Parlament einnehmen könnte. Außerdem sei er ein Regierungsunternehmer, so daß er nicht die Interessen der Bürger vertreten könnte.

Endlich sei „Lionel Nathan Rothschild selbst oder seine Agenten“, so teilte man der Öffentlichkeit mit, „sowohl der Bestechung als auch der Freihaltung in Gaststätten und anderer unzulässiger Handlungen anlässlich der Wahl am 29. Juli 1847 schuldig und damit auch außerstande, gewählt zu werden, um als Bürger dem Parlament der besagten City hinsichtlich der augenblicklichen Vakanz zu dienen . . .“

Das Flugblatt war vom 2. Juli 1849 datiert und trug die Unterschrift von vier Bürgern, die in Gegenwart von zwei Rechtsanwälten abgegeben waren.

Anscheinend war dies Rothschild und seinen Freunden sehr unangenehm, denn nur einige Stunden später ließen sie auf Flugblättern das Gutachten eines Barristers verteilen. Hiernach sei die Ansicht der Gegner falsch, daß Rothschilds Wahl null und nichtig sei. Vielmehr sei er nach wie vor ohne Rücksicht auf die Haltung des House of Lords wählbar. Am interessantesten ist aber, daß nicht der geringste Versuch gemacht wird, den Vorwurf der Bestechung zu widerlegen bzw. zumindest aufs schärfste zurückzuweisen<sup>7)</sup>.

Es konnte natürlich nicht anders kommen! Rothschild wurde mit 6017 Stimmen gegenüber Lord Manners mit 2814 Stimmen wiedergewählt. Wahrscheinlich trifft der im „Morning Herald“ vom 6. Juli 1849 veröffentlichte Spruch an die Mehrheit der Wähler am besten die Situation mit folgenden Worten:

Schreibt es auf eure Banner —  
bestreite es, wer's kann.  
Bei uns gilt nichts Lord Manners —  
nein, Geld macht nur den Mann.

Bei der feierlichen Verkündung des Wahlergebnisses kann sich der große Freund Rothschilds, ein gewisser Mr. Wire, nicht genug

<sup>7)</sup> Times vom 4. Juli. Morning Herald vom 3., 4., 5. Juli 1849.

tun, den Juden zu loben und das House of Lords wegen seiner Haltung zu verdammen<sup>8)</sup>). Ähnliche Ausführungen werden in der „Sun“ vom 4. Juli gemacht. Hier droht man dem Oberhaus ganz offen mit Vergeltungsmaßnahmen, wenn seine Mitglieder es noch länger wagen würden, sich den Juden in den Weg zu stellen. Sie sollten nur daran erinnert werden, daß die Geldmittel für das House of Lords vom Parlament zu bewilligen seien. Sie wünschten sich nur die dummen Gesichter der Bischöfe zu sehen, wenn eines Tages das Parlament kein Geld mehr zur Verfügung stellen würde. Die „Daily News“ vom gleichen Tage jubiliert ebenfalls und glaubt, daß Rothschild Lord Manners in derselben Weise geschlagen habe, wie Sidonia den jungen Conningsby.

Es ist nun sehr interessant, die Haltung der Judenpresse bezüglich der öffentlichen Anklagen und der Bemühungen wegen eines Verfahrens gegen Rothschild festzustellen.

Die „Times“ und die „Sun“ schweigen sich völlig aus, und auch hier findet die allgemeine Formel Anwendung: Schweigen ist Zustimmung. Die „Morning Chronicle“, das Hofblatt von Rothschild, nahm diesmal jedoch im Gegensatz zum Jahre 1847 ausführlich Stellung. In ihrem Leitartikel vom 7. Juli zeigt sie die ganze Angst vor einem Verfahren, wenn sie auch einen gegenteiligen Eindruck hervorzurufen versucht.

„Wir glauben“, so verkündet sie der Welt, „daß der Versuch fehlschlagen wird. Nach unserem besten Wissen ist der Vorwurf der Bestechung oder rechtswidrigen Freihaltung im Jahre 1847 genau so haltlos wie derjenige der Bestechung und rechtswidrigen Freihaltung am letzten Dienstag . . . Aber selbst angenommen, daß man ihn durch Beweise bekräftige, würde nicht dadurch lediglich Lord John Manners in eine höchst peinliche und erniedrigende Lage kommen . . . Wir können uns kaum vorstellen, daß irgendeine einflußreiche Gruppe von Bürgern verrückt genug sein wird, die Hauptstadt in einen derartigen Skandal zu verwickeln . . .“

Unserer Meinung nach würde eine Entscheidung, die Lord John Manners im Widerspruch zu einer großen Wählerschaft den Sitz im Parlament zuerkennt, eine Krise heraufbeschwören, die voll Gefahren ist . . .“

Man sieht heulende Angst gepaart mit Drohungen, die einem kleinen, im allgemeinen um sein Wahlrecht zitternden Bürger unliebsam in den Ohren geklungen haben müssen.

So ist es nicht verwunderlich, daß man vergebens nach weiteren Aufrufen zu Geldsammlungen für die weiteren Schritte sucht. Geld für solche Dinge gibt man nicht gern, und eine düstere Ahnung des „Standard“ in seinem Artikel vom 6. Juli, daß wahrscheinlich die ganze Angelegenheit daran scheitern wird, hat sich nur zu sehr bewahrheitet.

---

<sup>8)</sup> Times vom 5. Juli 1849.

Man fragt sich mit Recht, was für einen Zweck die Abdankung und Wiederwahl von Rothschild verfolgt hat. Dies ist heute schwer zu beantworten. Aber die Presse der Judenfreunde hat uns einen Hinweis gegeben. Es war bei einer von vornherein zu erwartenden Wiederwahl von Rothschild beabsichtigt, das Oberhaus einzuschüchtern, indem man ihm die angebliche Volksmeinung vor Augen führen wollte<sup>9)</sup>. Gleichzeitig wollte man die immer etwas schläfrige und wichtige Dinge leicht vergessende englische Masse erneut durch ein Schauspiel an die Judenfrage erinnern. Endlich war es eine besonders gute Gelegenheit für die Presse, die Judenfrage in einer für den englischen Mann auf der Straße verständlichen Art aufzuziehen. Denn nach der „Times“ vom 28. Juni 1849 war der ganze Kampf nicht mehr eine Angelegenheit der Juden, denn „der Gesetzesentwurf beabsichtigt nicht, den Juden die Zulassung zum Parlament zu bewilligen, sondern den Christen zu genehmigen, die Juden zu wählen“. Mit andern Worten, dieses rückständige House of Lords erdreiste sich, das heilige Recht der Wahlfreiheit der Engländer anzuzweifeln und tatsächlich durch seine Haltung aufzuheben. Dies mußte natürlich das Blut eines biederen englischen Wählers zum Kochen bringen, zumal ihm weiter klar gemacht wurde, daß ja seine Seite „die Prinzipien der Religionsfreiheit und den ausdrücklichen Willen des englischen Volkes darstelle“.

<sup>9)</sup> Times vom 28. Juni. Morning Chronicle vom 2. Juli 1849.

## Rothschilds Austreibung

Es sollte fast ein ganzes Jahr vergehen, ehe ernstlich Schritte unternommen wurden, um Rothschilds Sieg auszunutzen, d. h. ihn ins Parlament zu bringen. Nach wie vor machte dies die Form der Eide, insbesondere die des Abjurationeides, unmöglich.

Am 12. März 1850 wurde im Parlament beschlossen, ein Komitee zur Erforschung der Frage zu bilden, ob und unter welchen Voraussetzungen Juden Sitze im Parlament einnehmen könnten. Bei den Debatten fiel es auf, daß die Haltung von Lord John Russell im Gegensatz zu früher, wenn auch nicht gerade ablehnend, so doch recht zurückhaltend war. Trotz der Einsetzung des Komitees kam die Angelegenheit nicht weiter, und es blieb zunächst bei der ersten Lesung vom 31. Mai. Auf eine Anfrage im Parlament erklärte Lord John Russell sogar am 22. Juli desselben Jahres, es sei kaum wahrscheinlich, daß man in der gegenwärtigen Sitzungsperiode weitere Schritte zu erwarten hätte. Welche Gründe ihn zu seiner zögernden Haltung bestimmt haben, kann heute kaum noch festgestellt werden. Das Hofblatt von Rothschild war natürlich wenig darüber erbaut und hielt nicht mit seinem Unwillen zurück.

Rothschild nahm nun die Erreichung seines Zieles selbst in Angriff. Er berief zum 25. Juli eine Versammlung in die London Tavern, Bishopsgate Street, ein. Es fanden sich dort ungefähr 500 Personen zusammen. Unter ihnen sah man die bekannten Juden, wie Montefiore, Goldsmid und Cohen und bezeichnenderweise den stellvertretenden Gouverneur der Bank von England, Mr. Thomson Hankay.

Der Verlauf der Versammlung ist sehr eingehend geschildert worden<sup>1)</sup>. Wir können daraus entnehmen, daß die Versammlung Rothschild einstimmig aufgefordert hat, am nächsten Tag ins Parlament zu gehen und seinen Sitz einzunehmen. Ganz besonders tat sich Lord Dudley Stuart bei den verschiedenen Reden hervor. Nach seiner Meinung sei die Versammlung die wichtigste aller Zeiten, und man müsse nur endlich mit drastischen Maßnahmen vorgehen.

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich trotz der späten Nachtstunde die Kunde von dem Entschluß Rothschilds in London. Auch die Judengegner im Parlament wurden gegen Mitternacht davon unterrichtet.

Der nächste Tag sah daher ein selten volles Haus, da viele Abgeordnete nur wegen des angekündigten Vorhabens von Rothschild erschienen waren. Unmittelbar vor Beginn der Sitzung traf dann auch Rothschild mit zahlreichen Wählern, die ihn auf seinem schweren Gang begleiten wollten, im Unterhaus ein.

<sup>1)</sup> Morning Chronicle vom 26. Juli 1850.



Die Stimmung im Parlament war voller Spannung. Die Augen aller Abgeordneten waren auf die Tür gerichtet, durch die Rothschild seinen Weg in den eigentlichen Sitzungssaal zu nehmen hatte. Bis zur letzten Minute gab es Zweifler, ob Rothschild wirklich die Stirn haben werde, die Einnahme seines Sitzes auf diese Weise zu erzwingen. Sie sollten nicht lange warten, denn unmittelbar nach Eröffnung der Sitzung betrat Rothschild den Raum und schritt auf den erhöhten besonderen Sitz des Präsidenten zu. Er bat diesen, die notwendigen Eide leisten zu dürfen, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß er sie auf das Alte Testament ablegen könne. Der Präsident lehnte dies jedoch ab und ersuchte Rothschild, sich unverzüglich zu entfernen. Letzterer kam dieser Aufforderung nach.

Man kann sich denken, daß die anschließende Debatte über den Vorfall in Verbindung mit der schon erörterten Judenfrage außerordentlich heftig war.

Für die Jüdengegner stand Sir Robert Inglis nicht mehr allein an führender Stelle, sondern er wurde von zwei jüngeren Leuten, Sir Frederick Thesiger und Charles Newdegate, tatkräftig unterstützt.

Der erstere war der Enkel des um die Mitte des 18. Jahrhunderts von Sachsen nach England ausgewanderten John Andrew Thesiger. Er hatte eine gute Ausbildung als Jurist genossen und galt bald als der glänzendste Barrister seiner Zeit. Er bekleidete die höchsten Ämter. Später wurde er im Kabinett von Lord Derby am 26. Februar 1858 Lordkanzler und unter dem Namen Lord Chelmsford zum Peer erhoben. Es mutet wie eine Ironie des Schicksals an, daß gerade unter ihm das House of Lords dem Ansturm der Juden erlag, und er selbst glaubte, ohne seine innere Abneigung gegen die Juden überwunden zu haben, aus Solidarität mit der Regierung für das Jüdengesetz stimmen zu müssen.

Charles Newdegate war ein ebenso glänzender Redner wie Sir Frederick und von derselben guten akademischen Erziehung. Er war in Eton und anschließend in Oxford. Sein Familienname ist uns schon einmal begegnet. Bei den Kämpfen im Jahre 1753 war es ein anderes Mitglied seiner Familie, das an erster Stelle gegen die Juden gefochten hatte. Das Leben des jüngeren Newdegate war ganz der Politik gewidmet. Er starb am 9. April 1887 und wurde in der Harefield Church begraben. Im Gegensatz zu Sir Frederick hat er bis zum Letzten für seine Idee gegen die Juden gekämpft. Als im Jahre 1866 die Beschränkungen der Juden, die nur noch eine Formsache waren, durch Gesetz abgeschafft werden sollten, verteidigte er an der Spitze eines Häufleins von vier weiteren aufrechten Männern seine Überzeugung. Vielleicht kommt in England noch einmal der Tag, daß diesem Briten die Ehre angetan wird, die er verdient hat.

Es waren diese beiden Männer, die in den anschließenden nächtelangen Debatten die Zulassung der Juden aus den ver-

chiedensten Gründen für unzulässig hielten. Der erste Tag der Aussprache sollte keinerlei Entscheidung bringen. Vielmehr vertagte man sich auf den nächsten Sitzungstag, Montag, 29. Juli.

Die judenfreundliche Presse konnte sich am nächsten Tag nicht genug tun, zu weiteren Taten aufzufordern. Die „Times“ verurteilte das Verhalten von Lord John Russell als zu langsam und der Judenfrage nicht dienlich. Die Wähler der City könnten mit Recht über den gestrigen Vorgang im Parlament unwillig sein. Jetzt oder nie, so meint der „Chronicle“ vom 27. Juli, sei der Augenblick für die völlige Emanzipation gekommen. Kühnheit und Durchhalten sei das einzige Mittel. Daß die Presse der Judengegner den Schritt Rothschilds aufs heftigste verurteilte, braucht wohl kaum erwähnt zu werden.

Am Montag der nächsten Woche entbrannte der Kampf im Parlament aufs neue. Die Mehrheit erwirkte den Beschluß, wonach Rothschild vom Präsidenten gefragt werden sollte, ob er bereit sei, die Eide auf das Alte Testament zu leisten. Darauf wurde durch Beschluß festgesetzt, daß die Beeidigung dementsprechend erfolgen sollte. Wegen vorgerückter Stunde sollte der Akt aber erst am nächsten Tage erfolgen.

Der Jubel der judenfreundlichen Presse kannte keine Grenzen mehr. Jetzt endlich könnte man das Ende der Auseinandersetzungen sehen, und der Sieg sei nicht mehr fern. Morgen würde Rothschild auf das Alte Testament beeidigt, und er würde und müßte seinen Sitz einnehmen. Warum hätte es nicht gleich so gemacht werden können?<sup>2)</sup>

Man kann sich denken, daß auf der andern Seite Niedergeschlagenheit herrschte. Es erscheint hierbei nicht unmöglich, daß die Regierung eng mit Rothschild zusammenarbeitete und man den Weg gewählt hatte, um jede Einwirkung des Oberhauses auszuschalten.

Mit der gleichen Spannung wie am ersten Tage begann die Sitzung am Dienstag, 30. Juli. Wieder begab sich Rothschild in die Nähe des Präsidenten. Wieder verlangte er die Abnahme des Eides unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß er diesen unter Berufung auf das Alte Testament ablegen könne. Diesmal wurde er nicht aufgefordert, den Saal zu verlassen, sondern höflich überreichte ihm der Gehilfe ein Exemplar des Alten Testaments, welches er während des Schwures in der Hand zu halten hatte. Rothschild, Lord John Russell und all die vielen andern sahen sich am Ende ihrer Ziele. In ohnmächtigem Troß saßen die Männer um Sir Frederick Thesiger und Newdegate.

Mit siegesfähigem Lächeln leistete Rothschild unter dem aufmunternden Zwickeln seiner Freunde die Eide of Allegiance und Supremacy. Nur noch der Eid of Abjuration war übrig. Wie

---

<sup>2)</sup> Times, Sun, Morning Chronicle vom 30. Juli 1850.

bei den ersten Eiden sprach man ihm die Worte vor, die er ohne Zögern wiederholte. Und jetzt war er beinahe beendet. „Bei dem treuen Glauben eines Christen“, so hörte man die zuständige Amtsperson die Schlußworte des Eides Rothschild vorsagen. Und in die atemlose Stille kam die Antwort von Rothschild: „Ich lasse diese Worte aus, da sie für mein Gewissen nicht bindend sind.“ Danach beendete er den Eid mit: „Sowahr mir Gott helfe.“

Freund und Feind saßen wie erstarrt. In das Schweigen der hohen Versammlung kam die klare Stimme des Präsidenten, die Rothschild aufforderte, sofort den Saal zu verlassen. Rothschild schickte sich, wenn auch zögernd, an, der Aufforderung nachzukommen. Einer der aktiven judenfreundlichen Abgeordneten sprang auf und protestierte gegen diese Anordnung des Präsidenten, indem er darauf hinwies, daß Rothschild die Eide ordnungsgemäß abgelegt hätte. Jetzt fanden auch die Judengegner ihre Fassung wieder. Sie konnten es offenbar noch nicht glauben, daß auch dieser so geschickte und schon erfolgreich erscheinende Angriff der Juden noch einmal abgeschlagen sein sollte. Ihre Erleichterung und ihr vorher angesammelter Grimm machten sich in ungeheurem Widerspruchsgeschrei Luft. Wieder versuchten Freund und Feind sich von der Richtigkeit ihrer jeweiligen Ansicht gegenseitig zu überzeugen. Das Parlament verbrachte eine dritte Nacht mit diesen Debatten, um sich nochmals zu vertagen.

Welch ein anderes Bild in der Presse des nächsten Morgens! Man war von dem höchsten Freudentaumel in tiefste Niedergeschlagenheit gestürzt, und umgekehrt. Die Zeitungen der Judenfreunde fragten verzweifelt, was nun werden sollte. Sei wiederum eine Neuwahl in der City nötig, oder sollte Rothschild die Einbringung eines neuen Gesetzes zur Abänderung der Eidesformel abwarten?<sup>3)</sup>

Auf der Gegenseite herrschte natürlich eitel Freude. So meint der „Morning Herald“ vom 31. Juli, daß man eigentlich über die wiederholten Fehlschläge von Rothschild gar nicht erstaunt zu sein brauche. Denn wenn ein Jude auch unheimlich reich sei, würde er doch nicht lernen, sich wie ein Gentleman zu benehmen. Ohne diese Eigenschaften könne er aber nur schwer sein Ziel erreichen.

Anscheinend konnte sich die Regierung bei dem Verhalten von Rothschild nicht mehr ganz dem Volkssturm verschließen. Am 1. August kündigte der Kronanwalt einen Antrag für die Sitzung vom 5. August an, wonach Rothschild verboten werden sollte, seinen Sitz vor Ableistung des Eides of Abjuration einzunehmen. Ferner sollte ausdrücklich festgesetzt werden, daß in der nächsten Sitzungsperiode ein Gesetz zur Abänderung des Eides of Abjuration eingebracht und beraten werden solle. In der Sitzung des in Aussicht genommenen Tages wurde auch ein entsprechender Beschluß gefaßt.

<sup>3)</sup> Times, Morning Chronicle, Sun vom 31. Juli 1850.

Damit war ein wohlangelegter Plan der Juden und ihrer Freunde erneut zusammengebrochen, und man mußte daher daran gehen, das House of Lords für eine Abänderung des Gesetzes zu gewinnen.

Hiermit sollte es aber noch gute Weile haben. Anscheinend wollte man zunächst inoffiziell auf eine Mehrheit im Oberhaus hinarbeiten, oder es mögen auch andere unbekannte Gründe gewesen sein, die eine neue Aktion zunächst verhinderten. Jedenfalls wurde erst am 3. April 1851 ein Antrag von Lord John Russell unter Berufung auf den Beschluß vom 5. August 1850 gestellt, wonach die Untertanen der Königin jüdischen Bekenntnisses den Eid of Abjuration unter Auslassung der fatalen Schlußworte leisten konnten. Bereits am nächsten Tage erfolgte die erste Lesung.

Wieder begannen erregte Debatten im Parlament. Die Judengegner waren entrüstet, daß diese Frage wieder und immer wieder auftauchte und sahen es ebenfalls als eine Brückierung des House of Lords an, das sich eindeutig verschiedene Male gegen die jüdische Emanzipation ausgesprochen hätte.

„Auch könne man nicht vergessen“, wie Newdegate in einer flammenden Rede ausführte, „daß Baron Rothschild zu dem Tisch des Parlaments gekommen sei und auf Grund eigener Autorität in seinem Fall den Inhalt des Eides abgeändert hätte... Der Präsident habe in der ihm eigenen Würde darauf hingewiesen, daß er sich... einer schweren Ungehörigkeit schuldig gemacht habe. Die Wahl von Rothschild in der City von London habe zu sehr unter dem großen Geldbeutel Rothschilds und der andern dort wohnenden Juden gestanden. Die Juden könnten nicht mit den Engländern gleichgestellt werden. Ihre Religionsvorschriften könne man im Talmud finden. Der Inhalt sei mehr als verwerflich. So sei u. a. den Juden danach erlaubt, das zu behalten, was einem Christen gehörte...“

Newdegate führte dann noch weitere ähnlich unmoralische Vorschriften aus dem Talmud an.

Die Abstimmung hatte ein recht knappes Ergebnis zugunsten der Annahme des Gesetzes. Nur 25 Stimmen Mehrheit waren vorhanden. Bei den vorhergehenden Abstimmungen war die Majorität der Emanzipation nie so gering gewesen. Der Grund hierfür ist wahrscheinlich gewesen, daß viele früher für die Annahme günstig gesinnte Abgeordnete, durch die Taktik der Emanzipation abgestoßen, den Judengegnern beigetreten waren. Denn ein Gesetzesantrag jagte den andern ohne Rücksicht auf die ablehnende Stellungnahme des Oberhauses, und wohl hauptsächlich das Verhalten von Rothschild vor dem Parlament hatte den Judengegnern neue Anhänger gewonnen. Vielleicht hatten auch wiederum andere den geschichtlich belegten Angaben des Abgeordneten Newdegate nicht ihre Zustimmung versagen können. Auf jeden Fall stand aber fest, daß die Opposition im Parlament und

auch im Lande gewachsen war. Ende Juni fanden dann nochmals Beratungen über die Form des Gesetzes statt, und am 3. Juli erfolgte die letzte Lesung im Unterhaus.

Das Oberhaus sollte aber wiederum den jüdischen Angriff abschlagen. Selbst der Hinweis des Bischofs von Norwich, daß die frühere Haltung der Mehrheit des Oberhauses ein unglaublicher, durch nichts zu vertretender Verfolgungsgeist „gegenüber den jüdischen Brüdern“ sei, hatte nichts zu ändern vermocht. Am 17. Juli 1851 wurde die zweite Lesung des vom Parlament verabschiedeten Gesetzes verworfen.

## Zum zweiten Male: David Salomons

Trotzdem zum so und sovielten Male auf diese Weise amtlich festgestellt war, daß eine Zulassung der Juden im allgemeinen und Rothschilds im besonderen nicht erwünscht sei, zog der letztere und seine Freunde durchaus nicht die sich daraus ergebenden Konsequenzen, nämlich, seinen Sitz in der City aufzugeben.

Einige Wochen vor den Ereignissen im Oberhaus hatte eine Wahl im Bezirk von Greenwich stattgefunden. Schon mehrere Tage vor dem angeetzten Termin vom 27. Juni hatte sich das Gerücht verbreitet, der bekannte Jude David Salomons wolle nach manchen vergeblichen Versuchen an andern Orten sich um diesen Sitz im Parlament bewerben. Es war gerade die Zeit der harten Kämpfe im Parlament und unmittelbar vor der dritten, endgültigen Lesung. Die Öffentlichkeit war daher schon im allgemeinen wieder stark mit der Judenfrage in Anspruch genommen. Man war auf Seiten der Judengegner außer sich, daß man anscheinend keinen Abgeordneten der Konservativen Partei aufzustellen geneigt war. Inzwischen war der Nomination Day herangekommen. Neben Salomons kandidierten noch ein Mr. Chambers und Mr. Wire. Ersterer gab unmittelbar am Abend vor dem Wahltag zum allgemeinen Erstaunen ohne ersichtliche Gründe seine Bewerbung auf. Mr. Wire dagegen nahm den Kampf mit Salomons auf. Er war es, der im Jahre 1847 nach der ersten Wahl Rothschilds sich in einer Rede nicht genug tun konnte, den großen Tag zu feiern. Aber abgesehen von diesem Vorfall war es allgemein bekannt, daß er den Juden vollkommen hörig war. Die organisierte Judenthümlichkeit in London hat ihn ausgiebig mit Aufgaben jeder Art beschäftigt. Einmal war er sogar in ihrem Auftrage zur Erledigung bestimmter Aufgaben für längere Zeit nach Jerusalem gegangen. Unter diesen Umständen, so meint der Morning Herald, ist es nicht verwunderlich, daß „er eine Art jüdischen Anstriches erworben hat“<sup>1)</sup>.

Mit großer Spannung sah man der Wahl entgegen, und man fragte sich, ob Salomons wirklich, wie er gesagt hatte, koste es, was es wolle, — mit „Hilfe des Bierfassens und der Branntweinflasche“ gewinnen würde<sup>2)</sup>.

So war es also keine Überraschung, daß Salomons diesmal zum Parlament gewählt wurde. Die Gesamtzahl aller abgegebenen Stimmen ließ erkennen, daß sich etwa 1500 Wähler der Stimmabgabe enthalten hatten. Der Morning Herald vom 17. Juli 1851 wies mit Recht darauf hin, daß dies geschehen sei, weil „beide Kandidaten nicht genügend Widerstand in der feindlichen Auseinandersetzung zwischen Juden und Christen bieten“.

<sup>1)</sup> Morning Herald vom 4. u. 17. Juli 1851.

<sup>2)</sup> Morning Herald vom 26. Juni 1851.

Am Sonnabend, 28. Juni, 11 Uhr, wurde das Resultat in Greenwich öffentlich verkündet. Eine große Menge war anwesend und vernahm, daß Salomons 2165 Stimmen, Wires dagegen nur 1278 Stimmen erhalten hätte. Salomons zeigte sich seinen begeisterten Wählern, deren Hurrarufe nicht enden wollten. Er ergriff das Wort und theilte seinen festen Entschluß mit, in der nächsten Woche ins Parlament zu gehen. Nur müsse er nach der aufreibenden Wahlthätigkeit einige Tage Ruhe haben und außerdem von der Regierung erfahren, welcher Tag genehm sei, um angelegte wichtige Beratungen nicht durch sein Erscheinen zu stören.

Die Presse der Jüdengegner ließ nichts unversucht, die Öffentlichkeit über die von Salomons angewandten Methoden aufzuklären. Sie tadelte im übrigen durchaus nicht die Wähler von Greenwich so sehr für ihre Wahl, denn nach ihrer Meinung sei es durchaus verständlich, daß sie eben einen richtigen Juden und nicht den Schatten eines Juden zu ihrem Abgeordneten erkoren hätten<sup>3)</sup>.

Es sollte aber nicht so schnell zu einem Erscheinen von Salomons im Parlament kommen. Anscheinend hatte ihn die ihm freundliche Regierung umgestimmt, denn am 3. Juli theilte Lord John Russell im Unterhaus mit, daß Salomons von diesem Vorhaben solange Abstand nehmen wolle, bis das vor dem Oberhaus schwebende Jüden Gesetz in der einen oder andern Weise erledigt sei.

Spät abends am 17. Juli wurde bekanntlich das Jüden Gesetz vom House of Lords zu Fall gebracht. Die Zeitungen waren am nächsten Morgen voll von diesem Ereignis. Wird Salomons es wagen, nunmehr seine Drohung — ins Parlament zu kommen und den seit Jahren tobenden Kampf fortzusetzen — wahrmachen, so fragt der Morning Herald? Die Times vom gleichen Tage, anscheinend wie immer gut unterrichtet, beantwortet diese Frage wie folgt: „Es besteht kein Zweifel, — sie (die Juden) werden es tun! Ihre Lebenskraft und Beharrlichkeit wird jede Art von Rückschlägen überdauern . . .“

Der Beginn der Sitzung des Unterhauses vom 18. Juli stand unmittelbar bevor. Kaum hatte der Parlamentspräsident die Sitzung für eröffnet erklärt, als Salomons plötzlich in der Thür erschien und ohne Zögern auf den Sitz des Präsidenten zuschritt. Dort angelangt, verlangte er die Abnahme der drei Eide. Er bat, sie auf das Alte Testament ablegen zu dürfen. Dieser Wunsch wurde ihm gewährt, und man reichte ihm ein solches. Die ersten beiden Eide leistete er ohne Schwierigkeiten, indem er die von dem Gehilfen vorg gesprochenen Worte wiederholte. Die für ihn fatalen Schlußworte des dritten Eides ersetzte er dagegen wie Rothschild im Jahre vorher mit den Worten: „So wahr mir Gott helfe.“ Unmittelbar danach las er von einem Blatt Papier die Erklärung

<sup>3)</sup> Standard vom 28. Juni, Morning Post vom 30. Juni 1851.

vor, er könne den Schlußsatz des Eides of Abjuration nicht mit seinem Gewissen vereinbaren. Nach seiner Auffassung habe er nichtsdestoweniger den gesetzlichen Voraussetzungen genügt, und er sei ordnungsmäßig zur Einnahme seines Sitzes berechtigt.

Dem Präsidenten wurde von dem Gehilfen die Auslassung der Worte und die erfolge Überreichung des von Salomons verlesenen Schriftstückes mitgeteilt. Darauf erklärte der Präsident, „der verehrliche Abgeordnete hat die vorgeschriebene Form des Eides außer acht gelassen, und es ist daher meine Pflicht, ihn zu ersuchen, sich hinter die Schranke zu begeben“.

Salomons war der Entwicklung der Dinge sehr nervös gefolgt und wurde immer aufgeregter. Zum allgemeinen Erstaunen befolgte er nicht die Aufforderung des Präsidenten. Nach einigem Zögern verließ er zwar den Platz vor dem Tisch des Präsidenten, setzte sich aber neben den Abgeordneten Sir W. Molesworth auf die direkt unterhalb der Ecke der Minister befindliche Bank. Schlagartig setzte ein ungeheurer Lärm ein, vermischt mit den Rufen „raus“ oder „Ordnung“. Das Getöse wurde immer größer, als man sah, daß Salomons Anstalten machte, zu der hohen Versammlung zu sprechen. Dies war natürlich eine zweite, wohl nie vorher in der englischen Geschichte dagewesene Durchbrechung der sonst so streng befolgten Regeln des Hauses. Der Unwille der Judengegner kannte keine Grenzen mehr.

Erst nach längerer Zeit konnte sich der Präsident Ruhe verschaffen und er forderte Salomons nochmals auf, den Sitzungsraum zu verlassen, da er doch nach den Vorgängen im letzten Jahr wissen müsse, daß er den Eid of Abjuration nicht ordnungsgemäß abgelegt hätte.

Salomons stand nun von seinem Sitz auf und ging zu der Schranke hinunter. Dort verharrte er nochmals einen Augenblick, als ob er immer noch zögerte, der Aufforderung nachzukommen. Wieder setzte ungeheurer Tumult ein. Man hörte erneut die Worte „Raus“ und „Ordnung“. Mr. J. A. Smith schritt dann auf ihn zu und führte ihn hinter die Schranke. Salomons blieb aber zwischen dieser und der Tür erneut stehen.

Sir Benjamin Hall hatte sich inzwischen erhoben und gab für Salomons die Erklärung ab, daß er sich dem Ersuchen des Präsidenten fügen wolle. Als er dann noch eine weitere Mitteilung für Salomons abgeben wollte, wurde er von Sir Frederick Thesiger unterbrochen. Dieser war aufgesprungen und bat den Präsidenten um das Wort. Wieder erfolgte tosender Lärm. Als gegnerische Abgeordnete ihn zur Ordnung rufen wollten, entgegnete er, daß er gerade zur Ordnung sprechen wolle. „Ich befürchte“, so fuhr er mit erhobener Stimme fort, „daß der werthe Ratsherr sich nicht den Vorschriften des Hauses gefügt hat.“ (Hurrarufe seiner Parteifreunde.) „Er hat sich nicht zurückgezogen, sondern hält sich noch immer innerhalb des Hauses auf. Es ist meine Pflicht, die Aufmerksamkeit der hohen Versammlung darauf zu lenken. (Hört, hört.)“



Jetzt forderte der Präsident Salomons erneut zum Verlassen des den Abgeordneten allein vorbehaltenen Innenraums auf. Salomons zögerte aber immer noch und stand nach wie vor unentschlossen zwischen der Schranke und der Tür des Hauses. Schließlich stieg er die Stufen zur Galerie der Lords hinauf und begab sich auf die linke Seite der Eingangstür. Hier verblieb er in der Rolle eines Zuhörers während der ganzen nachfolgenden Debatte.

Nachdem etwas mehr Ruhe eingetreten war, fuhr Sir Benjamin Hall in seiner Rede fort und fragte, ob der Kronanwalt wegen des Verhaltens von Salomons Anklage erheben wolle. Der Finanzminister lehnte eine Antwort mit Rücksicht auf die Abwesenheit des Ministerpräsidenten Lord John Russell ab.

Nach einigen Plänkeleien zwischen Judenfreunden und deren Gegnern einigte man sich darauf, die Aussprache über die Angelegenheit auf Montag, 21. Juli, zu vertagen.

Am diesem Tage bemerkte man unmittelbar vor Beginn der Sitzung den Juden Salomons, der bereits wartend hinter der Schranke des Hauses saß. Dieser Teil des Hauses gehörte nicht zu dem den Abgeordneten allein vorbehaltenen Raum. Eine summende Unruhe lag über dem ganzen Haus. Die Zuschauerplätze waren überfüllt und draußen drängte sich die Menge, die keinen Platz mehr gefunden hatte. Jeder harrete gespannt der kommenden Dinge.

Nach Eröffnung des Parlaments las der Präsident einen Brief von Salomons vor, wonach dieser u. a. die Berichtigung des Sitzungsprotokolls vom Freitag verlangte. Der Präsident lehnte das Ersuchen Salomons ohne weiteres ab. Ihm wurde hinsichtlich seiner Entscheidung auch von keinem der Abgeordneten widersprochen.

Unmittelbar danach trat man in die Tagesordnung ein. Als erster Redner erhob sich Sir Benjamin Hall und fragte den jetzt anwesenden Ministerpräsidenten, ob die Regierung ein Strafverfahren gegen Salomons wegen seines Verhaltens am Freitag anhängig zu machen gedenke. Lord John Russell verneinte dies.

Kaum hatte er diese Entscheidung verkündet, als Salomons sich in den ihm verbotenen Teil des Hauses begab und sich auf die vorderste Bank setzte, die nur den Ministern vorbehalten war. Ein wüstes Geschrei setzt ein. Es übertraf an Stärke und Dauer noch die Szenen vom vorhergehenden Freitag. Sofort war Sir Robert Inglis, der Veteran im Kampfe gegen die Juden, wie ihn Wolf<sup>4)</sup> nennt, aufgesprungen und versuchte, zu Wort zu kommen. Zunächst verhinderte ihn der Lärm und dann die klare, den Aufruhr übertönende Stimme des Präsidenten. Als ein wenig Ruhe eingetreten war, forderte dieser den Juden Salomons auf, unverzüglich den Sitzungsraum zu verlassen. Kaum hatte er geendet, als ein neuer unbeschreiblicher Tumult, vermischt mit dem Worte

4) Wolf: Essays, S. 332.

„Raus!“, einsetzte. Salomons machte jedoch nicht die geringsten Anstalten, seinen Platz zu verlassen.

Während des unausgesetzten Lärmens der Abgeordneten erhob sich der Ministerpräsident von seinem Sitz. Offenbar beabsichtigte er zu sprechen, aber alles Bemühen war vergeblich. Man ließ ihn nicht zu Worte kommen.

Man sah den Abgeordneten C. Amstey dem Präsidenten ein Schriftstück überreichen und auf ihn einreden. Erst nach längerer Zeit gelang es dem Präsidenten, die Ruhe einigermaßen wiederherzustellen. Zunächst teilte er mit, daß ihm der Abgeordnete Amstey einen Antrag überreicht hätte. Die Erledigung desselben lehnte er jedoch ab. Zunächst müsse einmal zur Ordnung verhandelt werden.

Jetzt erhob sich Lord John Russell wiederum von seinem Sitz, doch auch diesmal war sein Versuch durch das wieder in voller Stärke aufgelebte Geschrei von vornherein zum Scheitern verurteilt. Resigniert nahm er wieder seinen Platz ein. Immer noch saß Salomons ruhig auf seinem Platz, obwohl er etwas ängstlich in die aufgeregten Gesichter seiner Gegner schaute, deren Rufe „Raus“ ihm in die Ohren schallten.

Endlich erhob sich der ganz außer Fassung geratene ehrwürdige Präsident, der sicherlich nie so etwas im englischen Parlament für möglich gehalten hätte. Mit energischen Handbewegungen versuchte er sich Ruhe zu verschaffen. Nach einiger Zeit gelang es ihm, und er bat um Beistand des Hauses und der Regierung, Salomons hinauswerfen zu lassen. Hurrarufe und sonstige Gesten der Zustimmung wurden wahrgenommen.

Wieder erhob sich Lord John Russell, und diesmal konnte er sich endlich nach längerer Zeit durchsetzen. Anscheinend war ihm inzwischen die Situation auch peinlich geworden, und zum Erstaunen aller stellte er höchst persönlich den Antrag, „daß Rathherr Salomons sich nunmehr zurückziehen solle“. Beifallsgeschrei bei den Judengegnern!

Sir Robert Inglis sprang auf und unterstützte den Antrag. Sicherlich war es das erstemal, daß diese beiden Gegner in der Judenfrage zusammengingen.

Ebenso schnell kam aber von der andern Seite des Hauses der Antrag von dem Abgeordneten Osborne, Salomons ordnungsgemäße Zulassung anzuerkennen und ihm die Einnahme seines Sitzes zu gestatten. Sein Antrag wurde von Mr. Amstey befürwortet. Neuer Lärm setzte ein und unter dauernden Unterbrechungen versuchte letzterer seine Haltung zu begründen. Währenddessen hatte der Präsident alle Mühe, Fremde — sicherlich Juden darunter —, die in den privilegierten Teil des Hauses einzudringen versuchten, hinauswerfen zu lassen. Es war eine heillose Verwirrung.

Endlich beendete der Abgeordnete Amstey seine Ausführungen und bat zunächst um Vertagung. Salomons saß noch immer auf

seinem Platz. Man schritt zur Abstimmung des Antrages von Amstey, der mit erdrückender Mehrheit abgelehnt wurde.

Zu dem größten Entsetzen und Unwillen des überwiegenden Theiles des Hauses mußte man feststellen, daß Salomons die Annahme besessen hatte, mit abzustimmen. Dies war aus zweierlei Gründen gegen die althergebrachte Ordnung. Einmal war ihm gerade von dem Präsidenten klargemacht worden, er habe überhaupt kein Recht, im Hause zu sitzen, geschweige denn abzustimmen. Zum andern beteiligten sich Abgeordnete niemals an Entschliessungen in eigenen Angelegenheiten.

Der Lärm dauerte indessen fast ohne Unterbrechung an. Auch die Zuschauer beteiligten sich in nie dagewesenem Maße. Der Präsident ließ daher durch Beamte die Galerien räumen.

Er wollte so schnell wie möglich über den Antrag von Osborne, wonach Salomons mit Recht seinen Sitz eingenommen habe, abstimmen lassen. Sein Vorhaben wurde von einem Abgeordneten unterbrochen, der dazu Ausführungen machen wollte. Lärmender Widerspruch erhob sich bei der Mehrheit der Abgeordneten. Tatsächlich sollte es noch lange nicht zur Abstimmung kommen. Vielmehr wurden noch langatmige Reden unter fortwährendem Geschrei gehalten. Wie schon oft, wurde das Für und Wider der Gründe für eine Zulassung der Juden erörtert. Es verdient eigentlich nur eine Bemerkung des Abgeordneten Bright Erwähnung, wonach auch die Königin Viktoria dringend die Erledigung der Frage zugunsten der Juden herbeisehnte.

Endlich nahte die Abstimmung über den Antrag heran. Unmittelbar davor ließ Salomons, der sich noch immer im Raum befand, durch den Abgeordneten J. A. Smith mitteilen, daß er diesmal bei der ihn angehenden Abstimmung den Saal verlassen würde, sich jedoch jede Entscheidung für die nachfolgenden Ereignisse vorbehalten müsse. Nach Verkündung dieses Entschlusses stand Salomons auf, verbeugte sich gegenüber dem Präsidenten und verließ den Sitzungsraum. Mit einer erheblichen Mehrheit wurde der Antrag von Osborne abgelehnt.

Kaum war die Abstimmung vorüber, als Salomons unter dem Protestgeschrei seiner Gegner im Haus erschien und seinen früheren Sitz auf der Ministerbank einnahm.

Wieder stellte der Abgeordnete Amstey den Antrag auf Vertagung. Zum allgemeinen Erstaunen widersprach Lord John Russell aufs energischste. Plötzlich meldete sich Salomons selbst zum Wort. Ein ungeheures Geschrei setzte ein, und erst nach längerer Zeit konnte Salomons mit seiner Stimme durchdringen. Immer und immer wieder wurde ihm „Hauß!“ zugerufen. Schließlich vermochte man stückweise seine Rede zu verstehen, und man hörte ihn auseinandersetzen, daß seine Haltung nicht auf Respektlosigkeit gegenüber dem Präsidenten zurückzuführen sei, vielmehr wolle er durch sein Verhalten nur seine Rechte verteidigen, die ihm nach seiner Ansicht zuständen.

Weitere Reden anderer Abgeordneter folgten. Die Abstimmung ergab, daß die Mehrheit den Vertagungsantrag von Amstey ablehnte. Unmittelbar danach ließ der Präsident über den schon früher gestellten Antrag Lord John Russell abstimmen, wonach Salomons den Sitzungsaal zu verlassen hatte. Eine erdrückende Mehrheit wurde hierfür gefunden.

Salomons hatte sich wiederum nicht gescheut, bei beiden Gelegenheiten seine Stimme mit abzugeben.

Daraufhin stellte der Präsident nochmals fest, „daß das ehrenwerte Mitglied für Greenwich die Entscheidung des Hauses gehört habe und er nun der Hoffnung Ausdruck gebe, daß Salomons endlich bereit sei, zu gehorchen“.

„Ratsherr Salomons“, so steht wörtlich in den Parlamentsberichten zu lesen, „blieb nach wie vor auf seinem Sitz. Der Präsident befahl daraufhin dem Sergeant of Arms — dem diensttuenden Wachtmeister —, Salomons hinter die Schranke zu führen.“

Daraufhin legte der Sergeant of Arms seine Hand auf die Schulter Salomons und führte ihn hinter die Schranke.“

Der Jude Salomons hat es also soweit kommen lassen, daß man ihn mit Gewalt entfernte — nur ein Jude konnte eine solche Haltung während der ganzen Dauer der Verhandlung einnehmen! Die bis spät in die Nacht dauernde Sitzung klang dann u. a. mit der Anfrage eines Abgeordneten aus, ob nun die Regierung endlich geneigt sei, Anklage gegen Salomons zu erheben. Der Ministerpräsident antwortete darauf: „Nach meiner Ansicht kann das ehrenwerte Mitglied für Greenwich, falls es eine gerichtliche Verfolgung der Angelegenheit wünscht, eine Privatperson finden, die ein diesbezügliches Verfahren in Gang bringt.“ Also nochmals eine glatte Absage einer öffentlichen Strafverfolgung.

Man einigte sich dann wegen der vorgerückten Stunde, die Frage auf die morgige Sitzung, 5 Uhr, zu vertagen.

Am nächsten Tag, dem 22. Juli, wurde dann nochmals recht ausführlich über den ganzen Vorfall bis in die sinkende Nacht gesprochen. Salomons war auch anwesend — aber diesmal saß er auf der vordersten Bank der Galerie, die gewöhnlich von den Peers eingenommen wurde.

Nach vielem Hin und Her kam es zu einer erneuten Vertagung.

Am 28. Juli wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen. Bei Beginn der Sitzung verlas der Präsident einen Brief von Salomons vom 25. Juli. Hierin teilte letzterer mit, daß bereits zwei Klagen gegen ihn wegen seines Verhaltens im Parlament angestrengt seien. Dann fuhr man fort, sich mit dem Bittgesuch von Greenwich vom 25. Juli zu beschäftigen. Hiernach sollte den Wählern dieses Ortes die Gunst gewährt werden, durch einen Juristen vor dem Parlament ihr Recht nachweisen zu lassen, daß sie zu ihrem Abgeordneten wählen könnten, wen sie wollten. Gleichzeitig lag ein Antrag eines Teils der Wähler der City vor, Rothschild die Einnahme seines Sitzes zu erlauben und bei den

diesbezüglichen Beratungen ebenfalls einen anerkannten Juristen zuzuziehen. Man sieht, die Zusammenarbeit der beiden jüdischen Wahlbezirke klappte außerordentlich gut.

Beide Gesuche wurden verschieden behandelt. Ein Eingehen auf die darin geäußerten Wünsche wurde jedoch nach heftigen Auseinandersetzungen mit großer Mehrheit abgelehnt. Auch ein Antrag, den Eid of Abjuration zu ändern, wurde mit einer Mehrheit von 38 Stimmen verworfen. Der ursprüngliche Antrag, Salomons sei vor ordnungsmäßiger Ablegung des Eides of Abjuration nicht zur Einnahme seines Sitzes berechtigt, wurde mit 123 zu 68 Stimmen angenommen.

Jeder Leser wird zustimmen, daß dies der bisher hartnäckigste und längste Angriff der Juden gewesen war.

Die Teilnahme Salomons an den Sitzungen sollte für ihn noch ein gerichtliches Nachspiel haben. Es bestand ein Gesetz aus der Regierungszeit König Georgs I., wonach erhebliche Strafen für solche Zuwiderhandlungen festgesetzt waren. So hatte derjenige, der sich gegen dieses Gesetz verging, für jeden Fall der Zuwiderhandlung £ 500,— zu zahlen. Ferner wurde ihm u. a. das Recht abgesprochen, Vormund von Minderjährigen zu sein, so daß er seine eigenen Kinder nicht rechtswirksam vertreten konnte. Außerdem vermochte er keinen gerichtlichen Schutz gegen Eigentumsverletzungen zu beanspruchen, noch hatte er bei Wegnahme von Vermögensstücken das Klagerrecht auf Herausgabe der entwendeten Gegenstände. Endlich war er außerstande, ein Amt zu bekleiden und an Wahlen teilzunehmen. Ein rechtskräftig Verurteilter stand also noch weit schlechter da als in heutigen Zeiten, wenn jemandem die bürgerlichen Ehrenrechte abgesprochen sind. Die Folgen für Salomons waren also im Falle einer Verurteilung außerordentlich schwer.

Da die Regierung aus nicht öffentlich bekannten Gründen kein Verfahren gegen Salomons auf Grund dieses Gesetzes eingeleitet hatte, klagten zwei Privatpersonen getrennt voneinander gegen diesen und baten um Anwendung des Gesetzes. Eine der Klagen wurde — wahrscheinlich im Einverständnis der Parteien — zurückgenommen. Die zweite wurde dagegen unter dem Klubum Miller gegen Salomons bei dem Schatzkammergericht anhängig.

Am 9. Dezember 1851 fand die erste Verhandlung statt. Die Richter bestanden aus Berufs- und Laienrichtern. Nach kurzer Verhandlung beschloß man, die Angelegenheit in Anbetracht der Wichtigkeit der Frage dem Plenum zur Entscheidung vorzulegen.

Am 26. und 28. Januar 1852 fand die Verhandlung statt. Salomons hatte nicht weniger als drei Barrister zu seiner Verteidigung aufgeboten. Unter ihnen befand sich auch sein Kaffeegenosse Augustus Goldsmid. Im Laufe der Verhandlung ließ der Kläger im Einverständnis mit dem Beklagten zwei Fälle von Zuwiderhandlungen fallen und die Verhandlung wurde — ange-

lich zur Vereinfachung des Verfahrens — nur auf einen Vorfall beschränkt.

Salomons verteidigte sich insbesondere damit, daß er nach seiner Ansicht ermächtigt gewesen sei, sich während der Debatte im Sitzungssaal aufzuhalten und sogar abzustimmen, da er die Eide, soweit ihre wesentlichen Bestandteile in Frage kämen, geleistet hätte. Die Schlußworte „bei dem treuen Glauben eines Christen“ seien kein wesentlicher Bestandteil des Eides, und es sei daher unerheblich, ob er diese Worte ausgelassen habe oder nicht. Außerdem sei das Gesetz bezüglich des Eides ob Abjuration nicht mehr in Kraft. Endlich sei ihm durch besonderes Gesetz aus dem Jahre 1838 erlaubt worden, den Eid in der von ihm abgegebenen Form zu leisten.

Die Öffentlichkeit nahm an den Verhandlungen erheblichen Anteil. Zur allgemeinen Überraschung wurde nach längeren Verhandlungen entgegen der englischen Übung nicht unmittelbar nach Abschluß der Sitzung oder am folgenden Tage das Urteil verkündet, sondern der Vorsitzende teilte mit, daß in Anbetracht der Größe und der Schwierigkeit der Streitfrage es „für das Gericht notwendig sei, sich mit der Rechtsfindung Zeit zu lassen“. Der Verkündungstermin würde noch mitgeteilt werden<sup>5)</sup>.

Man sollte jedoch noch recht lange Zeit auf das Urteil warten. Erst am 19. April wurde es verkündet, und zwar zuungunsten Salomons. Danach wurde er nicht nur zur Geldstrafe von £ 500,— verurteilt, sondern gleichzeitig traten auch die oben erwähnten strengen Strafen, wie z. B. Nichtbefleidung von Ämtern usw., ein.

Salomons legte gegen dieses Urteil Berufung ein, die im Jahre 1853 vor dem Court of Exchequer Chamber verhandelt wurde. Das Rechtsmittel wurde einstimmig als unbegründet erklärt und damit das Urteil der ersten Instanz aufrechterhalten. Der damalige Chief Justice, Lord Campbell, ein ausgesprochener Judenfreund, hatte den Vorsitz geführt. Auch er hatte sich nicht dem Standpunkt des Gerichts erster Instanz verschließen können. In seinen Ausführungen versäumte er aber nicht, zu betonen, daß er den Rechtszustand sehr bedauerte und dem Wunsch Ausdruck gab, daß dieser durch eine Änderung der Gesetze zugunsten der Juden aufgegeben werden sollte<sup>6)</sup>. Man versteht diese Haltung von Lord Campbell um so eher, wenn man aus seinem eigenen Munde im House of Lords hört, daß er stolz darauf sei, Salomons seinen Freund nennen zu dürfen.

Im Jahre 1854 reichte Salomons einen Writ of Error — eine Art Revision — beim House of Lords als letzte gerichtliche Instanz ein. Es sollte darüber jedoch nicht alsbald zur Verhandlung kommen. Weder im Jahre 1855 noch im Jahre 1856 fiel eine Entscheidung. Am 21. Juli 1857 fragte Lord Campbell im House of

<sup>5)</sup> Times vom 27. u. 29. Januar. Morning Herald vom 27. u. 29. Januar 1852.

<sup>6)</sup> Henriques: S. 276.

Lords an, ob und gegebenenfalls wann über die Revision verhandelt werden sollte. Eine Entscheidung sei mehr als dringend notwendig, da sich bis in die letzte Zeit hinein die Öffentlichkeit mit der judenfeindlichen Haltung der Mehrheit der Lords einverstanden erklärt hätte. Jetzt sei allerdings eine Wandlung festzustellen, besonders in den früheren judenfeindlichen konservativen Kreisen. Diese Bemerkung des Judenfreundes ist sehr interessant, da also nach seiner Meinung das Volk bis mindestens Juli 1857 gegen die Juden gewesen sei. Lord Campbell verlangte in seinen weiteren Ausführungen sobald wie möglich Erledigung des Falles Miller gegen Salomons. Der Lordkanzler antwortete ihm darauf, daß es im Belieben der Parteien läge, ob verhandelt werden sollte oder nicht. Die Parteien hätten aber bislang übereinstimmend um Vertagung gebeten — so sei erst kürzlich vom 15. Juni auf den 15. August vertagt worden.

Wir werden uns erinnern, daß das aufsehenerregende Urteil erster Instanz am 19. April 1852 verkündet worden ist. Damit war bis zur Aufhebung dieses Urteils die gesamte Existenz Salomons in Frage gestellt, da er damit eine noch schlechtere Rechtsstellung erhielt als heute ein entmündigter Volljähriger. Es hieß daher, Rettungsmaßnahmen für ihn zu treffen.

Bereits am 4. Mai, also nur zwei Wochen später, brachte Lord Lyndhurst einen Gesetzesentwurf ein. Hiernach sollte das Gesetz, wonach Salomons verurteilt war, aufgehoben und ein neues verabschiedet werden. In diesem Falle solle lediglich Geldstrafe für derartige Zuwiderhandlungen angedroht werden, nicht dagegen die andern einschneidenden Nachteile für einen Verurteilten.

Der Antrag von Lord Lyndhurst wurde sehr warm von Lord Campbell unterstützt, da die Strafe des alten Gesetzes „eine Schande des Zeitalters, in dem wir lebten, und Überbleibsel barbarischer Vorurteile früherer Zeiten sei“.

Zu dieser Zeit war für kurze Dauer eine konservative Regierung unter Führung von Lord Derby am Ruder. Es ist geradezu eine Ironie des Schicksals, daß letzterer, der sich bis dahin immer gegen die Juden ausgesprochen hatte, als Führer einer konservativen Regierung diesen Antrag unterstützte. Daran änderte auch sein Einwand nichts, daß er noch eine Rücksprache mit den andern Mitgliedern des Kabinetts halten müsse. Nachdem Lord Campbell noch gebeten hatte, das Gesetz rückwirkend vom 1. Januar 1851 gelten zu lassen, wurde der Gesetzesentwurf in erster Lesung angenommen. Bereits am 7. und 17. Mai erfolgten die beiden noch notwendigen Lesungen im Oberhaus.

Die ersten beiden Lesungen im Unterhaus wurden ohne Debatte angenommen. Die dritte Lesung versuchte man so spät in der Nacht vorzunehmen, daß keiner mehr ein Interesse dafür aufbringen würde. Ein Abgeordneter erhob jedoch Protest gegen ein solches Verfahren. Mr. Newdegate schloß sich ihm an und gab seine Absicht kund, gegen den Antrag zu stimmen. „Mr. Salomons

habe“, so führt er aus, „das Risiko, sich strafbar zu machen, mit offenen Augen und in völliger Kenntnis der Folgen auf sich genommen.“ Endlich entschloß man sich dann, wegen der vorgerückten Stunde auf den 21. Juni zu vertagen.

Bei Beginn dieser Sitzung erhob sich Mr. Newdegate abermals und wandte sich energisch gegen das neue Gesetz. „Nach seiner Ansicht sei es klar, daß die Klage von Mr. Miller gegen Salomons ein abgekartetes Spiel sei. Im übrigen möge ja jeder hier im Hause Nacht für Nacht ohne Bestrafung abstimmen.“ Am Schluß stellt er den Antrag, die Behandlung des Gesetzes um drei Monate zu vertagen. Dies kam praktisch einem Abweisungsantrag gleich. Mr. Roundell Palmer, ein anderer Abgeordneter, erinnerte dann Mr. Newdegate daran, daß der Gesetzentwurf doch von einem konservativen Abgeordneten eingebracht sei. Newdegate verstand diesen Appell an seine Pflicht als konservativer Abgeordneter und an sein damit verbundenes Solidaritätsgefühl gegenüber seiner Partei. Er nahm daher, sichtlich sehr widerwillig, den Antrag zurück. Die Verabschiedung des Gesetzes erfolgte darauf ohne Schwierigkeiten.

Da das Gesetz ausdrücklich rückwirkend in Kraft getreten war<sup>7)</sup>, galt das gegen Salomons gefällte Urteil nur mit der Maßgabe, daß die Geldstrafe allein zur Anwendung kam. Wir sehen, was in den Tagen von Sampson Gideon möglich war, galt erst recht hundert Jahre später. Einen besseren Beweis für die Judenhörigkeit der damals führenden englischen Kreise kann es wohl kaum geben.

---

<sup>7)</sup> Statutes of the United Kingdom, Bd. 92, S. 107.



## Neuer Kampf im Parlament

Gegen die Emanzipation hatten sich mithin die gesetzgebenden Körperschaften und sogar die völlig unparteiische Rechtsprechung gestellt. Auch die Öffentlichkeit war nach wie vor gegen die Juden. Es ist wirklich verwunderlich, daß trotz allem die jüdischen Bestrebungen erneut einsetzten, um mit Hilfe ihrer mächtigen Gönner zum Ziele zu kommen. Bald sollten neue Angriffe erfolgen. Inzwischen war das Kabinett von Lord Derby von demjenigen Lord Aberdeen abgelöst worden. Lord John Russell war darin Außenminister und als solcher reichte er im Februar 1853 einen Antrag im Parlament ein. Hiernach sollte ein Komitee gebildet werden mit der Aufgabe, in eine Behandlung und Klärung der Frage der jüdischen Beschränkungen einzutreten.

Nach der Debatte fand die Abstimmung statt, die knapp zugunsten des Antragstellers mit 234 zu 205 Stimmen ausfiel.

Die Ausarbeitung des Gesetzes wurde danach einer Kommission übertragen. Bereits am 1. März 1853 fand die erste und am 11. Mai 1853 die zweite Lesung statt. Wiederum kam es bei der letzteren zu interessanten, aber auch erregten Auseinandersetzungen zwischen den beiden entgegengesetzten Richtungen. Die Judengegner wurden zunächst von dem Abgeordneten Sir Frederick Thesiger und Mr. B. Osborne vertreten. Ersterer wies nochmals darauf hin, daß den Juden als besonderer Nation keine Sitze im Parlament gewährt werden könnten. Letzterer glaubte nicht verschweigen zu dürfen, daß die Juden bereits unter Cromwell unangebrachte Wünsche gehabt hätten. Der Abgeordnete Mr. Drummond warnte davor, daß „sich die Juden schon auf die Zeiten freuten, in denen sie auf den Andersgläubigen herumtrampeln könnten wie auf die Asche unter ihren Füßen. Sie machten sich nicht viel aus Prinzipien, aber um so mehr aus Zinsen“.

„Zwar seien sie alle auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden, aber ihr Mittelpunkt, um den sich alles drehe, sei die Börse, und der Talisman, der sie beherrsche, sei nicht ‚das Credo‘, sondern ‚der Kredit‘. Es gäbe nicht mehr das Wort Credo. Niemand sagte mehr Credo, d. h. ich glaube an etwas, sondern nur noch das Wort Kredit, d. h. er glaubte jemandem anderes. Die jetzt zu vertretende Gesetzesvorlage sei aus dieser Einstellung geboren<sup>1)</sup>. Der Pöbel von London habe einen Juden gewählt. Dies sei aus verschiedenen Gründen geschehen, teils aus dem Hang der reinen Schadensverursachung, teils aus Mißachtung dem Unterhaus gegenüber, und endlich, weil sie den Wunsch hätten, dem Christentum einen Schlag ins Gesicht zu versetzen.“

<sup>1)</sup> Die Feinheit des englischen Textes kann nicht ganz in der Übersetzung wiedergegeben werden. Er lautet: "True we were still bound together. But our centre was the stock-exchange and the talisman, which governed us, was not 'Credo', but 'credit'. It is not credo. — no one says I believe in anything, — but credit: he believes some one else . . ."

Der für den Antrag sprechende Abgeordnete Herbert macht den Jüdengegnern Vorwürfe über ihre Beweisführung, die Juden seien eine gesonderte Nation und mit schlechten Eigenschaften ausgestattet.

„Wenn man daher“, so macht er geltend, „fortwährend von einer angeborenen Nationalität der Juden und ihrer Rasse spricht, so könne man aber doch nicht einen getauften Juden zulassen. Seine Rasse, sein Ursprung und sein Blut seien dasselbe. Auf Grund welchen Prinzips erlaube man dann einem getauften Juden schon seit mehreren Jahren im Parlament zu sitzen. Es sei leider nicht zu leugnen, daß die Juden eine getrennte Nation im Staate seien, aber daran seien die Engländer selber schuld, da sie sie immer schlecht behandelt hätten.“

Diese letzteren Ausführungen sind sehr interessant, da hier nach unseren heutigen Anschauungen tatsächlich ein Widerspruch in der Beweisführung der Jüdengegner zu erkennen ist.

Die Debatte zog sich zwei Tage und zwei Nächte hin. Bei der Abstimmung in der zweiten Lesung blieben die Jüdenfreunde mit einer Mehrheit von 41 Stimmen Sieger. Die Regierung nahm, wie bereits früher, für die dritte Lesung Zuflucht zu einem typisch parlamentarischen Manöver, schnell und reibungslos das Gesetz zu verabschieden. Unmittelbar vor Ostern setzte sie plötzlich die Beratung eines Gesetzes von der Tagesordnung ab und brachte überraschenderweise das Jüden Gesetz vor das Parlament. Die Mehrzahl der Abgeordneten und wahrscheinlich vor allem der Jüdengegner war bereits in die Osterferien gegangen. Aber die wenigen Abgeordneten im Hause verwahrten sich ziemlich einmütig gegen eine solche Taktik der Regierung. Insbesondere der energische Protest des Abgeordneten Van Sittard veranlaßte die Regierung, von der dritten Lesung an diesem Tage Abstand zu nehmen.

Am 15. April 1853 kam es zur dritten Lesung. Entgegen den gewöhnlichen Verhandlungen des Parlaments fanden erneut lange und heftige Auseinandersetzungen statt. Der Abgeordnete Bruce brachte zum Ausdruck, daß die Regierung niemals eine solche Stellungnahme in dieser Frage zu zeigen gewagt haben würde, wenn noch der Herzog von Wellington am Leben gewesen wäre.

Im weiteren Verlauf der Debatte ist ein Vortrag mit Rücksicht auf derzeitige Vorfälle in Palästina sehr interessant. Es handelte sich um den Abgeordneten Kirk, der zugunsten des Jüden Gesetzes wie folgt Stellung nahm:

„Man solle nicht die Worte Gottes bei der Wahl Abrahams als Ahnherrn der Juden vergessen: ‚Ich will segnen, die euch segnen, und verfluchen, die euch verfluchen...‘ Es sei ihm bekannt, daß die Juden mit Hilfe von England in ihr Stammland zurückzukommen hofften. Er unterstütze diese Bestrebungen. Man solle alles versuchen, sie ins Heilige Land zurückzubringen, damit die

Engländer die besten Freunde der Juden seien. Denn die Freundschaft mit einem solchen wiedererstandenen Volke würde für die englische Nation von größtem Vorteil sein. Man solle den Juden nicht etwa nur den Besitz von Palästina aus den Zeiten Davids und Salomons verschaffen, sondern das ganze Land, das ihnen einstmals versprochen sei, nämlich das Gebiet in seiner ganzen Ausdehnung zwischen dem Euphrat und Nil und vom Mittelmeer zum Indischen Ozean. Jenes Land, welches in den Besitz der Juden gelangte, würde das reichste und erstrebenswerteste werden. Es würde einen Teil des Seeweges von Großbritannien nach seinen Kolonien und Australien bilden. Die Juden würden aber im Besitze dieses Landes unzweifelhaft zu einer der wichtigsten Nationen der Erde werden. Daher müsse man die Juden für England verpflichten, und zunächst vor allem einmal die Gesetzesvorlage annehmen...“

Es ist mindestens bemerkenswert, daß sich bereits im Jahre 1853 ein englischer Abgeordneter für die Rückgabe Palästinas und Zuteilung größerer Ländermassen an die Juden aussprach.

Am Schluß der Debatte nahm nochmals Sir Robert Peel zu den gesamten Vorgängen wie folgt Stellung:

„Es gibt zweierlei Länder in Europa, eins, wo den Juden Beschränkungen aufgezwungen werden, und eins, wo sie völlige Gleichberechtigung genießen. Man möge ihm gestatten, sich erst mit dem einen, dann mit dem anderen zu beschäftigen. Es sei gerade die Nachricht über ein vom Zaren von Rußland erlassenes Gesetz eingegangen, wonach den dortigen Juden die Vertretung christlicher Geschäfts- und Handelshäuser verboten sei. Seiner Meinung nach wäre das Verhalten von Zar Nikolaus nicht zu bemängeln. Aber angenommen, es sei doch der Fall: wolle man sich einen Augenblick im eigenen Lande umsehen. Hier sehen wir die ausgedehnteste Handelsgemeinschaft der Welt, die einen Teil ihrer politischen Rechte einem wohlhabenden Bürger der jüdischen Rasse anvertraut — einer Art Goliath. Er wisse natürlich, daß die City von London, verfassungsmäßig gesprochen, wählen könne, wen sie wolle. Vielleicht erinnere man sich aber noch daran, daß zur Zeit Georgs II. und Georgs III. der Wahlkreis von Sudbury öffentlich zum Verkauf an den Meistbietenden angeboten wurde. Dennoch würde man ihn nie davon überzeugen können, daß Handel, Gewerbe und Einfluß der City von London vernünftigerweise diesem Herrn de Rothschild anvertraut werden könnten. Er bezweifele es außerordentlich, ob es gelingen würde, das englische Volk davon zu überzeugen, daß die Befugnisse des Vertreters der City von London, die solange das Bollwerk der Freiheit gewesen ist, einem österreichischen Generalkonsul, dem wohlhabenden Vertreter einer begüterten Familie, übertragen werden sollten, die sicher mehr als irgendeine andere Familie in der Welt dafür getan hätte, die Freiheit zu knebeln und zu ersticken. Er sei einer

derjenigen, die die Ansicht vertreten, daß die City von London durch einen großen politischen Charakter repräsentiert werden solle. Er glaube nicht, daß die City eine klügere Wahl als die des ihm gegenüberstehenden edlen Lords hätte treffen können... Dagegen zögerte er nicht zu behaupten, daß die Wahl Rothschilds als Vertreter des wirtschaftlichen Einflusses der City von London seiner Meinung nach der größte Schandfleck auf Charakter und Ehrbarkeit der City sei. (Rufe: Oho!) Er sage, seiner Meinung nach und wiederhole es. (Gelächter.) Jawohl, seiner Meinung nach war es ein großer Schandfleck für den Charakter und die Ehrenhaftigkeit von Handel und Wirtschaft in der City von London, eine solche Wahl gemacht zu haben.“

„Und nun wolle er sich dem anderen von ihm erwähnten Fall zuwenden, wo den Juden völlige Gleichberechtigung zugestanden worden sei. Im Staate des Prinzen von Meiningen hätte man den Juden restlose Gleichberechtigung bewilligt. Und was sei die Folge davon gewesen? Dieser prinzliche Herrscher sei überschwemmt worden mit Bittgesuchen seiner Untertanen, die ihn beschworen, dem entgegenzutreten, was seine Vertreter bewilligt hätten. Er wisse nicht, ob das Haus daran interessiert sei zu hören, was darauf geschah; aber was — frage er — würde aus den Bittgesuchen unseres Landes? Er hätte festgestellt, daß Gesuche mit 35 000 Unterschriften gegen das Gesetz nach dessen zweiter Lesung beim Unterhaus eingegangen seien. Solche Gesuche, behauptete er, hätten größten Anspruch auf Berücksichtigung. Wie viele solche Gesuche lägen denn von der anderen Seite vor? In der Tat nur sehr wenige. Aber in Anbetracht der Hauptpunkte des Falles wolle er je ein Gesuch zugunsten der Juden und eines zu ihren Ungunsten herausnehmen, und zwar das Gesuch der Korporation der City von London dafür, und dasjenige der Universität Oxford dagegen. Das erstere sei von der ‚Times‘, dem anerkannten Organ der öffentlichen Meinung, als ‚vom Skandal und der Plage der Metropole‘, das letztere dagegen als ‚von der gelehrtesten und aufgeklärtesten Gemeinschaft des Imperiums‘ kommend bezeichnet worden...“ Trotz aller Anstrengungen der Jüdengegner wurde das Gesetz mit einer Mehrheit von 288 zu 230 Stimmen angenommen.

Das vom Parlament verabschiedete Gesetz ging wie gewöhnlich an das House of Lords. Die Judenfreunde konnten diesmal die Erwartung hegen, auch dort eine Mehrheit zu finden. Der zu dieser Zeit amtierende Ministerpräsident war der Graf von Aberdeen. In früheren Jahren hatte er als Mitglied des Oberhauses gegen die jeweiligen Jüden Gesetze gestimmt. Da er nun selbst das Gesetz vor das Haus der Lords brachte, hoffte man, daß seine dortigen persönlichen Anhänger seinem Beispiel folgen und sich für die Annahme aussprechen würden. Dies hätte ausgereicht, um endlich das Gesetz durchzubringen. Das Oberhaus sprach sich nach längeren Verhandlungen wieder mit 164 zu 115 Stimmen gegen das Gesetz aus.

Es ist auch hier interessant, die Haltung der Presse beider Richtungen kennenzulernen. Die „Times“ hat eine kaum verständliche Ansicht über die wahren Gründe der Judengegner<sup>2)</sup>. Danach ist nämlich „der wahre und einzige Grund der Opposition auf Religionsgründe zurückzuführen“. Anscheinend hat die „Times“ nichts von den Reden derer um Newdegate gehört. Denn diese hatten bei weitem nicht nur Religionsgründe für ihre Stellungnahme, wie wir vernommen haben. Nur einmal beschäftigt sich die „Times“ mit der Behauptung der Gegenseite, die Juden seien international. Sie meint, daß die Engländer eigentlich mehr auswandern als die Juden und keiner behaupte, die Engländer seien international<sup>3)</sup>. Man sieht, eine unfaire Auseinandersetzung mit der Frage, da der Engländer ja fast ausschließlich in seine eigenen Kolonien auswandert und es sich damit um einen ganz anderen Vorgang handelt als bei den Juden.

Die „Morning Post“<sup>4)</sup> ist darüber entrüstet, daß die Judenfrage immer und immer wieder auf dem Programm des Parlaments steht. Die alleinige Ursache hierfür sei, daß Rothschild mit aller Gewalt ins Parlament einziehen wolle und die Regierung ihn hierbei unterstütze.

„Wenn irgendein kleiner Mann, wie Herr Moses, Verkäufer von neuen Kleidern, oder Mr. Isaacs, Verkäufer von alten, auf Grund seiner Rechte als englischer Bürger einen Sitz im Parlament verlangt hätte, würde der Führer des Parlaments Himmel und Erde in Bewegung gesetzt haben, ihm dazu zu verhelfen? Wir glauben nicht. Der kleine Jude würde einen Hinweis auf den von ihm unter seinen Mitbürgern eingenommenen Platz erhalten haben. Weil aber der Krösus des Tages, der willkommene Agent kontinentaler Regierungen, der Vermittler enormer Staatsanleihen, die Zuflucht erschöpfter Finanzminister, der die Schlüssel für die Hälfte aller europäischen Geldtruhen in Händen hält, den Ehrgeiz hat, im Parlament zu sitzen, werden die obersten Grundsätze unserer Verfassung über den Haufen geworfen, um ihm gefällig zu sein...“

Der „Standard“ bringt seinen Unwillen in ähnlicher Weise zum Ausdruck. Er klagt Lord John Russell an, daß er ein unsauberes Geschäft mit Rothschild eingegangen sei. Letzterer unterstütze die Wahlen von Lord John Russell mit Geld, und die jüdischen Wähler gäben dafür ihre Stimmen zu seinen Gunsten. Dafür bringe dann Lord John Russell ein Gesetz nach dem andern für die Juden ein<sup>5)</sup>. Es muß doch eine gewisse Wahrheit in diesen Anklagen gelegen haben, denn es ist in keiner Weise irgend etwas gegen den „Standard“ wegen Verleumdung usw. unternommen worden.

<sup>2)</sup> Times vom 26. Februar, 14. März, 18. April 1853.

<sup>3)</sup> Times vom 18. April 1853.

<sup>4)</sup> Morning Post vom 16. März 1853.

<sup>5)</sup> Standard vom 21. u. 25. Februar 1853.

Es war aber nicht nur die Presse, die die Wünsche der Juden teilweise für völlig verfehlt hielt, sondern auch die breiten Massen gaben durch Bittgesuche ihre Abneigung zu erkennen. Dies zeigen ohne weiteres gelegentliche Stichproben. So finden wir bei den Verhandlungen über das letzte Gesetz im März zahlreiche Bittgesuche von Einzelpersonen und von ganzen Gemeinden. Denen steht auch nicht ein einziges zugunsten der Juden gegenüber<sup>6)</sup>. Der Monat April<sup>7)</sup> ist hierfür noch ein weit besserer Beweis. Gegenüber fast zahllosen Bittgesuchen mit vielen Unterschriften, eingereicht von Einzelpersonen, sowie von Städten, Flecken und Gemeinden, kann man nur wenige zugunsten der Juden finden. Ganz klar wird dies im Juli, als 1055 Gesuche mit 34 525 Unterschriften gegen die Juden, ganze 7 mit 450 Unterschriften zu deren Gunsten vorliegen. Man sieht, das Volk will nach wie vor die Juden von den gesetzgebenden Körperschaften ausgeschlossen wissen.

Es ist wohl dieser antijüdischen Stimmung im Volk zu verdanken, daß der große Deutschenfreund Thomas Carlyle zur Feder griff und sich gegen die Juden wandte.

Bereits im nächsten Jahr, am 6. Februar 1854, brachte Lord John Russell ein neues Gesetz vor das Parlament. Diesmal änderte er seine Taktik. Es war nicht ein Gesetz zur allgemeinen Aufhebung der jüdischen Beschränkungen, sondern lediglich auf Abänderung des zu leistenden Eides of Abjuration. Die Gesetzesvorlage wurde daher „Gesetz betr. parlamentarischen Eid“ genannt. Der Antrag hatte zum Inhalt, die bereits erwähnten drei Eide durch einen einzigen umfassenden Eid zu ersetzen. Außerdem sollte durch ihn der im besonderen Gesetz von 1829 für die Katholiken bestimmte Eid aufgehoben werden. Es war also für alle britischen Untertanen ein gemeinsamer Eid beabsichtigt.

Man hatte anscheinend für diese in Aussicht genommene Änderung zwei Gründe. Zunächst wollte man wahrscheinlich die Volksmeinung nicht ausdrücklich darauf hinweisen, daß im Falle der Annahme des Gesetzes die Juden Zutritt zum Parlament erhalten würden. Zum andern wollte man aber wohl auch die im Parlament sitzenden katholischen Mitglieder gewinnen, weil durch ihre Unterstützung die Annahme des Gesetzes eher gesichert zu sein schien.

Die erste Lesung ging ohne jede Debatte, ja, ohne namentliche Abstimmung vor sich. In der zweiten Lesung war der bereits des öfteren hervorgetretene Sir Frederick Thesiger besonders aktiv und führte heftiger denn je die Debatte. Er unterließ u. a. nicht, das Haus darauf hinzuweisen, daß nur die Juden wieder hinter diesem Gesetz ständen, und man solle sich nicht dadurch täuschen lassen, daß auch die Katholiken in diesem Gesetz erwähnt seien. Der neu in Aussicht genommene Eid gebe der protestantischen Regierung von England wegen der Änderung des Katholikeneides nicht genug Sicherheit. Man sollte nicht vergessen, daß gerade in

<sup>6)</sup> Times vom 9. u. 10. März 1853.

<sup>7)</sup> Times vom 15. u. 30. April 1853.

allerlehter Zeit der Papst mit Ansprüchen für alle Katholiken hervorgetreten sei, die nicht mit den nationalen und protestantischen Zielen von England zu vereinbaren seien.

Im weiteren Verlauf der Debatte entstand plötzlich der Opposition eine Unterstützung, die sie nie erwartet hatte. Disraeli führte plötzlich einen Teil der früheren Befürworter für die Aufhebung der jüdischen Beschränkungen gegen Lord John Russell. Er führte aus, daß er mit Rücksicht auf die kürzlich hervorgetretenen Ansprüche des Papstes der Gesetzesvorlage, soweit sie sich auf die Katholiken bezöge, seine Zustimmung versagen müsse. Da aber der Gesetzesantrag nicht trennbar sei, bedauere er, dagegen stimmen zu müssen.

Außerdem hielt er es nicht für richtig, daß das Wort Jude überhaupt nicht in dem Gesetze erscheine. Für die breiten Massen ginge also keinesfalls aus dem Entwurf hervor, daß mit Verabschiedung des Gesetzes auch der Jude endlich zu seiner verdienten vollen Gleichberechtigung komme. Die Juden hätten einen Anspruch auf volle und für jedermann ersichtliche Emanzipation. Dies ließ der Antrag von Lord John Russell vermissen. Die Juden könnten im übrigen in aller Ruhe ihrer Gleichstellung im öffentlichen Leben entgegensehen, da sie von dem Allmächtigen unterstützt würden, der sie noch niemals verlassen habe.

Sehr wahrscheinlich hat Disraeli durch seine Stellungnahme zahlreiche frühere Parteigänger von Lord John Russell der Opposition zugeführt. So erlebten es die Freunde der Emanzipation zu ihrem Erstaunen, daß das Gesetz nicht einmal das Unterhaus passierte. Vielmehr wurde es, wenn auch nur mit einer geringen Mehrheit von 251 zu 247 Stimmen im Parlament abgelehnt.

Die Judenpresse war natürlich über den Mißerfolg wiederum tief betrübt und glaubte, daß er lediglich darauf zurückzuführen sei, daß die Feinde der Juden und Papisten diesmal zusammengegangen seien<sup>9)</sup>. Beim Auftauchen des Gesetzes war die „Times“ sogar nicht davor zurückgeschreckt, vorzuschlagen, im Falle einer erneuten Abweisung im Oberhaus die Möglichkeit der Auflösung des Parlaments und die Ernennung von hundert neuen, den Juden günstig gesinnten Peers ins Auge zu fassen. Man wollte also dadurch eine unbedingte Mehrheit judenfreundlicher Lords im Oberhaus schaffen. Die Times empfahl also einen kaum dagewesenen umwälzenden Gesetzesakt, der das innerpolitische Leben aufs tiefste hätte erschüttern müssen. Und das alles für dreißigtausend Juden in einem Dreißigmillionenvolk!

Lord John Russell hatte sicherlich taktisch einen Fehler gemacht, das Gesetz in der von ihm verfaßten Form nach Bekanntwerden der Ansprüche des Papstes vor das Parlament zu bringen. Zumindestens hätte er wohl besser getan, nach Kenntnisknahme der von Disraeli geführten Richtung das Gesetz zu ändern oder fallen

<sup>9)</sup> Times vom 25. u. 26. Mai 1851.

zu lassen. Es dürfte hinzu gekommen sein, daß wahrscheinlich in der englischen Öffentlichkeit die Erinnerung an die unerhörten Vorfälle im Parlament anlässlich des Eindringens von Salomons noch zu lebendig war. Gerade durch die letzteren Ereignisse dürften die Juden den Nimbus des armen, zu Unrecht verfolgten Juden verloren haben. Diese Erkenntnis der englischen Nation ist ein nicht zu unterschätzender Faktor.



## Vorstoß und Widerstand

Die letzten Ereignisse im Kampf um die Emanzipation waren für die Juden trotz aller Unterstützungen seitens ihrer mächtigen Gönner recht unglücklich verlaufen. Die Öffentlichkeit war außerdem mehr denn je gegen die Juden eingestellt. Man kann daher deutlich erkennen, daß die Judenbewegung einer Erholungspause bedurfte, um sich von den letzten Fehlschlägen zu erholen. Denn entgegen der früheren Gewohnheit wurde weder im selben Jahr noch im nächsten eine neue Aktion im Parlament unternommen. Nichtsdestoweniger hatten die Juden weitere Teilerfolge zu verzeichnen.

Die Universitäten waren für lange Zeit den Juden verschlossen. Verschiedene Gesetze unter der Königin Elisabeth<sup>1)</sup>, König Jacob I.<sup>2)</sup> und Georg I.<sup>3)</sup> verboten dies, insbesondere wurde auch hier der Eid auf das Neue Testament verlangt. Zunächst beschäftigte sich die Universität Oxford mit der Judenfrage, soweit sie bezüglich der Zulassung davon betroffen war. Im Jahre 1854 erging „The Oxford University Reform Act“. Hiernach war bestimmt, daß „es nicht mehr für die Immatrikulation in der Universität nötig sei, ungeachtet ihres Gesetzes oder Statutes, eine Erklärung abzugeben und zu unterschreiben oder einen Eid zu leisten<sup>4)</sup>“. Hierdurch wurde den Juden der Zutritt zur Universität Oxford ermöglicht. Diesem Beispiel folgte bald darauf im Jahre 1856 die Universität Cambridge<sup>5)</sup>. Auch die übrigen Universitäten schlossen sich kurze Zeit später diesem Schritt an.

Erst im Jahre 1871 wurde eine einheitliche Regelung getroffen<sup>6)</sup>. Es mag hierbei kurz erwähnt werden, daß den Juden auf Grund dieses Gesetzes ebenfalls völlige Lehrfreiheit gewährt wurde.

Der Beruf eines Erziehers und Lehrers war den Juden lange verschlossen gewesen. Auch hier war das Haupthindernis der zu leistende Eid. Daneben bestand ein weiteres Gesetz, der sogenannte Act of Uniformity aus dem Jahre 1662<sup>7)</sup>. Neben anderen Bestimmungen enthielt dieses Gesetz die Vorschrift, daß alle Professoren, Dozenten und Lehrer gehalten seien, eine Erklärung zu unterschreiben, welche das Versprechen enthielt, „sich in den Rahmen der Kirche von England einzufügen, wie sie jetzt durch Gesetz begründet ist.“ In Gemäßheit dieses Gesetzes hatten auch Erzieher und Lehrer in Privathäusern eine Lizenz für Ausübung ihres Berufes einzuholen, und zwar von dem Bischof ihres Bezirks. Die Versäumung wurde mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft<sup>8)</sup>. Natürlich erhielten nur die Angehörigen der englischen

<sup>1)</sup> 1. Eliz. c. 1.

<sup>2)</sup> 7 Jac. I c. 6.

<sup>3)</sup> 1 Geo. I. 2, c. 13.

<sup>4)</sup> 17 u. 18 Victoria c. 81.

<sup>5)</sup> 19 u. 20 Victoria c. 88.

<sup>6)</sup> 34 u. 35 Victoria c. 26.

<sup>7)</sup> 13 u. 14 Car. II c. 4.

<sup>8)</sup> Henriquez: S. 130.

Kirche eine solche Lizenz. Die Juden waren damit von diesem Beruf ausgeschlossen. Dieser Zustand wurde erst im Jahre 1846<sup>9)</sup> durch den sogenannten Religious Disabilities Act abgeändert. Hiernach wurde den Juden zunächst erlaubt, als Privatlehrer tätig zu sein. Die letzte Beschränkung bezüglich der vollen Lehrfreiheit wurde durch das oben genannte Gesetz aufgehoben.

Die City von London sollte einmal wieder stark für die jüdischen Interessen eintreten. Sie wählte David Salomons am 30. September 1855 zum Oberbürgermeister. Nur wer englische Verhältnisse kennt, kann ermessen, welche Ehre und gleichzeitig welche Macht hierdurch den Juden zufiel. Der Jubel der Juden und ihrer Freunde über diesen Erfolg ging allerdings etwas in dem alles übertönenden Rausch über die Einnahme von Sebastopol unter<sup>10)</sup>.

Am 9. November 1855 wurde er in sein Amt mit der ganzen der Welt bekannten Pracht eingeführt. Ein großes Festmahl wurde ihm zu Ehren in der Stadthalle gegeben<sup>11)</sup>. Auch der Gatte der Königin Victoria, Prinzgemahl Albert, war anwesend. Einer der damaligen höchsten Würdenträger der Kirche war ebenfalls als Gast geladen. Er war über das große Ereignis so entzückt, daß er nicht an sich halten konnte und sich an den königlichen Gast mit folgenden Worten wandte: „Gott sei Dank, königliche Hoheit, endlich haben wir doch noch einen Gentleman für den Bürgermeisterstuhl gefunden.“ „Ja, mein Lord,“ antwortete der Prinz, „aber wir hatten uns außerhalb der christlichen Kreise danach umzusehen.“

Salomons sollte noch im 19. Jahrhundert drei jüdische Nachfolger in diesem Amt haben, nämlich Sir Benjamin Philipp von 1865—1866, Sir Henry Isaacs von 1889—1890 und Sir George Fandel Philipp von 1897—1898.

Dieser neue Erfolg und der Sturz der sogenannten Koalitionsregierung unter Lord Aberdeen veranlaßte die Juden und ihre Freunde zu neuen Angriffen.

Das neue Kabinett wurde von Lord Palmerston gebildet, der der Judenemanzipation wohlwollend gegenüberstand. Jedoch hatte auch diese Regierung zunächst wider Erwarten keine Neigung, formell selbsthandelnd für die Juden im Parlament hervorzutreten. Die vorhergehenden 25jährigen Mißerfolge ließen zur Vorsicht mahnen. Ob die Regierung oder die Juden nun den Abgeordneten Milner Gibson am 22. Februar 1856 veranlaßten, einen neuen diesbezüglichen Antrag im Parlament zu stellen, mag dahingestellt bleiben. Die Tatsache steht aber fest, daß dieser Abgeordnete in der ersten Woche der Parlamentsperiode eine Gesetzesvorlage des Inhalts einbrachte, den Eid of Abjuration abzuschaffen.

Auch dieser Antrag vermied es geschickt, von jüdischen Beschränkungen zu reden. Außerdem war er geschickt damit begründet,

<sup>9)</sup> 9 und 10 Vict. c. 59.

<sup>10)</sup> Morning Chronicle vom 1. Oktober 1855.

<sup>11)</sup> Morning Chronicle vom 10. Oktober 1855.

daß sogar nach Meinung der Jüdengegner der Eid of Abjuration veraltet sei und daher doch seiner Aufhebung nichts mehr im Wege stehen könnte.

Dieser Eid verlangte bekanntlich von den Untertanen des englischen Königshauses, die Verweigerung jeder Gefolgschaft des Pretenders oder seiner Nachkommen zu beschwören. Da aber überhaupt keine Nachkommen mehr vorhanden waren, bestand tatsächlich keine Notwendigkeit mehr für die Eidesleistung.

Es dürfte kaum einem Zweifel unterliegen, daß Regierung und Antragsteller eng zusammenarbeiteten. Dies ergibt sich daraus, daß die Regierung sofort die Gesetzesvorlage aufgriff und sie voll und ganz unterstützte. Lord Palmerston und daneben — wie immer — Lord John Russell waren die Wortführer für die Jüdenfreunde. Sie führten zu den bereits erwähnten Begründungen zu dem Gesetz noch aus, daß zu der Zeit der Einführung des Eides of Abjuration kaum Jüden in England ansässig gewesen seien, so daß der Wille des Gesetzgebers sich bei der erfolgten Maßnahme nicht habe auf die Jüden beziehen können. Auf jeden Fall sei die Gesamtlage derart, daß der Eid als ein Hindernis der berechtigten Ansprüche der Jüden anzusehen und daher aufzuheben sei.

Wieder gab es tagelange Debatten mit allen Gründen der beiden Richtungen. Die Abstimmung am 23. Juni brachte den Jüdenfreunden im Parlament bei der zweiten Lesung den Sieg mit 230 zu 195 Stimmen. Der Wortführer der Jüdengegner, Sir Frederick Thesiger, suchte noch einmal in der dritten Lesung einen Umschwung zugunsten seiner Richtung herbeizuführen. Er stellte den Antrag, in dem neuen Gesetz die Worte: „Bei dem treuen Glauben eines Christen“ einzusetzen. All seine Bemühungen waren erfolglos. Vielmehr wurde sein Antrag mit 159 zu 110 Stimmen abgelehnt.

Wieder war es das House of Lords, das dem Gesetz seine Anerkennung versagte, und zwar mit 110 zu 78 Stimmen.

Die Wut der Jüden und ihrer Freunde war grenzenlos. Sie richtete sich hauptsächlich gegen Lord Derby, unter dessen Führung auch dieser Angriff im Oberhaus abgewiesen war<sup>12)</sup>.

Das Hofblatt von Rothschild übertraf sich beinahe selbst in seinen Beschimpfungen. Nach dessen Ansicht war die Haltung von Lord Derby einfach unglaublich. „Dieser Edelmann“, so hören wir das Blatt wettern, „hat eine unverantwortliche Herausforderung gegenüber der öffentlichen Meinung und eine Beschimpfung gegenüber den Vertretern des Volkes begangen.“ Wahrscheinlich würde eine solche Stellungnahme zu sehr ernststen Konsequenzen zwischen den beiden gesetzgebenden Häusern führen<sup>13)</sup>.

Man sieht, auch hier verbinden sich wiederum Enttäuschung mit neuen Drohungen gegen die Jüdengegner.

<sup>12)</sup> Times vom 23. u. 24. Juni 1856.

<sup>13)</sup> Morning Chronicle vom 25. Juni 1856.

Es ist auch sicherlich nicht ohne Einfluß auf die Anteilnahme der Regierung an dem Gesetzentwurf gewesen, daß sie nach dem Krimkrieg in großen Geldverlegenheiten war. Wie oft in solchen Fällen war Rothschild aufgetaucht und hatte es ohne Zögern übernommen, die Anleihe zur Deckung der Schulden von etwa fünf Millionen Pfund unterzubringen. Kein vernünftiger Mensch wird ernstlich leugnen wollen, daß die Gesetzesvorlage und das Einsetzen der Regierung hierfür u. a. eine Gegenleistung der Regierung dargestellt hat.

Man sollte glauben, daß die Juden einmal den Mut verloren hätten. Insbesondere muß man sich wundern, daß sich immer wieder Kabinette fanden, die die Emanzipationsgesetze unterstützten und sich eine Niederlage nach der andern holten.

Im Frühjahr des folgenden Jahres, 1857, fand eine Neuwahl für das Parlament statt. Jetzt schien der Zeitpunkt für den endgültigen Erfolg der jüdischen Bestrebungen gekommen zu sein. Lord Palmerston hatte nicht nur seine alte Mehrheit im Parlament wiedergefunden, sondern sie im Gegenteile noch erheblich vergrößern können. Auch Rothschild war erneut von der City ins Parlament gewählt worden. Man hatte anfänglich große Bedenken gehabt, ob er trotz aller von ihm angewandten Mittel auch erfolgreich sein würde — denn die Wahl fand an einem Sonnabend, dem 28. März, statt —, und man befürchtete, daß strenggläubige Juden es ablehnen würden, zur Wahlurne zu schreiten. Auf ihre Unterstützung konnte aber Rothschild nicht ganz verzichten. In den Morgenstunden war dann auch ihre Wahlbeteiligung sehr schwach. Dies wurde jedoch um Mittag erheblich besser, da sie inzwischen ihre Synagogen verlassen hatten; nachher sah man aber die Juden in großer Anzahl wählen, zumal die Rabbiner eine diesbezügliche Losung ausgegeben hatten. Nach ihrer Ansicht sei nämlich die Ausübung eines öffentlichen Rechts nicht unvereinbar mit den ihnen von Gott gegebenen Geboten.

Zum Erstaunen aller konnte diesmal Rothschild sogar mehr Stimmen als Lord John Russell auf sich vereinen. Die Freude über die Wiedermahl dieser beiden ins Parlament war natürlich in Judenkreisen besonders groß<sup>14)</sup>.

Bereits sechs Wochen nach den Wahlen und unmittelbar nach Zusammentritt des neuen Parlaments wurde die Judenfrage wiederum aufgeworfen. Diesmal war es der Ministerpräsident Lord Palmerston persönlich, der wahrscheinlich im Vertrauen auf seinen großen Erfolg bei den Wahlen und seine starke Gefolgschaft im Unterhaus sich stark genug fühlte, den Kampf selbst zu eröffnen. Seine Gesetzesvorlage sah vor, die drei verschiedenen Eide durch einen einzigen zu ersetzen. Er hatte sich die gesamten Fragen so sehr zu eigen gemacht, daß er sich selbst vor dem Parlament entschuldigte, daß er an Stelle von Lord John Russell die Behandlung der Angelegenheit übernommen habe. Er wies ferner darauf hin,

<sup>14)</sup> Times vom 28. u. 30. März 1857.

daß die Annahme des Gesetzes es den Juden ermöglichen würde, ins Parlament zu kommen. Auf keinen Fall würde jedoch der besondere Eid für Katholiken aus dem Jahre 1829 geändert. Man sieht, er hatte aus früheren Jahren gelernt und ließ die katholische Frage unberührt. Der neue von Lord Palmerston vorgeschlagene Eid ließ die schon seit Jahren umkämpften Schlußworte aus.

Sir Frederick Thesiger gab eine zusammenfassende Darstellung über den gesamten bisherigen Kampf. Er hielt dies für notwendig, weil eine große Anzahl neuer Abgeordneter ins Parlament gekommen sei, die vielleicht über die einzelnen Phasen nicht so genau unterrichtet wären. Er begnügte sich hiermit und behielt sich vor, später seine Gründe für die Opposition anzuführen. Auf diese Weise fand die erste Lesung ohne jeglichen Widerstand statt.

Zur allgemeinen Überraschung gab es auch in der zweiten Lesung keine Oppositionsreden. Vielmehr gab Sir Frederick Thesiger nur die Erklärung ab, daß die Jüdengegner ihre Zustimmung zu der Gesetzesvorlage geben würden, wenn es in bestimmter Weise ergänzt würde. Er bäte daher um folgenden Zusatz: „Und ich gebe diesen Eid of Abjuration . . . wahrhaftig im wahren Glauben eines Christen ab.“ Seinem Antrag widersprachen die Jüdenfreunde aufs entschiedenste, da hierdurch den Juden auch weiterhin der Zutritt zum Parlament untersagt gewesen wäre. Die nachfolgende Debatte hatte nichts von der Heftigkeit und Länge der früheren Auseinandersetzungen verloren. Die Situation wurde aber bald zuungunsten der Opposition geklärt, als sich ein führender Konservativer, Sir John Pakington, gegen den Zusatzantrag aussprach. In all den vorhergehenden Jahren hatte er auf seiten der Jüdengegner gestanden. Jetzt glaubte er, sich nicht mehr gegen die Zulassung der Juden aussprechen zu können. Zwar würde er es lieber gesehen haben, daß bei dem neuen Eide durch die bekannten Worte der christliche Charakter des Eides gewahrt geblieben und den Juden mit einem besonderen Zusatz die Auslassung der Worte gestattet würde. Aber er könne sich nicht mehr länger den jüdischen Beweisgründen für ihre Zulassung verschließen.

Man sieht, die konservative Partei beginnt sich über die Judenfrage unschlüssig und uneinig zu werden. Dies mußte zum Sieg der Juden führen.

Es verwundert nicht, daß der Zusatzantrag von Sir Frederick mit 341 zu 201 Stimmen abgewiesen wurde. Damit hatten die Jüdengegner eine Niederlage mit einer seit Jahren nicht gekannten Mehrheit erlitten. Es konnte daher keinem Zweifel unterliegen, daß die dritte Lesung nur noch zugunsten der Emanzipation ausfallen konnte, was auch durch die diesbezügliche Abstimmung bestätigt wurde.

Wiederum hing alles von der Einstellung des Oberhauses ab. Man hoffte in den Regierungskreisen, daß sich auch dort endlich eine Mehrheit finden würde, da die Jüdengegner diesmal ganz

erheblich im Parlament geschlagen waren. Außerdem setzte sich die Regierung mit großem Nachdruck für die Annahme ein. Lord Derby, der Führer der konservativen Opposition im House of Lords, stellte den Antrag, die Debatte über das vom Parlament verabschiedete Gesetz sechs Monate zu vertagen. Es ist klar, daß dies im Falle des Erfolges einer Zurückweisung des Gesetzesentwurfes gleichkam. In seiner Rede zur Begründung seines Antrages glaubte Lord Derby nicht bestreiten zu können, daß die Juden gewisse gute Eigenschaften hätten und auf eine lange Entwicklung zurückblicken könnten. Aber er könne sich nicht über die von ihnen selbst in Anspruch genommene Tatsache hinwegsetzen, daß sie sich nach wie vor selbst als Nation bezeichneten und betrachteten.

Der schon bejahrte Lord Lyndhurst sprach dann sehr ausführlich zugunsten der Emanzipation. Wiederum war es im Endergebnis das Oberhaus, das sich am 10. Juli 1857 mit 171 gegen 139 Stimmen gegen das Gesetz aussprach.

All dieses foht die Juden und ihre Freunde wenig an.

So können wir uns nicht wundern, daß sich bereits eine Woche nach Ablehnung durch das Oberhaus das Parlament erneut mit der alten, schon so oft diskutierten Frage zu beschäftigen hatte. Die Regierung unter Lord Palmerston gab jedoch offen zu erkennen, daß sie im Augenblick nicht zur weiteren Verfolgung der jüdischen Bestrebungen geneigt war, da sie mit der Einbringung des erst kürzlich vom House of Lords zurückgewiesenen Gesetzesentwurfes genug getan habe.

Inzwischen hatte Rothschild auf seinen Sitz im Parlament verzichtet, aber bei der nun notwendig gewordenen Neuwahl wiederum kandidiert. Er wurde wiedergewählt. Sein Verzicht war wohl nur aus irgendwelchen taktischen Gründen für die weiteren Maßnahmen erfolgt. Wahrscheinlich wollte man sich in den folgenden Kämpfen auf den gleichbleibenden Volkswillen der City für Zulassung eines Juden zum Parlament berufen.

Rothschild war auf einer öffentlichen Versammlung durch Zuruf gewählt worden, da kein anderer Kandidat aufgestellt war. Die Wahlversammlung bestand wie üblich aus einer bunt zusammengewürfelten Menge, die sich fast ausschließlich aus Mitgliedern der jüdischen Gemeinde zusammensetzte.

Die Presse der Gegner bezeichnete die Wahl als Farce und regte sich darüber auf, daß man sich mit dieser unwichtigen Frage der Judenwahl beschäftigte, da mit Rücksicht auf die schweren Unruhen in Indien doch ganz andere Interessen auf dem Spiele ständen. Es sei daher ganz unverständlich, die Bevölkerung damit zu behelligen.

## Juden und Lords

Die Öffentlichkeit war nach wie vor sehr geteilter Meinung über die Entwicklung der Dinge.

Die „Times“, wie immer, konnte sich nicht genug tun, auf die Engstirnigkeit der Lords zu schimpfen. Seit zehn Jahren sei Rothschild schon von der City gewählt worden, und noch immer habe er nicht seinen Sitz einnehmen können. Zuletzt würden aber wohl doch die hohen Lords einmal auf ihren Widerstand verzichten. Das Parlament sollte ruhig einmal den Mut aufbringen, Rothschild entgegen der Rechtsprechung und der Verfassung einen Sitz zu gewähren. Man könne dann ja einmal abwarten, welche Haltung das Oberhaus einnehmen würde<sup>1)</sup>. Und doch glauben sie, noch weit von ihrem Ziele entfernt zu sein. Dies kommt in ihrem Artikel vom 20. Juli mit folgenden Worten zum Ausdruck:

„Es besteht keinerlei Aussicht, daß die Lords nachgeben werden, und wir glauben auch, daß niemand ein Nachgeben der liberalen Partei in dem Kampfe erwartet. In den nächsten zwanzig Jahren wird immer ein jüdisches Mitglied rechtmäßig gewählt werden, jedoch außerstande sein, seinen Sitz einzunehmen, wenn sich das Parlament nicht entschließt, die Angelegenheit auf Grund seiner eigenen Macht zu regeln. Nun, Not kennt kein Gebot. Unerträgliche Mißstände müssen abgeschafft werden, und das kann nur durch eine Sonderaktion des Parlaments erfolgen . . .“

Man sieht, dies alles enthält nicht mehr und nicht weniger als eine Aufforderung zum Verfassungsbruch. Und dabei hatte England schwer um den Bestand seines Empires zu kämpfen, da in Indien ein gefährlicher Aufstand ausgebrochen war, der die Anspannung aller Kräfte erforderte, um ihn niederzuringen.

Inzwischen war der „Daily Telegraph“<sup>2)</sup> gegründet worden. Auch seine damalige Haltung ist von der heutigen in der Judenfrage nicht verschieden. In seinen Leitartikeln tobt man über die jahrelange Abwehr der Lords:

„Die konservative Aristokratie und Priesterherrschaft sind nun in ihrem wahren Charakter enthüllt. Sie sind die gefährlichsten und aufrührerischsten Klassen im Lande . . . Eine Clique von Grafen und Prälaten, die wie Geister in einer heidnischen Ruine spuken, unterbindet fortschrittliche und nutzbringende Maßnahmen . . .“

Die „Morning Post“ macht in ihren Artikeln dagegen mit Recht darauf aufmerksam, daß die notwendigen Maßnahmen zur Niederdrückung des indischen Aufstandes weit wichtiger seien als die Befriedigung des Ehrgeizes eines jüdischen Millionärs und die Ausspielung eines gesetzgebenden Hauses gegen das andere<sup>3)</sup>.

<sup>1)</sup> Times vom 16., 20. u. 24. Juli u. 4. August 1857.

<sup>2)</sup> Daily Telegraph vom 11. u. 13. Juli 1857.

<sup>3)</sup> Morning Post vom 21., 22. u. 29. Juli 1857.

Man glaubte, daß das Jahr keine neuen Kämpfe bringen würde, da es unwahrscheinlich war, daß das Parlament überhaupt nochmals zusammentreten würde. Besondere Umstände erforderten jedoch die außerordentliche Einberufung im Spätherbst 1857. Das Parlament trat jedoch erst im Dezember des betreffenden Jahres zusammen. Es war nur vorgesehen, daß Maßnahmen hinsichtlich der Behebung der eingetretenen Wirtschaftskrise beraten werden sollten. Lord John Russell benutzte jedoch die Gelegenheit, am 10. Dezember 1857 ein neues Judengesetz vor das Parlament zu bringen. Wiederum hatte diese Vorlage zum Inhalt, die drei Eide durch einen einzigen zu ersetzen. Die Fassung war ähnlich derjenigen, die im Frühjahr desselben Jahres vom Parlament angenommen, jedoch vom House of Lords zurückgewiesen war. Allerdings waren die fatalen Schlußworte hierin enthalten. Diese Fassung sollte jedoch nicht für Juden gelten, vielmehr war für diese ein besonderer Passus in dem Gesetzesentwurf enthalten. Hiernach sollte den Juden erlaubt sein, diese letzten Worte auszulassen.

Die erneute abschließende Verhandlung vor dem Parlament wurde durch den Sturz des Kabinetts von Lord Palmerston verzögert.

Jetzt kam die konservative Partei unter Führung von Lord Derby zur Macht. Zunächst gaben die Judenfreunde ihre Hoffnung auf, in der nächsten Zeit ihr Ziel erreichen zu können. Lord Derby hatte bekanntlich nur einige Monate vorher die Jüdengegner im Oberhaus geführt. Die Juden schöpften jedoch neue Hoffnung, als Lord Derby einige der größten Freunde der Jüdenbestrebungen als Minister in sein Kabinett aufnahm. Zu ihnen gehörte sein eigener Sohn, Lord Stanley, Sir Fitzroy Kelly, der Kronanwalt, und endlich Disraeli, der sich inzwischen zum Führer des Parlaments aufgeschwungen hatte. Diese Männer übten nun einen großen Einfluß auf Lord Derby aus, denn nach kurzer Zeit konnte man erkennen, daß auch er einem Kompromiß in der gesamten Frage nicht abgeneigt war.

So kam es am 18. März 1858 im Unterhaus erneut zur Verhandlung über das von Lord John Russell eingebrachte und noch nicht erledigte Gesetz. Der frühere redengewaltige Jüdengegner Sir Frederick Thesiger war unter der neuen Regierung Lordkanzler mit dem Titel Lord Chelmsford geworden. Als solcher war er nicht mehr Mitglied des Parlaments, sondern des House of Lords. Mr. Newdegate fiel nun die Aufgabe zu, in diesen schweren Tagen des Endkampfes allein die Jüdengegner im Unterhaus zu führen. Er stellte den schon von Sir Frederick Thesiger in der vorangegangenen Sitzungsperiode angekündigten Zusatzantrag. Hiernach sollte der besondere Absatz in dem Gesetzesentwurf, wonach den Juden die Auslassung der Schlußworte des Eides gestattet werden sollte, gestrichen werden.



Schon im Verlauf der Auseinandersetzungen zeigte sich, daß die Jüdengegner erheblich zusammengeschmolzen waren. Dies wurde durch die Abstimmung bestätigt. Mit großer Mehrheit wurde der Antrag von Newdegate verworfen und wenig später die zweite Lesung verabschiedet. Die endgültige dritte Lesung am 12. April brachte nicht einmal mehr eine namentliche Abstimmung.

Mit einer völlig ungewöhnlichen Schnelligkeit wurde das Gesetz vor das House of Lords gebracht. Man wollte anscheinend unbedingt die nachhaltige Wirkung der vernichtenden Niederlage der Jüdengegner ausnutzen, denn schon am Tage nach der dritten Lesung im Parlament wurde das Gesetz zum ersten Male im Oberhaus verhandelt. Wie in den meisten Fällen fand auch diesmal bei der ersten Lesung keine Aussprache statt.

Die zweite Lesung sollte sehr schnell folgen, da die Regierung alles zur Beschleunigung tat. Schon in der nächsten Woche fand die mit Spannung erwartete Aussprache über die zweite Lesung statt. Das Oberhaus sah insbesondere der Stellungnahme von Lord Derby mit größter Erwartung entgegen. Unter allgemeiner Anteilnahme der Anwesenden teilte er mit, daß er es begrüßen würde, wenn die veralteten Teile der verschiedenen Eide den gegenwärtigen Zeiten angepaßt werden würden. Aber wegen der Judenfrage hätte er trotz der gegenteiligen Ansicht von drei Mitgliedern in der Regierung seinen alten Standpunkt beibehalten. Nur zu gern wäre er bereit, seine Meinung zu ändern, wenn man nur vernünftige Gründe dafür angeben könne. Der Zustand sei allmählich sehr lästig geworden. Nach alledem müsse er zu seinem Bedauern mitteilen, daß er in der gegenwärtigen Sitzungsperiode bei seiner früher eingenommenen Stellungnahme verharren müsse.

In der am 27. April stattgefundenen Sitzung nahm der frühere Sir Frederick Thesiger, jetziger Lord Chelmsford, das Wort. All die erneut vorgebrachten Gründe könnten ihn, den schon so lange gegen die Judenemanzipation kämpfenden Engländer, nicht von der Richtigkeit der Beweisführung der Gegenseite überzeugen. Es ginge hier nicht um einzelne jüdische Individuen, gegen die nach seiner Ansicht nichts weiter vorgebracht werden könne, sondern um das jüdische Volk als Ganzes. Er habe keine persönliche Abneigung gegen die Juden, sondern „ich fühle nur“, so hören wir, „den ernsthaften Wunsch, ein Prinzip zu unterstützen, das aufrechtzuerhalten ich für notwendig erachte, um die Wohlfahrt und selbst den Charakter unseres Landes zu bewahren“. Infolgedessen stelle er den Antrag, den besonderen Absatz für die Juden, wonach ihnen die Auslassung der verhängnisvollen Schlußworte gestattet sei, aus dem vom Parlament verabschiedeten Gesetz zu streichen.

Lord Lyndhurst widersprach dieser Fassung. Er konnte aber nichts daran ändern, daß die Abstimmung zugunsten der von Lord Chelmsford geführten Opposition endete.

Nach wie vor zeigt es sich, daß trotz aller Propaganda und des Einflusses mächtiger Engländer die Mehrheit des Volkes nichts

mit den Juden im Sinne hat. Dies spricht für die gesunde Auffassung und zähe Widerstandskraft des damaligen englischen Volkskörpers gegen die drohende Überfremdung. In den ersten Monaten des Jahres 1858 war sogar noch die erdrückende Mehrheit nach wie vor gegen die Zulassung der Juden im Parlament. Dies ergeben Stichproben der im Ober- und Unterhaus eingereichten Gesuche von Wählern. Im März liegt eine sehr große Anzahl vor, die von Städten, Gemeinden und Privatpersonen eingesandt worden sind. So finden wir zahlreiche Bittgesuche gegen das Juden-gesetz während der Verhandlungen vom 17. und 22. März im Parlament, dagegen nicht eine einzige zugunsten der Hebräer.

Diese Ablehnung des Volkes wird noch viel deutlicher während der Debatten im House of Lords. Es mutet gerade wie eine Ironie an, daß Lord Lyndhurst bei seinem Antrag zur zweiten Lesung — man denke sich — ein einziges Bittgesuch zugunsten der Juden überreichen konnte, während eine große Anzahl von Einzelpersonen und gegen 60 Städte, Flecken und Gemeinden weiterhin Ausschließung der Juden verlangten. Ein ähnliches Bild ist am 27. April festzustellen, an dem Graf Granville einen einzigen Antrag zugunsten der Juden übergibt. Geradezu niederdrückend ist aber die Mehrheit am nächsten Tag, als die Judenfreunde zwar 50 Gesuche mit 2793 Unterschriften eingesandt haben, — die Juden-gegner dagegen in 224 Gesuchen mit 11359 Unterschriften den richtigen Willen des Volkes zum Ausdruck bringen.

Daß die „Times“ nicht allzusehr über die Entwicklung der Dinge erbaut war, läßt sich denken. Wir wollen uns im Augenblick enthalten, ihre weiteren Wutausbrüche mitzuteilen und uns lediglich auf ihre Auseinandersetzungen mit den Gründen der Juden-gegner beschränken. Immer stärker wurde nämlich von den letzteren im Parlament und in der Presse darauf hingewiesen, daß die Judenfrage keineswegs nur vom Religionsstandpunkt, sondern von vielen anderen Erwägungen abhängig sei. So fürchtete man u. a. die Unmoral der Juden, die in allen ihren Lehren und Schriften, wie z. B. dem Talmud, zutage trete. Gleichzeitig seien die Juden nach wie vor abzulehnen, weil sie Fremde im Volkskörper seien. Die „Times“ ist über diese letztere Ansicht sehr entrüstet. Sie erklärte, daß diese Behauptungen für einen modernen Juden nicht mehr zuträfen. Diese hätten alle derartigen Nachteile bereits abgelegt. Im übrigen sei es ungeheuerlich für die englische Nation, die jüdische Rasse zu kritisieren.

„. . . Es ist schon eine feine Sache für eine Nation von Parvenus gleich der unseren, kaum 1000 Jahre alt, an dieser Ecke der Welt sich auf den Pfaden starrköpfiger, alter Pharaos, großer, unver-schämter Philister, Assyrer, Babylonier und tausend anderer königlicher und kaiserlicher Verfolger zu finden. Die Verfolgungen sind immer von zügellosem, launischem und fast kindischem Charakter gewesen . . .“<sup>4)</sup>

<sup>4)</sup> Times vom 18. u. 23. März 1858.

Wir sind ja viel von der judenfreundlichen Presse gewohnt, aber die „Times“, die damals und heute führende Zeitung Englands, schämt sich nicht einmal, ihre eigene Nation gegenüber der jüdischen als minderwertig hinzustellen!

Wiederum war das Oberhaus das für die Juden unüberwindliche Bollwerk geblieben. Nach der englischen Verfassung ging das abgeänderte Gesetz zum Parlament zurück, um dort ausdrücklich in seiner abgeänderten Form angenommen zu werden. Lord John Russell machte in erregten Ausführungen das Unterhaus darauf aufmerksam, daß das veränderte Gesetz nicht angenommen werden könnte, da dadurch wiederum den Juden die Zulassung zum Parlament versagt geblieben wäre.

Das Parlament faßte nun am 13. Mai den Beschluß, gewisse Mitglieder zu ermächtigen, eine Konferenz mit Mitgliedern des House of Lords zur Behandlung der ganzen Frage abzuhalten mit dem endgültigen Ziel, eine Lösung herbeizuführen. Unter den dazu bestimmten Mitgliedern befand sich Rothschild. Man bedenke, welcher Affront in dieser Wahl gegenüber den Mitgliedern des Oberhauses liegt. Es ist daher fast verwunderlich, daß das Oberhaus dem Vorschlag des Parlaments zustimmte und ebenfalls die Bestellung eines entsprechenden Komitees versprach.

Einige Tage später fand die Konferenz statt, bei der selbstverständlich Rothschild nicht fehlte. Man sprach sich über die verschiedenen Punkte aus. Anscheinend gaben die betreffenden Mitglieder des Oberhauses das Versprechen ab, die Angelegenheit nochmals in ihrem Hause zu diskutieren und gegebenenfalls seine Meinung zu ändern. Auf jeden Fall gab der Graf von Lucan am 31. Mai einen kurzen Bericht im Oberhaus und stellte den Antrag, die für die Juden so fatalen Schlußworte fortzulassen. Man solle den Bittgesuchen des Volkes gegen die Zulassung nicht viel Bedeutung zumessen, sondern vielmehr berücksichtigen, daß inzwischen der größte Teil der Presse auf seiten der Juden stände.

Lord Lucan hatte bis vor kurzem zu den führenden Judengegnern im Oberhaus gehört. Man war daher auf seiten seiner früheren Parteifreunde recht unangenehm überrascht, daß er sich mit einem Male ohne nach außen hin zutage tretende Gründe für die Juden einsetzte.

Das Haus hatte sich noch nicht von seiner Überraschung über die Stellungnahme von Lord Lucan erholt, als ein anderes führendes Mitglied ebenfalls die Reihen der Judengegner verließ, nämlich der Graf Stanhope. Er war es gewesen, der im Jahre 1856 die Opposition gegen das von dem Abgeordneten Gibson beantragte Gesetz im House of Lords geführt hatte. Seinen Übertritt in das Lager der Judenfreunde begründete er damit, daß letztere sich im Parlament innerhalb der letzten zwei Jahre verdreifacht hätten. Dies sei für ihn ein weit besseres Zeichen als die immer wieder von den Judengegnern angeführte und vielleicht auch tatsächlich im Lande vorhandene, aber durch nichts bewiesene Mehrheit der

Opposition. Denn hierfür gäbe es keinen sicheren Maßstab, anders dagegen die Abstimmung im Parlament. Außerdem könnte die Zulassung doch nicht unchristlich sein, da inzwischen Bischöfe und andere führende Geistliche sich für die Emanzipation ausgesprochen hätten. Endlich könne er nicht verstehen, warum den Juden nicht der Zutritt zum Parlament gewährt werden solle, da man doch keinerlei Bedenken gehabt hätte, einen Juden zum Oberbürgermeister von London zu machen. „Im übrigen“, so fuhr er fort, „hätten die Führer aller großen Staatsparteien an den Gesellschaften jenes Gentleman teilgenommen und Komplimente und Höflichkeiten mit ihm ausgetauscht.“ Mit Rücksicht auf all die vorgebrachten Gründe sehe er sich veranlaßt, die Zulassung der Juden zu empfehlen.

Man kann sich des leisen Zweifels nicht erwehren, daß auch der Redner in den letzten Jahren nicht selten Gast bei jüdischen Veranstaltungen gewesen ist und Komplimente ausgetauscht hat. Dieser Vorfall zeigt eindeutig die Richtigkeit des Grundsatzes, daß es in der Judenfrage keine Ausnahme und Erleichterung geben darf, da das Prinzip sonst allmählich durchlöchert wird.

Es sollte aber ein richtiger Tag der Überraschungen bleiben. Unmittelbar nach Beendigung der Rede des Grafen Stanhope erhob sich der Graf Clancarty. Er hatte sich im Gegensatz zu früheren Jahren den Judengegnern angeschlossen. Seinen Übertritt begründet er damit, daß er sich infolge der das ganze innerpolitische Leben beherrschenden Judenfrage sehr eingehend mit der gesamten Angelegenheit beschäftigt habe. Bei seiner früheren Stellungnahme habe er sich davon leiten lassen, daß es ungerecht sei, den Juden als englischen Bürgern gewisse Rechte zu versagen. Aber er habe jetzt sehr starke Bedenken, ob es richtig sei, sich mit dieser Begründung für die Sache der Juden zu erklären. Er habe nämlich einmal einen Einblick in die Geschichte der Hebräer getan, und diese habe ihm gezeigt, „daß die Juden nie die Waffen für England ergriffen hätten. Sie hätten sich vielmehr nur als Geldverleiher betätigt. Nicht nur in England, sondern in jedem Lande habe man festgestellt, daß sie eine besondere Nation, fremd in Blut, Religion und sozialen Interessen seien. Er sei vollkommen sicher, daß man bis zum heutigen Tage noch nichts von jüdischen Ansprüchen gehört hätte, wenn nicht Rothschild mit seinen eigenen Wünschen, . . . gestützt auf seinen großen Reichtum, dahinterstände. Er kenne Rothschild zwar nicht persönlich, und es möchte durchaus sein, daß er ein ehrenhafter Mann sei. Darum ginge es aber in diesem Kampfe nicht . . ., sondern man müsse sich über das Prinzip klar werden und sich dementsprechend entscheiden. Nach langer und reiflicher Überlegung habe er erkannt, daß in der Zulassung der Juden eine Gefahr für Staat und Kirche läge. Demnach müsse er sich jetzt gegen die jüdische Emanzipation aussprechen . . .“

Man sieht, der Graf von Clancarty hat die Taktik der Juden, die Streitfrage von dem Prinzip abzuziehen, klar erkannt und kommt auf Grund seiner jetzigen Kenntnis wahrer jüdischer Absichten und Taten zu einer ablehnenden Haltung gegenüber den Juden. Es sollte aber noch eine weitere Sensation erfolgen.

Lord Derby gab jetzt zu erkennen, daß auch er bereit sei, mit Hilfe eines Kompromisses zur Lösung der Frage zu kommen. Es sei wohl an der Zeit, der Mehrheit im Unterhaus Rechnung zu tragen. Daher würde es sich wohl empfehlen, die eigene Meinung aufzugeben. Hiervon könnte man nur Abstand nehmen, wenn man die volle Unterstützung des Volkes genießt. Aber es müsse wohl festgestellt werden, daß die Stimmung im Lande gegenüber der Judenfrage gleichgültig wäre. Vielleicht würde der Vorschlag von Lord Lucan eine Lösung bedeuten, aber man müsse ihn zunächst vor allem reiflich erwägen. Das Beste würde wohl sein, die Gedanken von Lord Lucan in ein besonderes Gesetz zu bringen. Bis zur eingehenden Behandlung dieses Vorschlages würde er jedoch empfehlen, den bisherigen Standpunkt beizubehalten.

Nun führte Lord Lyndhurst die Judenfreunde und faßte in einer langen Rede die zwingenden Gründe für eine Zulassung der Juden zusammen. Am Schluß stellte er den Antrag, den früher gestellten Zusatzantrag bezüglich des vom Parlament bereits verabschiedeten Gesetzes fallenzulassen, mit andern Worten gemäß dem vom Parlament erlassenen Gesetz die Juden zum Parlament zuzulassen.

Diesem Antrag widersprach der Lordkanzler, Lord Chelmsford, aufs heftigste. Er setzte sich in sachlicher Weise mit den neun verschiedenen Gründen des Parlaments auseinander und kam zu dem Schluß, daß keiner von ihnen stichhaltig genug sei, um die eingenommene Haltung des House of Lords als falsch zu kennzeichnen. Das Oberhaus einigte sich dann auch dahin, zunächst bei seiner Stellungnahme zu verharren. Man einigte sich aber bereits, in eine weitere Untersuchung der Frage einzutreten, ob nicht ein Kompromiß möglich sei.

Dieser nur als vorläufig anzusehende Beschluß des House of Lords war wiederum ein Meisterstück des Parlamentarismus.

In der Woche nach dieser aufsehenerregenden Debatte wurden zwei Gesetzesvorlagen eingebracht. Die eine stammte von Lord Lyndhurst, die andere von Lord Lucan. Die erstere beabsichtigte, die drei Eide durch einen einzigen zu ersetzen und gewisse notwendige Erleichterungen für die Juden zu schaffen. Die zweite verfolgte denselben Zweck und ist als „Lord-Lucan-Gesetz“ bekannt. Allerdings hatte sie eine andere Form. Laut der zwei vorhandenen Paragraphen war festgesetzt, daß die beiden gesetzgebenden Häuser einem jüdischen Mitglied jeweils erlauben, die fatalen Schlußworte auszulassen. Ferner war vorgesehen, für jeden gegebenen ähnlichen Fall eine allgemeine derartige Erlaubnis zu erteilen.

Es kam aber zunächst infolge der Abwesenheit des Ministerpräsidenten nicht zur Diskussion über diese beiden Gesetzesentwürfe.

Am 1. Juli 1858 fand die mit Spannung erwartete große Aussprache im Oberhaus statt. Die endgültige Haltung des Ministerpräsidenten war der Öffentlichkeit noch immer unbekannt. Schnell wurde aber diese Ungewißheit behoben, als der Ministerpräsident als erster das Wort ergriff. Er gab noch einmal einen Überblick über die zahlreichen Gesetze, die im Oberhaus nicht hatten durchgebracht werden können. Am Schluß bekannte er sich dann dazu, daß sich seine Einstellung bezüglich der Zulassung der Juden keineswegs geändert habe. Andererseits müsse es aber endlich zu einer Beilegung des Streites zwischen den beiden Häusern kommen, der sich allmählich zu einer schweren Gefahr für das gesamte politische Leben entwickelt hätte. Dieser Gedanke — und nur dieser allein — hätte ihn geleitet, eines der eingebrachten Gesetze — und zwar habe er dem von Lord Lucan den Vorzug gegeben — zu unterstützen.

Trotzdem die Haltung des Ministerpräsidenten seit langem ungewiß war, wurde jedoch das Haus durch seine Erklärung überrascht. Lord Lucan setzte sich dann noch eingehend für seinen Vorschlag ein. Nach seiner Ansicht herrsche „völlige Apathie und Indifferenz im Lande“ über die Zulassung der Juden im Parlament. Das Oberhaus könne daher beschließen, was nach seiner Meinung für das Land gut sei.

Alle Anstrengungen der Opposition waren diesmal auch im Oberhaus vergebens. Zum erstenmal behielten die Judenfreunde im House of Lords die Oberhand, und zwar mit 143 zu 97 Stimmen. Die Schwenkung des Ministerpräsidenten hatte ihre Wirkung nicht verfehlt.

Die Abstimmung hatte den Entschluß zu fassen gehabt, den Gesetzesantrag von Lord Lucan zum zweitenmal zu lesen und anschließend in einem Komitee zu behandeln. Die Kommission fügte noch zwei weitere Paragraphen ein. Hiernach sollten die Juden auch weiterhin u. a. von Führung der Regentschaft und den Ämtern des Lordkanzlers und des Lordlieutenant von Irland (Gouverneur von Irland) ausgeschlossen sein.

Der zweite nachgefügte Absatz ist bis zum heutigen Tage in Kraft. Dieser hat zum Inhalt, daß das Recht der Vertretung von kirchlichen Pfründen auf den Erzbischof von Canterbury übertragen wird, wenn es zu irgendeinem Amt im Bereich der Krone gehört, das von einem Juden ausgeübt wird.

Dieser so abgeänderte Gesetzesentwurf wurde am 12. Juli dem Oberhaus zur dritten Lesung vorgelegt. Die Opposition schien keineswegs entmutigt.

Der Graf von Harrington war diesmal der leidenschaftlichste Redner der Judengegner. Er machte verschiedene Gründe für seine Stellungnahme geltend:

„Einer seiner Gründe“, so führte er im Verlauf seiner Rede aus, „sei, daß die Juden große Geldverleiher, ja, die größten Geldverleiher der Welt seien. Sie liehen das Geld an jeden, der es nur haben wollte. Es machte ihnen nichts aus, ob sie ihr Geld für eine gute oder schlechte Sache geben, und ob sie damit Freiheit oder Despotie unterstützten. Es sei ihnen auch gleichgültig, ob sie mit der Hingabe der Gelder die Interessen ihres Gastlandes förderten oder nicht, oder ob sie endlich das Geld einem Staat liehen, der diesem feindlich gegenüberstand. So hätten sie Rußland große Gelder zur Verfügung gestellt . . . Mit Hilfe ihres Reichtums hätten sie jede Freiheit in Polen, Deutschland, Ungarn, Italien und andern Ländern zerstört. Die großen jüdischen Geldverleiher befänden sich aber nicht nur in England, sondern in jedem anderen Lande. Derartige Millionäre und Geldverleiher seien es gerade, die auf den britischen öffentlichen Wahlbühnen ständen und süße Reden zugunsten der Freiheit hielten, wo sie tatsächlich immer und überall die größten Feinde der Freiheit gewesen seien . . .“

Er beschäftigt sich dann anschließend mit der Frage, warum Juden in einigen Wahlbezirken gewählt worden seien. Er könne sich nach der Entwicklung der ganzen Dinge nicht entschließen, den Juden zu trauen.

„Er erinnere sich gut, daß erst vor einigen Jahren nicht weniger als sechzig Wahlbezirke wegen strafbarer Wahlbeeinflussung angeklagt worden seien. Viele Wahlkomitees hätten monatelang diese Angelegenheit untersucht und bei ihren Erhebungen verschiedene Abhilfen für die Zukunft vorgeschlagen . . . Sollten noch einmal die Fluttore der Wahlbeeinflussung geöffnet werden? Er behaupte, daß ein Geldverleiher sich nicht große Ehren um den Sitz im Parlament verdienen würde. Er würde weit lieber einen Mohammedaner oder Hindu im Unterhaus sehen, als einen jüdischen Geldverleiher. Dies würde im übrigen noch viel gerechter sein, um so den 180 Millionen britischen Untertanen dieser Religionsbekenntnisse einen Repräsentanten im Unterhaus zu geben . . .“

Es habe selten Männer in einem großen Staat gegeben, die solch mächtigen Einfluß besessen hätten, wie die Juden in diesem Augenblick. Hätten sie nicht einen beträchtlichen Teil dieses Hauses gewonnen, der für sie stimmte? Hätten sie nicht schon lange eine Mehrheit im Unterhaus? Zu dieser müsse man dann noch einen Teil der Presse — das mächtigste politische Element, das je existierte — rechnen. Und alle unterstützten sie.“

„Alle anständigen Kreise in England seien gegen die Zulassung der Juden zum Parlament. Er könne nicht umhin, noch einmal vor den Juden zu warnen. Sie hätten allen Ländern große nationale Schulden gebracht, worunter die ganze Welt litt. Aus all diesen Gründen verdienten die Juden nicht, daß ihre Macht durch Zulassung zum Parlament noch mehr vergrößert würde.“

Diesen scharfen Ausführungen glaubte Lord Derby entgegen-

treten zu müssen, wobei er vor allem darauf hinwies, daß es auch christliche Geldverleiher gäbe.

Sehr erregt antwortete darauf der Graf von Harrington, daß er seit langem das Resultat dieses ganzen parlamentarischen Kampfes vorausgesehen habe. Er erinnerte Lord Derby und das Haus daran, daß während des Krimkrieges ungeheure Summen von Geld seitens der Juden nach Holland geschickt worden seien. Könnten solche Geldverleiher, die Seele der judenfreundlichen Partei, als ordentliche Bürger im Parlament sitzen?

Eine ebenso heftige Rede des Grafen von Galloway folgte. Er sei, so führt er aus, ziemlich sicher und sehe die Zeit kommen, und zwar recht bald, daß ein verruchter Ministerpräsident von England eine große Bestechung für den Vorschlag erhalten würde, einen Juden zum Peer zu ernennen. Zwar habe dies Haus Macht genug, einen unerwünschten Peer abzulehnen, aber wie leicht könnte die jetzige Stimmung gegen Zulassung eines jüdischen Peers dadurch geändert werden, daß weitere Lords für die Zulassung der Juden gewonnen werden!

Alle Anstrengungen der Judengegner waren umsonst. Auch die dritte Lesung fand eine Mehrheit zugunsten des Gesetzentwurfs, und damit war praktisch der Sieg der Juden errungen.

Die gesamte Lage ist nicht ganz leicht zu verstehen. Sie soll daher kurz zusammengefaßt dargestellt werden.

Zunächst hatte bekanntlich das Parlament ein Gesetz verabschiedet, das die Auslassung der für die Juden fatalen Schlußworte des Eides vorsah. Dies war vom Oberhaus abgelehnt und insofern abgeändert, als man wieder die Schlußworte eingefügt hatte. Das Gesetz in dieser neuen Fassung mußte nach der Verfassung vom Parlament gebilligt werden und befand sich zur Zeit wieder dort. Ein Komitee des Parlaments hatte in den bekannten neun Punkten diesen Zusatz abgelehnt und mit Vertretern des Oberhauses die verschiedenen Einwände besprochen. Die Weiterverfolgung dieser Frage war durch den inzwischen im Oberhaus verabschiedeten Gesetzentwurf ins Stocken geraten, weil sich das Interesse beider Häuser auf die gerade geschilderten Vorgänge im House of Lords gerichtet hatte. Nachdem diese erledigt waren, mußte man sich im Parlament sowohl mit dem früher abgeänderten Gesetz, als auch mit dem neuen, vom Oberhaus verabschiedeten befassen. Bezüglich des ersteren hatte man bereits in einem besonderen Komitee verhandelt. Erstaunlicherweise hatte das Oberhaus seinen Widerspruch zum ersten Gesetz nicht zurückgezogen, sondern bestand nach wie vor auf Einfügung der verlangten Schlußworte.

Mit einer verblüffenden Schnelligkeit sollte sich das Parlament nun mit beiden Gesetzen auseinandersetzen.

Schon am 16. Juli 1858, also vier Tage nach der Verabschiedung des Lucan-Gesetzes im Oberhaus, kam es zur Behandlung der Judenfrage.



Lord John Russell stellte zunächst den Antrag auf zweite Lesung des Lucan-Gesetzes. Es war sicher einer der größten Tage in seiner parlamentarischen Laufbahn. Endlich hatte er doch sein Ziel, die Zulassung der Juden, erreicht. Daß auch die im Parlament notwendige Mehrheit für die Annahme des vom House of Lords bereits verabschiedeten Gesetzes vorhanden sein werde, war nicht zu bezweifeln. Trotzdem wehrten sich die Jüdengegner bis zum äußersten. Die Hauptlast des Kampfes lag auf den Schultern von Mr. Newdegate. „Er sei“, so führte er unmittelbar nach Stellung des Antrags von Lord John Russell aus, „mehr denn je zuvor vollkommen davon überzeugt, daß die Jüdenfreunde nicht die Einstellung des Volkes zu dieser Frage kannten. Er habe bislang keine Befriedigung des Volkes über die wahrscheinliche Änderung der Verfassung feststellen können. Er bedaure es daher außerordentlich, daß die Entscheidung dieser Angelegenheit nicht dem Volke überlassen sei.“

Der Abgeordnete Spooner unterstützte Mr. Newdegate und machte u. a. darauf aufmerksam, daß bereits dem Parlament Bittgesuche mit Unterschriften von 11 808 Personen gegen Zulassung der Juden vorlägen.

Aller Widerstand war aber vergebens, und mit 156 zu 65 Stimmen wurde das Lucan-Gesetz in der zweiten Lesung angenommen.

Auch die dritte Lesung des Gesetzes vom 21. Juli 1858 konnte eigentlich nicht mehr ungewiß sein. Jedoch wehrten sich auch hier noch die Jüdengegner mit dem letzten Mut der Verzweiflung. Der Jüdengegner Mr. Warren erinnerte das Haus daran, daß die Gesetze gegen die überwiegende Mehrheit des Volkes gemacht würden. Bis zum Tage der dritten Lesung hätten sich lediglich 400 Personen für die Annahme, aber 14 500 gegen die Annahme des Gesetzes ausgesprochen. Dies sei wohl ein eindeutiger Beweis für die Stimmung im Volke. Außerdem habe er keinerlei Zweifel, daß mit Zulassung der Juden zum Parlament die Moral des letzteren Einbuße erleiden würde.

Auch Mr. Newdegate griff nochmals in die Debatte ein. Er wollte nicht, so fährt er im Verlauf seiner Rede fort, die Haltung des Ministerpräsidenten Lord Derby verteidigen. Er habe zwar seine Zustimmung zu einer Maßnahme gegeben, die nach seinen Worten entgegen seinen eigenen Prinzipien wären. In einem solchen Falle hätte er einen Appell an das Volk richten müssen. Aber wenn sich wegen dieser Unterlassung ein Sturm von Verwünschungen gegen ihn erhoben hätte, so solle man nicht dabei seine schwierige Lage vergessen. Wer sei denn der eigentliche Drahtzieher . . . gewesen? Kein Zweifel: der Finanzminister! (Disraeli.) Sie alle wüßten, daß letzterer selbst jüdischer Abstammung sei. Er hege gegenüber der jüdischen Rasse besondere Gefühle, die sich beinahe in jedem seiner Werke wiederfänden. Besonders sei diese seine Neigung völlig offen in der Biographie über

Lord George Bentinck hervorgetreten. Hier habe er als ein Recht der jüdischen Rasse die alles überragende Herrschaft über die andern Rassen der Menschheit erklärt. Ein solcher Mann sei aber der Befürworter der Emanzipation gewesen!

Aber auch dieser erneute Hinweis von Newdegate auf die wahren Absichten der Juden konnte nicht mehr die Verabschiedung des Gesetzes verhindern. Mit 129 zu 55 Stimmen unterlagen die Jüdengegner erneut. Damit war der eigentliche Kampf der jüdischen Emanzipation abgeschlossen.

## Juda hat gesiegt

Unmittelbar nach der Abstimmung erhob sich Lord John Russell und erinnerte das Haus daran, daß man sich noch mit dem ursprünglichen Gesetz auseinanderzusetzen habe, wonach die Lords auf Beibehaltung der für die Juden fatalen Schlußworte bestanden hätten. „Die Lords hätten“, so fuhr er fort, „dem Haus ihre allgemeinen Gründe zugehen lassen, die sie veranlaßten, die Juden unter allen Umständen vom Parlament auszuschließen. Gleichzeitig hätten sie aber einen anderen Gesetzesvorschlag gemacht, laut welchem die Zulassung der Juden vorgesehen wurde. Demzufolge wäre es natürlich für dieses Haus unnötig, sich den Abänderungen der Lords zu widersetzen, da diese ja von ihren eigenen Gründen abgegangen seien.“ Es sei daher genügend, wenn mit Rücksicht auf diesen Widerspruch die Angelegenheit als erledigt betrachtet und dementsprechend beschlossen würde.

Der Abgeordnete Spooner war auch der Ansicht, daß die Einwände der Lords gegenstandslos geworden seien. Er stellte den Antrag, dies wie folgt klar zum Ausdruck zu bringen: „Das besagte Gesetz ist in direktem Widerspruch zu den klaren und zwingenden Gründen der Lords gegen die Zulassung der Juden zum Parlament . . .“

Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt. Wahrscheinlich wollte man den hohen Lords ihre unwürdige Haltung nicht zu deutlich durch einen dementsprechenden Beschluß des Parlaments zeigen.

Man einigte sich dann am Schluß, daß nach Ansicht des Parlaments ein Eingehen auf die Gegengründe der Lords nicht mehr notwendig sei, „da die Lords durch ein Gesetz in der augenblicklichen Sitzungsperiode, betitelt ‚Gesetz zur Schaffung von Erleichterungen für die Untertanen Ihrer Majestät jüdischen Glaubens‘ Wege für die Zulassung von Juden für Sitze in der gesetzgebenden Körperschaft vorgesehen haben“.

Der Inhalt war praktisch derselbe wie der Antrag von Mr. Spooner, nur hatte man darin nicht so deutlich den Widerspruch der einzelnen Handlungen der Lords festgestellt.

Mit diesem Beschluß war der 28jährige Kampf zwischen den Juden und ihren Gegnern als beendet anzusehen.

Bereits am 23. Juli 1858 gab die Königin die notwendige Zustimmung zu dem Lucan-Gesetz, und damit war Rechtsgültigkeit eingetreten.

Einige Tage später erschien Rothschild und legte den ihm jetzt möglichen Eid ab. Damit war er zum erstenmal rechtmäßiges und vollgültiges Mitglied des Parlaments geworden.

Wie erinnerlich, war am 16. Juli die zweite und in den meisten Fällen entscheidende Lesung des Lucan-Gesetzes erfolgt. Die Jüdengegner wußten danach, daß der Kampf in den gesetzgebenden Körperschaften praktisch zu ihren Ungunsten entschieden war. Es blieb ihnen als letzte Rettung nur noch Königin Victoria, die zu

dem in den nächsten Tagen zu verabschiedenden Gesetz ihre Zustimmung zu geben hatte. Nach altem englischem Verfassungsrecht hatte jeder Engländer die Möglichkeit, bei der Königin in einem Bittgesuch um Verweigerung ihrer Zustimmung einzukommen.

Infolgedessen wurde von vielen Barristern am 19. Juli ein sorgfältig abgefaßtes Bittgesuch an die Königin gerichtet. Es hatte folgenden Inhalt:

„An Ihre Allergnädigste Majestät die Königin.

Das untertänigste Bittgesuch der unterzeichneten Mitglieder der Vereinigung der Barrister beweist:

Daß jeder Jude, der aufrichtig dem Glauben seiner Vorfahren zugetan ist, dem Christentum wegen dessen Verbundenheit mit den Gesetzen Englands abgeneigt sein muß.

Wir erachten einen Juden nicht als geeigneten Gesetzgeber im Reiche Eurer Majestät und bitten daher Eure Majestät untertänig, dem Gesetz, das im House of Lords zum Zwecke der Zulassung der Juden zum Parlament eingebracht ist, die königliche Zustimmung zu versagen...“

Das Gesuch wurde am Dienstag, 20. Juli, frühmorgens, bei der Post aufgegeben und mußte unter normalen Verhältnissen bis spätestens am Nachmittag desselben Tages dem dafür zuständigen Innenministerium zugestellt sein<sup>1)</sup>.

Die englischen Behörden waren und sind auch heute noch bekannt dafür, daß sie zumindest am selben Tage den Eingang eines bestimmten Schriftstückes bestätigen. Von dieser allgemeinen Regel wurde aber in diesem Falle abgewichen. Erst am 23. Juli, morgens, wurde den Antragstellern mitgeteilt, „daß jedes Bittgesuch an die Königin, das richtig und respektvoll abgefaßt und diesem Amt eingereicht wird, Ihrer Majestät vorgelegt würde“.

Die Antwort, oder besser die Ablehnung traf also am Tage der königlichen Zustimmung zum Judentum ein.

Mit Recht weist Edison darauf hin, daß es außergewöhnlich sei, daß gerade die Antragsteller, Barrister von Beruf, und daher in solchen Angelegenheiten erfahren, nicht die richtige Form hätten treffen sollen.

Außerdem hätte man unbedingt erwarten können, daß diese Mitteilung spätestens am 21. Juli erfolgt wäre. In einem solchen Falle hätten die Antragsteller einen Peer bitten können, das Gesuch direkt der Königin in einer Audienz zu überreichen. Man hatte bereits diesbezügliche Schritte unternommen, falls das Innenministerium Schwierigkeiten machen sollte, und es bestand kein Zweifel, daß man unter den höchsten Peers nur allzu bereite Lords für den beabsichtigten Zweck gefunden hätte. Diese hatten nämlich allgemein auf Grund angestammten Rechts die Möglichkeit, ein solches Gesuch spätestens am 22. Juli der Königin zu übermitteln.

<sup>1)</sup> Edison: The Question, S. 14 -15ff.

Daneben hätte man noch bei rechtzeitiger Stellungnahme des Innenministeriums mit diesem Rücksprache über die angeblich un-gehörige Form nehmen und eine entsprechende Änderung vor-nehmen können. All dieses hätte bei gutem Willen ebenfalls bis zum 22. Juli erledigt sein können.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß auf jeden Fall vermieden werden sollte, der Königin das Gesuch vor der Zu-stimmung zum Judengesetz vorzulegen. Andernfalls ist es doch unerklärlich, daß man bis zum Tage der endgültigen Rechtswirk-samkeit des Gesetzes mit der Antwort gewartet hätte, zumal die Weitergabe wegen angeblicher formeller Fehler abgelehnt worden war. Die zuständigen Behörden hatten doch davon Kenntnis, daß die Königin so schnell wie möglich durch ihre Unterschrift das Gesetz anerkennen sollte. Die Verpflichtung des Ministeriums für eine entsprechende sofortige Benachrichtigung der Antragsteller war daher um so gebotener, zumal der Zweck des Gesuches einwandfrei aus dem Inhalt hervorging.

28 Jahre Kampf um die Emanzipation der Juden war beendet. Wie schmächtig brach der Widerstand der Judengegner zusammen. Doch bevor wir zu allem Stellung nehmen, hören wir zunächst einmal die öffentliche Meinung und die Haltung der Presse gegen-über den ganzen Vorgängen.

Es dürfte mehr als einleuchtend sein, daß die Presse der Juden-gegner über den Ausgang des Kampfes verzweifelt war. Gerade in den letzten Monaten hatte sich die „Morning Post“<sup>2)</sup> mit aller Erbitterung gegen die Juden eingesetzt. Sie erblickte nach wie vor in den Juden eine Gefahr für das ganze englische Leben . . . „Bürgerliche und religiöse Freiheiten“, so machte sie geltend, „haben nichts mit dieser Angelegenheit zu tun, vielmehr stellt sich alles nur als eine Anbetung des Geldes dar.“ In ähnlicher Weise erklärte sie in ihrem Artikel vom 23. April, daß „die Massen des Volkes nicht annehmen, daß das Gesetz auch nur im geringsten durch Rücksichtnahme auf bürgerliche oder religiöse Freiheiten hervorgerufen war.“

Im vorhergehenden haben wir des öfteren die Ansicht der „Morning Post“ gegenüber der Haltung des Oberhauses mit-geteilt. Sie begrüßte immer wieder die dortige Abweisung der jüdischen Angriffe. Jetzt hatte sie aber nicht mehr die geringste Sympathie für die Lords. „Das House of Lords“, schreibt sie in einem der genannten Artikel, „hat sich selbst in eine außerordent-liche und schimpfliche Lage gebracht, und es ist seinerseits eine feige Unterwerfung . . .“

In ihrem Artikel vom 6. Juli entlädt sie noch einmal all ihren Zorn über die Entwicklung der Dinge:

„Rothschild wird seinen Sitz einnehmen“, so hören wir. „Dann werden wir das Schauspiel eines Mannes sehen, der . . . durch

<sup>2)</sup> Morning Post vom 11. u. 18. März, 19., 23., 28. u. 29. April, 12. Mai, 2., 6. u. 14. Juli 1858.

die Tradition seiner Väter verpflichtet ist, die nichtjüdische Welt als eine Art von Hunden und die Christen als etwas noch Schlechteres zu betrachten, der in einer ausgesprochen christlichen Gemeinschaft Gesetze macht, die das Christentum betreffen . . . Lord Russell wird selbstgefällig dreinschauen und erklären, daß es die gesetzmäßige und natürliche Entwicklung der englischen Verfassung sei. Fürwahr, das ist Fortschritt! Und Fortschritt durch die Hand eines konservativen Ministeriums und durch seine Hilfe.“

„Nie war etwas unerklärlicher als die Energie, die die Konservativen zur Durchsetzung liberaler Gesetze aufgebracht haben, unter Aufgabe all ihrer bisherigen Prinzipien, die sie für die Sicherheit des Landes und für die Aufrechterhaltung einer ehrenhaften Gesetzgebung als unerläßlich gehalten haben . . .“

Immerhin veröffentlichte die „Morning Post“ am 14. Juli einen anderen Artikel in der gleichen Angelegenheit. Ihr Zorn und ihre Enttäuschung mußten sich noch einmal Luft machen.

Der „Daily Telegraph“ war im Laufe seines kurzen Bestehens zu einem der größten Rufer im Streit für die Sache der Juden geworden. Als im März 1858 die Aussichten für die Juden noch nicht allzu gut standen, richtete sich ihr Zorn hauptsächlich gegen Mr. Newdegate. Nach seiner Ansicht ziemt es sich nicht, „daß Mr. Newdegate, der intellektuell unwürdig ist, einen Sitz im Parlament einzunehmen, Jahr um Jahr geschlagen wird . . .“<sup>3)</sup>.

Als sich dann der Sieg allmählich auf die Seite der Juden neigte, gossen sie auch weiter die Schale ihres Spottes über Newdegate unter gleichzeitiger Verherrlichung der jüdischen Rasse aus<sup>4)</sup>.

„Der zehnjährige Streit ist beendet“, so ruft er triumphierend aus. „Die Peers haben dem Unterhaus nachgegeben. Mr. Newdegate wird also gezwungen sein, unter einem Dache mit Baron Rothschild zu sitzen, wenn ihn seine Aufrichtigkeit nicht veranlaßt, abzudanken . . .“

Es gibt keinen ersichtlichen Grund, warum ein jüdisches Mitglied des Parlaments seinem Land nicht mit ebensoviel Auszeichnung und mit größerer Aufrichtigkeit dienen soll als mancher führende Liberale oder Vollblutkonservative. Jedenfalls ist es nicht Sache der Konservativen, den Intellekt zu verunglimpfen, der das Blut der hebräischen Nation erwärmt . . .

Niemand kann behaupten, nicht zu wissen, daß Disraeli bis zur letzten Faser seines Innern jüdisch und ein geborener Jude ist, daß er als Jude eingeseget wurde und auch jetzt noch Jude ist, trotz seines Übertritts. Auf jeden Fall gehört er zu jenen, die nach Ansicht von Mr. Newdegate verflucht werden sollten. Dennoch folgen die Konservativen seiner Führung, weil ihr eigener Geist

<sup>3)</sup> Daily Telegraph vom 24. März 1858.

<sup>4)</sup> Daily Telegraph vom 11. u. 15. Mai, 2. u. 3. Juli 1858.

erschöpft ist und weil er den geistigen Unzulänglichkeiten ihrer Partei abhelfen kann...

Zu allen Zeiten aber hat der jüdische Geist überlegene Fähigkeiten besessen..."

Die „Daily News“ und der „Spectator“ überschlugen sich mit ihren Lobpreisungen über das Erreichte. Es würde nun sicherlich nicht mehr lange dauern, daß man auch einen jüdischen Peer im Oberhaus haben würde. Auch sie hatten für die Handlungsweise der Lords, die allein den Sieg ermöglicht hatten, fast nur Worte der Mißbilligung über ihre widerspruchsvolle Haltung<sup>5)</sup>.

Die „Times“ begrüßt natürlich die Entwicklung der Dinge, aber sie hat ebenfalls nur Verachtung für das Verhalten der Lords und der konservativen Regierung. Nach ihrer Meinung müsse „für die Durchsetzung irgendwelcher liberaler Gesetzesmaßnahmen ein Liberaler in der Opposition und ein Konservativer im Amt sein<sup>6)</sup>. Kein Artikel vermag aber besser die Herabsetzung der Lords zu zeigen als der vom 21. Juli. Er soll daher im wesentlichen wiedergegeben werden:

„Die Lords haben den Juden Gleichberechtigung gegeben und das Parlament mit gewissen ‚Gründen‘ beehrt, warum sie ihre Gleichberechtigung stets abgelehnt haben und auch stets ablehnen würden... Sie haben nicht mit der Verachtung eines Lords gesagt: ‚Nun gut, laßt diesen lärmenden Bürgerlichen ihren Willen; es ist kaum schicklich für uns, noch länger mit ihnen zu streiten.‘ Sie sind selbst angefangen mit einer Sache, die sie verabscheuen. Das Judengesetz ist ein Gesetz der Lords, freiwillig von ihnen angeboten und verabschiedet. Die Position von Lord Derby und seinen Peers ist nicht die des toleranten Muselmannes, der einem Christen erlaubt, in seiner Gegenwart Schweinefleisch zu essen, und sich lediglich die Nase zuhält und seinen Blick von solcher Schandtät abkehrt. Seine Haltung ist vielmehr die des kriechenden Moslems, der selbst das Schweinefleisch holt und seinem christlichen Herrn anbietet, während er gleichzeitig dauernd schreit, daß der Prophet all jene schwer strafen wird, die Schweinefleisch essen...

Hätten die Lords fünf Jahre länger ausgehalten, würden sie ihrer Klasse nicht soviel Harm angetan haben als durch diese Ergebung. Wir Engländer haben eine große Bewunderung für Würde, . . . wir haben ein starkes Gefühl für das Lächerliche. Aber sicherlich kann es nichts Lächerlicheres geben, als den Schwertgriff zu präsentieren und gleichzeitig auszurufen: „Keine Ergebung!“ Leider haben sie unter dem Mut von Leuten gearbeitet, die es nicht mit der wahren Würde eines englischen Gentleman für unvereinbar halten, das eine zu sagen und das andere zu tun . . .“

<sup>5)</sup> Daily News vom 11. Mai, 1. Juni, 2. Juli 1858. Spectator vom 1. u. 15. Mai, 5. Juni, 3. Juli 1858.

<sup>6)</sup> Times vom 11. u. 14. Juni 1858.

Es dürfte keinem Zweifel unterliegen, daß der Erfolg der Juden im Jahre 1858 hauptsächlich auf zwei Männer, nämlich auf Disraeli und Lord Derby, zurückzuführen ist. Es soll darum nicht versäumt werden, auch die Haltung der Presse gegenüber diesen beiden wiederzugeben.

Als die Juden anscheinend im Frühjahr 1858 erneut geschlagen waren, schien nach Ansicht der judenfreundlichen Presse nur Disraeli für den Mißerfolg verantwortlich zu sein. Der „Spectator“ vom 1. Mai tadelte Disraeli, „daß er so wenig getan hatte für das Gesetz, das zu unterstützen er sich verpflichtet hatte...“

Auch die „Times“ vom 28. April findet nur die bittersten Worte für ihn, wenn sie wie folgt Stellung nimmt:

„Auf das Verhalten Lord Derbys und des Lordkanzlers (Lord Chelmsford) wäre das Land vielleicht vorbereitet gewesen. Worüber wir uns aber beschweren, ist die Schwäche und politische Feigheit eines andern Mitglieds des Kabinetts. Disraeli hat sich selbst mit der Sache der jüdischen Emanzipation identifiziert. Er hat über die jüdische Rasse geschrieben, er hat sie nicht nur in Schutz genommen, sondern hat sie über alle Rassen hinaus verherrlicht...“

Wie völlig anders spricht die „Times“ zwei Monate später über den Juden Disraeli. Sie beglückwünscht ihn nicht nur zu dem Sieg, sondern begrüßt ihn als „politisches Genie“. Es ist wohl nicht nötig, über diesen Gesinnungswechsel irgendwelche Ausführungen zu machen, da es selbst für eine Zeitung wie die „Times“ ziemlich einzigartig sein dürfte, jemanden innerhalb einiger Wochen vom „Feigling“ zum „politischen Genie“ zu erklären<sup>7)</sup>.

Dagegen hatte die gesamte Presse, judenfreundliche wie judenfeindliche, mit Ausnahme der „Daily News“ und „Times“<sup>8)</sup>, eine ziemlich einstimmige Ansicht über die Handlungsweise von Lord Derby. Wir wollen nicht im einzelnen die Aussprüche und die Bezeichnungen für ihn in der bis dahin judenfeindlichen Presse bringen. Daß diese die schwersten Anschuldigungen gegen ihn erhob, dürfte wohl ganz außer Frage sein. Vielmehr wollen wir die Meinung der judenfreundlichen Presse mitteilen, die doch allen Grund gehabt hätte, gerade ihm dankbar zu sein. Genau das Entgegengesetzte war aber der Fall. Man hatte nur Verachtung für diesen Prototyp eines parlamentarischen Systems und gab ihm den verdienten Lohn.

Der „Daily Telegraph“ kann sich nicht genug tun, ihn vor der Öffentlichkeit der Verachtung anheimzugeben, in seinem Artikel vom 2. Juli macht er die heftigsten Angriffe gegen ihn und führt wie folgt aus:

„Lord Derby hat letzte Nacht Buße getan, den Hals in dem liberalen Halfter . . . Vielleicht nie zuvor hat ein Minister der Krone so erniedrigt vor den gesetzgebenden Körperschaften und

<sup>7)</sup> Times vom 3. Juli 1858.

<sup>8)</sup> Daily News und Times vom 2. Juli 1858.



der öffentlichen Meinung dagestanden. Er widerrief in Wirklichkeit die Politik seines Lebens. Er verließ offen ein ihm heiliges Prinzip, um sein Amt zu behalten. Er rief eine Spaltung unter seinen eigenen Anhängern hervor, um seine Gegner zu beruhigen. Tatsächlich steckte er die bittersten Demütigungen ein, um politische Schwierigkeiten zu überwinden...

... Zehn Jahre lang hat sich Lord Derby der Zulassung der Juden widersetzt, unterstützt von seinen Anhängern. Mr. Newdegate war darin nicht hitziger. Und wieder und wieder wurde das Parlament angefleht, nicht durch Aufgabe des Prinzips, daß Rechtschaffenheit eine Nation erhöht, den göttlichen Zorn herauszufordern. Aber jetzt haben Brot und Fische ein Wunder bewirkt, und das Oberhaupt des Hauses Stanley erscheint wie ein Wappen auf Steifleinen, vor Angst orthodox geworden, das Bußgesetz in der einen, die Gründe für seine Annahme in der andern Hand, Lord John Russells Grundsätze sind ihm auf die Stirn gebrannt, während der Appell von Lord Chelmsford, zu seinen Füßen liegend, die Verbrennung durch den öffentlichen Henker erwartet...“

Diese kurze Übersicht über die Meinung der führenden Presse hat bereits in großem Umfange unsere Kritik über die letzten Kämpfe und ihre Beendigung gegenstandslos gemacht. Wir haben dem Urteil über Lord Derby kaum noch etwas hinzuzufügen. Welch ein Treppenwitz der Geschichte, daß er jahrelang an führender Stelle gegen die Juden kämpfte und ihnen im entscheidenden Augenblick zum Siege verhalf. Und das alles, nachdem er nur einige Monate vor dem endgültigen Erfolg der Juden ihre Angriffe mit dem Hinweis auf seine Prinzipien zurückgewiesen hatte. Auch in den Tagen seines Umfalles hatte er angeblich nach seinen eigenen Worten noch immer seine Prinzipien bewahrt. Aber wie kann man nur etwas tun, was den Prinzipien völlig zuwiderläuft? Die einzige Erklärung dürfte wohl darin liegen, daß er als Prototyp des parlamentarischen Systems gar nicht mehr sein widerspruchsvolles Verhalten erkennen konnte.

Diese 28 Jahre Kampf in England sind im übrigen ein Beweis dafür, wie die Juden durch jedes erlaubte und unerlaubte Mittel zur Gleichberechtigung und damit zur Macht kamen. Das Ende konnte nicht mehr fern sein, als man zum erstenmal das Prinzip verließ. Der Jude wird immer die kleinste Gelegenheit benutzen, um seine Stellung zu festigen und so seinen Einfluß zu steigern. Es mag manchem hart erscheinen, wenn man jedes Kompromiß in der Judenfrage ablehnt. Die Geschichte lehrt uns aber mehr als einmal, daß es nur die Alternative gibt, entweder den Juden voll und ganz zu dulden oder überhaupt nicht. Jedes Abweichen von dieser Regel ist der Anfang vom Ende, und die Folge ist die Herrschaft der Juden.

Endlich möchten wir unseren englischen Freunden nochmals zurufen: Wollt ihr noch einmal euer Land von Juden befreien,

müßt ihr es machen wie sie: nämlich, von London führt der Weg zum Sieg.

Selbst der jüdische Barrister und Schriftsteller Henriques muß zugeben, „daß die Regelung jedes Prinzips und jeder Logik entbehrt“<sup>9)</sup>). Er glaubt aber, daß dies mit Rücksicht auf die inzwischen unerträglich gewordene innerpolitische Situation in Kauf zu nehmen war, zumal man nicht hätte wagen dürfen, die Frage durch das englische Volk entscheiden zu lassen. Auch wir sind der Ansicht, daß dies sehr gefährlich gewesen wäre. Denn das englische Volk des Jahre 1858 hätte mit überwältigender Mehrheit die Judenemanzipation zum Scheitern gebracht. Immerhin nannte und nennt sich das damalige und heutige England eine besonders gute Demokratie. Es ist vielleicht einmal die Aufgabe eines Engländer, die Frage zu beantworten, was noch der Sinn und Zweck einer Demokratie ist, wenn die Meinung des Volkes nicht zählt und sogar häufig gegen seine Wünsche und Ziele entschieden wird.

Der Jude sollte aber bald seine Stellung weiter befestigen.

Bekanntlich hatte das Lucan-Gesetz zwar grundsätzlich den Juden gestattet, die Schlußworte auszulassen, jedoch mußte jedesmal eine besondere Zustimmung des Hauses erfolgen. Dies war natürlich Juden und Judenfreunden unbequem, da ja durch irgendwelche politischen Umstände einmal die alte Opposition wieder zu neuem Leben hätte erwachen können. Diese Gefahr mußte für immer gebannt werden. Es konnte nur durch ein neues Gesetz erreicht werden, daß diese Zulassung nicht jeweils von der Zustimmung der Mehrheit eines Hauses abhängig gemacht würde. Bereits im Jahre 1860 brachte man einen derartigen Gesetzesentwurf ein, der ohne irgendwelche Schwierigkeiten verabschiedet wurde. — Die Judengegner waren inzwischen — man bedenke, in zwei Jahren! — so sehr geschwunden, daß kaum noch eine Debatte stattfand.

Bereits im Jahre 1866 hatte sich das Parlament wiederum mit der jüdischen Frage zu beschäftigen. Juden und Judenfreunde brachten ein neues Gesetz ein, welches zum Inhalt hatte, einen neuen Eid für Parlament und House of Lords zu schaffen. Das Hervorstechendste an dieser Gesetzesvorlage war, daß die grundsätzlich noch vorhandenen Schlußworte „Bei dem treuen Glauben eines Christen“ fortfallen sollten. Man wollte also für alle Mitglieder des Parlaments und des House of Lords — gleich welcher Religion — einen einheitlichen Eid schaffen.

Es berührt auch wiederum merkwürdig, daß kaum irgendwelche Opposition gegen dieses Gesetz bestand. Disraeli führte die ganze Aktion und begründete in einer sehr langen Rede die Berechtigung der Annahme des Gesetzes. Auf völlig verlorenem Posten und doch völlig unentmutigt hielt der alte Vorkämpfer der Judengegner, Mr. Newdegate, eine lange und heftige Rede gegen die Annahme. Er klagte insbesondere Disraeli an, daß das von ihm beantragte Gesetz das Ziel habe, noch größere Vor-

<sup>9)</sup> Henriques: *Jews*, S. 297—300.

teile für seine Rassegenossen zu erreichen. Diese sollten dadurch geschaffen werden, daß sie Schritt für Schritt, unmerklich, — und um so weniger unangenehm für das Volk eingeführt würden, weil dieses dann nicht über die wahren Absichten im klaren sei.

Aber die Macht der Judengegner war in nur acht Jahren so völlig zerschlagen, daß bei der Abstimmung nur ganze fünf Stimmen gegen 298 gezählt wurden.

Das Gesetz ging wie gewöhnlich ins House of Lords, und man mußte auch hier feststellen, daß nur noch ein Schatten der früheren Opposition gegen die Juden vorhanden war. Es wird auch hier derselbe mächtige Einfluß der interessierten Kreise gewesen sein, der bereits nach so kurzem Zeitraum selbst die früheren erbittertesten Gegner zum Schweigen gebracht hatte. Und doch überrascht es, daß der frühere Vorkämpfer im politischen Leben für die Sache des Volkes, Sir Frederick Thesiger, der spätere Lord Chelmsford, seinen Widerstand nicht aufrechterhielt. Er begründete seine veränderte Haltung damit, daß er früher den Kampf „nur aus Prinzip, und zwar nur aus Prinzip allein“, geführt habe. Im Jahre 1858 sei das Gesetz durch das bekannte Kompromiß verabschiedet worden. Dadurch schien ihm das Prinzip so sehr durchlöchert, daß es heute nicht mehr wert sei, sich der Gesetzesvorlage entgegenzustellen. Bereits frühere Gesetze hätten alle Beschränkungen der Juden hinweggeräumt. Außerdem wäre jetzt eine Opposition als eine Beschimpfung der Krone anzusehen. Es bestände auch kein praktisches Hindernis mehr, den Juden den Zutritt zum House of Lords zu verweigern. Unter diesen Umständen wäre nichts mehr, für das gekämpft werden könnte. Das Prinzip, für das er früher selbst fest und sicher eingestanden habe, sei geopfert worden und deshalb sähe er keine Gründe mehr, gegen die Lesung der Gesetzesvorlage zu stimmen.“

Vielleicht hat Lord Chelmsford durch diese Rede nicht die Aufgabe seines früheren Standpunktes erklären wollen. Man muß sie vielmehr wohl als eine Resignation ansehen, die durch die Erkenntnis, nichts mehr retten zu können, hervorgerufen ist. Eine Redewendung ist besonders interessant, daß nämlich „eine jetzige Opposition eine Beschimpfung der Krone sei“. Welche Wandlung innerhalb von acht Jahren im öffentlichen englischen Leben!

Man sieht, die Juden hatten allen Widerstand gebrochen. Wie bitter Recht hatte der Graf von Clancarty mit seiner Rede bei der letzten Beratung im Oberhaus im Jahre 1858, wenn er darauf hinwies, daß „Prinzipien kein Kompromiß duldeten und sich nie änderten“.

Man hätte glauben können, daß bei der gegebenen Sachlage keine Opposition mehr zu dem Gesetz gehört worden wäre. Der Marquis von Bath machte jedoch Lord Chelmsford und Lord Derby den Vorwurf, daß sie ihre Prinzipien verraten hätten. Jeder von ihnen solle einmal in der amtlichen Sammlung von Hansard nachlesen. Daraus könne man die Gründe dieser beiden Männer

gegen die Juden in vielen ihrer Reden ersehen. Früher habe Lord Derby die Mehrheit des Hauses aufgerufen, um die Juden sogar aus dem Parlament auszuschließen, die Fremde in Rasse und Religion seien. Jetzt schämten sich beide nicht, die Juden zu unterstützen.

Aber der Marquis von Bath stand wohl ziemlich allein da, und es fand nicht einmal mehr eine namentliche Abstimmung statt, was darauf hindeutet, daß keine nennenswerte Opposition mehr vorhanden war. Der Jude hatte endgültig in England gesiegt.

Welch eine Veränderung ebenfalls in der Presse! Die überwiegende Mehrzahl der Zeitungen nahm nicht einmal mehr die geringste Notiz von den diesbezüglichen Vorgängen in den gesetzgebenden Häusern. Nur die frühere führende Zeitung der Judengegner hatte einen Artikel vom 9. März 1866 veröffentlicht. Aber auch sie hatte inzwischen grundlegend ihre Meinung geändert. Sie fühlte sich wohl nur deshalb zu Ausführungen verpflichtet, weil sie ihren Frontwechsel auch genügend der Öffentlichkeit zeigen wollte. Sie geht sogar so weit, den aufrechten Newdegate „und sein halbes Duzend von Gefolgsleuten“ wegen ihrer Haltung lächerlich zu machen. Viele mögen dem beigeipflichtet haben, — aber keiner wird leugnen können, daß er ein Kerl war!

## Überblick

Mit der Durchsetzung der jüdischen Wünsche im Parlament und im Oberhaus hatte das jüdische Emanzipationsstreben auf der politischen Seite zumindest formell den Abschluß erreicht. Die Bahn war frei für neue und jetzt wirklich entscheidende und auf den Kern der Dinge gehende Vorstöße.

Mag auch die vorausgegangene Aufzählung und Registrierung all der verschiedenen Versuche der Juden, in das Parlament und die Verwaltung Englands einzudringen, zunächst ermüdend erscheinen durch die Gleichförmigkeit der beiderseitigen Argumente und durch die stereotype Wiederholung derselben Methode, so weist doch gerade diese Einförmigkeit auf eine ganz konsequente politische jüdische Willensbildung und äußerste Entschlossenheit, die politische Emanzipation zu gewinnen, hin. In diesen Ereignissen, die mit dem Zusammenbruch auch des bis zuletzt Widerstand leistenden Oberhauses enden, erweist sich, für wie wichtig die Juden diese Schlüsselstellung hielten. Auf der andern Seite erkennen wir aus diesen Tatsachen, wie tief England, das England nunmehr der Vergangenheit, getroffen und besiegt war. Der Weg war nicht nur frei für die letzte jüdische Emanzipation, sondern darüber hinaus zur jüdischen Herrschaft über England. Der Schlüssel war in der Hand des Judentums, der alle Türen und Tore öffnete — das letzte Bollwerk einer reinen Rasse war gefallen.

Die nächsten Kapitel nun werden uns fast erschreckend klar vor's Auge führen, in welchem erschütterndem Ausmaß das Judentum diese Schlüsselstellung erkannt und vor allen Dingen benutzt hat. „Juden beherrschen England“ wurde auf diesem Wege aus einem Schlagwort zur gefährlichsten Wirklichkeit; diese Wirklichkeit aufzuweisen und in ihrer ganzen Verderbtheit zu kennzeichnen, ist die Aufgabe der nächsten Kapitel.

## II. Teil. Die Herrschaft der Juden

### Ministerpräsident Disraeli oder Politik und Charakter

In den vorhergehenden Kapiteln haben wir gesehen, wie die Juden es in England verstanden haben, sich nicht nur allmählich volle Gleichberechtigung, sondern schon die ersten Voraussetzungen für eine beherrschende Stellung zu verschaffen.

Die nun folgenden Jahre werden deutlich zeigen, daß fast gleichzeitig mit dem völligen Endsieg der Emanzipation der Morgen für den Vormarsch der Juden in die höchsten Stellungen angebrochen ist. Dies wird am besten und zuerst offensichtlich in der Person von Benjamin Disraeli, dem späteren Lord Beaconsfield.

Schon im Verlauf des vorhergehenden Kapitels haben wir Gelegenheit gehabt, ihn in Verbindung mit den Kämpfen um die Gleichberechtigung zu erwähnen. War er es doch vor allem gewesen, der durch seine Politik zusammen mit Lord Derby der Emanzipation und dem Judentum zum Sieg verholfen hatte.

Als im Februar 1868 Lord Derby von dem Posten des Erstministers krankheits halber zurückgetreten war, wurde der Jude Disraeli von der Königin Victoria auf diesen Posten berufen. Wenn seine Regierungszeit auch nur von kurzer Dauer war, so sollte er jedoch schon Anfang des Jahres 1874 auf diesen Posten zurückkehren, den er bis zum Jahre 1880 ununterbrochen innehatte. In der Zwischenzeit war Disraeli als Führer der Konservativen in allen politischen Angelegenheiten hervorgetreten. So finden wir seinen Einfluß überall.

Disraeli steht nun bei der überwältigenden Mehrheit des englischen Volkes in dankbarer Erinnerung, und man räumt ihm den Ruf als einem der größten Staatsmänner ein. Man begründet dies mit seinen innerpolitischen Maßnahmen, die sich zum Segen des britischen Volkes ausgewirkt und ihre Früchte bis zum heutigen Tage getragen hätten. Vor allem glaubt man ihm aber für seine außenpolitische Erfolge die Anerkennung nicht versagen zu können, da er erheblich zur Stärkung des britischen Ansehens in der Welt beigetragen habe.

So hat er im Jahre 1876 durch den Ankauf eines erheblichen Teiles von Suez = Kanal = Aktien die Grundlage für die Beherrschung dieses so wichtigen Wasserweges und Ägyptens gelegt. Ferner hat er im Jahre 1878 durch die Konferenz von Berlin die Insel Cypern dem britischen Weltreich einverleiben können, was wiederum der Beginn für eine Vorherrschaft Englands im Nahen

Osten darstellt. Darüber hinaus schuf er unmittelbar danach durch seinen Sieg über Afghanistan die notwendigen strategischen Grenzen an der berühmten Nordwestgrenze von Indien zur Abwehr der russischen Bedrohung und stärkte endlich im Süden von Afrika nach dem Zulu-Krieg die Herrschaft Englands in diesem Teil der Erde.

Beginnen wir nun ebenso offen wie sachlich die kritische Betrachtung darüber, ob wirklich Disraeli ein solcher Gewinn für Großbritannien gewesen ist oder ob nicht doch Schattenseiten seine äußeren Erfolge zum mindesten wieder aufheben. Diese Untersuchung ist um so erforderlicher, als heute noch führende konservative Kreise für sich in Anspruch nehmen, die Partei nach den „ewigen Grundsätzen jenes großen Mannes“ zu leiten. Man kann diese Prinzipien aber nur verstehen, wenn man einen kurzen Überblick auf seine inner- und außenpolitischen Taten gibt.

Im Jahre 1832 versuchte Disraeli bereits sein Glück in der Politik. Er hatte sich mit ganzem Herzen der Radikalen Partei verschrieben und ließ sich in dem Wahlbezirk von High Wycombe als Kandidat anlässlich einer Wahl zum Parlament aufstellen. Er hatte keinen Erfolg, und auch eine kurz danach erneut stattfindende Wahl in demselben Bezirk brachte ihn nicht ins Unterhaus.

Als im Jahre 1833 eine Neuwahl für Marnesbone bevorzustehen schien, veröffentlichte er ein Pamphlet mit radikalen Ideen, um in Rücksicht auf eine evtl. Kandidatur daselbst die Wähler mit seinen politischen Ansichten bekanntzumachen. Wider Erwarten fand aber keine Neuwahl statt.

Im Verlauf jenes und des nächsten Jahres traten aber die ersten Anzeichen dafür ein, daß der Tory-Partei unter Führung von Sir Robert Peel die Zukunft gehören würde. Außerdem war es kein Geheimnis, daß die landwirtschaftlichen Kreise, die sich hauptsächlich in derselben Partei befanden, eines neuen Führers bedurften. Auf jeden Fall entdeckte Disraeli kurze Zeit nach der Veröffentlichung seines Pamphlets voll von radikalen Ideen, daß sein Platz in der konservativen Partei sei. So finden wir ihn im Jahre 1834 als einen sehr eifrigen Konservativen, der bereits Mitglied eines Komitees für die Zusammenstellung landwirtschaftlicher Mißstände und notwendiger Behebungsmaßnahmen geworden war.

Aber auch der Übertritt zu den Tories sollte ihn in den nächsten Jahren noch nicht ins Parlament bringen.

Im Mai 1839 verheiratete er sich mit der reichen Witwe seines Kollegen Lewis. Disraeli war 35 Jahre, während seine Gattin bereits im 50. Lebensjahre stand. Man ist sich ziemlich einig darüber, daß es keine Liebesheirat war, sondern Disraeli das Geld seiner Gattin zur Abzahlung seiner immer drückender werdenden Schulden gebrauchen wollte.

Inzwischen hatte Disraeli seine Stellung in der Partei immer mehr gefestigt. In all den Jahren war er nie müde geworden, den Führer Sir Robert Peel mit den sadesten Lobpreisungen in Zeitungen, Büchern und öffentlichen Reden zu überschütten. Überall sang er das Hohelied „dieses großen Mannes in einer großen Stellung“ und bezeichnete sich ihm gegenüber als „demütigen, aber glühenden Anhänger“<sup>1)</sup>. Sir Robert erwiderte nicht nur nicht diese Gefühle, sondern gab Disraeli offen seine Abneigung zu erkennen. Ihm waren alle Leute verhaßt, „von denen er niemals annehmen konnte, daß sie an der Spitze eines Angriffs stehen würden“. Diese Haltung von Sir Robert ist um so erklärlicher, wenn man von dem Herzog von Wellington hört, daß Peel „der wahrhaftigste Mensch war, den er je gekannt hätte“.

Im Jahre 1841 wurde Peel an die Spitze der Regierung berufen. Als die Ministerliste veröffentlicht wurde, mußte Disraeli zu seiner großen Enttäuschung feststellen, daß er nicht einmal mit dem Posten eines Unterstaatssekretärs bedacht worden war. Er verstand es aber, seine Enttäuschung zu verbergen und darüber hinaus seinen Führer weiter in aller Öffentlichkeit zu loben und zu verteidigen. Daß aber diese Enttäuschung der Anlaß zu seiner Feindschaft gegenüber Peel gewesen ist, dürfte kaum ernsthaft zu bezweifeln sein, wenn sich auch die ersten Anzeichen hierfür erst viel später zeigen sollten.

Zwischen den Tories und Whigs gab es damals einen grundlegenden Unterschied über wirtschaftliche Fragen. Die ersteren waren für die sogenannte Protektion, die letzteren dagegen für den Freihandel. Eine besondere Rolle auf diesem Gebiet spielte die Auseinandersetzung über die Korngesetze.

Im Jahre 1815 und 1822 war durch Gesetze die Einfuhr von Korn solange verboten, als nicht der Preis auf dem Binnenmarkt eine bestimmte Höhe erlangt hatte. Durch ein weiteres Gesetz aus dem Jahre 1828 wurde das grundsätzliche Verbot aufgehoben und durch einen Zoll ersetzt, der bis zu einem bestimmten Mindestpreis eine erhebliche Höhe vorsah. War dieser Preis überschritten, so nahm der Zoll entsprechend dem weiteren Steigen ab. Aber auch dieser Zustand schützte noch die Landwirtschaft und sicherte einen angemessenen Preis für ihr Korn. Die Liberalen hatten nun seit langem beabsichtigt, den so garantierten Preis herabzusetzen und mehr oder weniger eine freie Einfuhr zuzulassen. Hierbei waren sie immer auf den schärfsten Widerstand der Tories gestoßen.

Es war daher eine Sensation, als Peel im Jahre 1852 dem Parlament einen Plan zur Abänderung der Korngesetze vorlegte, der zwar einen Mindestpreis vorsah, jedoch nicht unerheblich unter dem früher festgesetzten lag. Außerdem wollte er den gleitbaren Zoll abschaffen und durch ein Schema ersetzen, das den früheren

---

<sup>1)</sup> D'Connors: Bd. I, S. 346, 457, 490, 692 ff.



Schutzzoll praktisch um die Hälfte senkte. Ebenso überraschend wirkte seine Erklärung, daß er die Zölle von 750 Arten von Lebensmitteln herabgesetzt wissen wollte. Dies stellte also ein erhebliches Umrücken von den früheren Grundsätzen von Peel dar, wonach er sich immer für Schutzzölle eingesetzt hatte. Es war demnach nur ein Schritt bis zu dem von den Liberalen vertretenen Freihandel. Dies scheint auch der Standpunkt von Peel gewesen zu sein, wenn er in seiner Rede zur Begründung seines Gesetzesentwurfs erklärte, daß die Regierung daran gedacht habe, alle Schutzzölle gemäß dem allgemeinen Prinzip des Freihandels aufzuheben.

Disraeli gehörte nun nicht zu den Parteimitgliedern, die in Wort oder Tat ihre Unzufriedenheit mit den Maßnahmen ihres Führers zum Ausdruck brachten. Im Gegenteil, er war einer der Eifrigsten, die Peel gegen die Angriffe seiner Widersacher verteidigten. Er war es vor allem, der auf die Vorwürfe der Liberalen, Peel hätte ihre Ideen gestohlen, das Gegenteil zu beweisen versuchte, obwohl er sich auch darüber im klaren war, daß es sich bei den Maßnahmen von Peel um Freihandelsgrundsätze handelte, die jahrelang von den Tories bekämpft worden waren und mit Recht von den Liberalen als ihr Gedankengut bezeichnet wurden.

Bergebens sollte aber Disraeli in der nachfolgenden Zeit darauf warten, von Peel auf irgendeinen wichtigen Posten berufen zu werden. Infolgedessen stellten sich bereits im Laufe des Jahres 1843 die ersten offenen Angriffe gegen Peel, wenn auch noch in sehr gemäßigter Form, ein. In den nächsten Jahren aber trat seine Feindschaft gegen Peel immer offener zutage.

Im Jahre 1845 war wieder einmal eine große Hungernot in Irland. Um diese zu vermindern, schlug Peel den Mitgliedern seiner Regierung die Öffnung der Häfen zur ungehinderten Einfuhr von Korn vor. Jeder war sich bewußt, daß dies der Anfang eines regelrechten Freihandels sein würde. Verschiedene Mitglieder der Regierung lehnten eine so weitgehende Maßnahme ab. Peel trat infolgedessen mit seinem Kabinett zurück. Als aber Lord John Russell nicht imstande war, eine neue Regierung zu bilden, wurde Peel erneut mit der Führung der Geschäfte beauftragt.

In den Reihen der Konservativen hatte inzwischen eine große Empörung um sich gegriffen. Protestversammlungen fanden im ganzen Lande statt. Der Herzog von Buckingham, der schon früher gegen die Innenpolitik von Peel aufgetreten war, führte zusammen mit dem Herzog von Richmond die wütende Opposition.

Im Jahre 1846 hatte Peel die Genehmigung für seine Maßnahmen im Parlament einzuholen. Wenn es auch in den Jahren davor zu immer heftigeren Auseinandersetzungen zwischen ihm und Disraeli gekommen war, so konnte aber wohl kaum jemand die folgenden Ereignisse voraussehen.

Als die Redner, die Peel unterstützten, ihre Ausführungen beendeten hatten, begann Disraeli seine Stellungnahme mitzuteilen.

Eindeutig setzte er auseinander, daß er sich voll und ganz für die Schutzzölle einsetze. „Männer müssen bei ihren Grundsätzen beharren“, so ruft er Peel und seinen Anhängern zu, „durch die sie groß geworden sind. Gleichgültig, ob sie richtig oder falsch sind. Ich mache keine Ausnahme. Wenn man sich im Unrecht befindet, muß man zurücktreten.“ In der ganzen Geschichte ließe sich kaum ein ähnlicher Fall für ein solches Verhalten wie Peels finden. Durch den letzteren hätten sie ihre Stellung als Partei verloren, aber nach wie vor wären ihnen ihre Wähler geblieben, die sie nicht verraten hätten. Vor einem Mann wie Peel, der sein Fähnlein nur nach dem Winde hänge, hätte er Achtung verloren. „Meine Auffassung“, so fährt er fort, „über einen großen Staatsmann ist, daß er eine große Idee verkörpert, eine Idee, welche ihn zur Macht führt, eine Idee, mit der er sich identifiziert, . . . eine Idee, mit der er eine Nation erfüllen kann. Das, Sir, sind nach meiner Ansicht die Voraussetzungen, die einen Menschen zu einem großen Staatsmann machen“.

Auch in den folgenden Tagen machte Disraeli klar, daß er niemals an die Richtigkeit der Grundsätze des Freihandels glauben könnte, da sie zum Ruin des Landes führen müßten.

Disraeli wurde aufs wärmste von Lord George Bentinck unterstützt, nichtsdestoweniger behielt Peel mit einer Mehrheit von 97 Stimmen die Oberhand.

Der Kampf ging aber weiter, und zur Überraschung der Öffentlichkeit gelang es Disraeli und seinen Anhängern, Peel im Juni desselben Jahres bei der Abstimmung über ein Gesetz, das nichts mit dem vorhergehenden Gebiet zu tun hatte, zu stürzen.

Die Einführung des Freihandels durch Peel hatte bewirkt, daß ein Bruch unter den Tories stattgefunden hatte. Der größte Teil verblieb bei der ursprünglichen Partei unter Betonung seines Interesses an den Schutzzöllen. Diese Mitglieder wurden zunächst formell von Lord George Bentinck geführt, der aber ganz unter dem Einfluß von Disraeli stand. Als ersterer im Dezember 1847 die Führung der Partei wegen Differenzen über Religionsfragen niederlegte, war auch nach außen hin der Weg für Disraeli zur unumschränkten Leitung der Konservativen frei geworden.

Von nun ab setzte Disraeli alles daran, die aus den Trümmern der früher von Peel geführten Tories neugebildeten Partei mit seinen Ideen und Prinzipien zu durchsetzen. Vor allem schrieb man in den nächsten Jahren den Grundsatz der Schutzzölle auf seine Fahnen und nannte sich daher Protektionisten.

Im Parlament war nach dem Sturz von Peel eine neue Koalition gegründet worden, die mit Erfolg den Freihandel gegen den Sturm von Disraeli und seinen Anhängern verteidigte.

Auch außerhalb des Parlaments ging der Kampf um Freihandel und Schutzzölle weiter. Die Erregung der Bevölkerung verursachte

zum Teil blutige Auseinandersetzungen zwischen den Gefolgsleuten beider Richtungen.

Als das Parlament im Jahre 1849 eröffnet wurde, brachte auch Disraeli erneut sein Vertrauen zu Schutzzöllen zum Ausdruck. „Nach meiner Ansicht“, so setzte er auseinander, „hat das neue Wirtschaftssystem, . . . . das eine angemessene Probezeit hinter sich hatte, versagt.“ Noch in den Jahren 1850 und 1851 brachte die von Disraeli geführte konservative Partei gelegentlich zum Ausdruck, daß sie den Prinzipien der Schutzzölle nach wie vor anhinge.

Im Frühjahr des Jahres 1852 wurde eine Regierung der Konservativen gebildet. In diesem Kabinett war Lord Derby Ersterminister und Disraeli Finanzminister. Jetzt mußte es sich entscheiden, ob letzterer und seine Anhänger geneigt waren, ihre den Landwirten gemachten Versprechungen in die Tat umzusetzen und den durch Sir Robert Peel eingeführten Freihandel aufzuheben. Disraeli gab ausweichende Antworten im Parlament. Lord John Russell geißelte diese Haltung mit scharfen Worten. Anscheinend wolle man das Prinzip des Freihandels, wegen dessen er mit seiner Regierung habe zurücktreten müssen, beibehalten, um an der Macht zu bleiben.

Im August desselben Jahres schrieb man allgemeine Wahlen aus. Das neue Parlament trat im November zum erstenmal zusammen. Jeder wußte, daß Disraeli nun nicht länger einer offiziellen Stellungnahme entgehen konnte.

Drei Tage und drei Nächte gingen die Reden hin und her. Trotz der Anstrengungen der Anhänger beider Richtungen konnte man Disraeli zunächst nicht zu einer klaren Antwort zwingen. Mehr und mehr wurde es aber klar, daß er sein so lange vertretenes Prinzip, Schutzzölle, nicht durchzuführen gedachte. Die Vorhaltungen wegen eines solchen Verhaltens waren hart und gingen bis zum Vorwurf der Unehrenhaftigkeit. In der letzten Nacht erreichte aber die Heftigkeit der Anklagen ihren Höhepunkt. Mr. Sidney Herbert erinnerte Disraeli an seine Haltung in den Jahren von 1846—1852. „War das Land ruhig?“ so fragte er, „gab es keine Aufregung über diese Frage? Ich klage ihn nicht an, vergessen zu haben, was er gesagt oder in jenen Jahren geglaubt hat. Ich klage ihn nur an, jetzt vergessen zu haben, was er damals die Leute glauben machen wollte.“

Er fährt dann fort und zählt ihm alles auf, was er zugunsten der Einführung der Schutzzölle vorgebracht hat. Es wäre vielleicht zu stark, die Stirn zu haben und zu erklären: „Ich bin niemals für Wiedereinführung der Schutzzölle eingetreten.“ Welch ein Gegensatz bestände zwischen Sir Robert Peel und Disraeli! Niemand hätte dem ersteren — selbst nicht seine Widersacher — unlautere Motive zugetraut. Aber „wenn jemand Erniedrigung zu sehen wünscht, was, weiß Gott, immer ein erbärmlicher Anblick ist, — er brauche nur dorthin zu sehen.“ Bei diesen Worten wies

er mit ausgestrecktem Arm auf den auf der Ministerbank sitzenden Disraeli.

Ein anderer Abgeordneter erklärte, er hätte nicht einmal in einem Theater einen Mann gesehen, der die Stirn gehabt hätte, dem Haus zu erzählen, daß weder er noch Lord Derby jemals versucht hätten, den Freihandel wieder aufzuheben.

Disraeli faßte seine Entschuldigung für seine widerspruchsvolle Haltung dahin zusammen, daß der Zug der Zeit auf freien Warenaustausch dränge und kein Staatsmann ohne Schaden den Geist seines Zeitalters außer acht lassen könne, in dem er lebe. Der Marquis von Granby antwortete ihm darauf, daß in einem solchen Falle dem Gedenken Sir Robert Peels eine Wiedergutmachung widerfahren müsse<sup>2)</sup>.

Da Disraeli den Freihandel aufrechterhielt, hatten seine früher von ihm so sehr bekämpften politischen Widersacher keinen Grund, gegen ihn zu stimmen. Sie und ein Teil seiner Partei erklärten sich mit seiner Politik einverstanden. Nur die aufrechten Mitglieder der Konservativen Partei, 53 an der Zahl, gaben ihre Stimme gegen ihn ab.

Ein weiterer Vorfall aus dem Jahre 1852 hatte aber bereits in der Öffentlichkeit Anlaß zu abfälliger Kritik über die Einstellung Disraelis gegeben.

Im November 1852 fand das Begräbniß des Herzogs von Wellington statt. Es fiel Disraeli als dem Führer des Unterhauses die Aufgabe zu, ihm den Nachruf zu halten. Diesem Erforderniß kam Disraeli auch in einer blumenreichen Rede nach, obwohl er früher verschiedentlich seine Abneigung gegenüber dem großen Feldherrn öffentlich zum Ausdruck gebracht hatte. Er hatte auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß er eine große Abneigung gegenüber Berufssoldaten im allgemeinen hatte<sup>3)</sup>.

Am Tage nach dieser Staatsfeierlichkeit erschien in der Zeitung „Globe“ ein Aufsatz mit der Überschrift: „Neue Kuriositäten in der Literatur“. Hierin wurde auf den Inhalt der Rede von Disraeli und auf die Übereinstimmung mit dem Nachruf, den Thiers anläßlich der Bestattungsfeierlichkeiten des Marschalls von Frankreich, Souvion de St. Cyr, gehalten hatte. Man machte darauf aufmerksam, daß ein Abdruck von dem letzteren in einem französischen Magazin im Jahre 1829 erschienen war. Eine Übersetzung hiervon sei im Jahre 1848 in der Londoner Zeitung „Morning Chronicle“ veröffentlicht. Es bestand kein Zweifel, daß Disraeli seine Rede hiervon abgeschrieben hatte, da nicht nur dieselben Gedanken, sondern ganze Sätze und eine volle halbe Seite der Rede von Thiers wörtlich übernommen waren.

Das englische Volk raste vor Entrüstung. Sein Unwille machte sich in den heftigsten Angriffen gegen Disraeli Luft, da es mit Recht darüber erbittert war, daß man einem seiner größten Söhne

<sup>2)</sup> MacColl: S. 1005.

<sup>3)</sup> Raymond: S. 196.

eine solche Schande angetan und Disraeli es nicht einmal für der Mühe wert gehalten hatte, eigene Worte des Dankes und des Lobes bei dem Hinscheiden des Herzogs von Wellington zu finden.

Auch ein anderer auffehererregender Fall trug nicht dazu bei, das Vertrauen in die von Disraeli geführte Partei zu stärken. Es wurde nämlich aufgedeckt, daß der Kriegsminister, gleichzeitig ein Mitglied des Kronrats, direkt in eine große Bestechungsaffäre verwickelt war.

Nach dem Tode von Lord Palmerston im Jahre 1865 kam Lord John Russell erneut an die Macht.

Die Regierung Russell wurde dann in einer Abstimmung geschlagen und hatte zurückzutreten. Sie wurde unmittelbar von einem Kabinett unter Lord Derby und Disraeli abgelöst.

Am folgenden werden wir nur noch kurz zu den bereits angedeuteten außerpolitischen Ereignissen Stellung zu nehmen haben, die mit der Person von Disraeli verknüpft sind.

Am 26. November 1875 wurde öffentlich mitgeteilt, daß die britische Regierung 176 602 Aktien der Suez-Kanal-Gesellschaft zum Preise von £ 3,976,582,— erworben hätte. Die Bekanntgabe wurde überwiegend mit freudigem Erstaunen begrüßt, zumal bezüglich dieser Aktien die Gefahr eines Preissturzes bestanden hatte, durch den u. a. die Inhaber solcher Aktien in England geschädigt worden wären. Der Gedanke des Ankaufs der Aktien stammte nun nicht, wie allgemein angenommen wird, von Disraeli, sondern von einem gewissen Mr. F. Greenwood, dem Herausgeber der „Pall Mall Gazette“. Dieser hatte darüber anlässlich eines Dinners mit Mr. Oppenheim, einem Juden, gesprochen, der diesen Vorschlag unverzüglich Disraeli unterbreitete. Letzterer hatte sofort zugestimmt und sich zwecks Vermittlung des Ankaufs mit Rothschild in Verbindung gesetzt. Auch letzterer soll bereits Disraeli auf die Möglichkeit des Erwerbes aufmerksam gemacht haben. Man einigte sich dahin, daß Rothschild die obengenannte Summe an den Verkäufer, den Khediven von Ägypten, entrichtete.

„In Anerkennung der Bemühungen und Risikos des Hauses Rothschild erklärte sich die Regierung einverstanden, diesem eine Summe von £ 99,414,— als Kommission in Höhe von 2½ auf das Kaufgeld zu zahlen“).

Die Öffentlichkeit, u. a. Gladstone, war z. T. mit der Inanspruchnahme von Rothschild nicht einverstanden. Er wies darauf hin, daß die Regierung zumindest in den letzten 60 Jahren die Gepflogenheit gehabt hätte, in derartigen Transaktionen die offizielle Bankeneinrichtung, nämlich die Bank von England, zu benutzen. Nichts sei bisher hervorgetreten, warum die Vermittlung durch diese Privatfirma erfolgt sei. Hinzu käme, daß man bei Rothschild nicht die Gewähr dafür habe, daß die Absichten der Regierung bezgl. des Ankaufs geheimgehalten worden wären. Im Gegenteil,

\*) Accounts and Papers (1876): Bd. 49, S. 649.

die ganzen Umstände deuteten darauf hin, daß auch andere Kreise von dem Vorhaben der Regierung rechtzeitig erfahren und ebenfalls Kanal-Aktien erworben hätten.

Außerdem könnte man nicht einsehen, warum die Kommission von 2½ % ein angemessenes Entgelt für die Tätigkeit und das Risiko von Rothschild sei. Die Tätigkeit sei sehr gering gewesen, der zweite Faktor habe nicht bestanden, da die britische Regierung bestimmt für einen Kredit von vier Millionen gut und es eine Ehrensache sei, diesen Betrag zurückzuerstatten. Es käme also darauf hinaus, daß die Kommission eine Verzinsung des von Rothschild verauslagten Geldes darstelle. Da der Betrag höchstens drei Monate geschuldet sei, hätte Rothschild also die geradezu unglaubliche Verzinsung von 10 % pro Jahr bekommen. Neben diesem Betrag erhielt er noch weitere 5 %, die der Schedive von Ägypten zu zahlen hätte. Danach hätte also Rothschild insgesamt eine Verzinsung von 15 % empfangen. Dies sei der Preis, für den im Jahre 1875 britischer Kredit auf dem britischen Markt verfügbar wäre.

Der Finanzminister hatte nach der Rede von Gladstone zuzugeben, daß es allerdings etwas sehr Außergewöhnliches gewesen sei, Rothschild und nicht die Bank von England heranzuziehen. Aber man hätte gefürchtet, daß die letztere nicht schnell genug hätte handeln können, und man habe ihr nicht das Risiko zumuten wollen. Außerdem habe er zuzugeben, daß Rothschild neben seiner Kommission noch die erwähnten 5 % erhielt. Dies sei aber ja unwichtig, weil sie nicht von der britischen Regierung zu entrichten seien.

Das englische Volk sollte sich in den nächsten Jahren weiter mit Problemen des Nahen Ostens zu beschäftigen haben.

## Disraelis Außenpolitik

England hatte seit langer Zeit die Interessen der Türkei in der Außenpolitik, insbesondere gegenüber Rußland, vertreten. England konnte und wollte Rußland nicht am Mittelmeer dulden. Daneben waren aber auch die Interessen der englischen Finanz und der City wahrzunehmen.

Schon seit etwa 20 Jahren hatte die türkische Regierung in London bereitwilligst Anleihen erhalten. Die Bedingungen waren für den Geldgeber sehr günstig. So waren u. a. im Jahre 1858 Staatspapiere im Betrage von fünf Millionen Pfund zum Kurse von  $62\frac{1}{2}\%$  mit einer Verzinsung von  $6\%$ , eine andere von acht Millionen im Jahre 1862 zum Kurse von  $68\%$  mit dem gleichen Zinsfuß aufgelegt. Dann folgten noch weitere Anleihen mit ähnlichen Bedingungen, so u. a. im Jahre 1865, als beinahe 100 Millionen Pfund zu  $5\%$  zu einem Kurse von etwa  $50\%$  untergebracht wurden.

Ende des Jahres 1875 bzw. Anfang 1876 erklärte sich die Türkei außerstande, ihren finanziellen Verpflichtungen in der vorgesehenen Art nachzukommen. Die Bestürzung in England, insbesondere der kleinen Sparer, die ganz oder zum Teil ihr Geld in türkischen Staatspapieren angelegt hatten, war natürlich groß.

Inzwischen kamen weitere beunruhigende Meldungen aus der Türkei. Die christliche Bevölkerung des Balkans befand sich in mehr oder weniger offenem Aufruhr und verlangte Selbstverwaltung. Sämtliche Großmächte auf dem Kontinent unterstützten in dem sogenannten Berliner Memorandum diese Wünsche. Nur England unter Disraeli hatte sich davon ausgeschlossen.

Im Sommer 1876 wurden die ersten Nachrichten über die grauenhaften Hinnebelungen in Bulgarien bekannt. Die überwiegende Mehrheit des Volkes in England verurteilte die Handlungen der Türkei aufs schärfste. Einer der wenigen, der hierdurch überhaupt nicht bewegt wurde, war Disraeli. Er nannte das Ganze nur „Caféhausgeschwätz“, obwohl amtliche Berichte der in Frage kommenden Konsuln vorlagen. Gladstone verdamnte dagegen die Taten der Türken und verlangte Abhilfe. Die Finanz der City stand aber ganz auf seiten von Disraeli. Sie ging infolgedessen sogar so weit, irgendwelche Beträge für eine Sammlung zugunsten der Bulgaren abzulehnen. Ganz besonders Rothschild zeigte sich mit der Haltung Disraelis einverstanden. „Mammon hatte sich auf seine Seite geschlagen“, so sagt Raymond<sup>1)</sup> aus.

Die Kontinentalmächte, insbesondere Rußland, stellten befristete Bedingungen an die Türkei zur Behebung der gesamten Zustände auf dem Balkan. England machte in keiner Weise seinen Einfluß

<sup>1)</sup> Raymond: S. 321—322.

bei der Türkei geltend, um dem Ersuchen zum Erfolg zu verhelfen. Die Türkei schloß aus diesem passiven Verhalten, daß sie gegebenenfalls mit der Hilfe von England rechnen könne. So kam es im April 1877 zum Krieg zwischen der Türkei und Rußland.

Im englischen Kabinett war man sich nicht über die zu ergreifenden Schritte einig. Disraeli stand ganz auf seiten der Türken, während Lord Derby als Außenminister und die in der Opposition stehende Liberale Partei alles daransetzten, um eine Hilfeleistung für die Türken zu unterbinden. Diese konnten, ermutigt durch die Haltung der Regierungspartei im Parlament, weiter auf ein Bündnis mit England hoffen und taten daher nichts, um mit Rußland zum Frieden zu gelangen. Hinzu kam, daß Disraeli nicht zögerte, für die Unversehrtheit des türkischen Reiches einzutreten.

Die Türkei wurde im Kriege völlig geschlagen. So kam es zum Frieden von San Stefano.

Disraeli hielt die darin festgelegte Gebietsregelung auf dem Balkan und in Asien für die Türkei und auch für England untragbar. Er ließ Rußland nicht darüber im Zweifel, daß er nun zugunsten der Türkei einzugreifen hätte, und ließ dementsprechend in aller Öffentlichkeit Kriegsvorbereitungen treffen. Lord Derby trat als Außenminister zurück, da er inzwischen von dem Erstminister die Gewißheit erhalten hatte, daß er nach außen hin für die Unversehrtheit der Türkei eintrat, tatsächlich aber selbst an der Aufteilung dieses Landes teilzunehmen gedachte. Um dieses Spiel nicht mitzumachen, hatte er seinen Abschied genommen.

Die englische Regierung gab der russischen formell ihre Stellungnahme bekannt, und es kam dann im Verlaufe der Verhandlungen u. a. zu dem Kongreß von Berlin.

Der Welt waren aber die heimlichen Besprechungen zwischen der englischen Regierung und dem russischen Botschafter verborgen geblieben. Bereits am 30. Mai 1879, also zwei Wochen vor der Eröffnung des Kongresses, waren England und Rußland sich bereits einig geworden. Einer der Hauptpunkte des Geheimabkommens war, daß sich Rußland gegenüber England verpflichtet hatte, in Zukunft keinerlei Expansionsbestrebungen mehr gegenüber der Türkei in Asien zu haben.

Nichtsdestoweniger hatte Lord Salisbury noch am selben Tage den britischen Botschafter in Konstantinopel angewiesen, den Türken ein Defensivbündnis gegen weitere Angriffsabsichten in der asiatischen Türkei anzubieten. Gleichzeitig machte man den Türken klar, daß dieser Schutz durch England nicht ohne Gegenleistung erfolgen würde: man verlangte hierfür die Abtretung der Insel Cypern.

Die Türken gingen hierauf nur widerwillig ein, da ihnen ebenfalls mitgeteilt war, daß England seine Zustimmung zu den russischen Eroberungen im letzten Kriege, wie z. B. zu dem Gebiet um



Batum, gegeben hatte und der Verlust von Cypern recht empfindlich war. Mit Rücksicht auf die zukünftig drohenden Angriffe der Russen nahmen sie das Angebot von England dennoch an. Der Vertrag wurde feierlich am 4. Juni abgeschlossen.

Auf dem Kongreß zeigte es sich, daß Disraeli sein Versprechen gegenüber Griechenland nicht einhielt. Er gab recht bald seine Bemühungen, für dieses Land Kreta, Thessalien und Epirus zu verlangen, auf, als die Türken begannen, erneut Schwierigkeiten über die Abtretung der Insel Cypern zu machen. Auf diese Weise ging Griechenland, das sich ganz auf die Unterstützung von England verlassen und infolgedessen nicht in den Krieg gegen die Türkei eingegriffen hatte, leer aus.

Die Rumänen fanden mehr Gnade vor den Augen Disraelis, als sie auf seine Forderung hin feierlichst im Vertrag Schutz der Juden vor Übergriffen der Bevölkerung zugesagt hatten.

Diesem Erfolg der Juden waren lange zunächst heimliche Verhandlungen von mehr als zehn Jahren vorausgegangen, was sich aus einem von der englischen Regierung veröffentlichten Blaubuch aus dem Jahre 1877 ergibt.

Man kann hieraus ersehen, daß schon seit Jahren ein eingehender Briefwechsel zwischen den Vertretern des Weltjudentums und der englischen Regierung über die Behandlung der Juden in Rumänien und Serbien stattgefunden hatte. Das Auswärtige Amt wurde mit Berichten und Telegrammen über Verfolgungen der Juden überhäuft. Vertreter des Weltjudentums, Baron Rothschild, Sir F. Goldsmid, Sir M. Montefiore, der Haupttrabbiner und andere einflußreiche Juden drangen darauf, daß vom Auswärtigen Amt Anweisungen an seine Vertreter in den betr. Staaten ergingen, den dortigen Behörden, ja sogar Herrschern, klarzumachen, daß die bisherige Behandlung der Juden gegen die Regeln der zivilisierten Welt sei und man so lange die Freiheitsbestrebungen der Rumänen und Serben nicht unterstützen könne, bis nicht die Juden freundlich behandelt würden. Es waren aber nicht nur führende Juden in England, die von ihrer Regierung ein Eingreifen zugunsten ihrer Rassegenossen verlangten, sondern auch der Präsident der Alliance Israélite Universelle mit dem Sitz in Frankreich wandte sich mit denselben Wünschen an das Auswärtige Amt in London. Man kann jedem Engländer empfehlen, diese amtliche Sammlung von Briefen zu lesen, damit er einmal zu begreifen beginnt, wie sehr schon damals die englische Regierung sich ohne Vorliegen eines englischen Interesses für die Juden einsetzte. Ebenfalls wird ein Studium dieses Blaubuchs erkennen lassen, welch lange Zeit darauf verschwendet worden ist, den Regierungen in Rumänien und Serbien die nötigen Verhaltensmaßregeln für die Behandlung der Juden zu geben. Konsuln, Generalkonsuln und sonstige diplomatische Vertreter mußten lange Berichte anfertigen, und die Gesandten hatten zeitweise die Herrscher

höchst persönlich zu warnen und ihnen im Ablehnungsfalle zu drohen. Das alles geschah nicht etwa zur Wahrung britischer Interessen, sondern nur zur Befriedigung der Wünsche des Weltjudentums. Der Umfang dieser Interventionen ergibt sich daraus, daß das Blaubuch nicht weniger als etwa 400 Druckseiten mit 357 Briefen, Berichten, Telegrammen usw. enthält.

Auf die Vorgänge in der Außenpolitik Disraelis, die zum Krieg mit Afghanistan und später mit den Zulus führten, soll nicht mehr eingegangen werden. Denn diese Ereignisse sind gegenüber den gerade geschilderten unwichtig, und die obigen Ausführungen genügen, um nun in eine Würdigung der Taten Disraelis einzutreten.

## Rückblick: Wirken und Wirkung Disraelis

Die kurzen Andeutungen müssen genügen. Sie ergeben in aller Klarheit, daß Disraeli nur dort Prinzipien vertrat, wo sie ihm und seinem persönlichen Nutzen dienten. Vielleicht war es Disraelis Hauptprinzip, kein Prinzip zu haben. Man mag über dieses Verhalten dort streiten, wo das übergeordnete Wohl des Volks- und Staatsganzen die Richtschnur der Prinzipienlosigkeit vielleicht, aber auch nur vielleicht, rechtfertigen könnte. Aber wie wenig ist davon bei Disraeli der Fall, wenn man auf den Grund seines Charakters und seiner Handlungen zurückgeht und die eigentlichen, nur zu oft verdeckten Hintergründe seines Wirkens aufdeckt. Zusammenfassende Stichworte mögen genügen, um das Bild Disraelis noch einmal vor Augen zu führen:

Mit Peel war Disraeli Vorkämpfer der Schutzzölle, mit Peel schwenkte er 1842 um. 1846 ist er aber wieder leidenschaftlicher Vertreter der Schutzzollidee — er stürzt Peel. 1852 aber, während seiner Regierungszeit, wird er nicht nur ganz plötzlich zum Vertreter der freien Handelsidee wiederum, sondern er erklärt sogar, für die Schutzzollpolitik nie eingetreten zu sein.

Gibt es etwas Eindeutigeres als diesen Wandel? Nicht anders war es mit der von uns nicht weiterbehandelten Reformgesetzgebung, die er 1832 pries, 1866 im Parlament als amerikanisierend brandmarkte, um einige Monate später nach dem Sturz der Regierung als Regierungsvertreter selbst einen Gesetzentwurf einzureichen, der weit über die von der von ihm gestürzten Regierung vorgeschlagenen Reformmaßnahmen hinausging.

Oder wie schnell wechselten Lob und Verdammnis Peel gegenüber, als er, trotz aller Schmeicheleien, von Peel, der ihn durchschaut hatte, keinen Posten erwarten konnte? Oder ein anderes: Zweifellos war der Erwerb der Suez-Kanal-Aktien für England von Vorteil. Disraeli, Rothschild und Oppenheim aber machten das Geschäft. Zumindest die beiden Letzteren hatten durch rechtzeitig zugegangene Informationen genug verdient und die Rothschild zugebilligte Verzinsung von 15% war mehr als unangemessen.

In der Außenpolitik dasselbe Spiel, das wunderbare Parallelen zu den Ereignissen unserer Tage bietet.

Aber lassen wir das: England muß mit diesen Gestalten und dieser geschichtlichen Vergangenheit selbst fertig werden. Uns ist der Typus Disraelis als Jude wichtig und kennzeichnend nicht nur für seine Epoche, sondern weiter auch für das Schicksal Englands schlechthin.

Denn Disraeli ist der Gründer der heutigen regierenden Konservativen Partei. Mit dem Ausscheiden von Peel aus der Tory-Partei entstand ein neues Gebilde, das mit den Ideen von Disraeli erfüllt und aufgebaut wurde. Es gelang ihm in

kurzer Zeit, die Mehrheit seiner Anhänger zu all den unehrenhaften Stellungswechseln mitzureißen, obwohl er Jude war und seine von ihm geführte Partei es gewesen war, die Rothschild den Weg ins Parlament Jahr um Jahr verspernte.

Es bleibt fast unerklärlich, wie dieser politische Abenteurer — so wird er nicht selten genannt —, es fertiggebracht hat, die Konservative Partei zu führen. Es mag sein, daß nach dem Ausscheiden von Peel die Konservativen niemand hatten, der besser als Disraeli ihr Wortführer im Parlament sein konnte. Es mag auch sein, wie D' Connor<sup>1)</sup> meint, daß er durch seine Novellen, und insbesondere durch seine Biographie über Lord George Bentinck, den Tories nachgewiesen hatte, daß die Juden dem Charakter nach immer zu ihrer Partei gehört hätten. Hinzu käme, daß die Juden allzeit die Besten in der Politik, Kunst und Religion gewesen seien. Denn wir werden uns noch aus den im vorigen Kapitel mitgeteilten Reden erinnern, daß die Juden nach Disraeli eigentlich die wahren Christen seien. Wie dem auch sei: Man wird nicht leugnen können, daß die Konservative Partei Ideen eines Juden vertrat, der bis zum letzten Atemzug verkündete, er sei und bleibe ein Jude. Mit andern Worten, er war ein Fremder, der, wie Raymond hervorhebt, „dann immer große Fehler machte, wenn er versuchte, ‚englisch zu denken‘“. Wir glauben daher mit D' Connor<sup>2)</sup>, daß die Konservativen unter Disraeli „weit von den ‚nationalen Idealen des wahren Engländers‘ entfernt und weder englisch noch konservativ, sondern rein disraelitisch waren“.

Es waren aber nicht nur die Grundlagen der Konservativen Partei geändert, sondern auch diejenigen Englands. Die gesamten sozialen Verhältnisse waren in einer Umwälzung begriffen. Durch die Aufhebung der Kornzölle wurde die Landwirtschaft bis auf den heutigen Tag, wie wir noch unten sehen werden, ruiniert. Vor den Tagen des Freihandels hatten die Bauern alles bedeutet, — und die Fabrikanten nichts. Eine gesunde Bauernschaft, solange der Stolz Englands, war dahingegangen. Von nun an wurde das ganze Leben Englands nur von dem Gesichtspunkte des Geldes regiert. •

Dies alles ist nicht zuletzt die Tat des Juden Disraeli, der einen Mann wie Bolingbroke als Modell eines englischen Staatsmannes „und den Vater des modernen Konservatismus“ hinstellte. Zweifellos war Bolingbroke ein glänzender Redner, aber moralisch völlig minderwertig und ohne Grundsätze. Disraeli dürfte es gewesen sein, der das Schlagwort von dem perfiden England in der Geschichte zum Dauerbegriff gemacht hatte.

Seine Ideen und Grundsätze sind nicht mit ihm ins Grab gegangen.

<sup>1)</sup> D' Connor: Bd. II, S. 150, 641—642, 463—466.

<sup>2)</sup> D' Connor: Bd. II, S. 617—622, 642, 653—654.

J. B. Firth, ein bekannter Historiker, führte kürzlich im „Daily Telegraph“ aus, „daß der Genius Disraelis seine Tradition ewig machte und daß jede konservative Konferenz Zeugnis ablege von der Lebensfähigkeit der Saat, die er in die Herzen seiner politischen Anhänger säte“.

Sogar der frühere Erstminister Stanley Baldwin nennt sich selbst einen Schüler Disraelis, „jenes großen Mannes“. In seinen Reden faßt er seine Einstellung zu Disraeli am besten in folgendem Satz zusammen: „Ich habe versucht, meine Politik, meine Reden und die Politik meiner konservativen Partei nach den Grundsätzen von Disraeli zu formen. Diese Grundsätze sind ewig!“<sup>3)</sup>

---

<sup>3)</sup> Jewish Chronicle vom 15. Mai 1936.

## Führende Juden als Gestalter englischen Lebens

Genau wie Disraeli nicht nur zu seinen Lebzeiten, sondern weit darüber hinaus die politischen Grundsätze Großbritanniens beeinflusst hat, so lebt auch heute noch der Geist des Juden Georg Jessel in der englischen Rechtswissenschaft.

Er war im Jahre 1824 als Sohn eines reichen Kaufmanns in London geboren. Nach Erziehung in einer jüdischen Schule besuchte er die Universität und legte Examen auf den Gebieten der Mathematik und Naturwissenschaft ab. Später wandte er sich der Rechtswissenschaft zu und war bald ein bekannter Barrister, der in seiner besten Zeit £ 20—23,000,— im Jahr verdiente.

Im Jahr 1868 wurde er als Abgeordneter der Liberalen Partei ins Parlament gewählt. Hier galt er bald als eines der sachverständigsten Mitglieder in Fragen von Gesetzesvorlagen. Bereits im Jahre 1871 wurde er zum Solicitor General, d. h. einem hohen juristischen Beamten der Krone ohne Sitz im Parlament, gemacht. Zwei Jahre später wurde er zum Master of the Rolls, einer Art Leiter gewisser Archive, und gleichzeitig zum Mitglied des Geheimen Staatsrates ernannt.

In diese Zeit fallen grundlegende Neuordnungen im englischen Gerichtsweisen. Das Gerichtsverfassungsgesetz, die Prozeßordnung und das Patentgesetz wurden nicht unerheblich verändert. Es waren die ersten Schritte zur Überleitung des alten Gewohnheitsrechtes und der vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen in ein einziges Rechtssystem. Jessel hatte an allem sehr stark mitgearbeitet.

Nach den neuen Gesetzen war Jessel als Master of the Rolls gleichzeitig Präsident eines der Senate am Berufungsgericht. Noch heute werden seine Auslegungen über Gesetze, Verordnungen und Gewohnheitsrecht als die besten in der englischen Rechtswissenschaft bezeichnet. Diese sind im englischen Recht von weit größerer Bedeutung als im deutschen, da Entscheidungen von anerkannten Richtern mit der Zeit in der Praxis fast den Charakter von Gesetzen annehmen. Man spricht daher von Jessel auch als von „einem gesetzgebenden Richter“, dessen Autorität heute noch unbestritten ist.

Neben seinen Pflichten als Richter hatte Jessel noch erhebliche andere Aufgaben. Er war der Leiter des Patentamtes und aufsichtsführend in dem Register für Warenzeichnmarken. Endlich überwachte er auch noch die aus Urkunden und Manuskripten zusammengestellten staatlichen Geschichtsveröffentlichungen, die sogenannten Rolls-Series. Ehrenamtlich war er noch Vizepräsident der Universität von London und der Anglo-Jewish Association. Man sieht, er konnte sich über Mangel an Ämtern nicht beklagen.

Seine Büste findet sich nicht nur an hervorragendem Platze in der Law Society, sondern auch in den Wandelgängen des königlichen Gerichts in London.

Er war bereits im Jahre 1872 zum Ritter geschlagen worden. Sein Tod erfolgte elf Jahre später. Seinem Sohn Charles James wurde nach Ableben des Vaters der Barontitel verliehen. Dasselbe erfolgte im Jahre 1917 bezüglich seines zweiten Sohnes Herbert Merton Jessel, der hohe Posten in der Regierung und in der Verwaltung bekleidet hat. Dessen Sohn wiederum ist seit dem Jahre 1935 mit der Tochter des bekannten Marquis von Londonderry verheiratet.

Das Jahr 1885 sollte die Krönung der jüdischen Machtbestrebungen bringen. Nathaniel Meyer Rothschild wurde zum Peer von England gemacht und zog als solcher in das House of Lords ein. Darüber hinaus wurde er im Jahre 1902 Mitglied des Geheimen Staatsrates. Auf dem Trinity College in Cambridge war er ein Freund des späteren Königs Eduard VII. geworden, der ihn immer wieder mit seiner Gunst auszeichnete. Seine Posten in der Wirtschaft sind kaum aufzuzählen, sein bedeutendster war sicher der als Gouverneur der Bank von England.

Zu den Juden, die am Ausgang des 19. Jahrhunderts eine nicht geringe Rolle in der Politik spielten, gehört auch Farrer Herschell. Er war ursprünglich Barrister gewesen und im Jahre 1874 ins Parlament gewählt worden. Während der Regierungszeit von Gladstone wurde er zum Solicitor General unter gleichzeitiger Verleihung des Rittertitels befördert. Im Jahre 1886 wurde er in den Adelsstand erhoben und zum Lordkanzler gemacht. Damit hatten die Juden auch den Sprecher im Oberhaus gestellt.

Die Tochter von Lord Herschell ist mit dem Brigadegeneral R. M. Yorke verheiratet. Aus dieser Ehe sind zwei Töchter hervorgegangen. Ob und gegebenenfalls mit wem diese verheiratet sind, konnte nicht festgestellt werden.

Sein Enkel ist der heutige Baron Herschell. Er hat u. a. die sehr ehrenvolle Stellung eines Ehrenpagen bei dem König inne.

Die beispielhafte Beschreibung dieser Juden als den Bekanntesten mag genügen, um zu zeigen, welchen Einfluß und welche höchsten Posten die Juden in Großbritannien schon unmittelbar nach ihrer Emanzipation errungen hatten. In Politik, Rechtswissenschaft und Wirtschaft übten sie einen bedeutenden Einfluß aus, — Gebiete, die zu den mächtigsten eines Staates gehören.

## Die Juden im Skandal: Anleihen von Honduras

Der Einfluß der Juden zeigt sich auch aus einem Finanzskandal dieser Zeit.

Bei Beginn der siebziger Jahre wurden insbesondere England und Frankreich mit ausländischen Anleihen überflutet. Schon einige Jahre später waren die meisten von ihnen mehr oder weniger als wertlos anzusehen, da keine Zinsen mehr darauf gezahlt und die Wertpapiere an den Börsen nur noch nach Bruchteilen ihres Nennwertes notiert wurden.

Im Jahre 1875 war diese Lage unhaltbar geworden. Ausländische Anleihen bis zum Gesamtbetrage von 240 Millionen Pfund waren mit den Zinszahlungen im Verzug. Ein ganz erheblicher Teil der genannten Summe befand sich in Händen britischer Staatsangehöriger. Viele waren völlig ruiniert. Offiziere und Beamte hatten ihren Dienst aufzugeben, weil sie ihr ganzes Vermögen verloren und darüber hinaus Schulden durch ihre Fehlspekulationen gemacht hatten. Witwen und alte Leute, die ihr Geld darin angelegt hatten, sahen sich ohne Mittel und wußten nicht, wovon sie fortan leben sollten. Das Elend war unbeschreiblich.

Am 23. Februar 1875 stellte Sir Henry James im Parlament den Antrag, so schnell wie möglich ein besonderes Komitee einzusetzen, um die Umstände, die zu diesem Unglück geführt hatten, aufdecken zu lassen. Der Vorschlag stieß auf keinen Widerspruch und man einigte sich darauf, nur ein Teilgebiet aus diesem Fragenkomplex zu behandeln, nämlich die Anleihen von Honduras, Costa Rica, San Domingo und Paraguay. Der Gesamtwert dieser Anleihen belief sich auf etwa zehn Millionen Pfund und war daher im Verhältnis zu der Gesamtsumme von 240 Millionen Pfund nur gering. Immerhin glaubte man, bereits nach Untersuchung dieser Fälle eine genügende Kenntnis von derartigen Transaktionen zu haben, weil sie wohl mehr oder weniger gleichgelagert sein würden. Das Ergebnis der Nachforschungen hat dann auch diese Annahme bestätigt.

Von dem Parlament wurde eine Kommission von 17 Mitgliedern eingesetzt, die bereits im März ihre erste Sitzung abhielt. Es ist nun ganz unmöglich, eine eingehende Beschreibung der bis zum Juli dauernden Sitzungen zu geben. Die hierüber in Druckform herausgegebenen amtlichen Akten enthalten nicht weniger als 6680 protokollierte Fragen und Antworten von beteiligten Zeugen und Sachverständigen. Protokoll, Anlagen und Bericht der Kommission machen 700 große, eng bedruckte Seiten aus. Die Zeitungen beschäftigten sich täglich mit den Ergebnissen der Untersuchungen, so daß die sehr interessierte Öffentlichkeit auf dem laufenden war.

Wir wollen lediglich an Hand der Feststellungen über die Anleihen des Staates Honduras einen Einblick in die Machenschaften der Finanzschieber werfen.



Der Staat Honduras war im Jahre 1867 mehr oder weniger eine Wildnis und es war von einer geordneten Finanzwirtschaft keine Rede. Wie klein die Staatseinnahmen waren, kann man daraus ersehen, daß der betreffende Staat die Zinsen für eine alte Anleihe von etwa £ 120,000,— mit jährlich £ 1632,— nicht hatte zahlen können und schon seit längerer Zeit mit der Begleichung rückständig war<sup>1)</sup>.

Dies hatte nun eine Clique gewissenloser Personen nicht abgehalten, in den Jahren 1867 bis 1871 Anleihen von über 6 Millionen Pfund in der Öffentlichkeit unterzubringen. Die Zinsen, einschließlich von Amortisationsgeldern, beliefen sich auf jährlich £ 700,000,—.

Die Hauptbeteiligten an diesem Geschäft waren der Vertreter der Regierung von Honduras in England, Don Carlos Gutierrez, ein gewisser Lefevre und die Firma Bischofsheim & Goldschmidt. Die Inhaber der letzteren waren Juden, während wir auch bezüglich Lefevre kaum irgendwelche Zweifel haben. Er war bereits vor diesen Vorfällen in Frankreich wegen Untreue zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Danach war er plötzlich in London aufgetaucht und hatte zwei kleine, unbedeutende Firmen gegründet, deren Zweck und Ziel mehr als undurchsichtig war. Bald trat er mit der bekannten jüdischen Firma Bischofsheim & Goldschmidt in Geschäftsverbindung, und von nun an nahm er einen raschen Aufstieg. Er entfaltete einen ungeheuren Luxus. Als ihm die Situation in England wegen der Untersuchungen zu unangenehm geworden war, ging er nach Frankreich zurück und entzog sich so der Vernehmung durch das Komitee. Der amtliche Vertreter von Honduras pochte auf seine Exterritorialität und erschien ebenfalls nicht zur Beweisaufnahme. Der Dritte im Bunde, Henry Louis Bischofsheim, ließ durch einen Vertreter ein ärztliches Zeugnis von Sir James Paget und Dr. J. D. Chepmell — angesehenen Ärzten — vorlegen, wonach es seine Gesundheit nicht gestattete, vernommen zu werden.

So hatte der Ausschuß des Parlaments mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, und die „Times“ bemerkt in längeren Artikeln vom 23. und 24. September 1875 mit Recht, daß man hierdurch und durch Vorenthaltung von wichtigen Dokumenten, worauf auch das Komitee in seinem Schlußbericht u. a. hinweist, keineswegs die volle Wahrheit festzustellen vermochte.

Das Gesamtergebnis offenbarte die übelsten Schiebungen, bei denen u. a. auch ein Angestellter der Firma Bischofsheim & Goldschmidt, der Jude Davids, als sogenannter Treuhänder der Öffentlichkeit aufgetreten war.

Bei der ersten Anleihe im Betrage von einer Million Pfund hatte es die genannte jüdische Firma unternommen, diese in England und Frankreich unterzubringen. Welche Kommission ihr dafür

---

<sup>1)</sup> Accounts and Papers (1875): Bd. XI, S. IV—Vff.

versprochen war, konnte nicht unmittelbar aus den Unterlagen festgestellt werden, jedoch ließ sich mittelbar einwandfrei der Schluß ziehen, daß es nicht weniger als £ 82,000,— gewesen seien. Angeblich sollte die Anleihe zum Bau einer Eisenbahn dienen, die den Atlantischen mit dem Stillen Ozean verbinden sollte. Als Sicherheit waren die zukünftigen Nettoüberschüsse aus den Einnahmen dieses Unternehmens verpfändet und eine angebliche erste Hypothek auf den Domänen und Mahagoniwäldern des Staates angeführt.

Die Öffentlichkeit wollte aber zunächst von der Anleihe nichts wissen, und trotz aller Anstrengungen waren nach Monaten noch nicht mehr als £ 10,000,— untergebracht, die von der jüdischen Firma selbst übernommen worden waren. Nun tauchte Lefevre auf und verpflichtete sich, den Rest an den Mann zu bringen. Allerdings erwarb er die Papiere nicht zu 73 % des Nennwertes, zu dem sie herausgegeben waren, sondern zu 68 %. Anscheinend vermochte aber auch er nicht mehr als etwa £ 175,000,— zu placieren. Ein neuer Vertrag mit günstigeren Bedingungen für die Firma Bischofsheim & Goldschmidt und Lefevre wurde abgeschlossen, und jetzt konnte man endlich auch Käufer für den Rest der Anleihe finden. Dies war aber nur dadurch möglich, daß Lefevre verschiedene Makler zu unerlaubten Geschäftsmethoden verleitete. So stellte er ihnen u. a. Papiere unter dem Ausgabepreis von 73 % zur Verfügung und verpflichtete sich, in einem bestimmten Zeitraum keine weiteren Papiere auf den Markt zu werfen. Sobald die Preise an der Börse für die Papiere fielen, ließ das Schiebertonsortium durch einen andern Makler Papiere zurückkaufen, so daß durch die so künstlich hervorgerufene Nachfrage die Preise erneut anzogen. Auf diese Weise gelang es, die Papiere bis auf 94 % hinaufzutreiben.

Im Mai 1869 wurde eine neue Anleihe von etwa £ 2,500,000,— für Honduras aufgelegt, als im übrigen von der ersteren höchstens ein kleiner Teil verkauft worden war. Mit Hilfe der oben geschilderten Methoden wurde auch diese Anleihe untergebracht.

Im Frühjahr 1870 entschlossen sich dieselben Personen bereits zu einer neuen Ausgabe von Wertpapieren. Die Öffentlichkeit war bereits mißtrauisch geworden, da angeblich auch dieser neue Betrag noch immer zum Bau der Eisenbahn verwandt werden sollte. Man entschloß sich daher, durch erneuten Schwindel das wankende Vertrauen wieder herzustellen.

Bekanntlich waren nach den Bedingungen der Anleihe aus dem Jahre 1867 u. a. die Mahagoniwälder des Staates als Sicherheit verpfändet. Darüber hinaus war bestimmt, daß der Firma Bischofsheim & Goldschmidt gleichzeitig der gesamte Vertrieb der daraus gewonnenen Produkte übertragen würde. Man ließ nun eine Mitteilung in die „Times“ vom 11. Juni 1870 des Inhalts einsetzen, daß zwei Schiffe mit Mahagoniholz von Honduras in London eingetroffen und dem Treuhänder der Anleihe zur Ver-

fügung gestellt seien. Tatsächlich waren diese und später noch drei weitere Schiffsladungen in London eingetroffen. Man verschwieg jedoch, daß diese Sendungen nicht aus den Staatswäldern stammten, sondern aus Privathand in Honduras gekauft und dazu noch von sehr schlechter Beschaffenheit waren. Die Firma Bischofsheim & Goldschmidt, bzw. einer der andern Komplizen, hatten diese Käufe selbst getätigt und aus den Geldern der vorhergehenden Anleihe bezahlt.

Hierdurch stellte man das Vertrauen der Öffentlichkeit wieder her, da diese die Zahlung der Zinsen und der Abzahlungen durch die Verkäufe von Holz für gesichert hielt. Man nutzte dies dadurch aus, daß man die Öffentlichkeit mit den Bedingungen der neuen Anleihe bekanntmachte. Der Betrag war wieder etwa £ 2,500,000,—. Als Sicherheit waren die bereits vorher verpfändeten Gegenstände angeboten. Nun ging man aber so weit, daß alles Vermögen und Einkommen des Staates von Honduras für die Anleihe verhaftet waren. Honduras war verpflichtet, an die Firma Bischofsheim & Goldschmidt in London sämtliche Produkte, die aus dem Staatsvermögen zum Export kamen, zu verkaufen und den Erlös bei dem Fonds zur Zins- und Rückzahlung einzuzahlen. Mit andern Worten, der ganze Staat Honduras war an die Juden verpfändet und konnte ohne sie keine Geschäfte mehr machen.

Das gesamte aus der Anleihe angefallene Geld sollte ebenfalls einem Fonds zugeleitet werden. Die Treuhänder bestanden aus fünf Personen, — einer wurde von dem Staate Honduras ernannt. Die übrigen vier von der genannten jüdischen Firma. Bischofsheim & Goldschmidt waren ferner berechtigt, aber nicht verpflichtet, im Falle der Nichterfüllung der Verbindlichkeiten des Staates Honduras dessen gesamtes Vermögen im In- und Ausland als Treuhänder der Wertpapierinhaber zu beschlagnahmen und zu verwalten.

Wieder waren es dieselben Personen, die mit betrügerischen Methoden die Anleihe unterbrachten. Zeitweise waren bis zu 100 Personen miteinander verbunden, die die Papiere aufkauften, wenn die Preise zu fallen drohten, und verkauften, wenn der Markt für die Anleihe fest war. Ein einziger Jobber kaufte und verkaufte einmal die ganze Anleihe. Wenn man die Preise mit solchen Methoden nicht halten konnte, griff man zu andern Täuschungsmanövern.

So ließ man am 1. April 1871 erklären, daß £ 50,000,— von den Anleihen ausgelöst und vom Staate Honduras zum Parikurs eingelöst würden. Da die Papiere um diese Zeit zwar nicht schlecht, aber noch lange nicht pari standen, war dies ein neuer Anreiz für das kaufende Publikum. Außerdem sollte die Auslosung zeigen, daß die finanzielle Lage der Regierung in Honduras sehr gesund sein mußte, wenn man solche Transaktionen durchführen konnte.

Tatsächlich waren aber von den ausgelosten Papieren nur solche zum Betrage von etwa £ 17,000,— in Händen der nicht zum Kom-

plott gehörenden Personen. Nur diese Summe wurde an die Betroffenen ausgezahlt. Sie wurde aber nicht etwa von dem Staat Honduras zur Verfügung gestellt, sondern dem Ertrag der letzten Anleihe entnommen. Auch der Zinsen- und Amortisationsdienst wurde nur auf diese Art und Weise ermöglicht.

Bei solchen Manipulationen war natürlich eine ununterbrochene Kette von neuen Anleihen möglich und nötig, da man die laufenden Unkosten der Anleihen nur durch Einnahme aus neuen decken konnte.

Als diesbezügliche Versuche im Spätherbst 1871 in England und im Sommer 1872 in Frankreich erfolglos blieben, brach das ganze Betrugsgebäude zusammen, da der Staat Honduras nicht imstande war, auch nur einen Pfennig Schuldendienst zu übernehmen. Die gesamten Papiere fielen im Jahre 1872 ins Bodenlose. Man notierte sie im Juli 1875 mit etwa 6% und im September 1875 nur noch mit 3%. Ein biederer Landgeistlicher, der auch das Spekulieren nicht hatte lassen können, glaubte, ein Erdbeben „hätte den ganzen wertvollen Platz übergeschluckt“.

Die Größe des Betruges ergibt sich aus der Feststellung der Kommission, wonach der Staat Honduras etwa £ 60,000,—, die Unternehmer für den Bau der Eisenbahn etwa £ 700,000,— erhalten hatten. Der Rest der Millionenanleihen war für Zwecke verwendet worden, die nichts mit den in der Anleihe genannten zu tun hatten. So gingen nicht weniger als etwa eine Million Pfund an Lesevre zur Begleichung von angeblichen Kommissions- und Propagandageldern.

Die Leidtragenden waren der Staat Honduras und die Öffentlichkeit. Ersterer hatte eine verlassene, halb ausgebaute Eisenbahnlinie von etwa 80 Kilometer und eine jährliche Zinsenlast von etwa £ 700,000,—, die er niemals bezahlen konnte, da er ja bekanntlich nicht einmal den Betrag von £ 1632,— hatte aufbringen können. Das Elend der Betroffenen haben wir bereits am Eingang unserer Betrachtungen geschildert.

Die Untersuchungskommission stellte für die andern Staaten die gleichen Betrügereien fest, nur wechselten die Personen teilweise. Juden waren aber auch dort tonangebend. U. a. finden wir auch das bekannte jüdische Bankhaus von Erlanger & Co. verwickelt.

Das Publikum von Frankreich und England hatte also den Verlust von etwa £ 240 Millionen bzw. 5 Milliarden Mark durch jüdische Betrügereien zu beklagen.

Dem Leser wird nun interessieren, was gegen alle an dem Verbrechen Beteiligten geschah. Wir wollen es im voraus verraten: nichts!<sup>2)</sup>

Auch die Untersuchungskommission nahm einen Standpunkt ein, der mehr als verwunderlich erscheint. Anscheinend hat sie sich von der Meinung Nathaniel Meyer Rothschilds leiten lassen. Dieser war nämlich als Sachverständiger geladen worden und hatte die

<sup>2)</sup> Clayden: S. 142—143. Sinclair: Anhang S. 129—130.

Ansicht vertreten, daß die alleinige Schuld an solchen Vorkommnissen „der Wunsch der Leute sei, möglichst hohe Zinsen für ihr Geld zu bekommen“. „Schlagen Sie vor, diesem Zustand abzu- helfen?“ fragte ihn darauf der Vorsitzende. „Nein, keineswegs“, antwortete Rothschild. Als der Vorsitzende weiter von ihm erforschen wollte, ob dies nicht ein sehr ernstes Übel sei, gab Rothschild keine Antwort auf diese klare Frage, sondern sprach von dem Mißbrauch der Verwendung des Geldes aus den Honduras- Anleihen. Er lehnte es im Verlauf der Verhandlungen ab, irgend- welche eigenen Vorschläge zur Vermeidung künftiger derartiger Betrügereien zu machen. Hiermit war dann der Untersuchungsaus- schuß auch völlig zufrieden<sup>3)</sup>.

Bei einer solchen Haltung kann man sich auch nicht über das Gutachten der Kommission wundern. Am Schluß ihrer Ausführungen machten die Mitglieder der Kommission nämlich einige Vorschläge für Abhilfe in der Zukunft. Sie beschäftigten sich u. a. mit der Frage, ob man durch Gesetz erzwingen sollte, daß eine Gruppe von Leuten, die — wie oben geschildert, je nach der Marktlage durch Kaufen und Verkaufen künstlich die Preise an der Börse beeinflussen —, anstatt im Geheimen, in voller Öffent- lichkeit und in Kenntnis des Publikums zu arbeiten hätte. „Es wurde dem Komitee mitgeteilt“, so fahren sie fort, „daß alle Transaktionen in öffentlichen Anleihen dem Ausland zufallen würden, wenn es zu einem Gesetz käme, auf Grund dessen die Tätigkeit dieser Syndikate öffentlich bekanntzumachen wäre. Dar- auf erwiderte das Komitee sofort, daß — sofern dies die einzigen Bedingungen seien, auf Grund deren man die aus solchen An- leihen anfallenden Profite in England behalten kann — sie zu einem solchen Preise zu teuer erkaufte wären.“

Den Hauptgrund für solche Erfahrungen glaubt man aber in der Leichtgläubigkeit und Habsucht gewisser Kreise der Bevölke- rung zu sehen. Diese Art von Volksgenossen scheinen den Wert der ihnen gemachten Versprechungen nicht nach den Regeln irgend- welcher Erfahrung, sondern lediglich nach ihren eigenen über- triebenen Erwartungen bemessen zu haben. Dadurch sind sie eine leichte Beute derjenigen geworden, die im Vertrauen auf solche Leichtgläubigkeit ihr Geld auf betrügerische Weise von ihnen er- halten haben.

Das Komitee hält es nicht für seine Pflicht, den verschiedenen Beteiligten an diesen Transaktionen irgendwelchen Vorwurf zu machen. Sie sind sich im allgemeinen darüber einig, . . . daß die Ursache des Zusammenbruchs in gleichem Maße allen denjenigen zuzuschreiben ist, die Interessen, Rechte, Ansprüche, Beschwerden oder sonst irgendwelchen Anteil an der Angelegenheit haben. Es ist eine Art von U r ü b e l, welches sich sogar auf die Unschul- digsten erstreckt, die irgend etwas mit der Sache zu tun haben<sup>4)</sup>.

<sup>3)</sup> Account and Papers (1875): Bd. XI, S. 266–267.

<sup>4)</sup> Times vom 23. u. 24. September 1875.

Anscheinend hat aber auch die „Times“ die Ansicht des Komitees geteilt, die Erwerber solcher Wertpapiere seien an dem Skandal ebensoviel Schuld wie die Betrüger. Denn sie müßten bei den so überaus günstigen Bedingungen von vornherein mit der großen Wahrscheinlichkeit rechnen, ihr Geld zu verlieren. Können wir uns bei einer so allgemein herrschenden Meinung wundern, daß nichts geschehen ist?

Heute noch gehen aber jährlich fünf Millionen Pfund an der Börse durch betrügerische Transaktionen verloren.

## Antijüdische Kräfte

Am Ausgang des vorigen Jahrhunderts fehlte es aber nicht an aufrechten Männern in England, die sich in Wort und Schrift gegen ein solches Gebaren wandten. „Dies Zeitalter ist den Machenschaften der Hebräer günstig. Die Anwendung von Gewalt ... ist durch unsere gegenwärtige Zivilisation verboten, während die Anwendung skrupelloser Hinterlist gestattet und durch Gesetz geschützt ist. Wer immer einen Mann auf der Straße beraubt, wird mit Gefängnis bestraft. Wer Tausende an der Börse rupft, wird in einem Palast leben und die Aristokratie wird ihm zu Füßen liegen.“ Spekulieren an der Börse und Geld verdienen auf Kosten Betrogenen sei dafür zum Prinzip erhoben. Die Juden machten sich die Zersplitterung des Volkes in Parteien zunutze und taten alles, um die Klust zu erweitern und dabei im Trüben zu fischen. Vor allem aber sei es die Presse, — das große Übel der heutigen Gesellschaft, . . . welche nur allzu schnell unter den geheimen Einfluß der Geldintriganten käme. Man weist dann auf die Gefahr hin, daß nicht nur in England, sondern überall in der Welt jüdische Journalisten unter angenommenen arischen Namen sich in den Stab der Mitarbeiter von Zeitungen einschlichen und dort ein Weiteres zur Bearbeitung der Massen in jüdischem Sinne täten<sup>1)</sup>.

Der in den Zeiten Disraelis bekannte Abgeordnete Sir Tolle-mache Sinclair setzte der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit der türkischen Frage in einem großen Werk auseinander, daß der Jude seit Urzeiten Taten begangen hätte, die mit unserer Auffassung von Ehre und Anstand nicht in Einklang zu bringen seien. Ihr altes Testament zeige schon ihre moralische Verderbtheit und die Geschichte hätte eine ununterbrochene Kette von Verbrechen der Juden überliefert. Er warnte u. a. auch vor der Vermischung mit den Juden.

In die Reihe der anti-jüdischen Schriftsteller dieser Zeit gehört auch der bekannte Sir Richard Burton. Er hatte bei seinem Tode nicht weniger als 48 Werke veröffentlicht und hinterließ noch zahlreiche unvollendete<sup>2)</sup>. Eines von diesen war auch das von uns benutzte Buch, in dem er sich mit den Juden im allgemeinen und mit den Juden in England im besonderen beschäftigte. Nach seiner Ansicht wird den breiten Massen in England immer mehr nur von der Mildherzigkeit, der Sparsamkeit und sonstigen guten Eigenschaften der Juden erzählt. Nur wenigen wäre es bekannt, daß der Jude tatsächlich „Brot esse, nicht im Schweiß seines Angesichts, sondern im Schweiß des Angesichts seiner Nachbarn“. Er verdiene sein Geld mit Wucher und Betrügen und würde dabei reich, „der Arbeiter dagegen verhungere in der Mitte von Gold“. Nach wie vor könne man die Juden als Inhaber von Spielhöllen und als

<sup>1)</sup> Smith: S. 706—709.

<sup>2)</sup> Burton: Jew and Gypsy, Vorwort S. V.

Fehler finden. Sie verbreiteten schlüpfrige Literatur und verderbten so die Jugend.

Wie bereits oben ausgeführt, ist dies Buch erst nach dem Tode des Verfassers veröffentlicht worden. Der Herausgeber hat uns die sehr interessanten Gründe hierfür übermittelt.

Nach seiner Darstellung war Burton in den Jahren 1869 bis 1871 britischer Konsul in Damaskus. Er beherrschte die dortigen Sprachen und begab sich, als Eingeborener verkleidet, in die Stadt. Seine Nachforschungen trugen reiche Früchte bezüglich der Ritualmorde unter den Juden in Kleinasien. Gleichzeitig beschäftigte er sich auch mit den geheimnisvollen Umständen des Mordes an Pater Tomaso in Damaskus im Jahre 1840. Seine diesbezüglichen Untersuchungen blieben den Juden in Damaskus nicht verborgen und erregten ihr äußerstes Mißfallen. Diese Feindseligkeit war der Grund, daß er im Jahre 1871 von Lord Granville, dem damaligen Außenminister, von dort abberufen wurde.

Man hat aber nicht verhindern können, daß Burton bereits zahlreiches Material gesammelt hatte, das er auf seinem neuen Posten als Konsul in Triest zu einem Werk zusammenstellte. Seine Arbeiten waren im Jahre 1874 beendet.

Als er ein Jahr später in England auf Urlaub war, legte er sein Manuskript einem Freunde vor, der sich in sehr hoher Stellung befand. Dieser riet ihm wegen der antisemitischen Richtung des Inhalts dringend ab, das Buch zu veröffentlichen. Andere Freunde waren in der gleichen Weise bei ihm vorstellig und versuchten, ihn davon abzubringen, solange er noch im Dienste der Regierung eines Landes sei, „wo die Juden beispiellose Macht und Positionen innehätten; es würde daher, gelinde gesagt, sehr unklug sein, sie zu seinen Feinden zu machen.“ Durch diese Warnungen ließ sich Burton von der Veröffentlichung abhalten und nahm sein Manuskript mit nach Triest zurück. Seine Freunde bemühten sich, eine Versetzung nach Tanger — welches nur einer normalen Beförderung seinem Dienstalter gemäß entsprach — für ihn durchzusetzen.

Jahr um Jahr wartete Burton auf die ihm zustehende Rang-erhöhung. Sie kam aber nicht, vielmehr wurde an seiner Stelle im Jahre 1886 Sir William Kirby-Green gesandt. Dies erbitterte Burton anscheinend so sehr, daß er von neuem ohne Rücksicht auf die daraus entstehenden Folgen entschlossen war, das Buch zu veröffentlichen. Seine Frau versuchte in der Zwischenzeit die Berechtigung zum Erhalt einer vollen Pension zu erhalten, bevor er seinen Dienst aufgab und seine Absicht bezüglich des Buches in die Tat umsetzte. Die Verhandlungen verzögerten sich aber jahrelang; nur einige Monate vor dem Abschied aus seinem Amt starb Burton.

Auch seine Witwe schied vor der Veröffentlichung aus dem Leben. Sie hatte aber Anweisungen hinterlassen, daß diese so schnell wie möglich erfolgten sollte. Die Feststellungen von Burton über die



rituellen Morde der Juden in Verbindung mit der Ermordung des Paters Tomaso im Jahre 1840 wurden aber nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Die Fortlassung des Kapitels über die Ritualmorde ist nun nicht freiwillig erfolgt, sondern von den Juden erzwungen worden. Anscheinend hatte der Herausgeber bereits vor dem Erscheinen des Buches ein Verzeichnis veröffentlicht, aus dem man ohne weiteres Rückschlüsse auf den Inhalt ziehen konnte. Als man erfuhr, daß das Buch auch in fremde Sprachen übersetzt werden sollte, drohte man dem Herausgeber und Verleger mit Klagen und sonstigen zur Verfügung stehenden Mitteln. Gleichzeitig schickte man an alle Oberrabbiner im Auslande Warnungen bezüglich des Buches mit der Anweisung, eine Veröffentlichung auf jeden Fall zu unterbinden<sup>3)</sup>. Sehr wahrscheinlich sind es diese Maßnahmen der Juden gewesen, die den Herausgeber veranlaßten, das Kapitel fortzulassen. Gerade über diese Beschuldigungen gegen die Juden gibt es verhältnismäßig wenig einwandfreies Material für die Neuzeit, und es ist daher um so bedauerlicher, daß die Wissenschaft keinen Zutritt zu diesen Quellen erhalten hat.

Zur weiteren Aufhellung des Schicksals Burtons sei nur darauf hingewiesen, daß es kein Geringerer als Lord Rosebery war, der Burtons Hoffnungen auf eine Versetzung nach Tanger durch Ernennung eines andern Beamten für immer zunichte machte. Dieser Lord Rosebery war damals Außenminister und später Erstminister, hatte eine Tochter Rothschilds geheiratet und war so eng mit dem Weltjudentum verbunden.

Lord Rosebery ist inzwischen verstorben und von seinem Sohn, dem jetzigen Earl of Rosebery, beerbt worden. Er trägt u. a. nicht nur den Vornamen seines Großvaters, nämlich Meyer, sondern hat auch die Gesichtszüge und Gestalt der Familie seiner Mutter geerbt und ist einer der größten Großgrundbesitzer Englands, da er mehr als 50 000 Morgen Land sein eigen nennt.

Seine Schwestern, also Halbjüdinnen, haben ebenfalls in den hohen Adel eingeheiratet. So wurde die eine Schwester die Gattin des Generalleutnants Sir Charles Grant. Die andere ist die zweite Ehefrau des bekannten Marquess of Crewe. Der augenblickliche Lord Crewe hat bekanntlich auf dem Festessen im Jahre 1905 erklärt, er glaube, es gäbe auch ehrenhafte Leute ohne jüdisches Blut, er aber sei besonders stolz, Judenstämmeling zu sein, während seine Ehefrau zur Familie Rothschild gehörte<sup>4)</sup>.

Eine seiner Töchter ist an Sir Edward Coates, eine andere an den Honourable George Colville, den Sohn von Viscount Colville of Culross, verheiratet. Die beiden andern sind Gattinnen von Major J. S. Dodds und des Herzogs von Roxburghe.

<sup>3)</sup> Emanuel: S. 142.

<sup>4)</sup> Trans. Jew. Hist. Soc.: Bd. 5, S. 293.

## England und das Weltjudentum

Die oben erwähnten Bücher waren der Ausdruck des im Volke wiedererwachten Anti-Judentums. Den Juden war natürlich diese feindliche Strömung nicht entgangen. Sie hielten daher eine straffere Organisation für notwendig, zumal die diesbezügliche englische Einrichtung ein wenig veraltet und die französische, die Alliance Israélite, nach dem Krieg von 1870/71 kaum noch vorhanden war. Unter der hauptsächlichlichen Führung von Sir Francis Goldsmid und Dr. Benish, dem damaligen Herausgeber der „Jewish Chronicle“, wurde die ganze frühere Organisation neu aufgebaut, an deren Spitze u. a. auch der bereits genannte Sir George Jessel stand. Später finden wir in der Leitung Baron Henry de Worms, den späteren Lord Pirbright.

Nach den Behauptungen der Juden selbst konnte man von nun an wieder mit vollem Recht feststellen, daß London das Weltzentrum der Juden sei, zu dem alle verfolgten Juden ihre Augen wenden und auf Hilfe warten konnten.

Wie weit die Macht der Juden nun damals schon gegangen ist, ergibt sich aus einer Zusammenfassung der Interventionen, die von der britischen Regierung in den Jahren 1860 bis 1910 zugunsten der Juden gemacht worden sind. Denn nur so kann am anschaulichsten erwiesen werden, wie weit die britische Regierung in der Vergangenheit bereits ein Werkzeug des Weltjudentums war. Wir wissen, daß diese Behauptung eines vollen Beweises bedarf. Aber dies ist uns hier wieder einmal durch die Juden selbst ermöglicht worden. Es ist nämlich von einem ihrer Rassegenossen, Charles Emanuel, ein Auszug aus den Sitzungsprotokollen des Londoner Komitees der Deputierten britischer Juden veröffentlicht worden. Dies ist eine Fundgrube für unsere Beweisführung und soll ausschließlich im folgenden benutzt werden, da es keine einwandfreie Grundlage gibt. Ergänzend treten andere amtliche Grundlagen ein, wie z. B. das Blaubuch über die Behandlung der Juden in Serbien und Rumänien.

Bei all den betreffenden Interventionen der britischen Regierung ist es offensichtlich, daß der ganze Apparat des Auswärtigen Amtes und die englische Weltmacht nicht nur der Erreichung britischer Interessen dienen, sondern auch in vollem Umfang dem Weltjudentum zur Verfügung stehen. Die weitere Schlußfolgerung daraus, eine Abhängigkeit gegenüber dem Weltjudentum festzustellen, dürfte wohl nicht zu kühn sein.

Nun aber zu den einzelnen Fällen.

Im Jahre 1860 wurde die Erinnerung an den Mord des Paters Tomaso im Jahre 1840 in Damaskus neu geweckt. In einer dortigen Kapuziner-Kapelle war eine Gedenktafel angebracht worden, auf der u. a. stand, daß Tomaso von den Juden ermordet worden sei.

Das Auswärtige Amt in London wurde auf diese Inschrift aufmerksam gemacht und entschloß sich, gegen die Anbringung dieser Tafel vorzugehen. „Tatsächlich“, so teilt Emanuel mit, „zerstörte kurz darauf zufällig ein Feuer sowohl die Inschrift als auch die Kapelle.“ Anscheinend setzten im Anschluß an diesen „zufälligen Brand“ Unruhen gegenüber den Juden ein, und das Auswärtige Amt wurde erneut zum Eingreifen aufgefordert. „Lord John Russell sandte sofort Instruktionen an den britischen Gesandten in Konstantinopel, um unverzüglich Maßnahmen zum Schutze der Juden zu veranlassen. Dies tat er mit einer solchen Energie, daß viele der Unterdrücker bestraft und der angeklagte Jude auf freien Fuß gesetzt wurde.“ Aus welchem Grunde die Unruhen entstanden waren, und weshalb der Jude in Haft kam, verrät Emanuel nicht. Es dürfte aber wohl kaum ein Zweifel bestehen, daß all dieses im Zusammenhang mit dem Niederbrennen der Kapelle stand<sup>1)</sup>.

Im selben Jahre kam die Kunde von einer schlechten Behandlung der Juden in Persien. Ermahnungen der dortigen britischen Gesandten blieben nicht nur ungehört, sondern führten zur Einäscherung jüdischer Häuser. Darauf wurde ein erneuter Protest von dem britischen Gesandten überreicht. Über den Erfolg ist nichts bekanntgeworden.

Das Auswärtige Amt wurde bereits in den nächsten beiden Jahren in ähnlichen Angelegenheiten bei den Regierungen für die Wallachei, Korfu und Tripolis tätig, und zwar meistens mit Erfolg.

Als im Jahre 1863 aus Rußland nach Jerusalem ausgewanderte Juden ihre Staatsbürgerschaft aufgegeben hatten, wurden sie auf Anweisung von London sofort unter den Schutz des britischen Konsuls gestellt.

Im Jahre 1865 verlangte der britische Generalkonsul in Serbien von dem regierenden Prinzen bessere Bedingungen für die Juden. Er teilt sein Ersuchen auch dem von ihm vorgeladenen Ältesten der dortigen Judengemeinde mit. Als die Vorhaltungen weitere Unruhen gegen die Juden nicht verhindern konnten, erfolgten neue Vorstellungen. Abhilfe wurde versprochen. Dieselbe Versicherung wurde auf erneutes Ersuchen auch von dem Schah von Persien gegeben. Anscheinend war sie aber nicht ernst gemeint gewesen, da bereits im nächsten Jahre das britische Auswärtige Amt erneut zugunsten der Juden eingreifen zu müssen glaubte.

Die nächsten vier Jahre sehen vier verschiedene Ersuchen gegenüber Rumänien. Lord Stanley hatte den Earl of Clarendon als auswärtigen Minister abgelöst. Er erklärte gegenüber den Führern der Juden, daß er immer bereit sei, seine Dienste zur Verfügung zu stellen, um die Juden vor Verfolgung zu bewahren. Als man im Jahre 1867 trotz der früheren Versprechen der betreffenden Regierungen die Juden in Rumänien als Bagabunden erklärte,

---

<sup>1)</sup> Emanuel: S. 76—77ff.

wurde der britische Vertreter angewiesen, in einer Unterredung mit dem regierenden Prinzen die unverzügliche Bestrafung der in Frage kommenden Beamten zu verlangen. Im folgenden Jahre wurde dann ein allgemeiner Schutz für die Juden von der rumänischen Regierung garantiert. Als aber kurz darauf antijüdische Maßnahmen bekannt wurden, protestierte der britische Generalkonsul auf persönliche Anweisung des Außenministers energisch dagegen.

Serbien machte im Jahre 1869 dem Weltjudentum Kummer. Die britische Regierung ließ infolgedessen keinen Zweifel darüber, daß Serbien nur die Unterstützung Englands gegenüber der Türkei fände, wenn es endlich nichts mehr gegen die Juden unternehmen würde..

In den Jahren 1872, 1875 und 1876 verwandte sich das Auswärtige Amt erneut für die Juden in der Türkei und erreichte auch jedesmal die Befriedigung seiner Wünsche.

Als sich im Jahre 1876 die Zustände in Persien erneut für die Juden verschlechterten, gab die englische Regierung auf telegraphischem Wege ihrem Vertreter Anweisung, sofort Schutzmaßnahmen von der Regierung zu verlangen. Diesem Ersuchen wurde entsprochen.

In den nächsten Jahrzehnten sollten vor allem Rumänien und Marokko Gegenstand diesbezüglicher britischer Vorstellungen sein.

Im Jahre 1876 fanden zwischen Rumänien einerseits und England und Frankreich andererseits Besprechungen über den Abschluß eines Handelsvertrages statt. Die ursprünglichen Vorschläge hierfür hätten die Juden in England von den darin gewährten Handelsvorteilen ausgeschlossen. Sie hörten davon und protestierten in einem Memorandum gegen solchen Vertragsinhalt. Eine Abschrift desselben wurde der Alliance Israélite nach Paris gesandt. Das Auswärtige Amt in London versicherte darauf den Juden, daß das Abkommen in der vorgesehenen Form nicht von der britischen Regierung abgeschlossen werden würde.

Im selben Jahre wurden in einzelnen Distrikten Rumäniens Ausweisungsdokumente für Juden erlassen. Auf Ersuchen des Auswärtigen Amtes in London wurden diese Verordnungen nicht nur aufgehoben, sondern die hierfür verantwortlichen vier Beamten entlassen.

Als die Berliner Konferenz herannahte, überreichte der Vorstand der Juden in London der englischen Regierung den Antrag, bei einer eventuellen Unabhängigkeitserklärung von Rumänien und anderen Balkanstaaten für die Freiheit und Gleichheit der Juden daselbst Sicherheitsmaßnahmen zu verlangen. Wir werden uns erinnern, daß Disraeli diesbezüglich tätig geworden ist. Die Juden waren aber keineswegs mit den von ihm getroffenen Abmachungen zufrieden. Sie drückten ihre Enttäuschung in einem besonderen Schreiben an Lord Salisbury aus und behaupteten, die britische Regierung sei von Rumänien übers Ohr

gehauen worden. Als im Jahre 1884 die Juden der Ansicht waren, Rumänien hätte die in Berlin abgeschlossenen Verträge zu ihrem Nachteil verlezt, baten sie um die Intervention der britischen Regierung in Bukarest. Zum ersten Male erhielten sie einen abschlägigen Bescheid. Dasselbe Schicksal erfuhren sie im nächsten Jahre. Lord Salisbury erklärte ihnen, daß dies eine innerpolitische Angelegenheit Rumäniens sei, in die man sich nicht einmischen könne. Diese Ablehnung ist wahrscheinlich auf die allgemeine Einstellung Lord Salisburys gegenüber den Juden zurückzuführen, die nicht gerade sehr freundlich gewesen ist. Zu dieser Zeit war er Erstminister und verwaltete gleichzeitig das auswärtige Ministerium. Diese Periode seiner Regierung und auch die späteren sind im Verhältnis zu andern Kabinetten bemerkenswert wegen des fast völligen Fehlens solcher Einmischungen. Wir werden unten nochmals auf Lord Salisbury zurückkommen.

Marokko sollte in den Jahren 1876, 1880, 1885 und 1887 Gegenstand britischer Vorstellungen werden. Als die britischen Ermahnungen im vorletzten Falle nicht genügt hatten, handelte man gemeinsam mit Frankreich, den Vereinigten Staaten und Italien.

Auch in der Zeit von 1889 bis 1896 erreichte man in Marokko, daß die Juden bei jeder Gelegenheit weitestgehend geschützt und die in Frage kommenden Einwohner hart bestraft wurden.

Bei einer Strafverhandlung gegen einen Juden in Korfu hatte das Auswärtige Amt im Jahre 1880 auf Ersuchen der Juden einen Vertreter ernannt, der den Verhandlungen beiwohnte. Der Jude wurde freigesprochen.

Man hatte im Jahre 1888 ebenfalls Erfolg mit diesbezüglichen Interventionen in der Türkei.

In Malta wurde im Jahre 1892 unter der ausdrücklichen Druckgenehmigung des dortigen römisch-katholischen Erzbischofs ein Flugblatt verteilt, in dem die Juden des Ritualmordes bezichtigt wurden. Man hielt die Bevölkerung an, Obacht auf ihre Kinder zu geben.

Die Juden in Malta wandten sich gemäß allgemeiner Gewohnheit nach London mit dem Erfolg, daß Lord Ripon vom Auswärtigen Amt Anweisungen an den Gouverneur zum Schutze der Juden sandte. Darüber hinaus wandte sich der Erzbischof von Westminster auf Veranlassung der Juden in London an seinen Kollegen in Malta mit der Bitte, seinen Einfluß auf Zurückziehung des Flugblattes geltend zu machen. Diese Intervention hatte auch den gewünschten Erfolg.

In demselben Jahre fühlte sich die Judentum durch einen Gesetzesentwurf in der Schweiz beunruhigt. Hiernach sollte das Schächten von Vieh verboten werden. Bei Wirksamwerden des Gesetzes befürchtete das Weltjudentum, daß auch andere Völker dies zum Beispiel nehmen könnten. Wieder war es Lord Rosebery, der im Interesse der Juden eingriff, denn er war es, der diese Mitteilung an Lord Ripon im Auswärtigen Amt weiterleitete. Sofort wurde

ein Artikel in der medizinischen Zeitschrift „British Medical Journal“ veröffentlicht, daß die jüdische Art des Schlachtens nach Ansicht der Wissenschaftler die am wenigsten grausame und wirksamste sei. Die Juden in London wurden über die Angelegenheit von Lord Rosebery auf dem laufenden gehalten. Der Gesetzentwurf scheiterte bei dem Nationalrat in der Schweiz, so daß keine weiteren Maßnahmen von London mehr notwendig waren.

Auch in Persien erfolgten weitere Interventionen des Auswärtigen Amtes.

Als dort im Jahre 1890 ein Jude getötet war, wurde der Täter auf Veranlassung Englands bestraft und die Familie des Juden entschädigt. Zwei Jahre später verlangte Lord Rosebery bei dortigen Ausschreitungen Schutzmaßnahmen gegen die Juden, die auch mit Hilfe von Truppen ins Werk gesetzt wurden. Auf dieselbe Art und Weise wurden ähnliche Unruhen in den Jahren 1898 und 1907 verhindert.

Am meisten beschäftigten sich aber die Juden und das Auswärtige Amt um die Jahrhundertwende und später mit den Ereignissen in Rußland.

Als im Jahre 1890 die Rechte der Juden in Rußland erneut beschränkt wurden, fand eine Versammlung unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters der City von London in der Guildhall statt, die „die Verfolgung der Juden als Skandal für die Christenheit verdammt“. Ein Memorandum wurde verfaßt und an den Zaren gesandt, der jedoch die Annahme verweigerte. Diesmal hielt sich die britische Regierung für außerstande, sich einzumischen, da es „eine innerpolitische Angelegenheit“ sei. Nichtsdestoweniger wies sie ihre Vertreter in Rußland an, Berichte über die Auswirkung der gesetzlichen Maßnahmen einzureichen.

In den Jahren 1904, 1905, 1906 und 1910 setzte sich das Auswärtige Amt jedoch tatkräftig für die Juden in Rußland ein und erreichte jedesmal, daß nichts gegen sie unternommen wurde.

Die Zusammenstellung dieser Einmischungen Englands zugunsten der Juden möge genügen und dürfte einwandfrei bewiesen haben, in welchem Maße Weltjudentum und Großbritannien seit langer Zeit zusammenarbeiten. Ja, man kann vielleicht sogar ohne Übertreibung sagen, daß es eigentlich recht schwer ist, noch einen größeren Unterschied zwischen diesen beiden Mächten festzustellen. Die Juden selbst machen aus dieser Machtstellung kein Hehl, wie sich aus folgender Feststellung des Juden Simon Wolf ergibt: „Wir alle wissen, daß die größten Bankiers der Welt — die Familie Rothschild — Juden sind. Wir wissen, daß sie nicht nur den Geldmarkt beherrschen, sondern auch das politische Schicksal Europas . . . Die Presse Europas ist größtenteils von Juden kontrolliert; die Hauptschriftleiter sind Juden . . . Die Revolutionsideen in Europa sind von den Juden ins Leben gerufen und von ihnen vorwärtsgetrieben worden . . .“).

2) Simon Wolf: S. 36—39.

## Burenkrieg — Judenkrieg

Die enge Verbundenheit zwischen den Juden und England geht aber auch aus den Ursachen hervor, die im Jahre 1899 zum Burenkrieg führten.

Die Buren waren in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts aus der unter englischer Herrschaft stehenden Kap-Kolonie ausgewandert, weil ihnen seitens der Engländer ihr kulturelles Eigenleben nicht zugestanden worden war. Sie besiedelten u. a. Transvaal, das sich seit dem Jahre 1884 mit anderen kleinen Freistaaten der Buren zu der Südafrikanischen Republik zusammengeschlossen hatte. In all den Jahren vor und nach dieser Gründung hatte man bis zum Ausbruch des Krieges Streitigkeiten mit den Engländern gehabt. Als im Jahre 1886 reiche Goldfelder innerhalb des Gebietes der Buren entdeckt wurden, war es offensichtlich, daß die Engländer in Kürze dieses Land ihrem Kolonialreich anzugliedern versuchen würden.

Der Mittelpunkt der Goldindustrie, Johannesburg, war in ganz kurzer Zeit auf etwa 100 000 Einwohner angewachsen. Die Geschäfte und Vergnügungstätten waren in Händen der Juden. Das Land in Transvaal gehörte bereits um das Jahr 1900 zur Hälfte, und das Volksvermögen zu neun Zehnteln den Juden<sup>1)</sup>. Nach Ansicht von Hobson, der ausdrücklich in seinem Buch erklärt, er sei keinesfalls mit der „schändlichen Judenhege“ einverstanden, stellte Johannesburg ohne Zweifel Neu-Jerusalem dar. Wenn die Zahl der Juden mit etwa 15 000 auch nur verhältnismäßig klein sei, so beherrschten sie doch ganz das Leben dieser Stadt. Die Goldminen waren fast ausschließlich in ihrer Hand. An der Spitze stand zu dieser Zeit die sogenannte Eckstein-Gruppe mit der Firma Bernher Beit & Co. Sie kontrollierte u. a. 29 Minen mit einem damaligen Marktwert von etwa £ 76 Millionen. Ähnliche Gesellschaften mit großem Einfluß auf die gesamte Wirtschaft des Landes waren auch sonst überall festzustellen. Die City von London, darunter Rothschild, hatte ebenfalls große Interessen in der Goldindustrie. Namen wie Abu, Barnato, Neumann und andere waren und sind noch heute führend in Transvaal. Einer der wenigen Christen in diesen Gesellschaften war Cecil Rhodes. Auch alle andern Industriezweige waren zum größten Teil in Händen der Juden, ganz gleichgültig, ob im Groß- oder Kleinhandel. Es konnte unter diesen Umständen nicht ausbleiben, daß auch die Börsengeschäfte von den Juden beherrscht wurden. An jüdischen Festtagen war die Börse geschlossen. Wie gewöhnlich, waren die Juden auch in großem Maße als Geldverleiher tätig, und die Buren auf ihren Farmen waren ihnen völlig verschuldet. Den größten Einfluß hatten sich aber die Juden dadurch erworben, daß sie die Presse und so die öffentliche Meinung weitgehend kon-

<sup>1)</sup> Hobson: S. 11—13ff.

trollierten. Der vorherrschende Einfluß der Juden ging so weit, daß auch zum Teil Vergnügungslokale an jüdischen Feiertagen nicht geöffnet waren.

Aus verschiedenen Gründen nun waren die Juden mit der Burenregierung unzufrieden. Abgesehen von den angeblich hohen Dynamitpreisen — es bestand ein staatliches Dynamitmonopol, an dem die Juden nicht beteiligt waren — und den zu hohen Bahnfrachten — auch die Bahn befand sich im fast alleinigen Besitz der Regierung — war es vor allen Dingen die Frage der Lohngestaltung und damit verbunden die Arbeiterfrage, die Anlaß zu dauernden Beschwerden der jüdischen Gruppen bot.

Hinzu kam, daß die wirtschaftliche Lage in der englischen Kolonie Rhodesien sehr schlecht war. Dieselben Personen, die in der Goldindustrie führend waren, hatten dort ebenfalls große Interessen. Den dort erlittenen Schaden hoffte man mit dem zu erwartenden großen Überschuß in den Goldminen leicht ausgleichen zu können. Notwendig für die Verschmelzung dieser Geschäfte war aber die Einverleibung von Transvaal<sup>2)</sup>.

Es war natürlich unmöglich, daß die Goldindustrie diese Gründe der britischen Öffentlichkeit mitteilen konnte. Es mußten daher andere erfunden werden, um einen Vorwand zum Krieg zu haben.

Diese konnten nur allzu leicht in angeblichen Übergriffen der Buren gegenüber Briten gefunden werden, die in Johannesburg und Umgebung lebten. Hierbei half hauptsächlich die Presse. Die Juden und ihre Freunde hatten hierfür bereits gut vorgearbeitet. So hatte die Gruppe Eckstein und Barnato die Aktienmehrheit in der führenden Abendzeitung von Kapstadt, Cape Argus. Sie kontrollierte dann in kurzer Zeit fast alle anderen wichtigen Zeitungen in dieser englischen Kolonie. Schließlich wurde auch die einflußreichste Zeitung, die „Cape Times“, von den Juden und ihren Freunden aufgekauft. Auch andere Zeitungen, wie in Port Elisabeth, Durban und anderen größeren Plätzen, gingen in die Hände der Juden und ihrer Freunde über.

In der Burenrepublik wurde die Presse ebenfalls von denselben Personen kontrolliert. Auch sie tat alles, um eine Krise herbeizuführen. In den letzten Jahren wurden von den genannten Personen Tageszeitungen gegründet, die alle gegen die Regierung der Buren Front machten. Der „Star“ und der „Leader“ sorgten vor allem dafür, daß die Berichterstattung über die verschiedenen Vorfälle den Stolz der Engländer verletzte.

So bestand auch bereits für damalige einsichtige Zeitgenossen kein Zweifel, daß die Presse zunächst die englische Bevölkerung in Südafrika und dann in Großbritannien für den Krieg reif gemacht hatte<sup>3)</sup>.

So kann hier kein Zweifel darüber bestehen, daß der Krieg eine der wertvollsten Vanderwerbungen für die englische Krone brachte,

<sup>2)</sup> Reik: S. 60.

<sup>3)</sup> Hobson: S. 227—228. Stead, im Vorwort zu dem Buch von Reik: S. VIII.



andererseits aber wird die Machtgier des Judentums erneut erwiesen, ohne dem einzelnen Engländer Vorteile zu bringen. Auch von einer Herrschaft des englischen Volkes in Südafrika konnte praktisch keine Rede sein, da das gesamte Leben von den oben genannten Personen beherrscht wurde.

Die Eroberung der Burenrepublik hat das Weltjudentum und seine Freunde erheblich in der Macht gestärkt, da die Bedeutung dieses Erwerbs schon allein aus der Tatsache hervorgeht, daß Südafrika bereits seit langem 50 % und mehr der gesamten jährlichen Goldausbeute der Welt fördert. Wir werden sogar weiter sehen, daß man heute fast von einem Goldmonopol der Juden in der Welt sprechen kann.

## König Eduard — Einkreiser und Judenfreund

Im Jahre 1901 starb Königin Victoria. Ihr Sohn, König Eduard VII., folgte ihr auf den Thron. War der Burenkrieg einer der wichtigen Meilensteine der jüdischen Herrschaft in Großbritannien, so kann man wohl mit Recht behaupten, daß die Regierungszeit Eduards VII. die Krönung brachte.

Seine Vorliebe für Juden ist so allgemein bekannt, daß nur einige Einzelheiten mitgeteilt werden sollen. Seine größten Vertrauten waren die drei Gebrüder Rothschild, von denen Alfred sogar als sein Busenfreund bezeichnet wird<sup>1)</sup>. Auch die Familie Sassoon konnte sich über mangelnde Zuneigung nicht beklagen. Als seinen intimsten Freund pflegt man gewöhnlich Sir Ernest Cassel zu bezeichnen. Der König machte ihn und einen andern jüdischen Freund, Sir Edgar Speyer, zum Mitglied des Kronrats<sup>2)</sup>. Sir Ernest war vielleicht neben Rothschild der einflußreichste Bankier seiner Zeit und nannte ein sehr großes Vermögen sein eigen. Er war in Köln geboren und hatte sich verpflichtet gefühlt, die Anglo-German Fellowship, eine Gesellschaft zur Verständigung zwischen Deutschen und Engländern unter Zurverfügungstellung von 200 000 Pfund ins Leben zu rufen<sup>3)</sup>. Seine Tochter hat den bekannten Lord Mount Temple geheiratet. Aus dieser Ehe sind zwei Töchter hervorgegangen. Eine von ihnen hat Captain A. Cunningham-Reid, einen konservativen Parlamentsabgeordneten, die andere Lord Mountbatten geheiratet. Dieser gehört zu dem höchsten Adel und ist seit 1937 Flügeladjutant des Königs. Er steht auch in naher Verwandtschaft mit dem Königshaus. Sein Vater war der frühere Prinz von Battenberg, der im Jahre 1917 seinen Namen ins Englische übersetzen zu müssen meinte. Er war wiederum mit der Prinzessin Victoria, der Tochter des Großherzogs Ludwig IV. von Hessen und seiner Ehefrau Alice, vermählt. Letztere war die Tochter der Königin Victoria.

Alle jüdischen Freunde König Eduards VII. gehörten zu den einflußreichsten Kreisen von Finanz und Wirtschaft an. Dies zeigt sich am besten aus einem Briefe Wilhelms II. an den Fürsten von Bülow, in dem er wie folgt schreibt: „Ballin erzählte mir: Kürzlich sei Werner Beit bei ihm gewesen. Er ist der größte Spekulant und Börsenjobber in der City, einer der Veranstalter des Burenkrieges und afrikanischen Minenschwindels. Er besorgt alle Spekulationen of His Majesty, der fast Teilhaber in seinen Transaktionen ist, und muß ihm, His Majesty, immerzu Haufen Geldes besorgen, da er immer mehr braucht. Man kann sagen, „he runs the King“ (muß den König aushalten)<sup>4)</sup>.

<sup>1)</sup> Jewish Year Book (1937): S. 368.

<sup>2)</sup> Jackson: S. 193.

<sup>3)</sup> Jewish Chronicle vom 7. Mai 1937.

<sup>4)</sup> Spectator: S. 193.

Man kann sich also nach allem unschwer vorstellen, in welchem Maße der König die Juden begünstigte. Er versuchte auch, sie gesellschaftsfähig zu machen, soweit dies nicht bereits der Fall war. Dies geschieht in England nicht selten dadurch, daß die Betreffenden Mitglieder feudaler Klubs werden. Der König stieß aber bei seinen diesbezüglichen Bemühungen zum Teil auf sehr heftigen Widerstand und war nicht immer erfolgreich. Um dies in der Zukunft zu vermeiden, gründete er den Marlborough Club und versammelte dort nur ihm ergebene Mitglieder um sich, die der Einführung von Juden keinen Widerstand entgegensezten. Heute zählt der Club zu einem der exklusivsten in London, und es werden, wie man uns persönlich versichert hat, heute kaum mehr Juden zugelassen!

Von der Entschlossenheit des Königs, alles für seine jüdischen Freunde zu tun, zeugt auch die Tatsache, daß er es auf einen Bruch mit einem verdienten Minister ankommen ließ.

Es handelt sich hierbei um den bereits genannten Lord Salisbury. Bis heute sind die Gründe für dessen Rücktritt nicht ganz geklärt. Zwar hat wahrscheinlich seine schlechte Gesundheit einen nicht geringen Anlaß für seinen Schritt gegeben. Neben anderen vorgebrachten Gründen spricht aber auch vieles dafür, daß Lord Salisbury trotz des andauernden Druckes von König Eduard VII. nicht willens war, einen der jüdischen Freunde des letzteren in die Liste der mit einem Titel auszuzeichnenden Personen einzuschließen. Als der König auf seinem Wunsch bestand und die Verantwortung dafür übernahm, reichte Lord Salisbury sein Abschiedsgesuch ein<sup>5)</sup>.

---

<sup>5)</sup> Keith: S. 105—106.

## Juden überschwemmen England

Unter König Eduard VII. sollte auch ein neues Gesetz zur Verhütung ungehinderter Einwanderung nach Großbritannien verabschiedet werden. Diesem Vorgang waren langjährige Kämpfe für oder gegen eine Kontrolle der Einwanderung vorausgegangen.

In der zweiten Hälfte des verflossenen Jahrhunderts ergossen sich Auswanderermassen von Osten nach Westen. Unter ihnen befanden sich hauptsächlich jüdische Elemente.

Schon seit Ende des Krimkrieges konnte man von Jahr zu Jahr eine steigende Einwanderung aus Rußland, zu dem damals bekanntlich auch Polen und Litauen gehörten, feststellen<sup>1)</sup>. Anscheinend hatte auch das neue Einbürgerungsgesetz aus dem Jahre 1870 seine Wirkung auf Ausländer nicht verfehlt. Hiernach konnten sie nämlich bereits nach einigen Jahren die Naturalisation erlangen, zumal die Voraussetzungen dafür unschwer zu erfüllen waren.

Nach dem Jahre 1882 ergoß sich geradezu ein Strom von Ostjuden über England. In Rußland waren die bekannten Mai-Gesetze vom Jahre 1882 erlassen worden. Sie sahen vor, daß die Juden nur unter ganz bestimmten Bedingungen auf dem Lande leben durften. So mußten die Hebräer u. a. nachweisen, daß sie sich schon zu einer bestimmten Zeit außerhalb der Städte angesiedelt hatten. Konnten sie diesem Erfordernis nicht entsprechen, mußten sie in die nächstgelegene Stadt zurückkehren. Außerdem wurde den Juden nur erlaubt, sich innerhalb von fünfzehn genau bezeichneten Provinzen des damaligen Russischen Reiches aufzuhalten. Die Folge hiervon war, daß eine Überfüllung der Städte in dem betreffenden Gebiet stattfand und die Juden infolgedessen sich nach anderen Siedlungsplätzen umzusehen hatten.

Die Hauptmassen wandten sich nach England und Amerika. Genau wie heute fanden auch damals Protestversammlungen gegen solche Gesetze statt, und man konnte sich nicht genug tun, sie als eine Schande der Zivilisation zu bezeichnen. Im Mansion House wurde auf einer solchen Versammlung für die armen, verfolgten Juden eine Summe von £ 108,000,— gesammelt und dem betreffenden Flüchtlingskomitee zur Verfügung gestellt<sup>2)</sup>.

Die Juden kamen hauptsächlich per Schiff von Hamburg und Bremen und wurden zum größten Teil in London und Hull gelandet. Jrgendwelche Schwierigkeiten bestanden bei der Einwanderung nicht. Man kannte zu dieser Zeit in England keinen Paß-, noch bestand ein Anmeldezwang. Es gab lediglich ein Einwanderungsgesetz aus der Zeit König Wilhelms IV., das aber infolge seines Alters von etwa fünfzig Jahren und der veränderten Umstände den Erfordernissen nicht mehr gerecht wurde.

<sup>1)</sup> Wilkins: *Alien Invasion*, S. 18.

<sup>2)</sup> Landa: S. 7ff. Wolf: *Essays*, S. 358.

Dies Gesetz legte lediglich den Kapitänen der einkommenden Schiffe auf, eine Liste der an Bord befindlichen Ausländer anzufertigen und sie dem zuständigen Zollbeamten zu überreichen<sup>3)</sup>. Alles in allem war das Gesetz in keiner Weise geeignet, auch nur die kleinste Beschränkung in der Einwanderung herbeizuführen, zumal es keine Einwanderungsbeamten vorsah, die das Landen verbieten konnten. Auch die vorhandenen Zollbeamten hatten keinerlei Machtbefugnis dazu. Es kam daher jeder nach England, der aus irgendeinem Grunde seinen Wohnsitz mit diesem Lande vertauschen zu müssen glaubte. Die Ankömmlinge boten meistens ein bedauernswertes Bild. Dies ergibt sich u. a. aus den Schilderungen von Zollbeamten, die jahrelang im Hafen von London tätig waren und im Jahre 1889 vor einem Komitee des Parlaments ihre Beobachtungen als Zeugen abgaben.

Die Passagiere dieser Einwandererschiffe waren nach dieser genannten Beweisaufnahme völlig ohne irgendwelche Mittel. Mit ganz wenigen Ausnahmen kamen sie ohne Gepäck in England an. Sie hatten meistens nur ein Taschentuch, in das sie ein bißchen trockenes Brot und einen Hering eingeknotet hatten. Die Kleidung starrte vor Schmutz und war meistens völlig zerrissen. Es handelte sich hierbei fast ausschließlich um polnische, russische, litauische, galizische und deutsche Juden. Bei der Ankunft solcher Schiffe sah man schon ihre Rassegenossen umherstehen, die sich dann ihrer annahmen. Was weiter aus ihnen wurde, hatten die Behörden kein Interesse festzustellen. Man sah sie meistens in der Richtung nach dem Osten Londons, insbesondere im Stadtteil von Whitechapel, verschwinden<sup>4)</sup>.

Es war nun nicht London allein, das mit diesen Juden beglückt wurde. Auch viele andere Städte, so vor allem Bradford, Hull, Manchester, Glasgow, Leeds und andere wurden von ihnen bevölkert. Die Folge davon war, daß sich in den betr. Städten großer Wohnungsmangel bemerkbar machte. Ganze Stadtteile wurden von der englischen Bevölkerung geräumt, da sie den Schmutz und Gestank dort nicht ertragen konnte<sup>5)</sup>. In welchem Maße dies der Fall war, kann man u. a. in Leeds feststellen. Dort hatten sich die Juden so sehr vermehrt, daß die englische Bevölkerung aufs höchste erregt wurde. In welcher Anzahl sie sich dort niedergelassen hatten, konnte nicht genau festgestellt werden. Denn weder Behörden noch Privatpersonen hatten sich um das oben genannte Gesetz gekümmert, und es war daher fast außer Anwendung gekommen. Auch amtliche Zählungen waren, wie wir noch weiter sehen werden, ungenau. Wie verschieden die Meinung über die Ziffer der Juden in einer mittelgroßen Stadt wie Leeds von damals etwa 370 000 Einwohnern war, geht aus einer amtlichen diesbezüglichen Beweisaufnahme hervor. So gab der dar-

<sup>3)</sup> Accounts and Papers (1889): Bd. 10, S. 267—269.

<sup>4)</sup> Accounts and Papers (1889): Bd. 10, S. 315—333.

<sup>5)</sup> Accounts and Papers (1889): Bd. 10, S. 333—342, 348ff.

über vernommene Rabbiner der Judengemeinde die Zahl mit höchstens 6000 an, während ein Arzt, der eine große Praxis in den Judenvierteln gehabt hatte, sie auf 15 000 bezifferte. Ein Stadtrat von Leeds gab sie dagegen mit mindestens 30 000 Seelen an<sup>6)</sup>.

Ganz schlimm war es auch in gewissen Stadtteilen von London, wie Hackney, Shoreditch und Whitechapel geworden. Dort hatten sich die Juden in sechs bis acht Jahren um das Drei- bis Vierfache vermehrt und die englische Bevölkerung schon aus ganzen Straßenzügen verdrängt<sup>7)</sup>.

So kam es im Jahre 1889 im Parlament zur Einsetzung des bereits genannten Komitees. Dies sollte zunächst einmal den Umfang der Einwanderung feststellen, und soweit wie möglich auch ihre Nachteile. Es tagte in den Monaten Mai und Juli und fertigte nach einer umfangreichen Beweisaufnahme, auf die wir bereits teilweise Bezug genommen haben, ein längeres Gutachten an. Am Schluß desselben faßte die Kommission ihre Feststellung in sieben Punkten und ihre Empfehlungen zur Besserung der Lage in fünf Absätzen zusammen.

In den ersteren stellte sie u. a. fest, daß die Einwanderung erheblich zunehme und „die ärmste und schlechteste Klasse in England verbliebe“. Sie verlangte jedoch keine Einschränkung der Einwanderung, da ein diesbezügliches Gesetz auf zu große Schwierigkeiten stoßen würde. Man solle lediglich in Zukunft für eine genaue amtliche Zählung der Ausländer sorgen<sup>8)</sup>.

Nach dieser Feststellung verwundert es daher nicht, daß der Zustrom der Juden nicht abnahm, sondern sich von Jahr zu Jahr verstärkte.

Inzwischen hatten sich zum Teil unerträgliche Zustände in der Wirtschaft bezüglich der Löhne und sonstigen Arbeitsbedingungen herausgestellt. Im Jahre 1890 tagte das sogenannte Sweating Committee unter Lord Dunraven. Letzterer fertigte nach langen Untersuchungen einen Entwurf von dem zu erstattenden Bericht an. Hierin führte er die unsozialen Arbeitsbedingungen hauptsächlich auf die Einwanderung zurück. Dieser Standpunkt wurde jedoch nicht von den übrigen Mitgliedern des Komitees geteilt, so daß sie ihm ihre Zustimmung zu dem Entwurf verweigerten. Lord Dunraven legte darauf den Vorsitz nieder.

Noch im selben Jahre versuchten die Gegner einer ungehinderten Einwanderung die Öffentlichkeit auf die Gefahr der Überfremdung aufmerksam zu machen. Sie beriefen Versammlungen ein, an denen Lord Dunraven und Sir Howard Vincent lebhaften Anteil nahmen. Auch Arnold White und W. S. Wilkins, der frühere Sekretär von Lord Dunraven, waren an führender Stelle tätig. Der letztere klagte die fremden Einwanderer in einem Artikel in

<sup>6)</sup> Accounts and Papers (1889): Bd. 10, S. 335—348.

<sup>7)</sup> Accounts and Papers (1889): Bd. 10, S. 348ff.

<sup>8)</sup> Accounts and Papers (1889): Bd. 10, S. 274—275.

der „National Review“ vom September 1890 an, daß sie den Engländer seiner Geburtsrechte beraubten<sup>9)</sup>.

Die liberalen Kreise verwiesen u. a. auf die inzwischen veröffentlichten amtlichen Statistiken des Handelsministeriums (Board of Trade). Hierin wurden die Ankömmlinge in solche unterteilt, die sich en route to places out of the United Kingdom befanden, also Durchgangsreisende, und solche, deren Ziel England war. Die Gegner machten jedoch insbesondere darauf aufmerksam, daß die betreffenden Veröffentlichungen aus verschiedenen Gründen nicht den Tatsachen entsprächen. Inwieweit sie damit recht hatten, wird unten behandelt werden.

Unterdessen nahm die Einwanderung einen immer stärkeren Umfang an, zumal in Rußland im Jahre 1890 neue Ausführungsbestimmungen zu den Mai-Gesetzen des Jahres 1882 ergangen waren, die die Wanderung der Juden von Ost nach West noch mehr erhöhten. Wieder fanden Protestversammlungen über die barbarischen Maßnahmen des Zaren statt, und wieder wurde ein Betrag von etwa £ 100,000,— gesammelt.

Nichtsdestoweniger war die allgemeine Meinung stark an der Erforschung der gesamten Frage bezüglich der Einwanderung interessiert, so daß sich selbst die im Jahre 1892 an die Macht gekommene liberale Regierung diesen Wünschen nicht ganz entziehen konnte. Man trat aber zunächst nur in erneute Untersuchungen ein. So sandte man zwei Mitglieder der zu diesem Zweck eingesetzten Kommission nach Amerika, um über die dort eingeführten gesetzlichen Einwanderungsbeschränkungen Erhebungen anzustellen.

Am 11. Februar 1893 kam das ganze Problem in einer langen Debatte im Parlament zur Sprache. Die Gegner der Überfremdung Englands wurden von dem Abgeordneten James Bowther geführt. Er wies darauf hin, daß öffentliche Korporationen und Handelsvereinigungen eine weitere Einwanderung für unerträglich hielten. Die amtlichen Statistiken hierüber seien für eine Beurteilung der Lage unbrauchbar. Es käme vor, daß die Passagierlisten, die die Kapitäne auf Grund des inzwischen wieder ins Leben gerufenen Gesetzes aus den Zeiten König Wilhelms IV. anzufertigen hätten und auf die sich die amtlichen Zählungen stützten, nicht selten von den Schiffsjungen der betreffenden Dampfer angefertigt würden. Hinzu käme, daß man sich ganz auf die Angaben der Einwanderer verließ und man keinerlei Schritte unternähme, um die Weiterfahrt der Durchgangsreisenden festzustellen. Nach den neuen verschärften Einwanderungsbestimmungen in Amerika sei sogar die Gefahr gegeben, daß hiervon viele im Lande blieben. Durch den Strom der Fremden würde bestes englisches Blut verdrängt und zur Auswanderung getrieben<sup>10)</sup>.

<sup>9)</sup> Landa: S. 12—14.

<sup>10)</sup> Hansard: 4. Serie, Bd. 8, S. 1154ff.

Seine Rede wurde des öfteren von dem jüdischen Abgeordneten Sir Julian Goldsmid unterbrochen. Dieser trat im Verlauf der nächsten Jahre sehr für eine ungehinderte Einwanderung ein. Er war der Vorsitzende des sogenannten russisch-jüdischen Komitees und daher erheblich in dessen Sinne tätig. Sein Name und Wappen wird heute von Baron Osmond Elin d'Uvigdor-Goldsmid weitergeführt, der ihn auch beerbt hat. Letzterer hat eine bedeutende Stellung in der Wirtschaft inne.

Im Verlauf der Auseinandersetzungen wünschte James Lowther zu wissen, wo der Gesetzesentwurf für eine Einwanderungsregelung der zurückgetretenen Regierung geblieben sei. Sir Charles Dilke erklärte ihm, keine Kenntnis hiervon zu haben. Ein anderer Abgeordneter stellte demgegenüber fest, daß er sogar die Gesetzesvorlage mit seinen eigenen Augen gesehen habe.

Mundella, der Präsident des Board of Trade, bedauerte, sie trotz diesbezüglicher Nachforschungen nicht entdeckt zu haben. Wir können nicht umhin, zu bemerken, daß dies mit Rücksicht auf die Abneigung der liberalen Regierung, Einwanderungsbeschränkungen zu erlassen, nicht befremdlich ist. In den nachfolgenden Debatten führten ihre Anhänger aus, daß man den armen Juden doch nicht die Möglichkeit der Einwanderung nach England nehmen könnte. Sie hätten so unmenschlich in Rußland unter den harten Gesetzen zu leiden, daß ihnen daher eine Zuflucht gewährt werden müßte. Was schulde man nicht alles den Juden! Hätte man schon früher jüdische Auswanderer ausgeschlossen, würde man nicht die Familie von Disraeli zugelassen haben, und England wäre so der Dienste dieses großen Juden verlustig gegangen. Im übrigen sollte man sich über die angeblich heruntergekommenen Einwanderer keine Sorgen machen. Für jeden von ihnen wanderten zehn Engländer derselben Klasse aus. Tatsächlich handele es sich vor allem bei den Juden um Menschen von hervorragenden Eigenschaften. Die obigen Ausführungen wurden hauptsächlich von Sir Charles Dilke und Mr. Mundella gemacht. Die von ihnen geführte Richtung setzte sich auch bei der Abstimmung durch. So kam es nicht zu irgendwelchen gesetzlichen Einwanderungsbeschränkungen.

Es blieb also nach wie vor beim alten und der liberalen Regierung überlassen, irgendwelche Vorkehrungen zu treffen.

Diese hatte aber nach wie vor wenig Neigung dazu. Infolgedessen brachte Lord Salisbury, der in der Opposition stand, im Oberhaus einen Gesetzesentwurf ein, der keine allgemeine Beschränkung der Einwanderung vorsah, sondern nur vor allem den verbrecherischen Elementen die freie Einreise nach England unmöglich machen wollte. Am 6. Juli 1894 fand die Aussprache darüber statt. Nach heftiger Aussprache zwischen Rosebery und Salisbury sowie einem Schlußwort des jüdischen Vordanzlers, Lord Herschell, der sich ebenfalls gegen die Gesetzesvorlage aussprach, erfolgte trotz des Widerspruchs der liberalen Peers die zweite Lesung.



Einige Wochen später hat der damalige Lord Londonderry Lord Salisbury, seinen Antrag zurückzuziehen, da er doch im Unterhaus keine Mehrheit finden würde. Tatsächlich ist der Gesetzesentwurf auch später spurlos in der Versenkung verschwunden<sup>11)</sup>.

Die nächsten Jahre schienen die von einem großen Teil der Bevölkerung ersehnte Gesetzgebung zu bringen, zumal die Thronrede der Königin Victoria bei Antritt der neuen Regierung im Jahre 1896 ein endgültiges diesbezügliches Versprechen enthielt. Aber trotz allen Drängens der interessierten Kreise erfolgte nichts. Die Rede der Königin im nächsten Jahre über die Tätigkeit der Regierung schwieg völlig über diese Frage. Dasselbe ereignete sich im Jahre 1898. Zur allgemeinen Überraschung brachte aber Lord Hardwig im selben Jahre den früheren Gesetzesantrag von Lord Salisbury ein. Aber auch hiervon wurde in der Folgezeit nichts mehr gehört. Erst nach dem Burenkrieg, der jede Gesetzgebungsmaßnahme nach Ansicht der Regierung unmöglich machte, sollte der Kampf heftiger denn je entbrennen.

Ein neues Parlamentsmitglied war gewählt worden, das in der Folgezeit an führender Stelle gegen die Überfremdung Englands eintreten sollte. Es handelte sich um Major William Evans Gordon, dessen Wahlbezirk sich im Brennpunkt des Geschehens in Stepney, einem Viertel im Osten Londons, befand. Er hatte schon eine Zeitlang vorher alle Engländer, die sich gegen die immer mehr um sich greifende Verjudung des Ostens von London wehrten, um sich versammelt und in die Bestrebungen ein einheitliches System hineingebracht. Es war wohl seinem Antriebe zu verdanken, daß eine ausgesprochen anti-jüdische Organisation, die sogenannte Britain Brothers' League, ins Leben gerufen wurde. Überall hielt man Aufklärungsversammlungen ab und verlangte energische Abwehrmaßnahmen gegen die Überfremdung. Häufig gingen solchen Versammlungen Umzüge in den am meisten bedrohten Vierteln voraus. Das Werk dieser arterhaltenden Kräfte fand großen Widerhall in der Nation, und zum zweitenmal nach der Emanzipation ging eine anti-jüdische Welle durch England.

Die Verjudung des Ostens von London machte dennoch ungeheure Fortschritte. Wo noch vor kurzem die Wohnungen von Arbeitern mit Gärten gewesen waren, befanden sich jetzt kleine Fabrikationsbetriebe, deren Eigentümer und Arbeiter fast ausschließlich Juden waren. Durch die Straßen schoben sich Massen jüdischer Trödler und wandernder Krämer. Überall sah man Verkaufsstände. Ein Straßenzug nach dem andern wurde von der englischen Bevölkerung aufgegeben, die Kapellen und Kirchen standen verödet in den Bezirken. Damals wie heute glaubte man sich dort nicht in einer englischen, sondern in einer rein jüdischen Stadt aufzuhalten. An den Läden sieht man zum Teil in hebräischen Buchstaben die Namen von Juden. Selbst die Feuermelder tragen englische und hebräische Aufschriften. In ganz

<sup>11)</sup> Vanda: S. 22—23.

kurzer Zeit hatten die Juden um die Jahrhundertwende im Osten Londons etwa 107 Straßen völlig besetzt. Unzählige andere waren schon überwiegend jüdisch und befinden sich heute ganz in den Händen der Hebräer. Die Dichte der Bevölkerung dürfte unübertroffen gewesen sein. Die meisten oft recht umfangreichen Familien hatten nur einen Raum, der allen Zwecken zu dienen hatte<sup>12)</sup>.

Dabei waren nicht die geringsten Anzeichen vorhanden, daß die jüdischen Einwanderer einer besseren Klasse angehörten als die früheren Ankömmlinge. Sie starrten vor Schmutz und waren ohne jede Mittel. Ein Beamter gibt darüber eine eindrucksvolle Beschreibung. So wurde ein Teil der im Jahre 1905 per Schiff in London eingetroffenen Juden mit Omnibussen an die nächste Bahnstation gebracht. Der Beamte verlangte darauf von den Eigentümern der Fahrzeuge, daß sie gründlich gereinigt würden. Die Ankömmlinge seien nicht nur sehr schmutzig, sondern auch voller Ungeziefer gewesen<sup>13)</sup>.

Die Veröffentlichung dieses Briefes erregte großen Unwillen unter den Juden, und einer ihrer Vertreter schrieb einen offenen Brief an die „Times“. Hierin verwahrte er sich gegen die Feststellungen des betreffenden Gesundheitsbeamten. Die jüdischen Einwanderer wären von einer „ausgezeichneten äußeren Erscheinung gewesen. Manche von ihnen waren vielleicht nicht sehr sauber, aber dies sei nicht das Verschulden der Einwanderer. Vielmehr sei dies durch die sechstägige Reise und den Schmutz an Bord der Schiffe verursacht worden“<sup>14)</sup>. Dies scheint aber nur die Ansicht der Juden gewesen zu sein, denn angesehene Männer brachten in der Öffentlichkeit immer wieder zum Ausdruck, daß England „den Abfall des Abfalls von Osteuropa und den Abschaum der jüdischen Gemeinde“ aufnehme<sup>15)</sup>.

Die Wahrheit dieser Behauptung ergab sich auch bald daraus, daß die Kriminalität erheblich zunahm.

Vor allem die für Juden typischen Verbrechen waren es, gegen die die Obrigkeit einzuschreiten hatte. So finden wir viel Prostitution und ungesetzliche Destillationen<sup>16)</sup>. Fälschungen von Banknoten und Wertmarken waren keine Seltenheit, und Konkursverbrechen waren auch damals eines der häufigsten jüdischen Ungesetzlichkeiten<sup>17)</sup>. Es wurde u. a. von den zuständigen Gerichten für einen Zeitraum von drei Jahren festgestellt, daß Gläubiger einen Gesamtbetrag von £ 1,220,850,—, also etwa 45 Millionen Reichsmark, in solchen Konkursen verloren hatten. Vier Fünftel der Gemeinschuldner hatten schon mehr als einmal Konkurs gemacht und dabei die Öffentlichkeit um weitere £ 354,600,— geschädigt.

<sup>12)</sup> Gordon: S. 10—19.

<sup>13)</sup> Times vom 4. Oktober 1905.

<sup>14)</sup> Times vom 9. Oktober 1905.

<sup>15)</sup> So u. a. Parlamentsmitglieder im Unterhaus; vgl. Times vom 3. Mai 1905. Whelpley: S. 26—27.

<sup>16)</sup> H. Lewis: S. 173—176. Landa: S. 158—163. White: S. 191. Gordon: S. 265.

<sup>17)</sup> Accounts and Papers (1936): Bd. 9, S. 27. Gordon: S. 267ff.

Bereits im Jahre 1893 wurde die amtliche Erklärung abgegeben, daß allein die Kosten des Strafvollzuges für die verurteilten Einwanderer auf £ 30,000,— geschätzt wurden<sup>18)</sup>.

Mit der Zeit findet man mehr und mehr Mischheiraten, die zu unheilvollen Folgen führen mußten.

Diese durch die Juden hervorgerufenen unhaltbaren Zustände blieben der Öffentlichkeit nicht verborgen, so daß der Ansturm der Jüdengegner immer heftiger wurde und die Regierung sich den Forderungen auf eingehende Untersuchungen nicht mehr entziehen konnte. Am 28. Januar 1902 ließ die Regierung erkennen, daß sie in naher Zukunft eine Untersuchungskommission einsetzen würde. Tatsächlich geschah dies, und bereits am 24. April 1902 begann die Kommission ihre Sitzungen.

Sieben Mitglieder waren darin vertreten, unter ihnen Lord Rothschild, um die Unparteilichkeit zu wahren, ferner gehörte Major Evans Gordon den Beisitzern an. Der Vorsitz lag in Händen von Lord James of Hereford.

Es wurden neunundvierzig Sitzungen abgehalten. Die Tätigkeit der Kommission einschließlich der Anfertigung des etwa 1100 Seiten langen Berichts erstreckte sich über einen Zeitraum von etwa eineinhalb Jahren. Einhundertfünfundsiebzig Zeugen und Sachverständige wurden vernommen, 23 639 Fragen und Antworten protokolliert. Am 10. August 1903 war der Bericht fertiggestellt<sup>19)</sup>.

Er beschäftigt sich zunächst mit den Ursachen der Einwanderung Osteuropas. Man hatte sich eine genaue Kenntnis dadurch verschafft, daß man Major Evans Gordon nach dort gesandt hatte. Es wurde festgestellt, daß der ganz überwiegende Teil der Einwanderung, die vom Jahre 1880 an eingesetzt hatte, aus Ostjuden bestände. Der Hauptstrom von ihnen ergieße sich über Hamburg, Bremen, Rotterdam und Libau nach England. Von dem ersteren Hafen kämen wöchentlich allein vier Dampfer, von den nächsten beiden je drei, und von dem letzteren einer. Bei ihrer Ankunft würden die Juden, ganz gleichgültig, ob sie in England blieben oder auf der Durchreise nach Amerika seien, von Mitgliedern der jüdischen Organisation „Jewish Shelter“ in Empfang genommen<sup>20)</sup>. Auf Befragen habe sich ergeben, daß die Ankömmlinge in den Jahren 1901 und 1902 zu 24,8% keinen Pfennig besessen hätten. Der Durchschnitt hierfür sei für die letzten acht Jahre 22% gewesen, während weitere 15% weniger als zehn Shilling hätten aufweisen können.

Sehr eingehende Untersuchungen bestätigten erneut die Kriminalität der Einwanderer und die Übervölkerung des Ostens von London mit allen damit verbundenen Auswüchsen.

<sup>18)</sup> Gordon: S. 261—262.

<sup>19)</sup> Accounts and Papers (1903): B. 9, S. 1ff. Jewish Chronicle v. 14. August 1903.

<sup>20)</sup> Accounts and Papers (1903): Bd. 9, S. 17ff.

Mit Rücksicht darauf schiene es empfehlenswert, die Einwanderung im allgemeinen und die Ansiedlung an bestimmten Orten nur unter gewissen Bedingungen zu gestatten.

Die Vorschläge zur Behebung der Situation gehen nun nicht etwa auf Beschränkung der Einwanderung hinaus, — vielmehr solle nur Vorsorge für eine amtliche und korrekte Statistik getroffen werden. Nur wenn ein Ausländer sich in den ersten zwei Jahren seines Aufenthalts eines Verbrechens schuldig gemacht habe oder in sonstiger Weise unerwünscht sei, solle ein bestimmtes Gericht zur Ausweisung berechtigt sein. Zur Vermeidung von Übervölkerung sollten in der Zukunft bestimmte Stadtteile als Sperrgebiete erklärt werden, in denen die Ansiedlung neuer Ankömmlinge verboten sei.

Diesem Bericht hatten Lord Rothschild und Sir Kenelm Digby nur vorbehaltlich eines eigenen Berichts zugestimmt. Sie erklärten darin u. a. die Feststellung für ungerechtfertigt, daß die erhöhte Kriminalität durch die Einwanderung von Ostjuden eingetreten sei. Am meisten wandten sie sich aber gegen den Vorschlag, daß in Zukunft die Ansiedlung von Einwanderern in bestimmten Distrikten unerlaubt sein sollte.

Der Bericht stieß in der Öffentlichkeit aber sofort auf Kritik. Arnold White brachte in einem offenen Brief seine Bedenken zum Ausdruck. Er glaubte nicht daran, daß man das vorgeschlagene System von Sperrgebieten im Parlament zum Gesetz erheben würde. „Die Mitglieder der Kommission schienen den ungeheuren Einfluß der Juden in Politik und Presse zu unterschätzen und die Tatsache zu übersehen, daß sich deren Oberhaupt nicht mit diesem Vorschlag einverstanden erklärt hätte. In den letzten Jahren sei er zu der Einsicht gekommen, daß keinerlei Maßnahmen ohne die Zustimmung der Führer der Juden getroffen werden könnten.“ Davon abgesehen hielt er die Juden für imstande, selbst im Falle einer solchen Anordnung das Gesetz zu umgehen<sup>21)</sup>.

Die Presse freute sich zum Teil über diese Feststellung von Tatsachen, die seit langem der Gegenstand gegenteiliger Behauptungen gewesen waren. „Dieses Land“, so führte sie aus, „ist der Abladeplatz für den menschlichen Ausschuß anderer Nationen geworden.“ Arme, Verbrecher und Idioten habe man auf die britische Nation losgelassen<sup>22)</sup>. Eine andere Zeitung wies darauf hin, daß man aus falschen sentimentalischen Motiven all die Fremden, die sich hauptsächlich aus Ostjuden zusammensetzten, hereingelassen habe. „Das Lösungswort eines freien Asyls ist angewandt worden, um die Türen Englands weit für den Abichaum aller Nationen zu öffnen.“ Man verlange jetzt endlich die Anwendung des Sprichworts: „Böhtätigkeit beginnt zunächst in der Heimat“, und Schutz der Nation vor Überfremdung<sup>23)</sup>. Selbst der „Daily Telegraph“

<sup>21)</sup> Sunday Sun vom 16. August 1903.

<sup>22)</sup> Daily Mail vom 13. August 1903.

<sup>23)</sup> Morning Post vom 12. u. 14. August 1903.

vom 12. August 1903 hat zugegeben, daß das Übermaß hauptsächlich durch Ostjuden verursacht sei.

Die Bevölkerung von London sah allerdings einen Fortschritt in dem Bericht und bat die Regierung in einer Massenversammlung im darauffolgenden November, so schnell wie möglich einen Gesetzentwurf einzubringen.

Aber erst am 29. März 1904 legte der Innenminister Atkers-Douglas einen Gesetzentwurf vor, der sich im wesentlichen an die Vorschläge der Kommission hielt.

Nach heftigen Debatten und liberaler Obstruktion, in Folge derer man nach Mitteilung des Erstministers A. J. Balfour täglich nicht mehr als zwei Zeilen der Gesetzesvorlage schaffte, teilte die Regierung am 11. Juli 1904 zum allgemeinen Erstaunen mit, daß sie den Gesetzentwurf aufgegeben und in der nächsten Sitzungsperiode einen neuen einbringen würde.

## Juda im Kreuzfeuer

Was war geschehen? War die Regierung wirklich nur durch die Schwierigkeiten bei den Beratungen im Komitee zur Zurückziehung des Gesetzentwurfs veranlaßt worden, oder lagen andere, wichtigere Gründe vor, die hinter den Kulissen sichtbar und wirksam geworden waren?

Zur Beantwortung dieser Frage müssen wir zunächst einmal auf die Vorgänge außerhalb des Parlaments zurückkommen.

Schon im Mai 1903 hatten die Juden noch während der Untersuchungen des Komitees unter Lord Hereford über die gesamten Einwanderungsverhältnisse eine Protestversammlung unter Führung des Zionisten Israel Sangwill einberufen. Er konnte schon zu diesem Zeitpunkt, also etwa vier Monate vor der Veröffentlichung des Berichtes, den Zuhörern die Vorschläge der Kommission auseinandersetzen. Woher er diese Kenntnisse hatte, kann heute kaum noch mit Sicherheit festgestellt werden. Man geht aber wohl nicht fehl in der Annahme, daß ihm die Mitteilungen von einem der Mitglieder der Kommission gemacht worden sind. Daß man hierbei zunächst an Lord Rothschild denkt, ist ebenfalls naheliegend.

Ein Jahr später hielt Sangwill wieder eine Zionistenversammlung ab, in der er erneut auf die inzwischen immer mehr angewachsene Stimmung gegen die Juden aufmerksam machte.

Diese seine Befürchtung kam zu Ohren des Erstministers Balfour, der im Jahre 1917 den Juden Palästina versprach. Er setzte in einem offenen Brief auseinander, daß das in Aussicht genommene Gesetz nicht gegen die Juden, sondern nur gegen unerwünschte ausländische Elemente gerichtet sei. „Ich würde“, so fährt er fort, „die Entstehung und das Wachsen einer antisemitischen Richtung in diesem Lande als ein sehr ernstes nationales Unglück ansehen“<sup>1)</sup>.

Am 20. Mai 1904, also etwa vier Wochen nach der zweiten Lesung des später aufgegebenen Gesetzentwurfs, begab sich eine Abordnung der führenden Juden in das Innenministerium. Sie bestand u. a. aus Lord Rothschild, Leopold Rothschild, Sir Samuel Montagu, Mr. Samuel, M. P. und anderen. Sie führten eine lange Beschwerde über die Härten der im Parlament behandelten Gesetzesvorlage. Sie brächte unbillige Härten für die zahlreichen jüdischen Einwanderer mit sich. Dies würde wahrscheinlich zu einer Beschränkung der Ankömmlinge führen, was aber nur nachteilig für England sei, das bisher viel Gutes von den jüdischen Einwanderern gehabt habe. Sie verpflichteten sich ferner, daß alle Juden während der ersten zwei Jahre ihres Aufenthalts nicht der Fürsorge des Staates zur Last fallen würden. Endlich würden sie von sich aus bei der Ausschaltung von Verbrechern behilflich sein.

<sup>1)</sup> Abbott: S. 466.

In einem Flugblatt, das in der Öffentlichkeit verteilt wurde, wiederholten sie ihren Standpunkt und hoben hervor, daß die in Aussicht genommenen Gesetzesbestimmungen zum Nachteil der wegen Religion und Politik Verfolgten seien und ihnen evtl. die Einreise nach England unmöglich machen würden.

Was war der Erfolg dieser Bemühungen? Lassen wir Emanuel als autoritativen Gewährsmann antworten: „Der Innenminister . . . versprach ihnen, ihre Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Der Gesetzentwurf wurde demzufolge zurückgezogen“<sup>2)</sup>.

Was hatte White am 16. August 1903 geschrieben? „Keinerlei Maßnahmen werden ohne Zustimmung des Führers der Juden getroffen werden können.“ Er hat recht gehabt.

Eine Novelle der Jüdin Violet Guttenberg ist in mancher Hinsicht für die allgemeine Stimmung unter den Juden bezeichnend.

Sie behandelt zunächst die Liebe zwischen einem Juden und einer Engländerin. Die letztere ist die Tochter des Erstministers Moore, der überzeugter Antisemit ist. Die beiden jungen Leute heiraten ohne sein Wissen.

Kurze Zeit danach beantragt der Erstminister ein Gesetz, wodurch alle Juden England zu verlassen haben. Es wird verabschiedet, und die meisten Juden wandern nach Palästina aus.

Die Folge davon ist, daß die Wirtschaft Englands fast zum Erliegen kommt. Überall herrscht Stillstand und Glend<sup>3)</sup>.

Die Tochter des Erstministers hat ihren Mann nach Palästina begleitet und kommt auf Besuch nach Hause. Sie findet ihren Vater mit zerrütteten Nerven, weil er sich nach wie vor fast nur mit dem Judenproblem beschäftigt. Ein Mitglied des Regierungskabinetts ihres Vaters sagt ihr offen: „England kann ohne jüdisches Geld und ohne jüdische Intelligenz nicht auskommen.“

Der Erstminister ändert bald seine Meinung und hebt das Ausweisungsgesetz auf. Alle Juden kehren zurück, und England ist wieder glücklich.

„Moore, der Erstminister, der Antisemit, ist tot, und Mr. Moore, der christliche Staatsmann, lebt.“

Die Tendenz dieses Buches ist so klar, daß man nicht mehr darauf einzugehen braucht. Interessant ist aber, daß man zu dieser Zeit in jüdischen Kreisen unsicher über die Zukunft gewesen sein muß, wenn ein solches Buch veröffentlicht wurde.

Der Kampf sollte aber noch nicht vorüber sein. Beide Parteien agitierten weiter für ihre Ansichten. Für die arterhaltenden Kräfte war vor allem weiter Major Evans Gordon, für die Vertreter der gegenteiligen Richtung u. a. Mr. Winston Churchill tätig.

Der erstere tat alles, um die Bestrebungen für eine Beschränkung der Einwanderung nicht zum Stillstand zu bringen. Es wurden Geldsammlungen für die Fortführung der Auseinandersetzung veranstaltet. Gordon wies in Versammlungen

<sup>2)</sup> Emanuel: S. 161—162. Times vom 20. Mai 1904.

<sup>3)</sup> Guttenberg: S. 283ff.

darauf hin, daß die überfüllten Ghettos von Rußland und Osterreich-Ungarn neue Massen nach England bringen würden. Die Gegenseite dachte nur an die Ausländer, aber nicht an das eigene Volk. Er machte auch darauf aufmerksam, daß wöchentlich zwölf Schiffe mit Fremden ankämen. Wie sollte das nur enden? Auch sonst meldeten sich Stimmen, die eine endgültige, für das Volk zufriedenstellende Regelung wünschten. Wieder ist es auch Arnold White, der auf die Bedeutung der Frage hinweist.

Aber die Gegenseite war ebenfalls zur Verbreitung ihrer Ansicht am Werke. Sie hielt Versammlungen ab und wollte die Beschränkungen der Einwanderung nur auf Kranke und Verbrecher angewandt wissen<sup>4)</sup>. Winston Churchill spielte hierbei keine geringe Rolle. Sein Vater war Lord Randolph Churchill, der sich von Rothschild £ 5,000,— geliehen und damit Aktien von Goldminen in Südafrika gekauft hatte. Später mußte er aus Geldmangel zwei Fünftel davon abstoßen; den Rest verkaufte er später für £ 70,000,—, da die Aktien ungewöhnlich gestiegen waren. Man konnte im übrigen feststellen, daß er einer der engsten Freunde von Rothschild war. Sehr oft war er zu Gast auf dessen Landsitz in Buckinghamshire<sup>5)</sup>.

Winston Churchill hatte kurz vor obigen Vorgängen im Parlament die Konservativen verlassen und war zu den Liberalen hinübergewechselt. Schon im Mai 1904 hatte er sich offen gegen die Gesetzesvorlage ausgesprochen. In einem Brief an einen Juden in Manchester hatte er die Bemühungen der Regierung als einen Versuch bezeichnet, dem lärmenden Teil ihrer Anhänger eine Gunst zu erweisen und sich eine gewisse Volkstümlichkeit in einigen Wahlbezirken zu verschaffen. Dies alles gedächten sie dadurch zu erreichen, daß sie „eine Anzahl unglücklicher, nicht wahlfähiger Ausländer hart behandelten“<sup>6)</sup>.

Als es im Jahre 1904 für jeden Einsichtigen klar geworden war, daß die in Aussicht genommenen Gesetzesbestimmungen nicht im Unterhaus verabschiedet werden würden, kannte der Triumph der jüdischen Presse kaum noch Grenzen. Churchill bekam fast das größte Lob und den höchsten Dank für seine Tätigkeit zugunsten der Juden<sup>7)</sup>.

Er trat auch während der Verhandlungen im Jahre 1905 in öffentlichen Versammlungen für eine Abänderung der neuen Gesetzesvorlage ein<sup>8)</sup>. Selbst im nächsten Jahr vergaßen die Juden nicht, die Verdienste Churchills um ihre Sache zu erwähnen<sup>9)</sup>.

Der Öffentlichkeit war die Judenfreundlichkeit Churchills nicht entgangen, und verschiedene Engländer hatten bei ihm brieflich

---

4) Times vom 13. Februar 1905.

5) Smallley: I. Serie, S. 291—292.

6) Abbott: S. 465.

7) Jewish World vom 24. Juni 1904. Jewish Chronicle vom 24. Juni 1904.

8) Times vom 30. Juni 1905.

9) Jewish Chronicle vom 15. Dezember 1905.



angefragt, warum er sich so erheblich gegen die Verabschiedung des Gesetzentwurfes gewehrt habe. Churchill antwortete darauf und gab u. a. als Grund an, daß der vorgesehene Polizeiapparat zu kostspielig gewesen sei. Außerdem seien die Ausführungsbestimmungen dem jeweiligen Innenminister überlassen geblieben. Diese Machtbefugnis stelle aber eine Gefahr dar, wenn einmal ein antisemitischer Innenminister im Amt wäre<sup>10)</sup>. Bei anderer Gelegenheit erklärte er, er sei stolz, daß er sich dem Gesetzentwurf entgegengestellt hätte, da eine solche Politik nicht dem Geist des 20. Jahrhunderts entsprochen haben würde<sup>11)</sup>.

Es war beiden Parteien klar, daß mit dem Fallenlassen des Gesetzentwurfes von 1904 die Lage noch nicht geklärt war.

Als Anfang des Jahres 1905 immer noch keine Anstalten von der Regierung zur Behebung der ganzen Lage gemacht waren, wurde die Öffentlichkeit ungeduldig, was sich durch fortwährende diesbezügliche Anfragen im Parlament ausdrückte<sup>12)</sup>.

Am 18. April 1905 wurde endlich der Antrag des Gesetzes von dem Regierungsmitglied Atfers Douglas im Parlament eingebracht.

Er führte u. a. aus, daß die Verhältnisse keinen längeren Aufschub mehr duldeten. Im Jahre 1903 seien 82 000 Fremde nach England gekommen, von denen der weitaus größte Teil im Lande verblieben sei. Die damit verbundenen Übelstände würden von Tag zu Tag größer. Verbrechen hätten zugenommen. Polizei und Richter sandten fortwährend Beschwerden an ihn. Der Entwurf sehe vor allem vor, Einwanderungsbeamte in bestimmten Häfen, in denen 97 % der Ausländer landeten, einzusetzen. Sie sollten entscheiden, ob eine Einreiseerlaubnis erteilt würde oder nicht. Im Verneinungsfalle hätte der Betreffende ein Beschwerderecht an ein bestimmtes Gericht am Platze. Außerdem seien auch Ermächtigungsbestimmungen für die Ausweisung unerwünschter Elemente vorgesehen.

Sir Charles Dilke widersprach der Fassung des Gesetzes. Gegen die Stimmen der Liberalen Partei wurde der Entwurf in erster Lesung verabschiedet.

Am 2. Mai 1905 fand die Aussprache über die zweite Lesung statt. Wieder ist es Sir Charles Dilke, der als erster der Opposition spricht. Die von der Regierung genannten Ziffern seien völlig übertrieben. Nachteile würden auch nicht aus der bisherigen Einwanderung entstehen. Schon jetzt seien die Kinder der Fremden stolz, Engländer zu werden, und sie beherrschten bereits die Geschichte des Landes besser als die Nachkommen der eigenen Bevölkerung. Allerdings würde er seine Zustimmung zu dem Teil der Gesetzesvorlage geben, durch den Kranke und Verbrecher ferngehalten werden sollten.

<sup>10)</sup> Times vom 9. Dezember 1904.

<sup>11)</sup> Times vom 29. Dezember 1904.

<sup>12)</sup> Hanford: Bd. 143, S. 212, 956, 1734—1735. Bd. 144, S. 1018ff.

Ihm wurde von dem Abgeordneten S. Lawson widersprochen. Tatsächlich stellten die Juden die meisten Verbrecher. Der Ausschuß der Menschheit käme nach England.

Vor ihm hatte Major Evans Gordon gesprochen, der den Zug der Tausenden von Westen nach Osten als eine Art jüdischer Völkerwanderung bezeichnete. Es sei unverständlich, wie Mr. Sangwill auf das Angebot, die Juden in Ostafrika anzusiedeln, erwidern könnte: „die Kolonie sei kein Abladeplatz für Flüchtlinge“. Aber er habe durchaus recht, denn dies sei bereits England selbst geworden.

Auch Joseph Chamberlain ist für eine Beschränkung der Einwanderung. Es sei nicht richtig, die Befürworter der Gesetzesvorlage Antisemiten zu nennen. Sie seien nur gute Engländer.

Nach der Schlußrede des Erstministers Balfour endete die Debatte mit der zweiten Lesung der Gesetzesvorlage.

Langwierige Verhandlungen im Ausschuß folgten. Es ist unmöglich, auf all die Abänderungsvorschläge und Reden einzugehen. Es war hier vor allem Churchill, der sich in der Opposition gegen den Gesetzentwurf hervortat. Anschließend folgten nochmals tagelange Debatten vor dem Plenum des Unterhauses. Am 19. Juli wurde das Gesetz in dritter Lesung endgültig verabschiedet. Auch im Oberhaus fand es in den drei vorgeschriebenen Lesungen die nötige Mehrheit.

Das Gesetz hielt sich im Rahmen der bereits wiedergegebenen Ausführungen von Atkers Douglas. Ergänzend mag noch hinzugefügt werden, daß neben Verbrechern, Kranken, Idioten auch völlig Mittellosen die Einreise verwehrt werden sollte. Die Beschränkung für die letzteren fällt jedoch fort, wenn Personen dieser Kategorie nachweisen können, daß sie in England unterstützt werden oder daß sie als Flüchtlinge, die wegen ihrer Religion oder politischen Einstellung verfolgt wurden, ihr Ursprungsland verlassen hatten. Bei dieser Bestimmung ist offensichtlich, daß sie den Juden weiterhin ungehinderte Einwanderung gewährte.

An den Einwanderungshäfen, deren Zahl genau festgelegt war und in denen nur die Schiffe mit neuen Ankömmlingen anlegen durften, wurde eine Art von Einwanderungskammern gebildet. Diese waren mit drei Personen besetzt und hatten neben anderen Funktionen die Aufgabe, im Falle einer Einreiseverweigerung über die Beschwerde des Betreffenden zu entscheiden. Ausführungsbestimmungen waren weitgehend den Behörden überlassen.

Diese ganzen Bestimmungen fanden aber nur Anwendung auf Schiffe, die mehr als zwanzig Einwanderer an Bord hatten. Andere konnten ihre Passagiere landen, wo sie wollten, und es blieb alles beim alten<sup>13)</sup>.

---

<sup>13)</sup> Law Reports (1905): S. 22—27.

Dies war das Resultat von fast zwanzigjährigen Kämpfen in der Öffentlichkeit und den gesetzgebenden Häusern. Drei Kommissionen, sogar vier, wenn man die Sweating Commission des Jahres 1890 mit einschließen will, hatten in jahrelanger Arbeit für diesen kümmerlichen Kompromiß gearbeitet!

Am 1. Januar 1906 trat das Gesetz in Kraft. Man hätte annehmen sollen, daß die Juden und ihre Freunde ganz zufrieden gewesen seien. Weit gefehlt. Und so haben wir die seltene Situation, daß beide Richtungen über das Gesetz schimpfen und die dafür Verantwortlichen kritisieren. Einer von ihnen, Mr. Balfour, glaubte anscheinend, seine allgemeine Sympathie mit den Juden öffentlich zum Ausdruck bringen zu müssen. So hören wir, daß unter seiner Gönnerschaft ein großes Wohltätigkeitsfest zugunsten russischer Juden abgehalten wurde. Weitere Schutzherren dieser Veranstaltung waren u. a. der Bischof von London, Sir Albert Rollit, Sir Marcus und Lady Samuel, Isreal Sangwill u. a. Mr. Balfour war inzwischen mit seiner Regierung zurückgetreten. In den nachfolgenden Wahlen war die von ihm geführte konservative Partei völlig besiegt worden, und die Liberalen bildeten die Regierung mit großer Mehrheit. Herbert Gladstone wurde zum Innenminister gemacht, und sein Unterstaatssekretär war der Jude Herbert Samuel, der jetzige Lord Samuel.

Bereits im März 1906 wurde die Entrüstung der Anhänger Major Evans Gordons durch eine Anordnung des Innenministeriums hervorgerufen. Eine Anweisung war an die Einwanderungsbeamten ergangen, daß bei irgendwelchen Zweifeln über die Behauptung von Ankömmlingen, sie hätten ihr Ursprungsland wegen politischer oder religiöser Gründe verlassen müssen, immer deren Angaben als richtig unterstellt werden sollten. Gladstone und seine Freunde sahen diese Anordnung lediglich als eine Auslegungsregel des Gesetzes an, ohne daß damit der Sinn desselben verändert würde. Major Evans Gordon erklärte seinen größten Unwillen darüber und bezeichnete das Gesetz von nun an als in Praxis nicht mehr bestehend. Jetzt würde also jeder Ankömmling behaupten, er gehöre zu dieser Klasse, und so wären sie wiederum u. a. nicht vor der Einschleppung von Krankheiten sicher. „Es wären Schritte unternommen worden, um das Vieh vor Ansteckung zu schützen. Warum würde nicht das eigene Volk davor geschützt?“

Es zeigte sich auch bald, daß sich die Befürchtungen der Gegner dieser ministeriellen Anweisung bewahrheiten sollten. Augenzeugen berichteten, daß Einreisende offensichtlich den zuständigen Beamten Lügen erzählten. Aber nach dem Sinn der obigen ministeriellen Verfügung hatten sie auch solche Einwanderer hereinzulassen<sup>14)</sup>.

Es dürfte unschwer zu erraten sein, wer hinter dieser Maßnahme des Innenministers stand. Die jüdischen Einwanderer gaben

<sup>14)</sup> Times vom 26. April 1906.

meistens an, daß sie wegen ihrer Religion oder Politik verfolgt würden.

In einer Zeitung<sup>15)</sup> beklagt man sich bitter, daß England „der Abladeplatz für den moralischen und physischen Abfall Europas“ sei. Die Juden und ihre Freunde protestierten dagegen, daß die Ankömmlinge schlecht behandelt würden. So beschwert sich der Jude Landa, der als Vertreter der „Jewish Chronicle“ und später der „Jewish World“ den Verhandlungen über Beschwerden abgewiesener Einwanderer beiwohnte, über die Unzulänglichkeit eines solchen Verfahrens. Die Beisitzer der hierfür in Frage kommenden Kammern seien teilweise voreingenommen, teilweise unfähig. Sehr oft schenkte man den Erzählungen der Beschwerdeführer keinen Glauben, ja, werfe ihnen sogar vor, sie erzählten die Unwahrheit.

Winston Churchill war weiterhin im Sinne der Juden tätig. Er versprach ihnen Abhilfe, wenn er einmal auf all diese Dinge persönlichen Einfluß haben werde. Er ließ es sich nicht nehmen, bestimmten jüdischen Bruderschaften derartige Versicherungen zu geben<sup>16)</sup>. Seit dem Jahre 1906 war er Unterstaatssekretär für die Kolonien geworden. So hatten die Juden einen weiteren Freund an höchster Stelle. Als er im Jahre 1908 Handelsminister geworden war, hatte sich natürlich seine Machtposition noch verstärkt. Seine dauernde Unterstützung der Juden entging auch nicht der Öffentlichkeit, wie ein diesbezügliches Lob im „Manchester Guardian“ vom 21. April 1908 zeigt.

Die Freude der Hebräer über seine Ernennung zum Innenminister im Jahre 1910 kannte keine Grenzen<sup>17)</sup>. Triumphierend stellten sie fest, daß er von nun an die Handhabung des Fremden-gesetzes überwachen würde. Nach seinem früheren Verhalten würde er schon für die Juden sorgen. „Außerdem würde er auch jetzt erheblich mehr in der Naturalisationsfrage mitzusprechen haben, als in seiner früheren Stellung“<sup>18)</sup>.

Seine Hilfe wurde auch bald nach außen hin sichtbar. Er ernannte auf Vorschlag der jüdischen Gemeinde drei Juden als Beisitzer zu der bereits des öfteren genannten Beschwerdekammer in London<sup>19)</sup>.

Churchill ließ auch bald nach Antritt seines neuen Amtes schon lange geäußerte Wünsche der Juden in Erfüllung gehen, nämlich die Erlaubnis für Beschwerdeführer, in Vertretung von Anwälten vor der Beschwerdekammer aufzutreten. Anschließend wurde von den Juden ein besonderes Komitee ins Leben gerufen, das für eine rechtzeitige Bestellung von Verteidigern im Bedarfsfalle sorgte.

<sup>15)</sup> Daily Mail vom 15. März 1906.

<sup>16)</sup> Jewish Chronicle v. 14. Dezember 1906. Manchester Guardian v. 9. Januar 1906.

<sup>17)</sup> Jewish World vom 10. Juni 1910.

<sup>18)</sup> Jewish Chronicle vom 18. Februar 1910.

<sup>19)</sup> Emanuel: S. 182—183.

## Bevölkerungsstand der Juden bis 1914

Am Schluß unserer Ausführungen über diese Einwanderungsgeschichte der Juden nach England in der Zeit von 1881 bis 1914 müssen wir uns mit der recht schwierigen Frage auseinandersetzen, wie hoch die Gesamtzahl der Juden bis zum Jahre 1914 in Großbritannien gewesen ist. Diese Feststellung ist mit vielen Schwierigkeiten verknüpft, so daß nur eine annähernde Schätzung gegeben werden kann.

Wir werden hierbei nur die nach unserer Ansicht einzusetzenden Mindestzahlen verwenden und uns so von Überschätzungen freizuhalten versuchen.

Es gibt verschiedene Anhaltspunkte für die Zählung. Zunächst stehen die Statistiken der Juden und die amtlichen Zählungen der in England ansässigen Fremden zur Verfügung. Endlich haben wir noch die Gesamtzahl der jährlichen Einwanderer, die vom Board of Trade zusammengestellt werden. Keine wird uns völlig einwandfrei zu einem richtigen Ergebnis führen, jedoch glauben wir, daß man unter Benutzung der letzteren mit gewissen Korrekturen einigermaßen zum Ziel kommen kann.

Die Juden müssen bei ihren Zählungen selbst zugeben, daß sie teilweise auf Raten angewiesen sind und die Schätzungen wahrscheinlich unter der wirklichen Ziffer liegen<sup>1)</sup>. Dies dürfte auch hinsichtlich der jüdischen Bevölkerung nicht ganz ohne Absicht sein. Wir haben vorher gesehen, daß seit Jahren der Kampf um die Beschränkung der Einwanderung ging und sich ausgesprochen gegen die jüdischen Elemente richtete. Die Juden hatten daher das allergrößte Interesse, die Zahlen niedrig zu halten, was sich schon deutlich im Jahre 1889 zeigte, als der Rabbiner Abrahams vor der Kommission des Parlaments vernommen und über die jüdische Gesamtbevölkerung in Leeds befragt wurde. Er setzte die Ziffer auf höchstens 6000 Seelen fest, während zwei weitere sachverständige Zeugen sie mit 15 000 bzw. 30 000 angaben.

Außerdem betonen die Juden ausdrücklich, daß sie nur die Konfessionsjuden erfaßt haben. Dies genügt aber nicht, da für unsere Schätzungen die Anzahl der Rassejuden in Betracht kommt.

Endlich dürften die Statistiken der Juden auch noch aus einem andern Grunde nicht zutreffen. Hiernach befanden sich nämlich in den Jahren

1891 in London 64 280, in England 101 189 Juden,  
1901 in London 97 000, in England 144 000 Juden,  
1903 in London 106 550, in England 188,000 Juden.

In der Zeit von 1891 bis 1901 soll also die Gesamtzahl nur um 33 000 gewachsen sein, wobei die Juden noch 10 000 Personen lediglich als Geburtenüberschuß annehmen, den Rest also nur als

<sup>1)</sup> Jewish Year Book (1900-1901): S. 26ff.

Einwanderung erklären<sup>2)</sup>). Dies macht also einen Jahresdurchschnitt von nur 3300 jüdischen Einwanderern aus. Glaubt man wirklich, daß es bei diesem Ausmaß von Einwanderung zu all den vorher geschilderten Erschütterungen und Übelständen des englischen Lebens und politischen Kämpfen in den gesetzgebenden Häusern und der Öffentlichkeit gekommen wäre?

Wir glauben auch grundsätzlich nicht den amtlichen Erhebungen folgen zu können, werden jedoch zur Erleichterung der Schätzung und mangels besserer Anhaltspunkte die hierin gefundenen Zahlen teilweise zugrunde legen.

Der Board of Trade will in seinem Bericht vom Jahre 1894 seine amtlichen Einwandererzählungen in einer Art und Weise verwenden, die nicht unsern Beifall finden kann. Er stellt für die Jahre 1890 bis 1893 die Gesamtzahlen des Verkehrs nach England und aus England zusammen. Dann zieht er den letzteren von dem ersteren ab und kommt dann zu einem Nettoüberschuß, von dem er dann noch diejenigen Personen absetzt, die als Seeleute geführt werden. Auf diese Weise kommt er unter Auslassung des Jahres 1890 zu folgendem Ergebnis:

1891 —	9 797
1892 —	10 349
1893 —	9 760 <sup>3)</sup>

Dieses Verfahren kann nur aufs schärfste gemißbilligt werden, denn bei dem Verkehr aus England befinden sich Tausende von Auswanderern englischen Blutes, die durch jüdische Einwanderer ersetzt werden. Der Unterschied zwischen einkommendem und ausgehendem Verkehr kann daher niemals die Verschiebung der Bevölkerung darstellen. Der „Board of Trade“ übersieht diesen Mangel seiner Beweisführung nicht, hält ihn jedoch mit Rücksicht auf andere Umstände für unbeachtlich.

Die Kommission des Jahres 1903 stellte sich auf den Standpunkt, daß die amtlichen Erhebungen zwar keinesfalls Anspruch auf Genauigkeit erheben könnten, sie dieselben jedoch als annähernd richtig unterstelle, da sie wiederum nicht die jährlichen Zählungen der Einwanderer seitens des Board of Trade als geeignete Grundlage ansehe. Wir wissen, daß Rothschild und Sir Kenelm Digby erhebliche Einwendungen gegen das veröffentlichte Gutachten einbrachten. Bei der Zusammensetzung des Komitees mußte man — abgesehen von diesen beiden — sicher auch noch mit den übrigen Beisitzern Kompromisse machen, um überhaupt zu einem Abschlußbericht zu kommen. Man werfe nur einmal einen Blick auf die Vernehmung des Zeugen Evans Gordon über diesen Punkt, und man wird der obigen Meinung beipflichten, da dieser die amtlichen Feststellungen für erheblich unrichtig hielt<sup>4)</sup> und trotzdem später als Mitglied des Komitees das Gutachten unterschrieb.

<sup>2)</sup> Jewish Year Book (1900—1901): S. 26ff., (1903—1904): S. 213ff.

<sup>3)</sup> Accounts and Papers (1894): Bd. 6, S. 354ff.

<sup>4)</sup> Accounts and Papers (1903): Bd. 9, S. 91ff.

Major Evans Gordon führt für seine Meinung u. a. an, daß der Jude grundsätzlich vermeide, sich zählen zu lassen, da er immer irgendwelche Nachteile damit verbunden glaubt, und wenn es nur die Gefahr einer richtigen Steuererfassung sei. Davon abgesehen ist es dem Komitee nicht entgangen, daß die Möglichkeit der Unfähigkeit der in Frage kommenden Beamten bestand, und ferner, daß die Eingewanderten noch nicht genügend der englischen Sprache mächtig waren, um die nicht immer leicht verständlichen Fragebogen auszufüllen. Außerdem müßte man auch noch damit rechnen, daß die Betreffenden ihre Nationalität absichtlich falsch angeben<sup>5)</sup>.

Wir haben aber darüber hinaus noch weitere Bedenken bezüglich der Richtigkeit der amtlichen Zählung. Es ist damals und heute ein oft beobachteter Vorgang, daß Juden so schnell wie möglich ihren Namen in einen englischen umändern und dann nach außen hin als Engländer erscheinen. Dies ist in England fast ohne irgendwelche Schwierigkeiten möglich und erfordert kaum nennenswerte Zuhilfenahme der Behörden. Der Jude Landa<sup>6)</sup> will dies anscheinend nicht bestreiten, nur hält er es in einem solchen Falle für richtig, einen derartigen Ausländer in den Statistiken als Engländer zu führen. Denn die Möglichkeit, „die Erkennung als Ausländer zu vermeiden, war das sicherste Anzeichen dafür, daß die Betreffenden sich bereits englische Merkmale angeeignet hätten“. Wir können allerdings einer solchen Begründung nicht folgen.

Außerdem wurden diejenigen nicht in der Ausländerstatistik geführt, die inzwischen die britische Staatsangehörigkeit erworben hatten. Auch dies wird den Voraussetzungen unserer Schätzung nicht gerecht, da ein Jude nicht dadurch zum Briten wird, daß er in den britischen Staatsverband aufgenommen wird.

Endlich wurden die in England geborenen Kinder der Juden nicht mehr als Ausländer geführt. Hierbei war es gleichgültig, ob die Eltern naturalisiert waren oder noch ihre ursprüngliche Staatsangehörigkeit besaßen, denn nach englischem Recht erwirbt jeder auf britischem Boden Geborene die britische Staatsangehörigkeit.

Nach alledem können wir die amtlichen Zählungen für Ausländer nur dann als Anhaltspunkte für unsere Schätzungen annehmen, wenn wir keine besseren zur Verfügung haben.

Dies ist bezüglich der Zeit vor dem Jahre 1881 der Fall. Denn erst seit dem Jahre 1879 beginnt man, Einwandererstatistiken, wenn auch zunächst nur recht ungenügend, aufzustellen.

Wir gehen daher nach folgendem Verfahren vor:

1. Bis zum Jahre 1881 dient als Anhaltspunkt die amtliche Fremdenenerhebung.

---

<sup>5)</sup> Accounts and Papers (1903): Bd. 9, S. 20.

<sup>6)</sup> Landa: S. 27.

2. Nach dieser Zeit bis zum Jahre 1907 die Einwandererstatistiken.

3. Danach freie Schätzung.

Nach der amtlichen Zählung vom Jahre 1889 waren in England 136 000 Ausländer vorhanden. Wir haben vorher gesehen, daß diese Feststellungen ungenau sind und längst nicht alle für uns in Frage kommenden Personen erfassen. So würde es kaum eine Unbilligkeit sein, selbst ohne Berücksichtigung derjenigen Ausländer in England, die keine Juden sind, diese Zahlen als Berechnungsgrundlage einzusetzen. Um aber soweit wie möglich den Vorwurf der Ungenauigkeit bzw. der Parteilichkeit zu entkräften, werden wir lediglich 75 % dieser amtlichen Ziffer als Juden annehmen. Auch bei den später gefundenen Zahlen werden wir diesen Prozentsatz anwenden. Wir glauben, hierzu aus folgenden Erwägungen berechtigt zu sein:

Nach den obigen Ausführungen dürfte es kaum einem Zweifel unterliegen, daß die aus Europa nach England hereinströmenden Massen zum ganz überwiegenden Teile der jüdischen Rasse angehörten. Seit dem Jahre 1856 kamen die Juden in verstärkter Anzahl in Großbritannien an. Unbestrittenermaßen wurden sie nach Einführung der Mai-Gesetze im Jahre 1882 und der verschärften Ausführungsbestimmungen im Jahre 1890 als erheblich lästig empfunden. Dies verstärkte sich von Jahr zu Jahr. Die gesamte Literatur über diese Frage behandelt die Auseinandersetzung als fast ausschließlich jüdische und betont auch meistens das große Übergewicht der jüdischen Rasse bei den Einwanderern aus dem früheren Rußland, Österreich-Ungarn, Deutschland und Rumänien. Auch die Wiedergaben aus den Debatten in beiden gesetzgebenden Häusern vermitteln denselben Eindruck. Den letzten Zweifel beseitigen aber die Beweiserhebungen in den drei bzw. vier verschiedenen Kommissionen, wie ein Einblick in die Beweisprotokolle bestätigen wird. Ferner aber ergeben dies die Namen der später naturalisierten Personen, die mit mehr als 75 % unverkennbar auf Juden hindeuten<sup>7)</sup>. Endlich behandeln die Gutachten der verschiedenen Kommissionen fast ausschließlich nur die mit Juden in Verbindung stehenden Fragen.

Wir tragen daher keine Zweifel, daß der Satz von 75 % bei der amtlichen Fremdenenerhebung vom Jahre 1881 und den späteren Ergebnissen aus den Einwandererzählungen angemessen und richtig ist.

Dieser Grundsatz, angewandt auf die amtliche Zählung vom Jahre 1881, ergibt bei einer Gesamtzahl von 136 000 eine Judenbevölkerung von 102 000 Personen.

Die nächste Feststellung soll sich auf die Jahre 1882 bis 1888 erstrecken, wobei noch sehr unwahrscheinlich ist, ob die Ankömmlinge

<sup>7)</sup> Accounts and Papers (1903): Bd. 55, S. 44ff., (1904): Bd. 78, S. 341ff., (1905): Bd. 62, S. 409ff., (1906): Bd. 96, S. 781ff., (1907): Bd. 66, S. 712ff.



des Jahres 1881 in irgendeiner Weise durch die amtliche Zählung erfasst worden sind. Im Interesse der angestrebten Genauigkeit soll dies jedoch unterstellt werden.

Nun sind aber auch die Einwandererziffern von 1882 bis 1888 sehr ungenau. Denn wir haben vorhergehend bereits gehört, daß das Gesetz von König Wilhelm IV. fast außer Anwendung gekommen war, wonach Einwandererzählungen zu erfolgen hatten. Nur in London, Hull, Grimsby und Southampton waren sie um das Jahr 1880 wieder eingeführt worden. All die andern Häfen verzichteten nach wie vor darauf. London scheint einigermaßen genaue Untersuchungen darüber geführt zu haben, und wir wollen daher nur diese berücksichtigen. Danach sind in der genannten Zeit 81 896 Ausländer im Hafen von London gelandet. Wie viele von diesen nun en route, d. h. auf der Durchreise waren, läßt sich nicht mehr mit Sicherheit feststellen. Die amtliche Stichprobe bei einem Schiff ergab, daß es 9% waren. Wir sind bereit, diesen Prozentsatz auf 10% zu erhöhen und abzuziehen, so daß wir so mithin auf 73 706 Personen kommen. Hiervon errechnen wir wieder mit 75% die jüdischen Einwanderer, so daß wir eine Gesamtziffer von 55 281 erhalten. Wir haben also die Ankömmlinge in all den andern Häfen unberücksichtigt gelassen und auch in diesem Fall nur 75% als Juden eingesezt, obwohl der darüber vernommene Beamte ausdrücklich nur von Juden und ihrem Glend bei der Ankunft spricht.

Für die Jahre 1889 und 1890 soll lediglich derselbe jährliche Durchschnitt wie für die Zeit von 1882 bis 1888 zugrunde gelegt werden, obwohl steigende Einwanderungsziffern für das vorhergehende Jahr festzustellen sind. Diese Steigerung beträgt etwa 8000 Personen, so daß wir für die beiden Jahre die weitere Summe von 16 000 feststellen.

Die nächste einheitliche Periode erstreckt sich von 1891 bis 1904. Hier haben wir grundsätzlich die amtlichen Einwandererzählungen mit noch zu erörternden Abänderungen zugrunde gelegt.

Schon oben haben wir auseinandergesezt, daß wir auch diese Erhebungen für ungenau halten. In den Jahren nach 1891 ergaben sich aber noch weitere Mängel, die die diesbezüglichen Feststellungen weit eher als zu niedrig denn zu hoch erscheinen lassen.

Nach wie vor wurden die Listen von mehr oder weniger fähigen Mitgliedern der Besatzung der einlaufenden Schiffe aufgestellt. Sie verließen sich auf die ihnen von den Passagieren gemachten Angaben. Die Beamten übernahmen diese als richtig und kümmerten sich nicht weiter darum, ob ein Ankömmling nun wirklich auf der Durchreise war oder nicht. Die Bestätigung hierfür kann man immer wieder in den Aussagen der verschiedenen in dieser Angelegenheit vernommenen Beamten finden. So besteht die große Wahrscheinlichkeit, daß viele, die angaben, auf der Durchreise zu sein, in England blieben. Andere sind ebenfalls der Ansicht, daß

die Einwanderer ihr Reiseziel falsch angaben oder später ihre Meinung änderten und weiter nach Amerika gingen, so daß die Zahl der Durchreisenden größer ist als die in den amtlichen Statistiken. Es mag richtig sein, daß auch in dieser Hinsicht die amtlichen Einwanderungszählungen falsch sind, soweit einzelne Personen in Betracht kommen. Wir dagegen glauben, daß das Endergebnis richtig ist. Nach dem Jahre 1893 waren die amerikanischen Einwanderergesetze geändert, die die Einreise erheblich erschwert hatten. Manche schreckten daher vor der Überfahrt nach Amerika zurück oder kamen nach einem vergeblichen Versuch, wie oben mitgeteilt, nach England. Infolgedessen ist es eher möglich, daß tatsächlich mehr Personen in England geblieben sind, als in den amtlichen Statistiken erscheinen. Aber auch hier wollen wir in Verfolg einer möglichst genauen Schätzung beide Möglichkeiten gegeneinander aufgehoben wissen.

Hinzu kommt, daß der Board of Trade gemäß den oben gemachten Mitteilungen keinesfalls die Neigung hatte, die Einwanderungszahl möglichst hoch herauszubringen. Im Gegenteil, viele, so u. a. Lord Salisbury, machten ihm den Vorwurf der Irreführung.

Die Juden und ihre Freunde halten die Einwandererzählungen auch deshalb als Grundlage für ungeeignet, weil zwischen denjenigen, die nicht auf der Durchreise waren, Touristen oder Geschäftsreisende gewesen seien, die in ihr Ursprungsland zurückkehrten. Dies mag in geringer Anzahl richtig sein, ist jedoch mehr als unwahrscheinlich. Denn gezählt wurden nur diejenigen Ankömmlinge, die nicht erster oder zweiter Klasse fuhren, — mithin alle Passagiere der dritten Klasse bzw. des Zwischendecks. In diesen letzteren findet man aber kaum die Reisenden der genannten Kategorie. Vielmehr muß man annehmen, daß sich unter den Reisenden der ersten und zweiten Klasse nicht wenige Juden befunden haben, die sich für dauernd in England niedergelassen haben. So könnte man auch hier, wenn überhaupt, nur eine Erhöhung der amtlichen Zählungen eintreten lassen, aber wir wollen im Interesse der zu findenden Gesamtzahl davon absehen.

Die Gegenseite besteht darauf, daß von der jeweiligen jährlichen Gesamtzahl die als Seeleute aufgeführten Personen von den nicht auf der Durchreise Befindlichen abgezogen wird. Auch hier wollen wir ihren Wünschen folgen, obwohl wir starke Bedenken gegen ein solches Verfahren hegen.

Die Beweisaufnahmen der Kommissionen der Jahre 1889 und 1903 ergaben nämlich das genaue Gegenteil. Nach Aussage der Zollbeamten ist es nicht selten, daß die als Seeleute Aufgeführten ihre Passage nach England abarbeiteten. So wurden sie u. a. als Wärter auf Ponntransporten verwandt<sup>8)</sup>. Davon abgesehen blieben im allgemeinen Personen, die in den amtlichen Erhebungen

<sup>8)</sup> Accounts and Papers (1889): Bd. 10, S. 921, 923, 928.

als Seeleute geführt wurden, dauernd in England<sup>9)</sup>. Ja, selbst der größte Sachverständige des Board of Trade erklärte ausdrücklich vor der Kommission des Jahres 1903, „nach meiner Ansicht war es falsch, sie alle abzuführen<sup>10)</sup>. Aber nichtdestoweniger werden wir sie in voller Höhe absetzen und so nicht als Einwanderer berücksichtigen.

Endlich spricht aber noch ein letzter und wichtiger Umstand nach unserer Ansicht gegen die Feststellung des Board of Trade.

Hiernach wurden nämlich zwei Kinder als ein Erwachsener gezählt, und so erschien in den amtlichen Statistiken für zwei Kinder nur eine Person<sup>11)</sup>. Welch große Bedeutung dies für eine genaue Zählung hat, mag aus folgendem Beispiel hervorgehen.

Wir wissen, daß die Familien der Juden, vor allem der Ditzjuden, sehr zahlreich sind. Fünf bis sechs Kinder in einer Familie sind keine Seltenheit. Aber auch hier wollen wir uns dem Urteil des darüber amtlich vernommenen Rabbiners Abrahams aus Leeds unterwerfen. Dieser gab den Durchschnitt einer Familie mit fünf Mitgliedern, also drei Kindern, an<sup>12)</sup>. Erscheinen also für einen gewissen Zeitraum insgesamt 400 000 Personen in den amtlichen Statistiken, so sind dann nach unserer Auffassung tatsächlich etwa 571 000 Personen eingewandert. Aber wir wollen auch dies zugunsten einer möglichst unangreifbaren Schätzung nicht berücksichtigen.

Wenn wir nun die amtlichen Einwandererlisten der Jahre 1891 bis 1904 unter Bezug auf die obigen Ausführungen zugrunde legen, kommen wir zu folgendem Ergebnis:

1891	. . . . .	28 270
1892	. . . . .	22 137
1893	. . . . .	21 296
1894	. . . . .	18 861
1895	. . . . .	20 634
1896	. . . . .	24 987
1897	. . . . .	28 089
1898	. . . . .	28 486
1899	. . . . .	37 522
1900	. . . . .	47 555
1901	. . . . .	40 318
1902	. . . . .	51 409
1903	. . . . .	69 162
1904	. . . . .	82 874

---

521 600<sup>13)</sup>

<sup>9)</sup> Accounts and Papers (1903): Bd. 9, S. 77, Frage 207ff., S. 92, Frage 434ff., S. 658, Frage 16, 572ff. Standard: Bd. 27, S. 1-2ff.

<sup>10)</sup> Accounts and Papers (1903): Bd. 9, S. 837, Frage 22, 367.

<sup>11)</sup> Accounts and Papers (1903): Bd. 9, S. 19-20, S. 108, Frage 864, S. 124, Frage 1-21. W f us: Invasion S. 33.

<sup>12)</sup> Accounts and Papers (1889): Bd. 10, S. 344ff.

<sup>13)</sup> Accounts and Papers (1894): Bd. 68, S. 357, (1903): Bd. 9, S. 947.

Für die Jahre 1905 und 1906 tritt nun eine völlig andere Art und Weise der Zählung ein. Man unterscheidet nicht mehr Durchgangstreisende und Nichtdurchgangstreisende, sondern führt ein anderes System ein, das in beiden Jahren wieder nach verschiedenen Gesichtspunkten entworfen ist. Einzelheiten interessieren nicht, da die Endsumme ziemlich dieselbe ist wie im Jahre 1904. Im Gegenteil, es ist anzunehmen, daß die Einwanderungsziffern der Ostjuden aus dem früheren Rußland zum mindesten dieselben geblieben sind. Denn infolge des Japanisch-Russischen Krieges und der anschließenden Wirren verließen mehr denn je zuvor die Juden Rußland. Hinzu kam, daß nach dem 1. Januar 1906, also nach der Inkraftsetzung des Fremden-Gesetzes, nicht selten das Gesetz dadurch umgangen wurde, daß Einwanderer auf Schiffen mit nicht mehr als zwanzig Passagieren ihrer Kategorie in England eintrafen. Derartige Schiffe fielen bekanntlich nicht unter die Bestimmungen des Gesetzes. Die Passagiere konnten irgendwo an der Küste gelandet werden, wo keine Beamten Untersuchungen anstellten. Eine Folge war u. a., daß diese Einwanderer auch nicht von den Statistiken erfaßt wurden. Wenn wir daher für die Jahre 1905 und 1906 die Zahl von 1904 mit je 82 874 einsetzen, dürfte dies eine angemessene Schätzung sein.

In den folgenden Jahren wechselt wieder der Aufbau der Statistiken. Man nahm die Zählungen nach Einwandererschiffen vor, die von bestimmten Häfen, wie deutschen, holländischen, finnischen und russischen, eintrafen.

Wir glauben nun, daß wenn wir lediglich die Einwanderer von den Häfen der beiden letzten Kategorien nehmen, wir einer einwandfreien Schätzung ziemlich nahe kommen dürften. Hierbei berücksichtigen wir nicht all die Ankömmlinge aus anderen Staaten und diejenigen, die in der oben geschilderten Weise das Gesetz umgangen hatten. Wir kommen so für die Jahre 1907 und 1908 auf 66 000 bzw. 19 000 Personen<sup>14)</sup>. Unter Berücksichtigung unseres Schemas von 75 % ergibt dies insgesamt 63 750 Juden.

Von dem Jahre 1909 an wurde das System wieder geändert, und man machte es so unübersichtlich, wahrscheinlich nicht ohne Absicht, daß man kaum noch irgendwelche Anhaltspunkte für Einwanderer der jüdischen Rasse finden kann. Wir glauben daher, von der niedrigen Jahreszahl von 1908 mit je 14 250 ausgehen zu können. Dies ergibt für die Zeit von 1909 bis 1913 einschließlich 71 250 jüdische Einwanderer in England. Das Jahr 1914 soll mit Rücksicht auf den Kriegsausbruch außer acht gelassen werden, obwohl die Haupteinwanderung bereits erfolgt sein dürfte, da die Ziffern in den Herbst- und Wintermonaten gewöhnlich stark zurückgingen.

<sup>14)</sup> Accounts and Papers (1908): Bd. 87, S. 909ff., (1909): Bd. 70, S. 499ff.

Unsere Berechnung ergibt danach im einzelnen folgendes:

	bis 1881	. . . . .	102 000
von 1882	" 1888	. . . . .	55 281
" 1889	" 1890	. . . . .	16 000
" 1891	" 1904	. . . . .	391 200
" 1905	" 1906	. . . . .	165 748
" 1907	" 1908	. . . . .	63 750
" 1909	" 1913 bzw. 1914	. . . . .	71 250

---

875 229

Infolgedessen tragen wir keine Bedenken, die Zahl der Juden in England bis zum Jahre 1914 auf 900 000 zu schätzen, zumal bei der obigen Ausarbeitung der Geburtenüberschuß des Zeitraums von 1881 bis 1914, also von 33 Jahren, unberücksichtigt geblieben ist.

Es ist ganz unmöglich, daß diese große Einwanderung in einem verhältnismäßig so kleinen Zeitraum für die britische Nation ohne nachteilige Folgen geblieben ist. Man darf hierbei nicht übersehen, daß die britische Bevölkerung innerhalb Europas in diesen Jahren nicht die 40-Millionen-Grenze überschritten hatte. Infolgedessen muß das Resultat ähnlich oder stärker gewesen sein, als wenn innerhalb derselben Zeit im heutigen Deutschland die Judenbevölkerung von etwa 200 000 auf 1 800 000 anwachsen würde. Dieser Prozeß muß aber eine weitere ungünstige Wirkung zeitigen, wenn in derselben Periode mindestens ebenso viele Engländer ihr Heimatland verließen. Daß dies tatsächlich der Fall ist, wird durch einen Einblick in die amtliche Erhebung über die Auswanderung von Briten für diese Zeit bestätigt<sup>15)</sup>. Die darin liegende Gefahr wird auch nicht von den Engländern verkannt. So beklagt Whelpley<sup>16)</sup> die Tatsache, daß nach seiner Ansicht im Jahre 1904 etwa 75 000 Ausländer eingewandert, dagegen etwa 80 000 Briten ausgewandert seien. Letztere würden durch minderwertige Personen ersetzt, die nur einen schädlichen Einfluß auf das Leben der Nation haben könnten.

Wir haben lange bei diesem Gebiet verweilt, weil wir es für die Beurteilung der augenblicklichen Geschehnisse in England, auf die wir unten eingehen werden, für unerläßlich halten. Außerdem steht die obige Schätzung zu der von den Juden herausgegebenen in einem solchen Widerspruch, daß eine eingehende Begründung erforderlich schien. Die Juden geben nämlich ihre Bevölkerungsziffer in Großbritannien bis zum Jahre 1914 mit 245 000 an<sup>17)</sup>. Wir überlassen es dem Leser, sich aus den vorgetragenen Tatsachen eine Meinung über die beiden sich gegenüberstehenden Ziffern zu bilden. Nur möchten wir nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß unsere Schätzung ein Minimum darstellen dürfte.

<sup>15)</sup> Statistical Tables (1907): Bd. 44, S. 350.

<sup>16)</sup> Whelpley: S. 26ff., 41ff.

<sup>17)</sup> Jewish Year Book (1915): S. 167ff.

## Der Marconi-Skandal

Es war aber nicht nur die Anzahl der Juden in England erheblich gestiegen, sondern die Hebräer hatten auch, zum Teil sogar nach außen hin sichtbar, einen immer größeren Einfluß gewonnen. Dies zeigte sich u. a. daraus, daß neben Rothschild inzwischen drei weitere Juden zu Peers von England gemacht worden waren. Es handelt sich um Lord Michelham und Lord Wandsworth, die beide ursprünglich den Namen Stern trugen, und Lord Swanthling, der früher unter dem Namen Sir Samuel Montagu bekannt war. Um das Jahr 1914 finden wir daneben nicht weniger als 22 Barone und 15 Ritter jüdischen Blutes. Sechs Juden, nämlich Lord Rothschild, Lord Reading, Sir Alfred Mond, Herbert L. Samuel, Sir Edgar Speyer und E. S. Montagu waren zu dieser Zeit Mitglieder des Kronrates. Im Parlament waren die Juden durch 16 Mitglieder vertreten, bei denen es sich um Konfessionsjuden handelte<sup>1)</sup>. Wieviel getaufte Juden bzw. Halb- und Vierteljuden im Parlament waren, läßt sich heute kaum einwandfrei feststellen.

Im folgenden werden wir uns zunächst einmal mit Herbert L. Samuel und Lord Reading, dem früheren Rufus Isaacs, zu beschäftigen haben. Der erstere war Postminister und der letztere Kronanwalt in dem liberalen Kabinett Asquith.

Rufus Isaacs hatte eine abenteuerliche Laufbahn hinter sich. Als Junge war er seinen Eltern entlaufen. Später wurde er Wertpapiermakler, ging in Konkurs und verlor daher seine Zugehörigkeit zur Börse. Darauf wandte er sich der Rechtswissenschaft zu und machte sein Examen als Barrister. Es dauerte fünf Jahre, bis er seine früheren Schulden abgezahlt hatte. Bereits nach zehn Jahren Praxis hatte er ein Einkommen von jährlich £ 7,000,—, das sich in den Jahren 1900 bis 1910 bis auf £ 30,000,— Jahresverdienst erhöhte<sup>2)</sup>. Im Oktober 1904 wurde er als liberaler Abgeordneter ins Parlament gewählt und im März 1910 zum Solicitor General, im September desselben Jahres zum Attorney General ernannt.

Herbert Samuel gehörte ebenfalls der Liberalen Partei und seit 1902 dem Parlament an. Von 1905 bis 1909 war er Unterstaatssekretär im Innenministerium und u. a. von 1910 bis 1914 Postminister.

Beide Juden wurden neben Lloyd George und Godfrey Isaacs, dem Bruder von Rufus Isaacs, Hauptpersonen in dem Marconi-Skandal.

Die Geschichte hiervon genau zu beschreiben, würde, wie damals L. Maxse, der Eigentümer und Herausgeber der „National Review“ mit Recht meinte, „der Feder von Conan Doyle und des Scharfsinn eines Sherlock Holmes bedürfen.“ Es handelt sich

<sup>1)</sup> Jewish Year Book (1911): S. 278ff., (1914): S. 175ff., (1915): S. 177ff.

<sup>2)</sup> Jackson: S. 18, 136ff.

nicht nur um das überaus zahlreiche Material, sondern auch um die vielen Vorgänge hinter den Kulissen, die selbst durch ein acht Monate dauerndes Untersuchungsverfahren nie ganz aufgeklärt sind.

Es ist allgemein bekannt, wie große Verdienste der kürzlich verstorbene Marconi um die drahtlose Telegraphie hatte. In England hatten ihn nicht nur sein Genie, sondern auch jüdische Finanziers vorwärtsgebracht. Auch über die Behandlung durch das Patentamt während der gerichtlichen Patentstreitigkeiten hat er sich nicht beklagen können. Es verwundert daher nicht, daß er sich in geschäftlichen Angelegenheiten gegenüber seinen Konkurrenten meistens durchzusetzen vermochte, obwohl ihre Erfindungen manchmal den seinen mindestens gleichwertig waren.

Im Oktober 1909 teilte die Marconi-Gesellschaft ihren Aktionären mit, daß sie für £ 15.000,— alle Küstenstationen und die dort eingebauten Patente von Marconi zur Benutzung für die nächsten 14 Jahre an die englische Regierung verkauft hätte<sup>3)</sup>.

Kurz nach Abschluß dieses Vertrages kam es zu Patentstreitigkeiten über Konkurrenz-erfindungen. U. a. hatte die Marconi-Gesellschaft ein Interesse daran, daß die Patente ihrer schärfsten Widersacher, der Inhaber des Lodge-Muirhead-Patents, infolge Zeitablaufs für nichtig erklärt würden. Zum allgemeinen Erstaunen fand die Marconi-Gesellschaft Unterstützung durch die Krone in der Person ihres Anwalts, Sir Rufus Isaacs.

Sein Bruder Godfrey war zwei Monate vor seiner Ernennung zum Solicitor-General, also im Januar 1910, zum Direktor der Marconi-Gesellschaft ernannt worden. Man wunderte sich später allgemein, warum die Wahl gerade auf ihn gefallen war, da er bislang keine besonderen Fähigkeiten oder Verdienste für diesen großen Posten gezeigt hatte. Andererseits war es allgemein bekannt, daß Sir Rufus Isaacs in der Vergangenheit fast immer irgendwie an den meistens nicht glücklichen Unternehmungen seines Bruders beteiligt gewesen war<sup>4)</sup>.

Trotz der Unterstützung der Krone blieb das Patent von Lodge-Muirhead gültig, und es kam zu Veraleichsverhandlungen zwischen den Inhabern desselben und der Marconi-Gesellschaft. Die Inhaber des ersteren Patents, Sir Oliver Lodge und Dr. Muirhead hatten seit Jahren vergeblich versucht, die Regierung von der Güte ihres Patents zu überzeugen.

Inzwischen hatte Godfrey Isaacs, als sein Bruder Rufus Solicitor-General geworden war, mit dem Postminister Herbert Samuel Verhandlungen über die Einrichtung eines Netzes von drahtlosen Stationen über das britische Imperium angeknüpft. Sie zogen sich über einen längeren Zeitraum hin und wurden erst nach einer weiteren diesbezüglichen Empfehlung der Imperial-Konferenz im Jahre 1911 beschleunigt weitergeführt. Auch jetzt

<sup>3)</sup> National Review: Bd. 60, S. 204ff.

<sup>4)</sup> Accounts and Papers (1912—1913): Bd. 8, S. 12ff.

wurden noch keine anderen Erfindungen zum Vergleich herangezogen, sondern man bat nur um ein endgültiges Angebot der Marconi-Gesellschaft.

Diese stellte im Falle einer Einigung ihre Großstationen von Poldhu und Clifden zur Verfügung und versprach einen weiteren Ausbau ihres Systems an verschiedenen Punkten des britischen Empires. Niemand hatte sich allerdings der Mühe unterzogen, zu prüfen, ob die beiden genannten Sender für die gedachten Zwecke geeignet waren. Die Sachverständigen der Admiralität und des Postministeriums verlangten keinerlei Einzelheiten über die bisherige Inanspruchnahme. Solche aber wären um so nötiger gewesen, als man danach die Vertragsbedingungen und sämtliche Kalkulationen zu entwerfen hatte. Es war verschiedenen Beamten bzw. sieben oder acht Abteilungen des Finanzministeriums überlassen, den Vertrag auszuarbeiten. Sie hatten es auf der andern Seite ausschließlich mit dem gerissenen Godfrey Isaacs zu tun, der ihnen gegenüber ziemlich unverhüllt zum Ausdruck brachte, daß die Marconi-Gesellschaft mit Rücksicht auf seinen Bruder Rufus eine bevorzugte Stellung einnehme.

Im Januar 1912 war man mit den Verhandlungen erheblich weitergekommen. Am 17. und 24. des betreffenden Monats wurden abschließende Sitzungen in den dafür zuständigen Komitees abgehalten, in denen allerdings nur, um mit den Worten von Samuel zu sprechen, „über den Kaufpreis, die Dauer des Vertrages und die laufenden Patentgebühren“ verhandelt wurde.

Lord Murray, einer der führenden Liberalen, Sir Rufus Isaacs und der Finanzminister Lord George verbrachten Anfang Januar in Villa Gragonier am Cap Martin ihre Ferien. Der erstere sandte in dieser Zeit an seinen Makler Fenner folgendes Telegramm: „Schreiben Sie mir, wie die Dinge stehen.“ Mr. Fenner antwortete darauf wie folgt: „Eine weitere Aktie, welche während der letzten Monate erheblich gestiegen ist, ist die der Marconi-Gesellschaft. Abgesehen hiervon hatte der Markt abfallende Tendenz.“

Inzwischen gingen die Verhandlungen der Marconi-Gesellschaft mit Samuel als Vertreter der britischen Regierung weiter. In den Schlussverhandlungen wurden Godfrey Isaacs noch bessere Bedingungen bezüglich der Patentgebühren zugestanden. In aller Eile wurde am 7. März 1912 das endgültige Angebot der Marconi-Gesellschaft vorbehaltlich der Genehmigung durch das Parlament von Samuel angenommen.

Der Inhalt des Vertrages sah u. a. vor, daß die Marconi-Gesellschaft £ 60,000,— für jede ihrer Stationen und 10% der Bruttoeinnahmen von allen Stationen, die laut den Abmachungen zu errichten waren, erhielt. Es war eine Dauer von 28 Jahren vereinbart, jedoch hatte die Regierung das Recht, bereits nach 18 Jahren vom Vertrag zurückzutreten. In diesem Falle konnte sie aber für die Zukunft keinen weiteren Gebrauch von den



Patenten Marconis machen. Die Marconi-Gesellschaft hatte das alleinige Recht, die nach ihrem Dafürhalten notwendigen Vorrichtungen einzubauen, also auch diejenigen, die mit ihren Patenten nichts zu tun hatten. Die Gesellschaft war auch weiterhin eine Art beratenden Ingenieurs für die Regierung. Es ging so weit, daß die Regierung in Zukunft sämtliche Einzelheiten einer ihr angebotenen neuen Erfindung der Marconi-Gesellschaft zur Begutachtung vorzulegen hatte, die sie gegebenenfalls in einer der auf Grund des Vertrages gebauten Stationen anzubringen gedachte. Einzelheiten dieses Vertrages wurden den Inhabern von Aktien mit Rundschreiben am 9. März mitgeteilt.

Am selben Tage schiffte sich Godfrey Isaacs nach Amerika ein, um die Verhältnisse der dortigen Tochtergesellschaft in Ordnung zu bringen. Er selbst war ebenfalls Direktor dieser Gesellschaft. Die Mehrheit ihrer Aktien war im Besitz der englischen Firma. Die Zustände in Amerika waren für die Marconi-Erfindung nicht die besten, da ein großer Prozeß wegen angeblicher Verletzung eines Patents der United Wireles Company anhängig war. Es gelang Godfrey Isaacs, die genannte Konkurrentin für die britische Gesellschaft aufzukaufen. Der Kaufpreis bestand in der Übertragung von 700 000 Aktien der amerikanischen Marconi-Gesellschaft. Außerdem kam ein weiterer Vertrag zwischen der englischen und der amerikanischen Gesellschaft zustande. Die erstere verkaufte die aus der Vereinbarung übertragenen Rechte, überhaupt alle Aktiven an die amerikanische Marconi-Gesellschaft für ungefähr den doppelten Preis. Sie kamen ferner dahin überein, daß jede von ihnen eine Station an beiden Ufern des Atlantic zu errichten hatte, um die drahtlose Verbindung zwischen Europa und Amerika sicherzustellen. Überhaupt wurde allgemein eine recht enge Zusammenarbeit verabredet. Ferner wurde beschlossen, daß das Aktienkapital der amerikanischen Gesellschaft auf zehn Millionen Dollar erhöht werden sollte. Soweit die Aktien daraus nicht in Amerika zur Verwertung gelangten, sollte die britische Gesellschaft das Recht haben, innerhalb eines Zeitraumes von einem Jahr den Rest der Aktien zu pari auszugeben. Endlich trafen die beiden Marconi-Gesellschaften noch mit einer dritten Firma Abmachungen für gemeinsame Nachrichtenübermittlung.

Diese gesamten Verträge sollten auf keinen Fall eher der Öffentlichkeit mitgeteilt werden, als die amerikanische Gesellschaft ihre Zustimmung zur Ausgabe der neuen Aktien gegeben hatte.

Sir Rufus Isaacs hatte am 17. März 1912 an ein Bankett der Marconi-Gesellschaft in New York ein öffentliches Telegramm folgenden Inhalts gesandt: „Bitte gratulieren Sie Marconi und meinem Bruder zu dem Erfolg eines wundervollen Unternehmens. Ich wünsche ihnen allen Erfolg in New York<sup>5)</sup>.“

Godfrey Isaacs hatte in der oben erwähnten Vereinbarung persönlich das Recht erhalten, 500 000 Aktien zu je fünf Dollar

<sup>5)</sup> Accounts and Papers (1912—1913): Bd. 8, S. 12, (1913): Bd. 7, S. 124—127.

oder einem £ zu placieren. Dies gelang ihm bereits mit 400 000 Stück in Amerika, so daß er nur einen Rest von 100 000 nach England mitbrachte. Auch von diesen Abmachungen war der Öffentlichkeit nichts bekannt.

Am 8. April 1912 kehrte Godfrey Isaacs nach England zurück. Bereits am nächsten Tage hatte er eine Zusammenkunft mit seinem Bruder Rufus und einem dritten Bruder Harry. Er unterrichtete sie eingehend über die in Amerika getroffenen Vereinbarungen und setzte ihnen auseinander, daß die in seinen Händen befindlichen Aktien steigen würden. Nichtsdestoweniger böte er ihnen das gesamte Aktienpaket zum pari-Preise an<sup>6)</sup>. Sir Rufus lehnte eine Übernahme von Aktien ab. Harry dagegen übernahm 56 000 Stück.

Unmittelbar nach dieser Unterredung teilten unzählige Personen Godfrey Isaacs mit, daß eine erhebliche Opposition im Parlament gegen den Marconi-Vertrag mit der britischen Regierung sei. Nach seiner Ansicht bestanden daher die größten Schwierigkeiten bezüglich der Zustimmung des Unterhauses, zumal sehr einflußreiche Abgeordnete zu den Gegnern des Vertrages gehörten. Godfrey Isaacs glaubte daher die endgültige Annahme des Vertrages noch lange nicht sichergestellt. Sein Bruder Harry gab indessen seine Bemühungen nicht auf, dem einflußreichen Bruder Rufus Aktien der amerikanischen Gesellschaft zu verkaufen. Am 17. April hatte er Erfolg. Der Kronanwalt Sir Rufus Isaacs erwarb 10 000 Aktien aus dem Besitz von Harry Isaacs. Sie wurden ihm nicht tatsächlich übergeben, sondern Rufus war anteilmäßig an dem ganzen Aktienpaket des letzteren beteiligt. Der Preis war auf £ 2,— pro Aktie festgesetzt worden, da die Aktien inzwischen unnotiert auf das Doppelte gestiegen waren<sup>7)</sup>.

In der späteren Beweisaufnahme hat Sir Rufus Isaacs erklärt, daß er keinerlei Bedenken gehabt habe, mit seinem Bruder Harry zu dem Abschluß zu gelangen. Das erste Gebot seines Bruders Godfrey habe er ablehnen müssen, weil dieser ja ein Unternehmer der Regierung gewesen sei. Dies sei bei Harry nicht der Fall gewesen. Infolgedessen sei der Kauf nicht zu beanstanden, zumal ihm von seinen Brüdern im einzelnen auseinandergesetzt worden sei, daß die amerikanische Gesellschaft nichts mit der englischen zu tun habe<sup>8)</sup>.

Sir Rufus Isaacs war aufs engste mit Lloyd George, dem damaligen Finanzminister, und Lord Murray befreundet. Noch am Abend des 17. April begab sich Sir Rufus zu diesen beiden und setzte sie über seinen Handel mit Harry Isaacs in Kenntnis. Sollten auch sie an den Aktien Interesse haben, würde er ihnen je eintausend überlassen. Diese erkundigten sich zunächst nach den Zahlungsbedingungen. Sir Rufus antwortete ihnen, daß sie sich

<sup>6)</sup> Hansard: Bd. 54, S. 455.

<sup>7)</sup> Hansard: Bd. 54, S. 395, 457. Accounts and Papers (1913): Bd. 7, S. 127—129.

<sup>8)</sup> Hansard: Bd. 54, S. 398, 436. Accounts and Papers (1913): Bd. 7, S. 129.

nicht um die Bezahlung kümmern sollten, da er ihnen lange im voraus Nachricht geben würde, falls er das Geld benötigte. Er erklärte sie weiter darüber auf, daß nach den Mitteilungen seines Bruders Godfrey keinerlei Beziehungen zwischen der englischen und amerikanischen Gesellschaft beständen.

Lord George und Lord Murray übernahmen daraufhin je tausend Aktien zum Preise von £ 2.— pro Stück.

Am 14. April 1912 ging das Luxus Schiff „Titanic“ unter und am 19. April wurden die Aktien an der Börse ausgegeben und der Öffentlichkeit die wichtigen, oben erwähnten amerikanischen Abmachungen mitgeteilt. Dieser Zeitpunkt war insofern sehr günstig gewählt, als jedem mit Rücksicht auf das „Titanic“-Unglück die Bedeutung der drahtlosen Telegraphie klargeworden war. Am gleichen Tage rief Lord George seinen Makler an und teilte ihm mit, daß er im Besitz von Aktien der amerikanischen Marconi-Gesellschaft sei. Der Makler erwiderte ihm darauf, daß er diese Investierung nicht für glücklich hielte, da die Gesellschaft nach seiner Ansicht überkapitalisiert sei und die gesamten damit verbundenen Umstände ihn zu sehr an den letzten großen Aktienschwindel von Barnato erinnerten. Lord George nahm diesen Hinweis anscheinend ungnädig auf, da er sofort die telephonische Unterhaltung abbrach<sup>9)</sup>.

Die Aktien wurden am Morgen des 19. April mit £ 3<sup>1</sup>/<sub>4</sub> aufgelegt und stiegen noch am selben Tage bis £ 4.—. Der Kronanwalt verkaufte von seinen restlichen 8000 Aktien sofort 7000 zu einem Durchschnittspreis von 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub><sup>10)</sup>. Lord George und Lord Murray veräußerten am 20. April zusammen 1714 Aktien zu £ 3.<sup>5</sup>/<sub>32</sub> und verdienten £ 2.200.— daran. Diese beiden Minister erwarben am 22. Mai neue 3000 Aktien zum Preise von £ 2.<sup>5</sup>/<sub>23</sub>. Lord Murray hatte vorher am 18. April 2500 Aktien zu 3<sup>1</sup>/<sub>4</sub> und am 14. Mai weitere 500 zu einem niedrigeren Preise zu Lasten der Liberalen Partei gekauft.

Schon im April waren Gerüchte an der Börse gewesen, daß Minister Interessen an der Marconi-Gesellschaft hätten. Am 13. Juni wurde der Postminister Samuel von Sir H. Norman gebeten, die Bedingungen des Vertrages mitzuteilen. Samuel antwortete ihm, daß dies zur Zeit noch unmöglich sei.

Am 19. Juli wurde von dem Postminister der Vertrag im einzelnen veröffentlicht. Die Aktien schnellten bis £ 9.15.— hinauf. Die Gerüchte in der City über Geschäfte von Ministern in Marconi-Aktien verdichteten sich immer mehr. Im Juni erschien ein einzelner Artikel in einer Zeitung, der sich damit beschäftigte. Derartige Hinweise vermehrten sich im Laufe des Monats Juli. Führend war der „Outlook“, „Evening News“ und „National Review“. Ein gewisser Mr. Lawson verglich in den letzteren die Spekulation in den Aktien mit dem Südseskanal. Andere Zeitungen be-

<sup>9)</sup> Hansard: Bd. 54, S. 395. Accounts and Papers (1913): Bd. 7, S. 194ff.

<sup>10)</sup> Hansard: Bd. 54, S. 399. Accounts and Papers (1913): Bd. 7, S. 131.

zeichneten die Beteiligung der Minister als Korruption. Die Presse der Liberalen Regierung war nach wie vor schweigsam. Sie nahm nicht einmal zu den recht scharfen Kritikern Stellung. Dies war um so unerklärlicher, als die Presse der Gegner immer stürmischer Untersuchung verlangte.

Ende Juli oder Anfang August — die Beteiligten wollten es angeblich nicht genau wissen — wurde dem Erstminister Asquith von Lord Murray und Sir Rufus Isaacs ihre Beteiligung an der amerikanischen Gesellschaft mitgeteilt. Sie klärten ihn jedoch nicht über die Einzelheiten, z. B. über die Anzahl ihrer Aktien und die verschiedenen Phasen der Transaktion auf. Allerdings versäumten sie nicht, ihm auseinanderzusetzen, daß die amerikanische Gesellschaft nicht das Geringste mit der englischen zu tun hätte. Einen Brief, den Lord Murray in dieser Angelegenheit an Asquith geschrieben hatte, will letzterer nicht aufbewahrt haben.

Samuel hatte nach dem 19. Juli alles mögliche getan, um so schnell wie möglich die Zustimmung des Parlaments zu dem Vertrage zu erhalten. Noch in einer der letzten Sitzungen des August versuchte er die Opposition zu überreden, von dem bereits angekündigten Widerstand bei den Besprechungen Abstand zu nehmen. Es war zu dieser Zeit, daß auch Samuel, wenn man seiner Mitteilung folgt, von Lord Murray über die Transaktionen der Minister unterrichtet wurde. Er hielt diese Tatsache ebenfalls für bedeutungslos, weil er den Angaben von Murray Glauben schenkte, daß keine Verbindung zwischen den beiden Marconi-Gesellschaften bestände.

Am 6. August 1912 erklärte der Erstminister, daß er mit Rücksicht auf die bereits ersichtlich große Opposition gegenüber dem Vertrag eine eingehende Aussprache zulassen würde, wofür allerdings erst nach den Sommerferien Zeit sei. Ungeachtet dessen wandte sich Samuel an Major Archer Shee, der in diesem Punkte die Opposition führte, — und versuchte ihn zu überreden, seine Bedenken aufzugeben und von lauen Auseinandersetzungen abzusehen. Die Vertagung auf die Sitzung nach den Ferien bedeuete eine ungebührlich lange Verzögerung, die mit Rücksicht auf die internationale Lage und die dringende Notwendigkeit der Aufstellung von Fernsendeeinrichtungen unerwünscht sei. Major Archer Shee lehnte dieses Ansinnen ab<sup>11)</sup>.

An einer der Verhandlungen mit der britischen Marconi-Gesellschaft hatte auch ein technischer Beamter des Postministeriums teilgenommen. Bei dieser Gelegenheit lernte er einen Teil des Inhalts des zukünftigen Vertrages kennen. Er kaufte sich einige wenige Aktien der britischen Gesellschaft, weil er sie als eine gute Anlage für sein kleines Vermögen hielt. Nach einer Weile verkaufte er sie allerdings mit Rücksicht auf das Anziehen der Preise.

Die Angelegenheit kam zu Ohren von Samuel, der den Sachverhalt feststellen ließ. Der Postminister sprach den Beamten zwar

<sup>11)</sup> Accounts and Papers (1913): Bd. 7, S. 310—311.

von dem Vorwurf der Korruption frei, bestrafte ihn aber mit Degradierung, weil er amtliche Kenntnisse zu eigenem Vorteil benutzt hätte<sup>12)</sup>).

Am 11. Oktober 1912 löste Asquith sein im August gegebenes Versprechen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ein. Samuel stellte an diesem Tage den betreffenden Antrag, anscheinend weil Asquith wegen einer leichten Erkrankung der Sitzung nicht beiwohnen konnte. Eine erbitterte Aussprache fand statt, in der der Regierung heftige Vorwürfe wegen des Inhalts des Vertrages gemacht wurden. Selbstverständlich kamen auch die einzelnen in Frage kommenden Minister zu Wort, die sämtliche Vorwürfe als unbegründet zurückwiesen und sich gegen die angeblich unwahren Behauptungen in der Öffentlichkeit verwahrten.

Sir Rufus Isaacs erklärte, daß er sich in keiner Weise an den Verhandlungen der britischen Marconi-Gesellschaft mit der Regierung beteiligt habe. Er habe nicht einmal eine amtliche oder private Mitteilung von den Vorgängen gehabt. Erst einige Tage vor der allgemeinen Veröffentlichung der Vereinbarungen habe er zufällig bei einer gesellschaftlichen Veranstaltung hiervon erfahren.

Der Kronanwalt erklärte feierlich weiter, daß er „von Anfang an niemals, weder als die Aktien bei sh. 14/— noch bei £ 9.— standen, — auch nur eine einzige Transaktion in den genannten Papieren gehabt hätte. Er spräche nicht nur für sich allein, sondern auch für seine beiden Freunde, den Postminister und den Finanzminister.“

Seine Erklärung wurde dann anschließend von Samuel in einer längeren Rede bekräftigt. Auch er hob nochmals hervor, daß kein einziges Mitglied der Regierung Interessen an der britischen Marconi-Gesellschaft hätte und die gegenteiligen Behauptungen in der Öffentlichkeit haltlose Verleumdungen darstellten<sup>13)</sup>.

Der Finanzminister Lloyd George versäumte auch seinerseits nicht, alle Gerüchte als grundlos zu bezeichnen und forderte zur Klärung der Sachlage auf. Er verlangte eine offene Aussprache vor der Sitzung des Komitees, weil sie die Gerüchte behandeln sollte, die hinter dem Rücken des Hauses von einem Lästermaul zum andern weitergeleitet wurden . . .<sup>14)</sup>.

Am Schluß der Sitzung wurde dann die Bildung eines Untersuchungsausschusses beschlossen, der mit allen Machtvollkommenheiten hinsichtlich Vorladung von Zeugen und Vorlegung von Urkunden ausgestattet wurde. Neun Mitglieder der Regierungspartei und sechs Angehörige der Opposition wurden als Beisitzer bestimmt. Entscheidungen im Komitee wurden nach einfachem Mehrheitsystem gefällt.

<sup>12)</sup> Hansard: Bd. 52, S. 1864—1865, Bd. 54, S. 453—454, 510—512, 649.

<sup>13)</sup> Hansard: Bd. 42, S. 725ff.

<sup>14)</sup> Hansard: Bd. 42, S. 714ff.

Unmittelbar nach dem 11. Oktober begannen die Sitzungen. Man vernahm Zeugen aller Art und prüfte die verschiedensten Unterlagen. Nur die Minister, gegen die sich die Anklagen richteten, wurden nicht gehört, obwohl man wegen der Beeidigung der Aussagen mit einer möglichst schnellen Klärung der Sachlage hätte rechnen können. Die Monate Oktober, November und Dezember waren auf diese Weise mit Sitzungen ausgefüllt.

Am 13. Januar 1913 verließ Lord Murray England, um draußen in der Welt angeblich seinen großen Geschäftsinteressen nachzugehen, die ihn Monate von der Heimat fernhalten würden. Er selbst hatte ebensowenig wie seine Mittäter dem Ausschuss etwas von seinen Transaktionen mitgeteilt. Vor seiner Abreise suchte er seinen Bruder, den Abgeordneten Captain A. Murray, auf und übergab ihm die 3000 Marconi-Aktien der Liberalen Partei. „Er schlug vor“, so erklärte Captain Murray später als Zeuge, „sie aufzubewahren, bis die Marconi-Angelegenheit bereinigt sei, so daß außer ihm niemand darin verwickelt würde.“ Er erzählte dann, wenn man seinen Befundungen folgen will, auch niemand etwas davon. Erst am 15. Juni 1913 wurde die Öffentlichkeit infolge des geschäftlichen Zusammenbruchs des Maklers von Lord Murray mit den Transaktionen vertraut. Der Ausschuss forderte Lord Murray sofort telegraphisch auf, zur Zeugenvernehmung nach England zurückzukehren. Er lehnte diese Aufforderung mit Rücksicht auf seine geschäftlichen Verpflichtungen und die große Entfernung ab. Die Reise hätte wahrscheinlich höchstens vier Wochen gedauert.

Der Erstminister Asquith nahm Lord Murray am 19. Juni 1913 wegen seines Verhaltens in Schutz und erklärte ihn als besonders ehrenwerten Mann.

In der ersten Woche des Jahres 1913 suchten Lloyd George und Sir Rufus Isaacs den Erstminister Asquith erneut auf und teilten ihm nunmehr auch alle Einzelheiten mit. Angeblich zum erstenmal setzten sie ihn über den zweiten Ankauf seitens Lloyd George und Lord Murray im Mai in Kenntnis. Sie kamen mit dem Erstminister überein, so schnell wie möglich dem Komitee die Transaktionen zu eröffnen. Lloyd George und Sir Rufus taten dies aber nicht.

Vielmehr hat der Letztere Ende Januar den liberalen Abgeordneten Falconer, der Mitglied des Komitees war, um eine Unterredung. Im Verlaufe derselben teilte Isaacs ihm die verschiedenen Transaktionen mit, weil es ihm mit Rücksicht auf die Kreuzverhöre, denen Falconer die Zeugen unterzog, für angebracht erschien. Aber auch dieser behielt das Geständnis für sich. Nach seinen eigenen Ausführungen glaubte er sich hierzu berechtigt, weil ihm die Mitteilung nur privat gemacht worden sei und er bei Weitergabe an das Komitee habe befürchten müssen, die Presse würde von allem Kenntnis erlangen.

Inzwischen war Marconi am 27. Januar vom Vertrag wegen angeblicher Verzögerung der Ausführung zurückgetreten.

Auch im Februar 1913 machten die Minister immer noch nicht ihre Aussage vor dem Untersuchungsausschuß. Im Verlaufe dieses Monats erschien ein Artikel in der französischen Zeitung „Le Matin“ mit der Überschrift: „Ein Finanzskandal in England.“ Viele ähnliche Artikel waren vorher in der englischen Presse erschienen und wegen eines derselben hatten die Minister sogar Verleumdungsklage erhoben und die Verhandlung war in Kürze zu erwarten. Am 27. Februar wurde dem „Matin“ eine Verleumdungsklage zugestellt, die bereits am 19. März verhandelt wurde. Im Termin wurden zum erstenmal öffentlich die Transaktionen durch Samuel und Sir Rufus Isaacs mitgeteilt. Die Überraschung war kaum vorstellbar. Bereits am 25. März wurde der letztere von dem Untersuchungsausschuß verhört. Auch die folgenden zwei Tage waren mit seiner Vernehmung ausgefüllt. Trotz vieler Vorhaltungen blieb er bei seinen bisherigen Erklärungen<sup>15)</sup>.

Von Oktober bis Juni hatte das Komitee mit kleineren Unterbrechungen getagt. Viele Zeugen und Sachverständige waren erschienen und zahlreiche Dokumente waren einer Prüfung unterzogen worden. Allein etwa 30 000 Fragen und Antworten wurden protokolliert, und das gedruckte Beweismaterial ist in zwei umfangreichen Bänden zusammengefaßt.

Unmittelbar nach Beendigung der Beweisaufnahme wurden dem Komitee zwei Entwürfe für den Bericht an das Parlament vorgelegt. Der eine stammte von dem Vorsitzenden, der andere von Lord Robert Cecil, einem Mitglied der Oppositionspartei.

Nach dem ersteren sollte eine Zusammenfassung der Tatsachen und anschließend ein milder Verweis der Minister erfolgen. Der Bericht von Lord Cecil gab die einwandfrei bewiesenen Tatsachen wieder, schloß dagegen mit einem scharfen Tadel für die Minister. Zum Erstaunen aller nahm das Komitee keinen der Entwürfe an. Es gab sich zwar den Anschein, als ob es den ersten Bericht zur Grundlage des endgültigen Berichts machte. In Wirklichkeit änderte die Mehrheit des Komitees, die bekanntlich aus Mitgliedern der liberalen Regierungspartei bestand, den Bericht derartig ab, daß kaum etwas von den ursprünglichen Ausführungen des Vorsitzenden übrigblieb.

Im Schlußabsatz faßt das Komitee sein Gutachten dahin zusammen, daß „alle beteiligten Minister in der ganzen Angelegenheit in dem ehrlichen Glauben gehandelt hätten, auch nicht das geringste zu tun, was sie in irgendwelchen Widerspruch zu ihren Pflichten als Minister der Krone setzte<sup>16)</sup>“.

<sup>15)</sup> Accounts and Papers (1913): Bd. 7, S. 165ff. Hansard: Bd. 54, S. 637ff. Jackson: S. 170ff.

<sup>16)</sup> Accounts and Papers (1913): Bd. 7, S. 100—101.

Die Gegner der liberalen Regierung gaben sich jedoch mit dieser Feststellung nicht zufrieden und stellten am 18. Juni 1913 den Antrag, daß das Unterhaus die Transaktionen und die mangelnde Offenheit der in Frage kommenden Minister bedauere.

Wiederum wurde im Verlauf von zwei Tagen die Angelegenheit behandelt. Sir Rufus gab zu, daß es besser gewesen wäre, sie hätten am 11. Oktober 1912 dem Parlament alles erzählt. Aber die Angriffe gegen sie hätten sich lediglich auf die britische Marconi-Gesellschaft und ihre angebliche Verbindung mit dieser bezogen, so daß sie keinen Grund gesehen hätten, Mitteilungen über ihre Interessen in der amerikanischen Gesellschaft zu machen, die im übrigen keinerlei Verbindungen mit der britischen gehabt hätte. Er legt Wert auf die Feststellung, daß er die Aktien von seinem Bruder Harry gekauft habe, der in keiner Verbindung mit der Marconi-Gesellschaft gestanden hätte.

Lloyd George bedauerte ebenfalls, dem Haus nicht alles erzählt zu haben. Er betonte, er habe nicht mit den Aktien spekuliert, sondern sie als Vermögensanlage angesehen. Nachdem beide Minister ihre Erklärung abgegeben hatten, verließen sie den Sitzungssaal.

Alle Anstrengungen der Opposition, ihren Antrag durchzubringen, waren erfolglos. Auch das Parlament stellte mit seiner liberalen Mehrheit fest, daß nicht der geringste Tadel die Minister treffe<sup>17)</sup>.

Diese Entscheidung des Parlaments ist zweifellos nur aus parteipolitischen Gründen gefällt worden und kann keinem unparteiischen Urteil standhalten. Sie mag ein weiteres Zeichen dafür sein, inwieweit bereits damals die Regierung von Großbritannien Juden und ihre Freunde selbst in Skandalen zu schützen geneigt war. Abgesehen von den Hauptpersonen der Angelegenheit finden wir auch noch weitere Minister mit jüdischem Blut oder mit engen Beziehungen zu Hebräern. So hat Lord Crewe gleich zwei Posten. Er ist Lord-Siegelbewahrer und Minister für indische Angelegenheiten. Winston Churchill ist der Erste Lord der Admiralität. So kann man sich über den Ausgang dieses Falles nicht wundern.

Nach alledem dürfte der Marconi-Skandal eines der großen Beispiele dafür sein, wohin jüdischer Einfluß führt. Lord Robert Cecil hat das Verhalten der Minister als eine Ungehörigkeit bezeichnet, jedoch abgelehnt, es Korruption zu nennen. Wir haben starke Bedenken, ob er Recht hat. Vergessen wir aber nicht, daß bereits diese Beurteilung von Lord Cecil damals von der Mehrheit des Parlaments als zu scharf angesehen wurde und die Minister von jedem Tadel freigesprochen worden sind.

Es dürfte vielleicht interessieren, was aus den einzelnen Hauptbeteiligten geworden ist. Die steil nach oben führende Laufbahn von Lloyd George ist so bekannt, daß kein Wort darüber verloren

<sup>17)</sup> Hansard: Bd. 54, S. 663—670.



zu werden braucht. Sir Rufus Isaacs wurde am 20. Oktober 1913, also vier Monate später, zum Lord Chief Justice, dem höchsten Richter im gemeinen Recht, gemacht und gleichzeitig in den Adel mit dem Titel Lord Reading erhoben. Während des Krieges war er außerordentlicher Botschafter in den Vereinigten Staaten. Ihm war die Beschaffung des riesigen Kredits daselbst zu verdanken, der zum Ankauf von Kriegsmaterial verwandt wurde. Auch hat er viel zum Eintritt Amerikas in den Weltkrieg beigetragen. Im übrigen galt er als einer der Hauptmitarbeiter von Lloyd George.

Am 6. Januar 1921 wurde er mit dem Amt des Vizekönigs von Indien betraut. Nach Ablauf seiner dortigen Regierungszeit war er Direktor der größten wirtschaftlichen Unternehmungen. Seine Arbeiten für den Aufbau von Palästina waren bedeutend. Im Jahre 1931 war er Minister für Auswärtige Angelegenheiten. Es ist fast überflüssig, zu erwähnen, daß er dem Dritten Reich feindlich gegenüberstand. Seine Reden im Oberhause lassen darüber keinen Zweifel zu. Im Dezember 1935 starb er.

Herbert Samuel bekleidete außer seinen bereits genannten Ämtern höchste Stellen in der britischen Regierung. So war er u. a. in den Jahren 1914—1915 Innenminister und später Vorsitzender wichtiger Ausschüsse. Im Jahre 1919 war er britischer Spezialkommissar in Belgien und von 1920 bis 1925 High Commissioner in Palästina. Danach hatte er verschiedene hohe Ämter in der Heimat inne, u. a. das des Innenministers im Jahre 1931—1932. Im Jahre 1937 wurde er in den Adelsstand als Viscount Samuel erhoben.

Man sieht, keinem der Hauptbeteiligten hat der Marconi-Skandal etwas anhaben können.

## Der Sir-Stuart-Samuel-Standal

Während der Sitzungen des Marconi-Untersuchungsausschusses kam aber noch ein anderer Skandal zu Ohren der Öffentlichkeit. Hiermit hatte es folgende Bewandtnis:

Das Ministerium für Indien hatte laufend Silberankäufe für die indische Währung zu machen. Seit langer Zeit ließ es diese durch Makler vornehmen, die von der Bank von England ernannt wurden.

Zu dieser Zeit war, wie bereits oben erwähnt, Lord Crewe Minister für indische Angelegenheiten. Sein Unterstaatssekretär war seit Anfang 1910 der Bolljude E. S. Montagu, der seit 1906 liberaler Parlamentsabgeordneter war. Sein Bruder war Lord Swanthling, Teilhaber einer der größten Banken, Samuel Montagu & Co. in London. Ein weiterer Teilhaber dieser Firma war Sir Stuart Samuel, ein Bruder des schon oft genannten Ministers Herbert Samuel. Er war außerdem Parlamentsabgeordneter für Tower Hamlets in Whitechapel.

Am 4. März 1912 gab nun Lord Crewe als Minister für Indien im Gegensatz zu früheren Gepflogenheiten der Firma Samuel Montagu & Co. den Auftrag, Silber im Betrage von £ 500,000,— anzukaufen. Diese Firma gehörte nicht zu den bisher beschäftigten Maklern, die von der Bank von England bezeichnet wurden. Später versuchte man diese Änderung damit zu begründen, daß die Preise für Silber jedesmal angezogen hätten, wenn die bisherigen Makler Kaufinteresse gezeigt hätten, weil man dahinter mit Recht die britische Regierung vermutete.

Es mag sein, daß dies der Fall gewesen ist. Wir können aber nicht glauben, daß dies der Hauptgrund für diesen Schritt war. Vielmehr nehmen wir an, daß auch dies wieder aus den rein jüdischen Verbindungen erklärt werden muß. Denn alle bisher genannten Personen sind Juden bzw. haben jüdisches Blut in den Adern. Ja, selbst der leitende Beamte im Ministerium für Indien, der der Firma Samuel Montagu & Co. den ersten Auftrag erteilte, trug den Namen Abrahams. Dies ergibt sich nicht aus der Veröffentlichung des betreffenden Briefes vom 4. März, jedoch unzweifelhaft aus einem Schreiben der genannten Firma vom 25. März 1912, in dem von Mr. Abrahams Brief vom 4. März gesprochen wird<sup>1)</sup>. Bis zum September 1912, also in sieben Monaten, ließ das Ministerium für etwa acht Millionen Pfund Sterling durch die genannte Judenfirma ankaufen. Ein weiterer bekannter Hebräer, Sir Felix Schuster, war auch an den Transaktionen an führender Stelle beteiligt. Er war der Gouverneur der bedeutenden Bank „Union of London and Smiths Bank“. Auf besonderen Wunsch von Samuel Montagu & Co. hatten die Zahlungen für die Silberankäufe über seine Bank zu erfolgen. Man sieht,

<sup>1)</sup> Accounts and Papers (1912): Bd. 61, S. 533, 537.

es konnte kaum eine ausschließlichere Judenangelegenheit in Szene gesetzt werden.

Es sollte nicht allzu lange dauern, bis die Öffentlichkeit von diesen Vorgängen Kenntnis erhielt. Am 7. Dezember 1912 wurde durch Sir Frederic Banbury hierauf aufmerksam gemacht. Gleichzeitig fragte man im Parlament an, ob sich die Regierung darüber klar sei, daß mit Rücksicht auf die Tatsache, daß Sir Stuart Samuel Teilhaber in Samuel Montagu & Co. sei, eine strafbare Handlung nach einem Gesetz König Georgs III. (Statute 22 George III, c. 45) vorläge. Der Erstminister antwortete, daß er bereits ein Gutachten von Juristen der Krone angefordert habe.

Dieses Gesetz aus dem Jahre 1782 war seinerzeit notwendig geworden, um die allgemein geübte Unsitte zu verhindern und zu bestrafen, daß an gewisse Abgeordnete des Parlaments Aufträge der öffentlichen Hand erteilt wurden, um sie bei der Abgabe ihrer Stimmen im Unterhaus für die an der Macht befindliche Regierung zu gewinnen<sup>2)</sup>. Mit andern Worten: ein solcher Tatbestand erfüllte die Voraussetzung für Korruption.

Es dürfte ziemlich auf der Hand liegen, daß die oben geschilderten Vorgänge auf diese gesetzliche Bestimmung zuträfen. Sir Stuart Samuel war Abgeordneter, und seine Firma hatte einen öffentlichen Auftrag erhalten. Der Kronanwalt, Sir Rufus Isaacs, begründete in langatmigen Ausführungen die Ansicht, daß es sich um einen Fall zweifelhafter Auslegung handle. Man wußte nicht, ob es sich hier im Sinne des Gesetzes um einen öffentlichen Auftrag gehandelt habe, bzw. ob das Gesetz auch Anwendung fände auf Angelegenheiten, die sich nicht auf solche des Mutterlandes bezögen. Er glaubte, daß diese Frage am besten durch eine Kommission, zusammengesetzt aus Mitgliedern des Parlaments, entschieden werden könne.

Wir sehen, ein anderer Jude nimmt sich des Falles an und verteidigt mehr, wie ihm auch von Bonar Law vorgeworfen wird, die Haltung der Regierung, als ein unparteiisches juristisches Gutachten abzugeben.

Die Opposition unter Lord Balfour hält die Ansicht von Sir Rufus für falsch, da aus einem Fall aus dem Jahre 1907 hervorgehe, daß das Gesetz auf den vorliegenden Fall Anwendung zu finden habe. In dem von ihm angezogenen Vorgang seien Kohlen von dem Ministerium für Indien angekauft worden. Hierbei habe das Ministerium selbst in einem besondern Absatz auf das zu beachtende Gesetz aus dem Jahre 1782 hingewiesen. Lord Balfour fragte, ob Sir Rufus Isaacs allen Ernstes glaube, daß es bezüglich des Gesetzes einen Unterschied mache, ob man Kohlen oder Silber kaufe. Der Befragte lehnte eine Antwort ab.

Lord Balfour verlangte weiter, daß diese juristische Frage nicht von Parlamentariern entschieden würde. Vielmehr sollte sie von Richtern untersucht werden, da man seit dem Jahre 1869 mit

<sup>2)</sup> Sanjard: Bd. 44, S. 688ff.

Recht davon abgekommen sei, in solchen Dingen ein Urteil durch Abgeordnete fällen zu lassen. Denn es sei hier festzustellen, ob ein Mitglied des Parlaments das Recht auf seinen Sitz durch ungesetzliche Handlungen verwirkt habe oder nicht. Seine Forderung drang jedoch nicht durch und die liberale Mehrheit beschloß, eine aus Parlamentariern zusammengesetzte Kommission zur Begutachtung des Falles einzusetzen.

Anscheinend konnte man sich aber, nachdem der Ausschuß einige Monate getagt hatte, nicht mehr der Forderung der Opposition entziehen, und gemäß einem weiteren Beschluß vom 31. Januar 1913 wurde verfügt, daß die Angelegenheit mit Zustimmung des Königs zum Gegenstand einer Nachprüfung durch das Richterkollegium des Kronrates gemacht werden sollte.

Inzwischen hatte sich herausgestellt, daß zwischen der Firma Samuel Montagu & Co. und dem Minister für indische Angelegenheiten außer den Silberankäufen auch Kontrakte abgeschlossen waren, auf Grund derer sie diesem kurzfristige Anleihen gegeben hatten. Ferner trafen sie Vereinbarungen über den Erwerb von Wesseln und Schatzanweisungen der indischen Verwaltungen. Durch Urteil der Richter vom 11. April 1913 wurde festgestellt, daß dieser Tatbestand die Voraussetzungen und die Anwendung des obengenannten Gesetzes erfüllte, weil es sich einwandfrei um öffentliche Aufträge gehandelt habe. Infolgedessen habe Sir Stuart Samuel vom Tage des Vertragsabschlusses seinen Sitz verloren und sei nicht mehr berechtigt gewesen, im Parlament als Abgeordneter zu sitzen und abzustimmen.

Das Gesetz von 1782 sah nun in einem solchen Fall weiter vor, daß ein Abgeordneter, der im Widerspruch zu diesem Rechtszustand abstimmt, jedesmal eine Strafe von £ 500,— zu zahlen hatte. Auf diese Weise hatte Sir Stuart Samuel eine Gesamtstrafe von £ 45,000,— bis 50,000,— verwirkt.

Sehr interessant ist es, die Meinung der „Times“ über diesen Spruch zu hören. „Sir Stuart Samuel ist natürlich moralisch unschuldig und wegen des Verlustes seines Sitzes wird man ihn bedauern. Das gleiche gilt für die Strafen, denen er ausgesetzt ist<sup>3)</sup>.“

Die Kosten des Verfahrens beliefen sich auf £ 1055,—, die jedoch von der Regierung als öffentlich bezeichnet und daher nicht von Sir Stuart Samuel eingezogen wurden.

Bald zeigte es sich, daß der Verurteilte nach Ansicht seiner Freunde auf keinen Fall die fällig gewordenen Strafen zahlen sollte. Schon am 1. und 7. Mai wurden Anfragen im Parlament gestellt, ob die Regierung Samuel nicht durch ein diesbezügliches Gesetz freistellen wolle.

Am 8. Mai brachte der Kronanwalt Sir Rufus Isaacs einen Gesetzesentwurf ein, wonach „Sir Stuart Samuel, Baron, von allen Straffolgen freigestellt und entschädigt werden sollte“, welche er

<sup>3)</sup> Times vom 12. April 1913.

durch seine oben geschilderte Handlungsweise erlitten hatte. Anschließend fand sofort die erste Lesung statt.

Es zeigte sich aber bald, daß die Regierung mit einer entschlossenen großen Opposition gegenüber diesem Gesetzesantrag zu rechnen haben würde. Deshalb wurde angeblich wegen Mangel an Zeit zunächst von der Weiterverfolgung im Parlament abgesehen. Es sieht aber so aus, als ob die Opposition Forderungen gestellt hatte, die die Firma Samuel Montagu & Co. nicht erfüllen wollte. Bonar Law hatte nämlich die Prüfung sämtlicher Bücher der Firma durch einen beeidigten Bücherrevisor verlangt. Dies glaubte sie aber ablehnen zu müssen, weil dann die Transaktionen ihrer Klienten offenbar geworden wären<sup>4)</sup>.

Von der Regierung wurden in der nächsten Zeit keine weiteren Versuche zur Durchbringung des Gesetzes unternommen. Andererseits wurde aber auch von offizieller Seite nichts getan, um die Strafen einzutreiben. Darauf machten drei Personen von dem Recht des „Common Informer“, einem Anklagerecht, Gebrauch, gegen Sir Stuart Samuel gerichtlich wegen seiner Strafen vorzugehen. Zwei Klagen wurden aus formellen Gründen in der ersten Instanz abgewiesen, während der dritte Kläger ein obliegende Urteil in Höhe von £ 13,000,— erhielt. Gegen sämtliche Urteile wurde Berufung eingelegt. Zu einer neuen Verhandlung kam es aber nicht mehr. Anscheinend hatten sich die Parteien außergerichtlich verglichen, da jeder sein Rechtsmittel zurücknahm. Welcher Art die Vereinbarung war, wurde nicht bekanntgegeben<sup>5)</sup>. Dieselben Kreise, die Samuel durch Gesetz von Strafen hatten freistellen wollen, hatten sicherlich auch hierbei in ähnlichem Sinne mitgeholfen.

Auch sonst hatte Sir Stuart keinen Schaden wegen seines Verhaltens erlitten.

Am 21. April 1913 hatte das Parlament allerdings mit Rücksicht auf den Beschluß des Richterkollegiums des Kronrats den bisher von ihm innegehabten Sitz für unbesezt erklären müssen. Infolgedessen war eine Neuwahl für den betreffenden Wahlbezirk notwendig geworden. Mit Billigung der Liberalen Partei ließ sich Sir Stuart Samuel wieder zur Wahl aufstellen und gewann auch am 30. April mit einer knappen Mehrheit seinen Sitz zurück. Seine Abwesenheit vom Parlament war demnach sehr kurz gewesen. Die „Times“ bemerkte in einem besonderen Zeitartikel mit Recht, daß sein Sieg nur durch die zahlreichen jüdischen Stimmen in diesem Distrikt möglich gewesen sei. Im übrigen wollen wir nicht versäumen, den Anfang von Samuels Ansprache an seine Wähler nach dem Sieg wiederzugeben. „Ich habe gewonnen, weil Liberale und Konservative überzeugt waren, daß hart mit mir verfahren worden ist. Viele haben infolgedessen für mich gestimmt, die es früher nicht getan haben<sup>6)</sup>.“

<sup>4)</sup> Times vom 8. August 1913. Hansard: Bd. 56, S. 2247—2248.

<sup>5)</sup> Times vom 17. Januar, 10., 12., 13., 17. Februar, 18. u. 24. März 1914.

<sup>6)</sup> Times vom 1. Mai 1913.

# Die Juden im Weltkrieg

Der Weltkrieg unterbrach die Entwicklung. Es ist nicht uninteressant, welche Rolle die Juden in dieser Zeit als Soldaten in Großbritannien spielten. Hierbei wollen wir zunächst allein die diesbezüglichen amtlichen Feststellungen der Juden wiedergeben und erst dann sehen, ob sie vielleicht vergessen oder übersehen haben, weitere Tatsachen zu übermitteln.

Das jüdische Kriegsdienstkomitee ließ von dem Rabbiner M. Adler eine kurze Übersicht über die Beteiligung der Juden am Militärdienst veröffentlichen. Hierin wird die Gesamtziffer der Juden im Imperium auf 420 000 Personen geschätzt. Aus ihren Reihen befanden sich bei Ausbruch des Krieges 600 in der Reserve und in der Miliz, 400 in der regulären Armee und 50 in der Marine.

Diese Zahlen sollen sich aber unmittelbar nach der Kriegserklärung erhöht haben, so daß bis zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht bereits 10 000 Juden, darunter 1140 Offiziere, den Streitkräften angehörten. Bis zum Ende des Krieges sollen etwa 50 000 Juden zu den Fahnen einberufen sein<sup>1)</sup>. Sogar ein jüdisches Regiment wurde im Jahre 1917 in England aufgestellt und von einem Nichtjuden, Oberst Patterson, befehligt. Dort sollen nicht selten die Kommandos in Jiddisch gegeben worden sein. Zwei weitere Bataillone von Juden seien später gebildet worden, deren Mannschaft allerdings aus Amerika und Kanada stammte. Diese Truppen seien im Jahre 1918 nach Palästina gesandt, wo sie im September an der letzten englischen Offensive teilgenommen hätten<sup>2)</sup>. In Ägypten wurde im Jahre 1915 das sogenannte zionistische Maulesel-Korps aufgestellt, das zum Munitionstransport an der Gallipoli-Front bestimmt war. Im Januar 1916 sei es aufgelöst worden. Der Tommy hatte, wie uns von englischen Kriegsteilnehmern berichtet wurde, bald einen Wahlspruch für diese Truppenteile gefunden: „No advance without security“. Das hierin enthaltene Wortspiel geht in der deutschen Übersetzung leider verloren. Man kann es übersetzen als „Kein Vorschub ohne Sicherheit“ oder als „Kein Vormarsch ohne Sicherheit“.

Nicht weniger als etwa 20 Oberstleutnants und zahlreiche Majore gehörten dem Offizierkorps an. Sogar ein Brigadegeneral mit Namen S. Seligman ist festzustellen. Der Jude Sir John Monash wurde im Jahre 1918 zum Oberstkommandierenden der australischen Truppen in Frankreich mit dem Rang eines Generalleutnants befördert. Sir Philip Sassoon war militärischer Privatsekretär von Lord French. Später hatte er denselben Posten unter Feldmarschall Lord Haig inne<sup>3)</sup>. Der jetzige jüdische Kriegsminister

<sup>1)</sup> Adler: S. 1—4. Jewish Chronicle vom 24. Januar 1936, 23. April 1937.

<sup>2)</sup> Jewish Year Book (1937): S. 364.

<sup>3)</sup> Adler: S. 6—12.

Sore-Belisha war Offizier im Train<sup>4)</sup>. In „Who's who“<sup>5)</sup> ist sein Kriegsdienst wie folgt angegeben: „diente im Heer während des Weltkrieges“. Dies steht im völligen Gegensatz zu sonstigen ähnlichen Feststellungen, wo immer angegeben wird, in welchem Truppenteil der Betreffende gedient hat. Man fragt sich, warum bei Sore-Belisha von solcher Angabe abgesehen wurde.

Einige Juden sind auch in der Fliegertruppe gewesen. In der Mannschaft hat sich gemäß dem amtlichen jüdischen Bericht vor allem eine große Anzahl von Schneidern und sonstigen Handwerkern befunden. Letztere seien für die Erhaltung der Maschinen und in den photographischen Ateliers tätig gewesen<sup>6)</sup>.

Nach der Aufstellung von Adler (sind 2324<sup>7)</sup>), nach einer Mitteilung im Jewish Year Book 2420 Juden im Krieg gefallen<sup>8)</sup>. Dies bezieht sich aber auf die Juden des gesamten Imperiums und nicht nur des Mutterlandes. Demnach haben die Juden, wenn man die oben von Adler genannte Zahl von 420 000 für richtig hält, etwa 5½ Mann auf 1000 verloren. Legt man dagegen die nach unserer Ansicht vorhandene Mindestzahl von 1 200 000 bis 1 500 000 als Gesamtbevölkerung zugrunde, so kommt man höchstens auf zwei Mann pro tausend. Wenn man sich vorstellt, daß die uns zufällig vorliegende Verlustziffer unserer heimgekehrten Brüder aus dem Sudetengau 44 auf 1000 beträgt<sup>9)</sup>, so kann man nicht von einem allzu großen Opfer der Juden für ihre Gastnation sprechen. Nichtsdestoweniger weisen die Juden in England gerade in letzter Zeit mit besonderem Fleiß darauf hin, daß die zum Teil verbreitete Ansicht, sie seien „von 1914 bis 1918 Feiglinge und Drückberger gewesen“, eine ganz grobe Entstellung der Tatsachen sei<sup>10)</sup>. Anscheinend sei dieser Gedanke noch weit verbreitet. So habe man erst kürzlich bei der Kinovorführung einer Parade jüdischer Kriegsteilnehmer im Zuschauerraum u. a. die Bemerkung gehört: „Sie hatten wahrscheinlich Druckposten in der Etappe oder taten erst Kriegsdienst nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Sie verdienen alles, was ihnen jetzt auf dem Kontinent widerfährt“<sup>11)</sup>.

Die Kriegsfreudigkeit der Juden ist in Wirklichkeit nicht allzu groß gewesen. Einer von ihnen fühlte sich während des Krieges veranlaßt, eine Flugschrift zu veröffentlichen, in der er die Haltung der aus Rußland eingewanderten Rassegenossen verteidigte. Danach könnte man es diesen Hebräern nicht verdenken, wenn sie nicht in den Krieg ziehen, weil nach wie vor nichts von der Nation ihrer früheren Gastgeber, Rußland, dem Bundesgenossen Englands, für die Freiheit und gute Behandlung ihrer dort

4) Times, Daily Telegraph, Daily Express vom 30. Mai 1938.

5) Who's who (1938): S. 1640.

6) Adler: S. 14—15.

7) Adler: S. 5.

8) Jewish Year Book (1937): S. 343.

9) Deutsche Zeitung für Großbritannien vom 29. 10. 1938.

10) Jewish Chronicle vom 14. Oktober 1938.

11) Jewish Chronicle vom 18. November 1938.

zurückgelassenen Brüder getan wurde<sup>12)</sup>. Es waren nämlich Bestrebungen im Gange, die in Rußland geborenen Juden im Falle der Kriegsdienstverweigerung aus England zu deportieren. In der „Jewish World“ vom Oktober 1916 wird eine solche in Aussicht genommene Maßnahme als unangebracht bezeichnet, weil die Betroffenen ihr ganzes Leben in England verbracht hätten und in Rußland völlig Fremde seien. Von Leeds, einer der jüdischen Hauptniederlassungen, wurde mit Unwillen berichtet, daß sämtliche russischen Juden es trotz Aufforderung abgelehnt hätten, sich freiwillig zu den Fahnen zu melden. Auch Juden mit britischer Staatsangehörigkeit, die sich nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht zu melden hatten, kamen diesem Dienst an der Nation ihres Gastlandes nicht nach. So wurden allein 18 Juden auf einmal in Belfast wegen dieses Verbrechens angeklagt.

Uble Szenen spielten sich auch in London ab. In Stepney, einem Stadtteil im Osten, der hauptsächlich von Juden bewohnt war und ist, war ein Kriegsgericht eingerichtet worden. Meistens hatten sich dort Juden wegen Drückebergerei zu verantworten. Häufig waren die Angehörigen und Freunde der angeklagten Juden zugegen, die in schamloser und unpatriotischer Weise Tumulte veranstalteten, so daß der Zuschauerraum geräumt werden mußte. Die Juden gaben selbst zu, daß beschämende Bestechung und Betrügereien von den Juden angewandt würden, um sich dem Kriegsdienst zu entziehen<sup>13)</sup>. Noch im Jahre 1917 taten Juden und ihre Freunde alles, um die Einziehung von russischen Juden zu verhindern. Eine Massenversammlung wurde von dem Schuttkomitee für ausländische Juden gegen Deportation und Zwangseinberufung zur Armee veranstaltet. Vorsitzender war Lord Sheffield, dessen Tochter den bereits des öfteren genannten Juden E. S. Montagu geheiratet hatte.

<sup>12)</sup> Wassilovsky: S. 1—8.

<sup>13)</sup> Jewish World vom 12. April 1916. Jewish Chronicle vom 7. April 1916.



## Die Balfour-Deklaration

So dürften es kaum die Kriegsdienste der Juden des Imperiums in den Schützengräben gewesen sein, die zu der bekannten Balfour-Erklärung vom 2. November 1917 geführt haben, wonach ihnen Palästina versprochen wurde. Bevor wir jedoch ausführlich hierauf eingehen, müssen wir einen kurzen Abriss der öffentlichen Meinung Englands in den letzten zweihundert Jahren über die Rückkehr der Juden nach Palästina geben.

Es ist unmöglich, eine erschöpfende Darstellung hierüber im Rahmen dieser Arbeit zu geben. Dies würde, wie bereits das zweibändige Werk des Zionistenführers Sokolow gezeigt hat, eine weitere mehrjährige Tätigkeit beanspruchen. Seit dem 17. Jahrhundert ist London das Zentrum des Weltjudentums. Die obigen Ausführungen dürften ermöglicht haben, dies zu verstehen. Daneben ist dargestellt worden, in welchem Maße die regierenden Kreise Englands seit Jahrzehnten, ja, seit Jahrhunderten von jüdischen Einflüssen beherrscht wurden. Aber auch die Lehre des Puritanismus hat vieles mit den Anschauungen der Juden gemein. Hand in Hand damit geht die Übernahme jüdischer Prinzipien, die vor allem dem Alten Testament entnommen sind. Sicherlich ist dies auch teilweise bei andern Nationen geschehen, aber mit Rücksicht auf die Einstellung der Geistlichkeit und nicht weniger Schriftsteller wird dies kaum in irgendeinem andern Lande überboten werden. Mit Recht weist Sokolow auf die Abhängigkeit Francis Bacon's (1561—1626) von der biblischen Sprache hin. Der Geist der Hebräer tritt uns auch immer wieder in den Werken von John Milton (1608—1764) entgegen, besonders im „Verlorenen Paradies“. Andere Größen der englischen Literatur, wie Abraham Cowley (1618—1667), Bischof Jeremy Taylor (1613 bis 1667), Erzbischof John Tillotson (1630—1694), Dr. Isaac Burrow (1630—1677) lassen dieselbe Einstellung erkennen. Auch Dichtungen von Alexander Pope (1688—1744) zeigen die enge Verbindung mit der Bibel. Dies läßt sich auch weiter im 18. Jahrhundert, wie z. B. bei James Thomson (1700—1748), Edward Young (1683—1765), Dr. Mark Akenside (1721—1770) feststellen. Ja, selbst das 19. Jahrhundert ist noch voll von diesen Spuren. Denken wir z. B. nur an Byron (1788—1824) und Thomas Moore (1779—1852)<sup>1)</sup>. Diese Auffassung der Jahrhunderte muß ihre Eindrücke in der englischen Volksseele zurückgelassen haben. Sokolow weist darauf hin, daß man daher in früherer Zeit England bereits mit Israel verglichen habe. Wir tragen daher nach alledem auch kein Bedenken, die Ansicht von Sokolow für richtig zu halten, daß England im Gegensatz zu andern Völkern mehr von Israel beeinflusst worden ist als von Hellas und Rom. Dies kann natürlich nur dazu führen, daß sich England gegenüber den Juden als seinem Lehrmeister verpflichtet fühlt und voll von Bewunderung für diese Rasse ist. Infolgedessen

<sup>1)</sup> Sokolow: Bd. 1, S. 1—12.

finden wir schon frühzeitig die Idee, daß den Juden geholfen werden müßte, nach Palästina zurückzukehren. Dieser Standpunkt wird neben den bereits oben genannten Personen des 18. und 19. Jahrhunderts noch u. a. von Thomas Newton (1704—1782), dem späteren Bischof von Bristol, Samuel Horsley (1733—1806), Bischof von Rochester und später von St. Asaph<sup>2)</sup> vertreten. So haben wir auch weiter keinen Grund, die Behauptung von Hyamson, daß Judentum im einen oder andern Sinne beinahe eine Leidenschaft in gewissen Kreisen geworden sei, anzuzweifeln.

Demnach verwundert es nicht, daß im Jahre 1804 die Palästina-Gesellschaft gegründet wurde mit dem Ziel, die britische Nation über die Bevölkerung, geographische Lage, Klima usw. von Palästina aufzuklären. Auch die London Society for Promoting Christianity begann, sich nach dem Jahre 1822 mit Palästina und den damit zusammenhängenden Frage zu beschäftigen.

Die Jahre von 1837 bis 1852 nennt Sokolow „die Periode von Palmerston, eine große Zeit in England für die Idee der Restauration von Israel“. Schon damals hoffte man in Rücksicht auf die Auseinandersetzungen zwischen dem Sultan Mahmud II. und seinem unbotmäßigen Statthalter in Ägypten, Mehemet Ali, der von England unterstützt wurde, daß bei den daraus entstehenden Verhandlungen England sein Banner in Palästina oder Syrien aufpflanzen würde. Juden und ihre Freunde waren am Werke, um Palästina sicherzustellen. Es war vor allem die „Times“, die die öffentliche Meinung dafür zu gewinnen suchte. So erschien am 17. August 1840 ein Artikel mit der Überschrift „Syrien, — Restauration der Juden“. Man wies u. a. darauf hin, daß bereits ein Mitglied des Adels, wahrscheinlich Lord Shaftesbury, erheblich an der Frage interessiert sei. Er habe schon Untersuchungen darüber angestellt, ob reiche Juden gegebenenfalls nach Palästina gehen und dort Geld investieren würden, ferner wann sie nach dort übersiedeln könnten und ob sie bereit seien, unter türkischer Oberhoheit mit dem Schutz der europäischen Großmächte zu leben. Es erschien sogar der Vorschlag eines Lesers der betreffenden Zeitung, England solle Palästina für die Juden kaufen.

Bald zeigte es sich, daß Lord Shaftesbury seine gesamten Verbindungen für die Sache der Juden benutzte, um das Projekt Palästina in die Wirklichkeit umzusetzen. Als Verwandter hatte er jederzeit Zutritt zu Palmerston und daher alle Aussichten auf Erfolge. Seine Begeisterung für die Juden ging so weit, daß er Hebräisch lernte und viel Umgang mit dem Geistlichen Alexander MacCaul pflegte, der sich lange Jahre unter den Juden in Polen aufgehalten hatte und später der erste Bischof von Jerusalem wurde. Aber alle Bemühungen für Zuteilung von Palästina an die Juden sollten diesmal ohne Erfolg sein.

Nichtsdestoweniger wurden weitere Vorbereitungen dafür getroffen. Ein Geistlicher gründete im Jahre 1844 in London eine

<sup>2)</sup> Sokolow: Bd. 1, S. 56, 91—93.

Gesellschaft zur Förderung der Restauration der Juden in Palästina. Man erklärte, daß England mit aller seiner Macht sein Ziel darein setzen sollte, die Juden zurückzuführen. Man würde damit ein Werk Gottes tun und gleichzeitig die politischen Interessen Englands im Nahen Osten wahrnehmen. In diesem Sinne wurden im ganzen Lande Vorlesungen abgehalten, um das Interesse an der Frage wachzuhalten bzw. zu erwecken.

Auch auf literarischem Gebiet fanden sich ähnliche Gedankengänge. Der Geistliche Samuel Bradshaw, ein Kolonialbeamter E. Mitford, Oberst Georg Gawler, der Geistliche A. Hollingsworth u. a. waren in diesem Sinne tätig. Nach Ansicht von Gawler könnten die Juden Palästina und den Osten retten, — selbstverständlich unter dem Schutz Englands. Auch Hollingsworth machte dieselben Vorschläge, gleichzeitig wies er auf die vorhandenen Bodenschätze Palästinas hin. Allmählich würden die Juden einen mächtigen Staat bilden und keiner würde mehr wagen, die armen Juden zu verfolgen. In einem andern Buch hatte sich Hollingsworth mit den verschiedenen Prophezeiungen bezügl. des jüdischen Reiches beschäftigt. Danach würden die Juden alle Macht besitzen, da sie mehr Geld hätten als alle anderen Völker zusammen.

Im Jahre 1865 wurde eine weitere Gesellschaft zur Erforschung Palästinas gegründet, die u. a. genaue Untersuchungen der geologischen Struktur von Palästina anstellen sollte. Sie genoß jede Unterstützung der Regierung und einflußreicher Kreise. Es wurden ihr sogar Angehörige der Pioniertruppe für Ausgrabungen und ähnliche Arbeiten vom Kriegsministerium zur Verfügung gestellt. Daß die Bewegung für die Restauration der Juden auch von Disraeli unterstützt wurde, dürfte selbstverständlich sein. Schon im Jahre 1833 hatte er in seiner Novelle „Alroy“ unzweideutig für diesen Gedanken geworben<sup>3)</sup>. Auch in anderen Schriften, wie „Tancred“ und „Coningsby“, hat er Hoffnungen auf die Rückkehr seiner Rasse nach Palästina ausgedrückt. Am Ausgang des 19. Jahrhunderts war es vor allem Oberst Claude Conder, der sich an führender Stelle für diese Bestrebungen einsetzte. Auch Lord Shaftesbury mit seinem Freund Laurence Oliphant war nach wie vor für die Sache der Juden tätig. Letzterer schlug vor, von der türkischen Regierung eine Konzession in der nördlichen fruchtbaren Hälfte von Palästina zu erwerben. Dies würde zum Vorteil von England und der Türkei sein, da ersteres sich weitere politische Macht und letztere Geld verschaffen würde. Oliphant half dann auch bei der Ansiedlung von Juden, die zum Teil mit Hilfe von Baron Edmund de Rothschild nach Palästina kamen.

Am besten behandelte aber nach Ansicht der Juden George Eliot in seinem Werk „Daniel Deronda“ das Problem. Hierin beschreibt er, wie die Juden die ihnen zustehenden Rechte der Freiheit und Gleichheit verlangen würden. Das Werk wurde von den Juden

<sup>3)</sup> Disraeli: Alroy, Bd. 1, S. 23ff., 147ff., 269ff., Bd. 2, S. 36ff., Bd. 2, S. 36ff., 119ff.

für so wichtig angesehen, daß es während des Weltkrieges zusammen mit Disraelis „Tancred“ ins Hebräische übersetzt wurde.

Trotz all dieser Unterstützung war man in dieser Frage praktisch aber noch nicht weitergekommen. Die Bemühungen wurden jedoch mit neuer Kraft wiederaufgenommen, als im Jahre 1897 der erste Kongreß von Juden abgehalten war, dessen Mitglieder sich den Namen „Zionisten“ zugelegt hatten. Anfang unseres Jahrhunderts hatte der damalige Führer der Zionisten, Herzl, enge Verbindungen mit dem Kolonialminister Joseph Chamberlain, dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Lord Lansdowne, und dessen Unterstaatssekretär, Lord Percy, angeknüpft. Die britische Regierung bot den Zionisten als Ersatz für Palästina El Arish an, einen Teil des sogenannten ägyptischen Palästina. Man sandte eine gemeinsame Kommission aus, um die Siedlungsmöglichkeiten zu prüfen. Der von ihr gefertigte Bericht wurde jedoch nicht einmal veröffentlicht, und das Projekt wurde stillschweigend fallengelassen.

Dies soll eine große Enttäuschung für Joseph Chamberlain gewesen sein. Auf einer Reise nach den afrikanischen Kolonien glaubte er, in einem Teil von Uganda (Ostafrika) einen passenden Platz für die Juden gefunden zu haben. Er teilte seine Entdeckung sofort Lord Lansdowne und Lord Percy mit, die ebenfalls von diesem Plan begeistert waren. In einem Brief des Auswärtigen Amtes an die Zionisten verkündete Lord Lansdowne, daß er „die Frage mit solchem Interesse studiert hätte, wie es die Regierung Seiner Majestät jedem wohlüberlegten Plan hinsichtlich Verbesserung der Lage der jüdischen Rasse gegenüber stets aufbringen müsse“. Man übermittelte dann im einzelnen die Vorschläge der Regierung. Den Juden war eine Art Selbstverwaltung eingeräumt worden, die allgemeine Kontrolle über dieses Gebiet sollte aber nach wie vor von England ausgeübt werden. Die Zionisten behielten sich die Entscheidung über dieses Angebot nach Rücksprache mit ihren führenden Mitgliedern in allen Teilen der Welt vor. Als nach zwei Jahren noch immer keine endgültige Stellungnahme erfolgt war, wiederholte der Nachfolger Joseph Chamberlains, Lord Alfred Dytelton, den Vorschlag. Auf Grund des Widerstandes der Juden, die entweder Palästina oder nichts haben wollten, wurde der Plan der britischen Regierung später abgelehnt.

In den Jahren vor dem Kriege hörten die Zionisten natürlich nicht auf, die Verwirklichung ihres Programms anzustreben. Der Weltkrieg sollte ihnen die Erfüllung ihrer Wünsche bringen.

Sie hatten bald erkannt, daß mit dem Eintritt der Türkei in den Krieg gegen England die Möglichkeit bestand, im Falle des englischen Sieges die tausendjährigen Träume der Juden Wirklichkeit werden zu lassen. Ungezählte Versammlungen fanden in aller Welt statt, um die notwendigen Schritte zu erörtern. Von vornherein waren sich die Juden darüber klar, daß ihre Zentrale nach England verlegt werden müßte. Es war hier vor allem Dr. Chaim Weiz-

mann, der sich an führender Stelle beteiligte. Er war aus Rußland eingewandert und Gelehrter in Manchester. Unterstützt wurde er u. a. von dem Juden Sokolow und dem Oberrabbiner Dr. Herz. Man war sich darüber klar, daß die Öffentlichkeit durch die Presse für die Pläne der Juden gewonnen werden müsse. Es wurden daher diesbezügliche Verbindungen aufgenommen und allzu bereite Hilfe leicht gefunden. Vor allem einer der damaligen führenden Journalisten, G. Scott, Herausgeber des „Manchester Guardian“, setzte sich besonders tatkräftig für die Juden ein. Es war auch nicht allzu schwer, ein geneigtes Ohr in Kreisen von Kabinettsmitgliedern zu finden. Einige von ihnen, wie Lord Crewe, H. Samuel, E. S. Montagu, Lord George, Winston Churchill sind uns schon durchaus bekannt. Nach den eigenen Worten Samuels auf der Jubelfeier nach der Balfour-Erklärung am 2. Dezember 1917 im Londoner Opernhaus „hat er sich für Zionismus nicht nur im Kabinet, sondern auch außerhalb desselben eingesetzt.“

Auch das Haus Rothschild half den Zionisten in jeder Hinsicht. Man sieht, das Weltjudentum konnte sich über seine Mithelfer nicht beklagen.

Bereits im Verlauf des Jahres 1916 hatte man neben Juden und Judenfreunden im Kabinet einen frommen und von Jesuiten erzogenen Katholiken, den Oberstleutnant Sir Mark Sykes, für die Pläne des Zionismus begeistert. Er war als Unterstaatssekretär Sachverständiger für kleinasiatische Fragen in der Regierung. Große Hilfe leisteten auch die Engländer W. Ormsby Gore, bis vor kurzem Kolonialminister, Sir Ronald Graham, General Sir George Macdonagh und Mr. G. S. Fitzmaurice. Ein gewisser Mr. James Malcolm hatte vor allem Sir Mark Sykes auf die Bestrebungen der Zionisten hingewiesen. Er hatte ihm und anderen Mitgliedern der englischen und französischen Regierung gegenüber die Ansicht vertreten, daß nur die Zionisten imstande sein würden, die Vereinigten Staaten von Amerika auf seiten der Alliierten in den Krieg zu bringen, da alle bisherigen diesbezüglichen Versuche versagt hatten. Ferner vermochte er sie darüber aufzuklären, daß die Zionisten keinesfalls pro-deutsch, sondern nur anti-russisch wären. Sir Mark Sykes auf der britischen und G. Picot auf der französischen Seite wurden dann auch überzeugt, daß der Weg über die Zionisten der einzige und beste sei, um Präsident Wilson über die Notwendigkeit des Eintritts in den Krieg aufzuklären. Dies würde um so leichter sein, als er fast ausschließlich auf den Rat des Zionisten Brandeis, eines Richters am Höchsten Gericht, zu hören pflegte. Nur müsse man natürlich den Juden eine Gegenleistung versprechen, die ihren Plänen gemäß nur in Palästina bestehen könnte. Nach langen Beratungen wurde dann auch Sir Mark Sykes von seiner Regierung entsprechend beauftragt, und die Vereinbarung mit den Zionisten kam dahingehend zustande. Die getroffenen Vereinbarungen wurden mit Hilfe des britischen Auswärtigen Amtes an alle Orte geleitet,

wo immer nur Zionistenbewegungen zu finden waren. Unmittelbar danach konnte man einen völligen Umschwung in der amerikanischen Presse und den amtlichen Stellen zugunsten eines Bundes mit den Alliierten feststellen. Landman, dem wir diese obigen, bisher kaum bekannten Tatsachen verdanken, weist denn auch mit besonderem Stolz darauf hin, daß es die Zionisten waren, die Amerika in den Krieg brachten<sup>4)</sup>.

Hier haben wir endlich einmal die Wahrheit von einem der darin verwickelten Juden erfahren. Es waren also nicht die Verdienste Dr. Weizmanns um die Kriegswirtschaft als Chemiker, die die spätere Balfour-Erklärung zustande brachten, wie uns anscheinend Bolitho glauben zu machen wünscht<sup>5)</sup>. Ebenfalls dürften die altruistischen Motive der führenden britischen Staatsminister, den Juden als unterdrückter Minderheit das Selbstbestimmungsrecht zu geben, von so untergeordneter Bedeutung gewesen sein, daß sie tatsächlich nicht zu berücksichtigen sind.

Den Juden war die Veröffentlichung von Landman äußerst peinlich, wie ein Artikel von A. Hyamson in der Jewish Chronicle vom 17. April 1936 zeigt. Er bezeichnet den Aufsatz als unrichtig und, was vom jüdischen Standpunkt aus zutrifft, als gefährlich. „Es ist beinahe ebenso gefährlich zu behaupten, daß die Juden Westeuropas ihre angeblichen Interessen als Juden vor ihre Gefolgschaft gegenüber dem Staat setzen, in dem sie das Bürgerrecht haben.“ Im übrigen finden wir bei Steed, dem ehemaligen Schriftleiter für auswärtige Angelegenheiten der „Times“, fast dieselbe Darstellung wie bei Landman. Er unterhielt die besten Beziehungen zu der Regierung, wie sein ganzes Buch hinsichtlich vieler anderer Fälle zeigt. Für die Unabhängigkeit Steeds von Landman spricht auch, daß seine Ausführungen zwölf Jahre früher erschienen sind und ersterer wahrscheinlich seine Informationen im Gegensatz zu Landman von der Regierung, also der andern Vertragspartei, erhalten haben dürfte<sup>6)</sup>. Endlich finden wir dieselbe Überlieferung bei Temperley<sup>7)</sup>.

Anscheinend blieb man nach Abschluß dieses Vertrages, der angeblich nicht schriftlich niedergelegt ist, in dauernder Verbindung. Am 7. Februar 1917 fand erneut eine Besprechung statt, an der Sir Mark Sykes, Lord Rothschild, Sokolow, Herbert Ventwich, Joseph Cowen, James de Rothschild, Harry Sacher, Herbert Samuel und Chaim Weizmann teilnahmen. Ebenfalls war der Rabbiner Dr. M. Gaster zugegen, in dessen Hause die Beratungen stattfanden. Sokolow erhielt den Auftrag, sich mit andern Mächten in Verbindung zu setzen.

Im März 1917 begab er sich nach Paris, wo ihm volle Unterstützung der französischen Regierung in allen Fragen zugesichert wurde. Hiervon wurde den Zionisten in Amerika und Rußland

<sup>4)</sup> Landman: S. 3—5. Landman in Jewish Chronicle vom 7. Februar 1936.

<sup>5)</sup> Bolitho: Twelve Jews, S. 280.

<sup>6)</sup> Steed: Thirty Years, Bd. 2, S. 391—393.

<sup>7)</sup> Temperley: Bd. 6, S.

sofort telegraphisch Kenntniss gegeben. Sokolow reiste im Mai nach Rom, wo er denselben Erfolg hatte. Er setzte sich mit den zuständigen Kardinälen, vor allem mit Gasparri, in Verbindung und wurde am 10. Mai vom Papst empfangen. Die verschiedenen Besprechungen mit dem Vatikan ergaben nach Mitteilung von Sokolow eine „außerordentlich befriedigende Haltung des Vatikans gegenüber dem Zionismus“<sup>8)</sup>.

Inzwischen hatte Weizmann in England alle Vorarbeiten zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung geleistet. Zwei Zeitschriften, die „Zionist Review“ und „Palestine“, waren gegründet worden. Die jüdischen Gemeinden im Lande wurden langsam auf die bereits abgeschlossene, aber noch nicht veröffentlichte Vereinbarung der Alliierten mit dem Weltjudentum vorbereitet. Auf einer Versammlung von Vertretern der Juden in England legte Weizmann dar, daß Zionismus nicht aus Unterdrückung, sondern aus dem Willen der Juden, ein eigenes Land zu haben, geboren sei. Er versäumte nicht, zu erwähnen, daß höchste katholische Kreise ihren Plänen günstig gegenüberständen.

In der allgemeinen Presse erschien ein Artikel nach dem andern zugunsten der Juden, darunter wiederum in der „Times“ an erster Stelle. Am 23. Oktober 1917 hatte sie einen Leitartikel mit der Überschrift: „Palästina für die Juden; Britische Unterstützung des Vorschlags.“ Die „Westminster Gazette“, „Spectator“, „New Statesman“, „The Nation“, „Weekly Dispatch“, „Sunday Chronicle“, „Manchester Guardian“, „Liverpool Courier“, „Yorkshire Post“, „Daily News“ und wie sie alle heißen mögen, führten einen wahren Feldzug zugunsten der Juden. Am 26. Oktober brachte die „Times“ einen Leitartikel, in dem sie der Regierung die Notwendigkeit der Veröffentlichung einer Erklärung zugunsten der Zionisten dringend ans Herz legte.

Genau dieselben Methoden wurden in Amerika angewandt. Die dortigen Zionisten standen mit ihren Rassegenossen in England in dauerndem Gedankenaustausch. Sokolow bezeichnet die Zeit von August bis November 1917 als eine anstrengende Tätigkeit, die die Anspannung aller Kräfte erforderte. Landman teilt dazu mit, daß Dr. Weizmann sich an General Macdonogh gewandt habe, um für sich und andere Juden, wie Leon Simon, wahrscheinlich jetziger Präsident der Postsparkasse, Harry Sacher, Simon Marks, Hyamson, Tolkowsky usw., Befreiung von der Dienstpflicht bzw. Entlassung aus dem Heere zu bewirken. Fast unnötig zu erwähnen, daß dieser Wunsch von dem mit den Juden sympathisierenden General bewilligt wurde<sup>9)</sup>.

Anscheinend hatte die Regierung längere Zeit gezögert, die Vereinbarung mit den Juden zu veröffentlichen. Dies wird nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein, daß sie bereits im Jahre 1915 den für sie kämpfenden Arabern das gleiche Versprechen bezüglich Palästina

<sup>8)</sup> Sokolow: Bb. 2, S. 52—53ff.

<sup>9)</sup> Militant: S. 14.

gemacht hatte. Anscheinend haben es aber die Juden wohl zuletzt erzwungen, und am 2. November 1917 kam es zu der inzwischen weltberühmt gewordenen Balfour-Erklärung, die folgenden Wortlaut hat:

„Auswärtiges Amt, am 2. November 1917.

Mein lieber Lord Rothschild!

Es bereitet mir ein großes Vergnügen, Ihnen namens der Regierung Seiner Majestät folgende Sympathie-Erklärung mit den zionistischen Bestrebungen zu übermitteln, die dem Kabinett mitgeteilt wurde und dessen Billigung gefunden hat.

Die Regierung Seiner Majestät betrachtet mit Wohlwollen die Schaffung einer nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk. Sie wird alles daransetzen, um die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern. Hierbei gilt als vereinbart, daß die bürgerlichen und religiösen Rechte bestehender nichtjüdischer Gemeinschaften in Palästina oder die Rechte und die politische Stellung der Juden in irgendeinem andern Lande dadurch nicht beeinträchtigt werden.

Ich bitte Sie, diese Erklärung der Zionistischen Föderation mitzuteilen.

Unterschrift: Arthur James Balfour.“

Wir, und hoffentlich der Leser, sind nicht über das Bündnis Englands mit dem Weltjudentum überrascht. Das einzig Neue an der Erklärung ist, daß dies in feierlicher Form für jedermann erkenntlich zum erstenmal veröffentlicht worden ist. Der bekannte Geschichtsforscher H. Temperley nimmt dazu wie folgt Stellung: „Man glaubte . . . daß eine solche Erklärung einen mächtigen Einfluß auf das Weltjudentum haben würde. Gleichzeitig hoffte man, die Hilfe der jüdischen Finanziere für die Entente sicherzustellen. Weiter war man der Ansicht, daß es die amerikanische Meinung erheblich zugunsten der Alliierten beeinflussen würde. Dies waren die hauptsächlichsten Erwägungen in den letzten Monaten des Jahres 1916 und den darauffolgenden zehn Monaten des nächsten Jahres, die die britische Regierung veranlaßten, einen Vertrag mit dem Weltjudentum einzugehen . . .<sup>10)</sup>“ Diese Ausführungen stehen im Gegensatz derjenigen von Dr. Weizmann, der nur ideelle Gründe für die Balfour-Erklärung feststellen kann. Bei seiner Vernehmung vor der Palästina-Konferenz im Jahre 1936 betonte er, es habe sich hierbei nicht um Kriegspropaganda gehandelt, sondern um den von Herzen kommenden Wunsch des britischen Volkes, die Judenfrage in der Welt zu lösen<sup>11)</sup>.

Wieder konnte sich die Presse nach Veröffentlichung der Balfour-Erklärung mit ganz wenigen Ausnahmen nicht genug tun, für die Juden einzutreten. Es sei ein epochemachendes Ereignis, ver-

<sup>10)</sup> Temperley: Bd. 6, S. 170—174.

<sup>11)</sup> Jewish Chronicle vom 17. November 1936.



sicherte man unter anderem<sup>12)</sup>. Die „Morning Post“ fand allerdings noch Jahre nachher strenge Worte gegen diese Politik der Regierung. In einem Leitartikel vom 16. Oktober 1922 beklagt sie sich über die nachteiligen Folgen, die aus dem „Zionisten=Abenteuer“ für England entstanden seien. „Wir haben bereits häufig“, so führt sie aus, „über die Atmosphäre von Intrige und Geheimnis Klage geführt, in der gearbeitet worden war. Uns gefällt nicht das Zusammentreffen der Balfour-Erklärung mit einer britischen Notzeit, so daß die erstere den starken Beigeschmack einer Erpressung trägt.“

Am 2. Dezember 1917 fand eine große Demonstration der Juden im Londoner Opernhaus statt, um dadurch der britischen Regierung den Dank auszusprechen. Sie wurde von Lord Rothschild geleitet. Es sprachen u. a. Lord Robert Cecil, der noch heute einer der wärmsten Freunde der Juden ist, und Herbert Samuel. Letzterer führte unter anderem aus, „daß es vielleicht dem Genius der Juden wiederum vorbehalten sei, der Welt eine brillante und ausgezeichnete Zivilisation zu geben. Es ist nicht uninteressant, festzustellen, wer sich von den damaligen führenden Kreisen Englands mit herzlich gehaltenen Glückwunschtelegrammen als Freund des Weltjudentums bekannte. Wir finden hierunter Viscount Grey, Arthur Henderson M. P., Marquis of Crewe, Viscount Bryce, Earl of Selborne, Lord Hugh Cecil, Lord Sindenham of Combe, Lord Emmott, Lord Tennyson, James Cooper, einen hohen Geistlichen der schottischen Kirche und andere<sup>13)</sup>.

---

<sup>12)</sup> Sokolow: Bd. 2, S. 84—99.

<sup>13)</sup> Sokolow: Bd. 2, S. 113—118.

## Juden in Versailles

Nach Beendigung des Krieges mußten nun die Juden das in der Balfour-Erklärung liegende Versprechen von der Friedenskonferenz in Versailles eingelöst erhalten. Nicht weniger als 75 000 Juden in England sandten ein Gesuch nach Paris mit der Bitte um Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina<sup>1)</sup>.

Die britische Delegation wurde bekanntlich von Lloyd George geführt. Über seine Beziehungen zu den Juden haben wir schon Verschiedenes gehört. Wir möchten aber nicht versäumen, zu erwähnen, daß er zu dieser Zeit ganz unter ihrem Einfluß stand. Dies war so offensichtlich, daß es selbst in der Öffentlichkeit auffiel. Bei den Juden handelte es sich hierbei um Sir Philipp Sassoon, Lord Reading, Louis Namier, Mond und Montagu. Der erstere gehörte der Familie Sassoon an, den Rothschilds des Ostens. Er war Parlamentsabgeordneter seit 1912, mit einigen Unterbrechungen Staatssekretär für Luftfahrt von 1927—1934, jetzt Erster Kommissar für Öffentliche Arbeiten. Außerdem war er lange Zeit Sekretär von Lloyd George. Diese Juden hatten einen solchen Einfluß auf Lloyd George, daß man davon sprach, er stehe völlig unter dem Zwang der Juden. Auch zahlreiche Mitglieder der britischen Delegation waren Voll- oder Teiljuden. Zu den ersteren gehörte der schon oft genannte Montagu. Mit Recht bemerkt die „Morning Post“ vom 20. März 1919, daß er in dieser Position seiner Firma, Samuel Montagu & Co., wertvolle Ratschläge geben könne. Er wurde von seinem jüdischen Sekretär, Sir Arthur Samuel, begleitet, der später weitere hohe Posten in der englischen Regierung hatte. So war er u. a. Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Parlamentarischer Sekretär im Handelsministerium, Minister für Überseehandel von 1924 bis 1927 usw. Seit 1918 gehörte er dem Parlament als konservativer Abgeordneter für Farnham an. Seine Veröffentlichungen über Wirtschaftsfragen sind zahlreich und bekannt.

Weitere Volljuden waren Sir C. S. Rish und E. G. Abraham. Der erstere gehörte zum militärischen Geheimdienst, Abteilung Rußland. Als Jude hatte er, wie nicht anders zu erwarten war, erhebliche Abneigungen gegenüber Rußland und war infolgedessen in seinen Entscheidungen nicht frei von Vorurteilen, was ausdrücklich von seinem Mitarbeiter, der ihn sonst sehr lobt, bestätigt wird. Heute ist er Ministerialdirektor im Ministerium für indische Angelegenheiten.

Abraham war britischer Sekretär im Obersten Rat der Friedenskonferenz und nahm daher an den geheimsten und wichtigsten Entscheidungen teil<sup>2)</sup>. Die Behauptung von Wolf<sup>3)</sup>, die Juden wären

<sup>1)</sup> Morning Post vom 6. März 1919.

<sup>2)</sup> Beadon: S. 41—45.

<sup>3)</sup> Wolf: Essay, S. 407—408.

mit Ausnahme des Dolmetschers Prof. Paul Mantoux, nicht in dies Allerheiligste eingedrungen, ist daher falsch.

Ferner finden wir noch den Teiljuden Sir Percy Radeliffe, der praktisch als Leiter der militärischen Abordnung fungierte, da sein Vorgesetzter, der Chef des Generalstabes, sehr oft in London beschäftigt war.

Die Juden waren auch durch eine besondere Delegation vertreten, die Hand in Hand mit der britischen Regierungsabordnung arbeitete. Ihr gehörten u. a. Sir Stuart Samuel, H. S. Henriques, Claude Montefiore und Lucien Wolf an. Sie bildeten mit Juden aus anderen Ländern eine ausschließlich jüdische Konferenz, die die sie angehenden Fragen gemeinsam beriet. Sir Stuart Samuel wurde später in offizieller Mission der britischen Regierung nach Polen gesandt, um Untersuchungen über angebliche Pogrome in Polen anzustellen. Wolf war der Geschäftsführer dieser Judenkonferenz und wird von seinen Rassegenossen als der Vater der Minderheitenverträge der Friedenskonferenz bezeichnet<sup>4)</sup>.

Aber es waren nicht nur die Engländer, die in so zahlreicher Begleitung von Juden nach Paris gekommen waren. Die Rumänen hatten als Rechtsberater den Juden Salomon Rosenthal mitgebracht. Sogar die Polen hatten als ihren Finanzfachverständigen einen Hebräer, Stephen Markowski, dessen beide Mitarbeiter von derselben Rasse waren. Litauen hatte den Rechtsanwalt Rosenbaum und die Ukraine Margolin und Samuel Zarchi. Die Beteiligung der Juden ergibt sich am besten daraus, daß der Vertrag von Versailles für Frankreich von Louis Klotz, für Indien von G. Montagu und für Italien von dem Halbjuden Baron Sonnino unterschrieben wurde. Clemenceaus Privatsekretär war der Jude M. Mandel, der als Mittelsmann zwischen Börse und auswärtigem Amt arbeitete.

Die Amerikaner dürften den Engländern in der Begünstigung der Juden nichts nachgegeben haben. Weltbekannt ist die Judenhörigkeit von Wilson und Oberst House. Mit der Ankunft von Baruch in Paris wurde alles nach den Gesichtspunkten der internationalen Finanz geordnet und festgesetzt. Neben Warburg war es der Einfluß der Juden Felix Frankfurter, Jacob H. Schiff und anderer Finanzgrößen, die Wilson und seine Entschlüsse völlig beherrschten. Daneben soll, wie immer bei solchen Angelegenheiten, die Freimaurerei ihr Teil getan haben.

Alles in allem dürfte Lucien Wolf nicht zuviel gesagt haben, wenn er nach dem Diktat von Versailles darauf hinwies, daß „der Friedensvertrag — soweit die Juden in Frage kämen — diesen mehr gegeben hätte, als sie sich je bei Eröffnung der Konferenz erträumt hätten<sup>5)</sup>.“

<sup>4)</sup> Jewish Year Book (1937): S. 632—633. Lane: S. 124.

<sup>5)</sup> Times vom 15. Dezember 1919.

## Englands Palästinalpolitik

Die Nachkriegsgeschichte von Palästina und die damit zusammenhängenden Fragen könnten einen weiteren Band füllen. Hier sollen nur die Ereignisse gestreift werden, die zum Teil vergessen oder nicht so allgemein bekanntgeworden sind.

Das britische Auswärtige Amt hatte den Wert der Hilfe des Weltjudentums erfahren und betrachtete daher seine Mithilfe, um mit den Worten von Landman zu sprechen, als „ein zukünftiges Instrument der britischen auswärtigen Politik“. Daß dies auch heute noch der Fall ist, dürften die letzten internationalen Ereignisse der letzten Jahre bis zur Kriegserklärung Englands nur allzu deutlich gelehrt haben. Wenn jetzt auch die besondere Abteilung für Palästina vom Auswärtigen Amt nach der Konferenz in Kairo unter dem Vorsitz von Winston Churchill im Jahre 1921 an das Kolonialamt überführt ist<sup>1)</sup>, so ist dies nur ein Teilgebiet und hängt lediglich mit der Verwaltung von Palästina zusammen. In diesem Jahre glaubte Churchill ausdrücklich seine Hörigkeit gegenüber den Juden dartun zu müssen. Beim Empfang einer jüdischen Abordnung gab er seiner Überzeugung Ausdruck, daß „die Errichtung eines Nationalstaates der Juden in Palästina einen Segen für die ganze Welt, für die Juden und für Großbritannien darstellen würde“<sup>2)</sup>.

Es war und ist aber nicht nur die britische auswärtige Politik, in der das Weltjudentum einen entscheidenden Einfluß ausübt. Vielmehr läßt sich dies auch in den innerpolitischen Verhältnissen deutlich feststellen. Dies nachzuweisen werden wir uns am Schlusse dieses Kapitels bemühen. Hier mag nur auf ein der Öffentlichkeit offenbartes Schreiben der Juden hingewiesen werden.

Ende des Jahres 1922 wurde bei den bevorstehenden Wahlen festgestellt, daß die Juden eine rege Tätigkeit entfalteten. Sie sandten Rundschreiben an ihre Freunde und Rassegenossen mit der Aufforderung, eine Gruppe zu bilden, die „die Hilfe von möglichst vielen Kandidaten für das Parlament zugunsten des zionistischen Programms sicherstellen sollte. Im einzelnen sei es zunächst notwendig, informell auszufinden, wieweit diese in dem jeweiligen Wahlbezirk entweder für resp. gegen ihre Angelegenheit oder neutral seien“. Wenn irgend möglich, sollten sie sich feierliche Versprechungen für eine Unterstützung geben lassen. Bezüglich dieser Frage gaben die Juden dann folgende Anweisungen heraus:

„Ganz besondere Sorgfalt müßte bei der Befragung des Kandidaten über diesen Punkt beobachtet werden, bevor man sich ein schriftliches Versprechen dieser Art geben ließ. In bestimmten Fällen sei es vorzuziehen, sich mit einem Schweigen des Kandidaten abfinden zu lassen, als eine ausgesprochene Abweisung zu erfahren.

<sup>1)</sup> Landman: S. 6.

<sup>2)</sup> Jewish Guardian vom 22. April 1921.

Bei andern würde man wahrscheinlich ohne besondere Schwierigkeiten eine schriftlich niedergelegte Zusicherung erhalten. Man wäre sich im übrigen von vornherein bewußt, daß die mit den örtlichen Verhältnissen vertrauten Freunde mit der nötigen Diskretion vorgehen würden.“

Die „Morning Post“<sup>3)</sup>, der wir diese Überlieferung verdanken, warnt die Kandidaten, sich näher darauf einzulassen.

Wie das Weltjudentum über die Ausführung der britischen Verwaltung in Palästina dachte, ergibt sich daraus, daß im Jahre 1922 viele Beamte angeblich aus Sparsamkeitsgründen entlassen wurden. Es fiel aber sofort auf, daß sich darunter keine Juden oder solche Engländer befanden, deren Sympathien für die Juden einwandfrei festgestellt waren<sup>4)</sup>. Diese Maßnahmen dürften nicht zuletzt auf Samuel zurückzuführen sein, der seit 1922 Oberkommissar in Palästina war<sup>5)</sup>.

Es braucht nicht weiter betont zu werden, daß die Juden überall in der Öffentlichkeit die größte Unterstützung für ihre Pläne in Palästina erfuhren.

Ein Teil der Juden verlangte aber noch mehr Unterstützung von England in der Palästinaangelegenheit. Nach Landmans Mitteilungen sollen angeblich zwei Richtungen in der Zionistenorganisation vorherrschen. Die eine wird von ihm als rechts eingestuft bezeichnet, während die andere sozialistische, also marxistische Anschauungen vertritt. Die letztere steht angeblich im Widerspruch zu den von Theodor Herzl niedergelegten Grundsätzen, die einwandfrei einen unabhängigen Staat in Palästina vorgeesehen hätten. Die letztere Richtung würde von Dr. Weizmann geführt und sei am stärksten in Palästina vertreten. Die andere Gruppe sei auch in territorialer Hinsicht nicht mit den Bestimmungen für Palästina zufrieden. Sie verlange auf jeden Fall das dünnbesiedelte Transjordanien, um all die einwanderungslustigen Juden unterzubringen. Selbstverständlich lehnt sie auch jede Teilung Palästinas ab. Ihre Anhänger befänden sich vor allem in Polen, einer ihrer Hauptvertreter sei Wladimir Jabotinskij. Anscheinend hat aber der von Weizmann geführte Flügel im Weltjudentum die Führung inne.

Die „Jewish Chronicle“ vom 13. August 1937 veröffentlicht ein Dokument, wonach bereits die Teilung Palästinas zwischen dem damaligen Kolonialminister und großen Freund der Juden, Ormsby-Gore, und Weizmann besprochen und Übereinstimmung erzielt worden ist, bevor überhaupt die von den Engländern eingesetzte Palästina-Kommission ihre diesbezüglichen Vorschläge gemacht hatte. Man sieht also auch hier einmal wieder das abgefartete Spiel hinter den Kulissen und die Bestätigung, daß England nichts ohne und gegen das Weltjudentum zu tun wagt.

<sup>3)</sup> Morning Post vom 6. November 1922.

<sup>4)</sup> Morning Post vom 18. März 1922.

<sup>5)</sup> Evening Standard vom 6. Juli 1937.

Bei den Erörterungen über den Teilungsplan zeigten sich die von Landman erwähnten zwei Richtungen. Ormsby-Gore und damit die Regierung setzten sich für die Teilung ein, die von den extremen Juden und ihren Freunden bekämpft wurde. Dies ergab vor allem die Debatte darüber im Unterhaus am 21. Juli 1937. Es wird nicht mehr nach den vorhergehenden Ausführungen überraschen, daß zu den letzteren Lloyd George und Winston Churchill gehörten<sup>9)</sup>. Lloyd George veröffentlichte darüber hinaus einen Artikel im „Sunday Express“ vom 18. Juli 1937. Hierin lobte er die von den Juden geleistete Kulturarbeit in Palästina, für die bereits etwa 77 Millionen Pfund aufgewandt worden seien, und fand sehr scharfe Worte für die Unterstützung des Teilungsplanes durch die Regierung.

Die Juden haben uns noch bei anderer Gelegenheit von der Hörigkeit der britischen Regierung unterrichtet. Die „Free Press“ vom Juli 1937 bringt einen Auszug aus der jüdischen Zeitung in Amerika „California Jewish Voice“ vom 7. Mai 1937. Hiernach haben die bekannten amerikanischen Juden, der Rabbiner Stephen S. Wise und Louis Brandeis, bei Roosevelt dagegen protestiert, daß während der Sitzung der Palästina-Kommission die jüdische Einwanderung gestoppt werden sollte. Roosevelt hat ihnen recht gegeben und darauf dementsprechend an den damaligen Außenminister Eden telegraphiert. Dieser hat natürlich dem Ersuchen stattgegeben.

---

<sup>9)</sup> Daily Telegraph vom 22. Juli 1937.

## Die Schwäche Englands

Lord Shaftesbury, der große Freund der Juden, rief bereits im Jahre 1848 aus: „Nichts kann das britische Imperium vor dem Untergang retten.“ Selbst Disraeli war im darauffolgenden Jahre der Ansicht, daß „in der Industrie, im Handel und in der Landwirtschaft keinerlei Hoffnungen bestehen“. Auch er gab sicherlich hierfür schwerlich seinen Rassegenossen die Schuld. Der sterbende Herzog von Wellington brach im Jahre 1852 in die Worte aus: „Ich danke Gott, daß es mir erspart bleibt, das Ende des uns umgebenden Ruins zu erleben“<sup>1)</sup>.

Alle drei Männer scheinen, wie der „Daily Express“ zum Ausdruck bringt, unrecht gehabt zu haben, denn England ist immer noch nicht zusammengebrochen. Ist aber das nach außen hin sichtbare völlige Verschwinden der britischen Machtposition notwendig, um die Feststellungen dieser drei Männer des 19. Jahrhunderts zu bekräftigen?

Zunächst dürfen wir nicht übersehen, daß das England des 19. Jahrhunderts von keiner Weltmacht in die Schranken gefordert wurde noch gefordert werden konnte. Frankreich war von England im 18. Jahrhundert überall geschlagen worden. Ersteres hatte geniale Pläne in Nordamerika und in Indien gehabt. Gefeitert waren sie alle daran, daß sich Frankreich auf den Schlachtfeldern von Europa verzettelt und verblutet und daher nicht genügend Kräfte für die Verteidigung und den Ausbau seiner überseeischen Besitzungen hatte, um vor allem dem sich allein darauf konzentrierenden England die Spitze bieten zu können. Infolgedessen hat wohl niemand mehr geholfen, das Weltreich Großbritannien zu begründen, als Friedrich der Große und andere deutsche Fürsten. Die Versuche Napoleons, die Sünden seiner Vorgänger wieder gutzumachen, scheiterten u. a. daran, daß er sich auf einmal zu viele Feinde verschaffte und Europa gegen sich vereinigte, bevor er seinem größten Widersacher, England, den Fangstoß versetzt hatte.

Das Deutschland des 19. Jahrhunderts hatte infolge mangelnder Einigung weder die Kraft noch das Bedürfnis, eine Auseinandersetzung mit dem Weltreich Großbritannien zu suchen. Auch nach dem Jahre 1870 hatte es zunächst mit seinen eigenen häuslichen Angelegenheiten zu tun.

Rußland war im Krimkrieg und später mit den Kräften der verschiedenen verbündeten Mächte niedergehalten worden. Japan und Amerika schieden zu dieser Zeit ebenfalls als Widersacher aus.

Hilaire Belloc, ein führender Geschichtsforscher und Schriftsteller, macht die englische Nation auf verschiedene Veränderungen in ihrem Volkstörper aufmerksam, die nachteilig und auf ihren Krämergeist zurückzuführen seien. Reichtum und Gelderwerb be-

<sup>1)</sup> Daily Express vom 29. Oktober 1938.

deute in England zur Zeit alles. Die Landwirtschaft sei dem Untergang geweiht, weil sie mit diesen Grundsätzen unvereinbar sei<sup>2)</sup>. Wenn Belloc es auch nicht ausdrücklich erwähnt, so möchten wir mit Rücksicht auf seine Ausführungen in einem andern Werk annehmen, daß er nicht zuletzt die Juden dafür verantwortlich zu machen sucht. Dabei vergißt Belloc in dem betreffenden Buch „The Jews“ nicht, darauf hinzuweisen, daß er grundsätzlich nicht gegen sie eingestellt sei.

Nach seiner Ansicht erfreue sich der Jude in England einer sozialen Stellung, wie er sie nicht in einem andern Land der Welt finden könnte. Jede Ablehnung ihm gegenüber sei verschwunden. Er würde zu jeder Staatsinstitution zugelassen. Außerdem hätten sich die Juden einen viel weitgehenderen Einfluß erschlichen. Endlich hätten Heiraten großen Umfanges zwischen einstmaligen Angehörigen der Aristokratie und jüdischen Handelsvermögen stattgefunden.

Nach zwei Generationen wäre es zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine Ausnahme gewesen, wenn in solchen englischen Familien kein jüdisches Blut vertreten war. Bei fast allen sei die jüdische Vermischung zu erkennen. In einigen Familien sei sie so stark aufgetreten, daß trotz des rein englischen Namens Aussehen und Charakter völlig jüdisch geworden seien.

Besondere jüdische Einrichtungen, wie z. B. die Freimaurerei, welche die Juden als eine Art Brücke zu ihren Gastgebern im 17. Jahrhundert begründet hätten, seien in Großbritannien bemerkenswert mächtig. Der britische Staat würde überall von ausländischen Regierungen als offizieller Beschützer der Juden in andern Ländern angesehen. England unterstütze daher jüdische finanzielle Energie in der ganzen Welt und erfahre dafür als Gegenleistung den Nutzen dieser Verbindung.

Belloc weist dann weiter darauf hin, wie allmählich in England, überhaupt in ganz Europa, in der Literatur und Geschichte eine Wandlung in der Beurteilung des Juden vor sich gegangen wäre. Der Jude würde im allgemeinen nicht mehr als der moralisch Minderwertige dargestellt. „Die feindselige europäische Einstellung gegenüber den Juden war ein geistloses Ungeheuer, die jüdische gegenüber dem Europäer ein heiliges Opfer.“

Die gesamte Geschichte von Europa und von England, soweit sie mit diesem sehr wichtigen Umstand in Verbindung gebracht werden kann, war durch Vertuschung, falschen Nachdruck und unerhörtes Lügen verzerrt.

Der Laie hat meist keine Ahnung, welche Rolle die Judenfrage gespielt hat, noch kennt er die Gründe, die für seine eigene Klasse in diesen Auseinandersetzungen angeführt werden könnten.

Bei Beendigung des jüdischen Vordringens in England hätten die Juden im Verhältnis zu ihrer Zahl eine Macht dargestellt, wie

<sup>2)</sup> Belloc: Contemporary England: S. 59ff.



man sie noch nie in einem andern Land der Welt gesehen habe. „Jede britische Regierung hatte und hat ihren Anteil von Juden. Sie drangen in den diplomatischen Dienst und in das House of Lords ein. Sie schwärmten im Parlament, in den Universitäten und allen Abteilungen der Regierung, mit Ausnahme des Auswärtigen Amtes, und sogar dort haben Angehörige der jüdischen Nation kürzlich Zutritt erhalten. Sie sind ungeheuer einflußreich in der Presse und allmächtig in der City“<sup>3)</sup>).

Oberstleutnant M. Lane hat in seinem Buch „The Alien Menace“ nicht weniger stark auf den unheilvollen Einfluß der Juden und die damit verbundenen Nachteile hingewiesen. Wir werden noch später bei unsern eigenen Untersuchungen in dieser Hinsicht darauf zurückkommen.

Der bekannte Schriftsteller der jüngeren Generation, Beverley Nichols, hat in seiner letzten Neuerscheinung ebenfalls auf das Absinken der britischen Macht nach innen und nach außen hingewiesen. „Die gesamte Lage ist äußerst gefährlich geworden. Auf der materiellen Seite haben wir eine undisziplinierte Nation mit einer absinkenden Bevölkerung, die im Besiß eines ganz unverhältnismäßigen Anteils an den Reichtümern der Welt ist. Diese Nation . . . wird von einem Komitee von Träumern und Großvätern geführt . . . England scheint sich nicht länger Sorgen um England zu machen . . . Mit Kaltblütigkeit dulden wir Armutsviertel, die in autoritären Staaten . . . nicht für einen Monat geduldet würden.“

Er fragt dann, wie spätere Geschlechter zu dem Niedergang und zu der Schwäche des britischen Imperiums Stellung nehmen werden. Sie würden versuchen, in die ihnen als Geheimnis erscheinenden Einflüsse einzudringen und sagen: „Es müssen dort gewisse geheime Dinge . . . gewesen sein, welche diese Berrücktheit verursacht haben“<sup>4)</sup>).

In zwei anderen Veröffentlichungen sind aber nicht nur die Tatsachen des Einflusses der Juden in dem einen oder andern Sinne und der Niedergang des englischen Lebens festgestellt, sondern letzteres einwandfrei auf die Juden zurückgeführt worden.

Unter dem Pseudonym Cobbett ist vor einigen Monaten ein Buch über die Juden in England erschienen. Es ist elegant und wissenschaftlich geschrieben. Der Verfasser hat keinen Zweifel darüber, daß der Jude und nur der Jude schuld an dem Verfall der britischen Nation ist. Die Allgemeinheit glaube noch immer, in dem „guten, alten England“ zu leben. Tatsächlich habe sich alles erheblich geändert. Die Juden und ihre Freunde „hätten sich mehr aus Profiten als aus Dienstleistungen gemacht. Sie hätten mehr Wert auf möglichst rasche Einnahmen gelegt als auf Produktion, und das Volk und seinen Boden nicht nur zersezt, sondern erschöpft“. Überall könne man Spuren des Verfalls feststellen. Mit der vor-

<sup>3)</sup> Belloc: Jews, S. 222ff.

<sup>4)</sup> Nichols: S. 11—19.

herrschenden Geistesrichtung könne man nicht die westliche Zivilisation gegenüber dem vordringenden Kommunismus erhalten<sup>5)</sup>).

„Modernes englisches Leben“, so schreibt Cobbett, „strotzt von Beweisen des Sieges von judaisierten Engländern und jüdischen Einflüssen.“ Es sei schwierig, der jüdischen Überfremdung in England dadurch Herr zu werden, daß man die Juden überall ausschließe, denn die jüdischen Anschauungen hätten schon so viele Wurzeln im Volke geschlagen, daß es beinahe jüdischer in seinem ganzen Gebaren sei als sein Herr und Meister. Eine völlige Reformation an Haupt und Gliedern sei notwendig. Diese durchzuführen, hält Cobbett für unmöglich, da die britische Nation bereits so weit heruntergekommen sei, daß sie nicht mehr die Kraft dafür aufbringen würde.

Der wohlbekannte Ricksche-Übersetzer und Schriftsteller A. M. Ludovici, der auch im Jahre 1938 eine Vortragsreise durch Deutschland unternahm, darf vor allem nicht in der Reihe der Männer fehlen, die schonungslos den Verfall der britischen Nation aufdecken.

Er ist besonders durch seine Schriften für eine Wiedergeburt der englischen Nation durch eine Rückkehr zu den alten Tugenden in der Öffentlichkeit eingetreten. Aber schon diese seine Forderung ist einem großen Teil des englischen Volkes so abwegig, daß man es nicht einmal für nötig befindet, sich überhaupt mit der Frage zu beschäftigen. Ludovici steht auf dem Standpunkt, daß das in England herrschende System nachteilig für die Nation ist. Mindestens zwei Drittel der Bevölkerung sei unzufrieden<sup>6)</sup>. Es bestände eine tiefe Kluft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die zu allen möglichen unerquidlichen Erscheinungen führte. Ohne Rücksicht auf die Wohlfahrt des Volkes käme es nur darauf an, Profite zu machen. Die Gesundheit der Bevölkerung sei für die Machthaber nur noch von untergeordneter Bedeutung. Auch die für ein Volk wichtigste Forderung, die Reinhaltung der Nation von fremden, unerwünschten Elementen, sei schon seit langer Zeit vergessen worden. In Verbindung mit dieser Frage bringt Ludovici dann zum Ausdruck, daß bei der Zulassung von Fremden, insbesondere Juden, nicht die Alternative „Güte oder Härte“ zu stellen sei. Vielmehr sei hierbei, wie bei allen Entscheidungen für eine Nation das Hauptgebot, das Volk in jeder Hinsicht zu erhalten. Der Jude habe dabei mitgewirkt, daß seit dem Jahre 1656 die von Ludovici gegeißelte unenglische Entwicklung vor sich gegangen sei. Dies sei auf ein allgemeines jüdisches Streben zurückzuführen. „Seit dem Einschleichen der Juden in die Gemeinschaft, mit der er zusammenlebt, ist er mehr oder weniger ein Fremder geblieben. Er und seine Freunde werden natürlich alles daransetzen, soweit wie möglich alle Schranken in jeder Gemeinschaft niederzubrechen, welche normalerweise seine fremden Eigenschaften kennzeichnen

<sup>5)</sup> Cobbett: S. 111ff.

<sup>6)</sup> Ludovici: Aristocracy, S. 35ff.

oder seine völlige Gleichberechtigung verhindern. Dies bedeutet, daß dem Machtssystem des Juden — Reichtum — von allen andern machtvollen Faktoren Widerstand entgegengesetzt wird, wie z. B. von dem Charakter mit aristokratischen Grundsätzen und Ansehen, und vor allem von der nationalen Solidarität. Unter letzterem verstehe ich Loyalität der einzelnen Klassen zueinander. Alle diese Dinge könnten nicht erkauft und infolgedessen nicht von den Juden erworben werden. Hierbei sei es gleichgültig, wie reich er ist. Wo immer der Jude zur Macht kommt, wird man finden, daß diese Dinge immer mehr außer Kurs kommen. Die Tendenz wird immer mehr vorherrschen, nationales Prestige von käuflichen Symbolen abhängig zu machen . . . Die Tatsache, daß Anarchie immer Tür an Tür mit liberaler Plutokratie lebt, macht die jüdische Frage noch weit bedeutsamer. Hierbei ist vor allem nötig, sie richtig und sine ira et studio . . . zu erkennen. Alle diejenigen, die in den letzten achtzig Jahren des englischen politischen Lebens die Zersekung der gesamten Symbole von Ehre und Prestige festgestellt haben und nun sogar eigene mächtige Volksgenossen finden, die selbst diese Tendenz predigen, mögen vor allem einmal dem Einfluß der Juden und den ihnen zuletzt zufallenden Vorteilen . . . nachgehen.“

Zeit und Platz verbieten uns, noch weitere Ausführungen dieses britischen Schriftstellers zu bringen.

Endlich wollen wir nicht die beiden Männer vergessen, die, jeder auf seine Art, den Kampf gegen die Juden und den Verfall in England führen, nämlich Sir Oswald Mosley und A. Leese. Der letztere ist der Führer der Imperial Fascist League, die bezüglich der Juden dasselbe Programm verfolgt wie wir und infolgedessen in den Juden die größte Gefahr für England sieht. Sir Oswald ist der Führer der weitaus bedeutenderen faschistischen und nationalsozialistischen Partei Englands, der eine einwandfreie antijüdische Politik betreibt, die in ihrer Begründung allerdings von der unsrigen verschieden ist. Nach dem vor kurzem veröffentlichten Programm von Sir Oswald greifen die Nationalsozialisten Englands die Juden nicht wegen ihrer Religion an, da sie jede Art von Religionsfreiheit gewähren. Auch könnten sie die Juden nicht aus rassopolitischen Gründen bekämpfen, weil sie dies nach ihrer Ansicht als untragbar für das Empire ansehen, das aus zahlreichen Rassen zusammengesetzt sei. Sie verfolgten vielmehr die Juden, „weil sie einen eigenen Staat innerhalb des Staates begründet und die Interessen ihrer Rassegenossen in England und sonstwo im Ausland über die des britischen Staates gesetzt hätten.“

Ein besonders kennzeichnendes Beispiel hierfür sei, daß sie eine Weltkatastrophe durch Anzettlung eines Krieges zwischen Deutschland und England herbeiführen wollten, welcher diesmal nicht aus britischen, sondern aus rein jüdischen Motiven ausgefochten werden sollte<sup>7)</sup>.

<sup>7)</sup> Mosley: S. 58—59.

Die Aufzählung dieser Männer von England, die die Juden-  
herrschaft als Nachteil für ihr Volk bezeichnen, mag für unsere  
Zwecke genügen. Im folgenden wollen wir uns bemühen, diese  
Behauptungen einwandfrei zu beweisen. Hierbei haben wir auf  
die einzelnen Zweige des öffentlichen Lebens einzugehen, in denen  
die Beteiligung der Juden festgestellt werden kann. Wir sind uns  
bewußt, daß wir hierbei nur an der Oberfläche bleiben können.  
Denn zunächst ist es nach unserer Ansicht nicht im Rahmen der  
Arbeit erforderlich, erschöpfende Ausführungen z. B. über die  
Verjudung der Presse zu machen. Denn jedes der Gebiete würde  
eine langwierige Forschung erfordern, und wir sind auch dann  
noch nicht sicher, daß man unter dem augenblicklichen englischen  
System das Problem erschöpfen kann, weil z. B. die Wirtschafts-  
gesellschaften und sonstige finanzielle Verbindungen so inein-  
ander verschachtelt sind, daß man schon zu den ganz Eingeweihten,  
d. h. also Juden und ihren Freunden, gehören muß, um alles auf-  
decken zu können. So werden von den Banken, um nur einen  
weiteren Fall zu nennen, Aktienpakete, die nicht selten die  
Majorität in einem Unternehmen darstellen, als Treuhänder ver-  
waltet, ohne daß in den öffentlichen Registern festgestellt werden  
kann, wer der eigentliche Inhaber ist. Außerdem läßt sich der  
mittelbare Einfluß der Juden, also die durch irgendwelche Um-  
stände geschaffene Abhängigkeit, in einem Wirtschaftssystem wie  
in England überhaupt nicht erfassen. Dabei dürfte dieser dem un-  
mittelbaren Einwirken zumindsten nicht nachstehen, wenn er nicht  
sogar größer ist. Nichtsdestoweniger hoffen wir aber, durch unsere  
nachfolgenden Untersuchungen auch den größten Zweifler zu über-  
zeugen, daß es wohl kaum ein Land in der Geschichte gegeben hat,  
das judenhöriger ist als Großbritannien.

## Wieviel Juden leben im Empire?

Zunächst wollen wir noch einmal die schwierige Frage der Bevölkerungsziffer der Juden in dem britischen Empire bzw. England allein behandeln. Wir haben bereits des öfteren zum Ausdruck gebracht, daß es in der Judenfrage niemals darauf ankommt, wie stark die Juden zahlenmäßig in einem Gastland sind, sondern lediglich darauf, wie mächtig ihr Einfluß auf Staat und Wirtschaft, überhaupt auf das ganze Leben einer Nation ist. Andererseits ist die Bevölkerungsziffer der Juden nicht ganz ohne Bedeutung. Denn sie ist für die blutmäßige Vermischung eines Volkes mit den Juden von Wichtigkeit. Je größer das Verhältnis der jüdischen Bevölkerung zu ihren Gastgebern ist, desto größer ist die Gefahr der rassenmäßigen Zersetzung und Überfremdung. Endlich ist die jüdische Bevölkerung das Reservoir, aus dessen untersten Schichten die Juden immer wieder eine Blutauffrischung erhalten. Sind dies doch nicht selten die Elemente, die mit ihrer triebhaften Sucht nach Geld und Macht nach vorne stoßen und dafür sorgen, daß der jüdische Vormarsch nicht aus Ermüdung der führenden Familien zum Stehen kommt.

Es ist diesmal noch weit schwieriger als früher, zu einer Schätzung zu gelangen, die mit dem 1. Januar 1939 abschließt. Wir werden uns auch hier im Interesse der Wahrung wissenschaftlicher Arbeit bemühen, das Minimum anzugeben.

Die heutige Form der amtlichen Einwanderungsstatistiken ist derart, daß man im Gegensatz zu früher kaum noch Anhaltspunkte darin finden kann. Infolgedessen sind die diesbezüglichen Bestrebungen auf weniger umfassende Hinweise zu beschränken. Dies geht bei den Dominions und überseeischen Besitzungen sogar so weit, daß wir ausschließlich auf jüdische Quellen zurückzugehen haben.

Danach werden die Ziffern der Juden in Indien mit etwa 25 000 angegeben, eine Zahl, die bei der Größe Indiens und des Einflusses der Juden in den großen Städten als zu niedrig erscheint. Es wurde uns von in Indien lebenden Engländern mitgeteilt, daß der Zustrom der Juden nach dem Jahre 1933 ziemlich bedeutend gewesen sei. Vor allem könnte man in letzter Zeit ein Überhandnehmen der Juden im Arztberuf erkennen. In leitenden Stellungen in Indien können u. a. Sir Sassoon David, Bürgermeister von Bombay, und Sir David Ezra, Bürgermeister von Calcutta, festgestellt werden<sup>1)</sup>.

In Neuseeland besteht die Kolonie der Juden aus 5000 bis 6000 Seelen. Nichtsdestoweniger hat es dort schon ein Jude, nämlich Sir Julius Vogel, zum Erstminister, und ein anderer, Sir Michael Meyers, zum Chief Justice, gebracht<sup>2)</sup>.

<sup>1)</sup> Jewish Chronicle vom 7. Mai 1937.

<sup>2)</sup> Jewish Chronicle vom 15. Mai 1936. Jewish Year Book (1938): S. 343.

Auch der Anteil der Juden an der Bevölkerung Australiens ist nach ihrer eigenen Darstellung nur gering. Die ersten Siedler haben sich bereits im Jahre 1821 eingestellt. Heute sollen dort 22 000—23 000 Juden bei einer Bevölkerung von etwa 6½ Millionen sein. Wie immer findet man sie in den großen Städten. 10 000 sollen sich in Sidney, 9000 in Melbourne, 500 in Adelaide, 400 in Brisbane und 2000 in Perth befinden. Sie betätigen sich hauptsächlich in Handel und Finanz. Ihr Einfluß ist sehr erheblich. Unter den führenden Juden ragen vor allem hervor Sir Julian Salomons, Chief Justice S. E. Cohen, Richter am Obersten Gericht in Neu-Wales, Sir Isaac Isaacs, und der bereits oben genannte Attorney General und spätere Generalgouverneur der Commonwealth, Sir John Monash, der das australische Expeditionskorps in Frankreich führte. Die Zahl der Juden, welche im Parlament und in hohen Stellungen gewesen sind, ist Legion. Mit besonderer Genugtuung stellen die Juden fest, daß nicht eine Spur von Antisemitismus in Australien zu finden sei und viele Mischheiraten stattfänden<sup>3)</sup>.

Wie stark der Einfluß der Juden in Australien sein muß, ersieht man daraus, daß sich Australien Ende 1938 als erstes Land bereit erklärt hat, in den nächsten drei Jahren 15 000 Juden anzusiedeln. Man will dies dadurch erklären, daß in den Tagen der September-Krise 1938 das Gerücht im Umlauf gewesen sei, die Japaner hätten bereits mit einer großen Flotte in der Nähe von Neu-Guinea gekreuzt, um im Falle einer Kriegserklärung in Europa sofort in Australien zu landen. Erst durch diese Gefahr hätte man die dünne Besiedlung des Kontinents als einen schweren Nachteil angesehen und infolgedessen müsse man also neue Siedler zur Verteidigung des Landes herbeirufen. Wir fürchten nur, daß die Australier in diesem Punkt eine schwere Enttäuschung erleben werden, denn wir wundern uns, daß man nicht zumindestens Anstrengungen gemacht hat, die allerdings auswanderungsmüden Engländer aus Europa einzuladen<sup>4)</sup>.

In Kanada ist eine im Verhältnis zu der Gesamtbevölkerung von etwa 13 Millionen starke Judenkolonie von etwa 200 000 festzustellen. Die Juden selbst machen darüber keine einheitlichen Angaben. Sie geben die Judengemeinde mit 156 176 bzw. 160 000 Personen an, während sie in einem Atemzug die Gesamtzahl als doppelt so groß wie die von Australien und Südafrika bezeichnen. Dies würde aber die Ziffer von 200 000 nicht unerheblich überschreiten. Nach London finden wir in Kanada auch die zweitgrößte jüdische Bevölkerungsziffer des britischen Imperiums, nämlich Montreal mit 58 000 Juden. Auch Toronto hat mit 45 000 Hebräern einen starken jüdischen Prozentsatz aufzuweisen. Es überrascht daher nicht, daß sich bereits in Kanada stärkere

<sup>3)</sup> Jewish Chronicle vom 7. Mai 1937.

<sup>4)</sup> Jewish Chronicle vom 23. Dezember 1938.

Kräfte unter der Führung von H. S. Beamish regen, die den Juden und ihren Freunden den Kampf angesagt haben<sup>5)</sup>.

Bereits oben haben wir anlässlich der Ausführungen über die Gründe zum Burenkrieg mitgeteilt, in welchem Maße damals Südafrika verjudet war und das gesamte Leben von den Hebräern beherrscht wurde. Das dies unter britischer Herrschaft nicht geringer geworden ist, braucht kaum erwähnt zu werden. Im Gegenteil, der Burenkrieg war ja bekanntlich deshalb geführt worden, um Juden und Briten den unermesslichen Reichtum dieses Landes zu sichern.

Es ist daher nicht erstaunlich, zu finden, daß selbst nach den Angaben der Juden in einer weißen Gesamtbevölkerung von etwa zwei Millionen nicht weniger als 95 000 ihrer Rassegenossen dort gesiedelt haben. Diese Zahl wäre sicherlich noch erheblicher geworden, wenn nicht trotz allen äußeren Widerstandes der dortigen Juden Gesetze über Einwanderungsbeschränkungen ergangen wären. Bereits seit dem Jahre 1930 war daher angeordnet, daß die jährliche Einwanderung von Ost- und Südeuropa nicht die Ziffer von 50 überschreiten dürfe. Gemäß einem neuen Gesetz aus dem Jahre 1937 ist es Juden überhaupt verboten einzuwandern.

Wir können uns bei dieser Gesetzgebung nicht ganz des Gedankens erwehren, daß die Juden in Südafrika hinter den Kulissen mit diesen Maßnahmen einverstanden gewesen sind. Denn bei der völligen Verjudung des Landes mußten sie bei einem weiteren Zustrom jüdischer Elemente damit rechnen, daß der Antisemitismus immer weiter um sich greifen würde. Denn schon heute besteht eine solche starke Partei unter der Führung eines früheren Ministers, Dr. D. F. Malan<sup>6)</sup>. Seine Bewegung ist außerordentlich aktiv. Nach ihrer öffentlichen Stellungnahme würde sie im Falle einer Machtergreifung nicht zögern, dieselben Maßnahmen gegen die Juden zu ergreifen, wie bei uns. Dr. Malan hat in Versammlungen behauptet, daß trotz des Verbotes die jüdische Einwanderung im geheimen weiter vor sich ginge. Die Bevölkerung ist zum Teil in ihrem Unwillen bereits so weit gegangen, den Versuch zu unternehmen, eine Synagoge in die Luft zu sprengen bzw. auf andere Weise zu zerstören<sup>7)</sup>.

Es ist unmöglich, hier den Einfluß der Juden in Südafrika aufzuzeichnen. Es bedarf dazu einer besonderen Arbeit. Wir wagen zu behaupten, daß trotz der Macht der Juden in den Vereinigten Staaten ihr Streben nach Weltbeherrschung zusammenstürzen wird, wenn sie mit England gegen Südafrika verlieren sollten. Denn von dem letzteren kommt zur Zeit der größte Reichtum der Juden, da, wie wir noch unten zeigen werden, die Gold- und Diamantenindustrie einschließlich der weiteren Wirtschaftszweige fast aus-

<sup>5)</sup> Jewish Chronicle vom 7. Mai u. 3. September 1937. Jewish Year Book (1938): S. 343.

<sup>6)</sup> Jewish Chronicle vom 7. Mai 1937.

<sup>7)</sup> Jewish Chronicle vom 3. September 1937, 18. November u. 2. Dezember 1938.

schließlich in ihren Händen sind. Dies drückt sich auch darin aus, daß der Jude Sir David Harris viele Jahre hindurch das Haupt der gesamten Diamantenindustrie gewesen ist. Sein Nachfolger war Sir Ernest Oppenheimer, zur Zeit der maßgebende Mann in der Gold- und Kupferindustrie von Rhodesien, wo eine verhältnismäßig sehr starke Judengemeinde ist. Die letzte Zählung durch die Juden gibt für Südafrika und Rhodesien eine Gesamtzahl von 102 000 an<sup>8)</sup>. Demnach beträgt die Judenkolonie 7000 Seelen in Rhodesien. Bei einer Gesamtbevölkerung von etwas über 60 000 Weißen stellt dies einen sehr hohen Anteil dar.

Der überragende Einfluß der Juden in der Wirtschaft von Südafrika ergibt sich daraus, daß die Juden Sir Lionel Philipps, Sir Ernest Oppenheimer, Sir George Abu, Louis Meyersbach und Ernest Friedlander zu den früheren Präsidenten der Bergwerkskammer zählen.

In der Regierung, Verwaltung und Politik haben die Juden höchste Posten bekleidet. So war Sir Richard Solomon Gouverneur von Transvaal und später Oberkommissar in London. Ihm fallen hauptsächlich die Aufgaben eines Gesandten im Verkehr zwischen der Imperialen Regierung in London und der seines Landes zu. Sir Ernest Solomon war Mitglied der Regierung von Transvaal, und Sir William Solomon Chief Justice von Südafrika. Viele Juden wurden neben den bereits Genannten in den Ritterstand erhoben, so u. a. Sir Siegmund Neumann.

Im Parlament findet man an führender Stelle G. Hartog, C. P. Robinson, Morris Alexander und Sir Ernest Oppenheimer. Jede Stadt von Bedeutung in Südafrika und Rhodesien hat bereits ihren jüdischen Bürgermeister gehabt<sup>9)</sup>.

Diese Mitteilungen über die Hauptzentren der Juden im britischen Imperium mögen genügen. Es soll nur noch bemerkt werden, daß sie allgemein dort anzufinden sind, wo immer die Möglichkeiten für gute Verdienste bestehen. So beherrschen sie von altersher die Zuckerindustrie auf den Westindischen Inseln. Gerade heute, Anfang des Jahres 1939, hören wir wieder von den dortigen Unruhen, die, wie uns von Augenzeugen mitgeteilt wird, durch geradezu mittelalterliche Zustände hervorgerufen sind.

Die Feststellung der Gesamtbevölkerung der Juden in den Dominien und den überseeischen Besitzungen von Großbritannien ist außerordentlich schwer. Die Juden dürften auf Grund ihrer Schätzungen auf etwa 330 000 bis 350 000 Personen kommen. Bereits oben haben wir unsere Bedenken über derartige Statistiken dargelegt. Abgesehen davon müssen auch die Juden zugeben, daß sie nur die Konfessionsjuden erfassen. Wir gehen aber bekanntlich weiter und schließen jeden Massenjuden in unsere Schätzungen ein. Daß der Prozentsatz der getauften Juden nicht klein ist, haben die amtlichen Erhebungen nach dem Jahre 1933 in Deutschland ergeben.

<sup>8)</sup> Jewish Year Book (1938): S. 344.

<sup>9)</sup> Jewish Chronicle vom 7. Mai 1937.



Daneben haben die diesbezüglichen Untersuchungen in Deutschland und kürzlich in Italien gezeigt, daß frühere Statistiken, ganz gleich welcher Art, immer zu niedrig gewesen sind. Dies liegt daran, daß Juden oder auf ihre Veranlassung Judenhörige sie veröffentlicht haben. Beide hatten ein Interesse daran, die Ziffern so niedrig wie möglich zu halten. Endlich gibt es viele Juden, die bei amtlichen Erhebungen sich nicht als solche aufführen lassen, wie gerade in England von der „Jewish Chronicle“ vom 6. Januar 1939 zugegeben wird.

Nach alledem tragen wir keine Bedenken, die Bevölkerung der Juden im Britischen Imperium unter Ausschluß des Mutterlandes, womit wir uns anschließend beschäftigen wollen, auf 500 000 zu schätzen.

Nach unseren obigen Ausführungen schätzten wir die Anzahl der Juden in England bis zum Jahre 1914 auf 900 000, die Juden dagegen schätzten etwa 250 000. In ihrer Statistik für das Jahr 1938 haben sie die Ziffer für die Gegenwart mit 333 000 angegeben, mithin ist nach ihrer Ansicht eine Vermehrung von fast genau einem Drittel eingetreten. Um es vorwegzunehmen, auch wir möchten uns diesem Prozentsatz anschließen, aber nicht von der Ziffer 250 000, sondern selbstverständlich von 900 000. Infolgedessen kommen wir auf eine eigene Schätzung von etwa 1 200 000 abschließend mit dem 1. Januar 1939.

Bereits am 6. Juli 1930 konnte man in der Zeitung „People“ die Feststellung machen, daß England zu dieser Zeit 1 500 000 Ausländer habe, von denen  $\frac{9}{10}$  aus dem früheren russischen Reich stammten. Wir haben bereits früher gesehen, daß die Ankömmlinge von Osteuropa fast ausschließlich Juden waren, so daß nach dieser Schätzung unsere Ziffer nicht übertrieben scheint, zumal nach der Machtergreifung durch Adolf Hitler und der Rückkehr der Ostmark und des Sudetenlandes die Einwanderung nach England, wie wir noch unten sehen werden, ungeahnte Ausmaße angenommen hat.

A. M. Rudovici hat bereits im Jahre 1926 die Zahl der Juden mit einer Million angegeben<sup>10)</sup>. Auch er zögert heute nicht, wie er uns persönlich erklärte, eine höhere Ziffer anzunehmen.

Welche Umstände sprechen nun dafür, daß die von uns von den Juden übernommene Zahl der prozentualen Vermehrung auch einigermaßen den Tatsachen entspricht?

Hierzu müssen wir zunächst die Zeit nach dem Krieg in zwei Einwanderungsperioden unterteilen, nämlich in die nach Kriegsende und diejenige nach der Machtergreifung Adolf Hitlers.

Mit Recht hat der Zionistenführer Jabotinsky bereits im Jahre 1916 darauf hingewiesen, daß nach dem Kriege Tausende von Juden ohne jede Mittel aus Rußland nach England kommen würden<sup>11)</sup>.

<sup>10)</sup> Rudovici: Conservatism, S. 155—156.

<sup>11)</sup> Jewish Chronicle vom 30. Juni 1916.

Die Einwanderung soll dann auch bald nach Friedensschluß einen erheblichen Umfang angenommen haben. Mr. Collieson, Generalsekretär der National Free Labour Association, teilte mit, daß sich im Jahre 1921 etwa 3000 Ausländer wöchentlich in England niederließen. Sie seien in Lumpen gehüllt und mit Läusen bedeckt<sup>12)</sup>. Auch im nächsten Jahr scheint die Einwanderungswelle noch nicht abgeflaut zu sein. Die nationalen Kreise mußten mit Schrecken feststellen, daß die Zahl der Ausländer von Tag zu Tag zunahm, und Briten, die ihr Land verteidigt hatten, um Arbeit und Brot brachten<sup>13)</sup>.

Die Einwandererstatistiken der Regierung sind für unsere Zwecke untauglich, da man die Ziffern der Einwanderung denen der Auswanderung gegenüberstellt und anscheinend nur im Falle des Überschusses der ersteren Kategorie nachteilige Folgen feststellen zu können glaubt. Über die Unhaltbarkeit einer solchen Auffassung haben wir bereits oben Ausführungen gemacht und möchten es dabei bewenden lassen.

Nichtsdestoweniger können wir aus einigen amtlichen Äußerungen gewisse Rückschlüsse für unsere Schätzung ziehen. Am 25. November 1924 machte der damalige Innenminister Sir W. Johnson-Hicks anläßlich eines Empfangs von Mitgliedern der National Citizens Union, die in dieser Angelegenheit bei ihm vorstellig geworden waren, interessante Ausführungen. Danach hatten in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres 321 451 Ausländer das Land betreten, während nur 311 576 das Land verlassen hatten. Mithin seien 10 000 Ausländer im Lande geblieben. Nach den ihm vorliegenden Unterlagen seien 272 862 Ausländer polizeilich gemeldet. Dies sei sogar einige Hundert weniger als in den Jahren 1922 und 1923<sup>14)</sup>.

Auch hier tragen wir unter Bezugnahme auf die obigen diesbezüglichen Ausführungen kein Bedenken, anzunehmen, daß von diesen gemeldeten Ausländern 75 % Juden gewesen sind. Vergessen wir hierbei nicht, daß die Jugendlichen unter 16 Jahren nicht gezählt worden sind.

Anscheinend war im Jahre 1927 die Frage der Einwanderung Gegenstand der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit. Sir W. Johnson-Hicks war auch zu dieser Zeit Innenminister und teilte im Parlament vom 14. Juli mit, daß 367 000 Ausländer das Land betreten hätten, jedoch fast die gleiche Zahl wieder abgereist sei. 53 000 Ausländer seien zur Zeit als im Lande ansässig gemeldet. Im Jahre 1924 seien 935, im nächsten Jahre 1074 und im Jahre 1926 1345 Ausländer naturalisiert worden. Er benutze die Tatsache des Anstiegens der Einbürgerungen im vorhergehenden Jahre als Beweis dafür, daß die gegen ihn erhobenen Vor-

<sup>12)</sup> Daily Graphic vom 24. Mai 1921. Banister: S. 81.

<sup>13)</sup> British Legion vom November 1922. Banister: S. 104.

<sup>14)</sup> Annual Register: Bd. 166, S. 125—126.

würfe seiner Voreingenommenheit gegen Fremde unbegründet seien<sup>15)</sup>.

Im Sommer 1927 hat es das House of Lords unternommen, ein Gesetz zur Beschränkung der Einwanderung zu behandeln. Mit Befriedigung stellt das „Annual Register“ im Dezember des gleichen Jahres fest, daß „die verhaßte Gesetzesvorlage wegen Beschränkung der Einwanderung . . . infolge Zeitmangels fallengelassen worden sei . . .“<sup>16)</sup>.

Die Gesamtheit der Ausführungen über die erste Einwanderungsperiode nach dem Kriege dürfte gezeigt haben, daß wahrscheinlich schon in dieser Zeit die von uns angenommene Erhöhung von 300 000 Personen eingetreten ist. Die letzten Zweifel sollten aber schwinden, wenn man nachfolgende Mitteilungen über die Zeit nach dem Jahre 1933 erfahren hat.

Es dürfte allgemein bekannt sein, daß die Judenabwanderungen von Groß-Deutschland einschließlich der Ostmark und des Sudetengaus zum großen Teil nach den westlichen Ländern — England und Frankreich — erfolgten.

Auch hier ist es schwierig, amtliche Ziffern zu erhalten. Selbst soweit sie zur Verfügung stehen, haben wir große Bedenken, sie als richtig anzusehen. Einmal dürfte es eine nationale Eigenart der Engländer sein, daß sie allgemein kein Organisationstalent besitzen und insolgedessen Schwierigkeiten haben, eine einwandfreie Statistik herzustellen. Zum andern kommen aber immer wieder Fälle zur Kenntnis der Öffentlichkeit, in denen Juden auf irgendeine Weise unter Umgehung der Einwanderungsgesetze in England landen<sup>17)</sup>.

Alsdann gibt es Heiratsbüros in London, die Engländer ausfindig machen, welche bereit sind, hier eintreffende ausländische Jüdinnen zu heiraten. Die betreffenden Engländer erhalten eine gewisse Summe und sonstige Zuwendungen dafür. Nach der standesamtlichen Trauung gehen die Personen auseinander und sehen sich meistens nicht wieder. Die Jüdin hat aber dadurch die britische Staatsangehörigkeit erhalten.

Endlich tun die Behörden einschließlich des augenblicklichen Innenministers, Sir Samuel Hoare, alles, um den Juden jede Erleichterung für die Einwanderung zu verschaffen.

Wie immer brauchen wir dies nicht etwa aus der allgemein bekannten Judenfreundlichkeit des jetzigen Systems in Großbritannien zu folgern, sondern die Juden und ihre Freunde versorgen uns mit den notwendigen Einzelheiten.

Die Juden haben eine Organisation mit Namen „Shelter“, die in enger Verbindung mit dem Innenministerium steht. Nach den Mitteilungen der Juden aus den Jahren 1928 und 1929 erhält

<sup>15)</sup> Annual Register: Bd. 169, S. 69.

<sup>16)</sup> Annual Register: Bd. 169, S. 73, 126.

<sup>17)</sup> N. a. Times vom 7. Januar 1939.

diese fast immer die notwendige Einwanderungserlaubnis für Juden, deren Verwandten bereits in England sind<sup>18)</sup>).

Am besten zeigt sich aber die Hilfsbereitschaft der betreffenden Behörden durch Sir Samuel Hoare. Der Vorsitzende einer Juden-Delegation suchte ihn im April 1938 zu einer Besprechung auf und teilte anschließend sein Entzücken über den Empfang beim Innenminister mit. Sir Samuel sei nicht nur entgegenkommend gewesen, sondern „gab seiner echten und aufrichtigen Sorge über diese Bedauernswerten Ausdruck. Er könne sich keiner Unterredung mit einem Minister erinnern, die in so freundlicher und anheimelnder Weise vor sich gegangen sei“<sup>19)</sup>. Von den eigenen Äußerungen Sir Samuels mag nur eine erwähnt werden, die er im Mai 1938 anlässlich eines Vortrages auf der Rotary-Club-Konferenz in Blackpool gemacht hat. Nach seinen Ausführungen könnte gemäß der demokratischen Ethik nicht genug für die Juden getan werden<sup>20)</sup>.

Für die amtlich zugegebenen Ziffern der jüdischen Einwanderung sind wenig Anhaltspunkte vorhanden. So teilte Sir Samuel Hoare im Parlament mit, daß im März 1938 allein 1317 Einwanderer aus Österreich in England zugelassen seien<sup>21)</sup>. Daß dies fast ausschließlich Juden gewesen sind, dürfte kaum zu bezweifeln sein. Wie viele daneben aus Deutschland und aus den sonstigen Teilen Europas eingetroffen waren, hat er nicht ausgeführt. Sicherlich sind es zumindest ebenso viele gewesen. Ende November 1938 machte Sir Samuel Hoare auf die Anfrage eines Abgeordneten hin eingehende Mitteilungen über die Einwanderung sogenannter Flüchtlinge. Danach sollen seit dem Jahre 1933 10 974 dieser Art in England festgestellt sein. Hierbei ist natürlich noch nicht geklärt, auf Grund welcher Begriffsbestimmung die Klassifizierung dieser Personen erfolgt ist. Es sieht so aus, als ob eine ganze Anzahl von Personen, die nach unserer Ansicht zur jüdischen Einwanderung zu rechnen sind, nicht in die Schätzung eingeschlossen wurden. Denn unmittelbar danach wurden die Statistiken von Deutschen mit einer Gesamtzahl von 21 871 und sogenannten Österreichern mit 16 006 angegeben. Die Gesamtsumme beträgt also 37 877. Hierbei sind wiederum nicht Personen unter 16 Jahren berücksichtigt worden, so daß noch ein weiteres Viertel dieser Summe hinzuzufügen ist<sup>22)</sup>. Nach alledem kann man also mit etwa 50 000 deutschen Staatsangehörigen rechnen, zu denen die als Flüchtlinge bezeichneten Personen noch hinzuzurechnen sind. So kommt man auf etwa 60 000 Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, und unter Berücksichtigung unseres Schlüssels von 75 % auf etwa 45 000 Juden. Wer einigermaßen Überblick über die Gesamtlage hat, kann über diese amtlichen Ziffern nur lächeln.

18) Jewish Chronicle vom 29. März 1928 u. 23. März 1929.

19) Jewish Chronicle vom 15. April 1938.

20) Observer vom 8. Mai 1938.

21) Jewish Chronicle vom 8. April 1938.

22) Jewish Chronicle vom 2. Dezember 1938.

Fast jede Woche berichten sogar englische Zeitungen über die Ankunft von Massentransporten jüdischer Einwanderer. So schreibt der „Daily Express“ vom 20. Oktober 1938, daß die Regierung 150 Einreisegenehmigungen für Ankömmlinge aus der Tschecho-Slowakei bewilligt habe. Am 1. November teilt dieselbe Zeitung mit, daß die Einreise der ersten 34 der in allernächster Zukunft zu erwartenden 350 „Anti-Hitleriten“ bevorstehe. Gleichzeitig veröffentlicht sie ein Bild, welches die Ankunft dieser Betroffenen zeigt. Nicht bei einem der auf dem Bilde Befindlichen haben wir einen Zweifel, daß sie Juden sind. Ende November teilte Sir Samuel Hoare im Parlament mit, daß eine unbeschränkte Zahl jüdischer Kinder in England zugelassen werden würde<sup>23</sup>). Schon am 29. November trafen nach einer Meldung des „Daily Express“ 300 jüdische Kinder, etwa eine Woche später tausend von Wien ein, die den ersten Transport von insgesamt 3000 Kindern aus der betreffenden Stadt darstellten<sup>24</sup>).

Wider Erwarten haben uns zwei englische Zeitungen einen gewissen Anhaltspunkt für unsere Schätzung gegeben. Ende Oktober 1938 gelang es ihnen, die letzte amtliche Gesamtziffer für nicht eingebürgerte Ausländer bis zum Mai 1938 beim Innenministerium festzustellen. Merkwürdigerweise sind Ziffern für alle folgenden Monate bis zur Niederschrift dieser Zeilen, Januar 1939, nicht erhältlich. Danach waren bis Ende des genannten Monats 196 852 Personen der obengenannten Kategorie in England und Wales polizeilich gemeldet. Mit Recht weist die eine Zeitung darauf hin, daß die Ziffer sicherlich ganz erheblich mit Rücksicht auf die Ereignisse in Österreich und der Tschecho-Slowakei gestiegen sei. Ferner sollte hierbei nicht übersehen werden, daß die Ausländer in Schottland und Irland nicht erfaßt seien<sup>25</sup>). Wir möchten noch hinzufügen, daß nach Mai 1938 Umstände in Italien, Ungarn, Polen und Rumänien eingetreten sind, die auch von dort verstärkte jüdische Einwanderermassen nach Großbritannien gebracht haben dürften.

Von der immer mehr steigenden Überfremdung bzw. Verjudung des britischen Volkes sprechen auch die Einbürgerungsziffern eine beredte Sprache. In sechs Monaten des Jahres 1938, nämlich von März bis September, sind ebenso viele Ausländer naturalisiert worden wie im ganzen Jahre vorher<sup>26</sup>). Allein in den beiden letzten Monaten des Jahres 1938 sind mindestens etwa 130 Namensänderungen von Juden erfolgt, die einen englischen Namen angenommen haben<sup>27</sup>). All die Abrahams, Isaacs, Levys usw. werden nun Morris, Lewis usw., — Namen, die vor 50 Jahren noch auf rein englische Familien schließen ließen.

<sup>23</sup>) Daily Express vom 22. November 1938.

<sup>24</sup>) Daily Express vom 13. Dezember 1938. Daily Telegraph v. 6. u. 8. Dezember 1938.

<sup>25</sup>) Sunday Express vom 23. Oktober 1938. Daily Mail vom 2. Januar 1939.

<sup>26</sup>) Sunday Express vom 23. Oktober 1938.

<sup>27</sup>) London Gazette (1938): S. 6856—8226.

Nach alledem haben wir kein Bedenken, daß sich die jüdische Gesamtbevölkerung in Großbritannien seit dem Jahre 1914 um 300 000 Personen vermehrt hat. Hierbei ist genau wie bei unserer ersten Schätzung nicht der Geburtenüberschuß berücksichtigt worden. Dabei dürfte dieser Prozentsatz nicht gering sein. Die Weltbevölkerung der Juden betrug nach ihren eigenen Statistiken im Jahre 1914, dem Jahre unserer ersten Schätzung, 13 168 924<sup>28)</sup>, und im Jahre 1938 16 113 000<sup>29)</sup>. Danach hat eine Vermehrung von etwa 20 bis 25 % stattgefunden, die, auf England und unsere für das Jahr 1914 gefundene Ziffer angewandt, ohne irgendwelche Einwanderung beinahe dasselbe Ergebnis zeitigen würde. Wenn wir daher Einwanderung plus Geburtenüberschuß mit 30 % gleich 300 000 eingesetzt haben, dürften wir bei der Gesamtschätzung mit 1 200 000 nur das Minimum festgestellt haben. Danach kommen wir für das britische Imperium unter Berücksichtigung der Ausführungen bezüglich der Dominions und überseeischen Besitzungen auf 1 700 000 Juden.

Wir können nicht der Schätzung der von Leese geführten Bewegung beitreten, die allein für das Mutterland auf eine Ziffer von 2½ bis 3 Millionen kommt<sup>30)</sup>. Auch die von dieser genannte Ansicht von Lord Northcliffe, wonach im Jahre 1919 die jüdische Bevölkerung von London bereits 1½ Millionen betragen hat, dürfte nicht allzu ernst genommen werden<sup>31)</sup>.

---

<sup>28)</sup> Jewish Year Book (1915): S. 167ff.

<sup>29)</sup> Jewish Year Book (1938): S. 343ff.

<sup>30)</sup> Gazette vom April 1937.

<sup>31)</sup> Clarke: S. 125.

# England unter jüdischer Führung

Nun haben wir uns der Frage zuzuwenden, inwieweit die Juden tatsächlich auf den einzelnen Gebieten des öffentlichen Lebens entweder eine beherrschende Stellung oder zumindestens einen unverhältnismäßig großen Einfluß gewonnen haben. Wir möchten nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß die Untersuchungen im Rahmen dieses Buches nur beschränkt gestaltet werden können; es bleibt der Zukunft im Falle der Überwindung des augenblicklichen judenfreundlichen Systems in Großbritannien überlassen, unter Zuhilfenahme der dann vielleicht zugänglichen amtlichen Quellen und Archive ebenso erschöpfende, wie hoffentlich abschließende Veröffentlichungen herauszugeben.

Es ist bereits oben ausgeführt, daß am Hofe in allernächster Nähe des Königs Personen mit jüdischem Blut bzw. mit jüdischen Verbindungen sind. Wir denken hierbei an Lord Herschell und Lord Mountbatten. Auch aus sonstigen Begebenheiten zeigt sich die Judenfreundlichkeit des Hofes.

So hören wir von einem Essen des Königs mit Sir Isaac Isaac, dem früheren Generalgouverneur von Australien<sup>1)</sup>. Ganz besonders wurde diese Einstellung des Hofes bei den Krönungsfeierlichkeiten im Jahre 1937 offenbar. Der schon oft erwähnte Herbert Samuel wurde zum Peer gemacht und J. S. Elias, der Zeitungsmagnat, zum Baron. L. S. Sterling mit seinem großen wirtschaftlichen Einfluß und Maurice Block mit seinen Ämtern in städtischen Verwaltungen wurden in den Ritterstand erhoben. Zahlreiche andere Ehrungen wurden anderen Juden zuteil.

Bei den Krönungsfeierlichkeiten in der Westminster Abtey, zu denen nur die ganz Ausgewählten zugelassen wurden, waren auch verschiedene Juden anwesend. Darunter befanden sich der Oberrabbiner von England, der Präsident der Postsparkasse und eifrige Zionist Leon Simon, Mr. und Mrs. Ben Zvi und Mr. S. D. Fresco als Mitglieder des Finanzministeriums<sup>2)</sup>.

Bei den nachfolgenden Festlichkeiten am Hofe waren Juden in nicht geringer Zahl vertreten. Sie wurden teils durch Rassegenossen, teils durch führende Engländer und Engländerinnen eingeführt. Gemäß der darüber veröffentlichten Anwesenheitsliste wurden vorgestellt:

Miss Ruth Ezra durch ihre Mutter, Frau Alfred Ezra;  
Lady Franklin durch Lady Samuel;  
Mrs. Adrian Franklin durch ihre Schwiegermutter Lady Franklin;  
Mrs. Cecil Kahn durch ihre Mutter Mrs. Frank Pollitzer;  
Miss Pamela Laszki durch Lady Rosmore;

<sup>1)</sup> Jewish Chronicle vom 15. Mai 1936.

<sup>2)</sup> Jewish Chronicle vom 14. Mai 1937.

Mrs. John Makower durch ihre Mutter Lady Franklin;  
 Lady Mancroft durch Mrs. Stanley Baldwin;  
 Mrs. Frank Polliger durch Lady Simon;  
 Die Hon. Rosetta Samuel durch ihre Mutter Lady Mancroft;  
 Miß Clarice Joseph durch Lady Joseph;  
 Mrs. Edward Judah durch die Marchioness of Zetland;  
 Miß Mathilde Marks durch the Hon. Mrs. Patrick Johnstone;  
 Miß Ann Mocatta durch ihre Mutter Mrs. Owen Mocatta;  
 Miß Daphne Sebag-Montefiore durch Mrs. Vincent Massan;  
 Mrs. Alfred Salmon durch Lady Salmon.<sup>3)</sup>

Bei den kurz darauffolgenden weiteren Festlichkeiten am Hofe wurden u. a. folgende Personen vorgestellt:

Lord Mancroft durch Sir George Penny, M. P.;  
 Mr. Montagu Lyons, M. P., durch den Luftfahrtminister;  
 Oberstleutnant Alroy Cohen durch den Kolonialminister;  
 Siegmund Samuel durch den Oberkommissar von Canada.<sup>4)</sup>

Auch bei den Gartenfesten im Buckingham Palast stellen wir neben vielen anderen Juden Sir Philipp und Lady Hartog, Mr. Leon Simon, Oberst, und Mrs. S. L. Nathan fest<sup>5)</sup>.

Auch sonst verkehren bekannte Juden mit allen Mitgliedern der königlichen Familie. So waren bei einem kleinen Dinner der Schwester des Königs und ihres Gatten, des Earl of Harewood, einem der höchsten Freimaurer des Landes, allein fünf Juden, nämlich Lord und Lady Duveen, Sir Leonard und Lady Franklin und Sir Percy Harris zugegen<sup>6)</sup>.

Derartige Begebenheiten sind so zahlreich, daß sie unmöglich alle genannt werden können. Die aufgezählten Beispiele mögen hier genügen.

Die Juden können sich auch nicht über mangelnde Verleihung von Orden und sonstigen Auszeichnungen beklagen. So erhielt Percy Cohen kürzlich vom König die Insignien des Commander of the British Empire<sup>7)</sup>. Ezekiel Cohen, einer der höchsten Beamten in der Kolonie Basutoland, ist zum Mitglied des Imperial Service Order gemacht worden. Mit ihm zusammen wurden auch andere Juden, wie der Rabbiner David Isaac Freedman, Mrs. Sara Baar Aronson und Avinoam Pellin ausgezeichnet<sup>8)</sup>. Auch bei der gerade erfolgten Verteilung der Ehrungen anlässlich des Jahreswechsels 1938/39 konnten die Juden gut abschneiden. Dr. Adolphe Abraham, Dekan vom Westminster Hospital, Robert Mayer, bekannter Musiker, und Oberst Benjamin Hansford, ein Mitglied der Börse, wurden in den Ritterstand erhoben. Andere Juden erhielten

<sup>3)</sup> Jewish Chronicle vom 14. Mai 1937.

<sup>4)</sup> Jewish Chronicle vom 4. Juni 1937.

<sup>5)</sup> Jewish Chronicle vom 30. Juli 1937.

<sup>6)</sup> Jewish Chronicle vom 4. Juni 1937.

<sup>7)</sup> Jewish Chronicle vom 21. Februar 1936.

<sup>8)</sup> Jewish Chronicle vom 26. Juni 1936.



ebenfalls Auszeichnungen<sup>9)</sup>. Der Bruder des ersteren ist Chief Justice von Ceylon und ebenfalls Ritter<sup>10)</sup>. Diese kurzen Hinweise in einem Zeitraum von zwei bis drei Jahren mögen weiterhin ein Beispiel dafür sein, wie sehr die Juden in der Gunst des Hofes stehen.

Schon in den vorhergehenden Ausführungen haben wir des öfteren in Verbindung mit anderen Fragen auf die Verflechtungen des Adels mit den Juden hingewiesen. Dies soll auch in Zukunft geschehen. Hier möchten wir hauptsächlich auf solche Familien hinweisen, die sonst keine besondere Erwähnung finden würden.

Baron William Burnham gehört zu diesen. Bekanntlich haben die englischen Adelsgeschlechter neben ihren Adelsnamen noch ihre frühere Familienbezeichnung. Diese lautet heute für Lord Burnham Lawson, früher jedoch Levy. Seine Vorfahren waren die Gründer des Daily Telegraph und so können wir verstehen, wie diese Zeitung sich am Ende der Emanzipationskämpfe nicht genug tun konnte, sich für die Sache der Juden einzusetzen. Die Schwester des Vaters des gegenwärtigen Lord Burnham heiratete Major J. S. Cofe, einen Sohn des Grafen von Leicester. Er ist seit dem Jahre 1937 Gentleman Usher in Ordinary beim König.

Ferner finden wir noch Baron Herman Michelham mit dem Familiennamen Stern, und Baron Percy de Worms, der Barrister ist. Viscount Erleigh ist der Sohn des jetzigen Marquess Reading mit dem Familiennamen Isaacs. Ferner finden wir die Barone Philip Montefiore Magnus, Lionel Faudel Phillips, Vorsitzender der Firma Faudels Ltd., und Michael Bernard Oppenheimer als Volljuden. Letzterer hat eine Tochter von Sir Robert G. G. Harvey, eine andere Tochter von Sir Robert hat Captain H. H. Balfour geheiratet. Letzterer ist Mitglied des Parlaments und Unterstaatssekretär im Luftfahrtministerium.

Baron A. Foley hat die Tochter des Juden H. Greenstone aus Südafrika geheiratet. Die Mutter des jetzigen Barons John Peter Fitzgerald war eine Jüdin namens Vischofsheim. Seine Frau scheint uns keine Jüdin zu sein. Sie macht aber gerade augenblicklich viel von sich reden, da sie eine Juwelensammlung zugunsten jüdischer Emigranten veranstaltet, die sogar den Namen „Lady Fitzgeralds Jewel Fund“ trägt.

Es dürfte nicht uninteressant sein, daß der Sohn und Erbe des jetzigen Außenministers Viscount Halifax ein Mitglied der Familie Rothschild geheiratet hat. Die Gattin des Marquess von Cholmondeley ist die Schwester des bereits des öfteren erwähnten Sir Philip Sassoon. Der erstere nennt nicht weniger als 24 000 Acres, also rd. 38 400 Morgen, sein eigen.

<sup>9)</sup> Jewish Chronicle vom 6. Januar 1939.

<sup>10)</sup> Observer vom 8. Januar 1939.

Der Marquess of Castle Stewart hat eine Jüdin Eleanor Guggenheim aus New York zur Frau, ebenfalls der Marquess of Tweeddale, der eine Tochter von Mrs. Lewis Einstein geheiratet hat. Letzterer hat 40 000 Acres, bzw. etwa 64 000 Morgen Land. Die Barone John Blunt und Thomas Colyer-Ferguson sowie der Viscount Bledisloe haben ebenfalls Jüdinnen zur Frau. Hierzu gehört endlich auch Baron Howard de Walden, dem fast die ganze Oxford Street, eine der Hauptgeschäftsstraßen Londons, gehört.

Dieser kurze Überblick in Verbindung mit den früheren und noch folgenden Mitteilungen wird schon eine gewisse Erkenntnis für die Verjudung des Adels gegeben haben, wobei es keineswegs von uns in Anspruch genommen wird, daß diese Arbeit eine erschöpfende Aufzählung darstellt. Zu den genannten Personen muß man noch alle diejenigen zählen, die aus diesen Verbindungen abstammen oder verwandt mit ihnen sind. Man wird zugeben müssen, daß sie eine große Zahl ausmachen werden. Daneben können wir nicht wenige Adlige feststellen, die sich ganz der Sache der Juden verschoren haben und daher für sie arbeiten. Auch hier können unmöglich alle genannt werden.

So finden wir auf dem Festessen der Vereinigung jüdischer Geschäftsleute, der sogenannten Maccabeans, u. a. Lord Blanesburgh, Marquess of Hartington, den Master of the Rolls Lord Bright<sup>11)</sup>. Bei dem Dinner für die „Freunde der Hebräischen Universität“ im Jahre 1937 finden wir als Gäste Lord Rutherford, Lady Hailen und andere Mitglieder der höchsten Kreise<sup>12)</sup>. Interessant ist noch, daß Lord Peel, der verstorbene Vorsitzende der Königlichen Palästina-Kommission, durch die der Teilungsplan entworfen war, eine Jüdin als Sekretärin hatte<sup>13)</sup>. Ganz besonders identifiziert sich der frühere Lordkanzler, Viscount Sankey, mit der Sache der Juden. Bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten wird er aktiv für sie tätig<sup>14)</sup>. In einer kürzlich abgehaltenen Versammlung erklärte er, „wir können ohne sie (die Juden) nicht mehr bestehen“<sup>15)</sup>. Der Neffe von A. J. Balfour, Lord Traquair, hat sich um die Unterstützung jüdischer Emigranten sehr hervorgetan<sup>16)</sup>. Anlässlich der in aller Welt bekanntgewordenen Albert-Hall-Versammlung im Dezember 1938 zugunsten der Juden, auf der der Erzbischof von Westminster und der Oberrabbiner zusammen auf einer Plattform saßen, brachte Lord Dunjany ein von ihm verfaßtes Gedicht zur Verlesung<sup>17)</sup>. Hierin gab er seiner Zuversicht für das weitere

11) Jewish Chronicle vom 9. Juli 1936.

12) Jewish Chronicle vom 28. Mai 1937.

13) Jewish Chronicle vom 19. November 1937.

14) Jewish Chronicle vom 17. Dezember 1937.

15) Jewish Chronicle vom 9. Dezember 1938.

16) Jewish Chronicle vom 9. Dezember 1938.

17) Jewish Chronicle vom 9. Dezember 1938.

Gedeihen der Juden Ausdruck. Ein Blick in die Liste der Spender für die verschiedenen Fonds für jüdische Emigranten zeigt am besten die Anteilnahme des Adels. Dasselbe gilt für die gesellschaftlichen von Juden gegebenen Veranstaltungen, an denen Mitglieder des Adels teilnehmen! Sie alle zu nennen, ist unmöglich. Zusammenfassend kann nur festgestellt werden, daß im Zweifel fast jedes Mitglied des Adels bis zum Beweise des Gegenteils als mit den Juden sympathisierend angesehen werden muß.

## Juden und Lords

Bei dieser Einstellung des Adels dürfte die Haltung des House of Lords in jüdischen Fragen unschwer zu erraten sein. Wann immer Debatten hierüber im Oberhaus stattfinden, finden die Juden fast ohne Ausnahme eine warme Unterstützung.

Wir haben bereits oben gesehen, daß leitende Staatsmänner zu einem großen Teil, selbst wenn sie nicht Juden waren, den jüdischen Bestrebungen nicht nur nicht im Wege standen, sondern ihnen in jeder Hinsicht ihre Hilfe zuteil werden ließen. Denken wir nur an die enge Verbindung, die Lloyd George alle Zeit mit den Hebräern hatte. Als er im Jahre 1922 von seinem Posten als Erstminister zurückzutreten hatte, konnten sich die Juden nicht genug tun, diesen Umstand zu bedauern. Personen mit anti-jüdischen Prinzipien sind ihm daher nach seinen eigenen Worten ganz besonders verhaßt. Wie sehr seine Liebe den Juden gilt, ergibt sich am besten aus einem Aufsatz in der Zeitschrift „Strand“ vom April 1937. Nach seiner Ansicht „sind die Juden die ausgezeichnetste Rasse, die je auf dieser Erde gelebt hat“<sup>1)</sup>.

Was für Lloyd George gilt, ist zumindest auch auf Winston Churchill anwendbar. Schon oben haben wir von seiner engen Zusammenarbeit mit den Juden gehört. Sein Eifer ist nicht geringer geworden, wie sein Eintreten für die Sache der Juden im Parlament und in der Öffentlichkeit zeigt. Mit beredten Worten verlangt er Hilfe für die verfolgten Juden von Deutschland und entwarf einen eigenen Plan für die Lösung der Schwierigkeiten in Palästina<sup>2)</sup>. Er selbst hat am besten seine Haltung gegenüber den Juden wie folgt zusammengefaßt: „Fast ununterbrochen während meines politischen Lebens habe ich freundschaftliche Beziehungen zu den Juden unterhalten“<sup>3)</sup>.

Der kürzlich verstorbene Sir Austin Chamberlain, dessen Name mit vielen für Deutschland nachteiligen Maßnahmen verknüpft ist, war ebenfalls ein großer Freund der Hebräer. Dies zeigt neben vielem anderen ihr Nachruf anlässlich seines Ablebens im Jahre 1937. Er ist nicht nur bedeutsam wegen seines Umfangs, sondern auch wegen seines Inhalts. Die Verehrung der Juden für Chamberlain würde eine bleibende sein, weil er sich immer für sie eingesetzt und das Dritte Reich hauptsächlich wegen dessen Judenpolitik bekämpft habe. Niemals könnten seine Dienste für die Juden vergessen werden. Sein Name würde mit goldenen Lettern in die jüdische Geschichte eingehen.

Auch der frühere Erstminister Ramsay MacDonald war im Banne der Juden. Nach Mitteilung des Juden Michael Marcus, eines früheren Mitarbeiters, hielt MacDonald „Zionismus ohne Sozialismus für undenkbar“. Er sei überhaupt

<sup>1)</sup> Jewish Chronicle vom 26. März 1937.

<sup>2)</sup> Jewish Chronicle vom 27. März 1936, 3. September 1937 u. 2. Dezember 1938.

<sup>3)</sup> Daily Telegraph vom 19. Januar 1926.

„dem zionistischen Ideal aufrichtig zugetan gewesen.“ Marcus sei immer wieder davon überrascht worden, in welchem Maße „MacDonald seine politischen Inspirationen aus jüdischen Quellen geschöpft hat“<sup>4)</sup>. Auch er erhielt bei seinem Tode einen ehrenden Nachruf seitens der Juden, und man vergaß nicht, vor allem seine Verdienste um die Organisation der Zionisten hervorzuheben. Seine Privatsekretärin war die Jüdin Rose Rosenberg, die starke Sympathien für die Sowjets hatte, was sie auch in aller Öffentlichkeit zugab.

Der Nachfolger von Ramsay MacDonald, der jetzige Carl Baldwin, zeigte und zeigt auch noch heute bei zahlreichen Gelegenheiten seine Hörigkeit gegenüber den Juden. Als er im Jahre 1937 aus seinem Amt als Erstminister schied, waren die Juden seines Lobes voll. Sie würden in ihm immer „den Staatsmann sehen, der niemals gezögert hätte, sich einen Schüler des Juden Disraeli zu nennen“. Alles in allem könnte man ihm nicht genug für seine Verdienste um die Juden danken. Den besten Beweis für seine Judenfreundschaft hat aber Baldwin kürzlich mit einem sogenannten Nationalen Fonds für die Juden geliefert. In einer Rundfunkrede vom 7. Dezember 1938 hat er einen dementsprechenden Aufruf im Namen der Kirche von England, der Römisch-Katholischen Kirche, der Freien Kirchen und der Juden an die Nation gerichtet<sup>5)</sup>.

Der Schüler Baldwins ist Eden, dessen Verbindung mit den Juden für jedermann so offenkundig ist, daß wir kaum etwas darüber zu sagen brauchen. In seiner Politik soll Eden nachdrücklichst, wie der „Evening Standard“ vom 5. August 1938 zu melden weiß, von dem sogenannten Fabian-Flügel der Sozialisten unter Führung von Mr. Israel Sieff unterstützt werden. Auch über den früheren Minister Duff Cooper braucht kaum irgend etwas bezüglich seiner Judenfreundlichkeit gesagt werden. Bezeichnenderweise ist der verstorbene Jude Otto Kahn von der Firma Kahn, Loeb & Co. der Pate seines Kindes. Auch der kürzlich aus der Regierung ausgeschiedene, schon mehrmals erwähnte Kolonialminister Drmsby-Gore ist den Juden hörig. Noch am 5. Juni 1936 veröffentlichte die „Jewish Chronicle“ einen Lobartikel mit der Überschrift: „Mr. Drmsby-Gore als Champion des Zionismus.“

<sup>4)</sup> Jewish Chronicle vom 9. Dezember 1938.

<sup>5)</sup> Daily Express vom 23. November 1938.

## Juden im Kabinett

Es fehlt uns an Zeit und Raum, auf all die führenden Staatsmänner nach dem Kriege einzugehen. Die oben aufgezählten dürften aber, soweit sie noch am Leben sind, die bedeutendsten sein, die zur Zeit nicht mehr in der Regierung sind. Wie sieht es nun mit den augenblicklichen Kabinettsgliedern aus?

Neville Chamberlain soll nach den Untersuchungen von M. Leese gemäß seiner Flugschrift „His Majesty's New Sub-Government“ jüdisches Blut haben. Zum Beweise hierfür beruft sich Leese auf verschiedene Quellen und Zitate. Auf jeden Fall steht fest, daß sein Vater Joseph Chamberlain und sein Stiefbruder Sir Austen Chamberlain alles taten, um den Juden gefällig zu sein. Neville Chamberlain selbst hielt Ende 1938 im Parlament eine warme Rede zugunsten der Juden und war der erste, der ihre Ansiedlung in Deutsch-Ostafrika vorschlug. Über den Innenminister Sir Samuel Hoare brauchen wir mit Rücksicht auf unsere obigen Ausführungen nichts weiter hinzuzufügen. Dasselbe gilt für Lord Halifax. Sehr enge Verbindung zu den Juden unterhalten auch die Minister Carl De La Warr, Marquess von Zetland und Sir Kingsley Wood. Der erstere gab seinen Gefühlen erst vor kurzem in einer öffentlichen Rede Ausdruck, in der er die Judenpolitik des Dritten Reiches als mit der Zivilisation unvereinbar bezeichnete. Der Luftfahrtminister Sir Kingsley Wood hob öffentlich die großen Verdienste der Juden um das britische Empire hervor und gab der Hoffnung Ausdruck, daß man das gegenwärtige System in Groß-Britannien, das Rassenunterschiede ablehnte, aufrechterhielte. Die Gattin von Lord Zetland führte anläßlich der Krönungsfeierlichkeiten eine Jüdin bei Hofe ein. Einer der höchsten Beamten Lord Zetlands im Indien-Ministerium ist der Jude Sir Cecil Risch, und seine Ratgeber die Juden Sir Henry Strakosch sowie T. G. Gregory Eugenheim, der wegen seiner wirtschaftlichen Veröffentlichungen bekannt ist. Im Luftfahrtministerium ist Captain H. H. Balfour als Unterstaatssekretär, über dessen Verbindung mit Juden wir bereits oben berichteten. Der Minister für Pensionen H. Ramsbotham ist mit einer Jüdin, geb. de Stein, verheiratet. Der Präsident der Postsparkasse ist der bereits des öfteren genannte Zionist Leon Simon. Ein weiteres Mitglied des Kabinetts ist Carl Winterton, dessen Zuneigung zu den Hebräern am besten aus der Tatsache hervorgeht, daß er als Abgeordneter der britischen Regierung an der internationalen Konferenz in Evian-les-Bains zur Behebung der Schwierigkeiten jüdischer Flüchtlinge teilnahm und dort eine führende Stellung innehatte. Zwei Volljuden gehören der Regierung an, nämlich der schon wiederholt erwähnte Sir

Philipp Sassoon und D. Gore-Belisha. Der erstere ist Commissioner of Works und der letztere Kriegsminister.

Nach dem Krieg hat es fast kaum ein Kabinett gegeben, in dem nicht Volljuden vertreten waren. In der sogenannten zweiten Koalitionsregierung unter Lloyd George war E. Montagu Minister für Indien. Sir Alfred Mond, der spätere Lord Melchett, auf dessen Familie wir noch näher eingehen werden, vereinigte die Gesundheits- und Arbeitsministerien in seiner Hand. Sir Rufus Isaacs, nachmals Lord Reading, war in besonderer Mission für die Regierung tätig und von 1921 bis 1926 Vizekönig von Indien.

Nach dem Sturz von Lloyd George im Jahre 1922 sehen wir Sir Arthur M. Samuel als hohen Beamten im Schatzamt und vom Jahre 1924 an Sir Philipp Sassoon als Unterstaatssekretär im Luftfahrtministerium. Auch in den Regierungen der Arbeiterpartei in den Jahren 1924 und 1929 bis 1931 finden wir den Abgeordneten Emanuel Shinwell in hoher Stellung beim Kriegsministerium und später bei der Bergwerkskammer. Auch der jetzige Appellationsrichter Sir Henry Slesser soll Jude sein. Er war in der Zeit von 1924 bis 1929 Kronanwalt. Als Sir Herbert Samuel von seinem Amt als Oberkommissar in Palästina 1925 zurückkehrte, wurde er zum Vorsitzenden der Kommission der Kohlenindustrie gemacht und spielte eine große Rolle in dem damaligen Generalstreik.

Bei der Bildung der sogenannten nationalen Regierung im Jahre 1931 erhielten Juden bedeutende Posten. Der Marquis of Reading wurde Außenminister, Sir Herbert Samuel Innenminister und Sir Philipp Sassoon war wiederum Unterstaatssekretär im Luftfahrtministerium. Bei späteren Umwandlungen erhielt der jetzige Kriegsminister Gore-Belisha das Verkehrsministerium. Später wurde Sir Herbert Samuel Führer der liberalen Opposition.

Man sieht, die Juden hatten ihre Leute an den höchsten Stellen. Wir können daher hier davon absehen, auf die Kabinettsmitglieder der Vergangenheit einzugehen, die Teiljuden oder Judenfreunde waren, um dem Leser von dem unmittelbaren Einfluß der Hebräer auf die Regierungsgeschäfte einen Eindruck zu geben.

## Außenpolitisches Zwischenspiel

Auf außenpolitischem Gebiet möchten wir auf vorübergehende Ausführungen hinweisen und lediglich zwei Vorfälle der Nachkriegszeit hinzufügen.

Im Jahre 1919 wurde in London gemeldet, daß in Polen Judenpogrome stattfänden. Man geht wohl mit Rücksicht auf diese Vorkommnisse nicht fehl in der Annahme, daß dies von Juden verbreitet wurde. Die Berichte sprachen von Mezeleien größten Umfanges. Sofort verkündete das Auswärtige Amt in der Öffentlichkeit, daß, wenn die Polen nicht sofort damit aufhörten, man ihnen jede Unterstützung für ihre Ziele entziehen würde. Die Polen wurden ebenfalls entsprechend informiert. Der wegen des oben geschilderten Korruptionskandales bekanntgewordene Sir Stuart Samuel wurde von der britischen Regierung mit der Untersuchung der Vorfälle beauftragt und nach Polen entsandt. Es gelang der „Morning Post“ auf Grund einwandfreier Quellen, festzustellen, daß von Pogromen nicht die Rede sein könnte und die getöteten Juden bei Straßenkämpfen als Anlieger und Unbeteiligte zu Tode gekommen waren. Auf jeden Fall konnte nicht von Massenmorden die Rede sein. Die „Morning Post“ fragte das Auswärtige Amt in einem Zeitartikel, wer ihm die falsche Nachricht übermittelt hatte und wie es dazu gekommen wäre, eine solch zweifelhafte Persönlichkeit wie Sir Stuart mit dem offiziellen Auftrag nach Polen zu entsenden. Gleichzeitig verwahrte sie sich gegen eine derartige tendenziöse Darstellung der Juden und wies darauf hin, daß die Juden bei dieser Gelegenheit einmal wieder offen gezeigt hätten, daß sie nicht als Engländer empfinden könnten<sup>1)</sup>.

Das schlagendste Beispiel hat sich aber erst vor kurzer Zeit — im Februar 1938 — ereignet. In Rumänien war die Regierung Goga zur Macht gekommen. Es war für jeden Einsichtigen klar, daß sie dieselbe Politik gegen die Juden verfolgen würde, wie das Dritte Reich. Dies zeigten bald gesetzliche Maßnahmen gegen die Hebräer, die den Anfang zur Einführung der Nürnberger Gesetze darstellten<sup>2)</sup>. Nicht nur die Juden in Rumänien, sondern auch das Weltjudentum war alarmiert. Aus den Veröffentlichungen des Juden Emanuel wissen wir, wie in solchen Fällen von den örtlich betroffenen Juden vorgegangen wurde, nämlich, man wandte sich sofort nach London. Auch hier dürfte es nicht anders gewesen sein. Ganz offiziell haben die britische und die französische Regierung unter Berufung auf die Minderheitenverträge von Paris aus dem Jahre 1919, die bekanntlich von den Juden geschaffen wurden, gegen die Behandlung der Hebräer bei der rumänischen Regierung protestiert. Wir werden nie die Zeitungsplakate vergessen, die an diesem Abend in London er-

<sup>1)</sup> Morning Post vom 20. März, 11. April u. 30. August 1919.

<sup>2)</sup> E. u. a. Berliner Tageblatt vom 5. Januar 1938.



schienen. Eines von ihnen brachte am besten mit riesigen Lettern die Judenthätigkeit der britischen Regierung zum Ausdruck, und zwar handelt es sich um das des „Evening Standard“: „Jews — Britain tells Rumania“<sup>3)</sup>). Mit Recht bemerkte der „Völkische Beobachter“ vom 7. Januar 1938, daß die beiden Westmächte noch nichts für die 3½ Millionen Sudetendeutschen getan hätten, und fast tausend Beschwerden von Minderheiten in Genf unerledigt seien. Daneben konnte man aber aus Berichten von englischen Zeitungen deutlich die Einmischung des Weltjudentums feststellen. Man hatte an den verschiedenen Börsen der Welt die Wertpapiere Rumäniens absinken lassen und sonst auch schon einen stillen Boykott gegen die Wirtschaft dieses Landes gerichtet<sup>4)</sup>. Und alles wurde von London aus geleitet, wie folgende Veröffentlichung zeigt<sup>5)</sup>: „Eine dem Hof in Bukarest nahestehende Persönlichkeit berichtete mir (einem diplomatischen Korrespondenten der Zeitung), daß die Entlassung Gogas von höchst summarischer Natur sei.

Als Goga . . . zum König gerufen wurde, habe er keinerlei Ahnung von seiner Entlassung gehabt.

Der König habe aber den Nachmittag zuvor einen eingehenden Bericht des Gouverneurs der Bank von Rumänien über die finanzielle Lage des Landes gehabt, die durch die falsche Politik der Regierung hervorgerufen war.

In dem Bericht brachte der Gouverneur klar zum Ausdruck, daß die Unterdrückung der Juden, die das wirtschaftliche Leben des Landes kontrollierten, einen Zusammenbruch heraufbeschworen hätte.

Transaktionen jeder Art und die Zahlung von Steuern hätten aufgehört.

König Carol sei über diese Tatsachen entsetzt gewesen, die man ihm bislang vorenthalten hätte.

Der Entschluß, Goga sofort zu entlassen, sei aber dadurch beschleunigt, daß der König zusätzlich durch einen drängenden Hinweis beeinflusst worden sei, der von einer Stelle erfolgte, die der König auf keinen Fall hätte außer acht lassen dürfen . . .

Das Wesentliche der Warnung sei gewesen, daß der in Aussicht genommene Besuch des Königs in London so lange aufgeschoben werden müsse, bis der Situation in Rumänien abgeholfen wäre . . .“

Man sieht, es hat sich seit der Zeit der Veröffentlichungen von Emanuel nichts verändert. Weltjudentum mit Hilfe von London am Werk!

<sup>3)</sup> Evening Standard vom 5. Januar 1938.

<sup>4)</sup> Evening Standard vom 10. Februar 1938. Times vom 12. Februar 1938.

<sup>5)</sup> Evening Standard vom 11. Februar 1938.

## Juden in Partei und Parlament

Es ist auch nötig, zu erfahren, ob und in welchem Maße das Parlament jüdischen Einflüssen unterliegt. Einem in der Judenfrage aufgeklärten Leser dürfte von vornherein klar sein, daß nicht die Zahl der in einem Parlament befindlichen Juden dafür ausschlaggebend ist. Nichtsdestoweniger wollen wir einen kurzen Überblick darüber geben.

Nach den Wahlen von 1906 und 1910 konnten jedesmal 16 Volljuden ins Unterhaus einziehen<sup>1)</sup>. Die letzten allgemeinen Wahlen brachten 17 jüdische Abgeordnete ins Parlament, und zwar folgende:

H. Day (Labour),  
D. Frankel (Labour),  
L. S. Gluckstein (Conservative),  
Sir Percy Harris (Liberal),  
L. Gore-Belisha (Liberal National),  
Dudley Joel (Conservative),  
L. Levy (Conservative),  
M. M. Lyons, M. C. (Conservative),  
James de Rothschild (Liberal),  
Sir Isidore Salmon (Conservative),  
Sir M. M. Samuel (Conservative),  
Marcus Samuel (Conservative),  
Sir Philip Sassoon (Conservative),  
E. Shinwell (Labour),  
S. Silverman (Labour),  
E. A. Strauß (Liberal National),  
Louis Silkin (Labour)<sup>2)</sup>.

Diese Zahl hat sich inzwischen durch Nachwahlen, die durch das Ausscheiden von Abgeordneten notwendig wurden, um mindestens zwei erhöht. So wurde in Wandsworth der Jude H. L. Nathan (Labour)<sup>3)</sup>, in Cheltenham D. L. Lipsen (Independent Conservative)<sup>4)</sup> gewählt. Zu diesen kommt wahrscheinlich noch Mrs. Adams, die im Jahre 1938 ins Parlament einzog. Sie ist die einzige, bei der wir im Gegensatz zu den Vorhergehenden nicht völlig sicher sind, ob sie Jüdin ist oder nicht. Auf jeden Fall ist sie sehr aktiv für die Juden tätig und spricht in Zionistenversammlungen<sup>5)</sup>.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß noch mehr Voll- und Teiljuden im Parlament sind. Wir können diese aber nicht mit genügender Sicherheit feststellen, da unsere besten Gewährsquellen, die „Jewish Chronicle“ und „Jewish Year Book“, nur die Kon-

<sup>1)</sup> Jewish Chronicle vom 24. November 1922.

<sup>2)</sup> Jewish Chronicle vom 11. September 1936.

<sup>3)</sup> Jewish Chronicle vom 7. Mai 1937.

<sup>4)</sup> Jewish Chronicle vom 3. September 1937.

<sup>5)</sup> Jewish Chronicle vom 25. November 1938, S. 31 u. 44.

fessionsjuden führen. Unsere Mitteilungen auf Vermutungen aufzubauen, die in der jüdischen Frage meistens begründet sind, müssen wir allerdings hier im Interesse wissenschaftlicher Arbeit ablehnen.

Die Anzahl von 19 bzw. 20 Juden im Parlament ist zwar völlig außer Verhältnis zu der Bevölkerungsziffer der Juden, jedoch kleiner als man wohl erwartet hat. Nichtsdestoweniger üben diese Hebräer einen unverhältnismäßig großen, unmittelbaren Einfluß aus. Zwei von ihnen, nämlich *Horé-Belisha* und *Sir Philip Sassoon*, sind Regierungsmitglieder. *Thomas Levy* ist Vorsitzender des Textilkomitees im Unterhaus. *L. Silkin* ist zwar nicht Vorsitzender eines Komitees im Parlament, dafür aber Vorsitzender eines wichtigen Komitees der Stadtverwaltung London. Eines der bedeutendsten, vielleicht das bedeutendste Komitee im Parlament ist das „*Select Committee on Estimates*“. Es behandelt die geheimsten Angelegenheiten des Staates und nimmt Schätzungen sowie Vorschläge für Verteilung von Geldern vor, die in naher Zukunft für das Volksganze erforderlich sind. Vorsitzender dieses Ausschusses ist der Jude *Sir Isidore Salmon*<sup>6)</sup>, auf den wir noch zu sprechen kommen werden.

Im übrigen hat es im britischen Parlament fast ausnahmslos den Anschein, als ob die Sache der Juden zumindest ebenjogut durch die ihnen hörigen Abgeordneten vertreten wird. Auch hier können die Betreffenden und die darauf hinweisenden Vorgänge unmöglich genannt werden. Ein Studium der Aussprachen über jüdische Fragen im Parlament, vor allem in den letzten Jahren, zeigt, daß fast alle Abgeordneten, ganz gleich welcher Partei, einig im Schutze jüdischer Interessen sind. Wie weit dies geht, ergibt eine Mitteilung in der „*Jewish Chronicle*“ vom 18. November 1938. Danach wurde eine offizielle Eingabe von vielen Abgeordneten des Inhalts überreicht, daß es der König in seiner Thronrede unterlassen habe, mit Rücksicht auf die Maßnahmen gegen die Juden in Deutschland Erleichterungen für die Einwanderung nach Palästina anzukündigen. In einer halben Stunde sammelte man von etwa 35 Abgeordneten Unterschriften zu dem diesbezüglichen Schritt, und Mitglieder des Parlaments, die ihre Unterschrift verweigerten, lehnten im allgemeinen ab, weil sie das Wort „Palästina“ durch „British Empire“ ersetzen wollten. Es handelt sich also hierbei um solche, die noch um eine Schattierung pro-jüdischer sind und denen die Einwanderung nach Palästina nicht genug ist. Nur einige der nichtjüdischen Abgeordneten wollen wir aus der Masse der übrigen hervorheben, weil sie sich überall besonders für die Juden einsetzen. Oberst *J. C. Wedgwood* ist führend bei allen pro-jüdischen Aktionen innerhalb und außerhalb des Parlaments. Er war es, der die gerade geschilderte Eingabe anregte. Nach Mitteilung der Zeitschrift „*Jewry über alles*“ vom März 1923 ist er sogar zum Ehrenmitglied der Zionisten ernannt worden. Diese Mitteilung dürfte durchaus zutreffen, da

<sup>6)</sup> Daily Express vom 1. November 1938.

er im Jahre 1922 nach Amerika fuhr, um dort Geld für die Zionisten zu sammeln, und bei seiner Abreise sehr von den Juden gefeiert wurde. Ein anderer Abgeordneter, Commander Lockersampson, ist ebenfalls wegen seines aktiven Eintretens für die Juden bekannt. Im April 1938 machte er wegen seines Gesetzantrages mit dem Titel „Jewish Citizen Bill“ von sich reden. Er wollte dadurch allen Juden in der Welt Bürgerrechte von Palästina verschaffen<sup>7)</sup>. Da Palästina ein Mandatsgebiet von Großbritannien ist, hätte jeder Besitzer solchen Bürgerrechts automatisch den Schutz Englands genossen.

Die allgemeine Einstellung der Abgeordneten mag man auch aus folgendem ersehen:

Das führende Mitglied des Parlaments Hugh Dalton erklärte öffentlich: „In der Qualität bezüglich der Bürgerrechte sei der britische Jude wertvoller und feiner als der britische Faschist“<sup>8)</sup>. Der Abgeordnete Beverley Baxter wurde in einer Sitzung gefragt, ob er Jude sei. Er antwortete darauf: „Ich habe nicht die Ehre, zu dieser großen Rasse zu gehören.“ „Es sei eine Institution in England, die einstimmig als Freund der jüdischen Rasse anzusehen sei, nämlich das Unterhaus Seiner Majestät . . .“<sup>9)</sup>. Diese Worte erregten großen Beifall im Exekutivkomitee der Konservativen Partei.

Wir sehen, daß unser obiges Urteil über das Parlament nicht zu scharf gewesen ist.

Bei dieser Sachlage wird man nicht überrascht sein, daß alle Parteien den Juden ergeben sind.

Die Liberale Partei ist, wie bereits die obigen Ausführungen ergeben haben, seit langer Zeit den Juden hörig. Sie ist heute nur noch mit ganz wenigen Abgeordneten im Unterhaus vertreten. Trotzdem können wir darunter vier Juden, wie bereits ausgeführt, feststellen. Unlänglich von Wahlen fordern daher auch die Juden auf, für die Liberalen zu stimmen, „weil sich diese Partei für sie einsetze“.

Wir haben schon oben gesehen, wie der Hauptgründer der Labour Partei, Ramsay MacDonald, zu den Juden stand. Seine früheren Kollegen dürften ihm nichts darin nachgeben. Dies wird auch immer wieder mit Dankbarkeit von den Juden festgestellt. So weisen sie gelegentlich auf die enge Verbundenheit mit der marxistischen Arbeiterpartei hin. Der bereits genannte Abgeordnete Slesser soll selbst Wert darauf gelegt haben, daß die Arbeiterpartei nicht sozialistisch, sondern jüdisch sei<sup>10)</sup>. Die Partei selbst setzte den Juden auseinander, daß sie am besten geeignet sei, ihre Interessen zu vertreten. Dies kann man gerade in letzter Zeit bestätigt finden. Ende des Jahres 1938 reichte die Arbeiterpartei einen Antrag im Parlament ein, wonach man aus-

<sup>7)</sup> Jewish Chronicle vom 15. April 1938.

<sup>8)</sup> Jewish Chronicle vom 25. Dezember 1936.

<sup>9)</sup> Jewish Chronicle vom 15. Mai 1936.

<sup>10)</sup> Morning Post vom 28. Juli 1923. Banister: S. 13.

drücklich seinen Unwillen gegenüber den Maßnahmen der deutschen Regierung gegen die Juden aussprechen sollte. Wenig später ließ es sich der Führer dieser Partei, Major Attlee, nicht nehmen, auf einer Protestversammlung mit gleichem Ziele zu sprechen.

Aber auch die Konservative Partei, die zur Zeit die Mehrheit im Unterhaus hat, ist den Juden ganz ergeben. Am besten zeigt sich die Beherrschung der Partei durch die Juden darin, daß in dem Central Office, der geschäftsführenden Zentrale, unverhältnismäßig viele Juden vorgefunden werden. Es gibt darüber eine nette kleine Anekdote. Ein General suchte das betreffende Büro auf und wurde von einem Juden empfangen. Er erklärte ihm, daß „er seine Angelegenheit niemals einem Juden vortragen würde“. Mit diesen Worten übergab er ihm seine Karte und verlangte einen Engländer zu sprechen. Ob ihm dies gelungen ist, ist nicht überliefert worden. Es steht aber fest, daß früher und heute die Juden führende Posten in der Zentralverwaltung, die einen großen Einfluß auf die Aufstellung von Kandidaten und sonstige wichtige Geschäfte besitzt, innehaben. So war früher Lord Fessel der Schatzmeister der Partei. Heute ist dort der mächtigste Mann Sir Albert Clavering. Er ist der Sohn von Isaac Abraham Clozenburg, einem Juden aus Osteuropa. Dieser änderte im Jahre 1920 seinen ursprünglichen Namen in Clavering.

Ein weiterer Jude, Percy Cohen, ist Leiter der Propaganda- und Schriftumsabteilung. Im Januar 1936 wurde er vom König anlässlich des Jahreswechsels ausgezeichnet. Die ganze Einstellung des Zentralbüros ergibt sich am besten aus den Worten ihres Vertreters, R. S. Amerly, der jüdisches Blut haben soll<sup>11)</sup> und zu einer großen Massenprotestversammlung entsandt war, um im Namen des Hauptquartiers gegen die Maßnahmen in Deutschland gegen die Juden Einspruch zu erheben. In welchem Maße die Konservative Partei dem Hauptprinzip des Judentums, nämlich dem reinen Geldprinzip, erlegen ist, zeigen kürzliche Veröffentlichungen. Danach werden bei Wahlen die einzelnen Sitze ausgebaut und regelrecht verkauft. Für die Wahlbezirke, in denen man mit einem Sieg der Konservativen und damit der Wahl des betreffenden Kandidaten rechnen kann, muß der darum Nachsuchende große Geldbeträge zur Verfügung stellen. Er hat die Wahlkosten zu entrichten, die sich auf £ 400,— bis 1200,— belaufen, und daneben jährlich £ 500,— bis 1000,— an die örtliche Organisation zu zahlen. Kandidaten, die nur die Hälfte der erwähnten Gelder zahlen können, haben eine viel geringere Aussicht, ins Parlament zu kommen. Wer nichts zu den Wahlkosten und nur wenig für die Parteikasse beisteuern kann, wird niemals ins Parlament kommen<sup>12)</sup>. Im übrigen wird auch keineswegs von der Konservativen Partei bestritten, wie ein Wahlaufruf zugunsten ihres bekannten Abgeordneten Oberit

<sup>11)</sup> Banister: S. 154.

<sup>12)</sup> Evening Standard vom 4. Januar 1939.

Stanley zeigt, daß sie allezeit die Juden unterstützt haben. In diesem Wahlauf Ruf wendet man sich an die Juden und weist darauf hin, daß nur Oberst Stanley, aus dem bekannten Adelsgeschlecht der Derbys, ein geeigneter Kandidat für sie sei, da „Konservative immer jüdische Interessen wahrgenommen hätten“<sup>13)</sup>.

Im Anschluß hieran wollen wir nicht versäumen, auf etwas einzugehen, das eindentig zeigt, wie sehr selbst das Höchste in England dem Geldprinzip untergeordnet ist.

Seit langer Zeit war es bekannt, daß Ehren und Titel nach der Höhe des Geldbetrages, den man bestimmten Stellen zu zahlen hatte, verteilt wurden. Am 6. März 1919 erschien in der „Morning Post“ ein Artikel mit der Überschrift: „Demokratie und Korruption“. Es wurde auf Auseinandersetzungen im Oberhaus aufmerksam gemacht, durch die die Öffentlichkeit endlich einmal erfahren hatte, wie ein Adelstitel gekauft und verkauft würde. Man hatte im Verlauf der Debatte im House of Lords zugeben müssen, daß Auszeichnungen durch Zahlungen an die Parteikasse erworben werden könnten. Die „Morning Post“ sprach ihren größten Absichten gegenüber einem solchen Gebaren aus. Aller Respekt vor den höchsten Ehren Englands sei verschwunden. Man könnte diese Vorgänge nicht anders als geheime Korruption und Bestechung bezeichnen.

Auch heute soll sich die Praxis in dieser Hinsicht noch nicht geändert haben. Wir können ermessen, wie sehr der Jude sich solche Umstände zunutze machen wird. In einem Buch wird Ramsay MacDonald der Vorwurf gemacht, er habe jemand auf Grund gewisser Gaben in den Baronsstand erheben lassen. So wendet sich auch Belloc in einem seiner letzten Bücher gegen ein solches Übel.

An derselben Stelle weist Belloc auf die Korruption des Parlaments hin. Er wundert sich nicht darüber, daß die Öffentlichkeit dies stillschweigend duldet, da die gesamte britische Geistesrichtung nichts Strafbares darin erblicke. Leider hat uns Belloc keine näheren Angaben über die Art der Korruption gemacht. Die Tatsache, daß viele Parlamentsabgeordnete gleichzeitig Direktoren von Gesellschaften sind, dürfte aber dem Tatbestand der Korruption im weiteren Sinne nahekommen. So wird uns im Jahre 1912 berichtet, daß bereits damals 25 Abgeordnete Direktoren in 41 öffentlichen Gesellschaften und 10 in gleicher Eigenschaft in Eisenbahngesellschaften waren. Anscheinend ist dies heute zur Regel geworden. Im Parlament des Jahres 1924/25 waren nicht weniger als 694 Gesellschaften durch 766 Direktoren vertreten. Das Unterhaus des Jahres 1932 enthielt 691 und dasjenige vor dem Jahre 1934 581 Abgeordnete, die 646 bzw. 546 Gesellschaften vertraten. Mit Recht geißelt Lane diesen Zustand und führt aus, daß das Parlament nur noch eine Interessengruppe von Gesellschaften darstelle, die wiederum von Juden kontrolliert wird.

<sup>13)</sup> Jewish Chronicle vom 2. März 1923.

Daß letzteres richtig ist, werden wir noch unten nachzuweisen versuchen.

Lane weist noch weiter auf einen Zustand hin, der nicht ohne Gefahren für eine gesunde Staatsführung ist. Minister und andere höchste Mitglieder der Regierung nehmen nach ihrem Rücktritt bzw. ihrer Entlassung Direktorenposten in der City an. Erst kürzlich ist ein solcher Fall passiert: Maurice Hankey, der fast zwanzig Jahre Sekretär der Regierung war und so einen der wichtigsten Posten im britischen Staatsgefüge bekleidet hat, ist nach seinem Rücktritt im Jahre 1938 von diesem Posten als Direktor in die Suez-Kanal-Gesellschaft eingetreten. Im übrigen wollen die Gerüchte nicht verstummen, daß auch er Jude ist bzw. jüdisches Blut hat<sup>14)</sup>.

---

<sup>14)</sup> Jewry über alles; August 1922, September 1923. Sunday Express v. 25. Juni 1922.

## Juden in Verwaltung und Recht

Im folgenden werden wir versuchen, dem Leser einen Eindruck von der Verjudung der Verwaltung und des Rechtslebens zu geben. Wir wissen, daß Zweifler mit allgemeinen diesbezüglichen Behauptungen nicht zufrieden sein werden und können. Infolgedessen wollen wir an Hand von einzelnen Fällen die nötige Übersicht zu vermitteln versuchen.

Am deutlichsten wird die Verjudung in der Stadtverwaltung von Groß-London. Sir Percy Simmons hat seit Jahren hohe Posten darin inne. In der Zeit von 1910 bis 1919 war er Stadtrat, in den Jahren 1921/22 Vorsitzender des London County Council, fünf Jahre Vorsitzender der Feuerwehr, drei Jahre Vorsitzender des Public Control Company, zwei Jahre Vorsitzender des General Purposes Committee, vier Jahre Vorsitzender des Komitees für Theater und Musikhallen und sieben Jahre Vorsitzender des Improvement Committee<sup>1)</sup>. Wir haben gesehen, daß Sir Percy im Jahre 1922 den wichtigen Posten des Vorsitzenden des London County Council innehatte. In den nächsten beiden Jahren war die betreffende Stelle zwar nicht mit einem Juden besetzt, jedoch waren die Stellvertreter Juden, nämlich Miss Nettie Adler und Sir Sidore Salmon. Zur Zeit ist letzterer neben seinem bereits genannten Posten im Parlament noch Vorsitzender anderer Komitees und Einrichtungen. Bereits im Jahre 1925 hatte man aber in der Person des Sir Oscar Warburg wiederum einen jüdischen Vorsitzenden. Auch er hat viele andere wichtige Posten in der Verwaltung bekleidet. Sir Max Bonn hatte ebenfalls Posten in der Verwaltung von London inne. Sir Samuel Joseph war Stadtrat und Sheriff von London. Daneben bekleidete er zweimal den Posten eines Bürgermeisters des Londoner Stadtteils Marylebon. Sir Philip Henriques bekleidete hohe Posten in der City von London, während des Krieges im Munitionsministerium. Sir Frank Pollizer war Stadtrat und Sheriff von London. George Heilbutth hatte ebenfalls hohe Posten in der City von London. Er war Bürgermeister und Stellvertretender Bürgermeister von Westminster und Vorsitzender von fast zahllosen Komitees und sonstigen Einrichtungen. A. J. Stone war während des Krieges im Abwehrdienst des Generalstabes, später Bürgermeister des Londoner Stadtteils Paddington und Stadtrat. Sidore Jacobs hatte früher das Amt eines Sheriffs und Stadtrats in der City von London inne. Santo Jeger war Friedensrichter und später Bürgermeister des Stadtteils Shoreditch und Stadtrat J. Abrams sein Stellvertreter, der im darauffolgenden Jahr sein Nachfolger wurde. Der

<sup>1)</sup> Jewish Year Book (1937): S. 497. Who's who (1939): S. 1915. Bei allen weiteren Feststellungen wird auf das „Jewish Year Book“ und „Who's who“ zurückgegriffen, so daß sich eine ausdrückliche Zitierung erübrigt.



Barrister Frederic Levy bekleidete hohe Posten in der Londoner Verwaltung, und Louis Lewis war Bürgermeister des Vorortes Islington. Marcus Lipton und J. Somper waren ebenfalls in der Verwaltung von London tätig, letzterer war Bürgermeister von Stepney, eines Stadtteils der Hauptstadt. Mrs. S. L. Nathan bekleidete wichtige hohe Stellungen in Groß-London, der Solicitor A. Samuels war u. a. Vorsitzender des Public Control Committee des London County Council, M. Streimer u. a. Bürgermeister von Westham, Mrs. Helena Roberts Bürgermeisterin von Stepney, und John Genesis Bürgermeister von Hackney. Endlich noch der Barrister Jacques Abady, der u. a. Bürgermeister von Westminster war. Bei den Gemeindewahlen von London im Jahre 1937 kamen von sechzehn jüdischen Kandidaten zwölf ins Stadtparlament.

Die vorhergehenden Personen waren nur eine Auslese von Juden, die fast ohne Ausnahme nach dem Kriege hohe Stellungen in Groß-London eingenommen haben. Keineswegs wird der Anspruch erhoben, daß die Liste vollzählig ist, insbesondere, da mit Rücksicht auf das Bestreben, nur auf völlig einwandfreie Quellen zurückzugreifen, lediglich Konfessionsjuden in der obigen Zusammenstellung angeführt sind.

Auch sonst kann man überall in der Verwaltung die Verjudung feststellen. So war z. B. Sir Ewart Levy High-Sheriff von Leicestershire. Norton Courlander bekleidete neben dem Bürgermeisteramt in Richmond weitere hohe Verwaltungsposten. J. Goldston war zweimal Bürgermeister in Stockton und S. Howitt zweimal Bürgermeister in Richmond. Julius Jacobs hatte in Liverpool höhere Posten inne. Dasselbe gilt für R. Levy in Glasgow. D. Ripson und B. Marks waren Bürgermeister in Cheltenham bzw. in Hove und bekleideten noch andere wichtige Ämter. Montagu Lyons ist Recorder in Grimsby und Samuel Morris Bürgermeister von Doncaster.

Auch in Ministerien fanden und finden wir die Juden in hohen Stellungen, so Oberst Charles Cohen im Kolonialministerium, Sir A. Green in der Indischen Verwaltung, A. Hyamson im Kolonialministerium, S. Infield in der Kommission für die Abstimmung in Oberschlesien. Louis Infield war im Gesundheits- und Ernährungsministerium hoher Beamter und stellvertretender Vorsitzender der interalliierten Untersuchungskommission gemäß dem Spa-Protokoll im Ruhrgebiet, Reuben Kelf Cohen im Handelsministerium, B. Kisch und S. M. Kisch im Indian-Office, Sir Matthew Nathan im Kolonialministerium und so weiter. Auch hier ließe sich die Liste noch erweitern.

In halbamtlichen Einrichtungen ist ebenfalls der Einfluß der Juden bemerkbar. So ist Sir Eliot de Paß vom Jahre 1928 bis 1936 Vorsitzender des West Indien Komitees gewesen, Baron Maneroft of Maneroft ist Mitglied bzw. Vorsitzender von

so vielen ähnlichen Einrichtungen gewesen, daß sie unmöglich genannt werden können. Ein Blick auf die diesbezügliche Zusammenstellung im „Who's who“ wird dies bestätigen. Dasselbe kann man bezüglich Baron Hugo Hirst sagen. So war er u. a. bis vor kurzem Präsident der Federation der Britischen Industrie. Vor einigen Wochen ist ihm die besondere Auszeichnung zuteil geworden, neben vier anderen Großindustriellen in das Komitee berufen zu werden, das der Regierung bezüglich der Aufrüstung beratend zur Seite stehen soll. Baron George May, Nichtjude, aber mit einer Jüdin verheiratet, ist seit 1932 Vorsitzender des beratenden Komitees für Einfuhrzölle. Bis zum Jahre 1931 war er Direktor der Britischen Überseebank. Endlich sollen auch nicht Saul Doffmann, der frühere Präsident der Handelskammer von Northampton, und Sir Benjamin Drage mit seiner Tätigkeit für das Imperial Institute vergessen werden.

Es dürfte nach den Erfahrungen in Deutschland und der Ostmark nicht überraschen, daß die Juden auch einen erheblichen Einfluß im Rechtsleben haben. Wir wissen, welche Machtposition sie allgemein dadurch gewinnen. Dies ist aber vermehrt in England der Fall. Es hat wohl nie in der ganzen Geschichte ein Land gegeben, in dem die Juristen eine so große Rolle spielen wie in England. Allein schon die Fassung der Gesetze und der Schriftsätze ist völlig abweichend von der gewöhnlichen Sprache. Viele Engländer, und man kann beinahe sagen die meisten, stehen der Abfassung selbst kleinster Verträge hilflos gegenüber. Der Jurist muß überall dabei sein, und man kann sich nicht des Eindrucks erwehren, als ob er es selbst gewesen ist, der im Laufe der Jahrhunderte absichtlich diesen Zustand herbeigeführt hat. Abgesehen davon verspricht der Beruf auch heute noch jährliche Einnahmen bis zu £ 20,000,— und mehr. Alle wichtigen Posten in der Verwaltung werden mit Juristen besetzt. Selbst wenn wir uns nur auf die Konfessionsjuden beschränken, befinden sich viele von ihnen unter den bekannten Barristern und Solicitors. Unter den ersteren stellen wir neben anderen folgende Juden fest:

H. M. Abrahams, A. H. Berman, Sir Benjamin Cohen, G. Cohen, Sir Herbert Cohen, Dr. Samuel Daiches, Percy De Worms, A. S. Diamond, Sir Leonard Franklin, Adolph Langdon, Sir George Leon, Sir Daniel Levy, C. M. Picciotto, W. Summerfield, G. Webber, Sir Percy Harris, Philip Bos und R. F. Levy. Langdon hat als Schatzmeister des Inner Temple und Leiter einer Art von juristischem Seminar wichtige Stellungen inne. G. Webber ist wegen seiner Aufsätze in den juristischen Zeitschriften „Law Times“ und „Law Journal“ über Verwaltungs- und internationales Recht, W. Summerfield und C. Picciotto wegen ihrer Veröffentlichung von Lehrbüchern bekannt. Man braucht nur einmal in das Namensverzeichnis der Barrister zu schauen, um zu wissen,

wie viele Juden es dort gibt. Viele haben sich allerdings schon getarnt, indem sie altenglische Namen angenommen haben. Nichtsdestoweniger findet man z. B. noch neun Levy, Levinson usw. bzw. 17 Cohen oder Cohn, um nur einige zu nennen.

Dasselbe läßt sich in der Liste der Solicitors von London feststellen. Dort sind z. B. die Cohens mit 15 und die Levys und ähnliche mit acht vertreten<sup>2)</sup>. Sir Percy Simmons und Sir George Lewis gehören den Solicitorfirmen Simmons und Simmons bzw. Lewis und Lewis an, die zu den bedeutendsten von Großbritannien zählen

Die obigen Mitteilungen dürften eine gewisse Erkenntnis für die Verjudung bzw. Beeinflussung durch die Juden in Politik, Verwaltung und Rechtsleben vermittelt haben. Die Lage in der Wirtschaft ist zumindest dieselbe.

---

<sup>2)</sup> The Law List (1938): S. 502—503, 603.

## Jüdische Familien

Es sind hier vor allem gewisse jüdische Familien, deren Macht und Einfluß weit über die Grenzen Englands hinausgehen. Die bekannteste dürfte wohl die von Rothschild sein. Bereits vorher haben wir Ausführungen über die Entstehung dieses Bankhauses und das Anwachsen seiner Vorherrschaft in der Finanz während des 19. Jahrhunderts gemacht. Die Entwicklung des 20. Jahrhunderts hat seine weitere Ausbreitung gefördert, so daß es trotz der amerikanischen Banken nichts an Weltbedeutung verloren hat. Der Reichtum zeigt sich allein durch die Tatsache, daß die Familie Rothschild im April 1938 £ 10,000,— und im darauffolgenden Dezember £ 50,000,— für jüdische Flüchtlinge gespendet hat<sup>1)</sup>. Das Haupt der weitverzweigten Familie ist Lord Rothschild.

Daneben gibt es noch die Familie Sassoon. Sie ist von Indien bzw. Mesopotamien nach England eingewandert. Auch heute hat sie noch dort und in andern Teilen Asiens eine beherrschende Stellung inne, so daß man von ihr als „den Rothschilds des Ostens“ spricht. Opiumhandel ist einer ihrer Haupthandelszweige. Heute kann man drei verschiedene Bankfirmen in der City feststellen, die unter der Führung von Sir Victor Sassoon und Sir Philip Sassoon, dem schon oft genannten Politiker, stehen. Der Einfluß dieser Familie dürfte dem von Rothschild — wenn überhaupt — kaum nachstehen<sup>2)</sup>.

Eine andere Familie mit einem ungeheuren Einfluß ist die von Mond, dem jetzigen Lord Melchett. Der Gründer der Familie war Ludwig Mond, der im Jahre 1866 von Hessen nach England auswanderte. Er hatte ein gewisses Sodaverfahren erfunden. Nach kurzer Zeit hatte er in England ein großes Werk zur Verwirklichung seiner Erfindung errichtet und viel Geld verdient. Bald galt er als einer der größten Industriellen Englands und hatte viele Posten inne. Bolitho hat in einer Biographie von ihm behauptet, er sei von Natur aus weich gewesen, habe jedoch gehaft, dies erkennen zu lassen. Unter diesem Gesichtspunkt hätte man auch folgende Anekdote zu verstehen:

In einer Unterhaltung über eine neue Maschine erklärte Ludwig Mond, daß sie ihn £ 2000,— kosten würde. Sobald die Maschine abgenutzt sei, müsse er sie mit großen Kosten durch eine andere ersetzen. „Wenn aber sechs Männer nicht mehr arbeitsfähig sind“, so fuhr er fort, „kann ich sie nach Hause jagen.“ Zu unserm Bedauern können wir die Ansicht Bolithos nicht teilen. Wir können die Worte von Ludwig Mond nur so verstehen, wie sie gebraucht worden sind, zumal sie den von uns getadelten Mißbrauch arbeitender Menschen durch die Juden bestätigen. Im Jahre 1909 starb er<sup>3)</sup>. Sein Nachfolger war sein Sohn Alfred. Er wurde im Jahre

<sup>1)</sup> Jewish Chronicle vom 8. April u. 2. Dezember 1938.

<sup>2)</sup> Jewish Encyclopedia: Bd. XI, S. 66—68. Who's who (1939): S. 2825. Stud Exchange (1938): S. 628.

<sup>3)</sup> Bolitho: Twelve Jews, S. 155—173.

1906 als Liberaler ins Parlament gewählt, im Jahre 1922 war er Gesundheitsminister, und sechs Jahre später wurde er zum Peer von England ernannt<sup>4)</sup>.

Viele, die ihn kannten, nannten ihn einen grausamen Mann. Wie dem auch sei, — auf jeden Fall baute er rücksichtslos seine ihm von seinem Vater überkommene Macht aus. Im Jahre 1923 gründete er die Amalgamated Anthracite Collieries und faßte dadurch nach und nach fast alle Kohlengruben von Wales zusammen, so daß er als Vorsitzender dieses Trusts 85% der dortigen Anthrazitgruben kontrollierte. Daneben hatte er einen überragenden Einfluß in der Nickelindustrie.

Er war Direktor der Britishen Dyes Corporation, die einen großen Teil der britischen Farbenindustrie einschloß. Im Jahre 1927 gelang es ihm, fast alle britischen chemischen Fabriken in einem Konzern unter dem Namen Imperial Chemical Industries zusammenzufassen. Die Gesamtheit der Fabriken stellte fünftausend verschiedene Produkte her. Die Stempelsteuer des Gründungsvertrages betrug allein eine Million Pfund. Man kann sich denken, welche Macht Lord Melchett dargestellt hat.

Er war in seinem späteren Leben einer der eifrigsten Zionisten und besuchte Palästina. Nach seinem dortigen Aufenthalt „sah Alfred Mond in sich nicht länger mehr einen englischen Staatsmann oder einen Kapitän der Industrie“. „Ich bin ein Palästinenser . . . Mein Herz ist in Erez-Israel“, so erklärte er. Als ihn die Juden in Tiberias begrüßten, sagte er: „Dies ist mein Volk.“

Von Palästina schrieb er an seine Frau, daß „er niemals so voll und ganz als Jude gelebt habe“. Von dieser Zeit an kann man ihn als einen führenden Zionisten ansehen. Es ist nur wenigen bekanntgeworden, daß er fünfzehn Millionen Pfund zusammenraffen wollte, um sein Volk nach Palästina zurückzubringen, wo er sich selbst für das Ende seines Lebens niederzulassen gedachte.

Nach seiner Rückkehr aus Palästina nach England „zwang er den Beamten die Politik des Zionismus auf“. Mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln versuchte er, bei der britischen Regierung seine Pläne über die Kolonisation von Palästina durchzusetzen. Anscheinend war diese über seinen wilden Eifer überrascht und versuchte, sich seinem Druck zu entziehen. Nach und nach wurden ihm die höchsten Ämter in den jüdischen Organisationen übertragen. Er wurde zum Präsidenten der Zionisten in England und zu einem der Vorsitzenden des Rates der Jüdischen Agentur gewählt, welche von dem Bund in Genf als amtliche Verbindungsstelle mit den Juden angesehen wird.

Er bot seine ganze Überredungskunst und Macht auf, um Lord Beaverbrook im Jahre 1929 von seinem Pressefeldzug im „Daily Express“, einer Zeitung mit einer der größten Auflageziffern in Großbritannien, abzubringen. Lord Beaverbrook sprach sich nämlich mit aller Entschiedenheit gegen die Politik der Regierung in

<sup>4)</sup> Bolitho: Alfred Mond, S. 127, 146, 148ff.

Palästina aus. Als im Oktober 1930 die Sache der Juden daselbst nach Ansicht der Zionisten nicht tatkräftig genug gefördert wurde, klagte man Alfred Mond an, „daß er die britische Regierung nicht zwang, ihr Versprechen aus der Balfour-Erklärung zu erfüllen“. Wieder ein Fall, in dem aus authentischer Quelle zugegeben wird, daß es einen Druck der Juden auf Regierungen gibt.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit nicht versäumen, mitzuteilen, daß unserem Gewährsmann Bolitho die Familienarchive und 83 weitere Persönlichkeiten, wie Minister, Gewerkschaftsführer, Sekretäre usw. bei der Sammlung des Materials zur Verfügung standen. Das Buch hat ein sehr prächtiges äußeres und ist nur in 200 Exemplaren herausgegeben worden. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß Bolitho es auf Veranlassung und gegen Bezahlung seitens der Familie Mond geschrieben hat.

Im Dezember 1930 starb Alfred Mond. Sein Sohn Henry folgte ihm in seiner Machtposition und ist zur Zeit einer der mächtigsten Industriellen der Welt. Er ist Direktor bzw. Vorsitzender in folgenden Firmen<sup>5)</sup>:

Amalgamated Anthracite Collieries Ltd.  
Barclays Bank Ltd.  
Imperial Chemical Industries Ltd.  
Industrial Finance and Investment Corporation Ltd.  
International Nickel Company of Canada Ltd.  
Mond Staffordshire Refining Co. Ltd.  
Palestine Electric Corporation Ltd.  
Power-Gas Corporation Ltd.  
South Staffordshire Mond Gas Company Ltd.  
Thames House Estate Ltd.

Er ist zwar nicht in so zahlreichen Gesellschaften vertreten wie andere Größen der Finanz und Wirtschaft, dafür aber gehören verschiedene dieser Firmen zu den größten der Welt. So besitzt z. B. die Imperial Chemical Industries Ltd. ein Aktienkapital von 95 Millionen Pfund, sie kontrolliert etwa 50 andere Firmen unmittelbar und besitzt auch weitgehende Interessen in andern Unternehmungen. Die Amalgamated Anthracite Collieries, deren Anwälte Oppenheimer und Nathan sind, kontrolliert etwa 80% der gesamten Anthrazitproduktion von Wales und ist alleiniger bzw. Hauptaktionär in einer ganzen Reihe von Walliser Gruben. Das Aktienkapital dieser Firma beträgt £ 9,500,000,—.

Als letzte wollen wir nur noch die International Nickel Company of Canada Ltd. erwähnen. Ihr Aktienkapital beläuft sich auf etwa 90 Millionen Dollar, ihre Bilanz vom 31. Dezember 1936 wies ein Vermögen von \$ 153,696,746,— auf. Die International Nickel Co. besitzt:

<sup>5)</sup> Directory of Directors (1938): S. 1154. Auf dieses Nachschlagewerk sowie auf Stock Exchange Year Book wird bei allen weiteren Angaben stillschweigend Bezug genommen, so daß eine ausdrückliche Zitierung sich erübrigt.

- a) das gesamte Kapital der International Nickel Co. Inc. (Incorporated in Delaware), Ontario Refining Co. Ltd. und der Mond Nickel Co. Ltd.;
- b) etwa 100 000 Acres (gleich etwa 160 000 Morgen) mineralhaltiges Land einschließlich etwa 15 Kupfer- und Nickelminen im Distrikt von Sudbury, Ontario, und
- c) hydro=elektrische Kraftwerke, Schmelzen, Walzwerke, Raffinerien, Gießereien sowie Forschungs- und Prüfungs-laboratorien in Kanada, den Vereinigten Staaten und Großbritannien<sup>6)</sup>.

Lord Melchett ist nicht der einzige Jude in der Kohlen- und Metallindustrie. Vielmehr finden wir in beiden noch andere Hebräer, von denen wir aber nur noch einige nennen wollen.

So hat die Familie de Pass große Interessen in der Kohlenindustrie im britischen Empire. Man findet sie u. a. als Direktoren in folgenden Gesellschaften:

- Amalgamated Collieries of South Africa Ltd.
- Chandler's Limited
- Coronation Collieries Ltd.
- Springfield Collieries Ltd.
- Bereeniging Estates Ltd.

Wenn man nur eine dieser Gesellschaften herausgreift, wird man erkennen, welch ungeheure Verflechtung mit andern Unternehmungen besteht. Der Vorsitzende der Amalgamated Collieries ist Theodore Marks, von dem man mit Rücksicht auf seinen Namen bis zum Beweis des Gegenteils annehmen kann, daß auch er Jude ist. Das Unternehmen wurde seinerzeit gegründet, um direkte Kontrolle in verschiedenen bedeutenden Gesellschaften zu erlangen. Die Majorität seines autorisierten Kapitals von zwei Millionen Pfund befindet sich in Händen der Bereeniging Estates Ltd. Hier ist Louis Marks, von dem dasselbe wie das oben bezüglich Theodore Marks Gesagte gilt, Vorsitzender, und neben de Pass ein weiterer Jude, Julius Weil, Direktor. Diese Firma schließt wiederum zahlreiche Gesellschaften mit großen Schürf- und andern Rechten ein. Das Kapital beträgt £ 1,750,000,—.

Auch in der Metallindustrie wollen wir noch zwei Juden mit bedeutendem Einfluß nennen, nämlich A. M. Baer und Sir George Leon. Ersterer ist Direktor in:

- Henry Gardner & Co.
- Amalgamated Metal Corporation Ltd.
- British Metal Corporation Ltd.
- Metal Market and Exchange Company Ltd.

In Henry Gardner & Co. ist nun auch Sir George Leon Direktor, dasselbe gilt für die Amalgamated Metal Corporation.

<sup>6)</sup> Stock Exchange (1938): S. 2798, 1421, 1437.

Letztere ist eine Holding-Gesellschaft mit einem autorisierten Kapital von £ 5,600,000,—. Die Aktiven bestehen hauptsächlich aus allen Aktien der British Metal Corporation Ltd., die ein autorisiertes Kapital von fünf Millionen Pfund hat. Letztere kontrolliert Brametta S. A., eingetragen in der Schweiz, British Metal Stockholders Trust Ltd., Huntingdon Heberlein and Co. Ltd. und teilweise National Alloys Ltd. und Light Alloys Ltd.

Auch in der Schifffahrt läßt sich ein erheblicher Einfluß der Juden feststellen. Dies gilt vor allem für die Familie von Sir John Ellerman. Der Begründer war der im Juli 1930 verstorbene Sir John Ellerman. Bei seinem Tode wurde er als einer der sogenannten „fünf Großen“ in der Schifffahrt angesehen. Die „Times“ bezeichnet ihn in ihrem Nachruf als Finanzgenie, der unmittelbar eine Gesamttonnage von 1,500,000 tons kontrolliert habe. Daneben hatte er noch starke Interessen in anderen Schifffahrtslinien, wie Cunard und Peninsular and Oriental Steam Navigation.

Neben seiner beherrschenden Stellung in der Schifffahrt hatte er weiter großen Einfluß in der Brauereiindustrie und in der Presse. Auf letzteres werden wir unten noch näher eingehen. Sein Nachlaß wurde amtlich auf £ 36,684,994,— festgesetzt, auf den eine Erbschaftssteuer von etwa 18 Millionen Pfund zu zahlen war. Der Hauptteil und die Verwaltung seines Vermögens ging auf seinen Sohn, den jetzigen Sir John Ellerman, über. Die von seinem Vater kontrollierten Gesellschaften teilten mit, daß sich allgemein nichts durch den Tod des älteren Sir John geändert hätte<sup>7)</sup>. Demnach hat der Sohn auch weiter die Machtposition seines Vaters inne. Er ist heute Direktor der folgenden Gesellschaften:

Mudley Trust Ltd.

Brewery and Commercial Investment Trust Ltd.

Debenture Securities Investment Company Ltd.

Ellerman Lines Ltd.

Ellerman Property Trust Ltd.

Ellerman's Wilson Line Ltd.

London Publishing Co. Ltd.

Anscheinend ist Sir John Ellerman zumindest ein ebenso tüchtiger Geschäftsmann wie sein Vater, da er bereits sein durch die Erbschaftssteuer auf 18 Millionen Pfund zurückgegangenes Vermögen im Verlaufe von fünf Jahren auf etwa 40 Millionen Pfund erhöht hat.

Eine andere einflußreiche jüdische Familie, wenn auch nicht von der Bedeutung der vorgenannten, ist die von I n s t o n e — früher C i n s t e i n. Es handelt sich um drei Brüder, Sir Samuel, Captain Alfred und Theodore. Insbesondere der erste war groß in Schifffahrt, Kohlen und Luftfahrt. Sein im November 1937 erfolgter

<sup>7)</sup> Times vom 18. u. 21. Juli, 16. August 1933, 30. September 1936.



Tod erregte in der Öffentlichkeit große Anteilnahme. Sir Samuel Instone war Vorsitzender der

Asfern Coal and Iron Company Ltd.

Bedwas Navigation Colliery Comp. Ltd.

S. Instone and Co. Ltd. mit einem Kapital von £ 1,500,000,—.

Ferner war er Direktor der

British Benzol and Coal Destillation Ltd.

Imperial Airways Ltd.

Imperial Airways (Continental) Ltd. (wie unsere Luft-  
hansa) mit fünf Millionen Pfund autorisiertem Kapital.

Heute ist sein Bruder Theodore sein Nachfolger in den genannten vier Unternehmungen, und zwar auch als Vorsitzender bzw. Direktor. Der andere Bruder Alfred ist stellvertretender Vorsitzender bzw. Direktor in den gleichen Unternehmungen.

Eine andere, die Ölindustrie beherrschende jüdische Familie ist die von Samuel bzw. von Lord Bearstead.

Als Gründer der Familie muß Marcus Samuel angesehen werden. Er war zunächst der Eigentümer eines kleinen Geschäfts in Hounsditch im Osten Londons. Sein Haupthandel bestand in gemalten Muscheln, später kamen noch andere Artikel hinzu. Mit Anwachsen seines Vermögens vergrößerten sich auch seine Beziehungen, und er nahm die Verschiffung von Petroleum aus Rußland nach dem Fernen Osten auf, die mit den Jahren ein großer Erfolg wurde. Samuel brachte die an diesem Handel ebenfalls interessierten Firmen zusammen und gründete mit der finanziellen Hilfe des Hauses Rothschild die jetzt über die ganze Welt verbreitete und bekannte Shell Transport and Trading Company mit einem Kapital von £ 1,800,000,—. Der Name Shell bedeutet Muschel und war dem ursprünglichen Handelsartikel von Samuel entliehen. Später hatte dieser Trust schwer gegen die holländische Petroleum Co. zu konkurrieren. Der Kampf endete mit der Verschmelzung der beiden Gesellschaften.

Samuel wurde bereits im Jahre 1898 in den Ritterstand erhoben, weil zwei seiner Schlepper ein in Port Said auf Grund geratenes britisches Kriegsschiff wieder flottgemacht hatten. Im Jahre 1891 war er Stadtrat von London, ein Jahr später Sheriff, und im Jahre 1902/03 Oberbürgermeister von London. Im Jahre 1921 wurde Samuel in den Adelsstand als Baron Bearstead of Maidstone erhoben. Sechs Jahre später starb er. Sein Sohn folgte ihm in seinem Titel und in all seinen Posten. Zur Zeit ist er Vorsitzender und Direktor in folgenden bedeutenden Gesellschaften:

M. Samuel u. Co. Ltd.

Alliance Assurance Co. Ltd.

Anglo-Mexican Petroleum Co. Ltd.

Anglo-Saxon Petroleum Co. Ltd.

Asiatic Petroleum Co. Ltd.

Asiatic Petroleum Co. (Federated Malay States) Ltd.  
 Asiatic Petroleum Co. (India) Ltd.  
 Asiatic Petroleum Co. (North China) Ltd.  
 Asiatic Petroleum Co. (Philippine Islands) Ltd.  
 Asiatic Petroleum Co. (Siam) Ltd.  
 Asiatic Petroleum Co. (South China) Ltd.  
 Asiatic Petroleum Co. (Straits Settlements) Ltd.  
 Bataafsche Petroleum Maatschappij.  
 British Malayan Petroleum Co., Ltd.  
 Eagle Oil and Shipping Co. Ltd.  
 Egyptian Engineering Stores S. A.  
 Elba Tinplate Co. Ltd.  
 Lloyds Bank Ltd.  
 London and Holyrood Trust Ltd.  
 London and National Property Co. Ltd.  
 Nineteen twenty-eight Investment Trust Ltd.  
 Nineteen twenty-nine Investment Trust Ltd.  
 Perham Investment Trust Ltd.  
 St. Helens Estates Ltd.  
 Samuel Estates Ltd.  
 Samuel Samuel and Co. Ltd.  
 Sarawak Oilfields Ltd.  
 Shell Company (Greece) Ltd.  
 Shell Company (Malta) Ltd.  
 Shell Company of Australia Ltd.  
 Shell Company of Bulgaria Ltd.  
 Shell Company of Estonia Ltd.  
 Shell Company Klaipeda (Memel) Ltd.  
 Shell Company of Latvia Ltd.  
 Shell Company of Lithuania Ltd.  
 Shell Company of New Zealand Ltd.  
 Shell Company of Nigeria Ltd.  
 Shell Company of Portugal Ltd.  
 Shell Company of Turkey Ltd.  
 Shell Company of West Africa Ltd.  
 Shell Company (Pacific Islands) Ltd.  
 Shell Company (Porto Rico) Ltd.  
 Shell Company (West-Indies) Ltd.  
 Shell-Mex Argentina Ltd.  
 Shell-Mex Chile Ltd.  
 Shell-Mex Uruguay Ltd.  
 Shell Overseas Exploration Co. Ltd.  
 Shell Transport and Trading Co., Ltd.  
 Société Anonyme Astra-Romana.  
 Société Anonyme des Pétroles Jupiter.  
 Société Française Shell de Tunisie.  
 Société Shell de Maroc.  
 Venezuelan Oil Concessions Ltd.

## Verjudung der Ölindustrie

Von all diesen vielen Gesellschaften ist schon die eine „Shell Transport and Trading Company, Ltd.“ als eine Weltmacht anzusehen, da sie eine Holding-Gesellschaft für viele andere Unternehmungen ist. Ihr autorisiertes Kapital beträgt nur £ 43,000,000,—, dürfte also im Verhältnis zu den Aktiven nur als gering anzusehen sein. Zwei Juden sind Direktoren dieser Gesellschaft, nämlich Peter Montefiore Samuel und Sir Robert Waley Cohen. Letzterer ist wiederum Vorsitzender und Direktor in nachstehenden Gesellschaften:

- Agricultural Mortgage Co. of Palestine Ltd.
- Anglo-Egyptian Oilfields Ltd.
- Anglo-Mexican Oil and Shipping Co. Ltd.
- Anglo-Mexican Petroleum Co. Ltd.
- Anglo-Saxon Petroleum Co. Ltd.
- Asiatic Petroleum Co. (India) Ltd.
- Asiatic Petroleum Co. Ltd.
- Baldwins Ltd.
- Bataafsche Petroleum Maatschappij.
- British Malayan Petroleum Co. Ltd.
- Canadian Eagle Oil Co. Ltd.
- Eagle Oil and Shipping Co. Ltd.
- English and Scottish Investors Ltd.
- New Schibaieff Petroleum Co. Ltd.
- North Caucasian Oil Fields Ltd.
- Palestine Corporation Ltd.
- Palestine Publishing Co. Ltd.
- Shell Company of Australia Ltd.
- Shell Company of New Zealand Ltd.
- Shell Company of Portugal Ltd.
- Shell-Mex Argentina Ltd.
- Shell-Mex Chile Ltd.
- Shell-Mex Uruguay Ltd.
- Shell Transport and Trading Co. Ltd.
- Société Commerciale et Industrielle de Naphte Mazont.
- United British Oil Fields of Trinidad Ltd.

Neben diesen beiden jüdischen Giganten in der Ölindustrie verblaffen natürlich alle anderen Größen, wie z. B. B. Maisel und Johanna Maisel. Beide sind Direktoren von Maisels Petroleum Trust and Orient Oil and Finance Co. Ltd. (£ 1,500,000,— Kapital). Letztere ist außerdem noch Direktorin der Romana Petroleum Co. Ltd. Die Interessen der beiden Maisels konzentrieren sich hauptsächlich auf rumänisches Öl.

Am Schluß soll aber in der Reihe dieser Oligewaltigen nicht Sir William Garthwaite vergessen werden. Nach einem Flugblatt von H. Veese ist er Halbjuden, da seine Mutter Jüdin war,

sein Vater dagegen Arier. Er selbst soll wieder mit einer Jüdin verheiratet sein, so auch sein Sohn, der die Tochter des Volljuden Lord Duvin zur Frau hat. Mithin ist seine Familie schon fast als volljüdisch anzusehen. Sir William ist an folgenden Unternehmungen interessiert:

British Controlled Oilfields Ltd.

Central Area Exploitation Company (Venezuela) Ltd.

Lautaro Nitrate Company Ltd.

Derby International Streamline Rudder Comp. Ltd.

Die Zahl der Gesellschaften ist zwar nicht so eindrucksvoll wie die der Vorhergenannten, aber sie sind doch außerordentlich bedeutungsvoll. Die British Controlled Oilfields hat etwa zwei Drittel der Ölproduktion in Zentral- und Südamerika. Es ist allgemein bekannt, daß die Ölproduktion dieser Gebiete zu den bedeutendsten der Welt zählt. Die Majorität der Aktien soll im Besitz der britischen Regierung sein. Das autorisierte Kapital \$ 27,500,000,—.

Die Lautaro Nitrate Company kontrolliert einen großen Teil der Nitrats in Chile und hat ein autorisiertes Kapital von über zwei Millionen Pfund. Ein weiterer Direktor dieser Gesellschaft trägt den Namen P a u l W i r k. Er ist alles andere als englisch und gehört daher ohne Zweifel einem Juden.

## Verjudung der Versicherungen

Auch in den Versicherungsgesellschaften haben Juden eine beherrschende Stellung. So finden wir Lionel de Rothschild als Vorsitzenden, Lord Bearstead und den Halbjuden Lord Roseberry als Direktoren und den Juden M. Levine als Generalmanager in der Alliance Assurance Co. mit einem autorisierten Kapital von £ 5,450,000,—. Folgende Gesellschaften sind darin aufgegangen:

Royal Farmers and General Insurance Co.  
Provincial Insurance Co.  
Salop Fire Office.  
Shropshire and North Wales Assurance Co. Ltd.  
Imperial Insurance Co. Ltd.  
Imperial Life Insurance Co.  
Alliance Marine and General Assurance Co. Ltd.  
Provident Life Office.  
Economic Life Assurance.

und andere mehr.

Diese und eine andere Versicherungsgesellschaft, nämlich die Guardian Eastern Insurance Company Ltd., dürfte wohl nach den eigenen Angaben der Juden und ihrer Zweckbestimmung nach als rein jüdisch gelten. Der Gründung liegt nämlich folgender Sachverhalt zugrunde:

Seit Jahren hatten viele Versicherungen in England abgelehnt, Juden als Versicherte aufzunehmen. Einige Firmen waren sogar so weit gegangen, in ihren allgemeinen Bedingungen jede Haftung für einen Schaden abzulehnen, wenn Juden daran beteiligt waren. So hatten und haben Juden Schwierigkeiten, ihre Versicherungen bei gewissen Gesellschaften unterzubringen. Ein Mitglied des Handelsministeriums hielt im Jahre 1936 über diese Gewohnheit einen Vortrag vor der zuständigen Abteilung des Amtes für Pflichtversicherung. Nach dessen Ansicht müsse einer solchen beleidigenden Haltung ein Ende gemacht werden. Seine Ausführungen fanden den Beifall des Vorsitzenden des Komitees, des Juden Sir Felix Cassel.

Die Juden protestierten in Versammlungen gegen die ihnen gegenüber angewandte unterschiedliche Behandlung. Ein Mitglied von ihnen, Sir Moses Montefiore, hatte deshalb bereits vor längerer Zeit die Alliance Assurance Company gegründet, um seinen Rassegenossen Versicherungen zu ermöglichen. Die Guardian Eastern Insurance Company war aus demselben Anlaß gegründet worden. Die „Jewish Chronicle“, das amtliche Organ der Juden, weist verschiedentlich darauf und ferner auf den Umstand hin, daß führende Juden, wie Nathan Lascki, M. J. Belisha, Oberst Sir Herbert Fessel, S. J. Cohen, Montagu Glück-

itein und andere Direktoren des Unternehmens seien und die Gesellschaft rein jüdisch wäre<sup>1)</sup>). Das Kapital beträgt £ 1,000,000,—, die drei erstgenannten Juden sind dort heute noch Direktoren.

Aber auch sonst finden wir im Versicherungswesen überall Juden an leitenden Stellen. So sind zumindest zwei Juden, nämlich Sir George Schuster und Sir Charles Seligman Direktoren in der Commercial Union Assurance Co., Ltd. Das autorisierte Kapital beträgt £ 3,750,000,—. Sie hat mit der Zeit zahlreiche Gesellschaften übernommen bzw. kontrolliert dieselben. Dazu gehören:

Nottinghamshire and Midland Fire Insurance Co. Ltd.

Straits Fire Insurance Co. Ltd.

West of England Fire and Life Insurance Co.

Colonial Assurance Co.

Accident Insurance Co. Ltd.

British General Insurance Co. Ltd.

Edinburgh Assurance Co. Ltd.

National Insurance Co. of Great Britain.

Palatine Insurance Co. Ltd.

Union Assurance Soc. Ltd.

West of Scotland Insurance Office Ltd.

Ocean Accident and Guarantee Corporation Ltd.

und andere mehr.

In diesen genannten Gesellschaften sind weitere Unternehmen zusammengefaßt, die aufzuführen unmöglich ist. So hat eine der Firmen, wie z. B. die British General Insurance Co. Ltd., folgende Firmen übernommen bzw. kontrolliert dieselben:

Northern Equitable Insurance Co. Ltd.

Cosmopolitan Insurance Corporation Ltd.

London and Midland Insurance Co. Ltd.

British and European Insurance Co. Ltd.

National Accident Compensation Co.

Der Jude S. R. Mosenthal ist Direktor bei der London and Lancashire Insurance Co. Diese Versicherung kontrolliert allein 23 Unternehmungen ihrer Art im Empire und hat ein Kapital von £ 5,000,000,—. E. M. Mosenthal ist Direktor in der Marine Insurance Co. Ltd., mit einem Kapital von £ 1,000,000,—, und Maurice Stern ist in der Norwich Union Life Insurance Co. an leitender Stelle beschäftigt. Der Jude Sir Ewart Levy hat einen leitenden Posten in der State Assurance Co. Ltd. Sein Rassegenosse, der bereits erwähnte M. Levine ist außer in anderen Wirtschaftsunternehmungen Vorsitzender bzw. Direktor folgender Versicherungsgesellschaften:

Aviation and General Insurance Co. Ltd.

National Boiler and General Insurance Co. Ltd.

<sup>1)</sup> Jewish Chronicle vom 27. Oktober u. 3. November 1922.

Auch sonst hat er einen großen Namen in der Versicherung. So war er im Jahre 1937 Präsident des Chartered Insurance Institute. Der bereits genannte jüdische Abgeordnete Oberst S. Day ist Vorsitzender von der Metropolitan Re-Insurance Co. Ltd. und Mutual Property Life and General Insurance. Im übrigen ist er Vorsitzender von sieben weiteren Wirtschaftsunternehmungen.

Eine große Rolle in der Versicherung spielt auch die Familie Goschen. Der Gründer der Familie kam aus Deutschland. Das Haupt der Familie ist jetzt Viscount Goschen. Sein Bruder, Sir William Henry Goschen, ist Vorsitzender von vier Versicherungsgesellschaften. A. Deese verdanken wir in einer seiner Flugschriften den Hinweis, daß die Familie jüdisch sei. Lord Niddel hat dies allerdings ausdrücklich in seinem Tagebuch vermerkt<sup>2)</sup>. Wir haben aber gegenüber dieser Feststellung Bedenken, da einer der Vorfahren der Familie Göschen, wie sie sich in Deutschland nannte, bereits im Jahre 1609 protestantischer Geistlicher in Sachsen gewesen sein soll<sup>3)</sup>.

---

<sup>2)</sup> Niddel: S. 7.

<sup>3)</sup> Mot: Bd. 1, S. 1.

## Verjudung der Nahrungsmittelindustrie

Auch die Nahrungsmittelindustrie dürfte zum größten Teil in Händen der Juden sein. Hier können wir ebenfalls natürlich wie immer nur die bekanntesten nennen.

Sir George Schuster ist Vorsitzender der großen Konzerne:

Home and Colonial Stores Ltd.

Lipton Ltd.

Maypole Dairy Co. Ltd.

Allied Suppliers.

Wer einmal in London gewesen ist, wird bezeugen können, daß es keinen Bezirk gibt, in dem man nicht Filialen dieser verschiedenen Firmen findet. Das Kapital des ersteren Unternehmens beträgt £ 4,500,000,—. Es kontrolliert zwei andere Gesellschaften. Ferner hat es von zwei weiteren Firmen sämtliche Aktien in seinem Besitz. Die Maypole Dairy Co. hat ein Kapital von drei Millionen Pfund. Sie hat u. a. direkte Kontrolle über drei andere Unternehmungen und besitzt über 1000 Filialen.

In dieses Gebiet fällt auch die Lyons and Co. Ltd., die ebenfalls eine Unzahl von Filialen besitzt. Diese Gesellschaft hat den Vertrieb von Lebensmitteln und unterhält daneben Restaurants und Hotels. Das Kapital beträgt £ 9,925 000,—. Der bereits des öfteren genannte Sir S i d o r e S a l m o n ist Vorsitzender, während andere Juden, wie H a r r y S a l m o n, M a u r i c e S a l m o n, J u l i u s S a l m o n, M a j o r M. G l u c k s t e i n, W. G l ü c k s t e i n, W. M. S a l m o n, J. M. G l ü c k s t e i n und S. J. S a l m o n Direktoren sind. Es ist als ein rein jüdisches Unternehmen anzusehen.

Daneben hat diese Firma noch direkte Kontrolle in Black and Green Ltd., James Hayes and Sons Ltd., und W. H. and F. J. Horniman and Co. Ltd. Ferner ist sie Eigentümerin von zwei der größten und modernsten Londoner Hotels, dem Strand Palace Hotel und dem Cumberland Hotel.

In diesem Zusammenhang soll nicht unerwähnt bleiben, daß die Zuckerraffinerieindustrie von einer einzigen Firma, nämlich Tate and Lyle Ltd., beherrscht wird. Sie dürfte hierin fast ein Monopol haben. Das Kapital beträgt £ 6,200,000,—. Der Präsident dieser Firma, Sir C h a r l e s L y l e, ist zwar kein Jude, er hat aber eine Jüdin, nämlich eine geborene E d i t h L e v y, geheiratet. Der aus dieser Ehe hervorgegangene Sohn hat inzwischen die Tochter eines Großindustriellen und Parlamentsabgeordneten, Sir John Farvis, zur Frau genommen.



## Juden überall

Ferner stellen die Juden auch eine Macht in der Tabakindustrie dar. So ist z. B. E. S. Baron Vorsitzender von Carreras Ltd. Zwar ist dieser Trust nicht so groß wie Imperial Tobacco, trotzdem muß man ihn als bedeutend bezeichnen. Sein Kapital beträgt £ 3,825,000,—, er kontrolliert

Alexander Bogulavsky Ltd.

Baron Cigarette Machinery Co. Ltd.

R. J. Lea Ltd.

Ray and Co. Ltd.

City Tobacco Ltd.

Baron ist, wie seine Spenden für jüdische Flüchtlinge zeigen, ein besonders eifriger Förderer jüdischer Interessen.

Auch unter den Direktoren der weltbekannten Firma Lever Brothers und Unilever Ltd. dürfte zumindest die van den Bergh = Familie jüdisch sein. Es sind ihrer drei, nämlich A. van den Bergh als stellvertretender Vorsitzender, und J. P. und S. J. van den Bergh als Direktoren. A. van den Bergh hat dem Fonds für jüdische Flüchtlinge einen großen Betrag zur Verfügung gestellt, und außerdem ist dieser Name nicht ungewöhnlich für Juden. Die Gesellschaft hat ein Kapital von £ 141,418,750,— und kontrolliert den größten Teil der Seife- und Margarineindustrie des britischen Empires, Europas und anderer Teile der Welt.

In der Elektrizität hat ein Jude, nämlich Lord Hirst, eine geradezu beherrschende Stellung inne. Er ist fast ausnahmslos Vorsitzender, in wenigen Fällen Direktor folgender Gesellschaften:

General Electric Co. Ltd.

Anglo-Argentine Electric Co. Ltd.

British Electrical and Allied Manufactures Ass. (Inc.).

Electric Development and Securities Trust Ltd.

Electricity Company of Macclesfield Ltd.

Frinton-on-Sea and District Electric Light and Power Co. Ltd.

General Electric Company of China Ltd.

General Electric Company of India Ltd.

Général Electric de France Ltd.

Lemington Glass Works Ltd.

Madeira Electric Lighting Co. Ltd.

Palestine Electric Corporation Ltd.

Pirelli-General Cable Works Ltd.

Steel Conduit Co. Ltd.

Travancore Minerals Co. Ltd.

Welche Bedeutung die einzelnen Unternehmungen haben, mag daraus hervorgehen, daß z. B., um nur zwei zu nennen, die General Electric Co. ein Kapital von £ 9,600,000,— hat und

16 Gesellschaften im Mutterland und Empire kontrolliert. Die Electric Development and Securities Trust Ltd. hat die Kontrolle über 20 andere Gesellschaften.

Von den Juden wird zugegeben, daß die Pelz-, Schuh-, Möbel- und Schneider- bzw. Konfektionsindustrie ausschließlich in ihren Händen ist.

Nach ihren eigenen Angaben sind in der Pelzindustrie etwa 40 000 Arbeiter, davon allein in London 20 000 beschäftigt. Es gibt viele kleine Unternehmer, die die Pelze veredeln und Hungerlöhne zahlen. Es ist unmöglich für die in Frage kommenden Behörden, festzustellen, ob die 48-Stundenwoche innegehalten wird. Nach dem jüdischen Bericht ist vor allem ein Jude für diese unsozialen Zustände verantwortlich zu machen, der eine bedeutende Rolle in diesem Handel spielt. Im Jahre 1930 ist amtlich festgestellt worden, daß beinahe  $33\frac{1}{3}$  v. H. der in der Pelzindustrie beschäftigten Arbeiter weniger als den Mindestlohn erhalten<sup>1)</sup>.

Ähnliche Zustände herrschen in der Schuhindustrie. Es gibt zahlreiche Fabriken im Norden von London, deren Eigentümer fast ausschließlich Juden sind. Nur soweit die Unternehmungen dem Wirtschaftsverband angehören, sind die Arbeitsbedingungen erträglich. Viele Firmen befinden sich aber außerhalb dieser Vereinigung. Bei den Außenseitern herrschen aber die verabscheuungswürdigsten Arbeitsverhältnisse<sup>2)</sup>.

Ganz schlimm ist es in der Möbelindustrie, die ebenfalls fast ausschließlich in den Händen der Juden ist. In London allein sind etwa 50 000 Arbeiter darin beschäftigt.

Die Großindustrie verkauft ihre Erzeugnisse unmittelbar an die Einzelhändler, die wiederum fast ohne Ausnahme Juden sind. Diese sind so zahlreich, daß sie, um Geschäfte machen zu können, sich fortwährend im Preise unterbieten müssen. Der Leidtragende, auf den alles abgewälzt wird, ist der Arbeiter. Es gibt in diesem Gewerbe keinerlei gesetzliche Bestimmungen für Mindestlöhne und Arbeitsstunden. So werden Hungerlöhne gezahlt. Viele Firmen lassen ihre Arbeiter bis 60 Stunden pro Woche gegen niedrigstes Entgelt arbeiten. Die sanitären Einrichtungen genügen nicht den bescheidensten Ansprüchen. Die Türen vor den Toiletten sind entfernt worden, damit sich die Arbeiter dort nicht zulange aufhalten. Die Woche besteht für die Belegschaft aus sieben Arbeitstagen. Das alles geht, wie die Juden selbst zugeben müssen, in einem nichtjüdischen Bezirk vor sich und ruft antijüdische Bewegungen hervor, ebenso stelle es eine Degradierung von Menschen dar<sup>3)</sup>.

Ganz kürzliche Untersuchungen zeitigten das Ergebnis, daß sich an diesen Zuständen noch nichts geändert hat. Die Gewerkschaft hat sich dieser Frage angenommen und gab vor kurzem einen

<sup>1)</sup> Jewish Chronicle vom 19. Februar 1937.

<sup>2)</sup> Jewish Chronicle vom 12. Februar 1937.

<sup>3)</sup> Jewish Chronicle vom 5. Februar 1937.

Pressebericht heraus. Danach wurde festgestellt, daß „Möbelindustrie und Einzelhandel beinahe ausschließlich in jüdischen Händen seten. Lediglich eine ganz geringe Anzahl von jüdischen Arbeitgebern aus einer Gesamtzahl von Hunderten“ hätten angemessene Löhne gezahlt und menschliche Arbeitsbedingungen eingeführt. Viele von diesen Fabrikanten hätten große Summen für die jüdischen Flüchtlinge aus Mitteleuropa gegeben. Es handelte sich hierbei um Personen, die „von Anfang bis Ende des Jahres rücksichtslos die Arbeitskraft von Menschen in der Möbelindustrie ausgenutzt hätten. Wir fühlen uns zu der Behauptung berechtigt, daß die von solchen Arbeitgebern für derartige wohltätige Zwecke gezeichneten Summen von \$ 100,— bis 1,000,— eine Art ‚Gewissensgeld‘ darstellen, oder eine laute Geste, um das Gesicht zu wahren“. Wenn Arbeiter Mitglieder der Gewerkschaft gewesen seien, hätte man sie zum Austritt gezwungen, oder sie wären im Weigerungsfalle entlassen worden. Man hätte daher keinen Grund, bei einer solchen Behandlung sich über die Nazis aufzuregen und diese mit der Behauptung zu bekämpfen, daß sie keine Gewissensfreiheit einräumten.

Endlich habe man feststellen müssen, daß Hungerlöhne bezahlt würden und die Arbeiter achtzig Wochenstunden einschließlich Sonntags zu arbeiten hätten. Es sei nun das Arbeitsministerium angerufen und gebeten worden, einzuschreiten. Das Ergebnis könnte noch nicht festgestellt werden<sup>4)</sup>. Wir glauben kaum, daß Abhilfe geschaffen wird. Denn schon seit der Masseneinwanderung der Juden um das Jahr 1900 sind diese Zustände bekannt gewesen, ohne daß trotz gelegentlicher Proteste etwas getan worden ist.

Den Juden waren diese Veröffentlichungen sehr unangenehm. In der darauffolgenden Versammlung der Deputiertenkammer der Juden bezeichnet man dies als äußerst unangenehm und gab seiner Bestürzung darüber Ausdruck, daß zum erstenmal in England seitens der Gewerkschaft anlässlich von Schwierigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern die Rassenfrage in den Vordergrund gerückt sei.

Einer der Größen in der Möbelindustrie dürfte Sir Benjamin Drage sein, der Direktor und technischer Berater in einer großen Möbelfirma, Drages Ltd., ist.

Bereits oben anlässlich der Einwanderung der Juden um die Jahrhundertwende wurde laut der amtlichen Untersuchungen festgestellt, daß die Juden allein die Herren in der Schneider- bzw. Konfektionsindustrie seien. Schon damals waren die Zustände unter den arbeitenden Klassen, die hauptsächlich als Heimarbeiter beschäftigt waren, als unmenschlich anzusehen. Hieran hat sich heute noch nichts geändert. Die Zahl der in dieser Industrie Beschäftigten dürfte etwa 25 000 betragen. Die Inhaber von Firmen erzielen dabei riesenhafte Gewinne. So verkauft man in den Läden des Westens von London z. B. Kostüme für 94,50

<sup>4)</sup> Jewish Chronicle vom 16. Dezember 1938.

Schilling, die im Osten der Weltstadt für 6 Schilling angefertigt sind<sup>5)</sup>). Und dabei werden immer noch mehr und mehr Fabriken von Juden in der Konfektionsindustrie errichtet.

Auch hier ist ein Jude unbestrittenermaßen als führend anzusehen, nämlich Sir Montague Burton, der zugleich ein eifriger Zionist ist. Er ist Vorsitzender und Geschäftsführer von

Burton (Montague) Ltd.

Burton (Montague) Estates Ltd.

Burton (Montague) Shop Properties Ltd.

Das Kapital des ersteren Unternehmens beträgt £ 5,500,000,—. An fast allen größeren Plätzen Englands unterhält es Geschäfte, insgesamt 621. Die Fabriken sind in Leeds und in Walkden, Lancashire.

In welcher skrupelloser Weise die Juden ihr Monopol in der Schneider- und Konfektionsindustrie während des Weltkrieges ausgenutzt haben, geht aus ihren eigenen Mitteilungen hervor. So hat einer der darin führenden Hebräer sich damit gebrüstet, welches Kapital er aus der Anfertigung von Uniformen geschlagen habe, die nur einen Monat gehalten hätten. „Es war grandios“, so schwor er, „Geld für Dreck“<sup>6)</sup>).

Auch im Friseurgewerbe haben die Juden, vor allem in London, eine beherrschende Stellung inne. Die Löhne sind ebenfalls außerordentlich niedrig gehalten und die Angestellten gezwungen, zwölf Stunden zu arbeiten.

Mit Recht wurde vor einiger Zeit in einer Fachschrift für Friseure darauf aufmerksam gemacht, daß ein solches Gebaren Persönlichkeiten wie Hitler und Mosley zur Macht bringen müßte<sup>7)</sup>).

Wir machen nochmals ausdrücklich darauf aufmerksam, daß die vorhergehenden Ausführungen über die Pelz-, Schuh-, Möbelindustrie und das Friseurgewerbe einer Artikelserie des „Jewish Chronicle“ entnommen sind. Weitergehende Mitteilungen von jüdenfeindlichen Quellen haben wir auch hier völlig unberücksichtigt gelassen, weil die andern bereits erschütternd genug sind.

Auch auf dem Gebiete der Kettenläden in der Art wie Woolworth spielen die Juden eine große Rolle. Wir wollen nur einen Konzern nennen, nämlich Marks & Spencer. Vorsitzender und Geschäftsführer ist Simon Marks, stellvertretender Vorsitzender und Geschäftsführer J. M. Sieff, Direktoren Norman Laski und Harry Sacher. Der Parlamentsabgeordnete V. S. Amerly, wahrscheinlich ein Jude, und der Marquess of Milford Haven sind weitere Direktoren. Die Anwälte sind Arthur Benjamin und Cohen. Das Kapital der Firma beträgt £ 3,300,000,— und 226 Geschäfte sind bisher in Groß-

<sup>5)</sup> Jewish Chronicle vom 22. u. 29. Januar 1937.

<sup>6)</sup> Jewish Chronicle vom 25. November 1921. Banister: S. 137.

<sup>7)</sup> Jewish Chronicle vom 26. Februar 1937. Haidreffer's Weekly Journal vom 18. September 1934.

britannen eröffnet. Der Konzern von Harrods zerfällt in Harrods Ltd. und Harrods (Buenos-Aires) Ltd. Die gemeinsame Telegrammadresse zeigt u. a., wie nahe diese beiden miteinander verbunden sind. Erstere schließt aber die bekannten Kaufhäuser von Harrods, Dickins and Jones, D. H. Evans u. Co. Ltd. und andere ein. Im Direktorium von Harrods (Buenos-Aires) Ltd. sitzt der finanzgewaltige Jude Baron d'Erlanger, der sicherlich auch an Harrods Ltd. beteiligt ist, selbst wenn er nach außen hin nicht bezüglich derselben hervortritt. Im übrigen wird dieser Konzern von Fraser als völlig jüdisch bezeichnet<sup>\*)</sup>.

---

<sup>\*)</sup> Fraser: S. 126.

## Verjudetes Finanzwesen

Allmählich wird der Leser begreifen, daß es fast kein Gebiet in England gibt, auf dem nicht der Jude herrschend ist bzw. seinen Einfluß geltend machte und macht. So spielten Sir Elly Radorie und sein verstorbener Bruder, Sir Ellis Radorie, in früheren Jahren eine große Rolle in Finanzgeschäften des Fernen Ostens, und Sir Edward Samuel hatte große Interessen in Wolle. Der erstere betätigt sich nunmehr als Philantrop und erscheint auch heute als solcher im Who's who. Daneben hat der Name von Sir Leonard Cohen einen großen Klang in Indien. Er ist Direktor der Bengal and North Western Railway Co. Ltd. (Kapital £ 4,789,000) und Kohilkund and Kumaon Railway Co. Ltd. (£ 800,000,—).

Wie stark die Vorherrschaft der Hebräer im Finanzwesen ist, geht aus folgender Bemerkung hervor, die kürzlich in einer Veröffentlichung erschienen ist: „Man sagt, die Juden hätten kein eigenes Land. Sie haben aber eins. Es ist die Londoner Börse.“

Zunächst dürfte es interessieren, welche Rolle die Juden in der Bank von England spielen. Dies ist außerordentlich schwer festzustellen, da dieses Institut besondere gesetzliche Privilegien aus alter Zeit hat, wonach es praktisch nichts zu veröffentlichen braucht. So gibt es kein öffentliches Register im Somerset-House über die Inhaber der Aktien. Auf jeden Fall muß man sich von dem Gedanken freimachen, daß etwa die britische Regierung eine Mehrheit darin hat. Nicht einmal das britische Schatzamt ist in der Verwaltung vertreten, und man geht wohl nicht zu weit in der Behauptung, daß die Bank von England überwiegend von Männern geleitet wird, die internationalen Finanzgesellschaften angehören. Auf jeden Fall ist bis vor kurzem im Direktorium ein Mitglied der bereits genannten Familie Goschen gewesen. Augenblicklich ist noch E. J. Hambro als Mitglied der jüdischen Familie gleichen Namens vertreten. Die Familie hat einen großen Ruf in der internationalen Finanz. Anfang 1939 feierte ihr Bankinstitut Hambros Bank Ltd. sein hundertjähriges Bestehen. Das Haupt der Familie ist Sir Eric Hambro, der mit anderen Mitgliedern der Familie in vielen Gesellschaften der Wirtschaft zu finden ist und einen großen Einfluß in der City hat. Unbekannt ist auch die Rolle der Familie Rothschild in der Bank von England.

Lord Bearstead ist zusammen mit zwei weiteren Juden, Oberst F. D. und Peter Montefiore Samuel, Direktor der bedeutenden Bank von Samuel u. Co. Das Kapital von zwei Millionen Pfund kann nicht im entferntesten den Einfluß widerspiegeln, den diese Firma auf die internationale Finanz ausübt. Dasselbe gilt für die Firmen Samuel Montagu u. Co. mit den jüdischen Direktoren E. L. Franklin, R. S. Montagu, S. E. Franklin, Lord Swaythling, C. M. Franklin, und Saphet u. Co. mit den Juden Saemy Saphet

als Vorsitzendem und den Juden Paul Vindenberg, Max Fontheim und Gottfried Loewenstein als Direktoren. Wir werden noch unten bei der Goldindustrie sehen, welche ausschlaggebende Bedeutung diese drei letztgenannten Unternehmen zusammen mit Rothschild und den Maklern in Goldbarren Mocatta und Goldsmid haben. Groß ist auch das Feld der Judenfirma von Erlangers Ltd. (Kapital £ 2,000,000,—) mit Baron Emile d' Erlanger als Vorsitzenden und Baron Frederic d' Erlanger und Leo F. M. d' Erlanger als dessen Stellvertreter. Die einzelnen Familienmitglieder haben weitere große Interessen in:

Beira Railway Comp. Ltd. (Vorsitzender)  
 British South Africa Co. (Vizepräsident)  
 Channel Tunnel Comp. Ltd. (Vorsitzender)  
 Forestal Land, Timber and Railways Comp. Ltd. (Vorsitzend.)  
 Pauling and Co. Ltd. (Vorsitzender)  
 Rhodesia Railway Trust Ltd. (Vorsitzender)  
 Sterling Trust Ltd. (Vorsitzender)  
 Chilean Stores Ltd. (Direktor)  
 Harrods (Buenos-Aires) Ltd. (Direktor)  
 Leach's Argentine Estates (Stellv. Vorsitzender)  
 South America Stores Ltd. (Direktor)  
 British Airways Ltd. (Direktor)  
 Hillman's Airways Ltd. (Direktor)  
 Hellenic and General Trust Ltd. (Direktor)  
 International Sleeping Car (Direktor)  
 Share Trust Ltd. (Direktor)

Was für diese Familie festgestellt werden kann, gilt auch für die anderen obengenannten. Alle sind in vielen Gesellschaften vertreten und fast alle einzelnen Unternehmungen sind, wie z. B. die British South Africa Co., von großer Bedeutung. In der letzteren Gesellschaft sind übrigens noch zwei weitere Juden, nämlich Sir Edmund Davis und Sir Ernest Oppenheimer als Direktoren tätig. Wir werden ausführlicher über diese Gesellschaft unten berichten. Nur soviel mag vorweggenommen sein, daß sie ein Kapital von £ 6,750,000,— hat und praktisch ganze britische Kolonien kontrolliert. Eine andere bekannte Bankiersfamilie ist die von Sir Albert Stern, dessen Stammfirma Stern Brothers ist. Sir Albert ist Direktor von weiteren Unternehmungen, wie:

Bank of Roumania Ltd.  
 British French Discount Bank Ltd.  
 Midland Bank Ltd.  
 Midland Bank Executor and Trustee Co. Ltd.  
 Ottoman Bank Ltd. (£ 10,000,000,—)  
 Steaua Romana  
 Steaua Romana Société Anonyme pour l'Industrie du  
 Pétrole

Ferner gehört in die Reihe großer Finanzleute Sir Max Bonn, der außer in drei weiteren Gesellschaften Vorsitzender bzw. Direktor ist in:

Helbert, Wagg u. Co. Ltd.

Bank of London and South America (£ 4,500,000,—)

Brazilian Trust and Loan Corporation Ltd.

Helbert Wagg and Co. (New York) Ltd.

Sir Louis Sterling gehört ebenfalls dazu. Er hat neben anderen Gesellschaften Interessen in:

National Industrial Credit Corporation Ltd.

Bankers' Commercial Security Ltd.

Mercantile Credit Company Ltd.

Sir L. Franklin ist Teilhaber der bekannten Bank in der City von Keyser (M.) and Co. Weitere Mitglieder dieser Firma sind die Juden J. M. Franklin, G. L. Schlesinger, E. M. Franklin, E. M. Keyser. Die Firma hat bedeutende Interessen in vielen Unternehmungen. Henry Kahn ist Vorsitzender und Direktor von zehn Gesellschaften aller Art, und die Familie von Sir D s m o n d E l i m d ' A v i g d o r = G o l d s m i d zeigt ihren Einfluß dadurch, daß Sir D s m o n d in folgenden Gesellschaften Vorsitzender oder Direktor ist:

Anglo-Chinese Finance and Trade Corporation Ltd

C. R. C. Trust, Ltd.

General Funds Investment Trust Ltd.

Land Revenues Trust, Ltd.

Pekin Syndicate, Ltd.

Chinese Central Railways, Ltd.

Royal Insurance Comp., Ltd.

Sir S i g i s m u n d M e n d l, einstmals Mitglied des Kriegsministeriums, ist in der Finanzwelt bekannt. Er ist außer in sechs anderen Gesellschaften Direktor der National Discount Comp. Ltd. Mit ihm zusammen sind in dieser Firma an leitender Stelle die Juden F r a n c i s G o l d s m i d und Sir C h a r l e s S e l i g m a n. Das Kapital beträgt £ 2,700,000,—. Der Bruder von Sir S i g i s m u n d M e n d l, Sir C h a r l e s M e n d l, ist Presseattaché an der Britischen Botschaft in Paris.

Sir Charles Seligman ist Teilhaber der sehr bekannten Bank Seligman Brothers, seine weiteren Partner sind die Juden D. C. Seligman, Leon Rueff, Louis Fleischmann, B. C. Seligman, D. M. Seligman, R. J. Seligman. Die Firma hat einen großen Einfluß in der Wirtschaft.

In den sogenannten „Fünf Großen“ der Banken befinden sich ebenfalls an leitender Stelle Juden. In der National Provincial Bank Ltd. (Kapital £ 60,000,000) ist Sir Victor Schuster, in Clonds Bank Ltd. (Kapital £ 74,000,000,—) Lord Bearstead, in der Midland Bank Ltd. (Kapital £ 45,200,000,—) Sir Albert



Stern, in der Westminster Bank Ltd. (Kapital £ 33,000,000,—)  
Lord Goschen und Sir George Schuster, und in Barclays  
Bank (Kapital £ 20,000,000,—) Lord Melchett.

Diese Aufzählung, die selbstverständlich nur einen Bruchteil der Juden in der Finanz darstellt, muß für unsere Zwecke genügen, da wir ja kein Buch über die Verjudung der britischen Finanz schreiben. Wir hoffen aber, daß sie den Leser überzeugt hat, daß die Börse in London wirklich „das Land der Juden“ zu sein scheint. Genau dasselbe ist in der Gold- und Diamantenindustrie der Fall.

## Gold und Diamanten

Auch hier können wir uns nur darauf beschränken, einige wenige der führenden Juden aufzuzählen, um dem Leser einen kleinen Begriff über ihre weitreichenden Einflüsse zu vermitteln.

Sir George W. Albu ist Vorsitzender und Geschäftsführer der General Mining and Finance Corporation Ltd., ferner Vorsitzender bzw. im Aufsichtsrat von

Barclays Bank (Dominion, Colonial and Overseas)

Durban Roodeport Deep Ltd.

East Rand Proprietary Mines Ltd.

Van Ryn Gold Mines Estate Ltd.

West Rand Consolidated Mines Ltd.

West Witwatersrand Areas Ltd.

Die General Mining and Finance Corporation, deren Londoner Geschäftsführer und Vorsitzender Leopold Albu ist, hat ein Kapital von £ 1,500,000,—. Sie besitzt große Interessen in verschiedenen anderen Minen usw. Das Kapital der Durban Roodeport Deep Ltd. beträgt £ 1,200,000,—, der East Rand Proprietary Mines Ltd. £ 1,800,000,—, der Van Ryn Gold Mines Estate Ltd., die verschiedene andere Goldminen absorbiert hat, £ 250,000,—, der West Rand Consolidated Mines Ltd. £ 2,150,000,— usw. Die letztgenannte Gesellschaft z. B. besitzt wiederum maßgebliche Interessen in Violet Consolidated Gold Mining Co. Ltd., West Rand Mines Ltd. und einer Anzahl weiterer Minen. Mitglieder des Londoner Komitees der letztgenannten Gesellschaft sind u. a. Leopold Albu, Julius Friedlander, E. S. Goldman usw.

Der oben erwähnte Leopold Albu, der Direktor bzw. Vorsitzender in einer Reihe der gleichen Gesellschaften wie Sir George Albu ist, hat ferner maßgebliche Interessen in

International Russian Corporation Ltd.

Phoenix Oil and Transport Co. Ltd.

Phoenix Oil Products Ltd.,

die beiden letzteren mit einem Kapital von £ 4,500,000,— bzw. £ 650,000,—.

Ludwig Ehrlich ist Direktor bzw. Vorsitzender der

Anglo Canadian Trustees Ltd.

Associated Mining and Finance Co. Ltd.

Blackwater Mines Ltd.

Carmen Valley Gold Mines Ltd.

Consolidated Gold Fields of New Zealand Ltd.

H. C. Proprietary Ltd.

Harmony Lands and Minerals Ltd., der u. a. The Harmony Estate mit einem Grundeigentum von etwa 186,492 Acres, sowie die Mineralrechte in weiteren großen Gebietsteilen gehören

Quipaards Blei Estate and Gold Mining Ltd.

Palmarejo and Mexican Gold Fields Ltd.

Siberian Syndicate Ltd.

West Spaarwater Ltd. mit einem autorisierten Kapital von £ 2,000,000,— usw.

und in gleicher Eigenschaft fungiert Julius Friedlander in

Bellbank Estate and Exploration Co. Ltd.

East Rand Proprietary Mines Ltd. (Kapital £ 1,800,000,—)

East Rietfontein Syndicate Ltd.

Geduld Proprietary Mines Ltd. (Kapital £ 1,500,000,—)

Johannesburg Consolidated Investment Co., zu deren weiteren Direktoren u. a. gehören: G. J. Joel, H. J. Joel, Sir Robert N. Roze, Gustav Imroth usw. Auf diese Gesellschaft werden wir weiter unten noch näher eingehen.

M. A. C. S. Ltd.

South African Land and Exploration Co. Ltd., die 15 Besitzungen mit 76,021 Acres in verschiedenen Distrikten von Transvaal, Natal und der Oranjesfluß-Kolonie sowie die Mineralrechte aus 35 anderen Besitzungen mit 137,952 Acres hat.

West Rand Consolidated Mines (Kapital £ 2,150,000,—, vgl. Ubu).

Major Charles Sidney Goldman ist Direktor bzw. Vorsitzender der

Central European Mines Ltd.

Consolidated Main Reef Mines and Estate Ltd. (Kapital £ 1,247,602,—)

General Mines Investment Ltd.

Gold Coast and Ashanti Stool Concessions Ltd.

Henckel von Donner-smarck Beuthen Estates Ltd.

New Modderfontein Gold Mining Co. Ltd. Das Kapital dieser Gesellschaft beträgt £ 1,400,000,—; sie hat in den verfloßenen zehn Jahren eine Durchschnittsdividende von 112<sup>1</sup>/<sub>4</sub> % p. a. gezahlt

Polish Tiner Iron Car and Waggon Co. Ltd.

Southern European Metal Corporation Ltd.

West Rand Consolidated Mines (Kapital £ 2,150,000,—, f. Ubu)

Witbank Colliery Ltd.

Gustav Imroth, Direktor der Johannesburg Consolidated Investment Co. Ltd., Aktienkapital £ 4,345,000,—, auf die wir noch näher eingehen werden, ist außerdem im Aufsichtsrat der Government Goldmining Areas (Modderfontein) Consolidated Ltd., die bei einem Kapital von £ 1,400,000,— in den letzten fünf Jahren eine Durchschnittsdividende von 113 % p. a. gezahlt hat und die von der üblichen Gewinnsteuer, die von andern Transvaal-Goldminen erhoben wird, freigestellt ist.

Geoffrey Joel ist Direktor von

De Beers Consolidated Mines, die 13 Diamantminen übernommen und weitere Minen hinzugepachtet haben. Sie besitzen außerdem u. a. 50 % des Kapitals der

African Explosives and Industries Ltd., deren Kapital £ 5,000,000,— beträgt und der außer beträchtlichem Grundbesitz in Transvaal, Natal und Rhodesien alle Anteile der Cape Explosives Works Ltd. gehören.

Premier (Transvaal) Diamond Mining Co. Ltd., die u. a. folgende Dividende gezahlt haben: 1923: 300 %, 1924: 700 %, 1925: 500 %, 1926: 500 %, 1927: 250 %.

De Beers haben weiter beträchtliche Interessen in

Cape Coast Exploration Ltd. (£ 1,000,000,—)

Consolidated Diamond Mines of South West Africa Ltd. (£ 4,500,000,—)

Diamond Corporation Ltd. (£ 5,000,000,—)

New Jagersfontein Mining and Exploration Co. Ltd. (£ 1,000,000,—)

sowie das Vorkaufsrecht auf alle in den Ländereien der South West Africa Co. sowie in den Gebieten der British South Africa Co. entdeckten Diamantminen.

Geoffrey Joel ist weiter Direktor von

Johannesburg Consolidated Investment Co. Ltd. (vgl. Friedlander und Imroth), deren Aktienkapital £ 4,345,000,— beträgt und die außer beträchtlichem Grundeigentum in Johannesburg weitgehende Aktieninteressen in folgenden Gesellschaften hat:

Consolidated Murchison (Transvaal) Gold Fields and Development Co. Ltd.

East Champ d'Or Gold Mining Co. Ltd.

East Daggafontein Mines Ltd. (£ 1,350,000,—)

Government Gold Mining Areas (vgl. bei Imroth) (Modderfontein) Cons. Ltd.

Langlaagte Estate and Gold Mining Co. Ltd. (£ 1,519,833,—)

New State Areas Ltd. (£ 1,514,037,—)

Potgietersrust Platinum Ltd. (£ 1,962,500,—)

Rand Leases (Vogelstruisfontein) Gold Mining Co. Ltd. (£ 1,500,000,—)

Randfontein Estates Gold Mining Co., Witwatersrand Ltd. (£ 4,063,553,—)

South African Breweries Ltd. (£ 3,000,000,—)

Van Ryn Deep Ltd. (£ 1,196,892,—)

Vogelstruisbult Gold Mining Areas Ltd. (£ 2,750,000,—)

Witwatersrand Gold Mining Co. Ltd. usw., zusammen mit Diamantinteressen und Teilhaberschaften an Nord-Rhodesischen Kupferfeldern.

Harry J. Joel ist außer in einer ganzen Anzahl der unter Geoffrey Joel aufgeführten Gesellschaften auch noch Direktor der Firma Barnato Bros. Ltd., sowie Mitglied des Londoner Komitees der

Consolidated Collieries Ltd.

Ferreira Estate Co. Ltd.

New Springs Colliery Ltd.

Phoenix Colliery Ltd.

South African Carbide and By-Products Co. Ltd.,

und J. B. Joel, der ebenfalls in vielen der oben angeführten Unternehmen Interessen besitzt, fungiert als Direktor bzw. Vorsitzender der

Cape Explosives Works Ltd. (Durchschnittsdividende während der letzten 10 Jahre 47 $\frac{1}{2}$  % p. a.)

Companhia de Diamantes de Angola (£ 2,000,000,—). Der Umfang dieser Gesellschaft erhellt daraus, daß sie u. a. das alleinige Recht besitzt, bis zum Jahre 1971 in einem Gebiet von etwa 390 000 Quadratmeilen (etwa 600 000 Quadratkilometer) die Montanuntersuchungen durchzuführen und die bis dahin festgestellten diamanthaltigen Lager auf unbegrenzte Zeit auszubenten. Die Gesellschaft ist von dem portugiesischen Einfuhrzoll auf Anlagen und Materialien sowie von Exportzöllen auf Diamanten befreit.

Nchanga Consolidated Copper Mines (autorisiertes Kapital £ 5,000,000,—)

Rhodesian Anglo American Ltd. (autorisiertes Kapital £ 6,500,000,—, jedoch haben die Direktoren das Recht, Anleihen bis zur doppelten Höhe des autorisierten Aktienkapitals aufzunehmen. Sofern die an die Direktoren — es sind deren 12 vorhanden — gezahlte Vergütung weniger als 2 $\frac{1}{2}$  % der für das betreffende Jahr ausgeschütteten Dividende beträgt, steht ihnen der Differenzbetrag zu, der jedoch £ 12,000,— p. a. nicht übersteigen soll).

Die Gesellschaft besitzt Interessen in verschiedenen anderen Bergwerksgesellschaften.

Theatre Royal Drury Lane.

Auch Sir Robert Roze und Gilbert Roy Lewis dürfen wir nicht übersehen. Außer in einer ganzen Anzahl der im Zusammenhang mit Joels angeführten Unternehmen ist der erstere Direktor von

East Geduld Mines Ltd. (£ 1,800,000,—)

Geduld Proprietary Mines Ltd. (£ 1,500,000,—, Durchschnittsdividende in den letzten 10 Jahren etwa 50 % p. a.)

Grootvlei Proprietary Mines Ltd. (£ 2,500,000,—)  
 Legal and General Assurance Society Ltd. (£ 1,000,000,—)  
 Marieval Consolidated Mines Ltd. (£ 2,250,000,—)  
 New Jagersfontein Mining and Exploration Co. Ltd.  
 (£ 1,000,000,—),

während Gilbert Roy Lewis stellvertretender Vorsitzender der Lewis and Marks Ltd. und Direktor bzw. im Aufsichtsrat folgender Unternehmen ist:

African and European Investment Comp. Ltd. (£ 2,750,000,—)  
 Amalgamated Collieries of South Africa Ltd. (£ 2,000,000,—)  
 Chandler's Ltd.

Coronation Collieries Ltd.

Crown Diamond Mining and Exploration Co. Ltd.

Grootvlei Proprietary Mines Ltd. (£ 2,500,000,—)

Lonely Reef Gold Mining Co. Ltd.

New Central Witwatersrand Areas Ltd.

New Machabie Gold Mining Co. Ltd.

Palmietkuil Gold Mining Co. Ltd. (£ 1,700,000,—)

Roberts Victor Diamonds Ltd.

South Rand Exploration Co. Ltd.

Springfield Collieries Ltd.

Swaziland Corporation (1924) Ltd.

Union Steel Corporation (of South Africa) Ltd.

Vereeniging Brick and Tile Co. Ltd.

Vereeniging Estates Ltd., die wiederum mehrere andere Gesellschaften kontrolliert und deren Kapital £ 1,750,000,— beträgt

Vryheid Coronation Ltd.

West Spaarwater (autorisiertes Kapital £ 2,000,000,—).

Während die oben genannten Hebräer vorwiegend die Gold- und Diamantenindustrie und nur zum geringeren Teil andere Zweige beherrschen, kommen wir jetzt zu den Magnaten, die sich nicht auf Gold und Diamanten beschränken, sondern daneben führend in Handel, Industrie, Landwirtschaft, Bergbau, Finanz usw. in Afrika sind. Teilhaber und Mitdirektoren des eben genannten Gilbert Roy Lewis sind Louis Marks, Theodore Marks und J. M. Marks in der Firma Lewis and Marks, deren Kapital sich auf £ 1,600,000,— beläuft.

Louis Marks ist Vorsitzender bzw. im Aufsichtsrat der Bechuanaland Farms Ltd. — einer Tochtergesellschaft der African and European Investment Co. (£ 2,750,000,—) —, die maßgebliche Interessen in der

Crown Diamond Mining and Exploration Co. Ltd.,

Glandsfontein Platinum Ltd.

sowie in verschiedenen andern Gesellschaften hat und die einschließlich ihrer eigenen Farmen

441 Farmen mit . . . . . 1 371 909 Morgen,  
 die Mineralrechte in 180 Farmen mit 281 876 Morgen  
 und Kohlenrechte in 31 Farmen mit 74 055 Morgen  
 in Transvaal, Bechuanaland, Oranje-Freistaat usw. sowie  
 259 Goldminen-Claims in Boksburg-Distrikt besitzt, ferner in:

Carolina Coal Mining Co. Ltd.

Cattle Ranchers Ltd.

Cobra Emeralds Ltd.

Eastern Province Cement Ltd. (£ 1,011,288,—)

Glandsfontein Platinum Ltd.

Garner Motors Ltd.

Largo Colliery (£ 2,000,000,—)

Rand Refinery Ltd.

South African Glass Union Ltd.

South African Salt Works Ltd.

Stewarts and Lloyds of South Africa Ltd., deren Aktienkapital £ 7,370,275,— beträgt und die alle Aktien von sieben weiteren Firmen sowie maßgebliche Interessen in zwölf anderen Firmen besitzt

Union Vine Co. Ltd.

Vaal River Salt Works Ltd.

Weltevreden Gold Mining Syndicate Ltd.

Witwatersrand Co-operative Smelting Works Ltd.

Witwatersrand Native Labour Association Ltd.

und darüber hinaus in einer ganzen Anzahl der gleichen Gesellschaften wie Gilbert R. Lewis.

Theodore Marks und J. W. Marks sind als Direktor, Vorsitzender bzw. Aufsichtsrat in insgesamt 29 Gesellschaften.

Sir Ernest Oppenheimer ist Direktor bzw. Vorsitzender der African Cables (Proprietary) Ltd.

Anglo-American Corporation of South Africa Ltd.

(£ 5,000,000,—)

Anglo-American Investment Trust Ltd. (£ 2,500,000,—)

Blyvooruitzicht Gold Mining Co. Ltd. (£ 2,950,000,—)

Boart Products South Africa (Proprietary) Ltd.

Brakpan Mines Ltd. (£ 1,150,000,—, Durchschnittsdividende der letzten 10 Jahre 48,6 % p. a.)

British South Africa Co., die wir nachstehend etwas eingehender behandeln werden

Cape Coast Exploration Ltd. (£ 1,000,000,—; die Gesellschaft besitzt u. a. eine Farm von 365 000 Morgen in Namaqualand)

Consolidated Company Bultfontein Mine Ltd.

Daggasfontein Mines Ltd. (£ 1,750,000,—, Durchschnittsdividende der letzten vier Jahre 41 % p. a.)

Gold Coast Exploration Ltd.

Griqualand West Diamond Mining Co. (£ 1,057,000,—)

Goufontein (S. G. S.) Gold Mining Co. Ltd.  
 Race Proprietary Mines Ltd.  
 Libanon Gold Mining Co. Ltd. (£ 2,500,000,—)  
 Rand Leases (Vogelstruisfontein) Gold Mining Co. Ltd.  
 (£ 1,500,000,—)  
 Rand Selection Corporation Ltd. (£ 1,000,000,—)  
 Rhodesia Broken Hill Development Co. Ltd. (£ 250,000,—)  
 Rietfontein (Nr. 11) Gold Mines Ltd. (£ 1,100,000,—)  
 Société Minière du Beccka  
 Spaarwater Gold Mining Co. Ltd. (£ 2,000,000,—)  
 Springs Mines Ltd. (£ 1,750,000,—, Durchschnittsdividende der  
 letzten 10 Jahre: 42,75 %)  
 West Rand Investment Trust Ltd. (autorisiertes Kapital  
 £ 4,000,000,—)  
 West Springs Ltd. (£ 1,935,000,—)

Sehen wir uns nun die British South Africa Company noch etwas näher an, zu deren weiteren Direktoren Baron Emile B. d'Erlander, Sir Edmund Davis usw. gehören. Das Operationsgebiet dieser Firma liegt in Rhodesien, und zwar

- a) Süd-Rhodesien: in den Provinzen Mashonaland und Matabeleland mit etwa 149 000 Quadratmeilen = etwa 242 000 Quadratkilometer;
- b) Nord-Rhodesien: eine Verschmelzung von Nordost- und Nordwest-Rhodesien mit 291 000 Quadratmeilen = etwa 473 000 Quadratkilometer.

Das gesamte Gebiet wurde früher von der genannten Gesellschaft verwaltet. Als jedoch am 12. September 1923 Süd-Rhodesien offiziell als Kolonie des britischen Imperiums erklärt wurde und die South Africa Company im Jahre 1924 auch auf die Verwaltung von Nord-Rhodesien verzichtete, kam mit der britischen Regierung ein Vertrag zustande, der u. a. folgendes vorsah: Für Aufgabe ihrer Rechte und Ansprüche in Süd-Rhodesien und Überlassung ihrer Gebäude usw., die für Verwaltungszwecke geeignet haben, sowie ihrer Land- und Monopolrechte mit Ausnahme der ihr lt. Konzession zustehenden Mineralrechte in Nord-Rhodesien erhält die Gesellschaft seitens der Regierung am 1. Oktober 1923 eine Barzahlung von £ 3,750,000,— und bleibt weiter bis zum 1. April 1964 an den Nettoerlösen aus Landverkäufen in Nordwest-Rhodesien zur Hälfte beteiligt. Die englische Krone erkennt die gesamten Mineralrechte der Gesellschaft in Nord- und Süd-Rhodesien an und gewährt ihr hinsichtlich ihrer Eisenbahnterrassen weitestgehenden Schutz. Die Krone verzichtet auf alle Ansprüche gegen die Gesellschaft hinsichtlich der während des Krieges aufgewandten außergewöhnlichen militärischen Kosten. Die Gesellschaft behält ihre gesamten Handels- und Wirtschaftsrechte und Aktiven, desgleichen werden keine weiteren Ansprüche gegen sie



erhoben in bezug auf das für ihre eigenen kommerziellen Zwecke verwendete oder Dritten überlassene Land.

Laut Abkommen vom 29. Juni 1933 erwarb die Regierung die Mineralrechte der Gesellschaft in Süd-Rhodesien für £ 2,000,000,—.

Die Hauptaktiven der Gesellschaft bestehen nunmehr in:

Bergbaurechten in ganz Nord-Rhodesien;

etwa 600 000 Acres Land im Bechuanaland-Protectorat;

Mineralrechten in etwa 16 000 Quadratmeilen (etwa 26 000 Quadratkilometer) in Nyassaland;

Halbbeteiligung bis zum 1. April 1964 an den Nettoerlösen aus den von der Regierung getätigten Landverkäufen in Nordwest-Rhodesien;

etwa 2 677 000 Acres Grundbesitz in Nordost-Rhodesien;

weiterem Grundbesitz von insgesamt etwa 110 107 Acres in Süd-Rhodesien, einem beträchtlichen Anteil an der

Wankie Colliery Co. Ltd., 80% der Aktien der Rhodesia Railway Trust Ltd., sowie allen Anteilen der Rhodesian Land Bank Ltd. und schließlich maßgeblichen Einfluß in der Beira Railway Co. Ltd. Das Eisenbahnnetz der Rhodesischen Eisenbahnlinien einschließlich der Beira Railway erstreckt sich über 2708 Meilen = etwa 4700 Kilometer.

Sir Ernest Oppenheimer ist weiter an einer Anzahl der bereits im Zusammenhang mit Joel und Friedlander aufgeführten Gesellschaften beteiligt.

Sir Edmund Davis, der im Jewish Year Book lediglich als Kunstsammler bezeichnet wird, ist Direktor bzw. Vorsitzender der Rhodesian Land, Cattle and Ranching Corporation, deren autorisiertes Kapital £ 1,000,000,— beträgt und die u. a. eine Farm von etwa 2 771 662 Acres in Süd-Rhodesien besitzt

African Chrome Mines Ltd.

African Manganese Co. Ltd.

Anglo-Continental Mines Co. Ltd.

Baluchistan Chrome Co. Ltd.

Baluchistan Mining Syndicate Ltd.

Bechuanaland Exploration Co. Obgleich diese Gesellschaft nur ein Aktienkapital von £ 350 000,— ausweist, besitzt sie u. a. 330 364 Acres Land, zusammen mit Territorial- und anderen Rechten, im Bechuanaland-Protectorat; ferner

246 923 Acres Land in Süd-Rhodesien,

52 425 Acres Land in Nord-Rhodesien

sowie weitere Ländereien in anderen Gebieten

Charterland and General Exploration and Finance Co. Ltd.

Chinesische Central Railways Ltd.

Chrome Co. Ltd.

Compagnie Tunisiene des Phosphates due Diebel Mdilla Consolidated Mines Selection Co. Ltd.

East Africa Mining Areas Ltd.

East African Lands and Development Co Ltd.  
 Etablissements Courmont  
 Fanti Consolidated Investment Co.  
 J. Picard and Co. Ltd.  
 Josiah Smale and Son Ltd.  
 Mufulira Copper Mines, autorisiertes Kapital £ 5,000,000,—,  
 besitzt u. a. Bergwerksrechte von 149 684 Acres, deren Erz-  
 reserven per 30. Juni 1937 auf 158 841 000 tons mit einem  
 durchschnittlichen Kupfergehalt von 4,12 % geschätzt wurden  
 Northern Rhodesia Power Corporation Ltd.  
 Otavi Mines and Railway Company  
 Raw Asbestos Distributors  
 Rhodesia Chrome Mines  
 Rhodesia Copper and General Exploration and Finance Co. Ltd.  
 Rhodesia Railway Ltd., deren Mitdirektor außer Sir Ernest  
 Davis noch Sir Alfred Beit ist. Von dem 2708 Meilen um-  
 fassenden Netz dieser Bahn sind 2441 Meilen im Besitz der  
 genannten Gesellschaft, und der gesamte Betrieb liegt in  
 ihren Händen. Das Netz erstreckt sich von Bryburg im Süden  
 und Port of Beira im Osten durch Süd- und Nord-Rhodesien  
 bis zum Katangadistrikt in Belgisch-Kongo im Norden.  
 Obgleich das Aktienkapital nur £ 500,000,— beträgt, wird  
 die wahre Bedeutung dieses Unternehmens dadurch gekenn-  
 zeichnet, daß sie Schuldverschreibungen bzw. Prioritäts-  
 anleihen über £ 30,000,000,— ausgegeben hat  
 Rhodesian and General Asbestos Corporation Ltd.  
 Rhodesian Anglo-American Co. Ltd., mit einem autorisierten  
 Aktienkapital von £ 6,500 000,—, die u. a. Interessen in ver-  
 schiedenen Bergwerksgesellschaften in Nord- und Süd-  
 Rhodesien einschließlich 1 318 971 gewöhnlichen und 21 317  
 A-Aktien der Rhokana Corpn. Ltd. und 1 002 914 Aktien der  
 Mchanga Copper Mines Ltd. besitzt  
 St. Swithin's Dress and Metals Ltd.  
 Shabani Railway Co. Ltd.  
 Société d'Enterprises Industrielles et Minières  
 South West Africa Co. Ltd. (Kapital £ 2,000,000,—)  
 Southern Rhodesia Metals Ltd.  
 Turner and Newall, deren autorisiertes Kapital £ 7,250,000,—  
 beträgt, betätigen sich hauptsächlich in der Herstellung von  
 Asbestwaren. Sie besitzen Fabriken an acht verschiedenen  
 Orten. In dieser Firma sind 16 andere Firmen aufgegangen,  
 außerdem besitzt sie das gesamte Kapital der  
 Bell's United Asbestos Co. Ltd.  
 Dominion Blue Asbestos Mines (South Africa)  
 Glend's Valley Transport Co.  
 New Amianthus Mines Ltd.  
 Raw Asbestos Distributors  
 Turner Bros. Asbestos Co. Ltd.,

ferner 99½% der Aktien der Rhodesian and General Asbestos Corporation Ltd., sowie einen maßgeblichen Anteil in der African Asbestos Mining Co. Ltd.

Turner and Newall besitzen von neun weiteren Firmen entweder alle Anteile, oder sie haben maßgeblichen Einfluß darin.

United Exploration Co. Ltd.

Wankie Colliery Co. Ltd. (Kapital £ 1,100,000,—)

Yangtze Valley Co. Ltd.

Außerdem ist Sir Edmund Davis gemeinsam mit Marks, Oppenheimer, Joel usw. an einer ganzen Reihe weiterer einflußreicher Unternehmen beteiligt, die wir nicht mehr alle einzeln aufzählen wollen.

Über das Ausmaß, in welchem alle möglichen Unternehmungen eng miteinander verflochten sind, kann man sich kaum einen Begriff machen. Im Rahmen dieser Arbeit würde eine solche Zusammenstellung indes zu weit führen, aber wir glauben, durch unsere obigen Ausführungen dem Leser wenigstens einen kleinen Einblick gegeben zu haben, der ihm in manchem Falle ein besseres Verständnis für gewisse Dinge erschließen wird. In diesem Zusammenhang ist vielleicht auch ein unterm 29. Oktober 1938 im „Daily Express“ erschienener Artikel bemerkenswert, der die Überschrift trägt: „Handelsführer fordern Großbritannien auf: Vereinigt ostafrikanische Gebiete!“ Er lautet: „Zwanzig Männer, die Millionen britischen Kapitals (!) repräsentieren, nahmen folgende Resolution der Ostafrikanischen Handelskammer an: 1. Tanganjika muß britisch bleiben, 2. Tanganjika, Kenya und Uganda sind in ein Zollgebiet zu vereinigen.“

Die oben begonnene Zusammenstellung jüdischer Finanzgewaltiger mit riesenhaften Interessen in Gold, Diamanten, Kohlengruben, Plantagen, in allen Zweigen der Industrie, des Handels und der Wirtschaft Afrikas, ließe sich ohne Schwierigkeiten noch beträchtlich vergrößern. Um nur noch einige wenige aufzuzählen, nennen wir noch Col. Benjamin Hansford, Sir Bernard Eckstein, Sidore W. Schlesinger, Sir Henry Strakosch, Edmond Weil, Julius Weil, Rene Weil, Samuel Weil, Leopold Weil, Julius Sigismund Wezlar usw. usw. Die Weils sind als Direktoren, Vorsitzende oder Geschäftsführer an 13 verschiedenen Unternehmungen von Diamant-, Gold- und Silberminen beteiligt, die wiederum an zahlreichen anderen Gesellschaften interessiert sind. Das gleiche gilt für Wezlar mit 17 Gesellschaften, viele von ihnen Millionenkonzerne mit riesenhaftem Grundbesitz und maßgeblicher Beteiligung an einer weiteren Reihe großer Betriebe. Während Eckstein Millionen von Acres in Brasilien und Afrika mit Holz- und Mineralrechten und riesige Kaffee- und Baumwollplantagen besitzt, ist Schlesinger vielseitiger. Er ist u. a. geschäftsführender Direktor der Tanganyika Forests and Lumber Co. Ltd. mit 60,900 Acres Wald in Tanganyika, wovon

jährlich 400 Acres oder mehr geschlagen werden können. Er ist Vorsitzender der African Consolidated Investments Corpn. Ltd., die ein autorisiertes Kapital von £ 2,250,000,— besitzt und folgende Firmen direkt kontrolliert:

African Canning and Packing Corporation Ltd.  
Anglo International Securities Corporation Ltd.  
Colonial Banking and Trust Co. Ltd.  
Golden Valley Citrus Estates Ltd.  
Tanganyika Forests and Lumber Co.

Darüber hinaus hat sie maßgebliche Interessen in verschiedenen anderen südafrikanischen Gesellschaften.

Isidore W. Schlesinger betätigt sich aber auch auf dem Gebiete der Versicherung, Finanz, Theater usw. und ist Vorsitzender von African Life Assurance Society Ltd.

African Theatres Ltd.  
Anglo International Securities Corpn. Ltd.  
British Consolidated Investments Corpn. Ltd.  
Golden Valley Citrus Estates, die auf einem Grundbesitz von 27,838 Acres Obstplantagen unterhalten und Landwirtschaft betreiben.

D. N. Bazaars (1929) Ltd.

Die African Theatres wurden gegründet, um die Theater und Lichtspielhäuser der African Theatres Trust Ltd. zu übernehmen. Sie besitzen ferner 78% des Kapitals der African Consolidated Theatres Ltd.

Die D. N. Bazaars (Bazaar and General Store Proprietors) besitzen 14 Warenhäuser in Südafrika, die halben Anteile von Parof Ltd., sie kontrollieren ferner die Paramount Stores Ltd., Allied Drug Co. Ltd. (die wiederum die Publix Ltd. kontrollieren), die Grand Parade Buildings, die D. N. Emporium Ltd. und andere Tochtergesellschaften.

Die vorstehenden Ausführungen lassen vielleicht auch verstehen, warum durch die Presse künstlich ein so großer Widerstand gegen die Rückgabe der deutschen Kolonien entfacht wird. In diesem Zusammenhang ist ein Artikel des „Daily Express“ vom 1. November 1938 interessant, der sich über die „Unsicherheit bezüglich der Kolonien“ wie folgt äußert:

„. . . Eine Hauptunsicherheit, die unbedingt der Klärung bedarf, ist die Haltung der Regierung bezüglich der früheren deutschen Kolonien. Dies ist von besonderem Interesse für die Anlage von Kapitalien in der südafrikanischen Goldminenindustrie, da die augenblickliche Unsicherheit es den großen Minenfinanziers außerordentlich erschwert, die riesigen Pläne, die vielleicht die Aufnahme von £ 20,000,000,— neuer Kapitalien für die Entwicklung der Faser West Rand und anderer neuer Goldfelder erforderlich machen, weiter zu verfolgen . . .“

Es dürfte auch interessant sein, zu erfahren, daß der Goldpreis für den Weltmarkt jeden Morgen von fünf jüdischen Firmen, nämlich

N. M. Rothschild and Sons

Marcus Samuel & Co.

Samuel Montagu and Co.

Saemy Japhet and Co.

Mocatta & Goldsmid (offizielle Makler der Bank von England für Gold- und Silberbarren)

in der Bank von Rothschild festgesetzt wird<sup>1)</sup>.

---

<sup>1)</sup> Action vom 23. Januar 1937.

## Filmjuden

Im folgenden wollen wir uns nun noch etwas ausführlicher mit der Verjudung der Filmindustrie beschäftigen, die heute mehr denn je in den Dienst der antideutschen Propaganda gestellt worden ist. Es ist den Juden und ihren Freunden mehr oder weniger völlig überlassen, welche Art von Filmen sie herausbringen. Zwar erscheint vor jedem Film immer eine Wiedergabe der Genehmigungsurkunde mit der Inschrift: „Passed by the British Board of Film Censors.“ Es wird dadurch der Eindruck hervorgerufen, als ob es sich hier um eine staatliche Einrichtung handle, die von einem Beamten der Regierung ausgeführt wird. Tatsächlich ist dieser sogenannte Zensor aber von den Filmproduzenten eingesetzt und bezahlt. Daneben wird auch alles getan, um der Öffentlichkeit sozialistische, ja, kommunistische Filme zugänglich zu machen. Im Jahre 1926 wurde daher eine Gesellschaft mit dem Namen „Film Society“ gegründet. Die beiden hierfür Hauptverantwortlichen waren die Bolljuden Ivor Montagu — Bruder von Lord Swanthling — und S. Bernstein. Sie standen mit Serge Eisenstein, einem anderen Juden, der jahrelang Hauptpropagandaleiter in Moskau gewesen war, in Verbindung. Später hat man dann die London Worker's Film Society ins Leben gerufen, die Filme mit gefährlicher kommunistischer Propaganda herausbrachte. Auch hier sitzt an leitender Stelle der obengenannte Montagu.

In welchem Maße aber die allgemeine Filmindustrie von Juden beherrscht wird, dürfte sich am besten aus einer Aufzählung der Filmgewaltigen und ihrer Interessen ergeben. Natürlich müssen wir uns auch hier darauf beschränken, nur einige wenige der bekanntesten aufzuzählen.

Über den ungarischen Juden Alexander Korda und seinen Teilhaber Erich Pommer erübrigt sich wohl die Aufzählung von Einzelheiten. Neben ihrem gemeinsamen Unternehmen, der London Film Productions, hat letzterer noch eine eigene Produktion, die Pommer Productions.

Die drei Brüder Isidore, Mark und Maurice Dstrer, Söhne jüdischer Emigranten, die in den 1890er Jahren aus Polen kamen und sich in Whitechapel, im Osten Londons, niederließen, kontrollieren Hunderte von Lichtspielhäusern und Musikhallen und stellen daneben auch Filme her<sup>1)</sup>.

Isidore Dstrer ist Präsident von

Denman Picture Houses Ltd.

General Theatre Corporation Ltd.

Provincial Cinematograph Theatres Ltd.

Gaumont-British Picture Corporation Ltd.

Gaumont-British Distributors Ltd.

Lothbury Investment Corporation.

<sup>1)</sup> Daily Express vom 9. Januar 1939.

Mark Ostrer, i. Fa. Ostrer Brothers, Bankiers, ist Direktor bzw. Vorsitzender folgender Unternehmen:

Albany Ward Theatres Ltd.  
Associated Provincial Picture Houses Ltd.  
B. B. Pictures (1920) Ltd.  
Birmingham West End Cinema Ltd.  
Classic Cinemas Ltd.  
Davis Theatre (Croydon) Ltd.  
Denman (London) Cinemas Ltd.  
Denman (Midlands) Cinemas Ltd.  
Gainsborough Pictures (1928) Ltd.  
Haymarket Estates Ltd.  
Leeds Picture Playhouse, Ltd.  
Metropolis and Bradford Trust Co.  
Moss Empires Ltd.  
National Electric Theatres Ltd.  
New Century Pictures Ltd.  
Newington Electric Theatres Ltd.  
North of England Cinemas Ltd.  
P. C. T. Construction Co. Ltd.  
Provincial Cinematograph Theatres Ltd.  
Royal Hotel, Edinburgh, Ltd.  
Scala (Leeds) Ltd.  
Sheffield Music Hall Comp. Ltd.  
Tivoli Palace Ltd.  
Trocadero Super-Cinema (Liverpool) Ltd.  
United Picture Theatres Ltd.  
Victoria Palace Ltd.

desgleichen ist er Vorsitzender bzw. Geschäftsführer der bereits bei Isidore Ostrer aufgeführten Unternehmen.

Der dritte Bruder, Maurice Ostrer, ist nicht nur gleichfalls an den meisten der obengenannten Unternehmen von Isidore und Mark Ostrer interessiert, sondern darüber hinaus u. a. an

British Acoustic Films Ltd.  
Bush Radio Ltd.  
Classic Cinemas Ltd.  
Electrical Fono Films Ltd.  
Film Clearing Houses  
Gaumont-British Instructional Ltd.  
Gaumont-British Screen Services Ltd.  
Gaumont Construction Co. Ltd.,  
Gaumont Super Cinemas Ltd.  
Glasgow Tivoli  
Haymarket Capital Ltd.  
Theatre Services Ltd.

Über seine Verbindung mit der in einer Auflage von über 300 000 Exemplaren erscheinenden englischen Sonntagszeitung „Sunday Referee“ werden wir noch an anderer Stelle berichten.

Um einen ungefähren Begriff über den weitreichenden Einfluß zu haben, der sich durch die obengenannten Konzerne ergibt, wollen wir uns einzelne dieser Gesellschaften näher ansehen.

Ohne Zweifel die bedeutendste dürfte die Gaumont-British Picture Corporation Ltd. sein, die außer einer ganzen Anzahl eigener Lichtspielhäuser u. a. alle Anteile der

Denman Picture Houses Ltd.

Gaumont-British Distributors Ltd.

Gaumont-British Picture Corporation of America Inc.

Gaumont Construction Co. Ltd.

Ideal Films Ltd.

Standard Film Co. Ltd.

Theatre (Grimsby) Ltd.

W. and F. Film Service Ltd.

sowie die Majorität in

British Acoustic Films Ltd.

Gaumont Super-Cinemas Ltd.

New Standard Film Co. Ltd.

Provincial Cinematograph Ltd.

besitzt, von denen jede einzelne Gesellschaft wiederum eine ganze Anzahl anderer Filmunternehmen bzw. Lichtspielhäuser kontrolliert. Die Gaumont-British Picture Corporation fungiert als Generalgeschäftsführer für alle im Besitz der

General Theatre Corporation Ltd.

befindlichen resp. von dieser kontrollierten Unternehmen, sowie der Moß Empires Ltd.

Ihr Aktienkapital beträgt £ 6,250,000,—.

Um das Ausmaß des Einflusses der drei Brüder Ostrer etwas näher zu beleuchten, wollen wir im nachstehenden noch weitere Einzelheiten über einige der obengenannten Gesellschaften geben:

Denman Picture Houses Ltd. Diese Gesellschaft wurde im Jahre 1928 gegründet mit dem Zweck, das Eigentum an folgenden Unternehmungen zu erwerben:

Nighburt Picture House Ltd.

Attractive Cinema (West Kensington) Ltd.

Beresford Cinema Ltd.

Broadway Variety Ltd.

Consolidated Cinematograph Cos. Ltd.

Corona Cinema (Great Crosby) Ltd.

Dingle Picturedrome Ltd.

Grand Cinema Ltd.

Kinematograph Properties Ltd.

Kings Hall (Penge) Ltd.

Magnet Cinema (Wavertree) Ltd.



New Groß Cinema Ltd.

Popular Cinemas Ltd.

Thompson and Collins Enterprises Ltd.

sowie um die Majorität in verschiedenen anderen Gesellschaften zu erlangen.

Die Denman Picture Houses Ltd. kontrolliert direkt oder indirekt 102 Lichtspielhäuser und besitzt außerdem die Majorität in 24 weiteren Kinos. Ihr autorisiertes Kapital beträgt £ 1,650,000,—.

Die General Theatre Corporation, in der die drei Brüder Ostrer als Präsident, Direktor bzw. Geschäftsführer fungieren, hat in acht verschiedenen Filmgesellschaften bzw. Vergnügungsstätten direkten maßgeblichen Einfluß und besitzt die Majorität in 59 Lichtspiel- bzw. Varieté-Theatern.

Der Provincial Cinematograph Theatres Ltd. gehört u. a. das gesamte Kapital von sieben Lichtspielhäusern bzw. Lichtspielhaus-Konzernen. Sie kontrolliert direkt die

Associated Provinzial Picture Houses Ltd.

City Cinema Ltd.

Dorking Regional Theatre Ltd.

Leeds Picture Playhouse Ltd.

P. C. L. Construction Co. Ltd.

Royal Hotel (Edinburgh) Co. Ltd.

Trocadero Super-Cinema (Liverpool) Ltd.

und führt die Geschäfte der

Regent (Stamford Hill) Ltd.

Scala (Galing) Ltd.

Scala (Milburn) Ltd.

Scala (Maida Vale) Ltd.

York Cinema Ltd.

Weiter besitzt sie direkt oder durch ihre Tochtergesellschaften 108 Theater usw. Ihr Kapital beläuft sich auf £ 3,200,000,—.

Die von der vorgenannten Provincial Cinematograph Theatres Ltd. direkt kontrollierte Associated Provincial Picture Houses Ltd. ist mit einem autorisierten Kapital von £ 1,000,000,— gegründet zum Zwecke des Erwerbs von Bauplätzen, Kontrakten und Optionen auf Bauplätze in verschiedenen Städten, um darauf Lichtspielhäuser zu errichten. Die Gesellschaft besitzt 18 Kinos, von denen neun gleichzeitig mit einem Kaffeehausbetrieb verbunden sind. Außerdem hat sie maßgebliche Interessen in einer Anzahl weiterer Lichtspielhäuser.

Das Kapital der ebenfalls von der Provincial Cinematograph Theatres Ltd. kontrollierten P. C. L. Construction Co. Ltd. — um nur noch eine aus der Fülle der verschiedenen Gesellschaften herauszugreifen — beträgt £ 1,750,000,—; ihre Hauptaufgaben liegen auf dem Gebiete der Finanzierung, und es ist nicht schwer zu erraten, daß auch sie einen weitreichenden Einfluß hat.

Alles in allem kontrolliert die Gaumont-British zur Zeit etwa 350 Kinos in Großbritannien, die schätzungsweise von etwa drei Millionen Menschen pro Woche besucht werden.

Große Schlagzeilen füllten kürzlich die Zeitungen über ein £ 20,000,000,— = Geschäft, bei dem es sich um Verschmelzungspläne der Gaumont-British mit der Odeon Theatres. — Vorsitzender Oskar Deutsch — handelt, auf welche letztere wir noch nachstehend zu sprechen kommen werden. Diese beiden Firmen kontrollieren zusammen bereits mehr als 500 Theater. Im Falle des Zustandekommens dieses Geschäftes werden sie die weitaus größte Gruppe der britischen Kinoindustrie darstellen und ihre Machtposition dadurch zweifellos noch mehr vergrößern<sup>2)</sup>.

Der eben erwähnte Oskar Deutsch ist Direktor der  
Copper Sheets (Sales Ltd.)  
Decorative Crafts Ltd.  
Deutsch u. Brenner  
Entertainments and General Investment Corp. Ltd.  
London and Southern Cinemas Ltd.  
Odeon Theatres Ltd.  
Scophony Ltd.  
Sound and Cinema Equipment Ltd.  
United Artists Corporation Ltd.

Sein Einfluß in der Kinoindustrie ist ebenfalls recht beträchtlich. So hat z. B. die Odeon Theatres Ltd. — zu deren weiteren Direktoren M. Silverstone und E. C. Simmons gehören — die Unternehmen verschiedener Gesellschaften mit 84 Lichtspielhäusern übernommen, zu denen inzwischen noch weitere Kinos hinzugekauft sind. Die Odeon wiederum besitzt die direkte Kontrolle über die London and Southern Super Cinemas Ltd. und Entertainments and General Investment Corporation, welche letztere mit ihren Zweiggesellschaften 54 Lichtspielhäuser besitzt, kontrolliert oder leitet. Die Odeon besorgt ebenfalls die Geschäftsführung weiterer 71 Theater, für die ihr die Option des Ankaufs eingeräumt ist. Ihr autorisiertes Kapital beträgt £ 6,000,000,—. Die eben erwähnte London and Southern Super Cinemas Ltd. — ihr stellvertretender Vorsitzender und Geschäftsführer ist Arthur Cohen — besitzt direkt oder durch ihre Tochtergesellschaften fünfzehn Kinos in London, Vororten und in der Provinz und außerdem die direkte Kontrolle in acht weiteren Lichtspielhaus-Konzernen.

Es führt im Rahmen dieser Arbeit natürlich zu weit, all die jüdischen Fäden aufzuzählen, die sich durch die englische Filmindustrie und die Lichtspielhausbetriebe ziehen. Die Namen Alfred Levy, Sidney Bernstein, Abrahams usw. mögen nur noch als Hinweis für diejenigen dienen, die sich ausführlicher mit der Verjudung der Filmindustrie zu befassen beabsichtigen.

<sup>2)</sup> Daily Express vom 7. u. 9. Januar 1939.

Die enorme Bedeutung und der Einfluß der Kinos wurde vom Finanzminister Sir John Simon anläßlich eines Festessens der British Kinematograph Society anerkannt. Er wies auf ihre ungeheure Wichtigkeit für die Gemeinschaft und den Staat hin. Er bezweifle — so führte er aus —, ob es einen andern Weg gäbe, das Publikum über gewisse Geschchnisse zu unterrichten bzw. die öffentliche Meinung zu beeinflussen, der sich in Zukunft als so wichtig erweisen würde —, wichtig für den Staatsmann, wichtig für den Publizisten, wichtig für die Zukunft der Freiheit und Demokratie, für Anständigkeit, Geschmack und Urteil. In erhöhtem Maße beeinflusste und lenkte das Kino Geschmack und Urteil des Publikums. Deshalb ruhe eine große Verantwortung auf der Kinoindustrie, die ihren ungeheuren Einfluß so würdig wie möglich nutzbar machen sollte . . .<sup>3)</sup>.

Die Arbeitsbedingungen für das Personal der Kinobetriebe sind offenbar auch nicht besonders sozial, wie sich aus einer Flugschrift ergibt, die anläßlich eines Streiks seitens der betr. Gewerkschaft verteilt wurde. Diese Flugschrift besagt, daß zwar vertraglich eine Beschäftigung von höchstens 48 Stunden vereinbart worden sei, daß sich indes die Arbeitgeber in keiner Weise daran halten. Nachdem eine Übersicht über die erzielten Gewinne gegeben wird, z. B.

Gaumont-British Picture Corporation für das Jahr 1937:

Nettoprofite für das Jahr aus Theatern . . .	£ 561,701,—
Vorzugsdividende . . . . .	£ 178,750,—

Provincial Cinematograph Theatres Ltd.:

Eine Dividende von 10% wurde für das zehnte aufeinanderfolgende Jahr erklärt.

General Theatre Corporation:

Eine Erhöhung in den Profiten um £ 61,072,— hatte die Erhöhung der Dividende auf 15% zur Folge

verlangt die Gewerkschaft eine Herabsetzung der wöchentlich 64 Stunden betragenden Arbeitszeit und einen geringen Anteil dieser Dividende als Zulage zu ihrem unangemessenen Gehalt<sup>4)</sup>.

<sup>3)</sup> Times vom 9. Februar 1939.

<sup>4)</sup> Flugblatt der Electrical Trades Union, London Central Committee.

## Wissenschaft und Erziehung in jüdischer Hand

Wenden wir uns den Universitäten, der eng damit zusammenhängenden Erziehung und der allgemeinen Wissenschaft zu. Auch hier können wir nur einige der bekanntesten Juden behandeln, bei denen wir außerdem völlig sicher sind, daß sie der jüdischen Rasse angehören; und zwar sind die von uns Genannten mit ganz wenigen Ausnahmen auch noch Konfessionsjuden.

Werfen wir zunächst einen Blick auf das Urteil von Lane im Jahre 1934 über den allgemeinen Einfluß der Juden auf den genannten Gebieten. Nach seiner Ansicht konnte man schon seit langem bemerken, daß englische Überlieferungen, Sitten und Gebräuche allmählich eine neue, aber fremde Auslegung erfuhren. Dies ginge bereits soweit, daß die Tätigkeit der Fremden „sich der Verbreitung von verräterischen, aufständischen und revolutionären Lehren widmen. Sie suchen dauernd Patriotismus und Nationalismus durch Pazifismus und Internationalismus zu ersetzen. Ausländer verderben unsere Jugend und schaffen ein gefährliches und nachteiliges Element in unserer Mitte“<sup>1)</sup>.

Haben nun unsere Forschungen im einzelnen dazu geführt, diese Meinung bestätigt zu finden? Wir können dies nur bejahen. Wenden wir uns zunächst einmal den beiden Universitäten zu, die mit der Wissenschaft und Erziehung von Großbritannien für alle Zeiten verbunden sind und sein werden, nämlich Oxford und Cambridge.

In der ersteren finden wir unter anderen die Lektoren *J s a i a h Berlin*<sup>2)</sup>, *Ch. Rabinovitch*, *Dr. J. Marschak* als Statistiker, *H. Loewe* als Orientalisten und *M. Lutzki*, der Assistent in der Orientalischen Abteilung der Bodleian Bibliothek ist, *W. Ettinghausen* als deutschen Lektor, und *E. Fraenkel* als Professor in Latein. *A. Goodhart* ist Professor der Rechte und Mitarbeiter der juristischen Zeitschrift „*Law Quarterly Review*“. Von ihm stammt u. a. die Veröffentlichung „*Poland and the Minority Races*“. *Ephraim Lipson* ist Dozent in Wirtschaftswissenschaften. Von ihm stammen zahlreiche Werke auf diesem Gebiet. Er ist Herausgeber von „*History of Europe Series*“ und war von der Gründung bis zum Jahre 1934 Herausgeber der „*Economic History of Europe Series*“. Ferner ist er u. a. Mitarbeiter in der „*Transactions of the Royal Historical Society*“, „*English Historical Review*“ und „*Fortnightly Review*“. *R. Salaman* ist Direktor des land- und forstwirtschaftlichen Forschungsinstituts. Er hat viele Ehrenämter inne, viele Veröffentlichungen über Kartoffeln herausgegeben und liefert Beiträge zu zahlreichen wissenschaftlichen Zeitschriften, wie z. B. der „*Lancet*“. Ferner finden wir in Oxford den Anatomen *Solly Zuckerman*, gleichzeitig Herausgeber verschiedener Werke.

<sup>1)</sup> Lane: S. 151ff.

<sup>2)</sup> *Jewish Year Book* (1937): S. 407ff. Vergl. fortlaufend. Ebenso „*Who's who*“.

Sir Alred Zimmern ist Professor für internationale Beziehungen. Auch er hat viele Werke geschrieben, wie z. B. „The Third British Empire“, „The League of Nations and the Rule of Law“. Er hat im Laufe der Zeit viele wichtige Posten innegehabt. So ist er stellvertretender Direktor des Instituts für intellektuelle Zusammenarbeit beim Völkerbund und Direktor der Schule für Internationale Studien in Genf gewesen. Daneben hat er hohe Stellungen im Auswärtigen Amt (Geheimdienst) und im Erziehungswesen bekleidet. Erst kürzlich sind E. Roth und Daniel de Mesquita an die Universität Oxford berufen<sup>3)</sup>. Endlich müssen wir noch erwähnen, daß zu den obengenannten Personen weitere 27 Posten zu rechnen sind, die nach dem Jahre 1933 mit Auswanderern aus Deutschland, der Tschechoslowakei usw. besetzt wurden. Sie sind durch die Vermittlung einer besonders dafür ins Leben gerufenen Gesellschaft besetzt worden, die sich „Society for the Protection of Science and Learning“ (Gesellschaft zum Schutze der Wissenschaft) nennt. Der Präsident dieser Gesellschaft ist augenblicklich der Erzbischof von York. Neben bekannten Juden findet man viele Persönlichkeiten der britischen Öffentlichkeit in der Leitung, wobei der Adel und die Ritter ganz besonders zahlreich vertreten sind. Diese Einrichtung hat sich zur Aufgabe gemacht, die aus Deutschland ausgewanderten Juden und Judenstämme, soweit sie Wissenschaftler sind, in neuen Stellungen unterzubringen. Wir werden noch unten sehen, in welchem Maße ihr dies in Großbritannien gelungen ist<sup>4)</sup>.

Anscheinend hat diese große Anzahl von jüdischen Lehrkräften bereits seine Wirkung in politischer Hinsicht ausgeübt. Denn wir selbst haben eigene Erfahrungen, die uns immer wieder bestätigt werden, daß ein großer Teil der Studenten in Oxford, ja, vielleicht sogar eine Mehrheit von ihnen, dem Kommunismus verfallen ist.

In Cambridge ist fast dasselbe Bild. So ist Dr. L. Harris Direktor der Nahrungsmittellaboratorien, der zahlreiche Veröffentlichungen über Biochemie herausgegeben hat. Seine Beiträge zu der Zeitschrift „The Proceedings of the Royal Society“ und anderen sind bekannt. R. Kahn ist Dozent in der Wirtschaftslehre und Reuben Levy Dozent für Persisch sowie Lauterbach Professor für Internationales Recht. Charles S. Myers ist bekannter Psychologe mit zahlreichen Veröffentlichungen und Beiträgen für wissenschaftliche Zeitschriften. An deutschen Juden sind allein nach dem Jahre 1933 25 an der Universität Cambridge untergebracht worden<sup>5)</sup>. Bei diesem Anfang kann man natürlich verstehen, daß der Bau einer Synagoge in Cambridge notwendig wurde<sup>6)</sup>.

<sup>3)</sup> Jewish Chronicle vom 25. November 1938.

<sup>4)</sup> Jahresberichte der genannten Gesellschaft für 1934, 1935, 1937, 1938.

<sup>5)</sup> Annual Report der Society for Protection (1938): S. 14.

<sup>6)</sup> Jewish Chronicle vom 30. April u. 29. Oktober 1937.

Es wird nicht überraschen, daß London eine besonders große Zahl von Juden in seinen wissenschaftlichen Instituten aufzuweisen hat, da dies ja bekanntlich bei allen Metropolen von jüdenhörigen Ländern der Fall ist. So finden wir L. P. Maronson als Lektor in Wirtschaftswissenschaften am City of London College, M. Dainow als Lektor in Psychologie, der viele bekannte Veröffentlichungen aufzuweisen hat, und S. Dainow als Lektor für moderne Sprachen. Sir Percival David ist Mitglied des Instituts für Archäologie und war Direktor der weltberühmten Ausstellung für chinesische Kunst im Jahre 1935/36. H. Finer hält Vorlesungen über Verwaltungsrecht und hat einen großen Ruf wegen seiner Veröffentlichungen, wie z. B. „The British Service“ und „English Local Government“. M. Ginsberg ist Professor für Soziologie und hat ebenfalls zahlreiche Werke über sein Lehrgebiet herausgegeben. Er ist u. a. noch Mitherausgeber der Zeitschrift „Social Review“. Jacob Jacobs ist Lektor in der englischen Sprache und Literatur. Neben seinen Veröffentlichungen hat er sich einen Namen als Herausgeber der „English Library Reprints“ und „Contemporary Movements in European Literature“ gemacht. Er liefert zahlreiche Beiträge zum „Times Literary Supplement“, „Review of England“, „Spectator“ u. a. Barnett Janner, der Parlamentsabgeordnete für Whitechapel von 1931 bis 1935, ist Präsident des Students Representative Council und Herausgeber des University Magazine. Herbert Jolowicz ist Professor des Römischen Rechts und seit dem Jahre 1937 Dekan der juristischen Fakultät. Er hat neben bekannten Werken das „Journal of the Society of Public Teachers of Law“ herausgegeben. Harold Rich ist Chirurg am University College Hospital, Harold Taski Professor für Politik an der Universität London. Er hat zahlreiche wichtige Posten in Politik und Erziehung bekleidet. Seine Veröffentlichungen sind bekannt und seine Beiträge zu Zeitungen und Zeitschriften, wie „New Republic“, „Harvard“, „Law Review“, „The Nation“, „Manchester Guardian“ u. a. zahlreich. Hymann Levy ist Professor der Mathematik am Imperial College of Science und Technology; er hat viele Ehrenämter in der Wissenschaft bekleidet. Zahlreiche Veröffentlichungen über Mathematik und Aeronautik, sowie Beiträge zu vielen wissenschaftlichen Zeitschriften sind bekannt. In demselben Institut fungiert L. Roth als Lektor und B. Simons am Acton Technical College als Ordinarius auf demselben Gebiet. Charles Seligman war Professor für Ethnologie an der Universität London. Auch er hat eine große Zahl wissenschaftlicher Werke herausgegeben und liefert laufend Artikel für Zeitschriften, wie „Journal of the Anthropologica Institute“, „Geographical Journal“, „Lancet“, „British Journal of Psychology“ u. a. Charles Singer ist Professor in Geschichte der Medizin. Er war im Jahre 1932 Präsident des Internationalen Kongresses der

Geschichte der Medizin in London. J. Warzki ist Rektor für Orientalische Sprachen, Samson Wright Professor der Psychologie und Claude Spiers Rektor in Chemie. Dr. Birnbaum betätigt sich ebenfalls als Rektor für orientalische Sprachen. Einer der bekanntesten unter den Genannten für London ist A. Wolf, Professor of Logic and Scientific Method an der Universität London, Herausgeber philosophischer und psychologischer Abschnitte der Encyclopaedia Britannica, sowie vieler bekannter Werke, Leiter der Abteilung für Geschichte und Wissenschaft am University College London und an der London School of Economics and Political Science, Vorsitzender des Prüfungsausschusses für akademische Examen auf wissenschaftlichen Gebieten, Herausgeber der „History of Science“-Bibliothek usw. usw.

In London sind nach dem Jahre 1933 nicht weniger als 59 deutsche Juden untergebracht worden<sup>7)</sup>.

Die andern Universitäten sind zum Teil erheblich kleiner als die drei zuerst angeführten, so daß auch dementsprechend die Anzahl der Juden geringer ist.

Lewis Namier ist Professor der modernen Geschichte an der Universität Manchester. Er hat u. a. den vierten Band des auch von uns benutzten Werkes von Major Temperley „History of the Peace Conference of Paris“ verfaßt und war während des Krieges Mitglied des Geheimdienstes. Er war in den Jahren 1929 bis 1933 Mitglied des Records Committee des Parlaments. Dr. W. Susman lehrt an der Pathologischen Abteilung der gleichen Universität und R. Wilenski ist Kunsthistoriker daselbst. Von ihm stammen viele Werke über moderne Kunst. Ferner liefert er Aufsätze an den „Observer“, „Apollo“, „The Studio“ und andere. Polanyi ist Professor der Chemie und von Ungarn gekommen. Erst kürzlich wurden Adolf Loewe als Rektor in moderner politischer Philosophie<sup>8)</sup>, David Blank als Rektor der Rechtswissenschaft, S. Abelson als erster medizinischer Assistent an der Abteilung für klinische Forschungen und Bruno Rossi — gerade von Italien eingewandert — als Professor der Physik eingestellt<sup>9)</sup>. Die Universität Manchester hat neun Gelehrte von den Flüchtlingen aus Deutschland aufgenommen.

An der Universität Glasgow ist Noah Morris Rektor der Medizin und fünf weitere deutsche Juden haben daselbst Lehraufträge erhalten.

Selig Brodetsky, ein eifriger Zionist, ist Professor für angewandte Mathematik in Leeds. Von ihm stammen verschiedene Werke und zahlreiche Aufsätze in wissenschaftlichen Zeitschriften. Myer Coplans ist ein bekannter Gelehrter in Bakteriologie. Aus seiner Feder stammen fast zahllose Aufsätze und Bücher.

<sup>7)</sup> Annual Report der Society for Protection (1933): S. 14.

<sup>8)</sup> Jewish Chronicle vom 13. Januar 1939.

<sup>9)</sup> Jewish Chronicle vom 11. November 1938.

Leeds hat bislang, soweit festgestellt werden kann, nur einen Juden aus Deutschland aufgenommen.

In Birmingham finden wir H. Goitein als Professor für Handelsrecht, Sophia Weikmann als Lektorin für Geschichte und acht deutsche Juden. S. Cohen ist Professor der Medizin in Liverpool, Israel Levine Leiter der Philosophischen Abteilung und J. Sager Professor der Botanik an der Universität Exeter. J. Lipkin Gelehrter der Medizin an der Universität Liverpool, R. Powell Lektor der Rechtswissenschaft an der Universität Hull, E. Rosenhead Professor für angewandte Mathematik in Liverpool, J. Doffen Lektor in Anatomie an der Universität Cardiff. Endlich soll noch erwähnt werden, daß u. a. Birmingham acht, Bristol vier, Edinburgh sieben und Glasgow fünf deutsche Juden in ihren Lehrkörper aufgenommen haben. Insgesamt sind bis zum November 1938 in Groß-Britannien 251 Juden aus Deutschland in britischen Lehr- und Forschungsinstituten untergebracht worden<sup>10)</sup>. Wir sind überzeugt, daß diese Zahl mit Rücksicht auf die neueste Auswanderung der Juden inzwischen weit überschritten ist. Man kann sich daher nicht wundern, daß von den Bildungsstätten Englands die häßlichsten Propagandafeldzüge gegen das Dritte Reich gerichtet werden. Die Ernennung des Oberrabbiners von London durch den Kanzler der dortigen Universität, dem Earl of Athlone, Bruder der Mutter des Königs, zum Ehrendoktor der Universität wird daher für den Leser keine Überraschung mehr darstellen<sup>11)</sup>.

Auf die allgemeine Erziehung haben die Juden ebenfalls einen erheblichen Einfluß. Bereits Lane weist auf die immer mehr um sich greifende Überfremdung auf diesem Gebiet und die damit verbundenen Gefahren für das Volksganze hin<sup>12)</sup>. Wir wollen auch hier nicht versäumen, an Hand von Einzelpersonen, ihrer Stellung und Veröffentlichungen, seine Meinung nachzuprüfen. So finden wir an bekannten Erziehern u. a. Joseph Bernberg, B. Cohen mit seinen Werken: Economic Society, The Nineteenth Century usw., Charles Fox, Direktor der Lehrer-Bildungsanstalt und Autor von Practical Psychology und The Mind and its Body. L. Frank, früherer stellvertretender Bürgermeister des Londoner Vorortes von Stoke Newington ist jetzt Direktor einer Knabenschule in Hackney. Sidney Golding ist Englischlehrer an dem London County Council Hackney Institut. Er ist Prüfender für Englisch am Luftfahrtministerium und der Londoner Universität. M. Gould ist Direktor der Park House School in Middlesex, und J. Hadida Direktor einer Knabenschule in Mile End. Isaac Gourvitch ist ebenfalls am Hackney-Institut tätig. M. Kahn war früher Inspektor im Erziehungsministerium. Morris Lewis ist Lektor für Erziehung an der Universität Nottingham, Miss M. Marks ist Schulinspektorin und S. Salo =

<sup>10)</sup> Annual Report der Society for Protection (1938): S. 14.

<sup>11)</sup> Jewish Chronicle vom 2. Dezember 1938.

<sup>12)</sup> Lane: S. 151—160.



mons Direktor einer staatlichen Schule in der Christian Street. J. Simons ist Rektor für moderne Sprachen am städtischen College von Portsmouth. Sir Philip Magnus bekleidete einen höheren Posten im Erziehungsministerium, ebenfalls Sir Philip Hartog. Von letzterem stammen viele Veröffentlichungen, so z. B. „An Examination of Examinations“, „The Marks of Examiners“, „The Purposes of Examination“, „The Writing of English“ u. a. m. Artikel sind von ihm in „Special Reports on Educational Subjects of the Board of Education“ und „Fortnightly Review“ erschienen. Mr. Maurice Wollman wurde zum Mitglied der Royal Society of Literature wegen seiner Verdienste in der Literatur gewählt. Der Grund hierfür sind seine Werke „Modern Poetry 1922—34“ und „Poems of twenty Years“. Wollman war früher Prüfer in Englisch für die nördlichen Universitäten, seit dem Jahre 1938 ist er in der gleichen Eigenschaft an der Londoner Universität.

Man sieht aus dieser kurzen Zusammenstellung, daß überall in leitenden Posten Juden in der Erziehung zu finden sind. Daneben gibt es eine Reihe von Engländern, die in ihrem Sinne tätig sein dürften. Von 1924 bis 1929 war Lord Eustace Percy, Sohn des Herzogs von Northumberland, Erziehungsminister. Seine Geistesrichtung kann man u. a. aus seinem Werk „Responsibilities of the League“ erkennen<sup>13)</sup>.

Carl de La Barr, der parlamentarischer Unterstaatssekretär im Erziehungsministerium in den Jahren 1935 und 1936 war und jetzt Erziehungsminister ist, verweigerte als Student den Kriegsdienst.

In welchem Maße Juden und ihr System an verantwortlichen Stellen geschätzt werden und welche Lehren von Juden und Judenfreunden der Jugend gepredigt werden, geht aus folgendem Vorfall hervor.

Im Oktober 1938 ging der Jude J. Ellis, Direktor der Finmart House-Schule, in den Ruhestand. Sir Alexander Maxwell, Staatssekretär im Innenministerium, pries das Werk des scheidenden Leiters als besonders hochstehend. „Die Abteilung für Kinder des Home-Office hatte ihn stets befragt, wenn sie die Einführung eines neuen Schemas beabsichtigte, und darüber hinaus würde man ihn stets wegen seiner Bemühungen für die Entwicklung der Vereinigung von Schuldirektoren, Beamten des Home-Office und der Lehrerkollegien der Schulen in dankbarer Erinnerung behalten.“

Sir Alexander wandte sich dann an die Schüler und machte sie darauf aufmerksam, daß sie in Zukunft entscheiden würden, ob England gemäß seiner Tradition regiert werden würde oder nicht. Man sollte niemals ein diktatorisches Regime in England dulden. „Er erinnerte sie an die Propheten von Juda und Israel, welche ihre diktatorischen Könige in die Schranken gewiesen hatten und

<sup>13)</sup> Percy: S. 150.

deren Worte heute ein Teil der englischen Tradition geworden seien...“ Weitere hohe Regierungsvertreter, wie S. W. Harris, Unterstaatssekretär im Innenministerium, Hauptinspektor der dortigen Abteilung für Kinder, sprachen ebenfalls ihre Anerkennung für das Werk des scheidenden Direktors aus<sup>14)</sup>.

Auch das Gebiet der Medizin wollen wir nicht vergessen und einige der bekanntesten Juden dieses Berufes nennen.

So ist Abraham Abelson ein bekannter Spezialist für innere Krankheiten, und verschiedene Werke, wie „Measurement of Mental Ability“, stammen aus seiner Feder. Frederic Alexander ist Arzt auf demselben Gebiet und gleichzeitig Chirurg. Auch von ihm gibt es verschiedene Veröffentlichungen. Dr. Harold Avery ist in der Central Research Clinic, und G. Baron im Prince of Wales-Hospital tätig. S. Blackman ist bekannter Radiologe mit zahlreichen Veröffentlichungen. Dr. M. Cutner hat einen Namen in der Medizin wegen seiner Bücher und Beiträge zu wissenschaftlichen Zeitschriften. J. Emanuel war früher Professor der Medizin an der Universität Birmingham. B. Feldmann ist Chefarzt im Essex County-Sanatorium, und W. Feldman ein sehr bekannter Frauen- und Kinderarzt. M. Fenton ist Hautarzt am Battersea General-Hospital, und R. Finzi Direktor der Röntgenabteilung am St. Bartholomew's-Hospital. Von Hugh Gainsborough gibt es zahlreiche medizinische Werke und diesbezügliche Beiträge zu Zeitschriften. D. S. Geffen ist beamteter Arzt und anerkannter Mediziner für innere Krankheiten; W. Geffen ist u. a. stellvertretender Vorsitzender der Kensington Medical Society; M. Goldblatt Physiologe am St. Thomas-Hospital und Dr. J. Gorsky Distriktsarzt bei der Polizei von London. Davis Haldin hat verschiedene Arbeiten über Hautkrankheiten usw. verfaßt. B. Homa und D. Krestin sind bekannte Ärzte für innere Krankheiten, letzterer ist Mitglied der Royal Society for Medicine. Martin Israel ist stellvertretender Direktor der Abteilung für klinische Forschungen und Untersuchungen und J. Duastel Direktor der Städtischen Irrenanstalt von Cardiff. Bertram Nisse und G. Slot haben einen großen Namen als Spezialisten für Rheumatismus. Beide haben verschiedene Veröffentlichungen auf diesem Gebiet herausgegeben. Die Gebrüder Arnold und Maurice Sorby haben in der medizinischen Welt von Großbritannien einen großen Ruf erlangt. Beide sind u. a. Vertrauensärzte in der Stadtverwaltung von London und haben zahlreiche Werke herausgegeben, — der erstere über Augenkrankheiten, der letztere über Taubheit und Geschwüre. Arnold ist Mitarbeiter verschiedener wissenschaftlicher Zeitschriften, wie z. B. des „Quarterly Journal of Medicine“, und Maurice Mitherausgeber des „Medical Forum“ und der Serie „Pocket Monographs of Practical Medicine, Short

<sup>14)</sup> Jewisch Chronicle vom 28. Oktober 1938.

Histories of Medicine." Simon Wigoder ist Vertrauensarzt der Royal London Assurance und Eugene Wolff bekannter Pathologe. Beide sind Autoren zahlreicher wissenschaftlicher Abhandlungen.

Diese kurze Zusammenstellung der führenden jüdischen Ärzte mag hier genügen. Es bleibt kommenden Arbeiten überlassen, ein Buch über die Verjudung der Medizin in England zu schreiben. Dasselbe gilt für die Zahnärzte, bezüglich deren wir jedoch von einer Aufzählung absehen möchten. Hier und im Arztberuf zeigen sich jedoch bereits Strömungen, die vor einer Überfremdung warnen. Dies ist insbesondere durch die Einwanderung jüdischer Ärzte und Zahnärzte offensichtlich geworden. Bei der Jahresversammlung der britischen Ärzteschaft im Juli 1938 sind schon eingehende Aussprachen darüber erfolgt, daß man den mehr oder weniger ungehinderten Zustrom von Emigranten nicht mehr erlauben könnte. Die Juden und ihre Freunde halten dagegen die Einwanderung dieser Personen für einen großen Vorteil für die Gesundheit des Volkes und verlangen daher weitgehende Aufenthaltsgenehmigung. Dies wurde vor allem von den Juden Viscount Samuel und Marquess of Reading im Oberhaus zum Ausdruck gebracht<sup>15)</sup>.

Es ist im Rahmen dieser Arbeit unmöglich, alle Gebiete der Wissenschaft zu behandeln, und wir wollen daher im folgenden nur einige der bekanntesten Juden auf verschiedenen Gebieten aufzeichnen.

Professor E. Andrade ist einer der führenden Physiker auf dem Gebiete der Atomforschung. Ganz kürzlich hat er für sich in Anspruch genommen, eine größere Energiequelle entdeckt zu haben als den Alpha-Artikel des Radiums<sup>16)</sup>.

Weiter gehört zu diesem Kreis A. Nahuda auf dem Gebiete orientalischer Wissenschaften. Seine Veröffentlichungen sind in Deutsch, Englisch und Spanisch erschienen. R. Barnett ist stellvertretender Konservator der Ägyptischen Abteilung und Assyrischen Antiquitäten des Britischen Museums, und J. Reven ist in gleicher Eigenschaft in der Abteilung für orientalische Bücher und Manuskripte des Britischen Museums tätig. Miß Phyllis Abraham ist Schriftleiterin im Komitee der Britischen Akademie für ein Wörterbuch im Mittelalterlichen Latein. Samuel Alexander ist Professor der Philosophie und hat fast zahllose Auszeichnungen erhalten. Ph. Guedalla ist wegen seiner geschichtlichen Veröffentlichungen bekannt. Er war früher Barrister und u. a. Rechtsberater des Kriegs- und Munitionsministeriums. Levy Leonard ist Mitglied des Institute of Chemistry und der Chemical Society, und P. E. Spielman ist bekannter Chemiker. Miß S. Rosenfeld liefert u. a. Beiträge zu zahlreichen Zeitschriften, wie z. B. „Review of

<sup>15)</sup> Daily Telegraph vom 11. u. 28. Juli 1938.

<sup>16)</sup> Daily Telegraph vom 1. Februar 1939. Jewish Year Book (1937): S. 101.

English Studies". Jakob Rich ist Mitglied des Royal Institute of International Affairs und früherer Herausgeber des „Jewish Chronicle“. A. Drn st i e n ist neben sonstigen Veröffentlichungen als Herausgeber des Jahrbuches „Property Companies“ bekannt. Ferner soll noch Sir H e n r y N o t h b a n d erwähnt werden, der sich durch Schriften über soziale Fragen einen Namen gemacht hat.

Endlich wollen wir nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß der Jude Sir Lionel F a u d e l P h i l l i p s — einer der größten Importkaufleute Großbritanniens — gemäß den eigenen Berichten des British Council dort an führender Stelle tätig ist.

## Der Jude in Kunst und Literatur

Nun wollen wir dem Leser auch einen kurzen Eindruck vermitteln, in welchem Maße die Kunst verjudet ist. Dies wird schon treffend in einem Artikel der Zeitschrift „The Jewish Peril“ vom April 1924 eingehend erörtert. Genau wie früher bei uns hatte man schon damals die entartete Kunst zur neuesten Errungenschaft erklärt. Die bekanntesten Gemäldegalerien waren in Händen von Juden. Dies galt vor allem von der Leicester, Gaupil und National Gallery. Fast überflüssig zu erwähnen, daß sich auch heute daran nichts geändert hat. Vor allem Lord Duveen und die Familie Rothenstein sind als Volljuden führend auf diesem Gebiet. Der erstere ist jetzt der ausschlaggebende Mann in der National Gallery. Er war oder ist an leitender Stelle in der Wallace Collection, National Portrait Gallery, Imperial Gallery of Art, Museum of Modern Art in New York und anderen. Außerdem ist er der Gründer der Gesellschaft zur Förderung weniger bekannter Künstler und Mitglied des National Art Collections Fund. Fast unzählige Ehrenposten und sonstige Auszeichnungen sind ihm zuteil geworden. Von ihm stammt das Werk „Thirty Years of British Art“.

Das Haupt der Familie Rothenstein ist Sir William Rothenstein. Er war Principal des Royal College of Art, Mitglied der Royal Fine Art Commission und an leitender Stelle in der Tate Gallery. Seine Gemälde und Zeichnungen befinden sich in der ganzen Welt und seine Schriften sind zahlreich und bekannt. Der älteste Sohn von Sir William ist jetzt Direktor und Konservator der Tate Gallery. Er war vorher Direktor der City Art Gallery in Leeds und in derselben Stellung an den City Art Galleries und Ruskin Museum in Sheffield. Auch er hat viele Werke herausgegeben und liefert u. a. Beiträge zu den literarischen Beilagen der „Times“. Ein anderer Sohn von Sir William, Michael Rothenstein, hat vor kurzem eine Gemäldeausstellung in der Matthiesen-Gallery veranstaltet. Der Bruder von Sir William Rothenstein hat sich inzwischen den Namen Albert Rutherford beigelegt und ist nicht weniger als die andern Mitglieder der Familie bekannt. Seine Gemälde und Zeichnungen hängen in der Tate Gallery, im Britischen Museum, im Victoria- und Albert-Museum und anderen. Verschiedene Theaterdekorationen sind von ihm entworfen. Er ist der Herausgeber der „Contemporary British Artist Series“.

Solomon J. Solomon war bekannter Porträtmaler und nach dem Kriege Präsident der Royal Society of British Artists. J. S. Amshewitz ist ebenfalls Porträtmaler, Wandmaler usw. Seine Werke finden sich u. a. in den Räumen der Londoner Börse, dem Stadthaus von Liverpool, im Südafrika-Haus am Trafalgar

Square, dem Victoria- und Albert-Museum und an vielen anderen Stellen der Welt. Er ist auch Karikaturist für die „Sunday Times“. Zwei weitere Maler sind F. E m a n u e l und H e r b e r t H o r w i k. Sie haben beide u. a. Ausstellungen in der Royal Academy und im Pariser Salon gehabt. Der erstere hat u. a. die Börse in London mit ausgestattet. E. K a p p ist ebenfalls ein bekannter Künstler. Seine Gemälde befinden sich u. a. in der National Portrait Gallery, dem Britischen Museum, dem Victoria- und Albert-Museum und im Friedenspalast des Völkerbundes in Genf. Er liefert Beiträge wissenschaftlicher Art an die Zeitschriften und Zeitungen „Time and Tide“, „New Statesman and Nation“, „Manchester Guardian“, „Daily Telegraph“, „Observer“ usw. M a r k G e r t l e r gehört der Richtung der neuen englischen Kunst an und ist auch wegen seiner entsprechenden Gemälde bekannt. J o s e p h M o r d e c a i ist bekannter Porträtmaler. Er malte z. B. König Eduard VII. und Kitchener. Das Porträt des ersteren hängt heute im St. James Palace. J a a c S n o w m a n hat die Porträts von König Georg V. und der Mutter des jetzigen Königs, Königin Mary, gemalt. Einer der heftigsten Verfechter für moderne Kunst in Wort, Schrift und Bild ist A. W o l m a r k. Er hat zahlreiche Bildausstellungen in allen Teilen der Welt gehabt. N e u b e n R u b i n ist ebenfalls ein bekannter Maler und hielt vor kurzem eine Ausstellung in Tooth's Gallery ab.

Der bekannteste, aber auch umstrittenste Bildhauer und Maler ist J a c o b E p s t e i n. Er ist als Sohn polnischer Juden im Jahre 1880 in New York geboren. Sein erster größerer Auftrag dürfte die Dekoration des neuen Gebäudes der Britischen Ärzteschaft im Jahre 1907 gewesen sein. Es handelte sich um 18 Figuren. Bei ihrer Enthüllung brach ein Sturm im Lande über seine Kunstanschauung aus. Die Mehrheit der Presse, fast sämtliche religiösen und sonstigen Körperschaften griffen ihn an. Unter den wenigen, die ihn verteidigten, war die „Times“. Seine Kunst ist u. a. von afrikanischer Bildhauerei und Kubismus beeinflusst. Nach seiner eigenen Ansicht ist „die Neger-Bildhauerei von denselben Erwägungen beherrscht wie jede andere Bildhauerei“. Seine Inspirationen führt er auf seine jüdische Abstammung zurück. Ein anderes Werk, Jesus Christus, ist, wie im übrigen fast alle seine Werke, mit großer Schärfe kritisiert und als Gotteslästerung bezeichnet worden. Unter seinen Büsten befinden sich allein zwei von Ramsay MacDonald. Infolge des jüdischen Einflusses in der Kunst braucht man sich aber nicht zu wundern, daß, nach Mitteilung der „Jewish Chronicle“ vom 19. November 1937, Epstein ausgewählt ist, auf bestimmten internationalen Ausstellungen England mit seiner Kunst zu vertreten.

Nach Aufzählung einiger der bekanntesten Juden in der Malerei und Bildhauerei wollen wir nun einen kurzen Blick auf die Literatur werfen.

Sinsichtlich der Vergangenheit wollen wir nur an die bereits genannten Juden Disraeli und Grace Aguilar erinnern. Ebenfalls aus ihrer Zeit war Sir Francis Palgrave. Er war im Jahre 1788 als Sohn des Volljuden Meyer Cohen geboren. Im Jahre 1823 trat er zum Christentum über und nahm den Namen Palgrave an. Bereits neun Jahre später wurde er in den Ritterstand erhoben. Neben vielen geschichtlichen Werken hat er zahllose Veröffentlichungen leichterer Art herausgegeben. Sie aufzuzählen ist unmöglich. Er ist im Jahre 1861 verstorben<sup>1)</sup>.

Seine vier Söhne machten sich ebenfalls auf verschiedenen Gebieten einen Namen. So war Francis Turner Palgrave (1824—1897) Herausgeber des „Golden Treasury of English Songs and Lyrics“ und Professor der Poesie in Oxford. William Gifford Palgrave (1826—1888) ist wegen seiner Reiseerzählungen, so vor allem durch das Buch „A Year's Journey through Central and Eastern Arabia“ und durch seine Tätigkeit im Konsulardienst bekannt geworden. Robert Harry war der Herausgeber des „Dictionary of Political Economy“ (1827—1919), und Sir Reginald Francis Palgrave (1829—1903) war Clerk des Unterhauses<sup>2)</sup>.

Israel Sangwill, der spätere Zionistenführer, hat neben Veröffentlichungen über rein jüdische Geschehnisse auch Werke allgemeiner Art verfaßt, wie z. B. „Six Persons“, „Three Penny Bits“, „The Revolting Daughter“, „The Moment of Death“ usw., die den Beifall des Publikums von England und Amerika gefunden haben sollen. Seine Gedichte sind unter dem Titel „Blind Children“ erschienen<sup>3)</sup>.

Endlich wollen wir aus der älteren Generation noch Sir Sidney Lee erwähnen. Er ist im Jahre 1859 als Solomon Lazarus geboren. Später änderte er seinen Namen in Sidney Lee und wurde im Jahre 1911 in den Stand eines Baronets erhoben. Es gibt zahlreiche Schriften von ihm über Shakespeare, und er hat sich, wie unsere derzeitigen Ausführungen zeigten, eingehend mit dem Problem der Schuld von Roderigo Lopez, dem Vorbild von Shakespeares Shylock, beschäftigt. Seine Werke über den größten englischen Dichter haben weitgehende Verbreitung gefunden. Neben dieser Tätigkeit dürfte er vor allem durch seine Mitarbeit bei der Herausgabe des „Dictionary of National Biography“ bekannt geworden sein. Für die ersten 21 Bände war er Mitarbeiter des Herausgebers Leslie Stephen, für die nächsten 5 Bände war er Mitherausgeber und für die 27 bis 63 und die späteren Nachträge von insgesamt 41 Bänden war er alleiniger Herausgeber. Er hat neben vielen anderen ein Werk über

<sup>1)</sup> Gentleman's Magazine von 1861, Teil II: S. 441—445. Dictionary of National Biography: Bd. 15, S. 107—108.

<sup>2)</sup> Dictionary of National Biography: Bd. 15, S. 109—110. Jewish Encyclopedia: Bd. 9, S. 505.

<sup>3)</sup> Jewish Encyclopedia: vol. 12, S. 633—635.

Königin Victoria geschrieben. König Georg V. hat ihm unter Zurverfügungstellung aller Archive den Auftrag erteilt, eine Biographie seines Vaters, Königs Eduard VII., zu schreiben. Seine übrigen Veröffentlichungen sind so zahlreich, daß sie unmöglich genannt werden können. Sir Sidney starb unverheiratet im Jahre 1926<sup>1)</sup>.

Zu den modernen Dramatikern und Schriftstellern gehören u. a. Major J. Brandon, F. Emanuel, V. Spero und Benn Levy mit vielen bekannten Veröffentlichungen, wie „The Devil“, „Evergreen“, „The Poet's Hart“ und anderen<sup>2)</sup>. Ganz besonders produktiv ist der Solicitor Harold Rubinstein gewesen. Schon seit 1913 sind Veröffentlichungen von ihm bekannt, wie z. B. „Consequences“, „Exodus“, „Churchill“, „The Dickens of Gray's Inn“, „Prelude to Tragedy“ u. a. Endlich ist er noch Sekretär der „League of British Dramatists“. Marion Spielmann ist führend als Schriftstellerin und Kunstkritikerin. Es ist unmöglich, hier all ihre Werke und Posten aufzuzählen. Sie hat Beiträge zu „Bryan's Dictionary of Painters“ und zum „Dictionary of National Biography“ geliefert und hat an verschiedenen Ausgaben des Kunstabschnittes in der „Encyclopedia Britannica“ mitgearbeitet. Die „New Art Library“ ist z. T. von ihr mit herausgegeben worden, und seit 17 Jahren ist sie für die Veröffentlichung des „Magazine of Art“ verantwortlich. Ihre Aufsätze in führenden Zeitschriften und Zeitungen sind kaum zu zählen. Ihre Namensvetterin Mabel Spielmann hat zwar nicht einen so großen Ruf, jedoch sind auch ihre Werke, wie z. B. „The Rainbow Book“ bekannt. Weitere Juden und Jüdinnen, nämlich Lily Tobias, Rose Wolf, S. Bensuan, Hannah Berman, Regina Block und M. Burstein sind mit Arbeiten hervorgetreten. Humbert Wolfe, ein höherer Beamter des Arbeitsministeriums, hat viele Bände in Poesie, Prosa und Satire herausgegeben. Louis Sangwill kann ebenfalls auf die Veröffentlichung zahlreicher Arbeiten zurückblicken, was auch für Gladys Stern gilt. Ihre Theaterstücke, wie „The Matriarch“, „The Man who pays the Piper“ fanden großen Zuspruch beim Londoner Publikum. Außerdem wollen wir nur noch die Sassoon's, nämlich Alfred, David, Flora und Siegfried nennen. Unter ihnen ist besonders der letztere mit zahlreichen Werken in Poesie und Prosa bekannt geworden. So finden wir von ihm „Memoirs of a Fox Hunting Man“, „Vigils“, „The Old Century“, „Sherston's Progress“ und War Poems. Die letzteren sind Kriegsgedichte und bewegen sich etwa auf dem gleichen Niveau wie früher auch die in Deutschland von Juden verfaßten Arbeiten.

<sup>1)</sup> Jewish Encyclopedia: vol. 7, S. 661—662. Dictionary of National Biography: 1922—1926, S. 197—202. Times vom 4. u. 6. März 1926.

<sup>2)</sup> Jewish Year Book (1937): S. 409, 434, 464, 502. Who's who (1939): S. 1882ff.



Zum Schluß wollen wir noch einen Kunstkritiker, nämlich *Reginald Wilenski*, nennen. Im Krieg war er im Geheimdienst. Seine Werke und Aufsätze, wie z. B. im „Observer“, „Apollo“, „The Studio“, haben in England weitgehende Beachtung gefunden.

Auf dem Gebiet der Musik dürften keine Ausnahmen gegenüber den vorerwähnten Gebieten bestehen. So ist *Gertrude Mzulay* Professorin am Trinity College für Musik, Autorin des Buches „*Youth Own Book of Great Composers*“ und Herausgeberin von „*Adult Albums*“. *Gustav Pearson* ist Mitglied und Prüfer des National College of Music, und *Harriet Cohen*, sehr bekannt in Musikkreisen, wurde im Jahre 1924 ausersehen, England bei den Internationalen Festspielen in Salzburg zu vertreten. Als Pianist dürfte *Mark Hamberg* in England anerkannt sein, und *Lionel Tertis* hat sich u. a. wegen seiner Kompositionen für Viola einen Namen gemacht. *Moses Biariz*, vor kurzem verstorben, war anerkannter Musikkritiker und Berater der Columbia Graphophone Co. sowie Autor vieler Aufsätze in verschiedenen Musikzeitschriften. Er war im übrigen einer der Gründer der Sozialistischen Partei von England. *Sir Ronald Landon* genießt einen großen Ruf als Dirigent, Komponist und Leiter der Guildhall School of Music. Von ihm sind viele Veröffentlichungen über Musik vorhanden. Im Jahre 1918 wurden ihm besondere Ehren seitens der Freimaurer zuteil. Er war u. a. als Musikkritiker für folgende Zeitungen und Zeitschriften tätig: „*Artist*“, „*The Outlook*“, „*The Tatler*“, ferner als Herausgeber der „*Musical News*“, Schriftleiter des musikalischen Teils der „*News Chronicle*“.

Das Theaterwesen kann sich auch nicht über mangelnde Beeinflussung durch die Juden beklagen. Dies ergibt sich z. B. ohne weiteres aus einer Zusammenstellung der „*Jewish Chronicle*“ vom 11. September 1936 für das vorausgegangene Jahr. Danach waren die aufgeführten Stücke der verflossenen Spielzeit zu einem nicht geringen Teil von jüdischen Autoren, wie *Schnitzler*, *Sarah Millin*, *H. Bernstein*, *Bella* und *Samuel Spewack*, *H. Wolfe*, *Ernst Toller* u. a. Die Zahl der jüdischen Schauspieler war auch recht beträchtlich. *Henry Raß* fungierte als Regisseur an „*Old Vic*“-Theater, einer Bühne, die sich fast ausschließlich Shakespeare-Aufführungen widmet. Am besten ergibt sich aber die Beherrschung des Theaters daraus, daß viele, und nicht die schlechtesten und unbedeutendsten, in Händen von Juden sind.

Das Theatre Royal, Drury Lane, hat zwei jüdische Direktoren, nämlich *J. B. Joel*, den Goldmagnaten, und *Louis Dreyfus*<sup>9)</sup>. Eine andere Theater-Gesellschaft, *Associated Theatre Properties (London) Ltd.*, hat als Vorsitzenden *Sir Harold Werher* und *M. Gumpert* sowie *M. S. Myers* als Direk-

<sup>9)</sup> Stock Exchange (1938): S. 1924. Directory of Directors (1938): S. 913f.

toren. Alle drei Personen sind Juden. Dieser Gesellschaft gehören das Apollo-Theater, Cambridge-Theater, His Majesty's Theater, Shaftesbury-Theater, Adelphi-Theater sowie Gaiety-Theater. Daneben kontrolliert die genannte Gesellschaft noch die Associated Catering Co. Ltd., die den gesamten Restaurationsbetrieb innehat, und die Theatrical and General Advertising Co. Ltd., die einen großen Teil des Anzeigengeschäftes und der damit zusammenhängenden Gebiete im Theaterwesen kontrolliert.

## Der Rundfunk

Am Schluß unserer Ausführungen über die Verjudung der einzelnen Gebiete des britischen Lebens müssen wir noch auf den Rundfunk und die Presse kommen. Beide sind heute die ausschlaggebendsten modernen Mittel, mit denen man ein Volk lenken kann.

Einer der ersten Direktoren der Rundfunk-Gesellschaft, der British Broadcasting Corporation oder, wie man sie meistens zu nennen pflegt, „B. B. C.“, war der aus dem Marconi-Standal dem Leser bereits bekannte Godfrey Isaacs. Es ist das Verdienst von Lane, darauf hingewiesen zu haben, daß bereits am Anfang Juden und ihre sozialistischen Freunde, nämlich z. B. Lord Sanken, der Erzbischof von York und der Jude Professor S. Kaspi an leitender Stelle tätig waren. So kann man sich nicht wundern, daß das Programm entsprechend war und ist. Schon vor dem Jahre 1934 war es nichts Seltenes, daß Juden und Kommunisten verherrlicht wurden. Die Werke des obengenannten Jacob Epstein und das bolschewistische Rußland wurden gepriesen. Persönlichkeiten mit entgegengesetzten Ansichten kamen kaum zu Worte. So ist Nesta Webster, die verschiedene Veröffentlichungen gegen Freimaurer und Juden herausgegeben hat, die Möglichkeit genommen worden, im Rundfunk zu sprechen. Auch Sir Oswald Mosley ist trotz seiner diesbezüglichen Bitte bislang jede Benutzung zur Darlegung seiner Grundsätze und Ideen verweigert worden. Über den eigentlichen Mitarbeiterstab ist wenig, oder besser gesagt, nichts bekannt. Lane hat es einmal unternommen, eine diesbezügliche Anfrage an die Leitung der B. B. C. zu richten. Der Erfolg war eine schroffe Absage<sup>1)</sup>.

Die „Jewish Chronicle“ erscheint am Freitag einer jeden Woche und bringt am Schluß ihres umfangreichen Inhalts einen Ausschnitt aus dem Rundfunkprogramm der folgenden Woche. Diese bezieht sich meistens auf die Rundfunksendungen von ganz Europa. Das Besondere daran ist aber, daß nur die Veranstaltungen genannt werden, die dem Charakter nach jüdisch sind, d. h. bei denen entweder jüdische Musik, Kunst und Literatur oder Juden als Aufführende tätig sind. Da die Auswahl von dem amtlichen Organ der britischen Judenschaft getroffen ist, haben wir keinerlei Bedenken, sie als richtig anzuerkennen. Um einen Überblick zu erhalten, haben wir bezüglich gewisser Zeiträume der Jahre 1936, 1937 und 1938 diesbezügliche Untersuchungen angestellt. Für die Zeit vom 15. Mai bis 23. Oktober 1936, also 24 Wochen, sind 242 derartige Darbietungen erfolgt. Eine ähnliche Stichprobe für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1937, mithin 14 Wochen, ergab die Zahl von 263, denen eine Ziffer von zusammen 56 Auf-

<sup>1)</sup> Lane: S. 84—95.

führungen auf dem gesamten Kontinent gegenübersteht. Das Jahr 1938 zeigt eine beträchtliche Zunahme, denn für die Zeit vom 14. Oktober bis 30. Dezember, also 12 Wochen, belief sich die Ziffer der Sendungen auf 366, während in der gleichen Zeit nach Angabe der genannten Zeitschrift auf dem Kontinent nur 16 derartige Sendungen erfolgten. Nach alledem haben wir für das Jahr 1936 einen wöchentlichen Durchschnitt von 10, für das nächste Jahr einen solchen von 20 und für das verflossene Jahr 1938 von 30. Nichts dürfte besser als diese nackten Ziffern den Geist der B. B. C. beleuchten. Anscheinend ist man dabei, diese Rate für das laufende Jahr 1939 erheblich zu erhöhen, denn gemäß der ersten Nummer der „Jewish Chronicle“ vom 6. Januar 1939 belaufen sich die diesbezüglichen Darbietungen für die darauffolgende Woche auf 40. Wie gering sind diesen Zahlen gegenüber die diesbezüglichen Veranstaltungen auf dem ganzen Kontinent, wo es ja auch noch immer genug judenfreundliche Staaten gibt. Es dürfte hierbei interessieren, daß in England sogar am 24. Juni 1936 abends für eine gewisse Zeit ein ausschließlich jüdisches Programm mit Richtstrahlern nach Südafrika gesandt worden ist.

# Pressejuden

Es dürfte wohl selten ein Land in der Welt geben, in welchem die Presse einen so großen Einfluß hat wie in England. Dies liegt zunächst daran, daß die Zeitungen zu einem unverhältnismäßig geringen Preis erhältlich sind und infolgedessen eine große Verbreitung haben. Es gibt in England Zeitungen, die täglich zwei Millionen und mehr Exemplare absetzen. Dies bedeutet, daß nicht nur zwei Millionen Leser der betreffenden Zeitungen vorhanden sind, sondern mindestens die doppelte Anzahl, da eine Zeitung entweder von allen Familienmitgliedern oder von Freunden des Käufers mit eingesehen wird. Dabei ist es durchaus möglich, daß bei einem Umsatz von zwei Millionen etwa sieben Millionen Leser anzunehmen sind. Wie dem auch sei, bei einer Gesamtbevölkerung Großbritanniens von etwa 46 Millionen kann man ermessen, welchen Einfluß eine Zeitung mit der angegebenen Verkaufsziffer haben muß.

Hinzu kommt, daß der Durchschnittsengländer nur allzu willig glaubt, was seine Zeitung bringt, und daß er alle anderen Mitteilungen von vornherein als unwahr ablehnt oder zumindest zweifelnd behandelt.

Das Zeitungswesen wird neben einigen wichtigen Ausnahmen, die noch genannt werden, von den folgenden sechs großen Gruppen beherrscht:

1. Odhams Preß
2. Beaverbrock-Gruppe
3. Berrn-Gruppe
4. News-Chronicle-Gruppe
5. Daily-Mail-Gruppe
6. Westminster Preß.

In all diesen Konzernen werden wir entweder Juden an führender Stelle feststellen oder aber ihren Geist verspüren.

Einer der Juden, die einen beherrschenden Einfluß auf die Odhams-Presse haben, ist Baron Southwood of Fernhurst. Sein früherer Name war Julius Salter Elias. Er wurde erst vor kurzem geadelt<sup>1)</sup>.

Er ist zunächst Vorsitzender (Chairman) der Illustrated Newspapers Ltd. Dieser gehört: „The Tatler“, „The Drapers Record“, „Men's Wear“, „The Bytander“ und „The Sphere“, mit welcher letzterer „The Graphic“ verschmolzen ist. Außerdem kontrolliert sie direkt „British National Newspapers“. Letztere beherrscht sie zusammen mit Inveresk Paper Comp. Ltd.<sup>2)</sup>, was ebenfalls auf eine enge Verbundenheit mit der letzteren hinweist.

<sup>1)</sup> Jewish Chronicle vom 3. September 1937.

<sup>2)</sup> Stock Exchange Yearbook (1933): S. 1419, 1442ff.

Ferner hat sie einen großen Einfluß in Illustrated London News & Sketch Ltd., bei der Lord Southwood ebenfalls Vorsitzender ist. Diese Gesellschaft wiederum gehört Casselles & Co. Ltd. und kontrolliert Sporting & Dramatic Publishing. In der letzteren ist Lord Southwood ebenfalls Vorsitzender. Sie veröffentlicht die „Illustrated Sporting & Dramatic News“.

Endlich ist er noch Vorsitzender und Geschäftsführer in Odhams Press Ltd. und Direktor in Odhams Properties Ltd. Letztere Gesellschaft wurde hauptsächlich gebildet, um die Rechte zur Veröffentlichung der Zeitung „The People“ zu erwerben. Diese Zeitung erscheint heute in einer Auflage von über drei Millionen. Die erstere Gesellschaft stellt aber die weitaus größte Beteiligung von Lord Southwood dar.

Sie wurde u. a. deshalb gebildet, um sämtliche Rechte von „John Bull Ltd.“ zu erlangen, die auch heute noch „John Bull“ und „Evening Woman“ herausbringt. Dieser Gesellschaft gehören ferner alle Anteile von Comina Fashions Ltd., Dean & Son Ltd., English Newspapers Ltd., Gosnau Advertising Ltd., Kinematograph Publications Ltd., Press Printers Ltd., Melody Maker Ltd., M. N. P. & Co. Ltd., Woman's London Printing Co. Ltd. Ferner kontrolliert sie Clarion Press Ltd., Odhams (Watford), Victoria House Printing Co. Ltd., Feathered World Ltd. und Willbank Publications Ltd.

Aus diesen zahlreichen Gesellschaften gehen u. a. hervor<sup>3)</sup>:

1. The Melody Maker
2. Kinematograph Weekly
3. Picturegoer
4. Electrical Trading
5. Weekly Illustrated
6. Passing Show
7. Ideal Home
8. Broadcaster
9. Sporting Life
10. 20 Story Magazine.

Endlich wird aber von der Odhams Press Ltd. der „Daily Herald“ mit einer Auflageziffer von täglich über zwei Millionen herausgegeben. Es ist das amtliche Organ der marxistischen Arbeiterpartei. Ein weiterer Jude, M. C a s t e r m a n, war noch vor einem Jahre literarischer Redakteur (literary Editor) und stellvertretender Schriftleiter für Außenpolitik im Stabe dieser Zeitung. Jetzt ist er Hauptkorrespondent für auswärtige Angelegenheiten (Chief Foreign Correspondent). Ganz früher war er Schriftleiter für Außenpolitik im „Daily Express“ Seine Verdienste um die Sache der Zionisten sind groß.

<sup>3)</sup> The Writers' and Artists' Year Book (1938): S. 62, 54, 81, 30, 110, 78, 48. Odhams: S. 45.

Von der Größe dieses Zeitungskonzerns kann man sich ungefähr dann einen Begriff machen, wenn man von seinem Mitbegründer hört, daß er nicht weniger als 60 Zeitungen druckt und schon im Jahre 1934 zehntausend Leute beschäftigte. In der Sitzung der Aktionäre vom 1. Mai 1934 teilte Lord Southwood mit, daß der Umsatz während des Geschäftsjahres über £ 8,500,000,— gewesen sei. An Gehältern und Arbeitslöhnen seien allein £ 2,000,000,— gezahlt worden. Der Papierverbrauch hätte sich auf 132 000 tons belaufen<sup>4)</sup>.

Zu der Beaverbrook-Gruppe gehören:

1. „The Daily Express“, Auflage etwa 2 500 000
2. „Sunday Express“, Auflage etwa 1 500 000
3. „The Evening Standard“, Auflage etwa 500 000<sup>5)</sup>.

Lord Beaverbrook, dem diese Gruppe praktisch gehört, dürfte den Juden freundlich gegenüberstehen. Er und der Jude Lord Melchett waren Duasfreunde<sup>6)</sup>. Am 7. März 1928 schrieb Lord Beaverbrook im „Daily Express“ daß „nicht die Fehler, sondern die Tugenden die Juden in England unpopulär, verdächtig und verhaßt machten“. Außerdem ist er besonders stolz, daß er vor einiaen Jahren den Juden Edwin Montagu, damals Staatssekretär für Indien, fast alleine verteidigt hätte. Ebenfalls teilte er mit, daß sein Anwalt der Jude Sir George Lewis<sup>7)</sup> sei. Noch am 4. Dezember 1930 drückt er seine Zufriedenheit damit aus, daß man in England keinen Antisemitismus kenne. Am 17. September 1930 finden wir im „Daily Express“ bereits ähnliche Gedanken, nur noch etwas mehr im positiven Sinne. „Die kommerziellen und intellektuellen Fähigkeiten der Juden“, so schreibt Lord Beaverbrook, „sind deshalb so hervorragend in Großbritannien, weil weder ein Bann noch eine Schranke für sie besteht. Bei uns ist die Judenfrage durch das völlige Aufgehen der Juden in unsern vielseitigen Tätigkeiten gelöst, und die Nation ist daher reicher und glücklicher. Auf dem Kontinent wird man mit der Zeit erkennen, daß es keine andere Regelung gibt.“

Dies dürfte genügen, um die Einstellung des hauptverantwortlichen Leiters der Beaverbrook-Gruppe aufzuzeigen. Daneben fanden und finden wir Juden in leitenden Stellungen. So war R. D. Blumenfeld früher Herausgeber des „Daily Express“, dann Vorsitzender derselben Zeitung. Wir erinnern daran, daß der Jude M. Gasterman bis vor kurzem Schriftleiter für die außenpolitische Abteilung des „Daily Express“ war. Lord Castlerosse ist Direktor der drei zum Konzern gehörenden Zeitungen. Er schrieb am 30. Mai 1930 im „Daily Express“, daß „wenn er Jude wäre, er sein Geld in Amerika verdienen, dagegen

4) Odham's: S. 43—44.

5) Daily Express vom 9. Dezember 1938. Soames: S. 54.

6) Bolitho: Lord Melchett, S. 337.

7) Daily Express vom 9. April 1923.

in England ausgeben würde, weil dort nur Dummköpfe Antisemiten seien“.

In der Berry-Gruppe sind etwa 30 Zeitungen vereinigt. Das Hauptblatt ist der „Daily Telegraph“ mit einer Auflageziffer, die sich stark der Zweimillionengrenze nähert. Die politische Haltung dieser Zeitung dürfte in Deutschland allgemein bekannt sein. Sie ist eine der deutschfeindlichsten und eine der judenfreundlichsten. Lord Camrose ist als das Haupt dieser Gruppe anzusehen, die sich im übrigen fast ausschließlich in Händen seiner Familie mit dem Namen Berry befindet. Lord Camrose hat wohl kein jüdisches Blut in den Adern. Unbestritten dagegen sind die nahen Beziehungen der Familie Berry zu den Juden. Eines ihrer jüngeren Mitglieder hat eine Tochter Rothschilds geheiratet<sup>8)</sup>.

Die „News Chronicle“-Gruppe umfaßt die „News Chronicle“ mit einer Auflage von etwa 1 500 000 und den „Star“ mit etwa 700 000 Exemplaren. Daneben hat sie noch verschiedene Provinzialblätter. Es dürfte kaum einem Zweifel unterliegen, daß diese Gruppe unter jüdischem Einfluß steht.

Bis zum November 1936 wurde sie von der United Newspaper Ltd. kontrolliert, deren Vorsitzender im Jahre 1926 der Jude Lord Reading wurde<sup>9)</sup>. Diese Gesellschaft wurde von der Daily Chronicle Investment Corporation beherrscht<sup>10)</sup>. Sie soll nun wieder von der General Investors and Trustees Ltd. kontrolliert worden sein<sup>11)</sup>. Von den Direktoren der letzteren sind allein drei Juden, nämlich Harry Kahn, Maurice Stern, Felix Rose (früher Rosenheim). Nach Mitteilung von „Action“ waren die Inhaber der Aktien dieser Gesellschaft fast ausnahmslos Juden.

Nun ist aber formell eine Veränderung in diesen finanziellen Verpflichtungen der „News Chronicle“ gegenüber der letztgenannten Gesellschaft eingetreten. Denn im November 1936 wurden die Interessen der United Newspaper Ltd. an dieser Zeitung der Daily News Ltd. übertragen.

Zu der „Daily Mail“-Gruppe gehören u. a. die „Daily Mail“ mit einer Auflage von fast zwei Millionen und die „Evening News“ mit etwa 700 000 Exemplaren. Bis vor ganz kurzer Zeit waren dies die beiden einzigen Tageszeitungen Londons, die sich für eine Freundschaft mit Deutschland einsetzten. Das hat aber nur so lange gedauert, wie Lord Rothermere die Mehrheit der Aktien besaß. Inzwischen ist dies nicht mehr der Fall. Vielmehr wird die Gruppe jetzt von einem Manne beherrscht, der hinter einem Aktienpaket steht. Sein Name ist nicht zu erkennen, da die Aktien in Bank-Treuhändergesellschaft gehalten werden. Man vermutet in dieser Person einen von drei Juden, nämlich Rothschild, Sieff oder Sir John Ellerman.

<sup>8)</sup> Who's who (1938): S. 536. Stock Exchange (1938): S. 847. Action vom 2. April 1936.

<sup>9)</sup> Jackson: S. 237.

<sup>10)</sup> Stock Exchange (1938): S. 1974, 1160—1161.

<sup>11)</sup> Action vom 12. März 1936.



Wie wir bereits oben ausführlich auseinandergesetzt haben, ist Lord Rosebery Halbjude, und eine seiner Töchter heiratete den Marquess of Crewe, der ebenfalls jüdisches Blut in seinen Adern hat. Lord Rosebery hat Interessen in der Westminster Press, in der er Direktor ist. Dieser Gesellschaft gehören alle Anteile an der Bradford District Newspaper Company Ltd.; sie hat direkte Kontrolle über folgende Gesellschaften:

Barrow News and Mail Ltd.  
Bedfordshire Standard Ltd.  
Bedfordshire Times Publishing Co. Ltd.  
Birmingham Gazette Ltd.  
City and Town Building Ltd.  
Darlington and Stockton Times Newspaper Co. Ltd.  
Durham Country Advertiser and General Printing Co. Ltd.  
Lancaster Guardian Ltd.  
Lincolnshire Guardian Printing and Publishing Co. Ltd.  
Lincolnshire Newspaper Ltd.  
North of England Newspaper Co. Ltd.  
Northern Press Ltd.  
Nottingham Journal Ltd.  
Oxford Times Ltd.  
Stamford Mercury Ltd.  
Swindon Press Ltd.  
Westmorland Gazette Ltd.  
Wm. Dresser and Sons Ltd.  
Wiltshire Gazette Ltd.

Diese Gesellschaften geben eine große Anzahl von Zeitungen heraus. Nach der Zusammenstellung von Grünbeck von Anfang 1936 veröffentlichten sie vier Morgenblätter, neun Abendblätter, eine Sonntagszeitung, achtunddreißig Wochenzeitungen und acht Sportzeitungen<sup>12)</sup>.

Aber die außerhalb dieser sechs Gruppen stehenden Zeitungen sind zum Teil ebenfalls von erheblichem Einfluß, Dies gilt zunächst für die „Times“. Vor nicht langer Zeit hatte der verstorbene Jude Sir John Ellerman große Interessen an dieser Zeitung, aber bereits vor seinem Tode verkaufte er seine Aktien wieder<sup>13)</sup>. So kann man im Augenblick weder einen Direktor noch namhaften Beteiligten in der „Times“ feststellen, der Jude ist. Im Verlauf dieser Abhandlung sind uns aber so oft begeisterte Artikel der „Times“ zugunsten der Juden bis in die jüngste Zeit begegnet, daß es wohl kaum nötig ist, auf ihre Einstellung und einzelnen Artikel hinzuweisen.

Der „Sunday Referee“ gehört dem Juden I s i d o r e D i s t r e r , der bereits bei der Filmindustrie behandelt worden ist. Er hat verschiedene Bücher über wirtschaftliche Fragen, insbesondere über

<sup>12)</sup> Grünbeck: Bd. 2, S. 135—136.

<sup>13)</sup> Times vom 18. Juli 1933.

solche, die mit Gold zusammenhängen, geschrieben. Maurice Ostler, sein Bruder, ist Vorsitzender der Sunday Referee Publishing Co. Ltd. Die betreffende Zeitung gehörte im übrigen früher ebenfalls einem Juden, und zwar Mark Goulden. Seit dem Jahre 1932 ist letzterer Hauptschriftleiter des „Sunday Referee“. Nach dem „Who's who“ von 1938 hat er diesen Posten noch inne, während es nach dem jüdischen Communal Directory so aussieht, als ob er ihn seit dem Jahre 1935 aufgegeben hat. Bis zum Jahre 1929 war er u. a. Hauptschriftleiter der „Eastern Morning News“ und anderer Zeitungen; danach Herausgeber der „Northshire Evening News“. Die Auflage des „Sunday Referee“ beträgt etwa eine Million.

Zur Zeit sind die Eigentumsverhältnisse des „Daily Mirror“ nicht ganz geklärt. Es ist eine Tageszeitung mit etwa einer Million Exemplaren. Man sagt, der Jude Israel Sieff hätte beträchtliche Interessen darin. 600 000 Aktien sind im Besitze einer Bank als Treuhänder. Vielleicht gehören ihm diese. Andere Juden, wie Nathan Wolff und Meyerstein, werden ebenfalls genannt. Auf jeden Fall hat die Familie des Juden Sir John Ellerman einen erheblichen Anteil daran. Neben seinen Interessen im „Daily Mirror“ spricht man auch noch von weiteren Beteiligungen dieses Millionärs in der Presse. Es ist nämlich bekanntgeworden, daß Sir William Cox, sein Geschäftsführer, 480 000 Aktien in der Odhams Press gekauft hat. Man ist sich nicht darüber klar, ob dieser Ankauf für Sir John Ellerman erfolgt ist. Wie dem auch sei, Sir John Ellerman dürfte durch seinen Geschäftsführer einen großen Einfluß auf Odhams Press ausüben, da Sir William Cox Vizepräsident dieser Gesellschaft ist<sup>14)</sup>.

Die Zeitschrift „The Leader“ ist erheblich gegen Deutschland eingestellt. Dies ist wahrscheinlich nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß H. Hymas, ein führender Freimaurer und Jude, an verantwortlicher Stelle steht<sup>15)</sup> und Mitherausgeber ist. Der Eigentümer der genannten Zeitschrift ist Alfred Cosher<sup>16)</sup>, wahrscheinlich auch ein Jude. Er war im übrigen in den Skandal des früheren Ministers J. Thomas verwickelt.

Ganz besonders groß ist aber der Einfluß der Juden auf die Gestaltung des Inhalts der Zeitungen und Zeitschriften. Wir haben bereits oben häufig Gelegenheit gehabt, auf die Mitarbeit zahlreicher Juden aufmerksam zu machen und dürfen wohl jetzt darauf verweisen. Darüber hinaus wollen wir noch einige diesbezügliche Juden aufführen.

D. Magarschak war früher Herausgeber der „Foreign Affairs“. Israel Cohen ist ein bekannter Journalist und zur Zeit Generalsekretär der Zionistischen Organisation. Er war

<sup>14)</sup> Evening Standard vom 19. September u. 11. Oktober 1938. Daily Express vom 11. Januar 1939. The Britisher vom 15. September 1937.

<sup>15)</sup> Jewish Chronicle vom 7. Februar 1936.

<sup>16)</sup> Action vom 16. Januar 1937.

früher Korrespondent des „Glasgow Herald“ und „Globe“, und zeitweise als Spezialkorrespondent für die „Times“, „Manchester Guardian“, „Westminster Gazette“ u. a. tätig. Noch heute schreibt er Artikel für die „Quarterly Review“, „Fortnightly Review“, „Nineteenth Century“, „Contemporary“, „Times“ usw.

In diesem Zusammenhang wollen wir auch nicht vergessen, einen der bekanntesten Journalisten Großbritanniens, nämlich Herbert S i d e b o t h a m, zu erwähnen. Er ist nicht Jude, aber er steht dieser Rasse sehr nahe. Unter seinen Pseudonymen „Candidus“ im „Daily Sketch“, „A Student of Politics“ im „Daily Telegraph“, und als „Scrutator“ in der „Sunday Times“ usw. hat er Weltbedeutung erlangt. Seine Sympathien für die Juden sind so stark, daß man ihn beinahe einen Zionisten nennen kann, zumal er selbst diese Verbindung betont. Er hat verschiedene Bücher über Palästina und die mit der Balfour-Erklärung zusammenhängenden Fragen geschrieben. Schon ganz früh, im Jahre 1916, gehörte er dem ursprünglichen Britischen Palästina-Komitee in Manchester an und war auch Mitglied der „Palestine Mandate Society“.

Der Jude L e o n a r d W o o l f ist neben seinen Schriften auch durch seine Tätigkeit in der Presse bekanntgeworden. So war er früher Herausgeber der „International Review“, ferner des internationalen Teils der „Contemporary Review“, des literarischen Teils von „The Nation“, seit 1931 ist er Mitherausgeber der „Political Quarterly“. Daneben hat er noch im Jahre 1917 die „Hogarth Press“ gegründet.

Endlich ist der Jude M o r t i m e r E p s t e i n Herausgeber des „Annual Register“ und des „Statesman's Year Book“.

Außer den obigen belegten Hinweisen gibt es die viel größeren, nach außen hin unsichtbaren Einflüsse der Juden. Folgende Beispiele mögen das erhellen.

Lord Rothermere hatte vor einigen Jahren in der damals von ihm kontrollierten Zeitung „Daily Mail“ begonnen, sich für die nationalsozialistische Bewegung von Sir Oswald Mosley einzusetzen. Nach einigen Wochen wurden seitens Juden und ihrer Freunde, wie uns aus verlässlicher Quelle berichtet wurde, die Insertion in der betreffenden Zeitung aufgegeben. Binnen kurzem hatte Lord Rothermere zwischen dem Eingehen seiner Zeitung oder Aufgabe seiner Politik zu wählen. Um seine Zeitung zu erhalten, wählte er letzteres.

Hier sei nicht vergessen, zu erwähnen, daß auch ein großer Teil der Verleger entweder jüdisch oder jüdisch beeinflusst ist. Zu den ersteren gehört z. B. V i c t o r G o l l a n c z. Er ist Vorsitzender und Geschäftsführer der „Victor Gollancz“, einem großen Verlag. Ferner ist er Geschäftsführer der Mundanus Ltd. und Vorsitzender der Faval Press Ltd. Seine politische Einstellung zeigt sich am besten dadurch, daß er Gründer des Left Book Club ist. Diese Vereinigung gibt zahlreiche verbilligte Bücher heraus, die mehr

oder weniger alle marxistische Tendenz haben und nicht selten gegen das Dritte Reich gerichtet sind. Die Beeinflussung der Bevölkerung durch diese Bücher war und ist so stark, daß sich nationale Kreise bewogen fühlten, als Gegengewicht einen Night Work Club zu bilden.

Eine sehr bekannte Verlagsfirma ist auch fast ausschließlich jüdisch. Es handelt sich um Tuck (Raphael and Sons) Ltd. Der Jude Gustave Tuck ist als Vorsitzender und Geschäftsführer, Sir Reginald Tuck und D. A. Tuck sind als Direktoren tätig. Die Gesellschaft kontrolliert auch ihre anderen Niederlassungen in New York und Paris. Das Kapital beträgt £ 500,000,—.

Bis vor kurzem war auch der Jude Sir Leon Levison Vorsitzender der bekannten Verlagsanstalt von Marshall, Morgan, S. Scott.

## Zusammenfassung und Rückblick

Hier brechen wir ab. Eine Fülle von Ereignissen und Gestalten ist an uns vorbeigezogen und hat das erschreckende Ausmaß der Verjudung Englands sichtbar gemacht. Es mag dahingestellt sein, wieweit diese Vermischung bester rassistischer Schichten mit denen des gefährlichen Parasitenvolkes Zufall oder Absicht ist. Wir wollen hier nicht erörtern, ob vielleicht der englische Adel, die ausgeprägte britische Herrenschicht, unbewußt oder in scheinbar kluger Voraussicht die gefährlichen, plutokratisch und machtmäßig besonders hervorragenden Vertreter des Judentums in sich und seine Kreise aufnimmt und damit zu neutralisieren glaubt. Es sei ebenfalls dahingestellt, ob die starke Schicht des englischen Judentums sich bewußt mit dem englischen Adel vermischt, um ihrerseits diese etwa unbequeme Herrenschicht in ihrer Gefährlichkeit und Machtfülle zu neutralisieren. Zufall oder Absicht, das ist hier gleichgültig, wenn wir auch mehr an die beiderseitige Absicht glauben. Entscheidend und von Bedeutung ist hier der Erfolg dieser wahnsinnigen Politik.

Das Ausmaß des verjudeten englischen Lebens läßt sich nach dem in diesem Werk in den letzten Kapiteln nur andeutungsweise gebrachten Material nicht mehr unterschätzen. Mag die Aufzählung von Namen und Organisationen, von Machtpositionen und persönlichen, politischen und finanziellen Verpflichtungen diesen oder jenen von uns ermüden, so ist die Aufzählung doch notwendig, um einen Abriß der unendlichen Fülle der jüdischen Einflüsse und Einwirkungsmöglichkeiten zu kennzeichnen.

England ist Hort und Mittelpunkt des Weltjudentums. In ihm hat das jüdische Element die wichtigsten und entscheidendsten Positionen zu erringen gewußt. Der Jude herrscht in England wirklich und bedient sich oft nur noch scheinbar irgendwelcher tarnenden und verdeckenden Zwischeninstanzen. Was aber ist das englische Schicksal? Der Reichtum und die Machtfülle des Imperiums haben in den letzten Jahren nicht verhindern können, daß eine diplomatische Niederlage der anderen folgte, daß es im Gebiet dieses Staatenverbandes bedenklich fracht, daß Millionen von Erwerblosen elend zugrunde gehen, daß der gesunde Banernstand, einst

der Stolz Englands, vernichtet ist und die Verstädterung das natürliche Schicksal Englands zu sein scheint. Bevölkerungspolitisch ist die Lage des Inselreiches alles andere als erfreulich: statt dem durch die imperiale Politik hervorgerufenen Verlust besten Blutes durch eine zielbewußte Bevölkerungspolitik entgegenzuwirken, hat die sinnlose Vermischung mit dem physisch und psychisch gleich destruktiven jüdischen Element weitere Schwächeherde geschaffen. Wir werden hier nicht prophezeien. Die Geschichte wird ihr hartes, aber gerechtes Urteil sprechen. Wenn bei Erscheinen dieses Buches England sich im Kriegszustand mit Deutschland befindet, so wissen wir, wer dieser „englische“ Gegner ist.

Das englische Judentum mag wähnen, sein Ziel erreicht zu haben. Wir aber werden es zu treffen wissen. Noch stets hat der Jude seine Gastvölker korrumpiert und letztlich vernichtet. Auch England wird keine Ausnahme sein — das jüdische Triumphgeschrei wird sich in Wehklagen wandeln.

So ist in verhängnisvoller Weise englisches Schicksal mit jüdischem verknüpft, unlösbar verflochten und verfilzt. An dieser Tatsache entscheidet sich die Zukunft Englands.

## Schriftumsverzeichnis

- Abbott, G. F.: Israel in Europe, 1907.
- Abrahams, E.: Sir E. Goldschmid and the Admission of the Jews ...  
in: Trans. Jew. Hist. Soc., Bd. IV, S. 116 ff., 1901.
- Accounts and Papers, amtliche Sammlung.
- Adams, Ch.: Representative Orations, 1884.
- Abler, M.: The Jews of the Empire and the Great War, 1919.
- Aguilar, G.: History of the Jews in England, in: Chambers  
Miscellany of useful . . . Tracts, Bd. 18, Nr. 153, 1847.
- Annual Register.
- Argyll, Duke of: Autobiography and Memoirs, Bd. I, 1906.
- Ayerst, W.: The Jews of the 19th Century, 1848.
- Banister: Our Judaeo-Irish Labour Party, 1931.
- Bardsley, C.: A Dictionary of English and Welsh Surnames, 1901.
- Beadon, R.: Some Memoirs of the Peace Conference, 1933.
- Belloc, H.: The Jews, 1922.  
— The Crisis of our Civilisation, 1937.  
— An Essay on the Nature of Contemporary England, 1937.
- Birks, T. R.: Letter to the Right Hon. Lord John Russell, 1848.
- Bleloch, W. G.: The News South Africa . . . , 1902.
- Bolitho, H.: Alfred Mond, First Lord Melchett, 1933.  
— Twelve Jews, 1934.
- Bradshaw, S. A.: The Trumpet Voice . . . , 1884.
- Brazol, B. L.: The World at the Cross Roads, 1921.
- Britannicus: The Case of Mr. Salomons . . . , 1836.
- Brodick, G.: The History of England, 12 Bd., 1906.
- Buchanan, Sir G.: My Mission to Russia, 1923.
- Burton, Sir R.: The Jew, the Gipsy and El Islam, 1898.  
— Lord Beaconsfield, 1882.
- Campbell, J.: Life of the Lord Chancellors . . . , 8 Bd., 1848—1869.
- Carlyle, J.: The Lords and the Jews, 1853.
- Case of D. Salomons being his Address to the Count . . . , 1844.
- Chambers Miscellany, Bd. 18.
- Clarke, T.: My Northcliffe Diary, 1931.
- Clyden, P.: England under Lord Beaconsfield, 1880.
- Clergyman: A Clergyman's Apology . . . , 1847.
- Cobbett: Jews, and the Jews in England 1938.
- Coles, J.: Observations on the Civil Disabilities . . . , 1834.  
— Vivian Grey, 1826.  
— Coningsby, 1844.  
— Tancred, 1847.  
— Lord George Bentinck, 1852.
- Consett, M. W.: The Triumph of Unarmed Forces, 1923.
- Denny, L.: We fight for oil, 1928.

- Dillon, G. J.: *The Inside Story of the Peace Conference, 1919.*  
*Directory of Directors: 1938.*
- Disraeli, B.: *Morony, 1833.*
- Dyke, J.: *The Jewish Workman in: Contemporary Review,*  
 Jan. 1898.
- Edison, J. S.: *The Impossibility of Admitting Jews . . . , 1858.*  
 — *The Question of the Admissibility . . . , 1859.*  
 — *Two supplemental chapters . . . , 1859.*
- Egan, Ch.: *The Statutes of the Jews in England . . . , 1848.*
- Eliot, G.: *Daniel Deronda, 4 Bd., 1876.*
- Elliot, A.: *The Life of George Joachim Goschen . . . first Viscount Goschen, 1911.*
- Emanuel, Ch.: *A Century and a Half of Jewish History . . . , 1910.*
- Englishman: *Britons awake, 1909.*
- Farrow, Th.: *The Moneylender Unmasked, 1895.*  
 — *In the Money-Lenders' Clutches, 1896.*
- Francis, G. H.: *The Rt. Hon. B. Disraeli, 1852.*
- Frazer, Sir J. F.: *The Conquering Jew, 1915.*
- Fry, L.: *Waters Flowing Eastward, 1934.*
- Golding, L.: *The Jewish Problem, 1938.*
- Goldsmid, J. H.: *The Arguments advanced . . . , 1831.*  
 — *Reply to the Arguments . . . , 1848.*  
 — *Remarks on the Civil Disabilities, 1830.*
- Gordon, W. G.: *The Alien Immigrant . . . , 1903.*
- Graetz, H.: *Historic Parallels in Jewish History, 1888.*
- Guttenberg, B.: *A Modern Exodus, 1904.*
- Gwynne, H. A.: *The Cause of World Unrest, 1920.*
- Hansard, Th.: *Parliamentary Debates from the year 1803 to the present time.*  
 — *The Jews and the English Law, 1908.*
- Heine, H.: *Heinrich Heines Werke, herausg. von H. Laube, 6 Bd., 1884—1888.*
- Henriques, H. S.: *The Law of Aliens and Naturalization, 1905.*  
 — *The Question whether a Jew can be Lord Chancellor of England; in: Trans. Jew Hist. Soc., Bd. 8, 1915.*
- Hobson, J. A.: *God and Mammon, 1931.*  
 — *The War in South Africa, its causes and effects, 1900.*
- Hollingsworth, A.: *The Holy Land Restored . . . , 1849.*  
 — *Remarks on the present condition and future prospects, 1853.*
- Hughes, H.: *A few plain Thoughts . . . , 1849.*
- Hurwitz, H.: *A letter to J. L. Goldsmid . . . , 1833.*
- Hutchison, G. S.: *Truth, The Evidence in the case, 1936.*
- Hyamson, A. M.: *British Projects for the Restoration of the Jews, 1917.*  
 — *A History of the Jews in England, 1928.*  
 — *Great Britain and the Jews, 1918.*



- Israélite: To the Rev. G. Mackenzie, 1847.**  
**Jackson, St.: Rufus Isaacs, First Marquis of Reading, 1936.**  
**Jarvie, J. R.: The old Lady unveiled, 1933.**  
**Jewish Disabilities: Views of the Question, 1847.**  
**Jewish Year Book from 1936, 1937, herausg. von S. Levy und Cecil Roth, 2 Bd.**  
**Keibel, T. G.: Selected Speeches of . . . Beaconsfield, 1882.**  
**Keith, A. B.: The King and the Imperial Crown, 1936.**  
**Klingender, F. D.: Money behind the Screen, 1937.**  
**Landa, M. J.: The Alien Problem and its Remedy, 1911.**  
**Landman, S.: Great Britain, the Jews and Palestine, 1936.**  
**Lane, A.: The Alien Menace, 1934.**  
**Lawson, W.: The Government and Marconi, 1912.**  
**Layman, A.: Remarks on a letter . . . , 1848.**  
**Levason, L.: Jewish Disabilities, 1847.**  
**Levy, S.: Anglo Jewish Historiography, in: Transf. Jew. Hist. Soc., Bd. VI, S. 1 ff., 1907—1908.**  
**Lewis, G.: Another View of the Question, 1900.**  
**Lewis, W.: Count Your Dead=They are alive, 1937.**  
**Lingard, J., u. a.: The History of England, Bd. II, 1915.**  
**Low, S.: The History of England, Bd. 12, 1907.**  
**Ludovici, A. M.: A Defence of Conservatism, 1927.**  
     — A Defence of Aristocracy, 1933.  
     — Man: An Indictment, 1927.  
**Lymington, Viscount: Famine in England, 1938.**  
**MacColl, M.: Lord Beaconsfield in: The Contemporary Review, Juni 1881.**  
**Mackenzie, G.: A Letter to the Parishioners . . . , 1847.**  
**Margoliouth, M.: The History of the Jews in Great Britain, 3 Bd., 1851.**  
**Mayse, L.: The Great Marconi Mystery in: National Review, Bd. 61, S. 405 ff, 1913.**  
**Mendelssohn: Jewish Pioneers of South Africa in: Transf. Jew Hist. Soc., Bd. VII, S. 180 ff., 1912.**  
**Militant Christian Patriots: Zionism.**  
**Mills, J.: The British Jews, 1853.**  
**Montagu, B.: A Letter to Henry Warburton . . . , 1833.**  
     — A Letter to . . . Lord Bishop of Chichester, 1834.  
     — The Jews in Parliament, 1858.  
**Mosley, Sir D.: To-morrow we live, 1938.**  
**Myers, M.: Some S.M. Sidelights on . . . , in: Transf. Jew. Hist. Soc., Bd. VI, S. 240 ff., 1908.**  
**Nichols, B.: News of England, 1938.**  
**Rugée, G.: England and the Jews, 1881.**  
**D'Connor, T. P.: Benjamin Disraeli, Earl of Beaconsfield, 2 Bd., 1878.**  
**Odham, W.: The Business and I, 1935.**  
**Oven, J. van: Dught Baron de Rothschild . . . , 1847.**

- Padley, A.: An Answer to some of the opinions . . . , 1852.
- Parishioner: A few Words on a Minister's Letter . . . , 1847.
- Paul, A.: A History of Modern England, Bd. 1 u. 2, 1904.
- Percy, Sir G.: The Responsibilities of the League, 1919.
- Piciotto, J.: Sketches of Anglo-Jewish History, 1875.
- Pope, W. L.: On the Removal of Jewish Disabilities, 1847.  
— The Rothschilds, 1887.
- Prentice, A.: History of the Anti-Corn Law League, 2 Bd., 1853.
- Query: The Jews, in Zeitschrift Query, Buch Nr. 2, 1938.
- Raymond, G.: Disraeli, The Alien Patriot, 1925.
- Reeves, J.: The Rothschilds: The Financial Rulers of Nations, 1887.
- Reiß, F.: A Century of Wrong, 1900.
- Report of the Case of Miller versus Salomons, 1852.
- Riddell, Lord G. A.: More Pages from my Diary, 1908—1914, 1934.
- Rivers, G. P.: The World Significance of the Russian Revolution, 1920.
- Russell, C.: The Jew in London, 1900.
- Salomons, D.: A short Statement . . . , 1835.  
— Further Observations . . . , 1836.
- Shapira, J.: The Relief of the Jewish Disabilities . . . , unter der Anleitung von F. Clarke unveröffentlicht, 1935.
- St. Aulaire, Comte: Geneva versus Peace, 1937.
- Saffoon, G.: The War Poems of Siegfried Saffoons, 1919.
- Sidebotham, H.: England and Palestine, 1918.  
— The Future of Palestine, 1922.  
— British Policy and the Palestine Mandate, 1929.  
— British Imperial Interest in Palestine, 1937.
- Sinclair, J. G.: A Defence of Russia and the Christians of Turken, 1877.
- Smallan, G. W.: Anglo-American Memoires, 1912.
- Smith, G.: The Jews, in: The Nineteenth Century, Bd.: November 1882.
- Soames, J.: The English Press, 1938.
- Society for the Protection of Science and Learning, 1934, 1935, 1937.
- Sokolow, N.: History of Zionism, 2 Bd., 1919.
- Sombart, W.: The Jews and Modern Capitalism, 1913.
- Spectator: Fürst Bülow und der Kaiser, 1930.
- Stanhope, G. und G. Cardwell: Memoirs of Sir Robert Peel, 1871.
- Stead, W.: The Scandal of the South African Committee, 1900.  
— Are we in the Right? 1900.
- Steed, H. W.: The Habsburg Monarchy, 1913.
- Steed, H. W.: Through Thirty Years, 1892—1922, 2 Bd., 1924.  
— The Press, 1938.
- Stock Exchange Official Intelligence, 1920.
- Stock Exchange Official Year Book 1936, 1937, 1938.
- Stoughton, J.: The World a debtor to the Jew, 1853.
- Street, H.: A Plea for the Removal of Jewish Disabilities, 1849.

- Temperley, S. M.: History of the Peace Conference of Paris, 6 Bd., 1920.
- Tennant, E.: Spanish Journey, 1936.
- Unseen Net, 1936.
- Wassilevsky, J.: Jewish Refugees and Military Service, 1916.
- Walpole, Sir Spencer: A History of England . . . , 5 Bd., 1878—86.  
— History of Twenty-five Years, 1904.
- Weir, M.: The Tragedy of Ramsay MacDonald, 1938.
- Whelpley, J. D.: The Problem of the Immigrant, 1905.
- White, A.: The Destitute Alien in Great Britain, 1892.  
— The Modern Jew, 1899.
- Wilkins, W. G.: The Immigration of Destitute Foreigners, 1891.
- Wilkins, W. G.: The Alien Invasion, 1892.
- Wilson, R. Mc. Rair: Monarchy or Money Power, 1934.
- Wolf, L.: Essays in Jewish History, 1934.
- Wolf, S.: The Influence of the Jews on the Progress of the World, 1888.
- Worms, S. de: Englands Policy in the East, 1877.
- Zangwill, J.: Hands off Russia, 1919.
- Zuferman, B.: The Jew in Revolt, 1937.

### Zeitungen und Zeitschriften

- |                           |                         |
|---------------------------|-------------------------|
| Action.                   | Public Ledger           |
| Daily Chronicle.          | Spectator.              |
| Daily News.               | Standard.               |
| Daily Sketch.             | Sun.                    |
| East London Observer.     | Sunday Chronicle.       |
| Evening News.             | Sunday Express.         |
| Evening Standard.         | Sunday Times.           |
| Fascist.                  | The British Guardian.   |
| Illustrated London News.  | The Daily Express.      |
| Jewish Chronicle.         | The Daily Mail.         |
| Jewish Guardian.          | The Daily Telegraph     |
| Jewish World.             | and Morning Post.       |
| Jewry über Alles.         | The Hidden Hand.        |
| Manchester Guardian.      | The Morning Post.       |
| Morning Chronicle.        | The Observer.           |
| Morning Herald.           | The People.             |
| News Chronicle.           | The Star.               |
| New Statesman and Nation. | The Times.              |
|                           | Yorkshire Evening Post. |

Auß der Arbeit  
des

NORDLAND-VERLAGES

## *Eine wichtige Ergänzung*

des vorliegenden Werkes ist das Anfang  
1940 erscheinende Buch des gleichen Autors

# *Juden erobern England*

Hier wird vor allen Dingen aufgezeigt, wie das englische Volk unter dem Einfluß des Puritanismus mehr und mehr geistig verjudete und wie ihm der Glaube an die Kraft aus dem eigenen Blutgesetz genommen wurde, so daß es heute in einer Front mit den Kriegshebern Alljudas gegen die gesunden und aufbauenden Kräfte Europas steht, herausgelöst aus der großen Völkergemeinschaft unseres Kontinents.

In der Reihe der

## Nordland-Bücher zur Judenfrage

ist weiter erschienen:

HEINZ BALLENSIEFEN

## Juden in Frankreich

Leinen mit Schutzumschlag RM. 3,90

Die französische Judenfrage in Geschichte und Gegenwart, so heißt der Untertitel des Buches. Mit ihr erhebt sich das jüdische Wirken vom frühesten Mittelalter bis in die heutige Zeit. Ballensiefen gibt eine chronologische Übersicht über die Entwicklung der jüdischen Machtposition von ihren kleinsten Anfängen bis zur Beherrscherin des gesamten öffentlichen Lebens, der Politik, der Kultur, der Wirtschaft und auch des Militärs. Daneben erleben wir in einer spannenden Darstellung die Fälle, die einmal die Welt in Spannung gehalten haben: den Panama-Skandal und die Dreyfuß-Affäre, an denen sich mit besonderer Deutlichkeit gezeigt hat, wie das Judentum daran ist, einen Volkskörper zu erobern.

Wir erfahren erstmalig wichtige Angaben über die judengegnerischen Bewegungen in Frankreich, die vielleicht der Beginn einer Selbstbesinnung des französischen Volkes sind. Werden sie sich durchsetzen? Diese Frage steht am Schluß dieses ebenso interessanten wie aktuellen Buches.

Die Reihe des Nordland-Verlages

## Bücher zur Judenfrage

wird laufend fortgesetzt. In ihr wird zu allen Fragen, die das Judentum betreffen, Stellung genommen. In Vorbereitung sind Bücher über Attentate und Mordpläne, die von Juden angezettelt und ausgeführt wurden. Biographien von Juden, die allerstärksten Einfluß auf den augenblicklichen Ablauf des politischen Geschehens haben, die Organisation des Weltjudentums und die alle Völker beschäftigende Lösung des Judenproblems — sie werden in den nächsten Werken der Reihe des Nordland-Verlages

### *Bücher zur Judenfrage*

behandelt werden.





